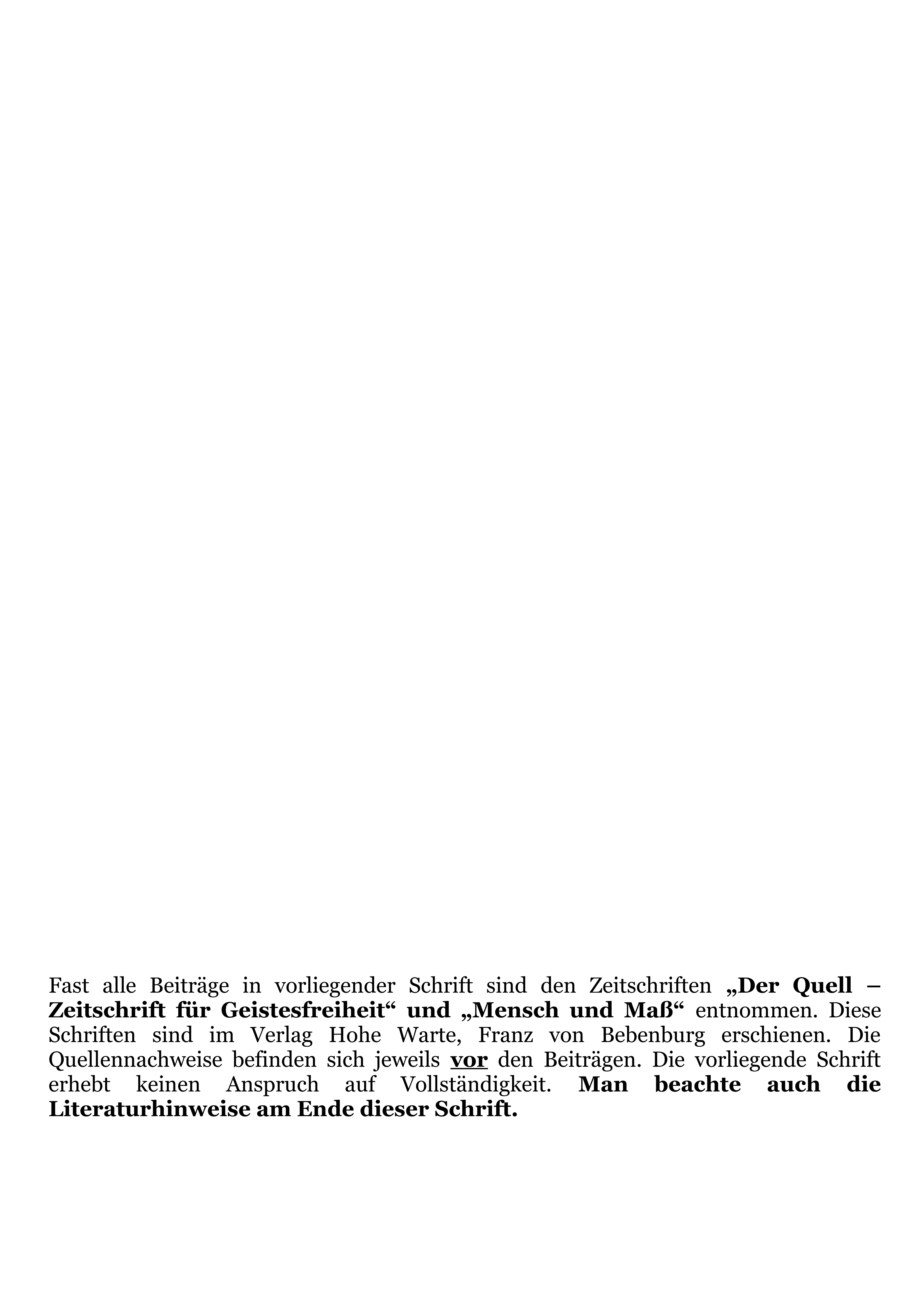
Zusammengestellt und herausgegeben von
Matthias Köpke

Eine „vollkommene“ Gesellschaftsordnung?

Wie stehen wir zu Volk und Staat?
Wie können wir auf Dauer den Staat gesund erhalten?

Eine Sammlung von Aufsätzen –
aus der Gedankenwelt des Hauses Ludendorff.

1. Auflage
Eigenverlag, 2017



Fast alle Beiträge in vorliegender Schrift sind den Zeitschriften **„Der Quell – Zeitschrift für Geistesfreiheit“ und „Mensch und Maß“** entnommen. Diese Schriften sind im Verlag Hohe Warte, Franz von Bebenburg erschienen. Die Quellennachweise befinden sich jeweils **vor** den Beiträgen. Die vorliegende Schrift erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. **Man beachte auch die Literaturhinweise am Ende dieser Schrift.**



Erich und Mathilde Ludendorff

„Wehe dem Volk, dem die Geschichte nicht Lehrmeisterin sein kann!“

Diese Schrift dient der geschichtlichen
Forschung und wissenschaftlichen
Dokumentation

Zusammengestellt durch:

Matthias Köpke, Eigenverlag 2017, 17291 Nordwestuckermark, Germany. E-mail: Esausegen@aol.com

1. Auflage

Diese vorliegende Schrift und deren Verfasser beanspruchen für sich den Esausegen gemäß 1. Mose (Genesis) 27, 40 und stehen somit unter dem Schutz des Esausegens als oberste gesetzliche Regelung für alle Jahwehgläubigen!

Nähere Informationen zum Esausegen sind in den Werken: **„Das wahre Gesicht von Jakob dem Betrüger", „Der jüdische Sinn von Beschneidung und Taufe", „Der Papst oberster Gerichtsherr in der BR Deutschland"** und **„Das offene Tor"** von Matthias Köpke, jeweils als E-Book und Freeware unter www.archive.org oder www.scribd.com enthalten! Dasselbe gilt für die anderen Werke von Köpke.

Weitere Bücher von Matthias Köpke, als e-Book im Internet www.archive.org:

1. „Das wahre Gesicht von Jakob dem Betrüger", 2. „Das Buch der Kriege Jahwehs", 3. „Kampf für Wahlenthaltung", 4. „Kampfgift Alkohol", 5. „Der Freiheitskampf des Hauses Ludendorff", 6. „Der Papst, oberster Gerichtsherr der BR Deutschland", 7. „Der jüdische Sinn von Beschneidung und Taufe", 8. „Scheinwerfer-Leuchten", 9. „Haus Ludendorff und Wort Gottes", 10. „Jahweh, Esausegen und Jakobs Joch", 11. „Es war vor einhundert Jahren", 12. „Destruction of Freemasonry through Revelation of their Secrets". 13. „Denkschrift: Mit brennender Sorge", Offener Brief. 14. „Warum sind meine Kinder nicht geimpft?". 15. „Vom Wesen und Wirken des Bibelgottes Jahweh und seiner Kirche". 16. „Schrifttumsverzeichnis von Erich Ludendorff und Dr. Mathilde Ludendorff". 17. „Drei Irrtümer und ihre Folgen". 18. „Erich Ludendorff. Eine Antwort auf Verleumdungen des Toten". 19. „Meine Klage vor den Kirchen- und Rabbinergerichten". 20. „Das offene Tor". 21. Die Ludendorff-Bewegung und der Nationalsozialismus". 22. „Die Hochflut des Okkultismus". 23. „Mathilde Ludendorff. Eine Antwort auf Verleumdungen der Toten". 24. „Der Pensionsprozeß Ludendorff – Eine Dokumentation". 25. „Am Heiligen Quell – Beilage zur Ludendorffs Volkswarte 1929-1931". 26. „Mathilde Ludendorffs Bedeutung für die Frauen". 27. „Die Spaltung der Ost- und Westkirche". 28. „Von ‚Gott' zu Gott – Das von Wahn überschattete Wort?". 29. „Der geschichtliche und der biblische Jesus". 30. „Das päpstliche Rom gegen das deutsche Reich". 31. „Wahrheit oder Lug und List". 32. „Die Weite der Weltdeutung Mathilde Ludendorffs".

Hinweis des Verlages

Auch in der israelischen Gesellschaft gibt es laut Prof. Israel Shahak*, der einige Jahre Vorsitzender der *Israelischen Liga für Menschenrechte* war, und dem amerikanischen jüdischen Wissenschaftler Norton Mezvinsky** – dem mohammedanischen und christlichen Fundamentalismus vergleichbar – extremistische Bestrebungen, die allen nichtjüdischen Personen und Völkern die Menschenwürde aus religiöser Überzeugung absprechen; sie verletzen die von der Menschenrechtskommission sowie die im Grundgesetz garantierten Grundrechte und die freiheitlich-rechtsstaatliche Ordnung. Über extremistische Verhaltensweisen – ganz gleich welchen Ursprungs diese sind – aufzuklären und ihre geistigen Grundlagen sowie ihre politischen Zielsetzungen offenzulegen, ist ein Gebot der rechtsstaatlichen Selbstbehauptung und stellt berechtigte Notwehr dar.
Den **imperialistischen Bestrebungen** des im Mosaismus (Judentum, Christentum, Islam) wurzelnden Extremismus der sogenannten **Jakob-Fraktion**, (vgl. 1. Mose 27, Vers 28-29):

„So gebe dir Gott (Jahweh) *vom Tau des Himmels und vom Fett der Erde und Korn und Most in Fülle! Völker sollen dir dienen und Völkerschaften sich vor dir niederbeugen! Sei Herr über deine Brüder, und vor dir sollen sich niederbeugen die Söhne deiner Mutter! Die dir fluchen, seien verflucht, und die dich segnen, seien gesegnet!“*

kann spätestens seit 1948 der im Auftrage des mosaischen Gottes Jahweh den Nichtjuden in der Verkörperung Esaus erteilte Segen entgegengehalten werden
(1. Mose 27, Vers 40, Satz 2 der Luther-Bibel, Stuttgart 1902, 19. Auflage):

„Und es wird geschehen, daß du ***auch ein Herr*** *und sein* (Jakobs) *Joch von deinem Halse reißen wirst.“*

Nach mosaistischer Sicht wäre eine Behinderung oder gar Verhinderung dieses Hervortretens mit dem Esausegen gleichbedeutend mit einem grundsätzlichen **Bruch des Bundes mit Jahweh und die Verhinderung der Ankunft des Messias**, welche die **Verfluchung und Vernichtung** durch Jahweh nach sich zöge. Nach dieser Lehre würde jeder Jude oder von Juden abhängige Nichtjude (künstlicher Jude wie z.B. Christen, Freimaurer, Mohammedaner usw.), der diesem Segen zuwider handelt, den **Zorn Jahwehs** auf sich und die jüdische Gesellschaft heraufbeschwören und dadurch die **Vernichtung Groß-Israels** (Jakobs) **durch Jahweh** fördern.*** Siehe dazu: Der Fluch des Ungehorsams, 5. Mose 28, 15-68; davon bes. Vers 58! Der Bann setzt sich automatisch in Kraft, sobald der Esausegen verletzt wird (z.B. in der röm.-katholischen Kirche u.a. die „excommunicatio latae sententiae“ [Strafe für Ungehorsam]).
Letztendlich wird, wie es in der Weissagung des Mosaismus heißt, die allseitige **Einhaltung des Esausegens** – ohne den Juden zu fluchen – zum weltweiten Frieden zwischen Juden (auch künstlichen Juden) und Nichtjuden führen.

***Israel Shahak † (Jerusalem): *„Jüdische Geschichte, jüdische Religion – Der Einfluß von 3000 Jahren“*, 5. Kapitel: *Die Gesetze gegen Nichtjuden*, Seite 139-180, Süderbrarup 1998, Lühe Verlag, Postfach 1249, D-24390 Süderbrarup.**
****Israel Shahak u. Norton Mezvinsky: *„Jewish Fundamentalism in Israel“*, 176 Seiten, London 1999, Pluto Press, 345 Archway Road, London N6 5AA.**
***** Roland Bohlinger: *„Denkschrift auf der Grundlage des geltenden Völkerrechts und des im Alten Testament verkündeten Jakob- und Esausegens“*, veröffentlicht in „Freiheit und Recht“, Viöl im Nov. 2002.**

Inhaltsverzeichnis

(laut PDF-Seitenzähler)

Fast alle Beiträge in vorliegender Schrift sind den Zeitschriften **„Der Quell – Zeitschrift für Geistesfreiheit" und „Mensch und Maß"** entnommen. Diese Schriften sind im Verlag Hohe Warte, Franz von Bebenburg erschienen. Die Quellennachweise befinden sich jeweils **vor** den Beiträgen. Die vorliegende Schrift erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. **Man beachte auch die Literaturhinweise am Ende dieser Schrift.**

Zum Geleit

Friedrich Schiller war seit der französischen Revolution von 1789 von gewaltsamen, politischen Erhebungen nicht sehr erbaut. Seine Ernennung zum Ehrenbürger der neuen französischen Republik hatte nicht verhindern können, dass er sich von einem Staatswesen abwandte, wo im Namen der Freiheit der unerhörteste Zwang, die blutigste Tyrannei ausgeübt wurde, wo man den Massen mit tönenden Phrasen schmeichelte und die freie Persönlichkeit desto niederträchtiger zu Boden trat. Schiller hatte angesichts dieses Zerrbildes der Freiheit, wie es die französische Revolution zeigte, festgestellt, dass **„solange der oberste Grundsatz der Staaten von einem empörenden Egoismus zeugt, und solange die Tendenz der Staatsbürger nur auf das physische Wohlsein beschränkt ist, – die politische Regeneration, die man so nahe glaubte, nichts als ein schöner philosophischer Traum bleiben werde“**, und das man den herrlichen Bau politischer Freiheit **„nur auf dem festen Grund eines veredelten Charakters aufführen“** könne. Niemand kann leugnen, dass die persönliche **Weltanschauung** das Fundament, das tragende und zugleich schöpferische Element jeglicher Lebensäußerung beim Einzelnen und im Volksleben ist. Kann die Weltanschauung Mathilde Ludendorffs zu einer Gesundung des Staats- und Volkslebens beitragen?

„Schwere Ketten drückten alle Völker auf dem Erdenballe
Als der Deutsche sie zerbrach, Fehde bot dem Vatikane,
Krieg ankündigte dem Wahne, der die ganze Welt bestach.
Höhern Sieg hat der errungen, der der Wahrheit Blitz geschwungen,
Der die Geister selbst befreit, Freiheit der Vernunft erfechten
Heißt für alle Völker rechten gilt für alle ew'ge Zeit.“

Friedrich Schiller: Deutsche Größe.

Lasst Euch auch in diesem Werk nicht von den Vorurteilen gegenüber der schönen und kunstvollen „alten deutschen“ Frakturschrift, in denen die Abhandlungen geschrieben sind, täuschen. Kommt es nicht auch, oder vor allem, auf den Gehalt (Qualität) der Worte an? Die Beiträge in vorliegender Schrift sind jedenfalls allgemeinverständlich geschrieben. Also dann, nur Mut, worauf warten, frisch ans Werk, SAPERE AUDE!

Matthias Köpke im Oktober 2017

Sehr zu empfehlen bezüglich der Gotterkenntnis Ludendorff sind auch noch folgende e-Bücher:

Zusammengestellt und herausgegeben von Matthias Köpke **Der „geschichtliche“ und der biblische Jesus** Gibt es „falsches“ und „echtes“ Christentum? Eine Sammlung von Aufsätzen – aus der Gedankenwelt des Hauses Ludendorff. 1. Auflage Eigenverlag, 2017	*Zusammengestellt und herausgegeben von* Matthias Köpke **Wahrheit oder Lug und List** Du trittst aus der Kirche aus? Was dann? Eine Sammlung von Aufsätzen – aus der Gedankenwelt des Hauses Ludendorff. 1. Auflage Eigenverlag, 2017

Hier jeweils der Direktlink zur digitalisierten Internetausgabe:

https://archive.org/details/KoepkeMatthiasDerGeschichtlicheUndDerBiblischeJesus1.Auflage2017

https://archive.org/details/KoepkeMatthiasWahrheitOderLugUndList1.Auflage2017

Zusammengestellt und herausgegeben von Matthias Köpke **Von „Gott“ zu Gott** Das von Wahn überschattete Wort? Eine Dokumentation zur Gotterkenntnis (Ludendorff). 1. Auflage Eigenverlag, 2017	*Zusammengestellt und herausgegeben von* Matthias Köpke **Mathilde Ludendorff.** (Dr. med. Mathilde von Kemnitz) Eine Antwort auf Verleumdungen der Toten. Eine Zusammenstellung aus verschiedenen Quellen zum Spruchkammerverfahren. 1. Auflage Eigenverlag, 2017

Hier die Direktlinks zu diesen e-Büchern:

https://archive.org/details/KoepkeMatthiasVonGottZuGott1.Auflage2017

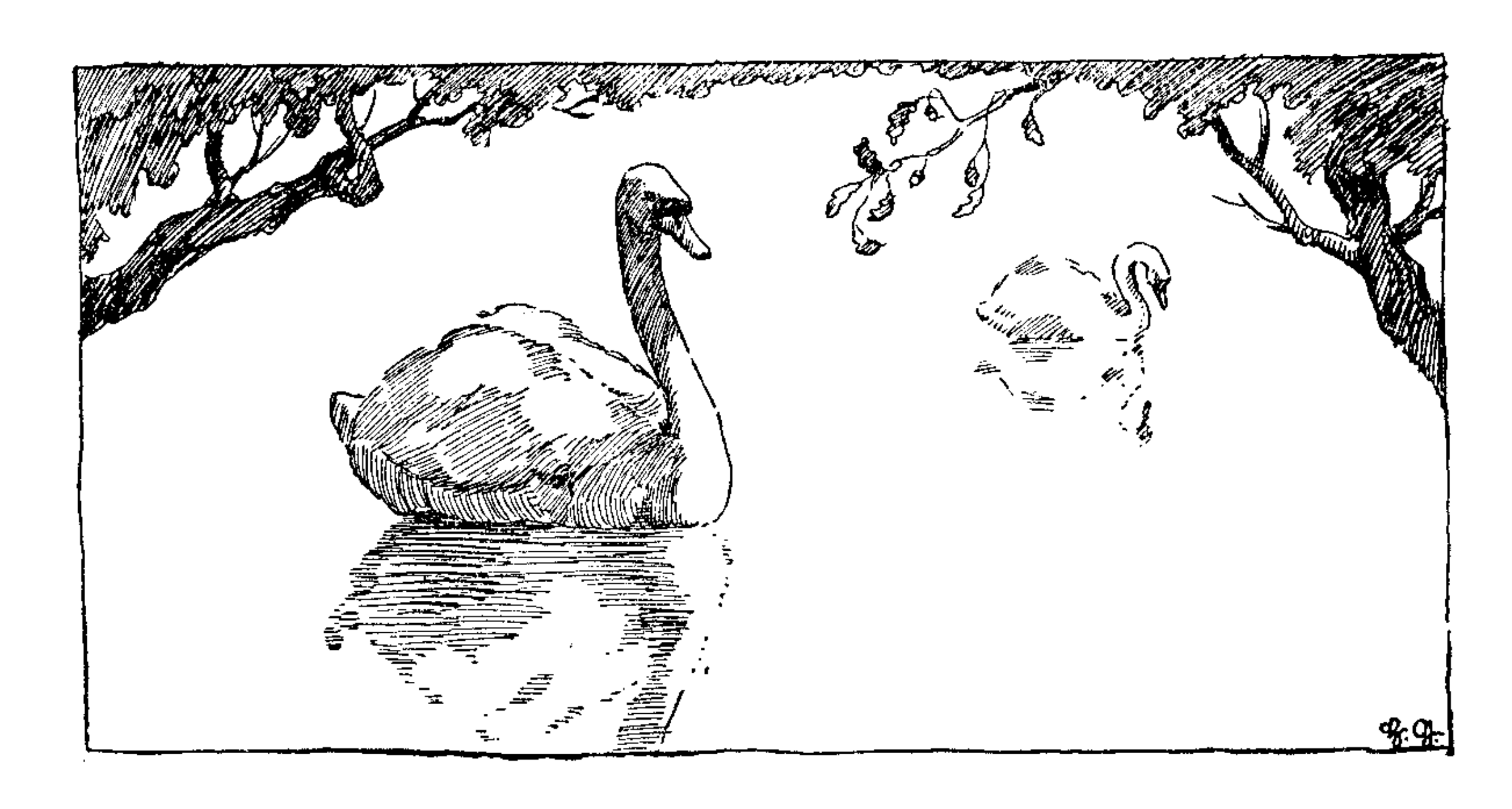
https://archive.org/details/KoepkeMatthiasMathildeLudendorff.EineAntwortAufVerleumdungenDerToten2017

Zusammengestellt und herausgegeben von Matthias Köpke **Die Hochflut des Okkultismus** Eine Sammlung von Abhandlungen über Okkultismus und Aberglauben 2. erweiterte Auflage Eigenverlag, 2017	*Zusammengestellt und herausgegeben von* Matthias Köpke **Die Weite der Weltdeutung Mathilde Ludendorffs** Die Philosophie als lebenswichtige Wissenschaft? Gotterkenntnis – der Weg in die Freiheit? Eine Sammlung von Aufsätzen – aus der Gedankenwelt des Hauses Ludendorff. 1. Auflage Eigenverlag, 2017

Hier jeweils der Direktlink zur digitalisierten Internetausgabe:

https://archive.org/details/KoepkeMatthiasDieHochflutDesOkkultismusEigenverlag2016

https://archive.org/details/KoepkeMatthiasDieWeiteDerWeltdeutungMathildeLudendorffs1.Auflage2017





Zeitschrift für Geistesfreiheit

Erscheinungsort München — Postversandort München

Inhalt: Seite

Indonesische Staatskunst

Von Dr. Werner Preisinger

Folge 23 — 9. 12. 1956 — 8. Jahr

Neue Leser unserer Zeitschrift

haben im Anfang manchmal Schwierigkeiten, sich mit dem Inhalt der verschiedenen Aufsätze zu befreunden. Das liegt einfach daran, daß allen Ausführungen die Gedankenwelt des Hauses Ludendorff zugrunde liegt. Sie finden einige Grundgedanken dieser Ludendorffschen Anschauungen in dem Aufsatz über

die Rede des indonesischen Staatspräsidenten Dr. Sukarno.

Sie erkennen daraus, daß es sich um eine geschlossene Gedankenwelt handelt, wie sie den Indonesiern etwa in der Pantjasila gegeben ist.

Mathilde Ludendorff hat ihre Erkenntnisse in ihren philosophischen Werken niedergelegt. Das Werk

bildet dabei gewissermaßen die Eingangspforte in diese Wunderwelt der Gotterkenntnis. Gerade dieses Werk sollte jeder studiert haben, ehe er es unternimmt, über das Geisteswerk des Hauses Ludendorff ein Urteil zu fällen, und dies um so mehr, als es gang und gäbe ist, daß man, in Deutschland wenigstens, den Namen Ludendorff mit Schmutz bewirft, ohne wenigstens d i e s e s Werk gelesen zu haben.

Die besonderen Anschauungen, die mit der Staatsphilosophie der Indonesier in diesem Heft in Beziehung gesetzt worden sind, hat Mathilde Ludendorff in ihrem Werke

niedergelegt. In diesem Buche findet der Leser klare und eindeutige Erkenntnisse über das Wesen der Völker und die Gesetze, die über Leben und Sterben dieser

Völker walten. Er findet hier überraschende Erkenntnisse und erhält einen klaren moralischen Standpunkt zur Beurteilung des Völkergeschehens, aber auch seines eigenen Verhaltens. Hätten die Völker diese Erkenntnisse und würden sie ihr Leben nach ihnen gestalten, so wäre es wahrlich besser um Frieden und Wohlfahrt aller Völker bestellt.

Die Pantjasila, die Staatsphilosophie der Indonesier

dürfte in diesem wahrhaften Lehrbuch des Völkerlebens ihre tiefste Begründung finden. Denn mit der Frage der Erhaltung der Völker ist die Frage der Religion verknüpft. Auch in dieser Hinsicht herrscht eine große Übereinstimmung zwischen

Ludendorff und Sukarno.

In beiden Anschauungen wird die Duldsamkeit als oberste Richtschnur gefordert. In der Philosophie Mathilde Ludendorffs wird überdies bewiesen, daß Völker in ihrer Eigenart nur bestehen können, wenn sie das Göttliche in ihrer angeborenen Wesensart leben können. Aus dieser Erkenntnis heraus ergab sich für das deutsche Volk die Forderung zur Gewinnung arteigener Gotterkenntnis. Nachdem die Philosophin in ihren Werken dem religiösen Sehnen der Menschen eine Antwort gegeben hat, die nichts anderes als entdeckte Wirklichkeit ist, durfte sie es wagen, das Christentum einer zwar schonungslosen, aber unantastbaren Kritik zu unterziehen. Und allen denen, die die christlichen Glaubenssätze nicht mehr anerkennen — und das sind Millionen deutscher Menschen — ein Werk in die Hand zu geben, das sie zur Befreiung führt aus artfremder Gedankenwelt, zur

Zeitschrift für **Der Quell** Geistesfreiheit

Folge 23 9. 12. 1956 8. Jahr

Indonesische Staatskunst

Von Dr. Werner Preisinger

Der indonesische Staatspräsident sprach in Heidelberg

Im Juni dieses Jahres hat der indonesische Staatspräsident Dr. Sukarno der Bundesrepublik einen Besuch abgestattet. Er besuchte Berlin, Hamburg, das Ruhrgebiet, Stuttgart, Heidelberg und Frankfurt und hielt auf dieser Reise verschiedene Ansprachen. Vor allem kommt seinem Vortrag in Heidelberg programmatische Bedeutung zu.

„Heidelberg, romantisches Traumziel vieler Akademiker, gerade des Auslandes, sollte unerwartet zum Höhepunkt der Deutschlandfahrt werden. Mit der Universität war vereinbart worden, daß der hohe Gast dort einen längeren Vortrag in deutscher Sprache halten sollte. Die Universität formulierte auch das Thema des Vortrages.

‚Die geistige Strömung in Asien als moralische Kraft in der Welt.'

Als Präsident Sukarno nach der Stadtrundfahrt und der Besichtigung des Heidelberger Schlosses in der Universität anlangte, fand er eine überfüllte Aula vor. Dichtgedrängt saßen und standen viele ausländische Studenten aus allen Ländern der Welt. Hunderte fanden keinen Einlaß mehr.

Als kurz vor der Rede der Präsident den Rektor der Universität bat, er möge doch die im rückwärtigen Teil des Ganges stehenden Studenten bis nach vorne kommen lassen und sich dann die jungen Menschen noch auf den Fußboden um das Rednerpult setzten, klang der erste Beifall auf. Man merkte sehr schnell, wie die Zuhörer von der Persönlichkeit des Redners gefesselt waren. Ihr Beifall – die Rede wurde insgesamt 24 mal von starken Beifallskundgebungen unterbrochen – wurde immer stärker und erreichte den Höhepunkt bei den Äußerungen Präsident Sukarnos über die deutsche Wiedervereinigung und bei seiner emphatisch vorgetragenen Feststellung ‚Indonesien ist der Freund'. Anhaltende Ovationen der begeisterten akademischen Jugend dankten dem Präsidenten für Aufschlüsse über die geistigen Strömungen Asiens, wie sie in dieser Form und aus so berufenem Munde bisher noch nie ausgesprochen worden waren."

Die Informationsabteilung der Botschaft der Republik Indonesien hat den Wortlaut dieser Rede veröffentlicht. Auf diese Weise haben wir die Möglichkeit, uns mit den Ausführungen des indonesischen Staatsoberhauptes, die bei der studentischen Jugend Heidelberg so großen Beifall hervorgerufen haben, zu beschäftigen.

Eine Rede besonderer Art

Der Vortrag unterscheidet sich von den Ansprachen und Reden der meisten anderen Politiker dadurch, daß er im Grunde genommen philosophisch ist. Die darin

entwickelten Gedanken strömen alle aus einer philosophischen Grundeinsicht und bilden deshalb in ihrer Gesamtheit ein geschlossenes Ganzes. Diese Grundhaltung ist mindestens ungewöhnlich. Wo in aller Welt gibt es noch Politiker, die die Philosophie zur Grundlage ihres politischen Denkens machen? In unserer Welt ist solche Grundeinstellung doch völlig einzigartig. In unserer Welt verfolgt man außenpoltische oder innenpolitische oder wirtschaftliche Ziele, in unserer Welt kämpft man um Machtpositionen, streitet man um Staats- und Regierungsformen, in unserer Welt denkt man überstaatlich, machtpolitisch.

Die Weltanschauung ist schon deshalb keine Grundlage politischen Denkens, weil man keine hat. Und wenn man sich einer Weltanschauung verpflichtet fühlt, so handelt es sich vor allem um das überstaatliche Christentum, das mit den Belangen völkischen Lebens schwerlich in Einklang zu bringen ist, oder es handelt sich um die überstaatlichen Grundsätze der Freimaurerei, die für den Kenner sich als machtpolitische Zielsetzungen enthüllen, oder es handelt sich um überstaatlich marxistisch-bolschewistische Grundsätze, die ebenso machtpolitische Zielsetzungen darstellen. Alle diese mehr oder weniger weltanschaulich ausgerichteten Bestrebungen der christlich, freimaurerisch oder bolschewistisch orientierten Politiker laufen auf Weltmachtansprüche hinaus, wenn diese natürlich auch nicht immer ausgesprochen, vielmehr oft verschleiert werden.

Die Macht der Idee

Hier nun tritt ein Mann vor seine Hörer, der in seinen Ausführungen darlegt, daß er fest auf dem Boden einer Philosophie steht und dabei eben so fest sich den Lebensinteressen seines Volkes verpflichtet fühlt. Es ist das ganz Besondere an diesen Ausführungen Dr. Sukarnos, daß er die Welt, auch die politische Welt, vom Weltanschaulichen her sieht, wobei er natürlich keineswegs die praktischen Gegebenheiten übersieht. Er spricht von den verschiedenen Weltanschauungen, die in jüngster Zeit die Welt der Zerstörung auszuliefern drohten, und zeigt damit, wie sehr das weltanschauliche Denken in ihm Platz hat. Und schließlich spricht er diese Haltung sehr eindeutig aus:

„Meine deutschen Freunde, die stärkste Macht in der Welt ist die Idee, die reine Idee, die Idee an sich. Auf ethischen Grundsätzen fußt unsere Philosophie; auf diese ethische Geisteshaltung ist unser Staat gegründet; und die ethischen Maßstäbe bestimmen unser ganzes Leben. Wir in Indonesien halten fest an unseren Prinzipien, den Prinzipien der Pantjasila. Wir können auch in der Politik konstant bleiben, eben weil wir nicht Partei ergreifen, weil wir unsere Ideale nicht realistischen Zwecken unterordnen, sondern sie über diese stellen. Wir erstreben das absolut Gültige, das absolut Gute in der Welt. Wir bekennen uns zu den elementaren Rechten und Pflichten des Menschen, zu dem Recht auf volle Entfaltung des nationalen Eigenlebens und auf das Recht der Selbstbestimmung für alle Völker. Und wir bekennen uns zu der Pflicht, im Leben des Einzelnen, wie im Zusammenleben der Völker, die Menschlichkeit als oberstes Gesetz walten zu lassen. Was wir verkünden ist nicht die Theorie einer Idee, sondern ein Glaubensbekenntnis. Es ist der reine Glaube an das Gute in der Welt. Möge es auch Ihnen, meine deutschen Freunde, in Ihrem Ringen um die nationale Erfüllung zur Seite stehen."

Daß solche Ausführungen von der deutschen studentischen Jugend mit Beifall aufgenommen wurden, ist nur zu verständlich. Diese Ausführungen berühren einen

Grundwesenszug unseres Volkscharakters, unserer Volksseele. Denn nicht umsonst werden wir Deutschen das Volk der Dichter und Denker genannt.

Und doch ist es dabei eine höchst bedauerliche Tatsache, daß deutsche Staatsmänner kaum in dieser Weise ihr Volk ansprechen können, und zwar deshalb nicht ansprechen können, weil deutsche Staatsmänner kaum von den idealistischen Gedankengängen, wie sie Sukarno hier geäußert hat, noch aus ganzem Herzen überzeugt sind. Was hier der Vertreter eines asiatischen Volkes geäußert hat, ist so tief, so rein empfunden, entstammt einer so gesunden, ursprünglichen Lebensauffassung, wie wir sie eben in unverbildeten Völkern als Selbstverständlichkeit vorfinden. Hier spricht eben der Vertreter eines gesunden Volkes, das nach dreihundertfünfzigjähriger Unterdrückung wie aus einem Winterschlaf erwacht und nun sich zu entfalten beginnt, indem es zu den Wurzeln seines völkischen Lebens zurückkehrt.

„Unser Nationalismus schöpft aus den Urquellen des indonesischen Volkstums. Er ist ein Wiedererwachen, eine Renaissance von Grundgedanken, die seit Jahrtausenden im indonesischen Volk vorhanden waren. In der uralten Geschichte unseres Volkes haben wir das Gute und Positive, das andere Völker auf unser Inselreich brachten, assimiliert und dem eigenen Volkscharakter angepaßt. Nur war vieles davon in der Zeit der jahrhundertelangen Kolonialherrschaft in Vergessenheit geraten, gewissermaßen in einen Winterschlaf versunken."

Wohl dem Volke, das einen solchen Staatsmann hat, der es zu den Quellen seines Wesens, zu seinem Volkstum, zu seiner jahrtausendealten Vergangenheit zurückführt!

Und wir Deutschen?

Schmerzlich empfinden wir den Unterschied zu unseren Verhältnissen. Unsere Geschichte ist — nach der Überzeugung vieler unserer Staatsmänner — doch nur etwa zweitausend Jahre alt, sie beginnt für viele unserer Staatsmänner und auch geistige Führer unseres Volkes — wie Lehrer, Pfarrer usw. — erst mit der Einführung des aus dem Orient kommenden Christentums, beginnt mit der Überwindung unseres aus vorchristlicher Zeit stammenden Volkstums durch die aus dem jüdischen Volke stammenden Lehren der Kirche. Dort schöpft man aus den Quellen des indonesischen Volkstums; hier lehrt man, daß unsere Vorfahren rohe, ungebildete Heiden gewesen seien, denen erst das Christentum die Kultur gebracht hätte — oder nachdem die Forschung den hohen Kulturstand auch unserer Vorfahren nachgewiesen hat, trennt man die Deutschen von den Urquellen unseres Volkstums, indem man gerade dieses Gebiet aus den Lehrplänen unserer Schulen streicht. —

Und das ist auch alles gar nicht verwunderlich, denn tausend und abertausend Lehrer und Priester sind doch unablässig bemüht, jede Generation unseres Volkes von frühester Jugend auf in den Gedankengängen des Christentums zu erziehen und zu belehren. Wie sollen da die Urquellen unseres Volkstums, die doch nun einmal dem germanischen Heidentum entspringen, fließen können, da man doch das Heidentum überwinden möchte? Wer sich diesen Tatbestand so ganz zum Bewußtsein bringt, der kann wahrlich nur mit Wehmut den Ausführungen des indonesischen Staatspräsidenten folgen. Wir Deutsche sollten und könnten aus seinen Darlegungen manches lernen!

Konstante Politik hier und dort

„Wir in Indonesien halten fest an unseren Prinzipien, den Prinzipien der Pantjasila. Wir können auch in der Politik konstant bleiben, eben weil wir nicht Partei ergreifen, weil wir unsere Ideale nicht realistischen Zwecken unterordnen, sondern sie über diese stellen."

Es ist klar, wer aus übergeordneten Grundsätzen sein Handeln und Verhalten für jeden Einzelfall des wechselvollen Lebens ableitet, der kann konstant bleiben, er wankt nicht hin und her. Wie aber muß sich solche Konstanz im politischen Leben eines Volkes günstig auswirken? Wie einheitlich muß, aufs Ganze gesehen, die Politik eines Volkes aussehen, wenn alle Politiker — auch der verschiedenen Parteien — nach gleichen Grundsätzen handeln, wenn durch solche Grundsätze sozusagen das Ziel und die allgemeine Marschrichtung festgelegt sind.

Wie ganz anders ist das bei uns!

Als Bismarck im Jahre 1871 mit der Gründung des Deutschen Reiches die nationale Sehnsucht des deutschen Volkes erfüllte, setzte von der katholischen Seite her der Angriff auf diesen Staat ein. Die Führer dieser Richtung wünschten kein protestantisches Kaiserhaus. Gleichzeitig setzte der Angriff der marxistischen Seite ein. Die Führer dieser Richtung wünschten keinen Nationalstaat. Durch marxistische, katholische und jüdisch-freimaurerische Machenschaften wurde das Bismarckreich in den ersten Weltkrieg gestürzt und durch Revolution beseitigt. Es folgte eine Wandlung auf vielen Lebensgebieten unseres Volkes nach den ganz anderen Grundsätzen der Weimarer Republik. Diese wurde abgelöst vom nationalsozialistischen Regime, das mit starker Betonung des Nationalismus und völkischer Gedankengänge imperialistische Herrschaftsziele verfolgte. Nach 1945 erfolgte wieder eine völlige Wandlung in den politischen Anschauungen. „Umerziehung" des Volkes, Überwindung des Nationalismus, Erziehung zum Europäer, Entmilitarisierung für alle Ewigkeit, das waren nun die Ziele. Auch das hat sich inzwischen schon wieder geändert.

Wie könnten die Deutschen erwarten, daß unsere Politik konstant bliebe. Ein ewiges Hin und Her, eine dauernde Veränderung der Zielsetzung und Marschrichtung mit jedem Systemwechsel ist das Wesen der deutschen Politik. Das ist das traurige Ergebnis der Tatsache, daß die Politiker der verschiedenen Seiten immer andere Prinzipien haben, daß ihnen kein gemeinsamer Leitgedanke das Handeln bestimmt, weil wir Deutschen keine Staatsphilosophie haben. Deshalb können sie auch nicht von sich und ihrer Politik das aussprechen, was Dr. Sukarno von den Verhältnissen in Indonesien betonte:

Nationale Führer sind hier und dort

„Unsere Führer waren nationale Führer und haben immer wieder dem Begriff der Nation, dem Begriff des Staates, dem Begriff des Volkes einen tiefen Sinn gegeben. Diesem Gedanken entsprang unsere politische Philosophie, die wir Pantjasila nennen."

Aber zum Trost des deutschen Volkes kann gesagt werden, daß wir Deutschen wahrlich nicht ärmer sind als die Indonesier, auch wir könnten über klare Grundsätze verfügen, auch unsere Politik könnte konstant bleiben, auch wir könnten unsere Ideale über die realistischen Interessen der Politik stellen und dabei uns als Volk im Lebenskampf besser behaupten als bisher.

Aber zur Schande des deutschen Volkes muß es gesagt werden, daß wir Deutschen nicht auf die Führer hören, die nationale Führer sind und dem Begriff der Nation, dem Begriff des Staates, dem Begriff des Volkes einen tiefen Sinn geben und eben aus diesem Gedanken auch unserem Volke eine politische Philosophie geben. Während im indonesischen Volk diese Führer, die aus dem Volkstum heraus immer wieder Kraft für ihre Aufgabe schöpfen, geschätzt und geehrt werden, werden diese Führer in unserem Volke verleumdet und verlästert und dem Volke so entstellt, daß es ihren Worten nicht mehr lauscht.

Es muß jedoch zur Entschuldigung unseres Volkes gesagt werden, daß es sich von seinen Großen nur deshalb trennen läßt, weil wir nicht, wie die Indonesier, aus den Urquellen unseres Volkstums schöpfen. Es sind dem deutschen Volke wohl die nationalen Führer und Großen des jüdischen Volkes durch den Bibelunterricht vertraut, nicht aber die eigenen Großen. So ist es kein Wunder, daß es das Gehör für arteigene Belehrung weitgehend verloren hat. Sonst wäre ihm ja wohl das Geisteswerk nicht unbekannt, das einer seiner Großen mit seinem Namen verbunden hat, nämlich der Feldherr des ersten Weltkrieges, General Ludendorff.

Ludendorff und Sukarno

Wer die Gedankenwelt des Hauses Ludendorff – nämlich des Feldherrn und seiner Gattin – kennt, der ist überrascht, in den Ausführungen des indonesischen Staatspräsidenten Dr. Sukarno überaus verwandte Gedankengänge zu erkennen. Auch Ludendorff vertritt eine Idee, auch er ist überzeugt, daß die stärkste Macht in der Welt die Idee ist, daß das Handeln und Verhalten der Menschen auf allen Lebensgebieten Ausfluß ihrer mehr oder weniger klaren Weltanschauung ist. Auch die Philosophie, die Frau Dr. Ludendorff gegeben hat, fußt auf ethischen Grundsätzen. Auch Ludendorff will, daß durch diese ethische Geisteshaltung unser Staat gegründet werde, daß diese ethischen Maßstäbe unser ganzes Leben bestimmen. Auch Ludendorff will, daß diese Philosophie mit ihren Idealen über die realistischen Zwecke gestellt werden möge, auch er ist der Ansicht, daß auf diese Weise eine konstante Politik endlich zum Segen unseres Volkes geführt werden könne. Auch die Ludendorffsche Philosophie ist nicht eine Kathederphilosophie, nicht eine weltfremde Lehre für Wissenschaftler, sondern eine wirklichkeitsnahe Deutung des Lebenssinnes, die die Menschen befähigt, danach ihr Leben, auch das Leben des Volkes, zu gestalten. Auch für die Ludendorffsche Philosophie gilt genau das, was Dr. Sukarno über die indonesische Staatsphilosophie ausgesprochen hat:

„Denn unsere Pantjasila ist keine Philosophie, die wolkenhoch über dem Alltagsleben als abstrakte Theorie schwebt. Sie ist Wirklichkeit, nicht nur im Geist, sondern auch für die Menschen aus Fleisch und Blut."

Auch die Ludendorffsche Philosophie erstrebt das absolut Gültige, das absolut Gute in der Welt. Auch sie bekennt sich zu den elementaren Rechten und Pflichten der Menschen, zu dem Recht auf volle Entfaltung des nationalen Eigenlebens und auf das Recht der Selbstbestimmung für alle Völker.

Es ist fürwahr eine erstaunliche Übereinstimmung zwischen den Gedanken des indonesischen Staatspräsidenten Dr. Sukarno und den Gedanken des Hauses Ludendorff, daß wir wohl den Versuch machen müssen, zwischen beiden einen Vergleich anzustellen.

Indonesische Staatsphilosophie

Dr. Sukarno erklärte vor der Studentenschaft der Heidelberger Universität einige Grundzüge der indonesischen Staatsphilosophie, der Pantjasila. Diese Philosophie ist eine einzige Idee, die sich in fünffacher Weise äußert, wobei diese fünf Prinzipien verschiedene Erscheinungsformen einer und derselben Idee sind.

„Es sind die folgenden Ideen: 1. Glaube an die göttliche Allmacht, 2. Nationalbewußtsein und Nationalismus, 3. Humanitarismus auf der Grundlage der Gleichheit aller Menschen, 4. Demokratie und Souveränität des Volkes, 5. soziale Gerechtigkeit. Ich wiederhole: diese Aufzählung bedeutet keine Rangordnung. Keines dieser Prinzipien ist wichtiger oder weniger wichtig als ein anderes. Alle durchdringen vielmehr jede Lebensäußerung unseres Volkes. Trotz der verschiedenen begrifflichen Formulierung bilden alle fünf Prinzipien eine Einheit des Geistes und eine Einheit der Tat."

Der indonesische Staatspräsident legt besonderen Wert auf die Feststellung, daß diese fünf Prinzipien im Leben im Alltagsleben des indonesischen Volkes tatsächlich gelebt werden.

„Die fünf Prinzipien werden im Alltag des indonesischen Volkes auch in die Tat umgesetzt."

Gibt es in unserem Volke noch so viel Wachheit, daß diese Versicherung des indonesischen Staatsmannes auch wirklich ganz ernst genommen wird? Fällt es den Menschen unseres Volkes schwer, zu begreifen, daß man im Alltag tatsächlich nach seinem Glauben leben, daß man all sein Tun und Lassen in Einklang mit seiner Überzeugung gestalten kann? Die meisten deutschen Menschen werden in den Prinzipien des Christentums erzogen, sie werden durch Firmung oder Konfirmation schon in der Jugend auf diese Prinzipien für ihr ganzes Leben verpflichtet, sie bleiben auch ihr Lebenlang in der Gemeinschaft der Kirche, die die Prinzipien des Christentums predigt und vertritt.

Aber können wir wirklich behaupten, daß diese Prinzipien des Christentums im Alltag unseres Volkes in die Tat umgesetzt werden? Ist es in unserem Volke nicht so, daß Millionen nur noch Namenschristen sind, ist es nicht so, daß die Prinzipien des Christentums gar keine Richtschnur mehr für das Leben dieser deutschen Menschen sind? Besteht hier nicht ein ungeheurer Gegensatz zwischen der Lebensgrundlage in beiden Völkern?

Das indonesische Volk besitzt eine Idee, die das ganze Leben bis in den Alltag hinein bestimmt, deshalb kann der indonesische Staatspräsident auch nach seiner gelebten Überzeugung aussprechen: „Die stärkste Macht in der Welt ist die Idee. Die Kraft der Idee ist allen anderen Kräften überlegen."

Natürlich, diese Menschen leben ja auch aus ihren Ideen, die Staatsphilosophie ist ihnen unerschütterliches Fundament ihres Handelns.

Haben wir auch eine Staatsphilosophie?

Wollten doch die deutschen Menschen einsehen, daß wir Deutschen dieses Fundament längst verloren haben! Im Vergleich mit dem gesunden Volk der Indonesier sind wir arm, ein armes Volk, das man von den Urquellen seines Volkstums getrennt, dem man eine fremde, eine artfremde Weltanschauung gegeben hat, dazu eine Weltanschauung, eine Religion, die im Grunde ihres Wesens lebensverneinend und volkstumverneinend ist.

Und doch, wie reich könnten wir Deutschen sein, denn Mathilde Ludendorff hat uns eine Philosophie gegeben, die einmal im Einklang steht mit den Erkenntnissen der Wissenschaften und die zum anderen die tiefen Rätselfragen des Lebens in einer Weise löst, daß sie unser Volkstum in ganz besonderem Maße anspricht. Die deutsche Gotterkenntnis Mathilde Ludendorffs könnte für unser Volk das sein, was für die Indonesier die Pantjasila ist, ja, wie wir noch einsehen werden, sie kann für unser Volk und alle Völker der Erde noch mehr sein.

Religionsfreiheit hier und dort

Dr. Sukarno bespricht nun die einzelnen Prinzipien der indonesischen Staatsphilosophie Pantjasila:

„Glaube an die göttliche Allmacht: Das bedeutet, in der Praxis meines Landes, völlige Religionsfreiheit. Jeder Mensch kann bei uns seinem Gott in Freiheit dienen, welchen Namen dieser Gott auch immer tragen mag."

Wie hoch steht doch diese Auffassung von Religion des indonesischen Volkes über der Auffassung des Christentums. Die Pantjasila lehrt Religionsfreiheit, sie lehrt Duldsamkeit. Und das Christentum, die Weltanschauung so vieler Deutscher und so vieler deutscher Staatsmänner? Das Christentum lehrt, die da glauben und getauft sind, die werden selig werden, die aber nicht glauben, die werden verdammt werden (Markus 16, 16). Ja, die Bibel legt dem Religionsstifter Jesus die Worte in den Mund: „Doch jene meine Feinde, die nicht wollten, daß ich über sie herrschen sollte, bringet her und erwürget sie vor mir" (Lukas 19, 27).

Gewiß, viele Christen lehnen diese in der Bibel, dem Worte Gottes, verankerte Unduldsamkeit heute ab, aber sie beweisen damit doch nur, daß sie sich zwar noch Christen nennen, aber daß sie nicht mehr aus diesem Glauben heraus leben und ihr Dasein gestalten, daß sie also gerade das vermissen lassen, was den Indonesiern Lebensgrundlage ist.

„Alle Züge der Pantjasila durchdringen jede Lebensäußerung unseres Volkes."

So spricht es stolz der Indonesier. Und wir? Wir stehen innerlich verarmt, da unsere herrschende Religion uns keine Lebensgrundlage mehr sein kann.

Und doch könnten die Deutschen in der Philosophie Mathilde Ludendorffs eine solche tragende Grundlage für ihr Leben gewinnen, eine Weltanschauung, die auch jede Lebensäußerung unseres Volkes durchdringen könnte.

Die Gotterkenntnis Ludendorff weist nach, daß zur Menschennatur die Fähigkeit gehört, das Göttliche bewußt zu erleben. Jeder hat also in sich die Fähigkeit, das Göttliche zu erleben. (Der Leser mag es verstehen, daß ich auf diesen wenigen Seiten jetzt von der Bedeutung dieses Satzes keine ausreichende Klarheit geben kann.) Aber jeder Mensch kann nach den Erkenntnissen Mathilde Ludendorffs das Göttliche nur in der seinem Wesen entsprechenden Art erleben. Es hat also jedes Volk seine ihm eigene Art des Gotterlebens. Wird man begreifen, in wie großem Gegensatz diese Lehre zu den Lehren der Unduldsamkeit steht, wie die Bibel sie kündet? Die Gotterkenntnis Ludendorff anerkennt die Mannigfaltigkeit und Unterschiedlichkeit des Gotterlebens und gesteht jedem Menschen seine ihm eigene Art des Gotterlebens zu. Sie ist daher ihrem Wesen nach duldsam und stimmt daher vollständig

damit überein, was der Indonesier sagt: „Das bedeutet in der Praxis meines Landes völlige Religionsfreiheit."

Gewiß, auch in unserem Bundesstaat ist dieser Grundsatz in den Grundrechten verankert, aber da unsere Staatsmänner Christen sind, ist es nur allzu einleuchtend, daß die Praxis unseres Landes oft und oft das genaue Gegenteil verrät.

Völkisches Denken hier und dort

Dr. Sukarno sagt: „Wir bekennen uns zu den elementaren Rechten und Pflichten des Menschen, zu dem Recht auf volle Entfaltung des nationalen Eigenlebens und auf das Recht der Selbstbestimmung für alle Völker."

Nun, wir haben diese Grundsätze oft gehört. Wir wissen aber auch, wie sehr die Handlungen der Politiker in Widerspruch standen zu den schönen Worten, die sie redeten. Es ist gar oft gerade im politischen Leben so, daß die Völker durch schönklingende Phrasen für eine neue Versklavung gewonnen werden sollen.

Wenn hier der indonesische Staatspräsident das Recht auf volle Entfaltung des nationalen Eigenlebens und das Recht der Selbstbestimmung für alle Völker fordert, so dürfen wir annehmen, daß diese Forderung seiner ehrlichen Absicht entspricht, denn er fordert ja damit das Lebensrecht für sein Volk, das erst vor wenigen Jahren eine dreihundertfünfzig Jahre währende Kolonialherrschaft abgeschüttelt hat. Wenn unsere westlichen oder östlichen Politiker gleiche Grundsätze verkünden, nun, so dürfen wir an der Echtheit und Ehrlichkeit ihrer Absichten zweifeln, nicht nur, weil die praktische Durchführung in alter und jüngerer Vergangenheit so oft das krasseste Gegenteil zeigt, sondern vor allem einfach deshalb, weil die wirkliche Durchführung dieser Grundsätze in vollem Widerspruch steht gegen ihre Macht — und Wirtschaftsinteressen. Wie können Völker, die ihren Reichtum auf Kolonialherrschaft aufgebaut haben, das Recht auf volle Entfaltung des nationalen Eigenlebens und der Selbstbestimmung aller Völker in ehrlicher Absicht verkünden? Wer möchte glauben, daß sie sich so menschenfreundlich gebärden, nachdem sie jahrhundertelang aus dem Reichtum der von ihnen beherrschten Kolonialvölker lebten! Es ist unendlich schwer, auf einen Reichtum, auf eine Machtstellung, die man sich errungen hat, freiwillig zu verzichten. Im allgemeinen sieht die Welt doch anders aus, und nur weltfremde Phantasten glauben, daß Edelsinn und Selbstlosigkeit die Triebfedern für politisches Handeln sind.

Wir Deutschen sind nun durch unsere nationale Entwicklung nicht zu bedeutenden Kolonien gekommen und haben unseren Reichtum — den wir einmal besaßen — nicht durch Ausbeutung von Kolonialvölkern und durch Sklavenhandel erworben. Und heute sind wir tatsächlich in der Lage, daß wir auch für uns das volle Recht auf volle Entfaltung unseres nationalen Eigenlebens und auf Selbstbestimmung erst erkämpfen müssen. So jedenfalls empfindet das Volk, so empfand auch die akademische Jugend, die den Worten Dr. Sukarnos zujubelte.

Aber welcher Jammer, daß die heutigen Führer unseres Volkes nicht unablässig bemüht sind, solches Denken im Volke zu wecken und zu pflegen, solchen Nationalismus überall im Volke aufs tatkräftigste zu unterstützen! Es fehlt uns die klare Bindung an unser Volkstum, an das eine hohe Ziel, das deutsche Volk als lebendige Einheit in seiner völkischen Eigenart zu sichern. Statt dessen versucht man, unserer

Jugend weltbürgerliche Ideale zu geben, sie zu Europäern zu erziehen und volksbewußtes Denken und Empfinden in ihnen auszulöschen.

Weltanschauungen wirken sich aus

Und ist das verwunderlich? Die bei uns herrschenden Weltanschauungen sind überstaatlich, volksfeindlich und volkstumzerstörend. Hier das Christentum, das so feierlich verkündet: „Du hast uns, o Herr, herauserlöst aus aller Art von Stamm, Sprache und Nation" (Offenbarung Johannes). Da der Marxismus, der die Proletarier der ganzen Welt aufruft, sich zu vereinigen, oder die Freimaurerei, die eine Bruderkette um die ganze Welt spannen will.

Es ist einfach eine Wahrheit, ein Mensch handelt aus den Anschauungen heraus, die er in sich trägt. Wenn aber die herrschenden Anschauungen international sind, von „Überstaatlichen Mächten", wie General Ludendorff sie nannte, geprägt werden, dann soll man sich doch nicht wundern, wenn das Volk seine heiligsten Lebensinteressen selbst mit Füßen tritt.

Und doch, wie könnten die Deutschen eine kraftvolle Lebensgrundlage, eine Weltanschauung, die alle Lebensäußerungen durchdringt, gewinnen! Die Gotterkenntnis Ludendorff lehrt, daß jedes Volk seine ihm eigene Art hat, das Göttliche zu erleben. So ist es für uns eine heilige Pflicht, unsere eigene Art zu hüten, weil nur in unserer Art für uns das Göttliche erlebbar ist, aber auch den anderen Völkern wollen wir freie Entfaltung in ihrer Art zugestehen und sichern helfen, weil doch in dieser Vielfalt und Mannigfaltigkeit des Gotterlebens der hohe Sinn der Völker und Rassen für uns erkennbar ist. Würden die Völker in diesen Anschauungen leben und ihre Führer aus diesen Überzeugungen heraus handeln, so gehörten die meisten Eroberungs- und Kolonialkriege der Vergangenheit an, der Zeit tiefster menschlicher Verirrung. Aber leider sind wir davon noch weit entfernt. Noch werden die meisten Völker gegen ihre eigenen Lebensinteressen von weltmachthungrigen Mächten aufgepeitscht, unter der Flagge hoher und höchster Ideale in Kriege getrieben, die in Wirklichkeit imperialistische Ziele verfolgen, Kreuzzüge, die anderen den eigenen allein seligmachenden Glauben bringen sollen. Man kämpft um „Freiheit", indem man Völker versklavt, man kämpft um „Demokratie", indem man Zwangsstaaten errichtet, man kämpft für „Religion", indem man die Ungläubigen ausbeutet bis aufs Blut. So und nicht anders sieht die Wirklichkeit aus. Die Völker der alten Welt haben in diesem, und keinem anderen Sinne ihre Geschichte oft und oft gestaltet; denn man hatte ihnen ihr Volkstum geraubt, und man hatte ihnen fremde Lehren beigebracht, mit denen sie sich durch die Jahrhunderte in blutigen Religionskriegen auseinanderzusetzen versuchten, in deren Auftrag man sie in Kreuzzüge führte. Sie hatten das Ziel, nur für die Erhaltung ihres Volkes zu kämpfen, wenn dieses bedroht ist, und an den Lebensrechten anderer Völker Halt zu machen, längst verloren. Sie haben das Ziel heute noch verloren, weil ihnen die Staatsphilosophie fehlt, nach deren richtigen Grundsätzen sie alle Lebensäußerungen gestalten könnten. Das indonesische Volk hat die Pantjasila. Es steht vor der Aufgabe, nach diesen Lehren sein Volksleben zu gestalten, nachdem es seine nationale Selbständigkeit errungen hat.

Die Probleme der Indonesier

„Die Probleme, denen wir gegenüberstehen, sind wirklich außergewöhnlich schwer. Aber wir haben schon Fortschritte erzielt, gerade auch auf dem Gebiet der Erziehung und des Bildungswesens. Vor elf Jahren kehrten wir in das nationale und internationale Leben zurück mit einer Bevölkerung, die zu vierundneunzig Prozent aus Analphabeten bestand. Diesen erschreckend hohen Prozentsatz konnten wir auf vierzig Prozent herabmindern, und dies erreichten wir aus eigener Kraft. Können Sie sich die Freude vorstellen, die ein Mensch um die vierzig empfindet, der bisher des Lesens und Schreibens unkundig war und jetzt zum erstenmal ein Buch aufschlägt und sei es, um Zugang zu der kindlich-wundersamen Welt des Struwelpeters zu finden!

Ja, wir haben unsere Märchen, wir haben unsere Mythen, und wir haben unsere wertvollen Epen. Unser Volk, Erwachsene wie Kinder, wird jetzt die Möglichkeit haben, in ihre Geheimnisse einzudringen!"

Wir haben diese Probleme nicht. Bei uns gibt es keine Analphabeten, bei uns kann jeder lesen und schreiben. Gewiß, daß ist ein großer Vorzug. Aber wenn die Indonesier des Lesens und Schreibens unkundig waren, so mögen sie doch den Segen erkennen, der in dieser Unbildung liegt. Das Volk lebte in seinem Lande, in seiner Heimat, in seiner Landschaft, und keine Fremdlehre konnte es von seiner Art wegführen. Es konnte nicht die fremde Welt mit ihren artfremden Geistesgütern in dieses Volk Eingang finden und ihm das antun, was man unserem Volke angetan hat. Zu uns kamen die christlichen Missionare, sie lehrten das Volk lesen und schreiben. Dann gab man diesem deutschen Volke artfremde Bücher, die heiligen Bücher des jüdischen Volkes. War es nicht so, daß in vielen Häusern nur ein einziges Buch war, die Bibel? Gab es Häuser, in denen die Bibel oder das Gebetbuch nicht war? Das war die geistige Kost, für die man unseren Vorfahren das Lesen und Schreiben beigebracht hatte.

Möchten die Indonesier doch sehr bedenken, wie recht Dr. Sukarno hat, wenn er sagt: „Wir haben unsere Märchen, wir haben unsere Mythen, und wir haben unsere wertvollen Epen. Unser Volk, Erwachsene wie Kinder, wird jetzt die Möglichkeit haben, in ihre Geheimnisse einzudringen."

Zwar haben wir Deutschen auch unsere Volksmärchen, aber wer kann es wissen, wieviel deutsch — germanisches Kulturgut unserer Ahnen auf Geheiß römischer Priester von Ludwig, den sie den Frommen nannten, verbrannt wurde? Wie hat man uns von den Urquellen unseres völkischen Lebens abgeschnitten!

Die Indonesier stehen zwar vor großen Schwierigkeiten des Aufbaues ihres völkischen Lebens, aber sie können den Garten ihres Volkes einfach bebauen. Das Land ist zubereitet, sie können die Saat in die fruchtbare Erde ihres Volkstums senken.

Wir finden einen Garten unseres Volkstums vor, der bereits bebaut ist; da wachsen ausländische Pflanzen, und das Volk sieht und erkennt nicht, daß es oft Giftpflanzen sind, die unser Leben aufs höchste gefährden. So haben auch wir unsere Probleme, auch außergewöhnlich schwere Probleme.

Unser Volkstum ist verschüttet, und unser Volk erkennt nicht, was artgemäß und fremd ist. Es hat die rechten Maßstäbe verloren und falsche Maßstäbe angenommen. So finden wir unsere Volksgeschwister in jeder Hinsicht mit falschen Wertungen. Es ist keine Einheit da, weil die einzige echte Einheit, die in der allen

gemeinsamen deutschen Wesensart besteht, jedenfalls in seelischer Hinsicht verlorengegangen ist. Wir stehen vor der schweren Aufgabe, unser Volk wieder zu sich selbst zu führen und ihm eine alle in gleicher Weise bewegende Philosophie, eine Pantjasila, zu geben.

Und nun ist es ein großes Glück, daß diese Philosophie gegeben ist, daß wir sie lehren können, daß schon einzelne Menschen unseres Volkes sie aufnehmen und alle ihre Lebensäußerungen damit durchdringen und alle Stunden ihres Lebens, im Festtag und Alltag, nach dieser Philosophie gestalten.

Die Pantjasila und die Deutsche Gotterkenntnis

Soweit wir es nach den Ausführungen des indonesischen Staatspräsidenten beurteilen können, scheint die Philosopie, die Mathilde Ludendorff Gotterkenntnis nennt, tiefer an die tiefen Rätselfragen des Lebens heranzureichen als die Pantjasila des indonesischen Volkes.

Das ist auch nicht verwunderlich. Seit tausend Jahren setzt sich unser Volk mit der artfremden Lehre des Christentums auseinander, sucht es die Wahrheit, Einklang mit der Welt und seiner Wesensart. So entwickelte sich aus diesem Suchen das wissenschaftliche Erkennen unserer Welt. Es kamen auch viele Denker, die die Rätsel des Lebens umsannen. So war die Sehnsucht nach Klarheit, nach Einheit zwischen Wissen und Glauben mit den Früchten der Wissenschaften immer reicher gesegnet, bis schließlich eine deutsche Frau eine Deutung des Lebenssinnes fand, die sich bei unserer Prüfung als entdeckte Wirklichkeit enthüllte. Mathilde Ludendorff gibt eine Weltdeutung, die mit der Wirklichkeit in so vollendetem Einklang steht, daß wie mit einem Zauberschlüssel die verschiedenartigen Räume des Lebens erschlossen werden können.

So ist die Gotterkenntnis eine Enthüllung der Wirklichkeit dieser Welt, die natürlich nicht nur für ein Volk Gültigkeit hat, denn alle Völker leben ja in dieser Welt mit ihren gleichen Gesetzen. Vielmehr ist diese Gotterkenntnis auch wieder so geartet, daß sie die Vielgestaltigkeit dieser Welt, die Verschiedenartigkeit der Völker, in ihrem tiefen Sinne bejaht.

Die Menschen unseres Volkes, die seit ihrer Kindheit in christlichen Lehren aufgewachsen sind, stehen vor der größten Schwierigkeit, die Tatsächlichkeit, den Wahrheitsgehalt der Gotterkenntnis, zu erfassen. Es fehlt ihnen die Unvoreingenommenheit. Entweder sie glauben an die Lehren der Kirche, indem sie es aufgegeben haben, zu denken, um alle die Widersprüche ihres Glaubens mit den Erkenntnissen der Wissenschaften zu übersehen, oder sie haben den Glauben, den man sie in der Kindheit lehrte, abgetan und mit ihm oft die Gewißheit, daß es Göttliches in der Welt gibt, verloren oder das Vertrauen aufgegeben, daß man überhaupt die Rätselfragen des Lebens beantworten könne. Deshalb wird von vielen die vorurteilsfreie Prüfung der Ludendorffschen Philosophie abgelehnt. Entweder sie sind satt in den Wahnvorstellungen der christlichen Lehren oder sie sind enttäuscht und ernüchtert im Schiffbruch ihres Kinderglaubens.

Vielleicht haben die asiatischen Völker in ihrer Unberührtheit früher als die Deutschen selbst Auge und Ohr für die herrlichen Wunder und die erhabene Wirklichkeit dieser Welt, die Mathilde Ludendorff in ihrer Gotterkenntnis enthüllt hat.



Zeitschrift für Geistesfreiheit

Erscheinungsort München Postversandort München

Inhalt: Seite

Sonnenwende feiern wir

Von Dr. Mathilde Ludendorff

Folge 24 23. 12. 1955 7. Jahr

„Sichere Führung der Massen"

Von Dr. Mathilde Ludendorff

Je mehr das seit Jahrhunderten oft unbewußt, oft aber auch bewußt ersehnte Ziel erreicht wurde, aus arteigenen Völkern eine aus ihrem Rasseerbgut entwurzelte, ununterbrochen unter Suggestion gehaltene Menschenmasse zu „formen", umso wichtiger wurde natürlich auch das gründliche Studium der Lenkung und des Erfolg versprechenden Suggerierens dieser Massen. Jede Ausbildung von Rednern, die bestimmten religiösen oder politischen Zielen dienen sollten, enthielt immer ausgiebigere Anweisung dessen, was gemieden, dessen, was nachdrücklich erstrebt, und dessen, was zur Minderung selbständiger Denkkraft und persönlicher Willenskraft der Menschen führen kann. Ja, je näher man dem Ziele kam, Menschenmassen auf solche Weise zu „formen", desto unverfrorener wurde auch ausgesprochen, was alles hier gewagt werden kann.

Ebenso gründlich wurde auch die Ausbildung aller Journalisten, aller Filmproduzenten, aller Ansager des Rundfunks, all derer, die die Fernsehübertragung auswählen, vorgenommen. Auch hier wird das ersehnte Ziel umso klarer enthüllt, je größer die Erfolge schon sind. Es ist heute schon so weit, daß man diese Massen mühelos so lenken kann, damit sie zum Heile der überstaatlichen Machtziele doch nur ja im rechten Augenblick und auf die gewünschte Zeitdauer hin durch große Angst gelähmt werden und durch Staunen von wichtigen Ereignissen abgelenkt bleiben. Man hat auch schon erreicht, daß solche Massenseelen, statt sich an wertvollen Kulturwerken zu bereichern, mehr und mehr durch Berichte außergewöhnlicher Verbrechen gefesselt werden und hiermit nicht nur abgelenkt sind, sondern auch die gewünschte Abstumpfung den Verbrechen gegenüber aufweisen. Ganz sicher können dann jene Führer sein, daß an sie selbst auch keine unangenehmen Ansprüche ernster Verantwortung und strenger Moral gestellt werden.

Solcher gründlichen Ausbildung der Führer der Massen dient bis zur Stunde vor allen Dingen noch das Werk des Franzosen Gustave Le Bon: „Psychologie der Massen", das im Jahre 1951 in Stuttgart im Alfred-Kröner-Verlag in deutscher Sprache erschienen ist. Wir finden in diesem Buche auf der Seite 91 die Worte:

„Wer sie (die Massen) zu täuschen versteht, wird leicht ihr Herr; wer sie aufzuklären versucht, wird stets ihr Opfer sein."

Wir brauchen nur daran zurückzudenken, welchen Menschen unser Volk nach dem Jahre 1918 traute und wie es dem Retter im ersten Weltkriege, dem Feldherrn Erich Ludendorff, der es über die geheimen Drahtzieher der Weltgeschichte gründlich aufklären wollte, darauf geantwortet hat, um zunächst einmal diesen Worten recht zu geben. Aber wenn wir sie gründlich überdenken, so erkennen wir, daß sie auch einen gewaltigen Irrtum enthalten. Der Feldherr Erich Ludendorff z. B. war niemals das „Opfer" dieser Massen. Er blieb bis zur Stunde seines Todes über alle Absichten und Taten dieser Massenseelen erhaben; er blieb für sie völlig unerreichbar. All den Undank, all die Verkennung und Verlästerung, die er erfuhr, war für ihn nichts anderes als die Bestätigung seiner eigenen Überzeugung, daß er den geheimen Drahtziehern, den Führern der Massenseelen, sehr gefährlich war.

Der Irrtum Le Bons wird aber nicht nur durch die Erhabenheit des Feldherrn

Erich Ludendorff, sondern auch durch die gleiche Unerreichbarkeit aller wahrhaft gottnahen Menschen, vor allem der genialen gottnahen Geschichte- und Kulturgestalter bewiesen. In dieser grundsätzlichen und gründlichen Verkennung der eigenen Ohnmacht all jener gottfernen Führer der Massenseelen gegenüber den wahrhaft gottnahen genialen Menschen liegt ein unendlich segensreicher Schutz für die Völker. Hier muß zugleich angedeutet werden, daß die Israeliten die starken Persönlichkeiten, die wahrhaft genialen Menschen in anderen Völkern in ihrer Unerreichbarkeit stets geahnt und gefürchtet haben. Es fehlt mir hier der Raum, um überhaupt nur anzudeuten, auf welche vielgestaltigen Mittel sie deshalb seit je verfielen, um solche Erhabenheit und Unerreichbarkeit zu mindern. Die Erfolge blieben aber aus, wenn es sich um wahrhaft gottnahe Menschen handelte. Nur das Mißverstehen und Mißdeuten der Mitlebenden jenen gegenüber konnten sie beträchtlich mehren. Große Erfolge hatte dagegen ihre Psychagogik bei der Verwertung der Lustgier und Leidangst und aller Charakterschwächen.

Ein zweiter Ratschlag Le Bons findet besonders häufige Anwendung von seiten der Führer der Massenseele. Wir finden ihn auf der Seite 94:

„Die Gesetze der Logik haben keinerlei Einfluß auf sie (die Masse). Um die Massen zu überzeugen, muß man sich zunächst Rechenschaft geben über die Gefühle, die sie beseelen, muß den Anschein erwecken, daß man sie teilt, dann versuchen, sie zu verändern, indem man mittels angedeuteter Ideen-Verbindungen gewisse zwingende Bilder hervorruft; ferner muß man im Notfall sein Vorhaben aufgeben können, und vor allen Dingen jeden Augenblick die Gefühle erraten, die man erweckt."

Gewiß wird das Verwerten der Gefühle, die die Massen beseelen, und das Verwenden geeigneter Bilder das Suggerieren sehr erleichtern! Ganz ohne jede geringste Scham rät der Verfasser dabei die List an, „den Anschein zu erwecken, als ob man diese Gefühle teile". Das eben gibt besonders in der heutigen Zeit, in der man dem ersehnten Ziele schon so sehr nahe gekommen ist, ein so entsetzliches Gesamtbild der politischen Gepflogenheiten. Ja, Le Bon scheut sich auch nicht, zu raten, notfalls das Vorhaben auch wieder aufgeben zu können, was ja eine so alltägliche Erscheinung in all den verschiedenen politischen Machtgruppen geworden ist, daß ich schon wiederholt in meinen Worten an die Leser feststellen mußte, daß die bedenkenlose Wendigkeit als hochgeachtetes Können der hohen Politik angesehen und verwertet wird.

Wir lesen dann weiter auf Seite 100:

„Nicht das Freiheitsbedürfnis, sondern der Diensteifer herrscht stets in der Menschenseele. Ihr Drang, zu gehorchen, ist so groß, daß sie sich jedem, der sich zu ihrem Herrn erklärt, instinktiv unterordnen."

Hier belichtet Le Bon ungewollt die Gefahr, die das deutsche Volk, das den herrlichen Kulturschöpfer Schiller als Träger seines Erbguts sein eigen nennen darf, bedeutet. Trotz der mehr als 1000jährigen Entwurzelung aus seinem arteigenen Gotterleben und trotz seiner so unheilvollen Charakterschwäche des Erbguts – nämlich seiner unseligen Streitsucht gegen die Volksgeschwister – setzt es der Knechtung noch immer den stärksten Widerstand entgegen. Allerdings wollen wir keineswegs ernsten Tatsachen gegenüber die Augen verschließen: Mangel an aufrechtem Mut, Untertanengeist und Erliegen vor fortwährenden Suggestionen von der Gleichheit aller Menschen und von der Rückständigkeit jeder völkischen

Gesinnung haben gerade in den letzten Jahrzehnten den Widerstand dieses Volkes gegen Vermassung und Versklavung sehr gefährlich gemindert.

Auf Seite 123 lesen wir endlich die Worte Le Bons:

„Wir haben schon gesagt, daß sich der Einführung einer allgemeinen Grundanschauung große Schwierigkeiten entgegenstellen. Wenn sie aber endgültig Fuß gefaßt hat, ist ihre Macht lange Zeit unüberwindlich; und mag sie philosophisch noch so falsch sein, so drängt sie sich doch den erleuchtesten Geistern auf. Haben nicht die Völker Europas seit fünfzehn Jahrhunderten religiöse Legenden, die bei näherer Betrachtung ebenso barbarisch sind (im philosophischen Sinn) wie der Moloch-Mythus, als unbestreitbare Wahrheiten betrachtet? Der entsetzliche Widersinn des Mythus von einem Gotte, der sich für den Ungehorsam eines seiner Geschöpfe durch furchtbare Marter an seinem Sohne rächt, ist viele Jahrhunderte nicht bemerkt worden. Die größten Geister, wie Galilei, Newton, Leibniz, haben auch nicht einen Augenblick darüber nachgedacht, daß die Wahrheit solcher Legenden bezweifelt werden könnte. Nichts beweist schlagender die Hypnose, die durch allgemeine Grundanschauungen bewirkt wird, aber nichts zeigt auch besser die beschämenden Grenzen unseres Geistes."

Gewiß hat Le Bon recht, wenn er sagt, daß der Einführung einer neuen Grundanschauung große Schwierigkeiten entgegenstehen, daß aber ihre Macht auf lange Zeit, unbekümmert um ihren Wert oder Unwert, unüberwindlich ist, wenn sie einmal Fuß gefaßt hat. Das Beispiel, das er hierfür anführt, ist auch ganz gut gewählt. Aber er übersieht auch hier wieder sehr Wesentliches. Er übersieht die große Zahl der Geschichtegestalter und Kulturschöpfer und erst recht die noch weit größere Zahl der nicht im öffentlichen Leben hervortretenden Menschen, die sich schwersten Verfolgungen aussetzten im Widerstand gegen solche Lehren. Die Geschichte unseres Volkes ist überreich an solchen Beweisen. Seit dem Mord der 4500 Sachsen in Verden an der Aller, die an ihrer Glaubensüberzeugung festhielten, blieb der Widerstand stark und mutvoll Jahrhunderte hindurch. Noch im 14. Jahrhundert mußte die Todesstrafe für die Weigerung der Taufe fortbestehen. Ja, nur die Säuglingstaufe, gepaart mit der Unmöglichkeit des Kirchenaustritts, konnte den Widerstand mindern. Daß Le Bon dies im deutschen Volke leicht übersehen konnte, ist begreiflich; daß er sich aber nicht an den energischen Widerstand französischer Herrscher gegen päpstliche Willkür erinnert, ist überraschend. Auch hier übersieht er viel zu sehr die Unerreichbarkeit der genialen Menschen, die ein so großer Segen für die Rettung der Völker vor der Vermassung ist.

Ich kann natürlich hier nicht auf all das eingehen, was der Vermassung erfolgreich hilft. Mir ist es in dieser kurzen Abhandlung vor allem darum zu tun, durch den Hinweis auf das grundsätzliche Übersehen der heiligen Gegenkräfte hochentfalteter Menschenseelen gegenüber diesem Formen und Führen zu zeigen, daß noch nicht alles verloren ist. Was aber alle diese Gegenkräfte an Rettung bedeuten, das birgt mein Werk „Das Gottlied der Völker", das 1956 zusammen mit der Dichtung in neuer Auflage erscheinen wird. Es wird helfen, daß die großen Erfolge der Vermassung nicht als endgültiger Sieg auf diesem Sterne mißdeutet werden können.

„Als köstliche Freiheit und Unantastbarkeit der Volksseele gegenüber den Gewalthabern der Geschichte erkennen wir in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, daß die Volksseele über die Zahl der Mitmenschen, die sie zur Zeit erleben, erhaben ist."

Mathilde Ludendorff: „Die Volksseele und ihre Machtgestalter"



Zeitschrift für Geistesfreiheit

Erscheinungsort München | Postversandort München

Inhalt: Seite

Folge 6 | 23. 3. 1952 | 4. Jahr

Was ist das uns drohende Kollektiv?

Von Sigismund Stärker

Die Wiedervereinigung Deutschlands, die Sehnsucht aller Deutschen und das höchste Ziel einer jeden wahrhaft deutschen Politik, rückt mehr und mehr in das Blickfeld politischer Betrachtungen diesseits und jenseits des eisernen Vorhangs. Große, ja entscheidende Fragen für unsere Zukunft gilt es auf diesem Wege zu lösen. Jahre einer noch nie dagewesenen gegensätzlichen Entwicklung, Jahre einer gegenseitigen geistigen Abschnürung sind zu überwinden. Schon zeigen sich Ansätze einer gleich verhängnisvollen Politik, wie sie die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens in den Jahren zwischen 1870 und 1914 verhinderte. Damals wie heute ein tiefes Mißtrauen gegenüber den anderen Volksgeschwistern, ein Beharren, ja ein sich Festklammern an den eigenen überkommenen Anschauungen, unfähig zu schöpferischer Neugestaltung unseres geistigen und politischen Daseins. Deutschland gehört weder völlig dem westeuropäisch-amerikanischen Machtbereich und dessen Kultur und Zivilisation an, und noch viel weniger dem russisch-bolschewistischen Machtbereich und dessen Ideologien.

Die Befreiung vom Bolschewismus ist Kampf gegen den Kollektivismus. Erfolg in diesem Kampf bedeutet Verringerung der uns von Asien drohenden Gefahren. Um der Einheit Deutschlands willen und um der Selbständigkeit Europas willen gegenüber Amerika ist es aber auch notwendig, die innere Einheit, die geistige Einheit Deutschlands in einer Auseinandersetzung mit amerikanischen Ideologien zu erringen. Dort spielt der Kollektivismus ebenfalls eine große Rolle, mag er auch durch individuelle Freiheit vielfach gemildert und verdeckt sein.

Die Eigenart Europas, sein Wesen, durch das es sich von jedem anderen Kulturkreise abhob, war die Vielfalt, die Mannigfaltigkeit seiner Völker und Kulturen, war ein lebenskräftiger Mittelstand in Stadt und Land, und war das Hervortreten einer Fülle von schöpferischen Einzelmenschen. Die Einheit Europas besteht darin, diese europäische Idee reiner zu gestalten und herauszuarbeiten, Geröllmassen zu beseitigen, unter denen Europa als Idee und als Gemeinschaft zu ersticken droht. Europa als Kontinent. Europa ist aber nicht an der Elbe zu Ende, nicht an der Oder, nicht an der Weichsel, Europa reicht vom atlantischen Ozean bis zum Ural.

Das einheitliche Deutschland wird nicht bolschewistisch sein. Darüber gibt es keinen Zweifel. Die Probe aufs Exempel, die der Marxismus in seiner letzten Konsequenz, dem Bolschewismus, in Deutschland gemacht hat, ist so eindeutig katastrophal, daß diese Eisenbartkur genügt, um unser Volk vom Bolschewismus zu heilen. Wird die bittere Lehre aber auch ausreichen, unser Volk von den geistigen Grundlagen des Bolschewismus, dem Materialismus und dem Marxismus zu befreien? Denn erst dann wird die Gefahr für alle Zeiten gebannt sein. Und die weitere große Frage ist, ob denn die Kräfte, die dem Marxismus entgegenwirken wollen, frei sind von dem Grundpfeiler des Marxismus, von seinem Streben nach Kollektivierung

des gesamten Lebens. Es ist doch klar: Finden sich unter den Gegnern des Marxismus auch Neigungen zur Kollektivierung, zur Vermassung der Menschen, dann ist alles Mühen um Gesundung unseres Daseins letzten Endes zum Scheitern verurteilt.

Es ist also zunächst einmal klarzustellen: Was ist Kollektivismus? Er umfaßt ein weites Gebiet, und nicht alles, was darunter verstanden wird, ist verdammenswert. Bei diesem Ismus ist es nicht anders wie bei den meisten anderen Ismen: Aus dem Intellekt geboren, ist er ein Sammelbegriff des Verstandes, dem die rechte Wertung fehlt, in sich bergend Richtiges und Falsches.

Kollektive sind Gruppen, Gemeinschaften. Eine wichtige Abgrenzung gibt uns bereits ein Zurückgehen auf den eigentlichen Sinn des Wortes. Es ist abgeleitet von dem lateinischen Wort colligere, was zusammenlesen, sammeln bedeutet. Natürliche Gemeinschaften wie Ehe, Sippe, Volk sind nicht zusammengelesen, sie gehören daher auch nicht zu den Kollektiven. Unter Kollektiven wird man also künstlich geschaffene, aus Vernunftgründen gewordene Gemeinschaften zu verstehen haben. Der beherrschende Gesichtspunkt wird daher wie bei so vielem, was wir für vernünftig halten, die Zweckmäßigkeit sein. Ein Kollektiv ist, ganz allgemein gesprochen, der Zusammenschluß von Menschen zu zweckbestimmtem Handeln. Als die Menschen erkannten, daß es für ihre Selbsterhaltung vorteilhafter ist, die notwendigen Arbeiten nicht alle selbst oder natürlich gegliedert in der eigenen Sippe zu verrichten, sondern sie nach Fähigkeiten und Umweltsbedingungen zu spezialisieren, oder aber auch sich zu Zweckverbänden zusammenzuschließen, da war das Kollektiv geboren. So kann man den Staat, Städte und Gemeinden, Gewerkschaften usw. als Kollektive bezeichnen. Als das größte z. Zt. bestehende Kollektiv wird die Technik angesehen.

Aus der gemeinsamen Zwecktätigkeit ergibt sich ein weiteres Merkmal der Kollektive, es ist die wachsende Abhängigkeit des einzelnen Menschen und seiner Sippe und seines Volkes von dem Gedeihen, Niedergang oder Versagen der Zweckgemeinschaften. Der Anschluß an eine Wasserleitung, an die Elektrizitätsversorgung, an eine Fernheizung erleichtert die tägliche Arbeit ungemein. Die Kehrseite zeigt sich bei allgemeinen Notständen, wie wir sie alle erlebt haben, ganz zu schweigen von den Folgen des Zusammenbruches des ganzen Staatswesens, die um so furchtbarer sind, je mehr Aufgaben der Selbsterhaltung vom Staate übernommen worden waren.

Zu einem schwerwiegenden Problem für unser gesamtes Dasein wurde das technische Kollektiv mit dem Beginn des Maschinenzeitalters. In ihm sind alle Menschen vereinigt, die Maschinen hervorbringen und in ihrer Lebensführung von Maschinen abhängig sind. Es umfaßt die gesamte sogenannte zivilisierte Menschheit. Von den unendlich vielfachen Auswirkungen dieser Mechanisierung unseres Lebens möchte ich nur weniges hervorheben.

Zunächst ein Blick auf die wissenschaftliche Grundlage der modernen Technik. Es genügen nicht mehr überlieferte handwerkliche Fähigkeiten und Erfahrungen. Die Naturwissenschaften bilden die geistige Grundlage der Maschinentechnik. Rationalisierung wird die große Forderung für das ge-

samte Wirtschaftsleben, alles wird — wie man sagt — vernünftig durchorganisiert. Da meist Vernunft und Geldverdienen gleichgesetzt werden, bedeutet Rationalisierung nicht so sehr vernünftige Bedarfsdeckung als vielmehr Ersparung von Unkosten, Steigerung der Leistung, Erhöhung des Gewinns. Das führt zu beachtlichen Erfolgen, die aber doch auch recht bedenkliche Seiten haben. Da ist die Uebermacht der Großbetriebe, die Zermahlung des Mittelstandes, das wachsende Heer der Angestellten und Arbeiter, der in abhängiger Stellung Berufstätigen, ja auch die Aufspaltung und damit der Verfall der Ehe, der Familie und mehr und mehr auch der Völker. Die Arbeit wird immer mehr spezialisiert, sie beschränkt sich meist auf kleine und kleinste Ausschnitte des Arbeitsprozesses. Die Abhängigkeit vom Arbeitsplatz, die Gefahr, ihn und die Existenz zu verlieren, bei Krankheit und im Alter der Not ausgesetzt zu sein, führt zu Schutzorganisationen, auf die immer mehr Gebiete der Selbsterhaltung übergehen. An die Stelle des Einzelmenschen tritt das Kollektiv. Es bietet ihm ein relativ geringes Maß an Sicherheit, schwächt aber den Willen zur Selbsterhaltung. Es steigt die Angst vor dem Alleinsein und vor dem Kollektiv, dem man sich willenlos einordnet, es schwindet das Bewußtsein der eigenen Verantwortung. Und je größere Teile der persönlichen Verantwortung auf den Staat und andere Organisationen abgewälzt werden, um so größer wird deren Macht und werden sie zu Kollektiven. Die Persönlichkeit des Einzelmenschen verschwindet mehr und mehr.

Diese ganze Entwicklung hat natürlich auch ihre moralische Grundlage, oder besser: sie gibt sich den Anschein dazu. Man nennt sie Sozialeudämonismus und meint damit das Ziel, das größtmögliche Glück einer möglichst großen Zahl von Menschen zu erreichen. Nun, so bestechend dieser Grundsatz auf den ersten Blick sein mag, einer tieferen Ueberlegung und der praktischen Erfahrung hält er nicht stand. Schon vor etwa 70 Jahren hat ein deutscher Philosoph, Eduard von Hartmann, in seinem Werk über das sittliche Bewußtsein nüchtern und folgerichtig den notwendigen Ablauf der Entwicklung bei Anwendung dieses Moralgrundsatzes gezeigt, bevor eine praktische Erfahrung vorlag. Heute liegt auch diese vor. Hartmann schildert den Endzustand der Entwicklung ganz ebenso, wie wir ihn heute im Bolschewismus vor uns haben. Das Ziel eines größtmöglichen Glückes einer größtmöglichen Zahl von Menschen ist so verlockend, daß es erst eines Weges voller Menschenopfer und Menschenleiden bedurfte, um zu erfahren, daß es sich gar nicht um einen sittlichen Grundsatz handelt. Das Glück zum Inhalt moralischen Strebens zu machen, ist verfehlt, weil es den Sinn des Menschenlebens verkennt. Und eine möglichst große Zahl von Menschen eines zugemessenen Anteils am allgemeinen Menschenglück teilhaftig werden zu lassen, führt zu nichts anderem als zu Tyrannei und zur Vernichtung der edelsten Werte im Menschen.

Was aber tritt in solchen Gemeinwesen an die Stelle sittlich ausgeprägter Persönlichkeiten? Es ist der uns allen wohlbekannte Funktionär. In den unzähligen Organisationen, von denen unser Dasein umsponnen ist, von denen es in weit höherem Maße im nationalistischen Staate umsponnen

war und die im kommunistischen Staat ihren Höhepunkt erreicht haben, spielt er — der Funktionär — die unentbehrliche und beherrschende Rolle.

Der Funktionär ist Träger eines Systems, einer Organisation, also nicht einer natürlichen Gemeinschaft, sondern einer künstlich ausgedachten Form des Zusammenlebens. Daher wird seine Tätigkeit beherrscht vom Verstand, vom Intellekt. Eine wesentliche Wurzel führt zum Franzosen Jean-Jaques Rousseau. Er sah rein verstandesmäßig die Grundlage des Staates in einem stillschweigend abgeschlossenen Gesellschaftsvertrag. Von hier führt der Weg zum Marxismus. Er sieht rein verstandesmäßig die Grundlage der Gesellschaft in den Beziehungen des Menschen zu den Produktionsmitteln. Nach dieser Auffassung wird alles Zusammenleben der Menschen beherrscht von den Beziehungen der Gütererzeugung und des Eigentums, und alle geschichtliche Entwicklung wird bestimmt nicht von großen Persönlichkeiten, sondern, wie es so schön heißt, von den Massen. Das Geistesleben, Religion, Moral, Recht, Wissenschaft und Kunst sind — immer nach marxistischer Auffassung — nicht Ausdruck selbständiger, autonomer und absoluter Werte, sie stehen als der sogenannte ideologische Ueberbau in Abhängigkeit von den Produktionsverhältnissen. Mit diesen Verhältnissen ändern sie sich, sie passen sich den jeweiligen Produktionsverhältnissen an, d. h. in Wirklichkeit der jeweiligen Macht im Staate.

Damit haben wir die geistige Grundlage des Funktionärs, wie er uns in Reinkultur im Bolschewismus entgegentritt. Der Funktionär erfüllt seine Funktion dann, wenn er funktioniert, wenn er zum zuverlässigen Glied seiner Organisation geworden ist. Er lernt es gut, sich den jeweiligen Anforderungen seiner Machthaber anzupassen, er verzichtet weitgehend, um sich als Funktionär zu halten und vorwärtszukommen, auf eigenes Denken, eigenes Wollen und schaltet sein eigenes Gewissen aus, das ja so wie so keine feste, unverrückbare Grundlage hat. Der eigene Erfolg und der Erfolg seiner Organisation sind die Triebfedern seines Handelns. Wenn er sein System gefährdet glaubt und den entsprechenden Befehl erhält, ist er zu jedem Verbrechen bereit. Die zwangsläufige Folge ist die Aufspaltung der Persönlichkeit in ein Funktionärwesen und einen Restmenschen, der rasch verkümmert. Ich glaube, ich brauche Ihnen keine Beispiele hierfür aus dem Machtbereich des Sowjetsystems mitzuteilen, jeder Mensch, der nicht gerade vom Kommunismus geblendet ist, weiß darüber selbst Bescheid.

Wir würden uns aber einem sehr großen Irrtum hingeben, wollten wir seelenlose Organisationen und ihre Träger, Verstandesmenschen mit kaltem Herzen und totem Gewissen, nur im Bereich des Bolschewismus suchen, und die sogenannte freie Welt davon freisprechen. Gewiß sind hier die Persönlichkeitsrechte des Einzelnen besser gewahrt, und die Kollektive mit ihren Funktionären können hier nicht so leicht extreme Formen annehmen. Aber es gibt auch hier des Nachdenklichen genug. Statt vieler Worte möchte ich Sie als Beispiel an einen Vorgang erinnern, den kürzlich die „Frankfurter Allgemeine" aus Rom berichtete.

Der italienische Rundfunk hatte eine Sendefolge eingerichtet, in der jeder beliebige Hilfsbedürftige selbst ans Mikrophon treten und Hilfe für

sich suchen kann, gewiß ein guter Gedanke. Unter vielen anderen tat das am ersten Tag ein armer arbeitsloser Mann und suchte Arbeit. Kaum hatte er seine Leidensgeschichte beendet, rief ein bekannter Industrieller an, er wollte einen Arbeitsplatz freimachen. Die Zeitung berichtet weiter:

„Wer beschreibt aber die Entrüstung, die sich darauf gegen ihn und den Rundfunk erhob. Wie, der Unhold hatte einen Arbeitsplatz frei und sich nicht an das Arbeitsamt gewandt, wie es seine Pflicht war. Erzürnte Männer protestierten in seinem Büro. Drohbriefe kamen von allen Seiten, von den Gewerkschaften, den Hilfs- und Beistandsorganisationen, den Verwundetenverbänden, daß der Rundfunk sich ein Amt anmaße, das ihm nicht zukomme."

Ich glaube, ein Kommentar ist überflüssig. Und noch zwei Beispiele, um Entwicklungstendenzen des technischen Kollektivs deutlich zu machen. In seinem „Untergang des Abendlandes" schreibt Oswald Spengler auch über die geometrisch ausgedachte Form der Weltstädte im Umkreis der westeuropäisch-amerikanischen Zivilisation und entwirft ein Zukunftsbild (Seite 119, 2. Band):

„Ich sehe — lange nach 2000 — Stadtanlagen für zehn bis zwanzig Millionen Menschen, die sich über weite Landschaften verteilen, mit Bauten, gegen welche die größten der Gegenwart zwerghaft wirken, und Verkehrsgedanken, die uns heute als Wahnsinn erscheinen würden."

Welche ungeheuren Gefahren für unser Dasein und für unsere Kultur die geradezu sagenhaften Fortschritte moderner Technik in sich bergen, wenn sie zu Machtmitteln in den Händen kalter Verstandesmenschen werden, ist ja allgemein bekannt. Aber auch ganz abgesehen von allen möglichen Zerstörungen enthält ein Zukunftsbild moderner Technik starke Züge einer vollkommenen Loslösung der Menschen von Grund und Boden, von Heimat und Naturverbundenheit, von Kultur und allem naturhaft Gewachsenen.



Zeitschrift für Geistesfreiheit

Erscheinungsort München | Postversandort München

Inhalt: Seite

Der seelische Nährboden des Kollektivismus

Folge 8 23. 4. 1952 4. Jahr

Der Quell

Zeitschrift für Geistesfreiheit

Folge 8 | 23. 4. 1952 | 4. Jahr

Der seelische Nährboden des Kollektivismus

Von Sigismund Stärker

Wir haben in Folge 6/52 bei Beantwortung der Frage: „Was ist das uns drohende Kollektiv" besonders auch gesehen, welche ungeheure Rolle die Fortschritte der Technik bei der „Kollektivierung" der Völker spielten. Sie haben über alles, was wir betrachteten, hinaus auch eine leichtere Ernährung der Menschen möglich gemacht und daher einen Aufschwung der Bevölkerungszahlen im Gefolge gehabt, die dann wiederum die Fortschritte der Kollektivierung begünstigten. Nun aber wollen wir uns tiefer seelischer Ursachen bewußt werden, die ein gefährlicher Nährboden gewesen sind.

Mag es uns noch so handgreiflich sein, daß das Christentum mit seiner Lehre von „einem Hirten und einer Herde" mit seinen Gesängen:

„Ich kann allein nicht gehen,
Nicht einen Schritt!
Wo Du wirst gehn und stehen,
Da nimm mich mit!"

mit seiner Lehre der Ohnmacht der Menschenseele aus eigener Kraft gut zu sein und gut zu bleiben eine ungeheuer wesentliche Rolle hierbei gespielt hat, so wollen wir uns hiermit nicht begnügen.

Wenn wir dem Emporwuchern der Kollektive auf den Grund gehen wollen, müssen wir uns einmal die Mühe machen, den Blick zurückzuwenden bis zu den Wurzeln unseres abendländischen Denkens. Wie konnte es zu den Hirnakrobaten, den Trusts der Gehirne in Wissenschaft, Technik, Verwaltung, Politik kommen? Welche Antwort geben uns darauf Fachleute der Philosophie und der Wissenschaft?

Die Wurzel des westeuropäischen Denkens wird in der griechischen Philosophie erblickt. Danach haben die Griechen das, was wir Denken nennen, erst geschaffen. Auf der Grundlage einer neuen Selbstauffassung des Menschen sollen sie die menschliche Seele, den menschlichen Geist entdeckt haben; noch heute zehren unsere Gelehrten vom griechischen Geisteserbe. Für die Ausbildung des westeuropäischen Denkens ist es aber wichtig zu wissen, was von der griechischen Philosophie und wie es für unser Denken bestimmend wurde. Dieser Weg führte über die christliche Scholastik des Mittelalters. Nun nahm die Scholastik die griechische Philosophie nicht in ihrer Vielseitigkeit auf, sondern im wesentlichen nur die Philosophie des Aristoteles. Aristoteles gilt als der Schöpfer der Logik, der Lehre von den logischen

Grundgesetzen, von Begriff, Urteil, Schluß, von Definition, Beweis, von Kategorien des Denkens usw. Den denkenden Geist stellt er — beachten Sie es bitte — über die Seele des Menschen. Oberste Wirklichkeit ist Gott, er ist das Denken des Denkens, er ist reine Form, unbewegter Beweger. Aristoteles wurde die unbestrittene Lehrautorität bis zum Ausgang des Mittelalters. Aber es war nicht einmal die reine Lehre des Aristoteles in der griechischen Ursprache. Die Bekanntschaft mit Aristoteles wurde vermittelt durch arabische und jüdische Gelehrte und durch Uebersetzungen aus dem Griechischen ins Lateinische, z. T. auf dem Umweg über das Arabische und Kastilianische. Begleitet waren die Uebersetzungen in der Regel von Kommentaren aus der Feder von Römern, Arabern und Juden. Römisches Nützlichkeitsdenken, semitische Nüchternheit des Denkens in extremen Formen verzerrten, entstellten rationalistisch den griechischen Urtext. Dazu kamen noch die Entstellungen durch die Rücksicht auf das christliche Dogma, dem selbstverständlich die Lehre des Aristoteles zu dienen hatte. Als später diese Urtexte selbst in Westeuropa bekannt wurden und dazu auch Plato mit seinem Reich der Ideen, da war es zu spät. Der Rationalismus mit seiner Vorherrschaft des denkenden Verstandes konnte in Westeuropa nicht mehr überwunden werden.

Bevor ich in diesem Gedankengang fortfahre, lassen Sie mich bitte einen kurzen Blick auf Osteuropa werfen. Nicht auf das vom Bolschewismus erzwungene Geistesleben, sondern auf die geistige Entwicklung in früherer Zeit unter dem Einfluß von Byzanz. In dem Kulturkreis von Byzanz war die Philosophie Platos gepflegt worden. Sie wendet sich mit der Lehre von den Ideen, vom Wertreich an den ganzen Menschen, sie hatte starken Einfluß auf die Entfaltung des russischen Geistes. Sie kam der slawischen Geisteshaltung entgegen; denn der Slawe denkt ganz anders als wir aus dem Zentrum des Ichs heraus. So werden die Worte eines russischen Philosophen (Kirejewskij, Rußlands Kritik an Europa, dt. 1923) aus dem 19. Jahrhundert verständlich:

„Mit einem besonderen Sinn begreifen die Denker des Westens das Sittliche, mit einem anderen das Schöne, mit einem dritten das Nützliche; das Wahre erfassen sie mit dem abstrakten Verstand —, und keine dieser Fähigkeiten weiß, was die andere tut, ehe ihre Tätigkeit vollendet ist . . . Die gefühllose Kälte der Ueberlegung halten sie für einen ebenso rechtmäßigen Zustand der menschlichen Seele wie die höchste Begeisterung des Herzens . . . Das aristotelische System zerriß den einheitlichen Zusammenhang der geistigen Kräfte, löste alle Ideale aus dem Wurzelboden des Sittlichen und Aesthetischen los und verpflanzte sie in die Sphäre des Intellekts, wo nur noch abstrakte Erkenntnisse Gültigkeit haben."

Dürfen wir hoffen, daß einmal von einem freien Rußland aus mehr solche Stimmen im europäischen Konzert des Geistes ertönen?

Doch zurück zur Entwicklung des westeuropäischen Geistes. Die einseitig abstrakte Denkweise hat auf wichtigen Sondergebieten Großes geleistet. Wir denken natürlich vor allem an die Naturwissenschaften, die Grundlage der modernen Technik. Alle Arbeit der Naturwissenschaften beruht auf der Anwendung des Kausalgesetzes. So notwendig das für ihre Forschungs-

methoden ist, so einseitig ist das daraus erwachsene kausal-mechanische Weltbild. Es ist die Vorstellung von der Welt, daß alles Geschehen kausal verursacht und nach den Gesetzen der Mechanik berechenbar ist. Das kausal-mechanische Weltbild entspricht dem Wunsch des Menschen nach Beherrschung der Natur — und nach Beherrschung des Menschen. Zähe erhält es sich daher am Leben. Die formalmechanische Natureinsicht hat den Menschen aus der Natur herausgehoben und ihn entwurzelt. Diese Entwicklung hat erst langsam, dann immer rascher zu einem besorgniserregenden Endzustand geführt.

Der Heidelberger Soziologe Professor Alfred Weber hat sich eingehend mit ihm befaßt. In einer Rundfunksendung gab vor kurzem der 84jährige Gelehrte selbst einen Ueberblick über seine Arbeit, und das bedeutet einen Ueberblick über die geistige Lage unserer Zeit. Professor Weber führte etwa aus:

„Die Wissenschaft ist heute weitgehend nicht mehr die spontane Angelegenheit vereinzelter Forscher. Sie beruht in ihrer modernen Form auf einem einzigartigen, vom Leben her geschaffenen Komplex von Instituten, die miteinander in Konkurrenz stehen und durch Abstimmung ihrer Resultate aufeinander den objektiven Fortschritt des Wissens feststellen. Die Forscher sind bei dieser Entwicklung, welche die Wissenschaft in enge Beziehung zur Lebensordnung bringt, sozusagen zu Funktionären in der großen Apparatur geworden und fördern die Forschung durch ihren konkurrierenden Ehrgeiz. Daraus erwächst für die Geisteswissenschaft die Gefahr einer im Leerlauf selbstgeschaffener Probleme mündenden Spezialisierung, die nur bekämpft werden kann, indem jedes spezielle Arbeiten immer mehr in das Licht seiner Bedeutsamkeit für das universale Wissen gestellt und danach abgestimmt wird."

Wenn wir schon soweit sind, daß die Grundlage unserer Kultur, die Geistes- und Naturwissenschaften sich in bestimmte Aufgabengebiete zur Erreichung bestimmter Forschungsergebnisse in vorher festgelegter Forschungsrichtung aufspalten, und das heißt letzten Endes zur Steigerung der Macht der Machthaber, und daß die Arbeitsweise sich in einer großen Apparatur vollzieht, in der der einzelne nur noch die Rolle eines Rädchens im großen Getriebe darstellt, wenn die Forscher zu Funktionären in einer Vielfalt von Kollektiven werden, dann ist allerdings unsere Kultur, unser Dasein in höchster Gefahr. Wir haben wahrlich keinen Anlaß, uns gegenüber dem Bolschewismus aufs hohe Roß zu setzen. Unheimlich scharf wird unsere Lage durch ein Wort beleuchtet, das ein Italiener (Giovanni Papini) in einem Buch Molotow in den Mund legte:

„Es genügen nur wenige Verbesserungen, nur wenige Struktur- und Namensveränderungen, und eure Länder gleichen wie Zwillinge den kommunistischen Ländern."

Und was empfiehlt Professor Weber, um unsere Forscher aus ihrer Kollektivierung, aus ihrer Verantwortungslosigkeit herauszuführen? Er fordert, daß die Forschung aus der Spezialisierung heraus in lebendigen Zusammenhang mit dem Universalen, dem Allumfassenden, dem Transzendenten gebracht werden müsse. Im besonderen Falle der übergroßen Bindung der Naturforschung an staatlich und militärisch gestellte technische Aufgaben verlangt er die Schaffung eines Gemeinschaftsgeistes, der sich gegen verantwortungslose Aufgaben wehrt und sich weigert, sie durchzuführen. Ueber die

Aufzeigung der Gefahren und über die doch nur theoretischen Hinweise zur Ueberwindung der Gefahren hinaus zeigt Professor Weber m. W. keinen Weg, der einen durchgreifenden Wandel schaffen könnte. Und es ist doch sonnenklar: Wenn die Wurzel des Uebels so tief hinabreicht, wie ich es anzudeuten versucht habe, dann muß der Weg zu ihrer Ueberwindung ebenso tief bis zu den Wurzeln unseres geistigen Seins vordringen.

Hiermit sind wir zu der entscheidenden Frage gelangt:

Können wir der Weltgefahr der Kollektivierung gegenüber Kräfte der Persönlichkeit lebendig machen, die stark genug sind, ihr mit Erfolg zu begegnen? Der Skeptiker wird die Flügel hängen lassen und sagen: Gegenüber einer solchen erdrückenden Macht vermag die Einzelpersönlichkeit nichts auszurichten. Und so ähnlich ist wohl heute die allgemeine Denkweise. Wir aber werden die Antwort entgegenstellen: Die tiefsten Kräfte persönlichen Lebens verbinden es mit dem All und seinem Wesen, es sind göttliche Kräfte. Und wie die Einzelpersönlichkeit können die Einzelwissenschaften aus ihrer Vereinzelung herausgeführt werden, wenn sie ihre Weihe erhalten vom göttlichen Wesen alles Seins aus.

Bevor ich diese Gedankengänge weiter verfolge, muß ich das Problem der Persönlichkeit noch von einer anderen Seite her beleuchten. Die Persönlichkeitswerte wurden ja nicht nur von der zunehmenden Kollektivierung her untergraben, ebenso verhängnisvoll war auf der anderen Seite die Uebersteigerung des Begriffs der Persönlichkeit im Individualismus, im Kult des faustischen Menschen, der im endlosen Ausgriff in die Weite sich das Reich des Geistes und die Welt untertan machen will. Goethe läßt in seinem „Faust" den Geisterchor zu Faust sagen:

> „Weh! Weh! Du hast sie zerstört, die schöne Welt,
> mit mächtiger Faust; sie stürzt, sie zerfällt!
> Ein Halbgott hat sie zerschlagen! . . .
> Mächtiger der Erdensöhne, prächtiger baue sie wieder,
> in deinem Busen baue sie auf"

Es ist bereits das Bild des Uebermenschen. Friedrich Nietzsche zeichnet das Bild weiter auf seine Art im „Willen der Macht" (S. 519):

> „Die Freiheit von jeder Art Ueberzeugung gehört zur Stärke seines Willens . . . Sie nimmt den Intellekt in ihren Dienst, sie hat den Mut auch zu unheiligen Mitteln, sie macht unbedenklich. Das Bedürfnis nach Glauben, nach irgend etwas Unbedingtem in Ja und Nein ist ein Beweis der Schwäche; alle Schwäche ist Willensschwäche . . . Jenseits der Herrschenden, losgelöst von Banden, leben die höchsten Menschen . . . Der die Werte bestimmt und den Willen von Jahrtausenden lenkt, dadurch, daß er die höchsten Naturen lenkt, ist der höchste Mensch."

Und dann das Musterbeispiel eines konsequenten Egoismus, Max Stirner in seinem Werk: „Der Einzige und sein Eigentum" mit dem Grundsatz: Das einzig Wirkliche ist das Individuum, das Ich, und alles hat nur insofern einen Wert, als es dem eigenen Ich dient — wer wollte leugnen, daß solche Lehren, verführerisch für schwache Charaktere, grauenvoll verzerrt in Adolf Hitler Wirklichkeit wurden, in Hitler, für den moralische

Grundsätze unerwünschte Hemmungen waren? Am besten gedeihen Kollektivismus und Individualismus nebeneinander in den autoritären Staaten: Der Kollektivismus für die sogenannten Massen, der schrankenlose Egoismus für die wirklichen Machthaber.

Wie steht es nun in unserer Zeit mit Gegenströmungen gegen die Gefahren der Nivellierung und Kollektivierung einerseits und des Individualismus und Egoismus andererseits, wie finden wir Gegenströmungen, welche den Wert der Persönlichkeit wieder zur Geltung bringen wollen? Gewiß gibt es ein geistiges Ringen um diese Dinge. Man kann wohl sagen: Allgemein wird der Begriff der Persönlichkeit dahin umrissen, daß er einen ethischen Wert bedeutet, er wird gesehen in dem Sich-selbst-treu-Bleiben, in der Echtheit und Gediegenheit des Wesens, in dem Eigensein des einzelnen Menschen, wie es ein zweites Mal nicht anzutreffen ist. Persönlichkeit bedeutet die Verwirklichung der im Einzelmenschen ruhenden sittlichen Werte, nicht durch eine von außen kommende Gnade, nicht bestimmt durch Umwelteinflüsse, Erziehung und Erbgut, sondern letzten Endes in Selbstverwirklichung durch eigenen freien Entscheid der Seele. Wenn sich solche Persönlichkeitswerte durchsetzen, dann wird die Macht der Kollektive zurückgedrängt werden. Aber es bleibt doch die Frage, wie die sittlichen Kräfte im Einzelmenschen in Zukunft mehr als in der Vergangenheit sich gegen die drohende Vermassung behaupten und auch anderen eine Hilfe werden können. Denken wir noch einmal an Alfred Weber zurück. So wie er die wissenschaftliche Einzelforschung bezogen sehen möchte auf das Universale, so wird auch der Begriff des Funktionärs überwunden werden müssen, wenn sich der Einzelmensch als Persönlichkeit verbunden weiß mit natürlichen Gemeinschaften, mit seinem Volk und darüber hinaus mit dem göttlichen Wesen des Alls. Doch davon ist in der Fachphilosophie unserer Tage nicht viel zu hören, wenn auch in ihr eine Wendung zur Metaphysik, zum Ganzen des Menschseins zu finden ist. Der Philosoph Nicolai Hartmann z. B. hat sich in seinem Werk über die Ethik sehr mit den ethischen Werten der Persönlichkeit befaßt, doch glaubt er merkwürdigerweise, alle diese Fragen losgelöst von einem religiösen Untergrund beantworten zu können, und das heißt nichts anderes, als daß er mit den tiefsten Kräften der Persönlichkeit nichts rechtes anzufangen weiß.

So bleibt doch immer wieder der Eindruck: Ungeheure Gefahren für unser Dasein und unsere Kultur werden klar gesehen, hier und da finden sich Ansätze zu ihrer Ueberwindung, aber bei weitem überwiegt doch das Gefühl der Ausweglosigkeit, des unentrinnbaren Verhängnisses und schließlich eines Treibenlassens der Dinge, Pessimismus und Willensschwäche und — was wohl das schlimmste ist — eine Blindheit gegenüber dem Geisteswerk unserer

---

Würde des Menschen

Nichts mehr davon, ich bitt' euch. Zu essen gebt ihm, zu wohnen. Habt ihr die Blöße bedeckt, gibt sich die Würde von selbst.

Friedrich v. Schiller

Zeit, das Antworten gibt auf quälende Fragen, das uns einen neuen Sinn des Lebens enthüllt, das den Einzelnen und die Völker im Einklang mit unseren Naturerkenntnissen und mit unseren bleibenden philosophischen Erkenntnissen im Universalen, im Transzendenten, in göttlichem Wesen verwurzelt. Fürwahr: als ich die Worte von Alfred Weber hörte, da wurde mir wieder einmal das eigentliche Verhängnis unserer Zeit erschütternd bewußt. Es besteht heute weniger darin, daß Kollektivierung uns alle zu erdrücken droht, als vielmehr darin, daß unsere geistigen Schichten, daß Philosophie und Naturforschung noch immer nicht zu erfassen begonnen haben, welch wahrhaft rettende Tat uns in der Religionsphilosophie von Frau Dr. Mathilde Ludendorff gegeben wurde.



Zeitschrift für Geistesfreiheit

Erscheinungsort München — Postversandort München

Inhalt: Seite

Eine „vollkommene" Gesellschaftsordnung widerlegt sich selbst

Von Dr. Mathilde Ludendorff

Folge 1 — 9. 1. 1956 — 8. Jahr

Zeitschrift für Der Quell Geistesfreiheit

Folge 1 9. 1. 1956 8. Jahr

Eine „vollkommene" Gesellschaftsordnung widerlegt sich selbst

Von Dr. Mathilde Ludendorff

Es ist gewiß kein Unterschätzen der Macht des Sowjetstaates und all seiner Fangarme in die anderen Staaten der Erde, und es ist auch kein Unterschätzen der Zeit, die noch vergehen wird, ehe die Leiter des Sowjetstaates die Bedeutung dieser Überschrift erkennen werden, die mich zu ihrer Wahl bestimmt hat. Ich begrüße es eben deshalb, daß gerade in Folge 22 vom 23. 11. 55 unserer Zeitschrift die Abhandlung Grimwalds erschienen ist, die den Lesern tiefen Einblick gibt, wie sich für die Deutschen in der Ostzone der Sowjetstaat als eine ungebrochene, ungeheuere Macht ausnimmt, wie sie den Fanatismus der Vertreter des Diamats täglich vor Augen haben, die Erfolge seines Eindringens in andere Völker tagtäglich in Presse und Rundfunk gepriesen hören. Es ist mir dies eine sehr wichtige und unbedingt notwendige Ergänzung dieser meiner Betrachtung. Ja, ich leite sie sogar überdies noch mit einem Beispiel solcher Nachrichten über die Leistungen des Sowjetstaates, wie sie in der „Prawda" vom 1. 11. 55 steht, ein:

„Der Damm über die Wolga ist bei Shiguli in der Nähe von Kujbyschew fertiggestellt worden, so daß dieses ‚größte Wasserkraftwerk der Welt' noch in diesem Jahr mit seiner ersten Stufe Industriestrom an Moskau abgegeben wird. Ferner ist jetzt das W-Kraftwerk Knjaschegub an der Kowda — in Nähe des Weißen Meeres — fertiggestellt worden; 3 Turbinen der 2. Stufe des Kama-Kraftwerkes liefern seit Oktober Strom an die Uralindustrie, 2 weitere folgten in diesen Tagen, so daß zum Jahresende 16 Turbinen dort arbeiten werden; das Großkraftwerk Gorki soll im Dezember mit 4 Aggregaten Energie erzeugen; das Dnjepr-Großkraftwerk wird bald mit der ersten Stufe arbeiten; die Riesenwerke bei Stalingrad, an der Angara, bei Nowosibirsk, Buchturmin usw. werden bald fertiggestellt werden. Aber auch große Wärmekraftwerke sind in den letzten vier Jahren fertiggestellt worden, u. a. die Werke Mironow mit 400 000 KW, Slawjansk mit 200 000 KW, ‚Jushno-Kusbas' mit 400 000 KW. Insgesamt werden in diesem Jahr in der SU 166 Mrd. KW erzeugt werden. Aber das genügt noch lange nicht, sondern eine weitere Intensivierung des Baues neuer Kraftwerke ist dringend erforderlich."

Wenn ich nun in dieser Abhandlung ihrer Überschrift volle Berechtigung geben werde, so möge sie niemals zur Gefahr werden. Grimwald schließt seine Betrachtungen sehr richtig damit ab, allen Deutschen ans Herz zu legen, daß sie ihr Schicksal doch niemals den Siegerstaaten des zweiten Weltkriegs einfach anvertrauen dürften. So wie die Saarbevölkerung durch ihre Abstimmung, unbekümmert um wirtschaftliche Nachteile, die daraus erwachsen können, sich zum deutschen Volke

bekannt hat, so sollten die Deutschen der Bundesrepublik die heilige Verantwortung in sich wach fühlen, die Wiedervereinigung unseres Volkes „beherrscht und maßvoll in der Form" unablässig zu fordern. Die Art des Einblicks ist in dieser meiner Abhandlung eine andere. Sie führt zu einem anderen Ergebnis, aber verführt auch niemals dazu, nun in nächster Zukunft schon ein solches Geschehen, wie es die Überschrift andeutet, als verwirklicht zu betrachten. Da von meinen philosophischen Werken nur das erste, „Triumph des Unsterblichkeitwillens", von der Welt der Erscheinung zum Wesen dieser Schöpfung vordrang, alle weiteren Werke aber von diesem Wesen des Weltalls auf die Erscheinungswelt und ihre Gesetze blickten, darum müssen natürlich auch meine Betrachtungen über die Weltlage und die Auswirkungen der Ereignisse diesen Wesenszug verraten. Hieraus erklärt sich ja auch die Tatsache, daß ich in der kurzen Betrachtung „Sichere Führung der Massen" (siehe Folge 24/55) die Lehren Le Bons immer nur als zum Teil wahr, zum Teil aber als gründliche Verkennung und völliges Übersehen seelischer Widerstandskräfte gegen solche Führungsabsichten nennen mußte. Ich mußte zeigen, daß gottnahe Menschen, besonders alle großen Geschichte- und Kulturgestalter, von den geschickten Psychagogen, welche die Unvollkommenheiten der Charaktere, die Lustgier und Leidangst der Menschen so geschickt verwerten, gänzlich verkannt werden.

In dieser Abhandlung werde ich, soweit dies in der gebotenen Kürze möglich ist, belichten können, daß gerade die fanatisch gläubigen Vertreter des „Diamat", die diese Gesellschaftsordnung für die nicht mehr zu übertreffende „vollkommene" Ordnung halten, schrittweise mehr und mehr ihren einst errichteten „Diamat-Staat" selbst widerlegen. Die Hauptursachen, die zur Folge haben, daß diese Menschen dies — allen ihren Absichten entgegen — tatsächlich vollführen, ist zunächst einmal die eingeborene Unvollkommenheit aller Menschen, die auch natürlich bei dieser als „vollkommen" erachteten Gesellschaftsordnung sich im hellsten Lichte zeigt. Hierdurch enttäuscht der Sowjetstaat gerade diejenigen, die sich in fanatischer Gläubigkeit einen Zustand der Vollkommenheit erträumt hatten. Die Leninisten in Rußland sind daher genau so bitter enttäuscht wie die gläubigen Israeliten, besonders die Chassidisten, die sich ja auch unter dem neuerstandenen Staate Palästina einen vollkommenen Staat ersehnten und vorstellten. Genau wie hier sind auch in Rußland die ernsten Gläubigen geradezu entsetzt über den Abstand ihrer Hoffnungen von der Wirklichkeit.

Weit schwerer wiegt aber noch die weitere Gesetzlichkeit, die sich im Sowjetstaate, wie in allen Gewaltstaaten der Menschen, darüber hinaus noch auswirkt. In meinem Werke „Wunder der Biologie" wies ich auf die ungeheure Gefahr hin, wenn Menschen sich ein Vorbild der Gesellschaftsordnung bei den Tierverbänden, die man ja gewöhnlich „Tierstaaten" nennt, holen und dem Wahne leben, daß Menschen in einem Gewaltstaate die gleiche zuverlässige Leistung aufweisen könnten wie jene nichtbewußten Geschöpfe, die von vollkommenen Zwangsinstinkten geleitet werden. Ich schrieb in dem zweiten Bande meines Werkes „Wunder der Biologie" auf Seite 191:

„Es ist also trotz des Vorhandenseins solcher Zusammenschlüsse von Vielzellern gleicher Art unter völliger Aufgabe ihrer Selbständigkeit diese Schöpfung nicht unvollkommen. Doch der Mensch kann in seiner Unvollkommenheit auch diese Erscheinung, wie so manche andere in der Schöpfung, irrig werten und irrig als

Vorbild nehmen. Wehe aber unserem Sterne, wenn die Menschen, diesen Tieren gleich, ihre Selbständigkeit, ihre Freiheit im Entscheid für oder wider Gott opfern wollten, um solche Tierverbände nachzuahmen (z. B. in der Staatsidee Platos, in den totalitären Kollektivstaaten)! Muß wirklich eine solche Selbständigkeit in diesem Buch erwähnt und durch unsere Betrachtungen noch hervorgehoben und eingeprägt werden? Wer darüber im Zweifel ist, der möge einen Blick in die Laienschriften und die Fachwerke der Biologie jüngster Jahrzehnte werfen; dann wird er erkennen, wie bitter notwendig eine Betrachtungsweise all dieser Tierverbände im Lichte der philosophischen Erkenntnis vom göttlichen Sinn des Menschenlebens und den Seelengesetzen, die ihn erfüllbar machen, ist. Die bewundernswert fortgeschrittene Biologie gibt sich heute oft gefährlichen naturphilosophischen Trugschlüssen hin, die gerade bei ihrer Bewertung der leblangen Verbände von Tieren gleicher Art besonders deutlich ausgesprochen werden. Daher müssen wir mit dem Wissen, das uns die Erkenntnis meines Werkes ‚Triumph des Unsterblichkeitwillens' über den göttlichen Sinn des Menschenlebens und das Wesen der göttlichen Wünsche und göttlichen Erlebens in der Menschenseele gab, und mit der Einsicht der ‚Schöpfungsgeschichte' in den göttlichen Sinn der Werdestufen der Lebewesen zum Schöpfungsziele hin an die Ergebnisse der Forschung herantreten; dann werden wir gefährliche Trugschlüsse leicht vermeiden."

Danach habe ich auf 27 Druckseiten des Werkes die großen Leistungen dieser Tiere und die Weisheit ihrer Instinkte an einer Reihe von Beispielen dargetan, und dann mit den Worten geschlossen:

„Vergessen wir niemals aber die tiefe Kluft, die die Gotterkenntnis meiner Werke machen muß bei der Bewertung solcher Tierverbände, deren Sklaven auch im Einzelleben keine Freiheit erleben könnten, und der Menschenstaaten, die Menschen in einem Kollektiv versklaven und Gewalt üben. Wird doch in diesen Tierverbänden nur ein seines Loses nicht bewußter Sklave ererbter Zwangstatenketten an noch weit straffere, schwerere Ketten gelegt, in denen er eines Tages, statt eines natürlichen Todes zu sterben, auch wenn er allen Unfällen entging, an ‚Erschöpfung' zugrundegeht. Die Art aber erlebt ebenso wie alle einzeln lebenden Insekten keine Gegenwartwerte durch dieses immerwährende Tun für die Zukunft, und die Art, die hier erhalten wird, ist ja auch ebensowenig wie das Sein nicht bewußter Einzelwesen Sinn der Schöpfung!

Wird es mir wohl gelungen sein, dem Leser die hohe Bedeutung einer klaren philosophischen Erkenntnis des Sinnes des Menschenlebens und der seelischen Gesetze, durch die er erfüllbar ist, auch für die sinnvolle Bewertung der biologischen Tatsachen greifbar nahe zu bringen? Er möge die Bewunderung der ‚Insektenstaaten' und deren ‚hohe Bedeutung', die sie als Vorbild für die Menschen nach der Behauptung von Biologen und Naturphilosophen haben sollen, vergleichen mit der Bewertung dieser Tierzusammenschlüsse vom Standorte der Erkenntnis meiner Werke! Dann wird er sich wohl bewußt werden, daß der Segen solcher Erkenntnis für das Leben der Menschen weit hinausragt über den Segen, den die Erkenntnisse der Naturforscher haben können, aber sehr oft gar nicht haben, da ihre Betrachtungsweise über den Sinn des Menschenlebens und den Sinn der Grenzen der Freiheit des einzelnen Menschen zum Besten der Volkszusammenschlüsse von Irrtümern ausgeht. Wohl können die nichtbewußten Lebewesen den Menschen Lehren

geben, wie dies seit je die Völker ahnten, aber Weisheit können sie nur schenken, wenn hierbei des Menschen Denken von Weisheit seinen Ausgangspunkt nimmt!"

Menschen aber, die nicht unter den Zwangsinstinkten stehen, werden sicherlich ein ganz anderes Ergebnis in einem Zwangsstaat bieten, selbst wenn dieser Staat die Erfindung des „freiwilligen Zwangs" sehr bald für notwendig erkannt hat. Um die Mindestleistung, die gerade durch den Zwang bei Menschen zu erwarten ist, zu überwinden, mußte der Sowjetstaat schon sehr bald sich selbst dadurch widerlegen, daß er eine Reihe von Anreizen für die Bestarbeiter bot. Dies zeigte sich vor allem in der Staffelung der Arbeitslöhne. Bestarbeiter verdienen das Vielfache, bis zum Zehnfachen des ungelernten Hilfsarbeiters, der als Mindestlohn etwa 400 Rubel nach Hause bringt. Der Lohn steigt bis zum Bestarbeiter oder zum Industriewerker am Hochofen und an der Gießpfanne bis auf mehrere 1000 Rubel an. Die Gehälter leitender Intellektueller und Funktionäre sollen bis zu 10 000 Rubel im Monat gehen. Das Durchschnittsgehalt der neuen arbeitenden „Mittelklasse" beträgt 900 bis 1000 Rubel, und als weitere Vergleichsbasis bietet sich uns das Gehalt eines mittleren Zeitungsredakteurs mit 3000 Rubel im Monat, ein Betrag, den auch die Lehrer an den Mittelschulen und die übrigen „mittleren" Funktionäre erreichen.

Nur dank solcher Preisstaffelung ist es möglich, daß auf der anderen Seite auch die Preise für Kleidung usw. eben von den Besserbesoldeten überhaupt bezahlt werden können. Ich führe die einzelnen Preise nicht an. Die kleine Gruppe, die hohe und höchste Löhne bekommen, können sich an den Kauf der Kleider usw. heranwagen. Die natürlichen Reichtümer der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten — der „jungfräuliche Boden" ganzer Gebiete — helfen auch noch, die Schwierigkeiten zu mindern. Aber das Gesamtergebnis ist eben doch, daß die „vollkommene Gesellschaftsordnung", die einst bei der Revolution Adel und Bürgerstand gewaltsam dezimiert hat, heute ein Vielklassenstaat geworden ist, sich also selbst schon weitgehend widerlegt hat!

Unvermeidbar wirken sich nun diese neu entstandenen Unterschiede der wirtschaftlichen Lage bei Menschen aus, die zwar dadurch bereichert sind, daß ihnen die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse nicht vorenthalten werden, die aber durch den Gott leugnenden Materialismus der seelischen Kräfte beraubt sind, die im Menschen sogar irrige Gottvorstellungen wachhalten können. Und wenn nun sogar dieser Staat dem einzelnen nicht die Freiheit beläßt, sein Mitgefühl den Mitmenschen gegenüber nach seinem eigenen Entscheid zu betätigen, sondern auch hier seinen berühmten „freiwilligen Zwang" anwendet, so ergibt sich ganz zwangsläufig, daß das Mitgefühl durch den Zwang erkaltet. Alle die Massen der Menschen, die nun nicht die hohen und höchsten Löhne bekommen, sondern in wirtschaftlicher Notlage leben, die Besserung des Lebensstandards, als Hochziel ihres Lebens, ja als Sinn ihres Seins ersehnen, mehren sich nun in diesem Staat, der kein Einklassenstaat mehr ist und sich in dieser Beziehung schon völlig selbst widerlegt hat. So ergibt sich denn schon heute das groteske Bild, daß der Sowjetstaat in dieser Hinsicht eine gewisse Ähnlichkeit aufweist mit seinem erbittert gehaßten Gegner, dem Staat der kapitalistischen Gesellschaftsordnung kat exochen, nämlich den USA. Vom Wesen der Schöpfung aus betrachtet, überrascht dies keineswegs; denn beide Gesellschaftsordnungen sind ja gleichweit entfernt von der Einsicht und von der Hütung des göttlichen Sinnes des Menschenlebens. Wenn noch vor Jahren die Leitung des

Sowjetstaats zahlreichen der für das „Diamat" begeisterten Menschen die großen Gehälter kleinerer Menschengruppen damit erklärte, daß ausgesprochen wurde, man wolle diese Menschen hierdurch daran hindern, eine große Übermacht über die Genossen zu erlangen, denn man mache sie ja gerade durch ihr wirtschaftliches Wohlergehen nicht beliebt, sondern verhaßt, so ist es heute schon nicht mehr möglich, diese Begründung für die Nachdenklichen im russischen Volke noch überzeugend zu machen.

Eine weitere Folge dieser Selbstwiderlegung war nun aber die, daß die anfängliche Begeisterung von so viel Millionen Menschen der Arbeiterklasse in Rußland bedenklich nachzulassen begann. Im Zarenreich waren sie alle rechtlos, waren so sehr vernachlässigt, daß natürlich ihre Erhebung zum einzig wichtigen und wertvollen Staatsbürger im Sowjetstaate sie sehr beglückte und begeisterte. Da es aber fast eine gesetzlich zu nennende Eigenart der Menschenseele ist, sich an günstigere Lagen sehr rasch wie an eine Selbstverständlichkeit zu gewöhnen, und der Staat sich andererseits durch die wirtschaftliche Bevorzugung einzelner Gruppen so stark verändert hatte, wird der Widerstand sich mehren. Aber die Staatsleitung wird infolge ihrer harten Todesstrafen für alle nicht mehr vom „Diamat" überzeugten Menschen nie erfahren können, wie groß die Zahl der Unzufriedenen, ja der Verbitterten zur Zeit schon ist.

Eine weitere Folge wird sich aber noch ernster auswirken. Der Inhalt der Diamat-Lehre ist an sich schon recht arm. Die Nachdenklichen in der Jugend würden also an sich hierdurch schon in der Begeisterung dafür nachlassen. Nun fördert aber der Staat selbst noch diesen Vorgang auf das denkbar Nachdrücklichste durch seine unablässig in Presse, Film und Rundfunk, ja schlechterdings all-überall getriebene Propaganda. Er sorgt also, daß solches Ermatten, ja Erlöschen der Begeisterung mehr und mehr zunimmt. Durch seine Strafgesetze hat er sich die Möglichkeit des Einblicks in die für ihn so ungünstige Auswirkung seiner Propaganda völlig geraubt und betreibt sie weiter. Es ist geradezu erschütternd zu sehen, in welchem Ausmaße – in jedem Gewaltstaate – das große Schweigen gelernt wird. Ich habe unseren Lesern schon davon berichtet, daß das Interesse der Jugend so sichtbarlich in den Politschulen nachgelassen hat, so daß man den landwirtschaftlichen Unterricht mehr und mehr betonte, nicht nur, um hierdurch Mißstände in der Landwirtschaft zu mindern, sondern vor allem auch, um das Interesse der Jugend wieder zu fesseln. Die natürliche Folge hiervon war dann wiederum, daß die Politbüros nicht mehr in dem ständigen und lebhaften Zusammenhang mit dieser Jugend stehen wie früher, an Einfluß eingebüßt haben. Gerade die letztgenannten Auswirkungen lassen klar erkennen, wie hier eine geringere Propaganda ein weit günstigeres Resultat für diese Gesellschaftsordnung gehabt hätte. Alle die durch die grausamen Strafen natürlich erreichte erheuchelte Begeisterung hat ja niemals die erhaltende Kraft für eine Gesellschaftsordnung wie die tatsächliche.

Noch einmal wiederhole ich hier, daß ich keineswegs die Millionen Russen zahlenmäßig unterschätze, die heute noch das „Diamat" für eine vollkommene Gesellschaftsordnung halten, und ausdrücklich verweise ich hier noch einmal auf die Abhandlung Grimwalds in Folge 22/1955. Wie wenig aber das allmähliche Gleichgültigerwerden, das Schwinden der Begeisterung, verursacht durch die Selbstwiderlegung dieser vollkommenen Gesellschaftsordnung, von mir überschätzt wird, das **möge wieder ein Auszug aus der „Prawda", und zwar vom 22. 10. 55 beweisen:**

„Als unabdingbare Voraussetzung für weitere Erfolge im Ausbau des Sozialismus fordert „Prawda" (22. 10.) die Steigerung der Aktivität der Parteimassen, insbesondere auch der Aktivität der Parteiorganisationen, deren ganzes Streben darauf gerichtet sein müsse, die vom ZK im Januar und Juli geforderte Steigerung von Produktion, Qualität und technischer Modernisierung der Betriebe unter allen Umständen zu verwirklichen. Das Blatt wendet sich an die jetzt in der ganzen SU stattfindenden Parteikonferenzen und stellt fest, daß es mit der Aktivität der Funktionäre schlecht bestellt sei, und nennt die Beteiligung der Kommunisten am Parteileben überhaupt schwach. **Überall seien Langsamkeit, Interesselosigkeit, Formalismus und Papierwirtschaft zu finden.** Verlangt wird dagegen, daß die Tätigkeit der Parteiorganisationen ‚wie ein Quell sprudele'. Die Parteikonferenzen böten den leitenden Funktionären die beste Gelegenheit, ‚feinfühlig in die Stimmen der Kommunisten hineinzuhören'. Es müsse diesen Funktionären ins Gedächtnis zurückgerufen werden, eines der wichtigsten Mittel zur Erreichung der gestellten Ziele sei, den Parteimitgliedern detaillierte Aufträge zu geben. Es müsse aber auch mit peinlicher Genauigkeit kontrolliert werden, daß diese Aufträge wirklich erfüllt werden. **Der Artikel ist ein Symptom für den fortschreitenden Abnutzungsprozeß der kommunistischen Partei.** Die vorgebrachten Forderungen gehören in Bezug auf die ‚Massen' in Landwirtschaft, Industrie usw. zum ständigen Repertoire der ‚Prawda', sie werden aber zum erstenmal auch mit Bezug auf die Parteimitglieder angewendet."

Die Leser unserer Zeitschrift erfuhren durch mich auch von einem tief einschneidenden Erlaß, durch den die Leitung des Sowjetstaates unter ausdrücklicher Beibehaltung ihres Atheismus der orthodoxen Kirche das Patriarchat in Moskau genehmigte, jede gewaltrünstige Äußerung ihrer weltanschaulichen Gegnerschaft gegen die orthodox-christlichen Priester verbot und von diesen andererseits das völlige Unterlassen jeder gegnerischen Äußerung dem Diamat gegenüber verlangte. (Siehe Folge 3/55: „Wetterleuchten hinter dem eisernen Vorhang".)

Hier beschäftigen uns nicht die damals von mir belichteten Auswirkungen. Hier fragen wir uns, ob die Führer des Sowjetstaates auch hierdurch ihre „vollkommene" Gesellschaftsordnung widerlegt haben? Wir müssen diese Frage verneinen, nicht nur weil die Patriarchen auf den Kommunismus der christlichen Urgemeinde hinweisen können, sondern auch, weil die fromm gebliebenen orthodoxen Christen nun für diesen Staat gewonnen sind. Sie sind glücklich gewesen über diesen Erlaß und auch darüber, daß orthodoxe Kirchen für die Gottesdienste freigegeben wurden. Es hat sich also der Sowjetstaat die seelische Kraft dieser Gläubigen gesichert, hat also die bisher in der Abhandlung betrachtete Selbstwiderlegung hierdurch geradezu in ihren Auswirkungen gehemmt. Es wird sich also dieser „Diamat"-Staat länger halten als ohne jenen Erlaß. Es wird sich jener Erlaß für diese Gesellschaftsordnung ebenso günstig auswirken wie die geschickte Verwertung ganzer Teile der Werke beliebter russischer Zaren, wie das Feiern aller russischer Naturforscher, wie der Einblick der Jugend überhaupt in die Naturwissenschaft. Diese Wiedereinsetzung der orthodoxen Kirche, deren Patriarchen sich verpflichten müssen, sich dem „Diamat" unterzuordnen, ja sogar dafür einzutreten, kann niemals zu einer ähnlichen Herrschaft der Kirche im Sowjetstaate führen, wie die Macht der Kirchen in den katholischen und protestantischen Staaten. Denn sicherlich wird der Sowjetstaat der orthodoxen Kirche niemals viele Millionen für die Kirchenausgaben gewähren, wie das in den christlichen Staaten der Fall ist. Vor allen Dingen aber wird der Staat sich nie dazu bereit erklären, von sich aus die Kirchensteuern einzuziehen. So wird

denn in Rußland die orthodoxe Kirche auf die Opferfreudigkeit der frommen Christen, also auf eine moralisch unantastbare Grundlage gestellt sein. Der Feldherr Erich Ludendorff hat schon einmal darauf hingewiesen, daß hierdurch, nach wenigen Jahren schon, die Zahl der Geistlichen durch das seelische Bedürfnis der wirklich noch Frommen begrenzt würde, und die Kirchen in unserer Zeit niemals mehr in der Lage wären, die Menschen anderer Weltanschauungen bedrängen, ja entrechten zu wollen. Es wird wohl für den nachdenklichen Leser genügen, wenn ich hierauf kurz hinweise, um ihn klar erkennen zu lassen, daß sich der Sowjetstaat hier nicht die gleiche Lage schuf, wie sie in protestantischen und katholischen Ländern herrscht. Zugleich hat aber der Sowjetstaat die seit Jahrzehnten so sorglich vorbereitete Mission der römisch-katholischen Kirche durch Tausende von Jesuiten-Patres, die hierfür ausgebildet sind, sehr erschwert. Einst hatte der Pater Dr. Chrysostomos Bauer die Revolution der Sowjets und den Mord an 30 Millionen „Ketzern" als „religiöse Sendung des religionslosen Bolschewismus und einen Fingerzeig Gottes", als gottwohlgefällige Vorbereitung der katholischen Mission in Rußland gefeiert.[1]) Heute sieht sich aber diese Hoffnung Roms gründlich getäuscht. Der Sowjetstaat hat sich also hier entschieden genützt. Es fehlt mir der Raum, in dieser kurzen Abhandlung auf eine große Gefahr hinzuweisen, die Moskau aber andererseits hierdurch bereitet worden ist. Mehr und mehr wird das Priesterreich von Tibet seine Einflüsse auf die orthodoxe Kirche wieder aufzunehmen beginnen. Besonders rasch wird dies dank der jüngsten neuen Verfolgung alter Jesuitenziele (siehe „Politische Streiflichter", Folge 23, S. 1091, 1092) geschehen. Ferner werden sich Patriarchen finden, die das große Schweigen in Vollendung erlernt haben. Sie werden, wie ich dies schon einmal in Abhandlungen nachgewiesen habe, in dem fanatisch atheistischen Zwangsstaate die Gottbejahung verbreiten, ohne daß man ihnen eine feindliche Haltung dem „Diamat" gegenüber nachweisen könnte. Doch selbst wenn wir diese Gefahren für den Diamat-Staat in unsere Betrachtung einbeziehen, bleibt dennoch eine Gesamtwirkung dieser neuen Duldung der orthodoxen Kirche erkennbar, die eine etwas längere Erhaltung der „vollkommenen" Gesellschaftsordnung trotz der Selbstwiderlegung möglich machen wird.

Noch bedeutsamer als Erhalter des Sowjetstaates unter stärkstem Abbremsen politischer Gewaltmethoden ist angesichts der heutigen Weltlage das Selbständigwerden der Roten Armee. Sie hat hierzu heute schon den allerwichtigsten Schritt vollendet. Jedes Mitglied der Roten Armee vom Obersten Chef des Heeres bis herab zum letzten Soldaten ist der Gerichtsbarkeit des Polit-Büros völlig entzogen und untersteht ausschließlich dem Militärgericht. Dadurch ist der Sowjetstaat, wie er während dreier Jahrzehnte bestanden hat, so völlig widerlegt, daß er eigentlich gar nicht mehr da ist. An dieser Tatsache ändert natürlich auch die Warnung der Staatsleitung der Roten Armee gegenüber nichts; die Warnung nämlich, daß dies der letzte Schritt der Roten Armee sei, den sie dulden werde. Denn diese eigene Gerichtsbarkeit ist ja an sich schon das einzige, dessen dieses Heer bedarf, wenn es innerhalb der „vollkommenen" Gesellschaftsordnung das notwendige Handeln und Unterlassen des Militärs gesichert sehen will. Und man darf wohl annehmen, daß

[1]) Der Wortlaut aus seiner Abhandlung im Bayerischen Kurier vom 8. 3. 1930 wurde in „Politische Streiflichter" Folge 23 „Einst und Jetzt" Seite 1093 wiedergegeben.

die Leitung der Roten Armee gar nicht daran denkt, so töricht zu sein, die Warnung der Staatsleitung zu überhören. Außerdem wird ja auch die Rote Armee Augen und Ohren nicht geradezu verschließen und daher den Prozeß verfolgen, den ich in dieser Abhandlung schon der „Prawda" entnommen habe. Sie weiß also, daß sie diesen getrost ganz sich selbst überlassen kann. Wir erfahren aber auch, daß sie es gar nicht nur bei solcher Beobachtung beläßt, sondern daß die freiwillige Gesellschaft zur Wehrertüchtigung, die DOSAAF, mit ihren Zweigen für Armee, Marine und Luftwaffe ihre Mitgliederzahl in vielen Gebieten und Republiken verdoppelt, ja verdreifacht hat! Die Armee wiederholt wieder und wieder mit großem Nachdruck: daß Partei, Gewerkschaften und „Komsomol" die Pflicht hätten, diese Organisation DOSAAF mit allen Mitteln zu fördern und zu unterstützen.

Wenn wir uns im Vorangegangenen all das belichteten, was sich ernst für den Sowjetstaat auswirken muß, obwohl er es sich selbst ja schuf, so dürfen wir uns nicht darüber wundern, wie sehr sich diese Vorgänge für die begeisterten Leiter des Diamat-Staates doch noch verhüllen. Die ungeheuren Mißstände in den „kapitalistischen Staaten" geben ihnen immer noch die feste Überzeugung, daß ihre Gesellschaftsordnung „vollkommen" sei. Der Umstand, daß erst in unseren Tagen 1,4 Milliarden Menschen, die unter der Kolonialherrschaft der christlichen Staaten der Freiheit beraubt waren, nun befreit worden sind, macht es auch selbstverständlich, daß der Sowjetstaat es nun sehr leicht hat, bei diesen Völkern Boden zu gewinnen. Um der ernsten Gefahr, die China für den Sowjetstaat bedeutet, Herr zu werden, sind ja jüngst, nach dem Besuch Pandit Nehrus in Moskau, Chruschtschow und Bulganin in Indien gewesen und haben dort verheißen, das letzte Stück Brot mit den hungernden Indern zu teilen. Abertausende Inder haben sie begeistert umjubelt. Dennoch aber schreitet im russischen Staate selbst die Selbstwiderlegung der „vollkommenen" Gesellschaftsordnung voran.

Seelengesetze, die auch die Leiter der z. Zt. mächtigsten Großmächte der Erde niemals ändern können, wirken sich zum Glück auch in Gesellschaftsordnungen aus, die den göttlichen Sinn unseres Seins gründlich verkennen, wie der Zwangsstaat der Sowjets, die Scheindemokratien der Welthochfinanz und der Priesterreiche. Was sich zur Stunde zu vollziehen beginnt ist nichts anderes als diese Tatsache. Wir erleben es, daß sich ein Ahnen der Vorzeit zu erfüllen beginnt: „Es sinken die Wasser" der großen, die Völker vernichtenden Flut! „Der Adler fliegt wieder", der das herrliche Sinnbild der sittlich begrenzten Freiheit in unserem Volke war und ist! Weh aber diesem Volke, das in solcher Zeit auseinander gerissen wurde; wehe, wenn es seine Wiedervereinigung und seine Freiheit zu fördern und zu fordern versäumt, und wenn es je vergäße, diese Forderung und Förderung „maßvoll und beherrscht in der Form" zu vertreten.

Für all das warme Gedenken aus Inland und Ausland an dem Todestag unseres Feldherrn, für die Kränze und für alle guten Wünsche zum Weihnachtsfest sage ich auf diesem Wege meinen herzlichen Dank! Selten war jedem Deutschen so große Möglichkeit gegeben wie im kommenden Jahre, für des deutschen Volkes Rettung auf moralisch unantastbaren Wegen, „beherrscht und maßvoll in der Form", zu handeln! Dies sei mein Geleitwort für alle die, die zu den Zielen unseres Hauses stehen.

Dr. Mathilde Ludendorff.



Zeitschrift für Geistesfreiheit

Erscheinungsort München | Postversandort München

Inhalt: Seite

Ein Lichtstrahl im Dunkel

Von Dr. Mathilde Ludendorff

Folge 22 | 23. 11. 1955 | 7. Jahr

Worauf warten wir?

Von Maximilian Grimwald

„... Von Geschlecht zu Geschlecht haben sie nach dem einen gestrebt, was einer großen Nation vor allem not tut, nach Einheit."

Friedrich List.

Dreimal wurde seit dem Juli dieses Jahres um Deutschland gewürfelt. In Genf waren es die „Großen Vier", in Moskau die Regierung der UdSSR und Bundeskanzler Adenauer bzw. drei Tage später Ministerpräsident Grotewohl. Dreimal wurden wir in unserer Hoffnung auf Wiedervereinigung bitter enttäuscht. Vielleicht rechneten wir zu sehr damit, daß endlich menschliches Mitgefühl die Ansprüche der Machtpolitik mildern könnte. — Eins aber wollen wir dankbar bekennen: unsere Freude über die Heimkehr der bisher als „Kriegsverbrecher" in der SU festgehaltenen Deutschen.

Die Politik der beiden Mächtegruppen, die sich in die Welt geteilt haben, wird durch Ideologien bestimmt. Für die Westmächte gilt die christlich-mosaische Weltanschauung, für den Ostblock der Marxismus-Leninismus. In beiden Fällen ist die Politik angewandte, manchmal sogar sichtbar werdende Ideologie. Politik und Ideologie dienen einander zu gegenseitigem Nutzen, und beide sind voneinander abhängig. So kann man aus der Ideologie, zu der sich die betreffende Macht bekennt, das Fernziel der Politik ableiten. Untersuchen wir den Standpunkt des Marxismus-Leninismus zur „nationalen Frage" — und das Deutschlandproblem ist so eine „nationale Frage" — dann finden wir eine Erklärung für die sowjetische Haltung gegenüber der Wiedervereinigung Deutschlands. So bitter das für uns ist, müssen wir doch erkennen, daß sie nicht anders sein konnte, ohne die durch die marxistische Weltanschauung vorgezeichnete Ausdehnung der Diktatur des Prole-

tariats auf alle Länder der Erde aus den Augen zu verlieren oder unübersichtliche Umwege zu gehen.

Josef Stalin schrieb in „Marxismus und die nationale Frage":

„Die Nation hat das Recht, sich autonom einzurichten. Sie hat sogar das Recht, sich loszutrennen. Aber das heißt noch nicht, daß sie das unter allen Umständen tun muß, daß Autonomie und Separation immer und überall für die Nation, d. h. für ihre Mehrheit, d. h. für die werktätigen Schichten, von Vorteil sein wird."

Übertragen wir das auf die heutigen Verhältnisse in Deutschland, dann könnten wir etwa sagen: Die DDR, zwar keine Nation, aber immerhin ein Teil davon, ist berechtigt, sich von der Sowjetunion und dem Block der Volksdemokratien loszusagen. Sie wird das aber nicht tun, denn dann müßte ein Teil der Maßnahmen, die im Sinne der Diktatur des Proletariats durchaus Errungenschaften sein mögen, zugunsten Gesamtdeutschlands aufgegeben werden. Aber das wäre ja nicht „von Vorteil" für die „werktätigen Schichten", die Stalin mit der Nation gleichsetzt. Daß die Sorge um die Arbeiterschaft nur ein demagogischer Vorwand ist, unter dem um Macht gerungen und bestehende Gewalt ausgedehnt wird, sei nur nebenbei vermerkt. Eine Wiedervereinigung Deutschlands um den Preis der „Separation" der DDR vom Ostblock ist, von kommunistischer Warte aus gesehen, ein Rückschritt und unannehmbar. Für den Marxisten gegen internationale Klasseninteressen vor nationale Belange. Ebenfalls in Stalins „Marxismus und die nationale Frage" lesen wir auf Seite 38:

„Kann denn nach all dem noch von einem Zusammenschluß aller Volksgenossen zu einer nationalen Kulturgemeinschaft gesprochen werden? Folgt denn daraus nicht, daß die nationale Autonomie dem ganzen Gang des Klassenkampfes widerspricht?"

Stalin beruft sich auf Marx, der im Kommunistischen Manifest unter „Proletarier und Kommunisten" meinte:

„Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr ... Die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen."

Wir Deutschen berufen uns auf Menschen- und Völkerrecht, wenn wir unsere Vereinigung in einem selbständigen und freien Staat fordern. Und auch Stalin billigt das Recht auf nationale Autonomie (s. o.), wenn auch nur formal. In den „Grundlagen des Leninismus" äußerte er aber:

„Die Frage nach den Rechten der Nation ist keine isolierte, für sich zu nehmende Frage, sondern ein Teil der allgemeinen Frage der proletarischen Revolution, der dem Ganzen untergeordnet ist und vom Standpunkt des Ganzen aus betrachtet werden muß."

Er verweist auf Karl Marx, der auch vom „Standpunkt des Ganzen" aus die Freiheitsbewegungen der Polen, Ungarn, Tschechen und Jugoslawen in der Mitte des 19. Jahrhunderts mit zweierlei Maß wertete, und schreibt:

„In den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts war Marx für die nationale Bewegung der Polen und Ungarn und gegen die nationale Bewegung der Tschechen und Südslawen. Warum? Weil die Tschechen und Südslawen damals ‚reaktionäre Völker', ‚russische Vorposten' in Europa, Vorposten des Absolutismus waren, während die Polen und Ungarn ‚revolutionäre Völker waren, die gegen den Absolutismus kämpften'." (J. Stalin, Grundl. d. Len.)

Schließlich ist beachtenswert, wie sich Lenin zu der Frage von Nation und Revolution äußert:

„Die einzelnen Forderungen der Demokratie, darunter das Selbstbestimmungsrecht, sind nichts Absolutes, sondern ein kleiner Teil der allgemein-demokratischen Weltbewegung. Es ist möglich, daß in den einzelnen konkreten Fällen der Teil dem Ganzen widerspricht, dann muß man den Teil verwerfen." (Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XIX, S. 319.)

Ist Deutschlands Einheit so ein Teil, der „dem Ganzen widerspricht", den man „verwerfen" wird? Diesen Verdacht weisen doch die großen Worte vom „Patriotismus" und Grotewohls immer noch nicht abgegriffene Formel „Deutsche an einen Tisch" zurück! Oder wird selbst die Vaterlandsliebe, ohne die auch die totalitären Ostblockstaaten nicht auskommen, zur Dirne der Propaganda erniedrigt? Am 14. Oktober 1952, fünf Monate vor seinem Tod, gab uns Stalin in dieser Richtung den Blick frei:

„Früher galt die Bourgeoisie als das Haupt der Nation, sie trat für die Rechte und die Unabhängigkeit der Nation ein und stellte sie ‚über alles'. Jetzt ist von dem nationalen Prinzip auch nicht eine Spur geblieben. Jetzt verkauft die Bourgeoisie die Rechte und die Unabhängigkeit der Nation für Dollars. Das Banner der nationalen Unabhängigkeit und der nationalen Souveränität ist über Bord geworfen. Ohne Zweifel werden sie, die Vertreter der kommunistischen und demokratischen Parteien, dieses Banner erheben und vorantragen müssen, wenn sie Patrioten ihres Landes sein, *wenn sie die führende Kraft der Nation werden wollen*. Es gibt sonst niemand, der es erheben könnte. So liegen die Dinge gegenwärtig ... Es versteht sich, daß all diese Umstände die Arbeit der kommunistischen und demokratischen Parteien, die noch nicht zur Macht gelangt sind, erleichtern müssen."

Darauf also kommt es an: über den „Patriotismus" zur „führenden Kraft der Nation werden" und dem Kommunismus dort, wo er „noch nicht zur Macht gelangt" ist, unter der Fahne der Vaterlandsliebe die Völker zutreiben! Stalins Worte klagen aber gleichzeitig die seicht gewordene Auffassung von der Liebe zum Land der Väter und Vorväter an, die die „alte" Welt ergriffen hat, und gerade wir Deutschen haben allen Grund, hier selbstkritisch zu sein.

Bisher zogen wir aus der marxistisch-leninistischen Theorie zur „nationalen Frage" Schlußfolgerungen auf die Haltung der UdSSR zur augenblicklichen Lage in Deutschland. Was führende sowjetische Staatsmänner und ihre Vasallen in Berlin in der Zeit nach der Genfer Konferenz dazu äußerten, bestätigt, daß die Wiedervereinigung dem Machtanspruch des Kommunismus untergeordnet wird.

Am 26. Juli erklärte Nikita Sergejewitsch Chruschtschow, Erster Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, auf dem Marx-Engelsplatz (Lustgarten) in Berlin:

„Die Sowjetunion war und bleibt Anhänger der Vereinigung Deutschlands entsprechend den Interessen des deutschen Volkes, entsprechend den Interessen der Sicherheit in Europa."

Diese Worte wären für uns eine große Freude gewesen, hätte Chruschtschow sie nicht weiter erläutert:

„**Man kann die deutsche Frage nicht auf Kosten der Deutschen Demokratischen Republik lösen.** Wir sind davon überzeugt, daß die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik sich nicht mit einem Standpunkt einverstanden erklären können, der nur die Interessen der westlichen Ländergruppierungen zuungunsten der Deutschen Demokratischen Republik berücksichtigt. Kann die Deutsche Demokratische Republik damit einverstanden sein, daß sie

in den Nordatlantikpakt und die Westeuropäische Union einbezogen wird und auf ihre Schultern die Lasten des Wettrüstens abgewälzt werden? Können die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik auf die Beseitigung aller ihrer politischen und sozialen Errungenschaften, auf die Beseitigung aller ihrer demokratischen Umgestaltungen eingehen? Wir sind überzeugt, daß sich die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik niemals damit einverstanden erklären werden, einen solchen Weg zu gehen."

Die Regierung der DDR und alle, die sie nährt, stimmten dieser Erklärung Chruschtschows begeistert zu. Der Satz von dem österreichischen Beispiel für die Lösung der Deutschlandfrage wurde aus der Schlagwortsammlnug verbannt. Die Propaganda begann zu vertrösten. Am 12. August erklärte Ministerpräsident Grotewohl vor der Volkskammer der DDR:

„Angesichts der realen Existenz dieser beiden deutschen Staaten ist es völlig klar, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nicht durch eine mechanische Vereinigung der beiden Teile, sondern nur Schritt für Schritt auf dem Wege der Zusammenarbeit und der Annäherung der beiden deutschen Staaten erfolgen kann."

Er schloß sich den Worten Nikita Chruschtschows fast wörtlich an und meinte:

„Die Vereinigung Deutschlands ist nur unter der Voraussetzung der Annäherung der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik und unter voller Berücksichtigung der Interessen der Deutschen Demokratischen Republik, ihrer inneren und äußeren Position möglich. Es kann keine Wiedervereinigung Deutschlands auf Kosten der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik, auf Kosten ihrer Interessen geben ... Lassen Sie es mich aussprechen, **daß alle Spekulationen auf die Ausschaltung der Deutschen Demokratischen Republik, auf die Liquidierung ihrer sozialen und politischen Errungenschaften keinen Pfifferling wert sind.**"

Es wäre leichtsinnig, alle Äußerungen und Handlungen der Regierung der DDR zu übersehen mit dem Hinweis, daß diese Regierung keine Entscheidungsfreiheit besitze. Gerade weil in Berlin nie etwas gesagt oder getan wird, was mit den Ansichten der Sowjetregierung nicht übereinstimmt, sollte man auf das, was aus Pankow kommt, besonders achten. Daran wird sich auch Herr Dr. Adenauer gewöhnen müssen. Unmißverständlich sagte ihm N. S. Chruschtschow in Moskau:

„Ich verlange nicht, daß sie mir beipflichten, aber die DDR ist die Zukunft."

In Bonn wurde und wird noch viel und übermäßig laut die „Politik der Stärke" als der einzige Weg zur deutschen Einheit gepriesen. Ob man dort selbst davon überzeugt ist? Wir können das nicht glauben. Die Moskaureise sollte doch Herrn Konrad Adenauer und nicht nur ihm gezeigt haben, daß diese Politik nicht die Brücke zum einigen Deutschland ist. Bereits am 26. Juli erklärte Chruschtschow in Berlin:

„Einige Staatsmänner hatten es mit der Ratifizierung der Pariser Verträge eilig und behaupteten, die Verwirklichung dieser Verträge werde den Westmächten die Möglichkeit geben, mit der Sowjetunion von einer ‚Position der Stärke aus' zu sprechen. Ich denke, daß nunmehr allen klar ist, daß diese Berechnungen fehlgeschlagen sind."

Und von Nikolai Bulganin mußte sich Dr. Adenauer bzgl. der Gründe für seine Aufrüstungspolitik sagen lassen:

„Wir können nicht ohne Ironie über Argumente dieser Art sprechen. Über solche Argumente kann man nur lachen. Die deutsche Wehrmacht, Deutschland, das deutsche Volk wissen wohl am besten, was die Sowjetunion darstellt und welche Rolle sie gegenwärtig spielt."

Wenn die Regierung der Bundesrepublik weiter auf ihrem Standpunkt beharrt, dann muß sie bereit sein, vor dem deutschen Volk einen Teil der Verantwortung für die Spaltung unseres Vaterlandes zu tragen. Oder erwartet sie von den „Heiden" in der Sowjetregierung, daß sie sich zu dem christlichen Satz: „So dir jemand einen Streich gibt auf den rechten Backen, dem biete den anderen auch dar", bekennen? Glaubt man wirklich in Bonn und der „freien Welt", daß die UdSSR zur Nato und zur Aufrüstung Westdeutschlands noch die DDR oder gar das deutsche Land jenseits von Oder und Neiße geben wird? Man kann Bundesregierung und Bundestag nicht von der Schuld freisprechen, der Spaltungspolitik der DDR eine Berechtigung zu geben. Wer die einseitige Bindung Westdeutschlands an die Nato mit der Wiedervereinigung für vereinbar hält, der kann der DDR nicht das Recht absprechen, sich fest dem Bund der osteuropäischen Staaten einzufügen und auch zu behaupten, das diene der deutschen Vereinigung. Es war zu erwarten, daß Walter Ulbricht, Erster Sekretär des ZK der SED, in Moskau in dieser Weise dazu Stellung nehmen würde:

„Dadurch (das Verbleiben der sowjetischen Truppen auf dem Gebiet der DDR) wird keineswegs die eigene Verantwortung der Arbeiter- und Bauernmacht berührt, die DDR, das Vaterland der Werktätigen, durch eigene bewaffnete Streitkräfte wirkungsvoll zu schützen. Nach Annahme der Wehrgesetze in Bonn und dem begonnenen Aufbau einer aggressiven Wehrmacht wird die DDR ihre Verpflichtungen und Rechte, die sich aus dem Warschauer Vertrag ergeben, getreulich erfüllen."

Kern dieses Vertrages über „Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der UdSSR und der Tschechoslowakischen Republik" ist der Artikel 5:

„Die vertragschließenden Seiten kamen überein, ein vereintes Kommando derjenigen ihrer Streitkräfte zu schaffen, die nach Vereinbarung zwischen den Seiten diesem auf Grund gemeinsam festgelegter Grundsätze handelnden Kommando zur Verfügung gestellt werden. Sie werden auch andere vereinbarte Maßnahmen ergreifen, die zur Stärkung ihrer Wehrfähigkeit notwendig sind, um die friedliche Arbeit ihrer Völker zu schützen, die Unantastbarkeit ihrer Grenzen und Territorien zu garantieren und den Schutz gegen eine mögliche Aggression zu gewährleisten."

Oberkommandierender dieser vereinigten Streitkräfte ist Marschall der Sowjetunion J. S. Konew, Sitz des Stabes die Stadt Moskau. Die von Walter Ulbricht im Katharinensaal des Kreml angekündigten Maßnahmen zur „Stärkung der Verteidigung der DDR" sind bereits eingeleitet. Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik beschloß am 27. 9. 55 einstimmig eine Verfassungsänderung, die die Regierung ermächtigt, durch einfachen Ministerratsbeschluß die „Organisierung des Dienstes zum militärischen Schutz der Heimat zu regeln". Zwar hatte Otto Grotewohl erklärt, daß diese Verfassungsänderung „noch nicht" die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht bedeute. Der anschwellende Flüchtlingsstrom nach Westberlin zeigt, wie wenig Glauben seine Worte finden.

Mußte all das kommen? Hätte nicht schon viel früher jede Gelegenheit wahrgenommen werden sollen, das, was die beiden Teile Deutschlands trennt, abzubauen? Von der Bundesregierung wird der DDR der Vorwurf gemacht, sie allein stelle sich der Wiedervereinigung entgegen. Daß einmal die Zeit kommen würde, wo der

Kommunismus ganz Deutschland zu einer Deutschen „Demokratischen" Republik machen will, hätte man auch in Bonn voraussehen müssen. Heute scheint man aber dort vergessen zu haben, daß noch zu Stalins Zeiten Grotewohl gesamtdeutsche Wahlen nach dem Wahlgesetz der Weimarer Republik vorgeschlagen hat. Allerdings wurde eine internationale Kontrolle als beleidigend abgelehnt. Die Bundesregierung hat diese Vorschläge nicht beantwortet, weil sie ihr nicht ehrlich gemeint schienen. Wer Gelegenheit hatte, in der DDR zu wählen weiß, daß Mißtrauen berechtigt ist. Aber schließlich hätten Verhandlungen, die durchaus nicht an eine Anerkennung der DDR gebunden zu sein brauchen, die Meinung der Sowjetzonenregierung auf ihre Ehrlichkeit hin prüfen können. Heute ist die Wiedervereinigung auf dem Wege freier Wahlen in weite Ferne gerückt. Überhaupt scheinen die Bemühungen um „Koexistenz und Entspannung" das Bewußtsein der deutschen Spaltung allmählich auszulöschen. „Ich möchte sagen, daß man sichtlich eine gewisse Zeit damit rechnen muß, daß in Deutschland zwei Staaten bestehen, die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik." Mögen diese Worte N. S. Chruschtschows nicht die Zeit einleiten, da die Zweigeteiltheit unseres Vaterlandes als selbstverständlich empfunden wird. Unsere Erwartungen, die sich auf die Außenministerkonferenz in Genf richten, hat M. A. Suslow, Leiter der sowjetischen Regierungsdelegation, zu den Feiern des 6jährigen Bestehens der DDR eingeengt und betont, daß ein Erfolg dieser Konferenz nicht an die Lösung der Deutschlandfrage gebunden sei.

Deutschland kann seine Vereinigung nicht allein von den Siegermächten erwarten. Es ist naturgegeben, daß diese Staaten der deutschen Zerrissenheit innerlich unbeteiligt gegenüberstehen. Sie haben den Schmerz, den die willkürliche Grenze durch unser Vaterland dem deutschen Volk zufügt, nie empfunden. Sie werten die deutsche Frage nach dem politischen Nutzen oder Schaden, nicht nach dem Gebot von Sitte und Menschlichkeit. So stimmen die Westmächte nur einer Lösung des Deutschlandsproblems zu, und die Sowjetunion will als Gesamtdeutschland einen Staat, als dessen Beispiel sie die DDR nennt! Wir Deutschen dürfen die Verantwortung für unser Land und Volk nicht anderen überlassen. Mag die Aussicht auf unsere Vereinigung noch so dunkel erscheinen, mag die geplante und durch Theorie und Dogma geleitete Politik noch so mächtig sein, eins ist ihr unzugänglich: der Mensch, der denkt u n d handelt!

Die Siegermächte mögen über dem Taumel der „Koexistenz" nicht daran glauben daß das große und wünschenswerte Beispiel auf deutschem Boden nachzuahmen sei. Die Weisheit Wilhelm v. Humboldts ist nicht nur Vergangenheit:

> „Denn wenn es nicht gelingt, eine befriedigende Lösung für die Gestaltung Deutschlands zu finden, wird im Herzen Europas ein ständiger Unruheherd bleiben und der Frieden nicht als gesichert betrachtet werden können."

Zur Saarbefragung

Bonn wollte, daß das Ja der Sieger sei.
Und ich sag nein! empörte sich die Saar.
Nun ist es auch den Blinden offenbar:
Bonn und das deutsche Volk sind zweierlei.

Ernst Hauck



Zeitschrift für Geistesfreiheit

Erscheinungsort München | Postversandort München

Inhalt: Seite

Das Unheil der Zwangsstaaten

Von Dr. Mathilde Ludendorff

Folge 12 | 23. 6. 1956 | 8. Jahr

Zeitschrift für **Der Quell** Geistesfreiheit

Folge 12 23. 6. 1956 8. Jahr

Das Unheil der Zwangsstaaten

Von Dr. M. Ludendorff

Wenn wir uns auch in dieser Zeitschrift schon des „kalten Sieges" der Sowjetstaaten über die USA — durch ihren Tauschhandel die befreiten Völker Asiens und Afrikas zu industrialisieren — bewußt geworden sind und gleichzeitig die große innerpolitische Gefährdung dieses Staates durch die Selbstwiderlegung seiner „vollkommenen Staatsordnung" betrachtet haben, die aus einem Proletarierstaat einen Bürgerstaat gemacht hat, so wollen wir die Gefahren dieses Staates trotz seiner törichten Zertrümmerung des Götzen Stalin doch nicht unterschätzen. Ich halte es für zeitwichtig, die vier ernsten Betrachtungen, die G. Pinning in unserer Zeitschrift über den zweiten großen kommunistischen Zwangsstaat China gebracht hat, zu ergänzen. Das große Unheil der Zwangsstaaten stößt — wie das deutsche Volk es uns schon bewiesen hat — bei ihm zum Glück auf großen Widerstand. In der Ostzone war nach langjährigem furchtbaren Zwangssystem der Widerstandswille der deutschen Arbeiter stark genug geworden, um am 13. 6. 1953 die unvergeßliche Demonstration trotz aller Todesgefahren auszuführen. Sie ist für alle Zukunft ein ebenso unsterbliches Denkmal des Freiheitswillens deutscher Arbeiter, wie es einst der passive Widerstand gegen die Ruhrbesetzung durch die Franzosen 31 Jahre zuvor gewesen war. Ja, ich sehe in der Demonstration der Arbeiter der Ostzone eine ebenso widerstandsweckende Kraft für unser armes zerschlagenes Volk, wie die Saarabstimmung und der von Vaterlandsliebe und Freiheitswille zeugende erste Parteikongreß der Saarländer in Wartburg. Die edle Mäßigung und moralische Höhe der Worte Schneiders, die — ohne unangebrachtes Pathos zu gebrauchen — eine besondere Weihe vor der Geschichte haben, werden sich auswirken. Ich freue mich dabei besonders über die Tatsache, daß hier alle Stände der Saarländer in echt deutscher Gesinnung wetteiferten. Wenn wir aber alle die unseligen Auswirkungen der USA-Besatzung, gepaart mit der der Bundespolitik eingehender betrachten, sind wir dennoch in großer Sorge über die Zukunft. Können wir doch als eigentlich einzige in die Öffentlichkeit gedrungene Opposition den kleinen Scherz nennen, der, um das neue vom Bundeskanzler geplante „Grabensystem" zu überwinden, an den Kinderreim erinnerte:

„Fällt er in den Graben
Fressen ihn die Raben".

Es ist bitter nötig, um uns vor fahrlässiger Überschätzung der Widerstandskraft der Deutschen in der Bundesrepublik den Wunschzielen Chruschtschows gegenüber

zu hüten! So halte ich es denn für dringend notwendig, den Deutschen immer wieder bewußt zu machen, daß an dem durch radioaktive Wolken schon recht unzuverlässig gemachten Himmel zwei drohende große Unwetterwolken stehen, die die schlimmsten Zwangsstaaten über Deutschland verhängen wollen.

Notwendige Erkenntnis

Wir wissen ja zur Genüge, daß für das Jahr 1962 das Wiedererstehen des Heiligen römischen Reiches Ottos des Großen vorbereitet wird. Der religiöse Zwangsstaat also, der Hexen und Ketzer durch den gefügigen „weltlichen Arm" im Namen Gottes „ohne Blutvergießen" durch lebendiges Verbrennen töten ließ. Der Papst hat keineswegs alles dieses Geschehen ex cathedra als entsetzliches Verbrechen bezeichnet, er hat auch keine Bulle erlassen, daß dergleichen verbindlich in dem wiedererstehenden Reiche Ottos des Großen als Verbrechen verbietet. In den führenden Kreisen gilt ganz im Gegenteil die Staatsordnung, die damals im Mittelalter herrschte, als eine Ordnung, die die unvollkommenen Menschen in die größte, ihnen erreichbare Nähe Gottes bringen werde. Für das Jahr 1960 wird in München als Auftakt für dieses große Ereignis der eucharistische Kongreß vorbereitet. Dieser Staat wird ebensowenig ohne eine grundsätzliche, allerwärts durchgeführte Denunziation aller Ketzer bei der heiligen Inquisition auskommen, wie der des Mittelalters.

Und während diese wahrhaft schwarze Wolke die Sonne der Freiheit noch weit tiefer überschatten will, als es an sich schon das Konkordat Hitlers mit dem Papste vom Jahr 1933 zu erreichen vermochte, steigt vom Osten her eine zweite Wolke auf. Hier soll ein Zwangsstaat über die ganze Welt errichtet werden, der sich das gleiche Recht des Menschenmordes allen Widerstrebenden gegenüber zuspricht, wie päpstliche Bullen dies taten, ja, wie alle Konfessionen, die die Bibel für das „Wort Gottes" und die Befolgung ihrer Gebote für „Gotteinklang" halten.

Ein falsches Vorbild

Wie sollte es in solcher politischen Lage — besonders für die Deutschen der Bundesrepublik — nicht bitter notwendig sein, sich des furchtbaren Unheils eines jeden dieser Zwangsstaaten voll bewußt zu werden? In dem zweiten Bande meines Buches „Wunder der Biologie im Lichte der Gotterkenntnis meiner Werke" habe ich in dem Abschnitt „Der Art versklavte Einzelwesen im Lichte der Gotterkenntnis meiner Werke" von Seite 180 ab auf 40 Seiten die wunderbaren Leistungen der in Tierverbänden lebenden Insekten aufgezeigt, die sie mit Hilfe von Erbinstinkten — die das Leben der Art vollkommen sichern — zuverlässig ausführen. Ich habe aber dann auch das Unheil hell belichtet, das allein schon die Benennung dieser Tierverbände als „Staaten" ausgelöst hat. Da die Menschen in ihrer Verkennung des göttlichen Sinnes ihres Lebens und der hierfür notwendigen Freiheit der Wahl für oder wider Gott so unerläßlichen, eingeborenen Unvollkommenheit ihres Bewußtseins nicht erkannten, sahen sie auch das Unheil nicht, wenn sie sich solche Tierverbände der Insekten als Vorbild ihres Menschenstaates wählten. So habe ich denn in jenem Werk auf Seite 191 bis 192 schon die warnenden Worte geschrieben, was es bedeutet, solch einem Zwangsstaat für Menschen zu errichten:

„So kann es garnicht genug betont werden, daß der Weg vom ersten Einzeller zum

Menschen ein Weg zur Freiheit im Entscheide des Willens, ein Weg zur Selbständigkeit im Denken, Urteilen und Handeln gewesen ist. Der Weg vom ersten Einzeller zum ersten sterblichen Vielzeller war dagegen ein Aufgeben von Freiheit der einzelnen Zelle, was sinnvoll für die Erreichung des Schöpfungszieles gewesen ist. Der Weg, den die Lebewesen der sogenannten Insektenstaaten gingen, war dagegen aber ein Abstieg eines vielzelligen Lebewesens zu dem Amte eines Gewebes oder eines Organes des Tierverbandes. Bei Lebewesen, die auch wenn sie einzeln lebten, niemals das Schöpfungsziel in sich erfüllen könnten, ist dies kein Frevel an diesem Ziele. Ebenso wie ein Organ kann ein solches Lebewesen noch bestimmte Leistungen erfüllen, aber es kann ebenso wenig wie ein Organ für sich selbst bestehen, es ist völlig unfähig zum Eigenleben geworden. Was aber ist ein Menschenstaat? Es ist der Zusammenschluß selbständiger, im Entscheid für oder wider Gott freier, bewußter, in ihrem Selbsterhaltungswillen um solcher Freiheit willen unvollkommen geborener Menschen. Sie erfüllen Leistungen für die Gesamtheit neben ihrer Selbsterhaltung, wobei sie, ob sie nun Führende oder Geführte sind, durch Strafgesetze an der Schädigung der Gemeinschaft verhindert werden. Schließt sich ein Volk zu einem Staate zusammen, so kann es den Zwang der Strafgesetze deshalb auf ein Mindestmaß begrenzen, da das Erbgut die Pflicht am Volke zur freiwilligen Leistung erhebt."

Nach eingehender Betrachtung der Leistungen der Tierverbände schließe ich den genannten Abschnitt auf Seite 219 mit den Worten:

„Vergessen wir niemals aber die tiefe Kluft, die die Gotterkenntnis meiner Werke machen muß bei der Bewertung solcher Tierverbände, deren Sklaven auch im Einzelleben keine Freiheit erleben könnten, und der Menschenstaaten, die Menschen in einem Kollektiv versklaven und Gewalt üben. Wird doch in diesen Tierverbänden nur ein seines Loses nicht bewußter Sklave ererbter Zwangstatenketten an noch weit straffere, schwerere Ketten gelegt, in denen er eines Tages statt eines natürlichen Todes zu sterben, auch wenn er allen Unfällen entging, an ‚Erschöpfung' zugrunde geht. Die Art aber erlebt ebenso wie alle einzeln lebenden Insekten keine Gegenwartwerte durch dieses immerwährende Tun für die Zukunft und die Art, die hier erhalten wird, ist ja auch ebensowenig wie das Sein nicht bewußter Einzelwesen Sinn der Schöpfung!

Wird es mir wohl gelungen sein, dem Leser die hohe Bedeutung einer klaren philosophischen Erkenntnis des Sinnes des Menschenlebens und der seelischen Gesetze, durch die er erfüllbar ist, auch für die sinnvolle Bewertung der biologischen Tatsachen greifbar nahe zu bringen? Er möge die Bewunderung der ‚Insektenstaaten' und deren ‚hohe Bedeutung', die sie als Vorbild für die Menschen nach der Behauptung von Biologen und Naturphilosophen haben solle, vergleichen mit der Bewertung dieser Tierzusammenschlüsse vom Standorte der Erkenntnis meiner Werke! Dann wird er sich wohl bewußt werden, daß der Segen solcher Erkenntnis für das Leben der Menschen weit hinausragt über den Segen, den die Erkenntnisse der Naturforscher haben können, aber sehr oft garnicht haben, da ihre Betrachtungsweise über den Sinn des Menschenlebens und den Sinn der Grenzen der Freiheit des einzelnen Menschen zum Besten der Volkszusammenschlüsse von Irrtümern ausgeht. Wohl können die nicht bewußten Lebewesen den Menschen Lehren geben, wie dies seit je die Völker ahnten, aber Weisheit können sie nur schenken, wenn hierbei des Menschen Denken von Weisheit seinen Ausgangspunkt nimmt."

Die Lage in China

Angesichts der drohenden schwarzen Wolken neuer Zwangsstaaten begrüße ich es sehr, daß die kommunistische Republik China, die im Sinne ihres Rasseerbgutes handelte, um selbständig gegenüber Sowjetrußland zu werden und in völliger Verkennung der Reform der Bodengesetze im Einklang mit ihrem Rasseerbgut gehandelt hat (siehe meine Abhandlung „Entwicklung in China", Folge 2/56), nun einen

so lehrreichen Einblick in das Unheil des kommunistischen Zwangsstaates geben kann. Wir wissen, daß der Mythos Chinas, der dieses Volk Jahrtausende hindurch unter der Herrschaft seines Kaisers leben und eine hohe Kultur bewahren ließ, die Freiheit des Einzelnen sehr begrenzte. Dieser Kaiser war für es der Sohn des Himmels. Ihm absolut untergeordnet zu sein war für dieses Volk kein hartes Schicksal, denn er selbst lebte seinem religiösen Glauben getreu und hielt sich an seine göttliche Aufgabe! Vor Willkür war daher dieses Volk behütet. Ein Sklavenlos hatte es nicht. Treu seinem Glauben sorgten seine Befehle dafür, daß die „himmlische Ordnung" in seinem Reiche die irdischen „Entsprechungen" innehielt. Er und sein Volk wähnten sich hierdurch in Gotteinklang. Geduldig erlitt das Volk die ihnen vermeintlich von Gott gesandten Flußüberschwemmungen und ertrug die Hungersnot, die daraus folgte bis zu der Zeit hin, in der auf einmal an Stelle des alten Kaiserhauses die Mandschu-Kaiser zur Herrschaft kamen, die alten Bodengesetze durch Bereicherung Einzelner entarteten und dieses neue Kaiserhaus das friedliche Leben schwer bedrohte. Dann folgten christliche Eingriffe, Aufstände, Revolutionen, Rettungsversuche, bis endlich das Volk, in dem Wahne befangen, daß der Sowjetstaat ihm sein heiliges Bodengesetz wiedergäbe, den kommunistischen Staat errichtete und zwar unter treuer Beihilfe der USA (siehe das Werk der Amerikanerin Frieda Utley: „Das Unrecht an China").

Und nun lassen wir uns von Robert Guillain, einem Engländer, der aus der Weltherrschaft über Kolonialvölker sich eine gewisse Blickschärfe für die Zustände eines Volkes über China gewann, erzählen. In „The Manchester Guardian" vom 3. 2. 1956 berichtet er in einer Abhandlung „China nach sechs Jahren", was in dem neuen „Ameisenstaate" in dieser kurzen Frist aus einem Volke, das sich Jahrtausende hindurch eine hohe Kultur erhielt und hoch intelligente Menschen als Führer hatte, geworden ist. Was hat der Sowjetstaat aus diesem an seinen Jahrtausende alten Sitten hängenden Volke gemacht? Zunächst erzählt uns Guillain von der erstaunlich raschen Industrialisierung in seinem Abschnitt „Die neue Industrie":

Der Bericht des Engländers

„Wir reisen ins Herz der Mandschurei und nähern uns Tschangkun. Zuerst wächst das Arbeitsviertel der Stadt vor uns aus der nackten, baumlosen Ebene auf. Es ist ungeheuer. Riesige dreistöckige Häuser mit 25 Fenstern in der Längsfront stehen Seite an Seite, genau übereinstimmend, zu zehnt, zu zwanzig, vierzig, achtzig – und mehr. Sie stiegen vor weniger als drei Jahren aus der Leere der Ebene sprungartig auf.

Dann die Fabrik. Ich glaube, ich träume und sehe den Palast des Vizekönigs von Indien. Auf beiden Seiten einer großartigen Avenue streckt sich ein breiter Trakt aus rotem Ziegelstein, dessen geschmückte Fassade weniger auf einen Industriebau, als auf einen Kunstbau schließen läßt. Was sich so präsentiert ist Tschangkuns ‚Motorenfabrik I', der Stolz des neuen China, ein sehr bedeutender Teil des Fünfjahresplans und eine der Sensationen, die für fremde Besucher in petto liegt... Ihr Grundstein ist 1953 gelegt worden. Bisher gibt es noch keine ‚Fabrik II'.

Beim Näherkommen ist der Anblick um nichts weniger aufregend. Die Fabrik selbst ist fertig, aber ihre Umgebung ist noch Chaos. Alles ist schmutzüberzogen unter dem stürmischen Regen. Hunderte von Arbeitern quirlen in dem Schlamm herum wie Ameisen, mauern neue Wände, führen Lasten, bewegen Tonnen von Erde, als ob sie noch mehr Dreck fabrizieren wollten – aber keinerlei Maschine ist zu sehen: der Löwenanteil der

Arbeit wird mit ungeheurer Zähigkeit mit nackten Händen bewältigt. Auch in den Straßen sieht man kaum Fahrzeuge, mit Ausnahme kleiner Karren, von mongolischen Ponies gezogen. Mongolische Ponies beim Aufbau einer Auto-Fabrik: das ist in der Tat typisches Symbol des Wandels vom alten zum neuen China. Der Kontrast ist noch überraschender, wenn man die Schwelle überschreitet, um das Innere der neuen Fabrik kennenzulernen. Mit einem Schritt steht man mitten in der Atmospäre ultramoderner Technik. Ganz bestimmt hatte ich nicht erwartet, Maschinen des allerletzten Modells zu finden, noch gar, sie in solch überwältigender Zahl versammelt zu sehen. Und das im tiefsten China, in einer chinesischen Fabrik! Russische Maschinen

Zugegeben: diese Maschinen stammen aus Rußland. Aber noch vor dem kommenden Herbst werden diese Werkstätten das erste Motor-Fahrzeug vom Fließband schicken, das jemals in China gebaut worden ist, eine Art 4-Tonnen-Laster. Die Fabrik wird 17 000 Arbeiter beschäftigen und jährlich 30 000 Laster produzieren (diese Zahlen stehen aber noch nicht ganz fest). Vergleichsweise ist dies nicht gerade viel für eine solch riesige Anlage, die — wie man mir versicherte — zweimal so groß ist wie Citroen, und man beginnt sich zu wundern, ob da nicht auch noch andere Dinge hergestellt werden würden — Panzerwagen oder Traktoren etwa, oder gar beides? Wie dem auch sei, — man kann als Kenner des alten China nicht übersehen, was die Revolution da alles geschaffen hat."

Guillain zeigt uns also hier das unheimliche Tempo, in dem hier eine artfremde Zivilisation übernommen wurde. Hier wird das gefährliche Unheil, das Japan einst überlebt und nach dem zweiten Weltkrieg wieder überwunden hat, noch übertroffen. Er nennt auch alle günstigen Umstände, die einen weiteren raschen Aufstieg der Industrialisierung erwarten läßt und beweist hierdurch, daß er von sich selbst verlangt, die Zustände völlig urteilsfrei zu betrachten und zu schildern. So erfahren wir:

„Die Mandschurei, nach Fläche etwa halb so groß wie Frankreich, ist in erster Linie ein Land der Weiträumigkeit und der großen Entfernungen. Monoton, aber doch voll Großartigkeit, bietet sie mehr fruchtbaren Boden und saftigere Weiden als das übrige China — und sie ist auch nicht so überbevölkert. Seine nackten Ebenen, die an Süd-Kanada oder Illinois erinnern, schreien nach Traktoren. Ein Netzwerk von Straßen und Eisenbahnen, zum Teil während der japanischen Besetzung ausgebaut, ist ein wertvolles Grundgerüst für den Fünfjahresplan, denn es überbrückt die großen Entfernungen. Welch dramatische Bilder hat dieses kriegsgeschüttelte Land seit der Zeit der Japaner gesehen! Den pazifischen Krieg 1940—45; den japanischen Zusammenbruch und Auszug 1945; das große Vorrücken der Russen 1946—47."

Das „verlorene Spiel der USA"

Guillain beweist uns, daß die weitgehende Rettung der Selbständigkeit Chinas gegenüber Rußland keineswegs gepaart ist mit einer Herabminderung der Handelsgeschäfte. Wir können das Ausmaß des Abstieges der USA durch diesen Sowjetsieg klar ermessen:

„Die Spannweite der russischen Hilfe an China, darüber hinaus aber auch der Einfluß auf überhaupt alle Zweige der chinesischen Verwaltung, läßt es uns begreifen, daß die USA und der Westen das Spiel verloren haben, die Massen von China nicht ‚der anderen Seite' zu überlassen. Der amerikanische Traum für China war: aus ihm ein asiatisches Äquivalent der USA zu machen. Und wer hat diesen Traum verwirklicht? Rußland natürlich — indem es aus China ein anderes Rußland in Asien macht. Ich rufe ein bezeichnendes Gespräch ins Gedächtnis zurück, das ich im vergangenen Frühling

auf Java bei der Bandung-Konferenz flüchtig gehört habe. Ein Amerikaner sprach über seinen Verdruß mit den Indonesiern und rief dabei aus: ‚Wir sind bereit, ihnen Maschinen, Fabrikanlagen und Ingenieure zu bringen, um für sie in fünfzehn Jahren eine Industrie aufzubauen und dann zu ihnen zu sagen: ‚Es gehört alles euch!' Aber glauben Sie, die hörten auf uns? Lieber sterben sie hungers, als daß sie den Westmächten etwas schulden (— und sei es nur Dank!)." Rußland hat in China mit alledem Erfolg gehabt, was den USA vorschwebte — indem es sich als Zwangs-Wohltäter einfach einführte. Anstatt gehorsame Schüler des Westens zu werden, sind die Chinesen willige Schüler Moskaus geworden ...

Vielleicht helfen weitere Worte des Verfassers den Leser in das tiefste China zu führen. Er wird dann das Volksunheil im überspitzelten Zwangsstaat um so tiefer erleben!

„Wir fliegen nach Lantschou im tiefsten China: eine Reise in einem Flugzeug, das die Chinesen von den Russen gekauft haben und das von denen wiederum den Amerikanern abgeguckt worden ist. Das letzte Stück, ein Flug von weniger als drei Stunden von Sian nach Lantschou, führt über die Karawanenstraße hin, auf der die Reise noch in allerjüngster Zeit vierzehn Tage beanspruchte. Wir sind über einer Fantasiewelt nackter Erdfalten und nebelbrauender Schluchten, aber dieses unmenschliche, urtümliche Land enthüllt sich bei näherem Hinsehen: es besteht aus Myriaden von Feldern, die sich in Terrassen auf den Abhängen der Hügel hinziehen. Es wohnen Millionen Menschen in dieser scheinbaren Einsamkeit; Millionen Menschen — aber kein einziger Baum. Noch überraschender ist, daß man keine Dörfer sieht. Wo sind die Behausungen? Schärfe den Blick —: sie sind unterirdisch! Die Massen, die diese Landstriche bewohnen, leben wie Troglodyten im berühmten ‚Löß', in den fruchtbaren Staubablagerungen der nahegelegenen zentralasiatischen Wüsten, die der Wind in ungezählten Jahrmillionen herbeigetragen hat, bis sie zu Tiefen bis mehr als 100 Fuß aufgehäuft waren.

Wenn die Sonne durch die Wolken bricht, dann ist es einem, als schaue man hinab auf eine Mondlandschaft. Menschlicher Raubbau hat die Bäume zerstört, und die Erosion zerfurcht den warmen Wandergrund: die oberste Schicht der höchsten Felder bröckelt und sickert beständig hinab in die Schluchten. Dann erscheint plötzlich in der ungeheuren Weite gelber Felder (für die die neue Regierung eine Bepflanzung mit Millionen Bäumen plant — es werden aber ganze Milliarden notwendig sein!) eine chinesische Landschaft: Laubwerk und Wasser in lichtgrünen Aquarelltinten, vor dem Auge hingebreitet wie ein uraltes Pergamentbild. Nach der erschreckenden Nacktheit dieses gequälten Landes ist dies eine lächelnde Oase ..."

Ein seelenmörderisches Unheil

Wichtiger als all dies und die Schilderung der modernsten Kraftwagenstraßen, über die aber zunächst nur chinesische Eselskarren hin- und herwimmeln, sind uns die ersten Anzeichen des großen Unheils, das in allen Zwangsstaaten die unausbleibliche Folge der planmäßigen, bis ins einzelne gehenden Überspitzelung ist. Seelenmörderisch wirkt sich dies Unheil aus.

Über das was Zwang und Überspitzelung sich auf dem Gebiet der Wissenschaft leisten, hat Pinning in seiner Abhandlung „Rätsel China" (Folge 9/56) schon Erschreckendes berichtet. Was aber in 6 Jahren aus der Bevölkerung geworden ist, schildert Guillain:

„In einer Allee begegne ich einem Möbeltischler (-ausbesserer). Er ist ein Wanderarbeiter und sein ganzer ‚Laden' baumelt in zwei Kasten an einem Bambusstock über seiner Schulter. Sehen wir ihn näher an! An einem Ende des Bambus hängt ein ungewöhnliches

Ding; es ist der Erlaubnisschein des Burschen, seine Wandergewerbekarte! Sie ist bedeckt mit allen Sorten roter Stempel, die von der Polizei und den Steuerämtern benutzt werden, sie trägt den Namen des Trägers und seine Standesbezeichnung, und sie trägt sogar eine Paßbild-Fotografie. Dies beweist, wie fern von Peking und wie umfassend hinsichtlich der Gesellschaftsschichten die Regierung ihre Kontrollen durchexerziert."

Guillain erzählt uns die Auswirkung dieser Pest:-

„Ein Opfer des neuen Regimes ist die chinesische Humorlosigkeit. Die Leute sind ausgesprochen traurig, aber sie gehen umher wie in einem Trancezustand; eine früher schrille, lärmende, unendlich vergnügte Nation ist still, langweilig und düster geworden. Was allein sie noch aufzupulvern scheint, sind Massendemonstrationen. Die freundlichen, manchmal äußerst lustigen Szenen, die sich in den Straßen abzuspielen pflegten und die von einer schaulustigen Menge erwartet wurden, sind nicht mehr zu sehen.

Die Chinesen sind nun ein ziemlich stilles Volk. Vor nicht langer Zeit war China das lärmvollste Land der Welt. Verklungen sind die schrillen, aufgeregten Stimmen und das durchdringende Gelächter — das törichte Gelächter, das über das Sich-unglücklich-fühlen zu triumphieren pflegte. Das Lachen, das geblieben ist, scheint im Charakter mehr russische als chinesische Art — und damit die für Propagandazwecke geeignetere Ausdrucksqualität zu haben. In den Straßenbahnen redet niemand. ‚Erinnern Sie sich an das babylonische Stimmengewirr, das hier früher herrschte?' bemerkte einer meiner Freunde. ‚Die Worte ‚schen' (Geld) und ‚tschefan' (gutes Essen) lagen einem beständig in den Ohren. Nun ist alles still. Hat das neue Regime ihre Geldbeutel und ihre Bäuche gefüllt und ihnen damit Zufriedenheit gegeben? Ich glaube es nicht. Danach sehen diese hölzernen, verschlossenen Gesichter nicht aus!'

Am meisten überrascht das Verschwinden der intelligenten Schicht. Ohne Ausnahme sind die Chinesen, die man heute antrifft, so stumpfsinnig und dummlich wie Land-Trampel. Vorher konnte man in China oft höchst intelligenten, beweglichen, feinsinnigen und äußerst gut informierten Menschen begegnen. Heute scheinen sie sich in Luft aufgelöst zu haben. Ob das davon kommt, daß ihre Intelligenz ihnen zu Schlüsselstellungen in der neuen Elite verholfen hat, und daß sie deshalb zu wichtig und zu beschäftigt sind, als daß sie sich sehen lassen könnten — ich weiß es nicht. Aber ich habe Grund anzunehmen, daß ihre Intelligenz ihnen eher die Liquidation eingebracht hat ..."

„Kriminelle und Konterrevolutionäre haben Zwangsarbeit zu leisten, um ihre Ideologie vermittelst verschärfter Arbeit zu reformieren."

Um kenntlich zu sein für alle, müssen sie die chinesische alte Kleidung tragen. Lassen sie sich nicht reformieren, dann werden sie erschossen. Freudig schlüpft daher jeder in Todesangst ob Mann oder Frau in die 600 Millionen angefertigten dunkelblauen Kittelhosen. Guillain erzählt uns:

„Dann ist da diese endlose blaue Baumwoll-Uniform. Sie ist geschlechtslos. Die Mädchen tragen nicht nur wie die Jungen Hosen —: sie sind alle häßlich, oder zumindest gewöhnlich. Wo sind die schönen Chinesinnen geblieben, die man früher sah? Sie sind nicht alle in Hongkong, das von ihnen wimmelt. Nein, sie sind verschwunden, verborgen, oder sie prangern sich freiwillig selbst an unter unförmigen Blusen und engen Schnürungen. Die Regierung hat einen schwachen, zaghaften Versuch gemacht zu den ‚weiblichen Kleinigkeiten', zum Lippenstift zurückzulenken — aber das Bemerkenswerte ereignete sich, daß jedes Echo ausblieb. Es hat sich überlebt. Die Männer und Frauen ziehen die ‚schützende' Uniformität vor. Ein junges Mädchen, das einmal den ‚New look' erproben wollte, bekannte mir, sie sei sicher, daß jemand unerfreuliche Bemerkungen machen würde. Ein anderes sagte geradeheraus, daß man wie ein Reaktionär behandelt würde, wenn man gut gekleidet sei. Schließlich sagte ein Sprecher bei einem Jugend-Aufmarsch, viele unter ihnen seien der (richtigen) Ansicht, ‚daß ein smarter Anzug auf bourgeoise Denkungsart schließen ließe'."

„Die Ameise wird geformt"

Als weiteres erschreckendes Zeichen des seelenmörderischen Unheils weiß Guillain uns zu sagen: „Die Fähigkeit zur Kritik (noch nie eine Stärke der Chinesen) existiert überhaupt nicht mehr ..."

Wie sollte dies auch anders sein, reicht doch die Überspitzelung von Peking aus in jedes Heim. Guillain erzählt von dem „Straßenkomitee":

„Die Shi-Kwang-Straße in Peking ist eine typische kleine Straße. Man wird schwerlich etwas ebenso abgeschlossenes und geschütztes finden. Aber Frau Li Wang, die Vorsitzende des Straßenkomitees, kann damit prahlen, genauestens zu wissen, was unter den Dächern der Nachbarschaft vorgeht. Das ist sogar (bescheidenermaßen!) ihre Pflicht als Chefin des 13-köpfigen Ausschusses, der von den 300 Familien der Straße gewählt worden ist.

Wenn man sie fragt, dann weiß sie Unerschöpfliches zu berichten von der Aktivität ihres Komitees zum Nutzen aller. Es hat sechs Zweige: Hygiene, Frauenfragen, sozialer Wohlstand, Propaganda, Streitschlichtung und Sicherheit. ‚Hygiene' erstreckt sich auf Probleme wie Fliegen, Ratten, Müll usw. ‚Frauenfragen': schmerzfreie Geburt und Eherecht. ‚Sozialer Wohlstand'" da machte sie z. B. gestern eine Runde durch die Häuser und verkündete: ‚Wickelt eure Kleinen gut ein; man hat mir gesagt, es käme ein Kälteeinbruch!' ‚Propaganda': die muß z. B. für den Kauf von ‚HO'-Ware gemacht werden. ‚Streitschlichtung': sie versöhnt einander entfremdete Ehepartner, befaßt sich mit Säufern und stiftet Frieden zwischen streitenden Nachbarn. ‚Sicherheit': — bei diesem Punkt wird sie sehr diskret, man muß sie auszuholen versuchen. Aber die Antwort ist dann wieder die alte Platte: ‚Ja — der Kampf gegen die Konterrevolutionäre ist die erste Bürgerpflicht!' Auch ich hätte an Frau Wangs Stelle antworten können, indem ich die Anweisungen für die Komitee-Büros rezitiert hätte. Die ganze Organisation ist aufgezogen worden, um der Polizei die Arbeit zu erleichtern. Ein Vertreter der Polizei wohnt den Versammlungen der Bewohner oft genug bei (was Frau Wang uns aber nicht bestätigen will!), daß man den Polizeicharakter des Komitees daran erkennen kann.

Aber über das Komitee hinaus sorgt die Bevölkerung in jeder Hinsicht für ihre eigene ‚Polizei'. Jedermann bespitzelt jedermann: das ist der Schlüssel für das ganze System. Hier beginnt der Ameisenhaufen die Ameise zu formen. In keinem der totalitären Systeme von gestern — wie den faschistischen von Berlin, Rom, Tokio — haben die ‚Zellen' und ‚Blocks' so wirkungsvoll funktioniert wie hier. Scheinbar auf die kleinen Probleme der Straße zugeschnitten, sind sie in Wahrheit eines der bedeutsamsten Gliedstücke der Regierungsmaschinerie."

Das Absterben der Seele

Der Höhepunkt der Auswirkung der Überspitzelung zeigt sich in einer völligen Aufgabe jeden persönlichen Denkens. Guillain gewährt uns Einblick in dies Zeichen des Absterbens der Seele:

„Furcht vor eigenen Ideen

Diese Furcht vor originalem, persönlichem Denken kann überall unter den Chinesen beobachtet werden. Ich war beispielsweise im Heim von Lao She U, einem gefeierten Autor des neuen China. Als es sich herausstellte, daß er eine reichlich bourgeoise Vergangenheit hatte und lange Zeit in den USA war, fragte ich meinen Dolmetscher: ‚Ist er erst kürzlich zum Kommunismus übergetreten, oder hat er heimlich schon lange fortschrittliche Gedanken gehegt?' Der Dolmetscher stammelte erbleichend: ‚Das darf ich ihn nicht fragen! Fragen Sie ihn selbst.' ‚Aber Sie haben doch seine Bücher gelesen?' ‚Ja, aber es steht mir nicht zu, darüber zu urteilen.' Hundertmal habe ich solche Fragen gestellt, die mit einfachem, gesundem Menschenverstand hätten beantwortet werden müssen — aber die Befragten ver-

schwanden plötzlich, bevor ich sie daran hindern konnte — über die Schulter rufend, sie wollten ‚gehen und fragen'. Es ist immer wieder dasselbe: man kann niemand von vorgekauten Ideen, Meinungen und Antworten losreißen, man findet keine eigene Verantwortlichkeit — überall werden Initiative und Verantwortung auf irgendjemandes Schultern abgewälzt. Sie ‚gehen und fragen', um dann eine fertige Meinung zu servieren ... Ein anderes Gespräch mit einem jungen Chinesen war: ‚Warum gibt es so viel Kinder in China?' Die Antwort begann mit der wohlbekannten Floskel: ‚Vor der Befreiung ...' ‚Laß die Befreiung weg! Ich habe gefragt, warum hier so viel Kleine sind!' Die zweite Schallplatte begann: ‚Mao sagt ...' ‚Laß auch Mao weg! Ich will nur ganz einfach wissen, warum die chinesischen Familien reihenweise Kinder in die Welt setzen!' Die letzte Antwort: ‚Oh — ich will gehen und mich mal umhören ...'"

Der „freiwillige Zwang"

Unbekümmert um die gewaltige Ausdehnung des chinesischen Reiches wird von 13 Menschen die Überspitzelung ausgeführt. Sie treten auf als Förderer der Gesundheit, als Fürsorge für sozialen Wohlstand, haben dabei aber die Hauptaufgabe, für die Sicherheit des Staates zu sorgen, da der Kampf gegen die Konterrevolutionäre die erste Bürgerpflicht ist. So wohnt denn die Vertretung der Polizei in jedem Hause und kann alles planmäßig überwachen. Natürlich fehlt es auch nicht an dem Hohn, den sich die Zwangsstaaten leisten, kein Wort wird ganz wie in Rußland so oft gebraucht als das Wort „freiwillig" und hinter dem der Zwang verhüllt wird. Man bricht den Willen unter Todesstrafe und nimmt dann die „freiwillige Unterwerfung" schriftlich entgegen.

Der Staat hat Zutritt in jedes Haus, damit eben die Polizei jederzeit Zutritt hat. Wir hören:

„Es ist der Staat ‚in der Straße'. Es ist Regierungsgewalt in Händen von einfachen Bürgern, die bis in die Tiefen der Bevölkerung vordringt, die zu jeder Zeit in jedes Heim freien Zutritt hat, die sich mit allem und jedem beschäftigt. Der Komitee-Vorsitzende kommt zu mir und überzeugt sich davon, ob ich auch genug Insektenvertilgungsmittel anwende, gleichzeitig aber lernt er genauestens mein Einkommen kennen: weil ich ‚freiwillig' einen angemessenen Betrag für eine Staatsanleihe zeichnen soll. Ein Delegierter des Komitees kommt, um das undichte Dach zu reparieren, und während der ganzen Zeit, die diese Arbeit beansprucht, hat er das, was unter dem Dach gesprochen und gedacht wird, unter Kontrolle. Er ruft nach einem Krankenwagen für den alten Wu — und gleichzeitig meldet er der Polizei, daß ein Fremder angekommen ist und einmal übernachtet. In langer Sicht war es die erste Arbeit, ‚einzusickern'. Die Straßenkomitees überziehen ganz Peking wie die Adern, die einem lebenden Körper das Blut zuführen — und sie führen jedem Haus und jedem Kopf die ‚korrekte' Denkungsart der Regierung zu. Kein Abend vergeht ohne irgendeine Versammlung der Bewohner, in der mindestens jeder Haushalt vertreten ist. ‚Studien'-Versammlungen, ‚Selbst-Kritik' im Forum, ‚Konferenzen' — geduldig verbreitet der Ameisen‚kopf' seine als Ratschläge getarnten Befehle und lauscht auf die Myriaden Ameisen, welche Wünsche er ihnen noch zu ‚wünschen' aufgeben könnte ..."

Was folgt daraus?

So also sieht das Unheil des zweiten drohenden Zwangsstaates aus! Angesichts der zweierlei drohenden Unwetterwolken, die dem deutschen Volke drohen, das durch Entwurzelung so abwehrarm geworden ist, wäre es bitter not, daß jeder einzelne Deutsche, der die Wiedervereinigung unseres Volkes ersehnt, sein Alles daran setzte, um die Menschen von törichten Revolutionsversuchen dringend abzuhalten,

aber in ihnen den Freiheitswillen zu stärken, eingedenk der Worte des Feldherrn, die er im „Dritten Reiche“ schrieb:

„Wenn die Deutschen kein Freiheitsgefühl mehr besitzen, so können sie beim besten Willen auch keines verteidigen. Dann beginnt der Untergang in einem Zwangsstaate. Der Volkstod tritt bei der Größe des deutschen Volkes nicht von heute auf morgen ein, aber er folgt gewiß, weil der Deutsche ohne Freiheit nicht leben kann.“



Zeitschrift für Geistesfreiheit

Erscheinungsort München | Postversandort München

Inhalt: Seite

Wie stehen wir zu Volk und Staat?

Von Franz Frhr. Karg von Bebenburg.

Folge 15 | 9. 8. 1953 | 5. Jahr

Der Quell

Zeitschrift für Geistesfreiheit

Folge 15 | 9. 8. 1953 | 5. Jahr

Wie stehen wir zu Volk und Staat?

Vortrag von Franz Freiherr Karg von Bebenburg
gehalten in Quelle 1953

Wenn wir uns heute einer so ernsten und bedeutungsvollen Frage zuwenden: „Wie stehen wir zu Volk und Staat?“, dann wollen wir uns nicht in kleinlicher Kritik an Staat und Regierung ergehen, sondern wir wollen einmal die Grundlagen prüfen, auf denen sich ein Staat nach unserer Anschauung erheben muß. Gewiß mag es wichtig und richtig sein, die Tätigkeit der Staatsregierung und das Treiben der Parteien zu beleuchten und zu beurteilen, aber wir wollen heute uns einen Ueberblick über das Ganze zu verschaffen suchen, das Volk und Staat darstellen.

Wir Deutsche leben wie jedes Volk in einem Staate, bewohnen also ein — sagen wir einmal — von uns selbstgebautes Haus. Es wäre ein Zeichen von äußerer und innerer Freiheit, wenn das Haus von uns Deutschen selbst gebaut wäre. Und nun möchte ich Sie einmal aus diesem Haus herausführen.

Es ist nicht immer leicht, sich einen Ueberblick über einen Fragenbereich zu verschaffen, wenn man den Dingen zu nahesteht. Wer mit der Nase dicht an der Hauswand steht, wird uns kaum sagen können, wie das Gebäude in Wirklichkeit aussieht. Das kann er erst, wenn er einen gehörigen Abstand gewonnen hat. Dann wird er auch die tragenden Pfeiler des Bauwerks erkennen können, wird ermessen können, was notwendig oder unnötig oder gar störend, was schön oder unschön ist. Erst dann hat es für ihn einen Zweck, sich das Haus von innen anzusehen, sich mit der Inneneinrichtung auseinanderzusetzen und sich die Frage zu stellen: muß denn das alles sein, was da von dir im Namen des Volkes der Staat verlangt? Muß denn ein Staat so aussehen wie der unsere? Ist dieses Getriebe der Parteien und des politischen Ränkespieles unvermeidlich? Ist dieser Staat wirklich der beste aller möglichen? Wäre es nicht richtiger, sich seine Freiheit zu erhalten und einem solchen Staatswesen überhaupt den Rücken zu kehren, sich vielmehr als freier Mensch anderswo ein Auskommen zu suchen — am besten gar da, wo es so etwas wie einen Staat gar nicht gibt, oder wo der Staat gar keine Ansprüche an seine Bürger stellt?

Ich habe mich schon mit manchem jungen Menschen unterhalten und dabei immer wieder festgestellt, daß es ein gut Teil Freiheitswille ist, der die Auswanderung anstrebt. Ich kann auch mit den jungen Menschen mitfühlen,

daß sie keine Lust und Neigung haben, sich den heute in Deutschland herrschenden, in vieler Beziehung drückenden und bedrückenden Lebensbedingungen zu unterwerfen. Aber gerade dann, wenn man solche Gespräche führt, legt man sich selber die Frage vor, was einen selbst zum Bleiben veranlaßt.

Und so legt man sich selber einige wichtige Fragen vor. Davon lautet die erste: Was ist der Staat?

Nun, der Staat ist die Lebensform eines Volkes; es ist der äußere Rahmen, in dem sich das Volksleben abspielt; es ist sozusagen das Gebäude, in dem ein ganzes Volk wohnt. Die Geschichte kennt viele Formen des staatlichen Lebens: von der Herrschaft eines einzelnen Mannes, eines Königs oder eines Priesters, einer blutsmäßigen oder verschworenen Gemeinschaft, einer Schicht von Herrschenden, bis zur sogenannten Demokratie, in welcher der Volkswille die Geschicke des Staates und Volkes lenken soll. Dabei hat es Staaten gegeben, die von mehreren, ja unzähligen Völkern bewohnt wurden; sie haben zwar zum Teil Jahrhunderte überdauern können, wie das römische Reich, aber sie haben auf die Dauer keinen Bestand gehabt. Der Staat ist Menschenwerk, und er ist das Werk von Menschen eines bestimmten Volkes oder einer bestimmten Gruppe gewesen, ein Gebäude, das sie sich für sich selbst gezimmert haben. Wenn das Volk untergegangen war, hat sich auch der Staat nicht mehr lange halten können, denn es fehlte ihm das tragende Element, das ihn jung erhielt. Denn der Staat ist nichts als eine Aeußerung des Lebenswillens eines Volkes nach Außen und Innen, und er ist als Gesetzeswerk der Niederschlag der in einem Volk herrschenden Anschauungen. War das Volk dahin, das diesen Staat einst gegründet hatte, so waren oder gingen auch die Anschauungen vom Zusammenleben einer Gemeinschaft dahin, aus welchen einst die Staatsgesetze geboren wurden. Andere Völker mit anderen Anschauungen bauten sich ein neues Haus nach Außen und nach Innen.

Der staatliche Aufbau ruht wie jedes Werk der Politik also auch auf dem Fundament der Weltanschauung; er ist geradezu das Werk der Weltanschauung. Daß dem so ist, dient als Beweis, daß es sogar Weltanschauungen gegeben hat und gibt, die aus sich heraus Staaten gegründet haben oder errichten wollen.

Der Staat wird also vom Volk auf Grund der herrschenden Weltanschauung geformt. Die Geschichte bietet eine Fülle an Beweisen, daß durch die Umformung der Weltanschauung auch der Aufbau des Staatswesens eine Umwälzung erfuhr. Gerade unser Volk hat in dieser Beziehung Schweres ertragen müssen, denn durch die Christianisierung der Germanen verloren die einst freien germanischen Bauern ihre Freiheit und wurden zu Leibeigenen und Hörigen. An die Stelle der einstigen Demokratie trat der unumschränkte Herrscherstaat. Siegfried-Armin und Widukind waren Freie unter Freien, Gleiche unter Gleichen. An die Stelle der germanischen Volksführer trat das absolute Königtum von Gottes Gnaden.

Zeige mir deinen Staat, und ich sage dir, welche Religion du hast. So kann man mit Fug und Recht sagen. Und warum kann man das sagen? Weil nämlich jeder Staat sein Gepräge danach trägt, welche Stellung dem

Menschen als Persönlichkeit von der Religion oder Weltanschauung innerhalb ihrer Lehren zugewiesen wird. Verkündet eine Religion, der Mensch sei vor Gott nur ein Wurm im Staube, dann findet dies zwangsläufig seinen Niederschlag in der rechtlichen Stellung des Staatsbürgers gegenüber dem Staat und findet seinen Ausdruck vor allem auch in der Stellung des Priesters über der Menge der Gläubigen. In unserer Zeit werden wir leicht darüber hinweggetäuscht, weil wir in einer Zeit leben, in der die christliche Religion zwar noch Lippenbekenntnis ist, man aber keineswegs mehr überall daran denkt, auch die staatlichen Belange nach der Weltanschauung zu handhaben. In einem christlichen Staat kann es — wenn dieser Staat wirklich christlich sein will — keinen Streit darüber geben, daß die Priesterschaft die oberste Entscheidung hat. Als Musterbeispiel gilt uns hier die katholische Kirche mit ihren Ansprüchen. Die Päpste haben in ihrem Machtanspruch über die Staaten — wonach diese ihrer Jurisdiktion unterworfen sein sollen — nur die aus der christlichen Lehre folgerichtige Forderung erhoben. Nach der christlichen Lehre sind sie durchaus im Recht.

Daß die Weltanschauung das Staatsleben formt, wird in unseren Tagen am besten davon beleuchtet, daß ein heftiger Streit über die Gleichberechtigung der Frau entbrannt ist. Nach christlicher Auffassung kann es keine Gleichberechtigung der Frau im Staatsleben geben, zumal man sich früher fast dahin geeinigt hatte, daß dem Weibe überhaupt keine Seele zugesprochen werden dürfe. Das Weib schweige in der Gemeinde, ist auch heute noch die christliche Forderung. Nun ist das Christentum eine Religion, die mit dem nichttheologischen Menschenverstand kaum in Einklang gebracht werden kann. Daraus erklärt es sich, daß praktisch denkende Geister schon lange erkannt haben, daß mit den christlichen Lehrsätzen kein Staatswesen durch die gefährlichen Strudel der Zeit hindurchgesteuert werden kann. Und so hängt unserem heutigen Staat nur noch ein recht fadenscheiniger christlicher Mantel um, dessen riesige Löcher mit der möglichst lauten Erklärung verstopft werden, daß es sich um einen Staat auf christlicher Grundlage handele. Gewiß unterscheiden sich die heutigen Staaten in ihren Gewändern. Spanien trägt den pechschwarzen, den ihm die Jesuiten umgehängt haben.

Und wenn wir uns selber betrachten, dann sehen wir uns umringt von lauter Schneidern, die uns ihre Stoffe und Farben anpreisen und eifrig an der Arbeit sind, sich gegenseitig möglichst große Stücke wegzuschneiden, um ihre Ersatzstücke dafür anzunähen. So schillert unser Staat in allen Farben: von schwarz und rot und gelb und blau, und nur an ganz wenigen Stellen kommen unsere eigentlichen Farben zum Vorschein.

Das alles wäre ein ganz lustiges Schauspiel, wenn nicht der blutige Ernst dahintersteckte, daß das alles ja nur das Spiegelbild davon ist, wie es im Innern und in unserem Volk aussieht. Gerade weil unser Volk geistig so zerrissen ist, trägt es nach außen dieses Narrenkleid und streiten sich die Ankleider, was sie ihm aufsetzen wollen: den Zylinder, die Melone oder den Jesuitenhut. Uns scheint aber, der deutsche Michel trägt immer noch seine Zipfelmütze, jene Schlafmütze, mit der ihn der Spott unserer Nachbarn seit langem darstellt. — — —

Wir Deutsche tragen in unserem Erbgut seit Jahrtausenden die Idee der Freiheit. Jedes deutsche Kind wird mit ihr geboren, und nicht bei jedem gelingt es, diese Freiheitssehnsucht durch eine entsprechende Erziehung zu unterdrücken. Wir Deutsche erwarten von einem Staat, in dem wir leben können, daß er die Freiheit der Persönlichkeit gewährleistet, so sehr als er nur irgend kann. Wir brauchen diese Freiheit als Lebensluft. Wir wissen es, daß nur dann sich deutscher Geist regen kann, daß nur dann kulturelle Werte geschaffen werden können, wenn jede staatliche oder andere Bevormundung unterbleibt. Wir hassen das Du sollst und Du mußt, wenn es sich auf die Bezirke dessen erstreckt, was wir in unserer Seele mit uns selber ausmachen wollen, nämlich was wir lieben oder hassen, was wir schön oder abscheulich finden, was für für gut oder böse halten, ob wir zur Wahrheit greifen oder sie zurückhalten.

„Der Mensch ist frei geschaffen, ist frei,
und würd' er in Ketten geboren",

ruft Schiller und läßt den Marquis Posa zu Philipp II. sagen:

„Sehen Sie sich um
in seiner herrlichen Natur! Auf Freiheit
ist sie gegründet — und wie reich ist sie
durch Freiheit! Er, der große Schöpfer, wirft
in einen Tropfen Tau den Wurm und läßt
noch in den toten Räumen der Verwesung
die Willkür sich ergötzen — Ihre Schöpfung,
wie eng und arm! Das Rauschen eines Blattes
erschreckt den Herrn der Christenheit — Sie müssen
vor jeder Tugend zittern. Er — der Freiheit
entzückende Erscheinung nicht zu stören —
er läßt des Uebels grauenvolles Heer
in seinem Weltall lieber toben — ihn,
den Künstler, wird man nicht gewahr, bescheiden
verhüllt er sich in ewige Gesetze;
die sieht der Freigeist, doch nicht ihn."

Welch herrliches Bekenntnis! Und die Grunderkenntnis: das Wesen des Göttlichen ist Freiheit! Ewige Gesetze halten diese Welt zusammen, aber an den Grenzen dieser Erscheinungswelt, dort, wo die Atome umeinander kreisen, und dort, wo die Menschenseele sich regt, dort ahnen und erleben wir die Freiheit.

Und darum schreibt Schiller:

„Bei dem Tiere und der Pflanze gibt die Natur nicht bloß die Bestimmung an, sondern führt sie auch allein aus. Dem Menschen aber gibt sie bloß die Bestimmung, und überläßt ihm selbst die Erfüllung. Dies allein macht ihn zum Menschen."

Die bewußte Seele im Menschen als Ziel der Schöpfung ist in die Freiheit hineingeboren. Sie vermag in sich die genialen Funken zu starker Flamme zu entfachen, deren Leuchten sie erkennen läßt, was gut oder böse,

was wahr oder unwahr, schön oder häßlich, edel oder unedel ist. Diese Flamme aber vermag nur in der Luft der Freiheit aufzulodern. Nur in Freiheit vermag der Mensch ein sittliches Wesen zu sein, denn zur moralischen Tat gehört die Freiheit der Entscheidung. So zeigt es uns die Gotterkenntnis Mathilde Ludendorffs.

Wenn wir uns die Frage vorlegen, was ist der Staat, so müssen wir weiter fragen, wer ist das Volk, das ihn bewohnt, und schließlich, wer ist der Mensch. Und die Frage, die allem zu Grunde liegt, lautet: Was ist der Sinn des menschlichen Lebens?

Darauf antwortet uns Mathilde Ludendorff:

„Die Gotterkenntnis meiner Werke sieht als Sinn des Menschenlebens, vor dem Tode in Selbstschöpfung Vollkommenheit zu schaffen" (in freier innerer Tat die Seele nach dem göttlichen genialen Wünschen auszurichten) „und so zum Bewußtsein Gottes zu werden, oder aber zumindest als Unvollkommener in Stunden der Erhebung Gott zu erleben. Das Volk hat seinen göttlichen Sinn, und seine Erhaltung ist sittliche Aufgabe des einzelnen Volkskindes, weil dieses Volk einzigartig, einmalig und unersetzlich durch andere Völker in der Eigenart seines Gotterlebens und Gottgestaltens ist, und nur sein Sein auch das Werden einzelner Träger der Gottesbewußtheit von der gleichen Erbeigenart in alle Zukunft ermöglicht."

Mit der Beantwortung dieser zentralen Frage nach dem Sinn des Menschenlebens und der Erhaltung jedes Volkes haben wir einen Maßstab in die Hand bekommen, den wir an das Haus der Volksgemeinschaft, an den Bau des Staates legen können. Als Kernfrage jeder Weltanschauung ist die Frage nach dem Sinn des Menschenlebens auch die Kernfrage für den Bau des Staates, gleichsam als ob wir dem beauftragten Architekten sagen müßten, für wen er das Haus bauen soll: soll es ein Haus für freie Menschen werden, oder soll es Gefängnis oder gar ein Zuchthaus sein. Allein schon äußerlich pflegen sich derartige Bauten von den anderen zu unterscheiden. Aber zwischen diesen beiden Polen gibt es ja noch eine Reihe von Zwischenlösungen, wobei es immer auf die Menschen ankommt, die darin wohnen wollen und sollen. Daß sich bei einem Hausbau nicht jeder Lieblingswunsch jedes seiner zukünftigen Bewohner verwirklichen läßt, kann man sich leicht denken. Die künftigen Bewohner müssen sich eben mit ihren Wünschen einander angleichen, ein Uebereinkommen treffen und die Rechte und Pflichten aufeinander abstimmen. Dabei müssen Opfer gebracht werden. Doch Schiller sagt:

„Alles darf dem Besten des Staates zum Opfer gebracht werden, nur dasjenige nicht, dem der Staat selbst nur als ein Mittel dient. Der Staat selbst ist niemals Zweck, er ist nur wichtig als Bedingung, unter welcher der Zweck der Menschheit" (wir sagen besser: des Menschseins) „erfüllt werden kann, und dieser Zweck ist kein anderer als Ausbildung aller Kräfte des Menschen, Fortschreitung. Hindert eine Staatsverfassung, daß alle Kräfte, die im Menschen liegen, sich entwickeln, hindert sie die Fortschreitung des Geistes, so ist sie verwerflich und schädlich, sie mag übrigens noch so durchdacht und in ihrer Art noch so vollkommen sein. Ihre Dauerhaftigkeit selbst

gereicht ihr alsdann viel mehr zum Vorwurf als zum Ruhme — sie ist dann nur ein verlängertes Uebel; je länger sie Bestand hat, um so schädlicher ist sie.

Ueberhaupt können wir bei Beurteilung politischer Anstalten als eine Regel festsetzen, daß sie nur gut und lobenswert sind, sofern sie alle Kräfte, die im Menschen liegen, zur Ausbildung bringen, insofern sie Fortschreitung der Kultur befördern oder wenigstens nicht hemmen."

Woraus fließt aber die Kultur: Aus dem Gotterleben der einzelnen Menschen in den verschiedenen Völkern. Auch Schiller weist uns also darauf hin, daß der Schutz des höchsten Erlebens der menschlichen Seele das Grunderfordernis ist, das wir an einen Staatsbau zu stellen haben. Um dieses hochempfindliche Gut, das höchste des Menschenlebens, herum, muß also der Bau des Staates errichtet werden. Dieses Gut zu schützen ist er da. Niemals darf er es verletzen oder hemmen.

Damit haben wir aus unserer Weltanschauung heraus den Grundstein zu einem neuen Staatsbau gelegt. Wir wollen nun noch die tragenden Pfeiler entwerfen, auf denen der ganze Bau ruhen soll. Dazu stellen wir die Frage: Wie muß ein Staatswesen, wie müssen die Gesetze für das Zusammenleben der einzelnen Menschen eines Volkes beschaffen sein, damit Raum für die Entfaltung der einzelnen Menschenseele bleibt. Dabei gilt es haarscharf die Grenze zu ziehen zwischen den Erfordernissen der Staats- und Volkserhaltung einerseits und der Freiheit der Einzelpersönlichkeit andererseits. Wir wollen uns aber auf das Wesentlichste beschränken.

Die tragenden Pfeiler des Staatsbaues heißen: Recht, Wirtschaft, Politik, Kultur und Geistesleben.

Wenden wir uns zunächst dem Recht zu, und zwar dem Strafgesetz. Auf Grund der Unvollkommenheit der Menschen kann eine Volksgemeinschaft nicht auf das Strafgesetz verzichten. Es wird immer Menschen geben, die aus Eigensucht, aus Habgier, Neid und anderen unschönen Beweggründen die Rechte ihrer Mitmenschen verletzen. Das Strafgesetz hat also die Unverletzlichkeit des einzelnen zu schützen, es hat die Voraussetzungen des Schöpfungszieles zu sichern. Denn wenn nicht durch Strafgesetze verhindert wird, daß z. B. ein Mensch seiner Lebensmöglichkeit durch einen anderen beraubt wird, so kann jener daran verhindert sein, den Sinn seines Lebens zu erfüllen.

Ich verweise nur auf die Verbrechen des Mordes, Totschlags, des Raubes und Diebstahls, der Unterschlagung und des Betruges, der Brandstiftung und anderes mehr. Derartige Taten sind, sofern sie nicht das Leben

---

Die tönende Glocke

Ein Knabe hörte eine Glocke lieblich tönen. Entzückt über ihren Klang nahm er sie von der Schnur, umfaßte sie kindisch mit beiden Händen und versuchte, den vorigen Ton ihr zu entlocken.

Vergebens, ein mattes Geklapper war alles, was er hörte. Verächtlich warf er sie in einen Winkel.

„Totes Metall!" rief er.

„Sei nicht ungerecht!" versetzte die Glocke. „Ich töne lieblich, doch frei muß ich schweben in freier Luft; wie die rauhe Körperwelt mich berührt, verstumme ich."

Weine, Genie, daß niemand diese Lehre begreifen will!

Parabel von Franz Grillparzer

selbst auslöschen, geeignet, das Leben des Opfers so grundlegend zu verändern, daß es in Not und Elend gestürzt, den Sinn seines Lebens nicht oder kaum mehr erfüllen kann, weil ihm in der veränderten Lebenslage keine Zeit mehr zur Sammlung und dazu bleibt, sich den Daseinsunterhalt zu erwerben und geistigen und seelischen Gütern zuzuwenden. Somit ist ein Strafgesetz heilig, soweit es die Voraussetzungen des Schöpfungszieles sichert. Die Freiwilligkeit des Gutseins aber wird durch das Strafgesetz nicht verletzt, diese bleibt dem Menschen erhalten, wenn er sich einsichtig der Gemeinschaft einordnet.

Das Sittengesetz — dessen Nichteinhaltung durch das Strafgesetz unter Strafe gestellt werden muß — hat die Aufgabe, ein Zusammenleben der Menschen so zu gestalten, daß das Zusammenleben gewährleistet wird, aber ohne das Gotterleben der einzelnen zu gefährden oder zu vernichten.

Darüber, daß die sogenannten Kapitalverbrechen unter Strafe gestellt sind, herrschen nicht überall die gleichen Ansichten. So zeigen uns Geschichte und Gegenwart genug Beispiele dafür, daß Mord nicht überall als Mord, und Raub nicht überall als Raub angesehen werden. Schiller hat in seinem Nachspiel zum Tell dieses Problem aufgerollt, als er seinem Freiheitshelden Tell den Königsmörder Johann Paricida gegenübertreten läßt, obwohl beide doch ein Menschenleben vernichtet haben.

Denken Sie nur an die zahlreichen politischen Morde in Vergangenheit und Gegenwart, bei denen die Täter aus Anschauungen heraus handelten, die sie ihre Tat keineswegs als fluchwürdiges Verbrechen ansehen ließen. Ihre Ideologien — seien es christliche, freimaurerische, jüdische usw. — haben ihnen die Hand geführt und sie ihre Taten als gut betrachten lassen. Gewiß kann ein Mord auch von unserer Weltanschauung eine Tat sein, die als gerechtfertigt erscheinen kann, aber auch hier ist das Urteil nur auf Grund der Frage zu finden: War die Tat im Hinblick auf das Schöpfungsziel unerläßlich, also richtig, und diente sie lediglich dazu, die Voraussetzungen zu sichern? Darum bejahen auch wir die Tat Tells, der die Eigenart und Freiheit seines Volkes rettete, denn die Freiheit ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Erhaltung des Gotterlebens.

Unser Strafgesetz sagt ebenfalls: alles, was die Volkserhaltung schädigt, ist Unrecht. Aber es heißt niemals die Umkehrung dieses Satzes gut: alles, was dem Volke Vorteil bringt, ist Recht. Mathilde Ludendorff sagt vielmehr:

„Ein Vorteil des eigenen Volkes, der durch eine Vergewaltigung, eine Versklavung und Ausraubung eines anderen Volkes erkauft ist, kann nach solchem Sittengesetz niemals Recht heißen, ebensowenig wie ein Vorrecht einer Volksgruppe, erkauft durch Entrechtung einer anderen, etwas anderes als strafbares Unrecht heißen kann."

„Es wird aber dieses Strafgesetz sich nicht in den tatsächlichen Grad des Gutseins des einzelnen einmischen dürfen. Gut zu sein ist dessen freiwilliger Entscheid. Wohl aber wird es alle Auswirkungen eines Nichtgutseins, die die Volkserhaltung und die Rechte des einzelnen im Volke bedrohen, mit Strafe belegen. Wir wollen, um dies an einem Beispiel zu erläutern, einmal annehmen, zwei Menschen berichten sich gegenseitig etwa aus Freude an der Lüge ganz unwahre Dinge. Das ist ihre Angelegenheit, in die kein

Strafgericht sich einmischen darf, solange als sich ihre Lügen nicht schädigend auf andere auswirken. Nicht die Lüge an sich steht also nach unserer Gotterkenntnis unter Strafe, denn das würde die Freiwilligkeit der Wahrhaftigkeit bedrohen. Nein, nur die Lüge wird bestraft, die sich irgendwie schädigend auf die Volkserhaltung, auf die sittliche Volksordnung und die Rechte des einzelnen im Volke auswirken kann, und sie wird nur soweit bestraft, wie sie dies tut.

Oder greifen wir ein anderes Gebiet heraus, was in unseren heutigen christlichen Staaten keineswegs in das Strafgesetz einbezogen ist. Die seelische Krankheit verhindert den einzelnen Menschen, den Sinn seines Seins zu erfüllen. Sie künstlich etwa durch Suggestivbehandlung herbeizuführen, ist also eines der schwersten Verbrechen, das ein Mensch an einem anderen begehen kann. Sie muß unter das Strafgesetz gestellt sein und um so strenger bestraft werden, wenn sie sich an Kindern, an Unmündigen auswirkt, die dem Seelenschädiger, sagen wir einmal zwecks Erziehung, rechtlos ausgeliefert wurden."

Wir verdanken es aber Dr. Mathilde Ludendorff, daß sie in ihrer Morallehre noch auf einen Umstand hingewiesen hat, der die Begrenzung des Strafgesetzes festsetzt. So trennte sie bei ihrer Untersuchung des Sittengesetzes eines Lebensbereich ab, der noch mehr der Freiwilligkeit des einzelnen überlassen bleiben muß und wo der Staat kaum ein Recht hat, mit Strafen einzugreifen. Dem einen wird das selbstverständlich vorkommen, aber dem anderen wird es mißfallen. Dieses Gebiet umfaßt das Gebiet der Lebensanschauungen des einzelnen Menschen, nämlich die Anschauungen, die sich der einzelne über die Bewertung der Arbeit, des erforderlichen Fleißes, von Ordnung und Zeiteinteilung bildet. Gewiß ist dieses Gebiet gerade für das Volksleben von besonderer Bedeutung, und ein Blick in die Gegenwart und Vergangenheit zeigt das uns besonders deutlich:

Um aus den Menschen und Völkern ein Uebermaß an Leistung herauszupressen, hatte man die Arbeit zum Sinn des Lebens erklärt, hat man den Bienenfleiß zur großen Tugend gestempelt, hat im Namen der Ordnung tief in das Leben des einzelnen eingegriffen, ja, die Familie zerstört, hat man durch eine raffinierte Zeiteinteilung den Menschen die Möglichkeit genommen, nur einen Augenblick überhaupt noch zur Besinnung und zum Nachdenken zu kommen.

Hier ist das Feld der Besinnung des einzelnen auf die moralischen Werte, die Arbeit und Fleiß, Ordnung und Zeiteinteilung zugrundegelegt werden müssen. Wir werten diese Dinge lediglich als Zweck zur Daseinsführung. Ihre Erfüllung kann uns nur bis zum moralischen Nullpunkt heben, aber uns nicht den Heiligenschein der Tugend verleihen. Arbeitsscheu und Faulheit, Unordnung und Unpünktlichkeit aber haben eine Grenze, die dort liegt, wo die Allgemeinheit geschädigt wird. So stellt unser Sittengesetz die Forderung an jeden, sich durch eigene Arbeit zu ernähren. Nur dann, wenn das Schicksal oder das Alter ihn daran hindern, sich selbst zu erhalten, erlischt diese Pflicht und sorgt der Staat für ihn. Das Sittengesetz aber setzt eine Strafe auf die Nichterfüllung der Pflicht der Selbsterhaltung und der

Fürsorge für die Familie, genauso wie es Strafen setzen muß, wenn die Lasten an der Volkserhaltung nicht getragen werden wollen.

Eine weitere Säule unseres Staatsbaues ist das Wirtschaftsleben. Hier wenden wir uns vor allem der Frage des Besitzes zu. Wir bejahen den Privatbesitz, aber wir legen an seine Erwerbung und Verwaltung den Maßstab mit der Frage: wie wurde er erworben und wie wird er verwaltet. Nicht der Besitz als solcher ist eine Volksgefahr, sondern lediglich die Art und Weise, in der er verwaltet wird. Die Gefahr liegt darin, daß der Reiche den Armen wirtschaftlich an die Wand drücken kann, daß der reiche Unternehmer die Arbeiter ausnützt. Wir fragen danach, ob der Besitz so verwaltet wird, daß auch anderen die Selbsterhaltung ermöglicht wird, daß die Arbeiter für sich und ihre Familie sorgen können, ohne daß sie durch ein Uebermaß an Arbeit den Sinn des Lebens versäumen. Erst diese Frage entscheidet, ob Besitz Volksgefahr oder Volksschutz ist. Wir stehen aber auf dem Standpunkt, daß der Besitz die Leistungsfreudigkeit des arbeitenden Menschen steigert, wenn ihm seine Arbeit die Möglichkeit gibt, sich selber auch Besitz zu erarbeiten. Sittlich wird nach unserer Ueberzeugung ein Besitz nur verwaltet, wenn er der Volkserhaltung dient. Das ist dann der Fall, wenn er anderen Menschen Gelegenheit schafft, sich unter voller Sicherung des Ertrages ihrer Leistung ihr Leben zu erhalten. Nach dieser Wertung ob sittlich oder unsittlich sind die Grundsätze der Wirtschaft und des Rechts auszurichten.

(Fortsetzung folgt)



Zeitschrift für Geistesfreiheit

Erscheinungsort München   Postversandort München

Inhalt:

Folge 16   23. 8. 1953   5. Jahr

Wie stehen wir zu Volk und Staat?

Vortrag von Franz Freiherr Karg von Bebenburg
gehalten in Quelle 1953

II. Teil

Wir stehen hier an einem Punkt, wo dem Staate und der Staatsführung bedeutende Aufgaben gestellt sind. Denn die richtige Lösung der Wirtschaftsfragen greift tief in die geistige und seelische Entwicklung des ganzen Volkes wie des einzelnen ein. Ihre Bedeutung hat sogar viele Menschen dazu gebracht, in der Wirtschaft das wichtigste Ding an sich zu erblicken, ja ihr das Primat zuzuerkennen. Mit der Lösung der Wirtschaftsfrage glauben sie der geistigen Freiheit Bahn zu brechen. In dieser Auffassung werden sie durch Schiller bestärkt, der schrieb:

„Der zahlreichere Teil der Menschen wird durch den harten Kampf mit dem physischen Bedürfnis viel zu sehr ermüdet und abgespannt, als daß er sich zu einem neuen und inneren Kampf mit Wahnbegriffen und Vorurteilen aufraffen sollte. Das ganze Maß seiner Kraft erschöpft die Sorge für das Notwendige, und hat er dieses mühsam errungen, so ist Ruhe und nicht neue

Geistesarbeit sein Bedürfnis. Zufrieden, daß er selbst nur nicht denken darf, läßt er andere gern über seine Begriffe die Vormundschaft führen und erspart sich durch eine blinde Resignation in fremde Weisheit die saure Notwendigkeit der eigenen Prüfung.

Man wird daher immer finden, daß die gedrücktesten Völker auch die borniertesten sind; daher muß man das Aufklärungswerk bei einer Nation mit Verbesserung ihres physischen Zustandes beginnen. Erst muß der Geist vom Joch der Notwendigkeit losgespannt werden, ehe man ihn zur Vernunftfreiheit führen kann. Und auch nur in diesem Sinne hat man recht, die Sorge für das physische Wohl der Bürger als die erste Pflicht des Staates zu betrachten. Wäre das physische Wohl nicht die Bedingung, unter welcher allein der Mensch zur Mündigkeit seines Geistes erwachen kann — um seiner selbst willen würde es bei weitem nicht so viel Aufmerksamkeit und Achtung verdienen. Der Mensch ist noch sehr wenig, wenn er warm wohnt und sich sattgegessen hat, aber er muß warm wohnen und satt zu essen haben, wenn sich die bessere Natur in ihm regen soll."

Wir dürfen aber nicht vergessen, daß diese Worte an einen Fürsten gerichtet sind, der auf dem Thron den Wunsch hat, die geistigen Fesseln seiner Untertanen, seines Volkes zu zerreißen. Diesen Mann weist Schiller auf die Bedeutung der sozialen Frage hin. Schiller selbst hat sich oft die Frage gestellt, wo bei der Besserung der Verhältnisse in einem Staate der Hebel anzusetzen sei. Dabei ging er davon aus, daß die Macht nicht in der Hand derjenigen ist, die die besseren Zustände heraufführen wollen. Und so schrieb er:

„Alle Reform, die Bestand haben soll, muß von der Denkungsart ausgehen, und wo eine Verderbnis in den Prinzipien herrscht, da kann nichts Gesundes, nichts Gutartiges aufkeimen. Nur der Charakter der Bürger erschafft und erhält den Staat und macht politische und bürgerliche Freiheit möglich. Denn wenn die Weisheit selbst in Person vom Olymp herabstiege und die vollkommenste Verfassung einführte, so müßte sie ja doch Menschen die Ausführung übergeben.

Wenn ich also über die gegenwärtigen politischen Bedürfnisse und Erwartungen meine Meinung sagen darf, so gestehe ich, daß ich jeden Versuch einer Staatsverbesserung aus Prinzipien (denn jede andere ist bloßes Not- und Flickwerk) so lange für unzeitig und jede darauf gegründete Hoffnung so lange für schwärmerisch halte, bis der Charakter der Menschheit von seinem tiefen Verfall wieder emporgehoben worden ist — eine Arbeit für mehr als ein Jahrhundert. Man wird zwar unterdessen von manchem abgestellten Mißbrauch, von mancher glücklich versuchten Reform im einzelnen, von manchem Sieg der Vernunft über das Vorurteil hören, aber was hier zehn große Menschen aufbauten, werden dort fünfzig Schwachköpfe wieder niederreißen. Man wird in anderen Weltteilen den Negern die Ketten abnehmen, und in Europa den — Geistern anlegen. So lange aber der oberste Grundsatz der Staaten von einem empörenden Egoismus zeugt, und so lange die Tendenz der Staatsbürger nur auf das physische Wohlsein beschränkt ist, so lange, fürchte ich, wird die politische Regeneration, die man so nahe glaubte, nichts als ein schöner philosophischer Traum bleiben.

Soll man also aufhören, darnach zu streben? Soll man gerade die wichtigste aller menschlichen Angelegenheiten einer gesetzlosen Willkür, einem blinden Zufall anheimstellen, während das Reich der Vernunft nach jeder andern Seite zusehend erweitert wird? Nichts weniger. Politische und bürgerliche Freiheit bleibt immer und ewig das heiligste aller Güter, das würdigste Ziel aller Anstrengungen und das große Zentrum aller Kultur — aber man wird diesen herrlichen Bau nur auf dem festen Grund eines veredelten Charakters aufführen, man wird damit anfangen müssen, für die Verfassung Bürger zu erschaffen, ehe man den Bürgern eine Verfassung geben kann."

Diese Gedanken Schillers führen uns unmittelbar an das Kernproblem heran. Denn was nützen uns alle noch so hohen idealistischen Auffassungen über den Aufbau eines Staatswesens, wenn nicht die Mittel und Wege gefunden werden können. Das Wesen eines freiheitlichen Staates läßt sich, wie Schiller so richtig kennzeichnet, nicht dadurch herbeiführen, daß man die Menschen, wie sie sind, in den Rahmen einer neuen Verfassung hineinstellt. Das klingt zwar sehr idealistisch und etwas weltfremd und nach abgegriffenen Schlagworten der Weltverbesserung. Und mir fallen dabei die Angriffe ein, die man erst in letzter Zeit gegen uns gerichtet hat. Man hat behauptet, wir würden uns den dringendsten wirtschaftspolitischen Reformen verschließen unter der Behauptung, erst müßten die Menschen verbessert werden. Wenn man kein anderes Mittel sieht, um seine Theorie vom Primat der Wirtschaft zu verteidigen, dann greift man leicht dazu, den Gegner oder Andersdenkenden lächerlich machen zu wollen, indem man ihm ein solches Wort wie Weltverbesserer anhängt. In den vergangenen Jahrzehnten hat man uns in den Augen vieler ernstdenkender Menschen lächerlich zu machen gesucht, weil wir der Auffassung nicht folgen konnten, der Politik komme das Primat zu. Diese Leute haben geglaubt, der Aufbau eines freiheitlichen und völkischen Staates sei lediglich eine Machtfrage. Es gelte also nur die Macht im Staate zu erobern, um damit allein schon ein neues und besseres Zeitalter heraufführen zu können. Und doch haben diese beiden Gruppen, die Wirtschaftsreformer und die Machtapostel, durch Schiller schon ihre Antwort erhalten. Das Streben und Ringen General Ludendorffs aber setzte die Erkenntnisse Schillers fort. Die Erkenntnisse Dr. Mathilde Ludendorffs führten Schillers Gedanken weiter und gaben uns festen Boden unter die Füße.

Jenen Menschen, die glaubten, mit der Macht alles lösen zu können, hielt Schiller entgegen:

„Vielleicht dürften Sie mir einwenden, daß hier ein Zirkel sei, und daß der Charakter des Bürgers ebensogut von der Verfassung abhänge, als diese auf dem Charakter des Bürgers ruht. Ich gebe dieses zu und behaupte also, daß man, um diesen Zirkel zu vermeiden, entweder auf Mittel denken muß, dem Staat aufzuhelfen, ohne den Charakter dabei zu Hilfe zu nehmen, oder dem Charakter beizukommen, ohne den Staat dabei nötig zu haben. Das erste enthält einen Widerspruch, weil sich keine Verfassung denken läßt, die von der Gesinnung der Bürger unabhängig wäre. Vielleicht aber findet sich Rat

zu dem zweiten, und es lassen sich zur Veredlung der Denkungsart Quellen eröffnen, die von dem Staat nicht abgeleitet sind und sich also bei allen Mängeln desselben rein und lauter erhalten . . ."

Er bezeichnete also das Vorhaben der Machtfanatiker als einen Widerspruch in sich. Und er wies darauf hin, daß der Weg in anderer Richtung zu Quellen führe, die die Denkungsart der Menschen ändern. Damit sind wir bei der Grunderkenntnis angelangt, die lautet:

Die Grundlage aller Lebensgebiete, also auch der Politik, ist die Weltanschauung. Denn die Weltanschauung gestaltet die Moral, und die Moral das Handeln der Menschen. Wir wissen ganz genau, daß man einen Menschen nicht ändern kann, wenn er sich nicht selbst ändert. Keine Macht der Welt kann in die innerseelischen Bezirke vordringen und hineinreichen, wenn der Mensch es nicht will und sich dagegen wehrt. Wohl aber kann das Leben eines ganzen Volkes von Grund auf neu gestaltet werden, wenn man die Wertungen und Begriffe ändert, die in einem Volke über die wichtigsten Fragen des Lebens herrschen. Darum sagt Schiller: „Auf den Charakter wird bekanntlich durch Berichtigung der Begriffe und durch Reinigung der Gefühle gewirkt." Also durch Wissen und Moral! Die meisten Menschen sind bemüht, sich in allen Handlungen und Unterlassungen ein gutes Gewissen zu erhalten. Nur ungern handelt der Mensch seinen Gewissenswertungen entgegen. Dieses Gewissen aber ist nicht ein unantastbarer Maßstab für Gut und Böse, sondern dieses Gewissen wird geformt von den Anschauungen, denen der einzelne sich aus Ueberzeugung anschließt. Die Stimme des Gewissens ist nichts als die Summe der Ueberzeugung, die der einzelne Mensch in seinem Bewußtsein mit sich herumträgt. Woher anders aber nimmt der Mensch seine Anschauungen als aus der Weltanschauung, in die er hineingeboren worden ist, in der er erzogen, oder der er sich später angeschlossen hat. Wer das Gewissen formt, formt die Menschen, formt den Staat.

Wenn wir uns heute in der Welt und in Deutschland umsehen, wer die öffentliche Meinung formt — die ja zu einem guten Teil bei den meisten Menschen die eigene Meinung ausmacht —, dann finden wir einen wahren Hexenkessel an den gegensätzlichsten Kräften und Mächten am Werk. Ueber 1000 christliche Sekten — von den Kirchen ganz abgesehen — sind hier am Werke. Daneben eine Unzahl von okkulten Bewegungen bis hinunter zur Zeitungsastrologie. Freimaurerlogen versuchen wieder mit ihren Organisationen ins Volk zu dringen. Buddhisten, Mohammedaner und wer weiß noch welche Religionen und Lehren wie der Yoga und andere missionieren aufs eifrigste. Sie alle verfolgen ihre Ziele und geben Gewissenswertungen, die nichts mit der Erhaltung des deutschen Volkes zu tun haben. Jede von ihnen verbreitet unter den Deutschen einen ganzen Wust von Irrtümern über die wichtigsten Fragen des Lebens und des Staates. Jeder denkende Mensch wird mir beipflichten, was allein es schon für die Erneuerung unseres Volkes bedeutet, wenn klare und wahre Erkenntnisse — Erkenntnisse, die eben nicht Wahnlehren entstammen und die der Prüfung an der Wirklichkeit standhalten — in unserem Volke platzgreifen.

Ich möchte hier nur ein Beispiel heranziehen: Das ist die Frage nach dem Schicksal. Diese Frage ist von außerordentlicher Bedeutung, und die Antworten, die die Menschen sich aus ihren Weltanschauungen holen, bestimmen ihr Handeln auf Schritt und Tritt. Jeder weiß, was die vorhin genannten Sekten und Religionen darauf antworten: das Schicksal wird von Gott gelenkt, der Mensch hat sich dem Schicksal zu beugen und die Hand Gottes darin zu erblicken.

Unsere Gotterkenntnis aber sagt, daß das Schicksal aus dem Wirken unabänderlicher Naturgesetze und aus dem Handeln unvollkommener Menschen herrührt. Wo wir im Schicksal nicht das Walten der Naturgesetze erkennen können, dürfen und müssen wir vermuten, daß es uns von Menschen bereitet worden ist. Ein Krieg kann also für uns nicht gottgewolltes Schicksal sein, sondern ist ausschließlich das Werk von Menschen.

Die Gotterkenntnis aber gibt den Menschen auf allen Gebieten des Lebens neue Erkenntnisse. Es liegt auf der Hand, daß sie die Anschauungen der Menschen wandeln wird und wandeln muß. Eines allerdings kann auch die Gotterkenntnis nicht: sie kann und will es nicht, den Menschen zu zwingen, die Wahrheit hochzuhalten, dem Schönen sich anzuschließen, das Edle zu schätzen, das Gute zu wollen. Sie räumt jedoch gewaltig mit den Irrtümern auf, mit Hilfe derer sich eine Unzahl von Menschen für ihr Handeln ein wunderschönes moralisches Mäntelchen verfertigt hat. Ist das nicht schon genug?

Unmittelbar an Schiller anschließend stellte Ludendorff seine Forderung auf: Nicht hinein in den Staat, aber hinein ins Volk mit den Früchten der Gotterkenntnis. Aus den Menschen, die diese Erkenntnis zu ihrer Ueberzeugung machen, formt und bildet sich ganz von allein der Kern eines wahrhaft deutschen Volkes. Das nannte er die Volksschöpfung.

Erst an der Spitze eines solchen Volkes kann ein wahrhaft freier Mann, der weder mit einem Fuß „ultra montes“ steht und mit dem Papst fühlt, noch mit der Kelle in der Hand am symbolischen Bau merkwürdiger Gebäude mitwirkt, die Geschicke des deutschen Volkes in die Hand nehmen. Erst das Vorhandensein eines tatsächlich deutschen Volkes, das die Einheit von Weltanschauung, Gotterleben, Erbeigenart, Politik, Recht, Kultur und Wirtschaft in sich herbeigeführt hat, kann die Grundlage einer deutschen Staatsführung bilden. Die Vertretung des deutschen Volkes liegt dann nicht in den Händen von Parteien, die ihr Leben davon fristen, daß die Wähler eine von ihnen immer noch als das kleinere Uebel ansehen. Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß die Stimmabgabe auf einem negativen Gedanken beruht: der Wähler will nur verhindern, daß eine andere Partei, die er noch mehr fürchtet, das Uebergewicht erhält. Die Vertretung liegt dann in der Hand von Menschen, die auf Grund ihrer Leistungen sich das Vertrauen hierzu erworben haben. Der Volksvertretung ist und bleibt der Leiter des Staates voll und ganz verantwortlich. In seiner Land liegt die Ausführung der Gesetze, nicht aber die Schaffung der Gesetze. Die Trennung der Gewalten liegt auch im Sinne unserer Staatsauffassung. Der Führer des Volkes aber verfügt über die Verwaltung und das Heer.

Volk und Staat sind für uns hohe Begriffe. Das Dasein des Volkes ist uns heilig, und heilige Pflicht eines jeden Deutschen ist es, die Pflichten zur Erhaltung seines Volkes zu erfüllen.

Die Grenze aber zwischen dem Ich und dem Wir, der Einzelpersönlichkeit und der Volksgemeinschaft und damit dem Staat, liegt genau dort, wo sich die Belange beider überschneiden. Ziel des Menschenlebens ist es, als freie Persönlichkeit die Kräfte der Seele zu entfalten, die göttlichen Wesenszüge in der Seele zu erleben und in Worten, Taten und Werken Gestalt zu verleihen. Ziel des Menschenlebens ist es aber auch, die Entfaltung göttlicher Kräfte nicht nur in der eigenen Seele, sondern auch in den Seelen anderer Menschen des gleichen Volkes zu fördern, ja, für die Gotterhaltung auch in anderen Völkern einzutreten, und zwar in der Weise, daß auch den anderen Völkern die körperliche und geistige Freiheit erhalten bleibt. Der Zusammenschluß von Menschen gleicher Erbeigenart zu einem Volke soll dem einzelnen den Daseinskampf erleichtern, ihm die Möglichkeit geben, den Sinn seines Lebens zu erfüllen. Darum fallen auf den einzelnen neben den Rechten eines freien Menschentums auch die Pflichten der Sippen- und Volkserhaltung. Der Staat hat nur das Recht im Rahmen seiner Aufgabe der Volkserhaltung die Erfüllung der Pflichten zu fordern, die hierzu unumgänglich notwendig sind. Niemals darf er in den Bereich der persönlichen Freiheit greifen, wenn die Volkserhaltung es nicht fordert. Die Volkserhaltung aber hat nur dann einen heiligen Sinn, wenn sie zum ausschließlichen Ziele hat, daß das Volk nur aus Menschen besteht, die als freie Persönlichkeiten den Sinn ihres Lebens, also das Schöpfungsziel, erfüllen können. Hierzu gehört die Aufgabe, daß das Volk in seiner Erbeigenart erhalten bleibt. Ein Staat aber überschreitet die Grenzen seiner Aufgabe, wenn er zum Zwecke der Volkserhaltung die Rechte des einzelnen so beschneidet und die Pflichten derart vermehrt, daß aus einem innerlich freien Volk ein Heer von Ameisen entsteht, deren Leben völlig davon ausgefüllt ist, in rastloser Arbeit für das Gemeinwesen aufzugehen, und für die Entfaltung eines Eigenlebens kein Raum und keine Zeit mehr übrig bleibt. Der Umstand, daß sich mit einem Heer von Unfreien ein Staat leichter regieren läßt, hat in der Geschichte schon Wohlmeinende dazu verführt, einen solchen Kollektivstaat zu errichten. In einem solchen Staat aber erstickt und muß ersticken jedes echte geistige und seelische Leben, und am Ende steht der Untergang von Volk und Staat. Dem inneren Seelentod folgt der äußere früher oder später alsbald nach.

Friedrich Schiller hat uns darauf hingewiesen, daß die Neusetzung der Begriffe den Anfang machen muß, und Erich Ludendorff hat das Wort von der Volksschöpfung geprägt. Diesen Weg müssen wir gehen, es gibt keinen anderen. Wir müssen erst einmal ein Volk der Deutschen schaffen, dann schafft sich dieses Volk selbst den Staat, in dem es allein leben kann. Darum lehnen wir es ab, eine Partei zu gründen, die den Staat in ihre Hand bringen soll, oder die durch ihren machtpolitischen Einfluß die Gesetzgebung umgestalten soll. Darum lehnen wir es auch ab, überhaupt eine Organisation zu gründen, sei sie offen oder geheim. Eine Organisation kann und könnte uns bei unserem Streben auch gar nichts nützen: und warum? Weil wir die

einzelnen Menschen überzeugen wollen, weil wir an die Stelle der Irrtümer der Religionen und Weltanschauungen neue Begriffe setzen wollen, weil dies eine rein geistige Aufgabe ist, die nur jeder einzelne von uns ganz für sich allein lösen kann. Eine Organisation kann durch ihr Vorhandensein nur Schwachköpfe, aber nicht denkende Menschen beeindrucken. Daß z. B. die Kirchen mit ihrer Organisation schon sehr lange bestehen und Millionen von Mitgliedern besitzen, kann doch einen denkenden Menschen nicht von der Richtigkeit ihrer Behauptungen überzeugen; das kann ihm höchstens ganz anderen Stoff zum Nachdenken geben. Das Feld, auf dem wir ringen, liegt in der Seele des einzelnen Menschen, an den wir uns wenden. Wir wollen die Menschen nicht zwingen, wir wollen sie nur zum Denken anregen, wir wollen ihr deutsches Erbgut zum mitschwingen bringen — was könnte uns eine Organisation dabei helfen. Alle Organisationen, die bisher in der Geschichte aufgetreten sind, haben zumeist nur das eine bewirkt: sie haben nicht überzeugt, sondern sie haben suggeriert. Je größer die Massenversammlungen waren, umso geringer war die geistige Qualität und Quantität dessen, was dabei an die Zuhörer herangetragen werden konnte und kann. Es muß uns ein Lehrbeispiel sein, daß alle großen Organisationen überhaupt, wenn sie vom Schauplatz der Ereignisse abgetreten waren, nahezu keine Spuren hinterlassen haben.

Ich möchte daraus niemanden einen Vorwurf machen, denn es war ja nur die unausbleibliche Folge des Entschlusses, den Staat zu ändern, ohne die Begriffe der Menschen zu ändern. Es war die Folge des „Widerspruches in sich", wie Schiller ihn kennzeichnete. Warum ich auf diese Dinge zu sprechen komme? Weil ich gerne zeigen möchte, daß wir den zweiten Weg als den allein richtigen gehen müssen. Friedrich Schiller und Erich Ludendorff sind uns hier die Wegweiser. Darum die Hände weg vom Staat und allen Bestrebungen, ihn jetzt schon zu verbessern. Dafür aber alle Energie auf das richtige Ziel: hinein ins Volk mit unseren Erkenntnissen. So sind wir unangreifbar für alle Volksfeinde, sind unangreifbar von Seiten aller Mißverstehenden — mögen sie selber das Beste wollen oder nicht — und sind unaufhaltsam in unserem Wege, mag er auch noch Jahrhunderte dauern. Wir begehen nicht den Fehler, den Gegner an seiner stärksten Stelle, auf den Gebieten der Politik und der Wirtschaft, anzugreifen, heute an den Staat den Meißel setzen zu wollen. Wir packen den Gegner an seiner schwächsten Stelle, an der Moral. Wer uns aufhalten will, muß sich geistig mit uns auseinandersetzen. Wir fordern jeden Gegner in die geistigen Schranken und wissen, daß wir auf diesem Felde die Stärkeren und Besseren sind. Wir fordern von der Welt um uns die Freiheit und den freien Menschen und rufen mit Schiller:

„Der Mensch ist frei geschaffen, ist frei,
Und würd er in Ketten geboren;
Laßt euch nicht irren des Pöbels Geschrei,
Nicht den Mißbrauch rasender Toren.
Vor dem Sklaven, wenn er die Kette bricht,
Vor dem freien Menschen erzittert nicht!"



Zeitschrift für Geistesfreiheit

Erscheinungsort München | Postversandort München

Inhalt: Seite

Wer wurde überrascht?

Von Karl v. Unruh

Folge 22 | 23. 11. 1953 | 5. Jahr

Wie können wir auf die Dauer den Staat gesund erhalten?

Von Dr. Golf

(Vortrag in Tutzing am 10. 10. 53)

Die Naturwissenschaft des 19. und 20. Jahrhunderts stieß bis an die Grenzen der Erkenntnis vor. Wir wissen dadurch heute, daß die Dichter der Edda mit Recht unsere Schöpfung als Blendwerk der Götter bezeichneten. Eine Materie im eigentlichen Sinne gibt es gar nicht. Alles was wir sehen oder mit unseren Händen und unserer Vernunft begreifen können, besteht nicht in der Form, wie es unsere Augen aufnehmen, sondern baut sich lediglich aus um Atomkerne wirbelnden Elektronen auf, welche, Kraftwölkchen vergleichbar, mit unglaublicher Geschwindigkeit umeinander kreisen.

Alle Elemente sind somit untereinander sehr ähnlich und alle größeren Einheiten, sowohl die Gestirne als auch die Pflanzen, Tiere und Menschen sind untereinander verwandt und in einem langen Entwicklungsvorgang aus kleinsten Teilen entstanden.

Angesichts dieser Tatsachen ist es eigentlich verwunderlich, daß, obwohl die ganze Schöpfung doch als Scheinbild nachgewiesen ist und wir genau

wissen, daß unsere Sinne uns alles nur so darstellen, wie wir es sehen, die materialistischen Religionen und Weltanschauungen nach wie vor der Menschen Tun und Handeln bestimmen. Als materialistische Religionen möchte ich solche Anschauungen bezeichnen, welche den Sinn der Welt oder der Menschen von der Materie her, so wie unser Auge oder unsere Vernunft sie bisher erfaßte, zu erklären versuchen.

Es war klar, daß diese Religionen oder Lehren kläglich scheitern mußten, und es ist kein Wunder, daß z. B. zweitausendjährige Bemühungen der christlichen Priester, welche doch angeblich vor allem dazu unternommen wurden, die Menschheit zu verbessern, das Gegenteil bewirkten.

Der Materialismus im engeren Sinne, also das fast ausschließliche Denken und Handeln zum eigenen Nutzen ohne Rücksicht auf andere Menschen oder irgendwelche Ideale ist Trumpf.

Leute, welche irgend etwas um der Sache selbst willen tun, sind selten geworden und werden dann sogar oft noch von den anderen als arme Irre angesehen.

Auf Grund der Forschungen Mathilde Ludendorffs wissen wir auch die Erklärung hierzu. Der Selbsterhaltungswille in uns bestimmt unser Handeln, wenn er nicht den göttlichen Willensoffenbarungen in unserer Seele untergeordnet wird. Ohne diese Unterordnung unter das Göttliche im Menschen wird also der Selbsterhaltungswille immer versuchen, sich möglichst viel Lust zu verschaffen und Leid zu meiden, auch auf Kosten anderer Menschen oder moralischer Gesichtspunkte.

Das zeichnet ja gerade den Menschen aus vor dem Tier, daß er aus freiem Entscheid heraus dank seines „von Gott verlassenen Selbsterhaltungswillens“ gut oder schlecht oder keins von beiden handeln kann. Diese Freiheit besitzt das Tier nicht.

Da nun diese seelischen Gesetze, deren Kenntnis wir eben Frau Ludendorff verdanken, nicht allgemein bekannt sind, im Gegenteil nach wie vor den Tatsachen Hohn sprechende Lehren und Religionen das moralische Gewissen und das tägliche Leben der Menschen bestimmen, kann es nicht ausbleiben, daß auch der Sinn der menschlichen Unvollkommenheit völlig verkannt wird und es zu den tollsten materiellen Erklärungen über den Sinn des Lebens nach wie vor kommt.

Als man nun sogar daranging und versuchte durch Lohnversprechungen und Strafandrohungen die Menschen zu verbessern, wie es z. B. Christen und Mohammedaner tun, indem sie behaupten, daß die Jehovah oder Allah gehorsamen, nach ihrer Auffassung also die guten Menschen, im Dies- oder Jenseits belohnt, die schlechten oder ungehorsamen irgendwie bestraft würden, brachte man damit Gott oder das Göttliche in Beziehung zu persönlichen Vor- oder Nachteilen. Gute Taten wurden also danach vor allem getan, um eine Belohnung, und sei es im Himmel oder sonstwo, dafür einzuheimsen, und Gemeinheiten unterblieben, weil eben eine Strafe Gottes befürchtet wurde. Damit war den wirklich Gläubigen jeder moralische Wert eines guten Verhaltens genommen, weil es ihnen ja belohnt wurde.

Wenn solche Schachergeschäfte zwischen Gott und den Menschen als höchster Ausfluß religiöser Ethik hingestellt werden, ist es verständlich, daß die in solcher Lehre aufgezogenen Menschen erst recht bei anderen Dingen auf den persönlichen Vorteil sehen. Und da nun bei allen Menschen die Auswirkungen des lustversklavten Selbsterhaltungswillens mit seiner Lustgier und Leidangst ziemlich gleich sind und persönliche Eigenart und seelisches Erleben nur noch selten dagegen ankommen, spricht man von der Vermassung der Menschen, ohne die Ursachen zu erkennen. Der reine Egoismus herrscht dann eben allgemein vor.

Die Folgen solcher materialistischen Einstellung sind bekannt. Wir kennen sie aus vielen Erscheinungen des öffentlichen und privaten Lebens. Fast jedermann ist bestrebt, sich bei dem von ihm betriebenen Geschäft oder auf dem von ihm bekleideten Posten so viele Gewinne oder Vorteile zu verschaffen wie möglich. Daß diese Gewinne oder Vorteile oft völlig unberechtigt sind und von anderen irgendwie aufgewogen werden müssen, spielt dabei keine so große Rolle. Man hat sowieso den sogenannten 10 Geboten der Christen stillschweigend ein elftes und zwölftes hinzugefügt, welche da lauten: „Laß dich nicht erwischen", und „Stiehl nie unter einer Million", weil sich inzwischen herumgesprochen hat, daß man die kleinen Diebe hängt und die großen laufen läßt.

Auf Beweise, daß eine derartige Einstellung weite Schichten unserer europäischen Völker ergriffen hat, stößt man fast täglich in unserem privaten und wirtschaftlichen Leben. Es ist auch klar, daß es auf politischem Gebiet nicht anders sein kann.

So bildet es z. B. heute keine Ausnahme mehr, daß nach Gemeindewahlen nur aus dem Grunde Anfechtungsklagen angestrengt werden, weil eine Partei oder auch eine einzelne Person keine Chancen auf den Bürgermeisterposten hat und deshalb mit der ersten Wahl nicht zufrieden ist. Die Gemeindeverwaltung oder der Bürgermeisterposten in einer Landgemeinde ist also schon bei vielen Menschen kein Ehrenamt mehr, welches zum Gemeinwohl verwaltet werden soll, sondern dient nach ihrer Auffassung hauptsächlich als Möglichkeit, sich oder der Verwandtschaft oder befreundeten Clique Vorteile zu verschaffen. Und wie sollen diese Vorteile ausgeglichen werden? Natürlich auf Kosten der Übrigen.

Das wird dann noch mit zeitgemäßen politischen Phrasen verbrämt und zeigt nur um so deutlicher, wie sich die Demokratie in manchen Köpfen abmalt. Wenn solche Ereignisse schon in der Dorfpolitik Gang und Gäbe sind, wundert sich kein Mensch mehr, wenn auch laufend in der Tagespresse Korruptionsskandale der großen Politik zu lesen sind.

Der Zeitgenosse glaubte es deshalb ohne weiteres und regte sich gar nicht mehr besonders darüber auf, als er anläßlich der berüchtigten Spiegelaffäre zu lesen bekam, daß Bundestagsabgeordnete Gelder erhalten hätten und so Abstimmungen im Bundestag beeinflußt worden seien. Der Durchschnittsbürger wundert sich auch nicht mehr, wenn er z. B. im „Münchner Merkur" vom 20. 2. 53 liest, daß angeblich im Bundesrat Gerüchte umgingen, wonach die Abwicklung des Israel-Vertrags einem Bankhaus Provisionen von

500 Millionen DM einbringen soll und daß damit im Zusammenhang auch hohe Beamte der Bundesrepublik genannt worden seien.

Ganz gleich, ob nun solche Meldungen den Tatsachen entsprechen oder nicht, geglaubt werden sie jedenfalls sofort von der Mehrzahl der Menschen. Und es kann nicht ausbleiben, wenn man schon den häufigen Kuhhandel vor Gemeindewahlen kennt und dann derartige Zeitungsmeldungen liest — so warfen sich gerade vor der letzten Wahl die großen Parteien gegenseitig ihre obscuren Geldquellen vor — daß manche Menschen mit ihrem Staatsbürgerverstand (bis 1918 hieß es Untertanenverstand) auf den etwas respektlosen Gedanken kommen, daß eben auch in den Parlamenten genau so wie in Posemuckel mit Wasser gekocht wird und daß es überall Menschen gibt, die mit der Wurst nach der Speckseite werfen.

Es ist wirklich bedauerlich, daß derartige Auffassungen über das öffentliche und politische Leben bei uns auch in Deutschland Platz greifen konnten.

Wenn nun viele Leute behaupten, daß solche Dinge vor allem an der Parteidemokratie lägen, so ist das nicht ganz richtig. Wir kennen genug Diktaturen und Monarchien, wo eine himmelschreiende Ungerechtigkeit und Korruption geherrscht hat. So erinnern wir uns an die römischen Kaiser, die skandalösen Zustände unter den Päpsten in Rom zur Zeit der Reformation und an verschiedene Fürstenstaaten im 18. Jahrhundert oder auch an Ereignisse in modernen Diktaturen.

Die absolute Fürstenherrschaft und die Diktaturen sind aber vor allem daran gescheitert, weil die Herrscher und die von ihnen bevorzugte Schicht den Bogen überspannten und das gesamte Volk sich deshalb gegen die Regierung auflehnte. Die ganze Entwicklung wurde besonders dadurch begünstigt, als vor 200 Jahren die Aufklärung begann und die Menschheit nicht mehr so recht daran glauben wollte, daß die Obrigkeit von Gott eingesetzt sei, wie es das Christentum lehrt.

Bis dahin hatten sich in Deutschland viele Fürsten nur deshalb trotz sehr verbreiteter Mißwirtschaft halten können, weil das Volk nicht nur durch die Gewaltmaßnahmen der Fürsten selbst, sondern auch noch durch die Höllenverängstigungen und Strafandrohungen der Kirche zum Gehorsam gegen die Obrigkeit angehalten wurde. Deshalb richtete sich ja auch die erste große Revolution in Deutschland, wie man auch die Bauernkriege nennen kann, nicht nur gegen Adlige und Fürsten, sondern genau so gegen die Kirche und Klöster.

Kluge Fürsten erkannten diese Gegebenheiten und verhielten sich nun auch dementsprechend. So wußten sie z. B., daß nichts den Bestand des Thrones und des ganzen Staates so festigen kann, wie das Vertrauen und die Liebe des Volkes zum Fürsten, auch wenn nicht mehr die Kirche den Thron stützte.

Die Liebe und das Vertrauen des Volkes konnte die Staatsführung auf die Dauer nur dadurch erwerben, daß sie die begründeten Forderungen des Volkes achtete, für Gleichheit unter dem Gesetz, dem auch der Herrscher unterstand, sorgte und eine unantastbar gültige Verfassung einhielt. Dar-

über hinaus ist bekannt, daß nichts das Vertrauen gegenüber dem Herrscher so festigt als die Freiheit der Überzeugung und die Möglichkeit, dieser Freiheit öffentlich Ausdruck zu geben bis an die Grenze der sittlichen Pflichten am Volk.

Es ist deshalb nur natürlich, daß Fürsten, die sich mit Erfolg bemühten, so zu regieren, auch heute noch vom Volk als Vorbilder hingestellt werden und bezeichnende Aussprüche dieser Herrscher noch nach Jahrhunderten im Volksmund als Richtschnur für das Staatsleben weiterleben.

Ein Volk, welches in seiner Geschichte einen König unter seinen Fürsten besitzt, der durch die Geburt zum Herrscheramt bestimmt wurde und doch den Ausspruch tat: „Ich bin des Staates erster Diener", und der auch wirklich danach handelte, erwartet erst recht von seiner gewählten Regierung und seinen Volksvertretern dasselbe Verhalten.

Genau so erinnert sich das Volk an ein anderes Wort dieses Königs, wenn es durch Kirchen oder Parteien in seiner Geistesfreiheit oder der freien Meinungsäußerung bedrängt wird, wie es heute z. B. durch Einführung der Konfessionsschule in manchen Staaten der Bundesrepublik oder durch die Parteiherrschaft in Mitteldeutschland der Fall ist. „In meinem Staate kann jeder nach seiner Façon selig werden", sagt dann das Volk, und die Regierenden, welche sich nicht dieser Lehre befleißigen, können sich nur mit Gewalt am Ruder halten, wie es wieder der 17. Juni in Berlin gezeigt hat.

Und wer erinnerte sich nicht an den Ausspruch des Müllers von Sanssouci — wie der König jenem drohte, daß er ihm eben dann die Mühle mit Gewalt nehmen würde: „Ja, Majestät, wenn das Kammergericht in Berlin nicht wäre" — als vor einigen Monaten der Bundeskanzler und der Justizminister mit sehr fragwürdigen Äußerungen und Maßnahmen gegenüber dem Bundesverfassungsgericht vorgingen, da dieses anders verfuhr, als den beiden Herren lieb war.

Wenn sich der König dem Spruch des Kammergerichts, welches er noch zumal selber geschaffen hatte, fügte, auch wenn es ihm zufällig mal nicht genehm war, so kann das Volk solches Verhalten umso mehr von seiner heutigen Regierung erwarten, erst recht dann, wenn diese sich einbildet, die Mehrheit des Volkes hinter sich zu haben.

Diese Forderung muß umso schärfer erhoben werden, als vor gar nicht langer Zeit eine Art Vorgänger unseres heutigen Kanzlers, der „uns von Gott gesandte Führer und Reichskanzler", wie ihn damals viele Priester nannten, auch in dem Glauben, das Volk hinter sich zu haben, die Verfassung änderte und sich mit scharfen Worten gegen Gerichte und Richter wandte, welche nicht so Recht sprechen wollten, wie er es sich dachte.

Gerade jene Zeit von damals hat uns gelehrt, daß zum Wesen eines Rechtsstaates Gleichheit aller Bürger ohne Ausnahme vor dem Gesetz ebenso gehören wie Geistesfreiheit und freie Meinungsäußerung, wie Mitbestimmung am Schicksal des Volkes.

Ein loyales Verhalten der Regierung ist umso nötiger, als es sich ja bei uns heute um einen Parteienstaat handelt und die Geschichte bewiesen

hat, daß der Kampf der parlamentarischen Parteien gegeneinander sehr oft in einen Kampf um die Futterkrippe ausartete. Nicht ganz ohne Berechtigung entstanden doch in Bezug auf Regierungswechsel nach Neuwahlen oder über den Kuhhandel bei Koalitionsverhandlungen geflügelte Worte, wie z. B.: „Die Krippen bleiben, nur die Ochsen wechseln."

Wenn man von der Derbheit des Spruches absieht, konnte man ihn früher fast buchstäblich auf die Demokratie der Vereinigten Staaten anwenden. Wenn früher durch eine Präsidentenwahl dort die andere Partei an die Regierung kam, wurden sämtliche staatliche Stellen bis hinab zum Briefträger und Polizisten mit den Anhängern der siegenden Partei besetzt und die anderen hinausgeworfen. Erst als das erklärlicherweise zu Unzuträglichkeiten führte, nahm man davon Abstand. Und das geschah nur deshalb, weil heute kein Staat mehr ohne eine gewisse Zahl erfahrener Berufsbeamter auskommt. (Fortsetzung folgt)



Zeitschrift für Geistesfreiheit

Erscheinungsort München | Postversandort München

Inhalt: Seite

Rechtzeitig gewarnt

Von Karl v. Unruh

Folge 23 | 9. 12. 1953 | 5. Jahr

Wie können wir auf die Dauer den Staat gesund erhalten?

Von Dr. Golf

(Vortrag in Tutzing am 10. 10. 53; II.)

Die Parteidemokratien der Angelsachsen, also der Engländer und der USA, unterscheiden sich überhaupt wesentlich von unserer in Deutschland oder der anderen europäischen Staaten. So stehen sich z. B. in Amerika zwei große Parteien gegenüber, die Demokraten und die Republikaner. Für den Außenstehenden ist es aber sehr schwer, heute irgendwelche prinzipielle Unterschiede zwischen den beiden Parteien festzustellen. So waren die politischen Ziele sowohl Eisenhowers als auch Stevensons bei der letzten Präsidentenwahl fast dieselben. Das amerikanische Volk hatte also lediglich darüber zu entscheiden, welche Personen und welche Parteigefolgschaft die nächsten vier Jahre die Regierungsposten bekleiden sollten. Ganz gleich, wie nun die Wahl ausfiel, eine ganz krasse Wendung in der Politik war nicht zu erwarten, weder im Äußeren noch im Innern.

Vor allem denkt kein Mensch daran, daß durch einen Regierungswechsel etwa eine andere Kulturpolitik eingeführt oder daß gar die Staatsform umgestürzt werden könnte oder daß man die Verfassung änderte oder eine andere Nationalflagge schüfe. Dasselbe kann man auch in England feststellen. Auch dort hat man trotz mehrmaligen Wechsels zwischen konservativer und Labourregierung und früher Whigs und Tories keine wesentliche Änderung erlebt, wenn man von einigen wirtschaftlichen Maßnahmen absieht.

Wie kommt es nun, daß das bei uns ganz anders ist?

Hier haben wir, so lange ich jedenfalls lebe, bereits die 4. Staatsform, weil viermal andere Parteien die ausschließliche Regierungsgewalt erhielten. So wurde ich als konstitutioneller Monarchist geboren, als ich aber in die Schule kam, war diese republikanisch. Die Universität besuchte ich in einem autoritären Führerstaat, während meine Kinder nun wieder in eine republikanische Schule gehen dürfen. Jedes Mal wurde auf mehr oder weniger legale Weise, wenigstens nach außen hin, mit Zustimmung der Mehrheit der gewählten Volksvertreter die Verfassung entsprechend geändert und natürlich auch eine andere Flagge eingeführt. Wenn das in dem Tempo so weitergeht, können wir ja noch allerhand erleben. Wurde doch bereits jetzt auch wieder von geplanten Verfassungsänderungen gesprochen.

Wie kommt es aber nun auch, daß jedes Mal mit der Änderung der Staatsform sogar unsere Nationalflagge gewechselt wurde?

Derartige Vorgänge, welche bei anderen Staaten nicht in so krasser Form auftreten, geben doch immerhin zu denken und zwingen förmlich, sich mal näher mit der Entwicklung des deutschen Parlamentarismus oder des deutschen Rechtsstaates zu befassen.

Der alte germanische Volksstaat, welcher allen nordischen Völkern ursprünglich eigen war, und den wir z. B. aus den Islandsagas kennen, wurde

ungefähr so gehandhabt, wie die Gemeindepolitik in Landgemeinden heute vielfach noch durchgeführt wird. Die maßgeblichen Sippen einigten sich eben untereinander über die zu wählenden Schöffen, Obmänner oder Herzöge. Damals waren die sogenannten demokratischen Freiheiten noch ziemlich gut gewahrt.

Diese Form ist bekanntlich mit Einführung des Christentums durch die Könige, angefangen bei den Merowingern, welche sich mit Hilfe der Kirche zu absoluten Herrschern machten, abgeschafft worden. Über 1000 Jahre hatte dann das Volk in Europa überhaupt nichts mehr zu sagen, sondern nur den Fürsten oder der Kirche zu dienen. Allein in den Städten hatten sich Reste noch erhalten.

Obwohl dann die Reformation, welche ja bekanntlich auf die unbeschreibliche Mißwirtschaft der Kirche und den Kampf zwischen Fürsten und Kirche zurückzuführen ist, manches verbesserte, konnte doch noch keineswegs von persönlicher Freiheit oder Toleranz, den Voraussetzungen eines Rechtsstaates, die Rede sein, ganz zu schweigen von politischer Mitbestimmung. So galt z. B. lange der unerhörte Satz: Cuius regio, eius religio. Auf Deutsch: So wie das Glaubensbekenntnis des Herrschers, hat die Religion des Untertanen zu sein.

Obwohl nun dieser Standpunkt nach dem Dreißigjährigen Kriege nicht mehr gelten sollte, bestand doch kaum Geistesfreiheit. So trieb beispielsweise noch vor etwas über 200 Jahren der Salzburger Erzbischof 30 000 Evangelische außer Landes, und sein Nachbar, der Fürstabt von Berchtesgaden, eiferte ihm darin einige Jahre später nach, indem er mehrere Tausend Menschen, fast ein Drittel seiner Untertanen, ebenfalls des Glaubens wegen aus der Heimat verjagte. Dieses Geschehen, welches unter anderem Ganghofer in seinem Roman „Das große Jagen" sehr anschaulich beschreibt, erinnert uns an heutige Vorfälle, wo laufend über Berlin wieder Menschen aus ihrer Heimat vertrieben werden, ebenfalls um ihrer Weltanschauung willen.

Waren es vor 200 Jahren christliche Fanatiker und Theologen, welche diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit begingen, so sind es heute marxistische Eiferer und Parteiideologen. Der Marxismus, bei vielen Menschen der Nachfolger des Christentums, spielt also heute dieselbe Geige wie damals die Kirche, nur ein paar Oktaven höher.

Genau wie sich heute die gequälten Menschen gegen den Marxismus oder Kommunismus wenden, so entstand damals allmählich eine starke Bewegung gegen kirchliche und fürstliche Despotie. Es begann die Zeit der sogenannten Aufklärung. Hier waren nun der Kampf um Geistesfreiheit und religiöse Toleranz mit die wichtigsten Parolen gegen absolute Fürstenherrschaft und kirchlichen Zwang, in zweiter Linie kamen erst die Forderungen nach politischer Mitbestimmung. So ergriff unter anderem auch die damals erstarkende oder neu gebildete Freimaurerei diese Schlagworte und gewann damit viele Mitglieder, welche sich nach Freiheit sehnten.

Z. B. waren viele Führer im Freiheitskrieg der USA gegen England auf amerikanischer Seite Mitglieder dieses Geheimbundes, und eine alte

Freimaurerbibel von damals spielt bei der Einsetzung des neuen Präsidenten der USA auch heute noch eine Rolle, wie Anfang dieses Jahres die Zeitungen meldeten.

Auch in den anderen revolutionären Bewegungen des 18. und 19. Jahrhunderts spielte der Einfluß solcher Geheimbünde wesentlich mit. Die erstrebte Staatsform dieser geheimen Freimaurerbünde war die Republik, wie es deren Mitglieder vielfach aussprachen. Der Kampf galt also vor allem den Fürsten und auch der katholischen Kirche, da diese wenigstens in katholischen Ländern einander stützten und letztere die anderen weltanschaulichen Ideen der Freimaurer ablehnte. Papst Leo XIII. warnte deshalb auch in einer Enzyklika 1884 eindringlich vor der „Sekte der Freimaurer" als eine Gefahr für „Kirche, Fürstenmacht und Staatswohl".

Die liberalistischen, freisinnigen und sozialistischen Parteien in Deutschland vor 1914 vertraten z. T. die freimaurerischen Ideale. Nach der Revolution 1918 gründete dann der Freimaurer Dr. Schacht, wie er selbst in seinen „76 Jahre meines Lebens" schreibt, die Deutsche Demokratische Partei, welche dann neben der SPD und dem Zentrum die tragende Partei der Weimarer Republik wurde. Viele Angehörige dieser Partei, z. B. Bundespräsident Heuß, Dr. Maier, Dr. Dehler begründeten dann nach 1945 die Freie Demokratische Partei, welche nun „vielleicht" wegen dieses Zusammenhanges von der gegnerischen Presse als Freimaurerpartei bezeichnet wurde.

Daß die republikanischen Parteien, also vor allem die Sozialdemokraten und die Deutsche Demokratische Partei, die Absicht gehabt haben, grundsätzlich einen ganz anderen Staat einzurichten, haben sie dann auch äußerlich durch Abschaffung der alten Reichsflagge dokumentiert. Man nahm nun als Symbol die Farben der Burschenschaften, welche 1848 auch die Flagge der damaligen Revolution gebildet hatten. Der Sieg nach hundertjährigem Kampf gegen die Monarchie sollte wahrscheinlich auch äußerlich durch die neue Flagge gekennzeichnet werden.

Für unsere Generation, die der Streit um die Form und die Farben unserer Fahne kalt läßt, weil wir sie nun bereits dreimal gewechselt haben, dient der Flaggenwechsel lediglich als Beweis für die andere weltanschauliche Einstellung der betreffenden Parteien. Es ist deshalb auch gar nicht unlogisch, wenn der Würzburger Bischof die Freie Demokratische Partei für Christen als nicht tragbar bezeichnete, wie die Zeitungen meldeten. Und es entbehrt nicht der Komik, wenn Dr. Dehler durch eine Klage gegen den Bischof das Gegenteil beweisen wollte. Die ganze geschichtliche Entwicklung des politischen Liberalismus und sehr viele Äußerungen seiner Vertreter zeigen eben, daß es sich hier um eine ganz andere Einstellung handelt als die katholische.

Die Partei nach dem Gefallen des Herrn Bischof ist eben die Christlich-demokratische Union, welche sich mehr oder weniger aus dem alten Zentrum entwickelt hat und dessen Arbeit fortzusetzen scheint. Das Zentrum wurde auf die Initiative katholischer Kreise hin gebildet, als 1871 das Reich von Bismarck geeinigt worden war. Bismarck sagte im Reichstag über diese

Partei: „Ich habe, als ich (1871) aus Frankreich zurückkam, die Bildung dieser Fraktion nicht anders betrachten können, als im Lichte einer Mobilmachung der Partei gegen den Staat."

Der Reichskanzler führte dann noch an anderer Stelle aus, indem er auf die Arbeit des Zentrums als konfessioneller Partei unter dem Einfluß des Papstes hinweist, „es handelt sich hier um den uralten Machtstreit zwischen Königtum und Priestertum . . ." und dann weiter: „Der Kampf des Priestertums mit dem Königtum, der Kampf in diesem Falle mit dem Deutschen Kaiser, wie wir ihn schon im Mittelalter gesehen haben, ist zu beurteilen wie jeder andere Kampf: er hat seine Bündnisse, seine Friedensschlüsse, er hat seine Haltepunkte, er hat seine Waffenstillstände."

Ein andermal äußerte Bismarck, daß Deutschland oder Preußen so lange befriedigende Beziehungen zur katholischen Kirche gehabt habe, solange sich die Kirche auf zwei große katholische Monarchien habe stützen können. Nachdem Österreich 1866 und Frankreich 1870 von Preußen bzw. von Deutschland besiegt worden seien, habe sich das geändert. Schon nach 1866 habe der päpstliche Nuntius in München, Meglia, gegenüber Vertretern einer deutschen Regierung im Hinblick auf die Beziehungen zwischen der Kirche und Deutschland gesagt: „Wir können uns auf Vergleiche nicht mehr einlassen, uns kann doch nichts mehr helfen als die Revolution."

Als dann 1870 auch Frankreich, welches ja bekanntlich, wie Bismarck ausführt, im Rahmen der römischen Politik an Preußen den Krieg erklärte, ebenfalls unterlag, war es naheliegend, daß nun die Kirche versuchte, den Ausspruch Meglias, „uns kann nur noch die Revolution helfen", zu verwirklichen.

Es war deshalb kein Wunder, daß Bismarck bei einer anderen Gelegenheit im Reichstag sagen mußte: „Die Zentrumspartei in ihren Wirkungen ist eine Breschbatterie, aufgeführt gegen den Staat."

Die Breschbatterie hatte dann auch schließlich 1918 ihr Ziel erreicht, und der Zentrumsführer Nacken äußerte triumphierend: „Wir vom Zentrum haben die Revolution gemacht."

Ich glaube, diese Beispiele genügen, um zu beweisen, daß es sich beim Zentrum um eine Partei handelte, welche im Dienste einer überstaatlichen Macht, die doch der Papst und vor allem der Jesuitenorden mit seinem katholischen Glauben und der entsprechenden Politik darstellt, bewußt gegen das alte deutsche Reich arbeitete, um ihre politischen und religiösen Ziele zu verfolgen.

Hatte das Zentrum im Kaiserreich ein „Bündnis" mit der Sozialdemokratie geschlossen, wie Bismarck es genannt hatte, um die Revolution durchzuführen, so blieb dieses Bündnis zunächst auch in der Weimarer Republik bestehen. Galèra schrieb deshalb in seiner „Geschichte unserer Zeit": „Das Zentrum war in jeder deutschen Regierung seit Februar 1919 vertreten. Es stand an der Seite der Sozialdemokratie, weil es jede Erinnerung tilgen wollte an die Vergangenheit, die ihm als eine Zeit der Kulturknechtschaft erschien und weil es die große internationale Katholizität der Welt schaffen wollte, in welcher der besondere nationale Gedanke keinen Raum hat. Die

unchristliche Sozialdemokratie war dem katholischen Zentrum lediglich Mittel zum Zweck."

Das „Bündnis" zwischen der katholischen Partei, dem Zentrum, und der größeren marxistischen, der Sozialdemokratie, bewährte sich vor allem bei den Reichspräsidentenwahlen. Nachdem 1925 der bisherige Reichspräsident Ebert gestorben war, einigten sich beide Parteien auf das Zentrumsmitglied Marx, um gegen den von den nationalen Parteien aufgestellten Hindenburg eventuell ankommen zu können. Dieser Wahlgang von 1925 hinderte beide Parteien nicht, sich sieben Jahre später wieder zu vereinigen, um den von ihnen vorher erbittert bekämpften Hindenburg nunmehr als ihren Kandidaten gegen Hitler zu präsentieren und auch durchzubekommen.

Der Reichspräsident Hindenburg wiederum, der also von den nationalen Parteien und Wählern zum Reichspräsidenten gemacht worden war, hat nach seinem Amtsantritt mehr oder weniger mit Regierungen gearbeitet, welche vor allem von seinen ehemaligen Gegnern getragen wurden. Nachdem er zum zweiten Mal, nunmehr von seinen neuen Freunden, den ehemaligen Gegnern, gegen die nationalen Kreise, die Hitler aufgestellt hatten, wiedergewählt worden war, dauerte es nur einige Monate, daß er seine Wähler wieder enttäuschte, indem er jetzt seinen Wahlgegner Hitler zum Reichskanzler machte.

Das Zentrum löste nun auch sein altes Bündnis mit den Sozialdemokraten und verständigte sich mit den Nationalsozialisten.

„Nun, das Zentrum kämpfte vor dem Weltkriege für ‚Thron und Altar'. Als es dann geholfen hatte, den ‚Thron' zu beseitigen, kämpfte es für die ‚demokratische Republik und den Altar', warum soll es nicht in Deutschland jetzt für die ‚faschistische Republik' oder vielleicht für eine ‚faschistische, selbst protestantische Monarchie' kämpfen, wenn der allmächtige Mann nur römisch-gläubig ist, und der ‚Altar' seine Rechte behält. Der ‚Altar' gibt ja immer die Möglichkeit, Verlorenes zurückzugewinnen und die Machtstellung neu aufzubauen. Das Bündnis NSDAP und Zentrum hatte bereits schon einmal Gestalt angenommen . . ." schrieb vor Annahme des Ermächtigungsgesetzes im Reichstag 1933 Erich Ludendorff.

Und so kam es dann auch. Das Zentrum gab durch Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz Hitler diktatorische Gewalt. Der Reichskanzler Hitler konnte nun ohne Reichstag Gesetze erlassen und regieren. Das Zentrum handelte, ganz wie es der kurz vorher erlassenen Erklärung der katholischen Bischöfe entsprach, welche nach der Preuß. Zeitung vom 15. 3. 33 gesagt hatten, sie „werden ihre Haltung gegen den Nationalsozialismus revidieren und die katholische Kirche selbst wird dafür sorgen, daß die Kraft der deutschen Nation sich ungeschwächt der Überwindung des Bolschewismus und Liberalismus entgegenwerfen kann".

Der Preis, welchen Hitler anscheinend dafür bezahlte, war der Abschluß des Reichskonkordats, das kürzlich bei den Koalitionsverhandlungen im Südweststaat Baden-Württemberg von der Christlich-demokratischen Union und dem Bundeskanzler als „bindendes Völkerrecht und Bundesrecht" be-

zeichnet wurde und nach der jetzt dort getroffenen Übereinkunft auch wieder in Anwendung kommen soll.

Daß die Christlich-demokratische Union oder Christlich-soziale Union mehr oder weniger die Nachfolge des Zentrums nach 1945 angetreten hat, geht nicht nur aus den vielen alten Zentrumsleuten, die jetzt maßgebende Führer der Union sind, hervor, sondern auch dadurch, daß sie wieder das volle Vertrauen der Vertreter und Bischöfe der katholischen Kirche besitzt und deshalb auch bemüht ist, deren Forderungen z. B. auf kulturpolitischem Gebiet durchzusetzen. Ohne Widerspruch seiner Partei erklärte deshalb auch der damalige bayerische Minister und heutige Landtagspräsident Dr. Hundhammer: „Die Staatsauffassung des Papstes ist das Programm der bayerischen Regierung."

Es handelt sich also auch hier um eine weltanschaulich und politisch stark gebundene Partei, welche, wie z. B. ihre Kulturpolitik beweist, nach echt christlicher Auffassung auch gar nicht tolerant sein kann.

Als dritte große und einflußreiche Partei, welche heute noch besteht, will ich nur noch die Sozialdemokratie erwähnen. Diese Partei baute ihre ganze Propaganda und staatspolitischen Lehren auf dem Marxismus auf, der von Karl Marx, dem Sohn eines jüdischen Rechtsanwaltes, theoretisch begründet worden war. Die weltanschauliche Grundlage bildet der dialektische Materialismus, und der Weg zur Erreichung des Zieles, des klassenlosen Staates, sind der Klassenkampf und die Enteignung der sogenannten Ausbeuter und die Verstaatlichung der Produktionsmittel.

Schon aus dieser eigentumsfeindlichen Einstellung heraus war es klar, daß diese Partei von ihren Führern von Anfang an auf den revolutionären Weg getrieben wurde. Ihr lag es, genau wie es der Nuntius Meglia für die Kirche gesagt hatte, gar nicht daran, es auf Vergleiche ankommen zu lassen. Auch ihr konnte nur die Revolution helfen, nämlich um zur Macht zu kommen.

So stimmten bekanntlich die Sozialisten im Reichstag Bismarcks genau wie der größte Teil des Zentrums gegen die Sozialversicherungsgesetze, die noch heute die Grundlage unserer Sozialpolitik sind. Bismarck sagte ihnen daraufhin im Reichstag, daß er vorher gewußt hätte, daß die Sozialdemokraten dieses Gesetz nicht billigten, weil es den Führern der Sozialisten gar nicht daran läge, für die Arbeiter bessere Lebensbedingungen zu schaffen; ihrer Partei läge es lediglich daran, an die Herrschaft zu kommen, und dazu brauchten sie eben die Unzufriedenheit der Massen.

Das Ergebnis hat das ja nun auch bewiesen. Denn wenn Zentrumsführer behaupten, daß sie die Revolution 1918 gemacht hätten, so besteht doch kein Zweifel, daß die Sozialdemokraten sehr wesentlich daran beteiligt waren.

Wie es dann immer geht, wenn eine Organisation, die eine neue weltbeglückende Lehre verbreitet und die Macht erstrebt, eine gewisse Größe und Bedeutung erreicht hat, so war es dann auch hier. Genau wie sich z. B. das Christentum in Katholiken, Arianer, Orthodoxe, Protestanten und eine Unzahl anderer Sekten zersplitterte, so ging es auch den Marxisten.

Sie spalteten sich zunächst in Sozialdemokraten und Kommunisten. Die letzteren haben sich dann wieder in Stalinisten, Trotzkisten und kürzlich in Titoisten aufgeteilt. Genau wie früher der Haß der christlichen Sekten untereinander größer war als etwa der Haß der Christen gegen Mohammedaner und Heiden, so verfolgen jetzt z. B. die Marxisten der SED die Sozialdemokraten schärfer als die anderen Gegner.

Wenn auch die SPD angesichts des praktischen Beispiels, welches wir durch den in die Tat umgesetzten Marxismus im Osten alle mehr oder weniger kennen, ihre Politik etwas gewandelt hat, so besteht doch kein Zweifel, daß die Sozialdemokraten sich auch noch vor der letzten Wahl zum Marxismus bekannten und für den Klassenkampf eintraten. Es handelt sich also auch bei der dritten heute maßgeblichen Partei um eine solche, welche ihre Ziele nur dann verwirklichen kann, wenn sie die totale Herrschaft erlangt.

Ein Rechtsstaat, in dem jedem Bürger persönliche Freiheit, freie Meinungsäußerung, Geistesfreiheit usw. gesichert bleiben sollen, kann sich in dem bisherigen parlamentarischen Getriebe der Parteien auf die Dauer nicht halten. Die erforderlichen Einrichtungen, die dazu führen sollen, daß eine Volksvertretung zusammentritt, welche die Gesetze beschließt, und die Staatsführung einem dazu befähigten, freien und unabhängigen Manne übertragen wird, sollen Leute an die Regierung bringen, damit diese nach den bestehenden Gesetzen regieren. Ein Rechtsstaat wird aber immer wieder zugrunde gehen, wenn Parteien das Feld beherrschen, die ihre Kraft und ihre Lehren nicht aus dem Volke selbst schöpfen, sondern doktrinär einseitig an irgend eine sich zur Weltherrschaft berufen fühlende Lehre oder Kirche gebunden sind und nun mit allen Mitteln versuchen, ihre Ideologien nach Erreichen der Macht zu verwirklichen und damit auch die übrigen Leute, welche gar nichts davon wissen wollen, zu beglücken.



Zeitschrift für Geistesfreiheit

Erscheinungsort München   Postversandort München

Inhalt: Seite

Ein ganzes Deutschland soll es sein

Von Karl v. Unruh

Folge 1   9. 1. 1954   6. Jahr

Wie können wir auf die Dauer den Staat gesund erhalten?

Von Dr. Golf

(Schluß des Vortrages in Tutzing am 10. 10. 1953)

Ein Rechtsstaat, in dem jedem Bürger persönliche Freiheit, freie Meinungsäußerung, Geistesfreiheit usw. gesichert bleiben sollen, kann sich in dem bisherigen parlamentarischen Getriebe der Parteien auf die Dauer nicht halten. Die erforderlichen Einrichtungen, die dazu führen sollen, daß eine Volksvertretung zusammentritt, welche die Gesetze beschließt, und die Staatsführung einem dazu befähigten, freien und unabhängigen Manne übertragen wird, sollen Leute an die Regierung bringen, damit diese nach den bestehenden Gesetzen regieren. Ein Rechtsstaat wird aber immer wieder zugrunde gehen, wenn Parteien das Feld beherrschen, die ihre Kraft und ihre Lehren nicht aus dem Volke selbst schöpfen, sondern doktrinär einseitig an irgend eine sich zur Weltherrschaft berufen fühlende Lehre oder Kirche gebunden sind und nun mit allen Mitteln versuchen, ihre Ideologien nach Erreichen der Macht zu verwirklichen und damit auch die übrigen Leute, welche gar nichts davon wissen wollen, zu beglücken.

Diese Dinge sind umso gefährlicher, als unser Volk schon so weit heruntergekommen ist, daß viele Volksgeschwister eben dann, wenn sich, sei es legal oder illegal, die Macht im Staate nach der einen oder anderen Seite verschiebt, nun ein Rennen beginnen, nach der vorherrschenden Parteirichtung hin. Das haben wir 1918 erlebt, 1933 wiederholte sich das Rennen zum zweiten Male und nach 1945 wurden es aller guten Dinge drei.

Welchen Weg können wir nun einschlagen, um wirklich auf die Dauer zu rechtsstaatlichen Verhältnissen zu kommen, ohne befürchten zu müssen, daß der eingeschlagene Weg uns wieder in eine Sackgasse führt, wie es z. B. 1933 der Fall war, wo auch die Mehrheit des Volkes glaubte, auf dem richtigen Wege zu sein, dann aber bitter enttäuscht wurde, oder genau umgedreht 1918, als man hoffte, durch die Abschaffung der Monarchie nun einer besseren Zukunft entgegengehen zu können. Durch eine bestimmte Staatsform allein sind nämlich die rechtsstaatlichen Freiheiten keinesfalls gewährleistet. So ist ja bekannt, daß dieselben Kräfte, nämlich die klerikalen Kreise, welche mit Hilfe des Zentrums sich 1918 am Sturze des protestantischen Kaiserhauses beteiligten, bereits zwei Jahre später in Bayern die bayerische Königspartei gründeten, die auch heute noch besteht.

„Die ersten 200 Mitglieder dieser Partei waren fast ausschließlich katholische Geistliche", schreibt Galéra in seiner „Geschichte unserer Zeit". Da Galéra noch mitteilt, daß z. B. Dr. Heim und andere katholische Politiker mit Bothmer, dem Gründer der Königspartei, des öfteren über gemeinsame Pläne verhandelten, ist anzunehmen, daß die vorhergehende Bewegung der klerikalen Partei gegen die Monarchie sich nur gegen die protestantische Dynastie gewandt hatte, mit einer katholischen wie z. B. den Wittelsbachern aber sehr einverstanden gewesen wäre.

Dieses Beispiel beweist wieder, daß es völlig müßig ist, sich nun etwa wegen der Staatsform irgendwie zu ereifern. Da wir nun einmal eine Republik haben, wollen wir sie auch behalten und lediglich unser Augenmerk darauf richten, wie, auf die Dauer gesehen, die uns versprochenen demokratischen Freiheiten, welche z. B. im Grundgesetz der Bundesrepublik niedergelegt sind, auch wirklich innegehalten und nicht wieder leichtfertig gefährdet werden, wie es unter anderem durch das Ermächtigungsgesetz an Hitler 1933 geschah.

Und diese rechtsstaatlichen Freiheiten und Rechte für den einzelnen sind immer dann besonders in Gefahr, wenn führende Persönlichkeiten oder Parteien von sich behaupten oder sich einbilden, in einem höheren Auftrag zu handeln oder nach den Richtlinien einer angeblich allgemeingültigen, weltbeglückenden und weltverbessernden Lehre.

Wenn also beispielsweise Stalin überzeugt davon war, daß der klassenlose Staat, wie ihn der Marxismus und Leninismus erstreben, das Glück und die Seligkeit der Menschen ausmacht, waren es für ihn und seine überzeugten Anhänger nur „kleine Fische", wenn bis zur Erlösung der Menschheit aus Not und Sklaverei einige Opfer gebracht werden mußten und noch müssen. Sie fühlen sich dann in der Rolle eines Arztes, der ja auch, um die Heilung einer Krankheit zu beschleunigen oder überhaupt erst zu ermöglichen, dem Patienten oft Schmerzen zufügen muß. Was bedeuten da schon die Verfolgungen und Unterdrückungen der Gegner des Marxismus, wenn dadurch überhaupt erst der Sieg der alleinseligmachenden Lehre gesichert wird.

Genau so dachten bekanntlich die christlichen Priester, als sie die Hexen und Ketzer folterten, verbrannten und vertrieben. Wurden doch vermeintlich durch die Bestrafung einiger weniger vielmehr andere vor der ewigen Verdammnis bewahrt.

So ähnlich wird Hitler seine Konzentrationslager und anderen Untaten vor seinen eingeweihten Mitarbeitern entschuldigt haben, zumal er es liebte, den Allmächtigen oder die Vorsehung in seinen Reden mit heranzuziehen. Daß dieses in das Gefechtführen eines persönlichen Gottes, welcher die Geschicke der Menschen und Völker bestimmt, auch noch nach 1945 beliebt ist, erfuhren wir gleich in der Gefangenschaft, als man uns mit den Schriften der christlichen Kirche fütterte, in denen laufend unser deutsches Elend als Strafe Gottes für vergangene Verbrechen, wofür wir zwar persönlich keine Verantwortung trugen, erklärt und als notwendig hingestellt wurde.

Hinweis:

In Folge 20/53 veröffentlichten wir eine Bitte um Einsendung von Feldpostbriefen usw. aus dem letzten Krieg, um sie als Beiträge zu einem in Aussicht genommenen Erinnerungswerk in Buchform zu verwenden. Wir machen darauf aufmerksam, daß Einsendungen noch bis 31. Januar 1954 entgegengenommen werden und weisen nochmals darauf hin, daß alle Zusendungen dieser Art an Herrn Dr. Edmund Reinhard in (13b) Großkarolinenfeld/Obb., Haus 46 1/6 zu richten sind. Verlag Hohe Warte

Daß für diese angeführten Verbrechen, soweit sie überhaupt begangen worden waren, jedoch vor allem der vor wenigen Jahren noch von beiden Kirchen gefeierte und als „von Gott zur Rettung des deutschen Volkes gesandte Führer“ die Verantwortung trug, hatte dieser angebliche Gott oder besser die Kirche schon wieder vergessen.

Da aber die den Gott oft im Munde führenden Politiker der Meinung zu sein scheinen, daß ebenso schnell wie ihr Gott auch ihre Völker vergessen, führte z. B. nach Zeitungsmeldungen der Bundeskanzler nunmehr einige Wochen vor der Wahl aus, „daß Gott uns Deutsche beauftragt habe, Europa vor dem Bolschewismus zu retten“.

Wie nun zwar nicht Gott, dafür aber Politiker, welche Gott immer als Propagandamittel mit in Rechnung stellen, auf die Vergeßlichkeit und Haltlosigkeit der Staatsbürger rechnen, ist z. B. aus folgendem Artikel über Dr. Adenauer in der „Frankfurter Allg. Zeitung“ vom 26. 9. 53 zu ersehen: „Doch erst mit seiner Wahl zum Bundeskanzler am 14. September 1949 wird Adenauer wirklich frei in seinen Entschlüssen. Die Mehrheit ist nicht groß, die ihm die Wahlen in die Hand gegeben haben. So werden an Stelle der vorgesehenen sieben oder acht Ministersessel aus parteipolitischen Erwägungen vierzehn eingerichtet. Es beginnt das Tauziehen um die Hauptstadt, und schon trägt er seinen ersten Sieg in seiner neuen Stellung davon. Was ihn so stark macht, ist sein Wissen um die Schwächen der Menschen, um ihre Haltlosigkeit nach einem verlorenen Krieg, der sie einen Halt suchen läßt, um ihre Vergeßlichkeit. Dieser Mann scheint Zeit zu haben wie ein junger. Als ihm einer seiner Mitarbeiter vorstellt, welche tiefgehende Verstimmung die Manipulationen um die neue Bundeshauptstadt hervorrufen könnten, da antwortet ihm Adenauer nur: ‚Warten Sie nur, in einem Jahr spricht keiner mehr davon.‘ Und ein Jahr später sind wirklich ganz andere Probleme in das Blickfeld der Masse geraten.“

Man sieht also, wie wir als Staatsbürger auch in einer Demokratie eingeschätzt werden. „Warten Sie nur, in einem Jahr spricht keiner mehr davon.“

Die Masse der Wähler wird also anscheinend gleich von vornherein als vergeßlich, leicht zu beeinflussen und ihre Meinung als nicht so wesentlich betrachtet. Cäsar, bekanntlich ein Diktator, soll mal gesagt haben, das Volk braucht nur Brot und Spiele, und Hitler hat diesen Ausspruch wiederholt und dementsprechend seine Propaganda eingestellt. Aber auch demokratische Politiker scheinen keine viel höhere Meinung vom Volk zu haben. Auch in der Demokratie wird die Eigenschaft der Massen, sich leicht suggerieren zu lassen, mit in Rechnung gestellt.

Wie die Nervenärztin Frau Dr. Ludendorff schon in „Des Kindes Seele und der Eltern Amt“ nachweist, fängt die Suggestivbehandlung bereits im Religionsunterricht in der Schule an, in dem z. B. wissenschaftlich völlig unhaltbare und mit der Vernunft nicht zu vereinbarende Erzählungen als geschichtliche Tatsachen gelehrt werden. Hierdurch wird bereits der Anfang zur Schädigung der Denk- und Urteilskraft gemacht. Und das sogenannte induzierte Irresein kann in den Menschen Boden gewinnen. Es ist verständ-

lich, daß Menschen, welche es für möglich halten, daß Christus mir nichts dir nichts Wasser in Wein verwandelte, es auch für wahr halten, daß Kriegsgefahr droht, wenn der Planet Mars unter dem oder jenem Winkel in einem bestimmten Tierkreiszeichen steht, und sie glauben schließlich auch, daß irgendein Gott Deutschland beauftragt habe, Europa vor dem Bolschewismus zu retten und daß man, um dieses zu erreichen, vielleicht sogar CDU wählen müsse.

Am klarsten zeigt sich diese Anfälligkeit gegenüber Suggestionen „gewöhnlich auf politischem Gebiet, wo eine Partei die andere an Suggestivbearbeitungen übertrifft und die Massen, die nicht einer Partei angehören, in der letzten Woche vor einer Wahl zuverlässig von den Parteien im gleichen Verhältnis, wie die angewandten Geldmittel „Propaganda" erlauben, auch zahlenmäßig „erfaßt werden"", schreibt deshalb mit Recht Frau Ludendorff in „Geheime Wissenschaften".

Ein weiteres beliebtes Mittel, um die Menschen sich gefügig zu machen und den Willen zu lähmen, besteht in der Erzeugung von Schreck- und Angstneurosen. Dieses beginnt schon, indem den Kindern von den Erziehern nicht nur mit dem schwarzen Mann gedroht wird, sondern auch mit den als Tatsachen hingestellten Behauptungen über Hölle, Fegefeuer und andere Gottesstrafen. Eine sinnlose Angst verblödet ungemein. Insofern haben die Bolschewisten zum Ausgang der letzten Wahl auch wesentlich mit beigetragen, als sie, 1945 nach Deutschland eindringend, ihre Truppen derartige Brutalitäten und Schändlichkeiten an der Bevölkerung, vor allem auch an Frauen und Mädchen, begehen ließen, daß dieser verbreitete Schrecken noch nach Jahrzehnten seine Wirkung haben wird.

Begünstigt wird ferner die Propaganda der Parteien durch die Tatsache, daß direkt vor der Tat, hier also unmittelbar vor der Wahl, die Willensfreiheit des Menschen nicht besteht. Vorher haben die meisten Menschen tunlichst vermieden, sich näher mit der ganzen Parteipolitik zu befassen, weil das eine ziemlich unersprießliche Sache ist. Das Denkvermögen wird also von zu wenig Kenntnissen auf diesem Gebiet unterstützt und kann auch nicht mehr so schnell ergänzt werden. Das Ich und das Gewissen haben in diesem Moment auch keinen Einfluß mehr, zumal an Erinnerungen zur Erfüllung der Wahlpflicht nicht gespart wird.

„Diese Tatsache der restlosen Unfreiheit des Menschen vor der Tat ist um so merkwürdiger, als ein anderer Mensch auf die Seele in diesem Augenblick einen entscheidenden Einfluß ausüben darf, sei es, daß er die Vorstellungskraft beeinflußt, sei es, daß er zu einer Denkeinsicht führt, die der eigenen Vernunft unerreichbar war, oder daß er endlich einen unmittelbaren Willenseinfluß (Suggestion) ausübt. Es hat also im Augenblick vor der Tat der Mensch selbst nicht die geringste Willensfreiheit, wohl aber kann der Mitmensch in vielen Fällen die Tat entscheiden. Diese erstaunliche, vollkommene Willensunfreiheit des Menschen hebt scheinbar seine sittliche Verantwortung auf, steht aber mit unserer Erkenntnis durchaus nicht im Widerspruch, ganz im Gegenteil ist eine unerläßliche Notwendigkeit." („Des Menschen Seele", Seite 108.)

Auf diese Unfreiheit des Willens vor der Tat unmittelbar sind also wahrscheinlich mit die oft unverständlichen Wahlausgänge zurückzuführen, weil sie die Wirkungen der Suggestion anderer begünstigt, vor allem bei allen denen, die sich vorher keine eigene wohlbegründete Meinung gebildet haben.

Nun sind wir aber erfreulicherweise all diesem Geschehen nicht mehr wehrlos ausgeliefert. Wir wissen nicht nur — vor allem durch die Veröffentlichungen Erich Ludendorffs — daß eigensüchtige Priesterkästen mit Hilfe religiöser Lehren und besessene Parteifunktionäre mit moderneren sogenannten Weltanschauungen versuchen, durch ihre Propagandalehren die Menschen einzufangen, zu bevormunden und sich dienstbar zu machen, sondern wir sind heute auch in der Lage, all diesen Ideologien und Religionen mit klaren Erkenntnissen entgegenzutreten. Wir können heute die Menschen, welche noch nicht zu sehr den Suggestionen und Irrtümern dieser weltbeglückenden Ideologien und Religionen verfallen sind, helfen, sich aus ihrer geistigen Befangenheit zu befreien. Nur dadurch, daß die meisten Menschen gar keine Ahnung haben und sich auch gar nicht darum kümmern, weshalb sie selber eigentlich leben, ist es doch überhaupt den Priestern der Religionen oder den Verkündern der Ersatzlehren, wie z. B. den Marxisten, möglich, ihre Wahnlehren anzubringen.

Was soll denn ein Durchschnittserdenbürger, selbst wenn er sich seinen gesunden Menschenverstand noch bewahrt hat, oder ein junger noch unerfahrener Mensch dem durch sein Studium doch gut in Wortkampf und Scheinweisheit ausgebildeten Priester antworten, wenn dieser ihm z. B. das Schlagwort entgegenhält: Ja, aber einen Gott oder ein höheres Wesen muß es doch geben? Und eine Religion muß man doch haben?

Wer dann nicht wenigstens mit Schiller antworten kann: „Du fragst mich, welcher Religion ich sei, keiner von denen, die du mir nennst; und warum nicht, aus Religion“ — der ist doch gleich von Anfang an dem Priester im Wortstreit unterlegen.

Wenn er aber nun dem vermeintlichen Christen noch sagen kann, daß Kant bereits bewiesen hat, daß wir Menschen durch unsere Vernunft das Bewußtsein der Schöpfung darstellen, und daß wir aber noch ein zweites Erkenntnisorgan besitzen, welches Mathilde Ludendorff das Ich nennt, und mit welchem wir göttliche Wesenszüge erleben können, die mit der Vernunft gar nichts zu tun haben, die also jenseits von Zeit, Raum und Ursache liegen, dann wird der Priester schon bedenklicher, wenn er auch vielleicht noch ironisch lächelt.

Man kann dem betreffenden Gesprächspartner dann aber noch auseinandersetzen, daß der Tod in Übergängen in der Schöpfung auftritt, daß es Lebewesen gibt, nämlich die Einzeller, welche noch die Möglichkeit des ewigen Lebens besitzen, daß auch der Virus, die Vorstufe zum ersten Lebewesen, schon sterben kann und daß sogar schon der Kristall, die weitere Vorstufe in der Entwicklung der Welt, unter bestimmten Gesetzen, wenn er nämlich in Lösung geht, seine Gestalt und Form verliert, was man schon als körperlichen Tod bezeichnen könnte.

Damit ist bewiesen, daß der Tod nicht als der Sünde Sold, als Strafe für die Übertretung des Verbotes Gottes, Früchte vom Baume der Erkenntnis gegessen zu haben, in die Welt kam. Nein, lange bevor Menschen lebten, wurde der Tod in die Schöpfung eingeführt, weil er eben Voraussetzung zum Schöpfungsziel, zum bewußten Erleben des Göttlichen ist.

Weist man dann dem Priester oder Christen noch nach, daß, wie das Buch „Des Menschen Seele" es schildert, die Unvollkommenheit des Menschen auf den Selbsterhaltungswillen zurückzuführen ist, der entweder der Lustgier und Leidangst unterstellt sein kann (dann handelt der betreffende eben unvollkommen), oder aber dem göttlichen Willen, also z. B. dem Willen zum Guten im Menschen (in diesem Falle handelt der Mensch eben vollkommen im Sinne der Gotterkenntnis), dann sieht der Priester die ganze Erbsündenlehre, auf welcher das Christentum vor allem mit beruht, wanken und wird wahrscheinlich die Diskussion mit einigen gewandten Worten abbrechen.

Aber auch den Materialisten, Nihilisten und vermeintlichen Gottesleugnern vermögen wir dank der Gotterkenntnis die Aufrechterhaltung ihrer Lehren zu erschweren.

Denn Menschen, welche durch die Werke „Triumph des Unsterblichkeitwillens" und „Siegeszug der Physik" auf die Tatsache hingewiesen worden sind, daß das gesamte Weltall im Kleinsten wie im Großen im Sinne des menschlichen Schönheitsempfindens so schön wie möglich ist, werden nicht so schnell Materialisten. Dieser Wille zur Schönheit geht so weit, daß nicht nur die unbelebte Schöpfung also z. B. die Gesteine und Kristalle wunderbare Farben und Formen zeigen und daß die Lebewesen, so weit es ihr Kampf ums Dasein erlaubt, auch in Gestalt und Farbe so schön wie möglich sind und daß nicht nur die Musik uns köstliche Harmonien beschert, sondern nach denselben Gesetzen sogar die Gestirne im Weltall kreisen. Und unser eigener Wille zum Schönen kann alle diese Schönheit um uns herum wahrnehmen und gemeinsam mit den anderen göttlichen Wünschen in uns die Brücke zum Gotterleben schlagen.

Wenn wir aber dann weiter erfahren, daß der Mensch, wie es in der Selbstschöpfung dargestellt ist, die Möglichkeit und die Aufgabe hat, nicht nur durch die göttlichen Wünsche in sich am Erleben des Jenseits Anteil zu haben, sondern sich selbst zur Vollkommenheit umzuschaffen, so gewinnt das Leben eine ganz andere Bedeutung, und der einzelne Mensch auch. Viele Dinge, wie kleinliche Streitereien und Wichtigtuereien usw. verblassen angesichts dieser neuen Gesichtspunkte über das Menschenleben. Aber auch die Menschenverächter und die Leute, welche einen Hirt und eine Herde schaffen wollen, sei es nun im Rahmen einer Kirche oder einer Partei, werden an Boden verlieren.

Es ist klar, daß das bewußte Erleben des Göttlichen in der Menschenseele oder die Selbstschöpfung zur Vollkommenheit nur vor dem Tode statthaben kann, weil uns die Naturwissenschaft immer wieder deutlich beweist, daß ein persönliches Weiterleben oder Wiederauferstehen nach dem Tode unmöglich ist.

Da aber das Erleben des Jenseits oder die Umschaffung zur Vollkommenheit nur ganz freiwillig ist und viele Fähigkeiten der Seele, vor allem der Täuschungsapparat der Vernunft, welcher unter anderem die Aufmerksamkeit in seinen Dienst stellen kann, dafür sorgen, daß keine zwangsläufige Veredelung oder gar Selbstschöpfung im Menschen erfolgt, wissen wir auch, daß die Verbreitung der Erkenntnisse Mathilde Ludendorffs die einzelnen Menschen nicht besser machen wird.

Aber durch die Verbreitung der Gotterkenntnis nimmt auch das Wissen über die seelischen Gesetze in den Völkern zu, und dann wird es immer schwieriger, die großen Verbrechen an der Menschheit, wie sie die Geschichte uns kündet und wie wir sie z. T. selbst mit erlebten, weiter zu betreiben. Wenn dann beispielsweise mehr Leute in den Völkern wissen, daß das Gewissen in den Menschen nicht Gottes Stimme ist, sondern genau so irrfähig wie die Vernunft, und daß es von anderen Menschen geformt werden kann, dann werden sie eben nicht mehr darüber staunen und nicht mehr dabei helfen, wenn Priester oder fanatische Demagogen mit dem besten Gewissen angeblich im Namen Gottes oder zum Wohle der Menschheit, wie es doch tausendfach vorgekommen ist, Menschen anderen Glaubens oder anderer politischer Gesinnung verfolgen, verbrennen, foltern, liquidieren oder hinter Stacheldraht setzen.

Dann weiß man eben, daß solche Ereignisse auf den verbrecherischen, zur Machtgier gesteigerten Selbsterhaltungswillen einiger weniger oder aber auf das induzierte Irresein der Betreffenden zurückzuführen ist.

Und schließlich werden wir auch wenigstens zum größten Teil unser politisches Leben von den weltanschaulichen und religiösen Spannungen und Streitereien durch die klaren Erkenntnisse mehr und mehr befreien.

Und wenn wir in unserem Staate schon Parteien haben müssen, weil die Verfassung das so vorschreibt, dann sollen es eben die Parteien des Herrn Müller und des Herrn Meier oder meinetwegen auch die grüne oder blaue, aber keine, hinter denen sich Priesterkasten oder Parteihierarchie oder sonstige Cliquen verstecken, wie hinter den roten, schwarzen oder braunen.

Es ist selbstverständlich, daß es nicht so leicht sein kann, bei den einzelnen Menschen das ganze Weltbild, die Vorstellungen über den Sinn des Menschenlebens der Völker usw. umzuwandeln und daß es vielleicht auch Generationen dauern wird. Aber eines ist sicher:

Erst wenn eine größere Anzahl Menschen als heute sich mit Hilfe der Gotterkenntnis klares Wissen über den Sinn des eigenen Lebens und der ganzen Schöpfung, das der Vernunft und den Naturwissenschaften nicht widersprechen darf, verschafft haben werden und dann auch danach leben, sind unsere demokratischen Freiheiten, wie Geistesfreiheit, freie Meinungsäußerung, persönliche Sicherheit und politische Mitbestimmung nicht mehr so gefährdet wie zur Zeit noch.

„Der Wille ist alles" sagen die Gestalter der Geschichte; gewiß, er ist das Wesen der Geschichte, aber wir wissen, wie unendlich unterschiedlich die Kraftquellen des Willens sind, der Geschichte gestaltet. Mathilde Ludendorff

Der Quell

B 5727 D | München 23. 12. 1960 | Folge 24 / 12. Jahr

Der Diamat

Von German Pinning (1. Teil)

Zeitschrift für Geistesfreiheit

Zeitschrift für **Der Quell** Geistesfreiheit

Folge 24 23. 12. 1960 12. Jahr

Der Diamat

Von German Pinning (1. Teil)

Das 20. Jahrhundert beschenkte die Menschheit mit einer Unzahl neuer oder scheinbar neuer Begriffe und vor allem neuer Wörter. Dabei verschandelte es die Sprachen der Völker der Welt mit zahllosen, meist völlig überflüssigen Entlehnungen aus anderen Sprachen, als sollte die biblische „babylonische Sprachverwirrung" im Atomzeitalter Tatsache werden. Man spricht heute von „Teenagern" und meint Backfische, setzt „Party" für geselliges Beisammensein und nennt den Unterrock „Petticoat". Das wäre freilich noch harmlos, weil man wenigstens versteht, was mit diesen Modewörtern gemeint wird, wenn sie auch die Sprache nicht verschönern. Schlimmer ist es mit den Wörtern, die überall gang und gäbe sind, deren Sinn jedoch für die meisten dunkel bleibt. So zum Beispiel das in der Ostzone heimische, aber auch im Westen häufig gebrauchte Wort „Diamat".

Verzeihen Sie, „Diamat" ist sogar kein Wort. Er ist ein Wechselbalg, zusammengesetzt aus zwei beschnittenen Wörtern: „dialektischer Materialismus". Für den Normalverbraucher in den Ostblockländern sind diese beiden Fremdwörter zu lang und zu schwer auszusprechen. Also hat man kurzerhand die Enden abgeschnitten und die Anfangssilben zusammengefügt: Dia-mat. Spricht sich leicht aus, klingt fremdländisch, also gelehrt – was braucht man mehr?

Diesem Wort begegnet man auf Schritt und Tritt, doch wissen die wenigsten, was es eigentlich bedeutet. In den Konversationslexika findet man lange und unverständliche Erklärungen, aber keine kurze Definition. Da es sich aber um eine Weltanschauung handelt, die nahezu einer Milliarde Menschen zugeschrieben wird, mit der man sich also auseinanderzusetzen hat, bevor man sie akzeptiert oder ablehnt, will ich im Nachfolgenden versuchen, diesen dunklen Begriff zu klären, ohne dabei den Anspruch auf eine philosophische Auseinandersetzung damit zu erheben. Ich betone ausdrücklich, daß ich kein Philosoph bin, und wenn ich bei dieser Untersuchung einiges vereinfachen werde, so werde ich mich

dabei lediglich von dem gesunden Menschenverstand leiten lassen und allen fachphilosophischen Spitzfindigkeiten möglichst aus dem Wege gehen.

Den zusammengesetzten Begriff muß man in seine Bestandteile zerlegen. Zunächst wollen wir uns also das Subjekt untersuchen: den „Materialismus". Anschließend betrachten wir das Attribut: „dialektisch", Dialektik. Und endlich befassen wir uns kurz mit dem „historischen Materialismus", einem wichtigen Bestandteil der Lehre.

1. Der Materialismus

Der Materialismus als philosophische Lehre ist keine Erfindung der Moderne. Er ist uralt, und seine Spuren finden sich in Alt-China, in Ägypten, in Griechenland. Nach dieser Lehre ist das All seiner Natur nach materiell, es existiert objektiv, außerhalb und unabhängig vom Bewußtsein; die Materie ist primär, das Bewußtsein sekundär, das All und seine Gesetze sind voll erkennbar. Es gab verschiedene Richtungen des Materialismus in der Antike, die uns hier nicht näher zu beschäftigen brauchen. Ohne Zweifel spielte die materialistische Weltanschauung eine große Rolle in der Entwicklung der exakten Wissenschaften, namentlich der sogenannte „naturwissenschaftliche Materialismus". Historisch gesehen, entwickelte sich der Materialismus aus dem elementaren Materialismus der Antike zum metaphysischen Materialismus des 17./18. Jahrhunderts, von da zum Materialismus der russischen Revolutionäre des 19. Jahrhunderts und schließlich zum marxistischen dialektischen Materialismus.

Während der Materialismus des 17., 18. und 19. Jahrhunderts nicht unbedingt atheistisch war, d. h. die Existenz des Gottes oder des Göttlichen nicht durchwegs leugnete – mit Ausnahme namentlich des französischen Zweiges dieser Lehre –, entwickelte sich der marxistische Materialismus, besonders in den Schriften Lenins, zu einem folgerichtigen und bedingungslosen Atheismus.

Dabei gehört Hegel, den die Marxisten als „Idealisten" und „Revolutionär" beschimpfen, zweifellos zu den Ahnherren des modernen Marxismus. Zwar wurde sein „Weltgeist", eigentlich die Grundlage seiner „Dialektik", radikal verworfen, aber die Dialektik auf dem Umwege über Feuerbach bedenkenlos übernommen. Auch sein Fortschrittsglaube, seine Entwicklungstheorie (Evolutionismus) wurden in das Lehrgebäude des Marxismus eingebaut. Feuerbach, ein Schüler Hegels, führte nach dem Tode seines Lehrers die sogenannte „Linke" der Hegelianer, die die an sich reaktionäre Lehre in revolutionärem Sinne ausdeutete. Feuerbach griff in seinen Schriften die Religion an, besonders das Christentum [1]), und suchte eine „Religion des Menschen" zu begründen: „Das Menschliche ist das Göttliche" oder „homo homini deus est" [2]).

Karl Marx und Friedrich Engels, die ersten unfehlbaren Propheten des

Marxismus, waren besonders von Feuerbach beeinflußt, von dem sie verschiedene Thesen übernahmen. Marx ist der Begründer oder Erfinder des „historischen Materialismus", auf den wir an anderer Stelle noch kurz zurückkommen werden. Marx und Engels sind die siamesischen Zwillinge des Marxismus. Sie wirkten und arbeiteten zusammen, wobei der erstere mehr Nachdruck auf die gesellschaftliche, der letztere auf die philosophische Seite legte. Engels ist jedoch der Begründer des eigentlichen dialektischen Materialismus und bildet sozusagen die Brücke von Marx zu Lenin.

Wladimir Uljanov-Lenin gilt als der dritte unfehlbare Prophet des Marxismus. Er betrachtet sich als Marxisten, ja als allein wahren Marxisten. Tatsächlich aber ist sein Marxismus bereits stark verwandelt. Es ist ein Marxismus, der viele typisch russische Züge übernommen hat, vermengt mit solchen, die aus dem Charakter von Lenin selbst hervorgehen. Für unsere Betrachtung genügt diese Feststellung. Eine eingehendere Untersuchung der Beiträge Lenins zur Lehre von Marx und Engels muß Berufeneren überlassen werden.

Bis 1956 galt auch Josef Stalin-Dshugaschwili als ein unfehlbarer Prophet der Lehre. Seit seiner posthumen Entthronung durch Chruschtschow am 25. Februar 1956 kann er nur bedingt als Autorität auf dem Gebiet der marxistischen Philosophie gelten. Immerhin, bis heute wurde keine von seinen Thesen offiziell widerrufen, also gelten sie auch heute noch. Allerdings hat Chruschtschow in seiner Auseinandersetzung mit Mao Tse-tung gewisse Andeutungen gemacht, die eine freiere Auslegung der Lehre wenigstens in Aussicht stellen. Die offizielle Philosophie jedoch hat hierzu noch nicht Stellung genommen. Im übrigen muß festgestellt werden, daß die Beiträge Stalins zur Philosophie recht dürftig sind: ein halbes Kapitel der Parteigeschichte (etwa 28 Seiten des russischen Textes) und etwa 40 Seiten Betrachtungen über die „Abirrungen" eines sowjetischen Sprachkundlers auf dem Gebiet der Linguistik. Bedeutender ist Stalins Einfluß auf die sowjetische Fachphilosophie in den Verdammungsurteilen hervorgetreten, denen verschiedene „Abweichler" verfallen waren.

Die oben genannten „Propheten" tragen den offiziellen Namen „die Klassiker des Marxismus". Ihre Schriften werden nie in Frage gestellt. Man versucht, ihren genauen Sinn zu klären, sie auf den Einzelfall anzuwenden; jegliche, auch die geringste Kritik an ihnen ist jedoch ausgeschlossen. Diese Schriften dienen zur Beweisführung bei Diskussionen. Bei allen philosophischen Auseinandersetzungen bedient man sich dieser Autoritäten, um dem Gegner eine Abweichung von der Doktrin nachzuweisen, bzw. die Richtigkeit seines eigenen Standpunktes zu bekräftigen. Es ist damit nicht anders wie innerhalb der christlichen Theologie, in der die sogenannte „Heilige Schrift" die gleiche

---

[1]) Ludwig Feuerbach: „Das Wesen des Christentums".

[2]) Feuerbach, Werke VI, 361.

Rolle spielt. Endlich ist es üblich, diese Propheten zu zitieren. Dieser Brauch hat eine Zeit lang solche Formen angenommen, daß er auf scharfe Kritik aus den Reihen der Fachphilosophen selbst stieß; man spottete über „Zitatologie" – und zitiert nach wie vor, weil es zu riskant ist, eigene Gedanken mit eigenen Worten zu äußern.

Hieraus ergibt sich der dogmatische Charakter der marxistischen Philosophie. Die Diamatiker sind ein für allemal im Besitz der absoluten Wahrheit. Sie sind keine Sucher oder Forscher, sondern lediglich Apostel der bereits fertigen Lehre und haben es nicht einmal nötig, diese Lehre zu rechtfertigen oder zu begründen. Man spricht zwar viel von „Kritik und Selbstkritik", doch darunter wird lediglich die Prüfung der eigenen oder der Lehre anderer auf ihre Übereinstimmung mit den „Klassikern" verstanden. Man darf hier von einem „theologischen" Charakter des Marxismus sprechen: es gibt da eine „heilige Schrift" als Grundlage der Lehre, das sind die Werke der vier „Klassiker"; es gibt auch eine „Kirche" in Gestalt des Zentralkomitees der Partei, die die Deutung der „Schrift" überwacht; es gibt auch Begriffe wie Orthodoxie, die rechtgläubige Lehre, und Häresie, die „Abweichungen" von dieser Lehre, und es gibt vor allem eine „Inquisition", die die Ketzer zu züchtigen hat. Vor allem aber gibt es da gleich vier unfehlbare Päpste oder Kirchen-Lehrer, die in jeder Beziehung unantastbar sind: Marx – Engels – Lenin – Stalin.

Wenn ich also von einer marxistischen Philosophie spreche, so will ich keineswegs behaupten, daß diese Lehre tatsächlich eine Philosophie ist, wie wir eine Philosophie verstehen. Es ist bestenfalls ein philosophisch verbrämtes System, das viel eher den Namen „Religion" verdient.

Diese Behauptung wird keineswegs dadurch widerlegt, daß die Marxisten ihrer Philosophie eine derart wichtige Rolle zuschreiben. Die kommunistische Partei ist, wie ein „westlicher" Gelehrter sagte, eine „Philosophie in Aktion". Lenin stellte fest, daß es „ohne eine revolutionäre Theorie ... auch keine revolutionäre Bewegung geben" kann [3]). Darum bildet der dialektische und historische Materialismus das theoretische Fundament des Kommunismus, die theoretischen Grundlagen der marxistischen Partei ... und folglich (ist) ihre Aneignung Pflicht eines jeden aktiven Kämpfers unserer Partei" [4]).

Demnach stehen in der Sowjetunion die Wissenschaften in absoluter Abhängigkeit von der Philosophie. Es gab dort mehrere Fälle der Verurteilung verschiedener wissenschaftlicher Lehren auf Grund ihrer mangelnden Übereinstimmung mit der offiziellen philosophischen Doktrin. Das ZK hat darüber zu wachen und zu entscheiden – wiederum eine Parallele zur „alleinseligmachenden Kirche", die z. B. jahrhundertelang versuchte, die Entdeckung von Gallilei, Kopernikus u. a. zu unterdrücken und mit biblischen Argumenten zu widerlegen.

Natürlich spielt diese Philosophie auch in der Politik eine gewaltige Rolle.

In dem Abschnitt über die Dialektik werden wir darauf näher eingehen. Wir wenden uns nun dem Materialismus in marxistischer Sicht zu.

Nach Stalin [5]) geht der philosophische Materialismus von folgenden drei „fundamentalen Zügen" aus:

„... daß die Welt ihrer Natur nach materiell ist, daß die mannigfaltigen Erscheinungen in der Welt verschiedene Formen der sich bewegenden Materie darstellen..."

„... daß die Materie, die Natur, das Sein, die objektive Realität darstellen, die außerhalb des Bewußtseins und unabhängig von ihm existiert..."

„... daß unser Wissen von den Naturgesetzen ... zuverlässiges Wissen ist..., daß es in der Welt keine unerkennbaren Dinge gibt..."

Den Begriff Materie definiert Lenin folgendermaßen:

„Die Materie ist eine philosophische Kategorie zur Bezeichnung der objektiven Realität, die dem Menschen in seinen Empfindungen gegeben ist, die von unseren Empfindungen kopiert, photographiert, abgebildet wird und unabhängig von ihnen existiert..." und „... die einzige ‚Eigenschaft' der Materie, an deren Anerkennung der philosophische Materialismus gebunden ist, ist die Eigenschaft, objektve Realität zu sein" [6]).

In derselben Schrift sagt Lenin ergänzend:

„Der Begriff der Materie bedeutet erkenntnistheoretisch ... nichts anderes als: die objektive, unabhängig vom menschlichen Bewußtsein existierenden und von ihm abgebildete Realität."

Für Lenin ist demnach der „Materialismus" gleich „Realismus", die These von der Priorität des Seins gegenüber dem Bewußtsein. Aber darüber hinaus ist für den Diamatiker „das Denken ... ein Produkt der Materie ... und zwar ein Produkt des Gehirns". Folgerichtig ist die Erkenntnis für diese Schule gleich „Wiederspiegelung der Realität". Lenin schreibt: [6])

„Die verschiedenen Empfindungen dieser oder jener Farbe werden erklärt durch die verschiedene Länge der Lichtwellen, die außerhalb der menschlichen Netzhaut, außerhalb des Menschen und unabhängig von ihm existieren ... Eben das ist Materialismus: die Materie wirkt auf unsere Sinnesorgane und erzeugt die Empfindung."

Eine Frage taucht hier auf: wie kann die Empfindung einer Farbe das Abbild einer Welle sein? Die Frage ist auch den Epigonen Lenins aufgestoßen. Professor Mitin erklärt, daß „in der subjektiven Form, in der Form der Empfindung, sich die objektive Farbeigenschaft der Lichtwelle spiegele. Die Farbe ist der Tätigkeit des Lichtes ähnlich."

Die Erkenntnisse der modernen Mikrophysik setzten den Diamatikern manch eine Nuß zum Knacken vor. Ein Versuch des Professors M. A. Markov, die Situation zu retten und den groben Materialismus der „Klassiker" mit der

---

[3]) Lenin: „Was tun?"
[4]) Lenin: Ausgewählte Werke, Bd. I.
[5]) Stalin: „Über den dialektischen und historischen Materialismus".
[6]) Lenin: „Materialismus und Empiriokritizismus".

neuen Welt der Mikroteilchen auszusöhnen, sein Werk „Über die Natur der physikalischen Erkenntnis" (1947), wurde nach langen Disputationen verurteilt und als Abweichung verdammt. Die Philosophische Tagung von 1959 in Moskau zeigte die Ratlosigkeit der Fachphilosophen den neuen Problemen gegenüber, vor allem den Widerwillen der Physiker, sich mit dem Diamat auseinanderzusetzen.

Professor Bochenski (Universität Freiburg i. d. Schweiz) schreibt in seinem bemerkenswerten Werk „Der sowjetrussische dialektische Materialismus":[7])

„Wir unterscheiden vier metaphysische Thesen: 1. Man beruft sich auf den Satz von Heraklit, daß ‚keiner der Götter noch Menschen die Welt gemacht hat', den Lenin ‚eine sehr gute Darlegung der Prinzipien des dialektischen Materialismus' nennt. Die Welt wurde also nicht geschaffen. 2. Sie ist ewig, genauer gesagt, es gibt nichts Ewiges außer der Materie und den Gesetzen der Bewegung; auch ist die Welt unendlich im Raum.... 3. Die Welt entwickelt sich — immer nach Heraklit — allein aus den Gesetzen der sich bewegenden Materie; diese Entwicklung bedarf keines ‚Weltgeistes' ... Gott ist weder als Schöpfer noch als Erhalter nötig. 4. Daraus folgt, daß die ‚stoffliche, sinnlich wahrnehmbare Welt, zu der wir selbst gehören, das einzig Wirkliche'[8]) ist; dies ist die eigentlich monistische These in dem Sinne, daß es nichts außer der Welt gibt."

Professor Bochenski stellt fest, daß es in der sowjetischen philosophischen Literatur keinen Versuch gibt, diese Thesen zu beweisen:

„Tatsächlich handelt es sich nicht um Thesen, die beweisbar sein würden, sondern um einen Glauben, den Lenin und Engels aus den Vulgärmaterialisten des 19. Jahrhunderts geschöpft haben..."

Zum Wesen der Dinge selbst hat Stalin folgendes zu sagen:

Die Welt sei nicht die Verkörperung einer absoluten Idee, sie sei „ihrer Natur nach materiell", mit anderen Worten, sie sei weder „vital" (nach Bergson), noch „geistig" (nach Hegel). „Die Materie ist das Subjekt aller Veränderungen" (Stalin in „Über dialektischen und historischen Materialismus"). Und die „mannigfaltigen Erscheinungen in der Welt stellen verschiedene Formen der sich bewegenden Materie dar" (Stalin daselbst). Die Materie sei im philosophischen Sinn von ihren wesentlichen Eigenschaften bestimmt: von der Bewegung und von Raum und Zeit.

Das Wort Bewegung wird im Diamat im weitesten Sinn verstanden:

„Die Hauptformen der Bewegung sind: die mechanische..., die physikalische..., die chemische..., die intra-atomische Bewegung..., organisches Werden..., d. h. Leben..., Bewußtsein"[9])

Somit:

„Der Begriff Bewegung bedeutet jede Veränderung überhaupt: Veränderung der Qualität, der Form, der Verbindung und der Beziehungen zur Umgebung"[10]).

---

[7]) Lehnen-Verlag, München 1956.

[8]) Stalin: „Über den dialektischen und historischen Materialismus".

Bochenski sagt dazu in seinem genannten Buch:

„... wenn die wesentliche Form der Materie die Bewegung ist, dann heißt das, daß alles Seiende im Werden ist — nichts mehr."

Hierzu kommt eine weitere Eigenschaft der Materie: Raum und Zeit. Lenin sagt:

„In der Welt existiert nichts als die sich bewegende Materie, und die sich bewegende Materie kann sich nicht anders bewegen als in Raum und Zeit" [11]).

Damit wird jede Bewegung, also jedes Werden, eine örtliche Bewegung.

Ein weiteres Attribut der Materie ist ihre Unendlichkeit in Raum und Zeit und, etwas verschwommen, in ihrer „Tiefe".

Wie ich oben bereits bemerkte, wird im Diamat auch die Denkfähigkeit der Materie unterstellt. Der Gedanke ohne Gehirn sei eine Absurdität, lehrt Lenin:

„Der Geist ist das Sekundäre" und „das Bewußtsein ist... nur das Abbild der Materie" [12]). „Die Materie denkt" und „das Denken ist das Produkt der auf besondere Weise organisierten Materie" [12]).

Professor Bochenski bemerkt dazu:

„Wenn der Geist eine Begleiterscheinung ist, so ist er nicht ein Produkt der Materie; und falls er das eine oder das andere ist, so ist er auf jeden Fall keine Funktion. Andererseits lehrt die Dialektik, daß es einen Sprung gibt zwischen roher Materie und Leben, zwischen Leben und Bewußtsein; die materielle ‚Substanz', aus der alle diese Funktionen hervorgehen, muß also doch etwas sein, was weder rohe Materie, noch Leben, noch Geist ist. Ohne die Dialektik wäre dieses Problem für die dialektischen Materialisten leichter zu lösen — aber im gesamten System bleibt diese These ein undurchdringliches Geheimnis."

Zum Abschluß dieses Abschnittes will ich kurz andeuten, was im Diamat als Idealismus verstanden wird – bekanntlich stellt dieses Wort im Munde eines Marxisten die schlimmste Beschimpfung dar: ein Idealist ist jeder, der behauptet, daß das Bewußtsein das Sein hervorruft, der unerkennbare Faktoren in der Wirklichkeit zugibt, der an Gott glaubt, mag es sich dabei um einen persönlichen Gott oder um das „Ding an sich" handeln, der die Existenz idealer Faktoren im Sinne Platons anerkennt, der lehrt, daß es in der Wirklichkeit noch etwas anderes gebe als die Materie, oder der die Unabhängigkeit des Geistes vom Körper behauptet. Wie man sieht, eine reichhaltige Auswahl, die in der westlichen Philosophie unter ganz verschiedenen Bezeichnungen klassifiziert wird.

Im nächsten Abschnitt werden wir uns mit der marxistischen Dialektik beschäftigen.

---

[9]) Judin und Rosental: „Kurzes philosophisches Wörterbuch", 1954.

[10]) Projekt des Programms eines Kurses des dialektischen Materialismus.

[11]) Lenin: „Materialismus und Empiriokritizismus".

[12]) a. a. O.

Der Quell

B 5727 D München, 9. 1. 1961 Folge 1 / 13. Jahr

Demokraten und Republikaner

Von Walter Löhde

Zeitschrift für Geistesfreiheit

Der Diamat

Von German Pinning

2. Die Dialektik

Nachdem wir den Begriff des „Materialismus" in marxistischer Sicht kurz untersucht haben [1]), wollen wir uns dem anderen Begriff des dialektischen Materialismus, kurz „Diamat" genannt, zuwenden. Später wird es notwendig sein, auch den Begriff „historischer Materialismus" kurz zu beleuchten, da dieser Zweig der marxistischen Lehre eine große Rolle gerade auf dem Gebiet der Praxis, der sowjetischen Gesellschaftslehre und Politik, auch Außenpolitik, spielt.

---

[1]) Siehe „Der Quell", Folge 24/1960, Seite 1105—1111.

Das Wort Dialektik ist übrigens nicht weniger alt als der Materialismus. Im alten Hellas verstand man darunter die Kunst der Unterredung, der Diskussion. Anfangs umfaßte dieser Begriff lediglich die Klärung der Gedanken durch Auseinandersetzungen mit Hilfe der Sprache, dann aber mehr und mehr die rein gedankliche Auseinandersetzung selbst. Die althellenische philosophische Schule der Eleaten (gegen Ende des 4. vorchristlichen Jahrhunderts) bediente sich dieser Kunst der Diskussion, doch besonders entwickelt wurde sie durch die Sophisten (vom 5. bis 2. Jahrhundert), aus deren dialektischer Praxis einige Beispiele angeführt werden mögen: „Jedes Wort, das ich sage, ist Lüge." Somit ist auch diese Feststellung eine Lüge. Also ist doch nicht jedes Wort Lüge, usw. Oder: ein Schüler macht mit seinem Lehrer der Sophistik aus, daß er diesem für den Unterricht dann bezahlen werde, wenn er seinen ersten Prozeß nach abgeschlossener Lehre gewinne. Nach Abschluß der Lehre fordert der Lehrer seinen Lohn. Der Schüler verweist ihn auf die Abmachung. Der Lehrer wendet sich an das Gericht. Der Schüler sagt: „Gut so! Wenn ich den Prozeß verliere, brauche ich dir nichts zu bezahlen, denn so war die Abmachung. Gewinne ich, so brauche ich ebenfalls nichts zu bezahlen, weil der Richter mich davon freisprach." Der Lehrer spekuliert ebenso: verliert der Schüler, so muß er bezahlen, weil ihn der Richter dazu zwingt; gewinnt er, dann muß er mir laut Abmachung bezahlen. Bei der Betrachtung des historischen Materialismus und der praktischen sowjetischen Politik werden wir sehen, daß diese Art „Dialektik" auch heute noch bei den Marxisten Gültigkeit hat.

Plato setzte die Dialektik gleich Metaphysik. Seit Aristoteles bekommt sie den Sinn „Logik", Logik des Wahrscheinlichen und Logik im Allgemeinen (in der Renaissancezeit). Sie wurde bis zum 18. Jahrhundert zu den „freien Künsten" gerechnet und gelehrt. Kant nannte die Dialektik die Logik derjenigen Vernunft, die überheblich, ohne sich auf Erfahrung zu stützen, Wirklichkeitserkenntnisse glaubt gewinnen zu können, also durch reine Spekulation die Wirklichkeit zu begreifen. Er nannte sie auch „die Logik des Scheins".

Der eigentliche Begründer der modernen Dialektik ist G. W. F. Hegel. In seiner „Encyclopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse" definiert er dieses Wort als „die Natur des Denkens selbst"; da bei Hegel jedoch die Gesetze des Denkens und des Seins identisch sind, ist die Dialektik nach ihm auch „die eigene wahrhafte Natur der Verstandesbestimmungen, der Dinge und des Endlichen überhaupt". Somit ist die Hegel'sche Dialektik die Gesamtheit der Gesetze, die die Entwicklung des Seins bestimmen. Doch Hegel hatte sein eigenes spiritualistisches philosophisches System entwickelt, in dem ein „Weltgeist" eine vorherrschende Rolle spielte. Nach Hegel war die Dialektik der Gang des Denkens im objektiv-metaphysischen Weltgeist selbst: jede gedanklich und zugleich objektiv wirkliche These (Satz, Satzung) enthält in

sich oder treibt aus sich heraus ihre Antithese (Gegensatz, Gegensetzung); beide vereinigen sich unter Aufhebung des Gegensatzes in der Synthese (Zusammensetzung); diese wirkt sich wiederum als These aus, aus ihr entsteht die Antithese, und der dialektische Prozeß, der dialektische Dreisatz von These – Antithese – Synthese, läuft im Denken und Sein weiter, bis zum guten Ende der Weltgeist völlig in sich eins geworden ist, also bis zum Ende der Dinge.

Die Okkulten, wie der bekannte Dr. Karl Strünckmann [2]) mit Gefolgschaft u. v. a. m., die französische Synarchie nicht ausgenommen [3]), bedienten sich der Hegel'schen Dialektik, um den Gang der Weltgeschichte nach dem Dreisatz These – Antithese – Synthese zu deuten und vorauszubestimmen. Mit einiger Gewalt lassen sich die historischen Ereignisse, der Ablauf des Weltgeschehens, in diesen Dreisatz hineinzwängen, und die „Armanen" erfreuten sich an den Gedankenspielereien, die als „Prognosen" für die Zukunft propagiert wurden.

Die sowjetische philosophische Literatur basiert auf Hegel. In Übereinstimmung mit ihm erklärten die beiden Philosophieprofessoren Judin und Rosental [4]): „Die Dialektik ist die Wissenschaft von den allgemeinen Entwicklungsgesetzen in der Natur, in der menschlichen Gesellschaft und im Denken." Natürlich lehnen sie den Hegel'schen „Weltgeist" entschieden ab wie seine ganze spiritualistische Lehre. Für die Marxisten ist Hegel ein „Idealist", ein „Reaktionär" und ein „Lakai des preußischen Imperialismus". Die Dialektik dagegen ist nach Stalin „die Seele des Marxismus". Auch Lenin empfahl dringend das Studium der Hegel'schen Dialektik.

Nach Engels umfaßt die Dialektik drei Gesetze [5]):

„Das Gesetz des Überganges von der Quantität zur Qualität und umgekehrt; das Gesetz von der gegenseitigen Durchdringung der Gegensätze und das Gesetz der Negation (Verneinung) der Negation."

Nach Bochenski teilt Stalin die Dialektik in vier Abschnitte ein:

„Alle Phänomene (Erscheinungen) sind untereinander verbunden; sie sind alle in der Entwicklung; diese Entwicklung vollzieht sich in dialektischen Sprüngen; die Triebkraft ist der ‚Kampf' der Gegensätze" [6]).

Hierzu Stalin:

„Im Gegensatz zur Metaphysik betrachtet die Dialektik die Natur nicht nur als zufällige Anhäufung von Dingen, von Erscheinungen, die voneinander losgelöst, voneinander isoliert und voneinander nicht abhängig wären, sondern als zusammen-

---

[2]) „Hitler und die Kommenden", „Deutschlands Rolle im Weltgeschehen" u. a., siehe auch G. Pinning: „Vor einem neuen Äon", Verlag Hohe Warte, Pähl.

[3]) G. Pinning: „Wer steht hinter de Gaulle?", Verlag Hohe Warte, Pähl.

[4]) „Kratkij filosofskij slowarj" („Kurzes philosophisches Wörterbuch"), 1940, 1954.

[5]) „Dialektik der Natur", 1927.

[6]) „Der sowjetrussische dialektische Materialismus", 1956.

hängendes einheitliches Ganzes, wobei die Dinge, die Erscheinungen miteinander organisch verbunden sind, voneinander abhängen und einander bedingen" [7]).

Diese Lehre scheint direkt von Hegel übernommen worden zu sein, der behauptete, daß die Beziehungen zu anderen Individuen und zum Ganzen das Wesen des Individuums ausmachen, so daß es in ihm nichts außer diesen Beziehungen gebe, und sagte: „Das Wahre (d. h. das wahrlich Wirkliche) ist das Ganze" [8]). Doch die Diamatiker lehren, daß die Einheit der Welt ausschließlich in „ihrer Materialität" bestehe [9]).

Somit spielt auch die Ursächlichkeit (Kausalität) eine wichtige Rolle in der sowjetischen philosophischen Literatur und wird definiert als

„eine philosophische Kategorie für die Definition der objektiven Bindung der Erscheinungen der materiellen Welt, in welcher eine Erscheinung (Ursache) eine andere Erscheinung (Wirkung der Folge) erzeugt" [10]).

Diese Ursächlichkeit hat im Diamat einen objektiven Charakter. Die der „idealistischen" Richtung eigene „subjektivistische Linie in der Frage der Kausalität" wird von Lenin (Werke, Band 14, Seite 142) scharf abgelehnt, weil sie

„nicht nur die menschliche Vernunft von der Natur losreißt, nicht nur die erste der letzteren gegenüberstellt, sondern die Natur zu einem Teil der Vernunft macht, anstatt die Vernunft für ein Teilchen der Natur zu betrachten".

Mithin ist der Diamat eine streng deterministische Lehre, wobei der Determinismus als

„eine materialistische Lehre von der kausalen Bedingtheit aller Erscheinungen, damit auch des menschlichen Willens" definiert wird, „im Gegensatz zum idealistischen Indeterminismus, der antiwissenschaftliche Behauptungen verteidigt vom Vorhandensein ursachlosen Zufalls und von der absoluten Freiheit des menschlichen Willens" [11]).

Da der Determinismus des Diamat „dialektisch" und nicht „mechanisch" ist, erkennt er auch den „Zufall" an. Danach ist das zufällig, was unabhängig von den in Frage stehenden inneren Gesetzen des Seins entsteht. Ein Beispiel: das Wachstum einer Pflanze ist notwendig, fest bestimmt; ihre Zerstörung durch Hagel ist zufällig. Das Zufällige ist das relativ Seltene, nicht Regelmäßige. Unter diesem Gesichtswinkel wäre also der Zufall eine Form der Notwendigkeit, „dialektisch" an sie gebunden.

Der Diamat lehnt also den freien menschlichen Willen ab. Trotzdem wird viel von „Freiheit" gesprochen. Engels schreibt aber:

„Nicht in der geträumten Unabhängigkeit von den Naturgesetzen liegt die Freiheit, sondern in der Erkenntnis dieser Gesetze und in der damit gegebenen Möglichkeit, sie planmäßig zu bestimmten Zwecken wirken zu lassen."

---

[7]) „Über dialektischen und historischen Materialismus."

[8]) „Phänomenologie des Geistes."

[9]) Lenin: „Materialismus und Empiriokritizismus."

[10]) „Gr. sow. Enzyklodädie." [11]) a. a. O.

Und:

„Erst wenn die Menschen mit vollem Bewußtsein ihre Geschichte selbst gestalten ..., wird dies ein Sprung aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit sein" [12]).

Mit anderen Worten wird der Mensch, der selbst durch die Gesetze, die sein Sein regieren, determiniert ist, frei genannt, wenn er in der Lage ist, die äußere Natur zu beherrschen. Der zweite Satz bezieht sich indirekt auf die Grundgedanken von Marx: im Kapitalismus werde die Wirtschaft (Ökonomie) und folglich das gesamte Leben des Menschen von den von ihm unabhängig waltenden Gesetzen beherrscht; er stehe unter der Herrschaft des „Fetischismus". Die Freiheit (von diesen Gesetzen) wird nur durch den Kommunismus gewährleistet, in dem die Wirtschaft bewußt gelenkt wird. Allerdings wird die Wirtschaft auch in anderen totalitären Staaten bewußt gelenkt – doch das wußte Karl Marx noch nicht, sonst hätte er den nationalsozialistischen Staat als Vorläufer seines Idealstaates gefeiert. Die Freiheit sei also „erkannte Notwendigkeit" [13]).

„Im Gegensatz zur Metaphysik betrachtet die Dialektik die Natur nicht als einen Zustand der Ruhe und Unbeweglichkeit, des Stillstands und der Unveränderlichkeit, sondern als Zustand unaufhörlicher Bewegung und Veränderung, unaufhörlicher Erneuerung und Entwicklung"

schreibt Stalin [14]). Dabei verlaufe dieser Entwicklungsprozeß nicht als Kreisbewegung, sondern als Bewegung in aufsteigender Linie. Diese These erinnert stark an die theosophische Lehre von der spiralförmigen Aufwärtsentwicklung [15]). Die Entwicklung verlaufe „von Einfachem zu Kompliziertem, von Niederem zu Höherem" [16]). Nach dem Diamat sei alles in Bewegung; diese sei nicht kreisförmig, sondern linear; sie sei aufsteigend in Richtung zu immer komplizierteren, also auch besseren Formen. Hier dokumentiert sich deutlich der optimistische Glaube der Diamatiker an einen unendlichen Fortschritt.

Da aber die Materie ewig ist (siehe vorhergehenden Aufsatz), unterliegen also ihre Substanz, und nach Lenin auch ihre Entwicklungsgesetze, keinerlei Veränderung.

„Ein Gesetz ist eine Wiederspiegelung dessen, was in der universalen Bewegung wesentlich ist",

sagte Lenin [17]). Das Gesetz sei folglich objektiv und absolut. Dieser absolute Charakter des Gesetzes müsse aber „dialektisch" begriffen werden. Er schließe

---

[12]) „Anti-Düring".

[13]) „Gr. Sow. Enzyklopädie."

[14]) „Über den dialektischen und historischen Materialismus."

[15]) Siehe G. Pinning: „Vor einem neuen Äon", Verlag Hohe Warte, Pähl.

[16]) „Über dialektischen und historischen Materialismus."

die Relativität und die historische Gebundenheit der Gesetze nicht aus. Das Gesetz, nach dem das Wasser zwischen 0 ° und 100 ° flüssig bleibt, gilt vermutlich auf dem Mond nicht mehr. Doch „der Unterschied zwischen Relativem und Absolutem (sei) nur relativ", sagt Lenin, und: es gebe im Relativen Absolutes.

Hier muß noch bemerkt werden, daß der Diamat die Entwicklung in einem streng zeitlichen Sinn versteht: es gebe nichts außerhalb der Zeit.

Die marxistische Dialektik betrachtet nach Stalin

„den Entwicklungsprozeß ... als eine Entwicklung, die von unbedeutenden und verborgenen quantitativen Veränderungen zu sichtbaren Veränderungen, zu grundlegenden Veränderungen, zu qualitativen Veränderungen übergeht, in welcher die qualitativen Veränderungen nicht allmählich, sondern rasch, plötzlich, in Gestalt eines sprunghaften Überganges von dem einen Zustand zu dem anderen Zustand eintreten, als Ergebnis der Ansammlung unmerklicher und allmählicher quantitativer Veränderungen".

Hier sind folgende wesentliche Thesen enthalten: es gibt eine Notwendigkeit; es gibt qualitative Veränderungen; diese vollziehen sich in Sprüngen; der Sprung ist das Ergebnis quantitativer Veränderungen.

Der dialektische Materialismus erkennt somit einen radikalen Unterschied zwischen roher Materie und Leben, zwischen Leben und Bewußtsein, zwischen Empfindung und Begriff, zwischen dem kapitalistischen und sozialistischen System. Dieser Unterschied ist qualitativ. Die Welt ist somit nicht uniform, sondern hat verschiedene Seinsstufen. Diese Lehre nennt man „kategorialen Pluralismus".

Die „Qualität" ist nach dem Diamat von ihrem Träger untrennbar: „Wenn man die Qualität ausschaltet, hört der Gegenstand selbst auf zu sein" [19]). Daraus folgt, daß in der Entwicklung wesentlich neue Formen entstehen. Der Diamat ist also bis heute bei Darwin stehen geblieben, ungeachtet aller neuen Erkenntnisse der Naturwissenschaft.

Die Theorie der „Sprünge", in denen sich die Entwicklung vollzieht, hat eine große Bedeutung in der Revolutionstheorie und -Praxis. Wir werden darauf noch zurückkommen.

Der revolutionäre Charakter der Dialektik wird besonders unterstrichen durch die Stalin'sche These:

„Im Gegensatz zur Metaphysik geht die Dialektik davon aus, daß den Naturdingen, den Naturerscheinungen innere Widersprüche eigen sind, denn sie alle haben ihre negative und positive Seite, ihre Vergangenheit und Zukunft, ihr Ablebendes

[17]) „Philosophische Hefte."
[18]) „Über dialektischen und historischen Materialismus."
[19]) „Kratkij filosofskij slowarj."

und sich Entwickelndes, daß der Kampf dieser Gegensätze, der Kampf zwischen Alt und Neu, zwischen Absterbendem und sich Entwickelndem, den inneren Gehalt des Entwicklungsprozesses, den inneren Gehalt des Umschlagens quantitativer Veränderungen in qualitative bildet" [20]).

Diese „Gegensätze" werden im Diamat durch folgende Beispiele illustriert: „+ und —, Differential und Integral, Wirkung und Gegenwirkung, positive und negative Elektrizität, Verbindung und Dissoziation der Atome, Klassenkampf" [21]). Diese Gegensätze, die „kontradiktorischen Faktoren", seien nicht nur einander entgegengesetzt, sondern sie bedingen auch einander, so wie man einen magnetischen Pol nicht ohne den anderen begreifen könne.

Das dürfte über die Dialektik im dialektischen Materialismus genügen. Die praktische Anwendung dieser Lehre sowie der Lehre vom Materialismus werden wir in der nachfolgenden Arbeit über den „historischen Materialismus" betrachten.

(Fortsetzung folgt)



B 5727 D München, 23. 1. 1961 Folge 2 / 13. Jahr

Was soll verschleiert werden?

Von Karl von Unruh

Zeitschrift für Geistesfreiheit

Der Diamat

Von German Pinning

3. Der historische Materialismus und seine Folgen

Die Diamatiker, die Marxisten, behaupten, der dialektische Materialismus sei eine Philosophie. Ich glaube, in den vorhergehenden Aufsätzen nachgewiesen zu haben, daß er keine Philosophie, sondern eine Art Religion ist. Er ist eine Weltreligion neuer Art, und wie jede Universalreligion dogmatisch, dynamisch und fanatisch. Eine Philosophie deutet die Welt, versucht die „letzten Fragen" zu beantworten und beeinflußt den „Lauf der Welt" durch Aufstellung einer Moral indirekt.

Nicht so der dialektische Materialismus mit seinem Anhängsel, dem historischen Materialismus. Engels schreibt: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern" [1]). Hier wird bereits der enge Zusammenhang zwischen Theorie und Praxis angedeutet, der von Lenin und seinen Nachfolgern noch mehr verdichtet wurde. Nach dem „klassischen" (Hegel'schen) dialektischen Dreisatz von „These, Antithese, Synthese" heißt es bei Lenin: „Von der lebendigen Anschauung zum abstrakten Gedanken und von diesem zur Praxis: das ist der dialektische Weg von der Erkenntnis der Wahrheit" [2]). An anderer Stelle sagt er: „Das menschliche Denken ist dann ‚ökonomisch', wenn es die objektive Wahrheit richtig abbildet, und das Kriterium dieser Richtigkeit ist die Praxis, das Experiment, die Industrie" [3]).

Bei dieser Einstellung ist es kein Wunder, daß die sowjetische Wissenschaft an den Diamat gefesselt ist. Es sind zahlreiche Fälle bekannt, daß wissenschaftliche Erkenntnisse deshalb verworfen und verdammt wurden, weil sie in den starren Dogmenrahmen des Diamat nicht hineinpaßten. Andere wurden als wissenschaftliche Wahrheit angenommen, weil sie diesen Dogmen zu entsprechen schienen. Ich erinnere hier an den Fall des Biologen Lyssenko, der unter Stalin zu den „Klassikern" zählte, später als „Betrüger" verurteilt wurde und nunmehr wieder zu Ehren gekommen zu sein scheint. Seine wissenschaftlichen Gegner, die „Mendelisten", d. h. die Vertreter der Mendel'schen Theorie, werden auch heute noch abgelehnt und in der Presse angegriffen. Professor Bochenski meint [4]) mit Recht, daß „alles, was die russische Wissenschaft an Positivem geleistet hat (und das ist – auch seit 1917 – nicht wenig) nicht infolge,

---

[1]) „Ludwig Feuerbach u. d. Ausgang d. klassischen deutschen Philosophie".
[2]) „Philosophische Hefte."
[3]) „Materialismus und Empiriokritizismus."
[4]) „Sow.-russ. dialektischer Materialismus."

sondern trotz der Anwendung der Dialektik geschaffen wurde. Wo immer die Anwendung versucht wurde, kam es zur Hemmung, ja manchmal sogar zur Zerstörung der wissenschaftlichen Forschung."

Die seelenlose und seelentötende Religion des Marxismus findet ihren Niederschlag in ihrer Anwendung auf die Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens, dem „historischen Materialismus". Dieser hat seine Grundlage in der philosophischen These des dialektischen Materialismus, nach der „die Natur, das Sein, die materielle Welt primär . . ., das Bewußtsein, das Denken aber sekundär, abgeleitet . . ." sei [5]). Aus dieser These konstruierte Lenin seine Lehre von der „Widerspiegelung", nach der das Bewußtsein und der Geist im allgemeinen eine Widerspiegelung des erkannten Gegenstandes seien. Danach sind also die Natur, das Sein, die materielle Welt Objekte der Erkenntnis. Das Denken sei entweder eine Funktion, ein Produkt oder eine Begleiterscheinung der Materie, d. h. des menschlichen Körpers.

Diese Deutung liegt dem „historischen Materialismus" zugrunde. Auf diese These fußend, sagt Stalin: „. . . daraus folgt, daß das materielle Leben der Gesellschaft, ihr Sein ebenfalls, das Primäre, das Ursprüngliche ist, ihr geistiges Leben dagegen das Sekundäre, das Abgeleitete . . ., daß das geistige Leben der Gesellschaft aber eine Widerspiegelung dieser objektiven Realität, eine Widerspiegelung des Seins" sei [6]). Das geistige Leben der Gesellschaft ist danach ein Reflex ihres materiellen Lebens. Nach Stalin „muß man die Quelle des geistigen Lebens in den materiellen Lebensbedingungen der Gesellschaft, in dem gesellschaftlichen Sein suchen, dessen Abbild diese Ideen, Theorien, Anschauungen usw. sind" [7]). Auf diesen Lehrsatz baut sich der historische Materialismus auf.

Geographische, demographische, rassische Faktoren gelten zwar auch als „materielle Lebensbedingungen der Gesellschaft", aber nicht als bestimmende, denn der Hauptfaktor, der der Gesellschaft das Gepräge gibt, ist die Art und Weise der Gewinnung der Mittel für den Lebensunterhalt. Die Art und Weise der Gewinnung der Lebensunterhaltsmittel setzt sich aus zwei Elementen zusammen: den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen der Menschen.

Zu den Produktivkräften gehören: 1. Produktionsmittel (Werkzeuge usw.) 2. Menschen, die sie bedienen, 3. Produktionserfahrung und 4. Beherrschung der Arbeit. Mit anderen Worten bildet den Menschen die Art der Werkzeuge, die er bedient, daraus ergeben sich die Arbeitserfahrung und die Fertigkeit in der Verrichtung der Arbeit. Man ist versucht, hier den alten Streit darüber zu sehen, ob das Ei oder das Huhn zuerst da war. Nach dieser Lehre sieht es so

[5]) Stalin: „Über den dialektischen Materialismus."

[6]) daselbst.

[7]) daselbst.

aus, als hätten z. B. die Steinwerkzeuge den Menschen zu dem gemacht, was er wurde.

Die Produktion weist drei Merkmale auf: sie ist stets im Zustand der Veränderung; die Veränderung beginnt immer mit der Veränderung der Produktionsmittel (Werkzeuge); die in Abhängigkeit davon veränderten Produktionsverhältnisse sowie auch die Produktionskräfte entstehen bereits im Schoß der alten Gesellschaft. Der Mensch sei nicht frei in der Wahl der Produktionsweise. Verbessert er seine Produktionswerkzeuge, so wird er sich dessen nicht bewußt, welche sozialen Verhältnisse diese Verbesserung bewirken würden. In der Entwicklung der Produktivkräfte gebe es fünf Hauptetappen und fünf Grundtypen oder „Formationen" von Produktionsverhältnissen, die ihnen entsprechen: Die Produktionsverhältnisse 1. der Urgemeinschaft (Steinwerkzeuge, Pfeil und Bogen); 2. der Sklaverei (Metallwerkzeuge und Waffen); 3. des Feudalismus (Pflug und Webstuhl); 4. des Kapitalismus (Maschinen) und 5. des Sozialismus (mechanisierte Großindustrie).

Selbst einem oberflächlichen Beobachter dürfte es klar sein, daß diese starren Rahmen der Entwicklung nicht stimmen. Diese Lehre geht von der heute als irrig erkannten Anschauung aus, daß alle Völker genau die gleichen Entwicklungsstufen durchgemacht hätten, ohne Rücksicht auf ihre rassischen und völkischen Eigenarten. Wir wissen aber z. B., daß der älteste – und bereits vollkommene – Pflug in Europa keineswegs aus dem Mittelalter (also der Feudalzeit) stammt, sondern aus dem vorchristlichen Germanien. Mechanisierte und automatisierte Großindustrie ist nicht etwa ein Merkmal des Sozialismus, sondern sie ist im kapitalistischen Westen entstanden und entwickelt sich dort eigentlich erfolgreicher als im sozialistischen Osten. Aber damit wenigstens diese These stimmt, wird die Industrialisierung der Ostblockländer, die zum Teil früher wohlhabende Agrarländer waren, gewaltsam vorwärtsgetrieben.

Mit anderen Worten hat, wie schon Engels gesagt hat, die Arbeit den Menschen geschaffen, und sie bestimmt sein Denken. Die heute maßgebenden Diamat-Philosophen Judin und Rosenthal lehren: „Das menschliche Denken ist ein gesellschaftliches Phänomen und kann nicht ohne die Geschichte der Gesellschaft verstanden werden" [8]). Das Primäre in dieser Lehre ist also nicht das Denken, die Theorie, sondern die Praxis, in der die Theorie ihren Ursprung hat.

Der Marxismus und seine „Philosophie" dienen den Interessen einer bestimmten Klasse, dem Proletariat, und deren einzig berufenem Vertreter, der Partei. Diese Partei ist zugleich der höchste Punkt der gesellschaftlichen Entwicklung. Somit dient der Diamat zugleich auch dem „Fortschritt", an den seine Verfechter blindlings glauben.

Diese These erklärt und rechtfertigt das Prinzip der Parteilichkeit der marxistischen Lehre. „Die parteilosen Leute sind in der Philosophie ebensolche hoff-

nungslosen Stümper wie in der Politik", lehrte Lenin [9]). Und in der führenden philosophischen Zeitschrift der SU fordert ein gewisser Maslina „einen bolschewistischen Parteigeist in den Problemen der Psychologie", die ein Bestandteil der Philosophie ist. Borchenski schreibt [10]):

„Der Kampf gegen den apolitischen und objektiven Charakter der Philosophie scheint in der Tat einer der wichtigsten Züge der heutigen kommunistischen Philosophie zu sein.

Das kann auch nicht anders sein: denn die kommunistische Philosophie will ja die gesellschaftliche Theorie der kommunistischen Partei sein, die sich als Partei des Proletariates betrachtet. Sie ist die Waffe der Partei und könnte also gar nicht neutral oder objektiv sein."

Diese Parteilichkeit erstreckt sich auch auf die Gebiete der Moral, der Kunst und der Religion. Über die viel berufene kommunistische Moral lehrt Lenin:

„Sittlich und moralisch ist nur, was zur Zerstörung der alten Welt beiträgt, zur Abschaffung der Ausbeutung und Armut, alles das, was die neue sozialistische Gesellschaft unterstützt."

Das ist die alte englische Devise: „Right or wrong — my country" ins Proletarisch-Kommunistische übersetzt. Zur Illustration der Auswirkung dieser furchtbaren Moral in der Praxis eine kurze Geschichte

Ein Bauernjunge aus Sibirien, richtiger vom Ural, Pawlik (Paulchen) Morosow „entlarvte" seinen Vater, der damals Vorsitzender des Dorfsowjets war und angeblich mit falschen amtlichen Dokumenten handelte. Der Vater wurde daraufhin (1930) „liquidiert", d. h. erschossen. Außerdem beteiligte sich der hoffnungsvolle Jungkommunist an der Beschlagnahme von Getreide bei den „Kulaken", worauf ihn diese schließlich umbrachten. Pawlik Morosow wird – z. B. in der „Großen Enzyklopädie" – als „Musterbeispiel der Pionier-Pflichterfüllung" und seine Taten als heroischer Kampf" gefeiert. In diesem Sinne werden die „Pioniere", eine Art kommunistische HJ, erzogen.

Die Kunst sei eine Form der gesellschaftlichen Erkenntnis und zugleich eine Widerspiegelung der Realität. Auch sie müsse parteilich sein, weil sie „die Widerspiegelung der Ideale der verschiedenen Klassen" ist. Das Schöne, das sie zum Ausdruck bringt, bringen muß, ist eine Widerspiegelung „des Kampfes der sowjetischen Nation". Daraus ergibt sich der sogenannte „sozialistische Realismus", der uns Deutsche lebhaft an die amtliche Kunst des Dritten Reiches erinnert [11]).

Daß der Marxismus eine schroff ablehnende Haltung der Religion gegenüber einnimmt, dürfte nicht verwunderlich sein. Er leugnet alle religösen Werte. Mag er einmal – wie gerade gegenwärtig – eine versöhnliche Haltung Kirchen

---

[8]) „Kurzes philosophisches Wörterbuch", Abschnitt „Das Denken".

[9]) „Materialismus und Empiriokritizismus."

[10]) „Der russische dialektische Materialismus."

[11]) s. a. mein Buch „Enträtseltes Rußland", Verlag Hohe Warte, Pähl.

gegenüber einnehmen, so ist das nur dialektische Taktik. Am Wesen wird sich dadurch nichts ändern. Heute bedient sich der Kommunismus der Kirchen, namentlich der orthodoxen Kirche, in seiner vielberufenen „Friedenspropaganda", weil er sie zu diesem Zweck braucht. Lenin hat sich über den Punkt mehrfach ganz eindeutig ausgelassen.

Faßt man die kommunistische Wertlehre, wie sie sich aus dem dialektischen und historischen Materialismus ergibt, zusammen, so kann man feststellen: Der Diamat verneint die Existenz religiöser Werte; ästhetische Werte werden zwar nicht abgelehnt, doch den moralischen als untergeordnet bewertet; moralische Werte aber sind reine Nützlichkeitswerte: was der Partei dient, ist gut.

4. Zusammenfassung

Betrachtet man die seelentötende Lehre des dialektischen Materialismus und des historischen Materialismus als Ganzes, so ergeben sich daraus folgende Behauptungen:

Das Primäre in der Welt ist die Materie; sie ist ewig und dauernd in Bewegung, in der Entwicklung.

Die Entwicklung geht über allmähliche quantitative Veränderungen zu qualitativen Veränderungen, die in Sprüngen eintreten. Aus einfachen Dingen entwickeln sich umfassende und somit vollkommenere (Fortschrittsglaube).

Dieser Satz gilt auf allen Gebieten des Lebens unseres Planeten und aller anderen Planeten auch: auf dem anorganischen und dem organischen Gebiet, in der Welt der Botanik, der Zoologie und der Biologie überhaupt, aber ebenso auch auf dem Gebiet der menschlichen Gesellschaft.

Die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft wird durch die Arbeit bedingt, durch die Werkzeuge, die zur Verrichtung dieser Arbeit dienen.

Im Gegensatz zum Entwicklungsglauben bildet die Endphase der Entwicklung die kommunistische Gesellschaftsform. Der dialektische Materialismus ist die absolute Wahrheit, die dem Proletariat von den „Klassikern" des Marxismus eröffnet worden ist. Alle abweichenden oder gegensätzlichen Meinungen müssen naturnotwendig Irrtümer sein. Sie würden nur die Entwicklung verlangsamen, also dürfen sie nicht geduldet werden.

Man könnte daraus entnehmen, daß sich die menschliche Gesellschaft gesetzmäßig zum Kommunismus entwickeln würde. Eine Revolution wäre also nicht erforderlich. Hier weist die Lehre aber wieder einen der wichtigsten logischen Knicke auf, die den Diamat auch sonst auszeichnen: der Marxismus lehrt, daß die fortschrittlichste Klasse die Arbeiterklasse, das Proletariat, sei und daß diese Klasse die Aufgabe habe, durch gewaltsame Revolution den erstrebten Idealzustand herbeizuführen. Das Proletariat habe also in die Entwicklung einzugreifen und sie erst zu ermöglichen.

Die Vertreterin der Belange des Proletariates ist, wie gesagt, die kommunistische Partei. Sie ist im Besitz der absoluten Wahrheit, der Lehre. Sie bringt naturgesetzmäßig die Männer hervor, die im gegebenen Augenblick die Führung übernehmen. Es ist ein Naturgesetz, daß die Partei stets die erforderlichen Führerpersönlichkeiten mit allen benötigten Fähigkeiten hervorbringt. Die Zeit, das Milieu zeugen diese Persönlichkeiten. Außerhalb ihrer Zeit und ihrer Umgebung wären sie nichts – oder etwas anderes.

In der Verfolgung des Endzieles sind alle Mittel erlaubt und moralisch. Somit sind der Tscheka-Terror der kriegskommunistischen Epoche, die blutigen Säuberungen und planmäßig herbeigeführten Hungersnöte der Stalinära, die brutale Unterdrückung des deutschen und des ungarischen Aufstandes, die Erpressungs-, Einschüchterungs- und Verleumdungstaktik Chruschtschows in der UNO moralisch.

Es ist moralisch, jeden Gegner der marxistischen Ideologie herabzusetzen, zu beschimpfen, zu verleumden, wenn man schon nicht die Macht hat, ihn zu vernichten. Es ist moralisch, in der Verfolgung des Endzieles, der Weltrevolution, von brüderlicher Liebe und uneigennütziger Hilfe für die unterentwickelten Länder zu reden, in der festen Absicht, sie über kurz oder lang in das Zwangslager des Weltkommunismus einzupferchen.

Das Individuum, die Persönlichkeit, spielt innerhalb des Kommunismus keine Rolle. Die „Gesellschaft" ist alles. Die einzelnen Menschen haben nur zu arbeiten – und für die Weltrevolution zu kämpfen. Denn das ist die vornehmste Aufgabe des Menschen. Der absolute Wertbegriff der Lehre fordert unbedingte Aufopferung und Anstrengung aller Kräfte. Arbeit, Normerfüllung und Kampf sind der Sinn des Lebens, ein Dogma, dem unbedenklich alles geopfert wird, was das Leben lebenswert macht: die Entwicklung der Individualität, die persönliche Freiheit.

Eine philosophische Auseinandersetzung mit dem Diamat möchte ich Berufeneren überlassen. Professor Bochenski schreibt in seinem mehrfach erwähnten Buch, daß der dialektische Materialismus „nichts anderes (sei) als ein verfehlter Versuch, die Grunddogmen des Denkens des 19. Jahrhunderts in ihrer Zerrissenheit, mit ihrem überspitzten Rationalismus, Evolutionismus und Monismus einheitlich zu formulieren und dogmatisch, als eine ewige Wahrheit, festzulegen. Von diesem Standpunkt aus enthüllt sich der dialektische Materialismus als eine reaktionäre Lehre, die den Gedanken auf dem Niveau, das er längst überwunden hat, festhalten möchte."

Die russischen dialektischen Materialisten und deren Mitläufer im Westen erheben den Anspruch, die „einzige wissenschaftliche Philosophie" zu besitzen. Es ist Aufgabe der Fachleute, hierzu vom philosophischen und naturwissenschaftlichen Standpunkt Stellung zu nehmen. Ich glaube, in meiner Arbeit die Unrichtigkeit dieser Behauptung an einigen Beispielen nachgewiesen zu haben.



B 5727 D München, 23. 6. 1960 Folge 12 / 12. Jahr

Antisemitische Passion?

Von Walter Löhde

Zeitschrift für Geistesfreiheit

Humanismus – oder . . . ?

Von German Pinning

Nachdem die verschwindende Minderheit der bolschewistischen Partei durch beispiellosen Terror und in langen Bürgerkriegen die Macht im Russischen Reich erobert hatte, war sie natürlich bestrebt, die Macht auch zu erhalten. Die inzwischen sagenhaft gewordene „Tscheka" (Tschreswytschajnaja Komissija = außerordentliche Kommission) unter Felix Dsershinskij begann, das ganze riesige Land mit einem dichten Netz der Bespitzelung, Denunzierung und Spionage zu überziehen. Die Nachfolger Dsershinskijs, Menshinskij, Jagoda, Jer-

schov und Berija vervollkommneten das Werk so, daß in der Sowjetunion nichts geschehen konnte, was der GPU (Glawnoje politítschesкoje upravlenije = Politische Hauptverwaltung), später dem NKWD (Narodnyj komissariat wnutrennich djel = Volkskommissariat des Inneren), nach diesem dem MWD (Ministertwo wnutrennich djel = Innenministerium) und MGB (Ministerstwo gossudarstwennoj besopasnosti = Staatssicherheitsministerium) spätestens nach wenigen Tagen nicht bekannt wurde. Ein unsichtbares Heer von „sekssots", Geheimagenten, hatte seine Augen und Ohren überall und arbeitete mit gutem Erfolg. Kein Sowjetbürger wußte von seinem Nachbar, seinem Freund, von seinen Verwandten, ob sie nicht samt und sonders im Dienst der Geheimpolizei standen. Der Vater mißtraute seinem Sohn, der Mann seiner Frau und umgekehrt. Ein bedrücktes Schweigen herrschte im Lande, aber auch ein Schweigen konnte gefährlich werden, da ein eifriger Spitzel bereits darin eine oppositionelle Einstellung erblicken durfte.

Tausende und Abertausende wanderten in die „Arbeits- und Besserungslager", starben bei den großen Bauvorhaben in den unwirtlichsten Gegenden der Union, am Bjelomorkanal, am Narym, in Magadan. Von vielen neuen Eisenbahnstrecken, die in diesen Jahren entstanden waren, sagte man, daß ihre Schienen auf den Knochen der dort verendeten Zwangsarbeiter ruhen. Und in den Kellern der Lubjanka, in zahllosen anderen Gefängnissen, fielen viele Tausende dem Nackenschuß zum Opfer.

Nach dem Tode Stalins und dem Fall Berijas ließ der Druck des entnervenden allgemeinen Mißtrauens allmählich nach. Die Völker der Union atmeten auf – erst zaghaft und vorsichtig, dann immer freier. Es zeichneten sich bald sogar, zuerst schwache und unschlüssige, dann aber deutlichere Anzeichen einer Opposition ab – und, oh Wunder, es knallten keine Genickschüsse, es erfolgten nicht einmal Verhaftungen und Zwangsverschickungen. Die Sowjetmenschen trauten ihren eigenen Sinnen nicht. Zwar rügte die Parteipresse – und eine andere gibt es in der UdSSR gar nicht – derlei „Abweichungen", prangerte sie zuweilen als „Revisionismus" und „Rückfall in die bourgeoise Dekadenz" usw. an. Auch die zuständigen Berufsorganisationen traten auf den Plan, und ihre Sprache gemahnte bedenklich an die Lenin-Stalin-Zeiten. Aber es war eben nur Sprache. Weder Pasternak noch Dudinzew hatten ihrer Bücher wegen die Härte der „sozialistischen Gerechtigkeit" zu spüren bekommen. Sie leben und arbeiten weiter – zwar leicht verfemt und in ihrem Schaffen eingeschränkt, aber immerhin. Unter Stalin wären sie längst tot und vergessen gewesen.

Wie in Stalinzeiten wurden auch Politiker und Militärs „abserviert" – aber auch diese wurden nicht „liquidiert". Molotow, Malenkow, Bulganin, Kaganowitsch, Shukov – sie wurden lediglich abgesetzt, obgleich die gegen sie

erhobenen Beschuldigungen unter Stalin mehr als genügt hätten, um ihnen die berühmten „neun Gramm", eine Kugel ins Genick, zu verschaffen.

Das berüchtigte MWD wurde entmachtet, die „Arbeits- und Besserungslager" aufgelöst – wenigstens behaupten es die amtlichen Stellen und die Presse. Wo die Millionen Lagerinsassen verblieben sind, vor allem die Politischen, bleibt allerdings unklar. Das MGB wurde reduziert, in ein KGB, Komitee für Staatssicherheit, umgewandelt, das Strafgesetzbuch einer Revision unterzogen, humanisiert. Die Todesstrafe wurde auf Kapitalverbrechen beschränkt. Es schien eine neue Aera in der Sowjetunion anzubrechen.

Als eine ganz besonders humanistische Reform wurde in Presse und Radio eine direkt revolutionär anmutende Neuerung propagiert. Der Mensch, sagt der Diamat, sei gut. Nur die Umwelt, die sozialen Verhältnisse machen ihn zum Verbrecher. In einer sozialistischen Umgebung sind es nur noch die Eierschalen der im Grunde überwundenen kapitalistischen Welt, die einzelne Sowjetbürger von dem Pfad der Tugend ablenken. Durch Aufklärung, Belehrung durch das „Kollektiv", würde jeder Gestrauchelte besser werden.

So wurden in der Justizreform die „Genossenschaftsgerichte" vorgesehen, denen gewisse Vergehen und leichtere Verbrechen zur Behandlung überwiesen wurden. Diese Genossenschaftsgerichte dürfen Ermahnungen, Rügen usw. aussprechen und leichtere Geldstrafen verhängen – außerhalb der ordentlichen Berufsjustiz, die auf diese Weise stark entlastet wird.

Darüber hinaus enthält das „Projekt eines Dekrets über die Steigerung der Rolle der Öffentlichkeit im Kampf gegen die Kriminalität" eine Bestimmung, nach der „das Gericht wie die Staatsanwaltschaft und die Miliz" (Polizei) „auf Eingabe des Kollektivs Personen gegen Bürgschaft des letzteren auf Bewährung entlassen kann, die sich keiner böswilligen oder besonders gesellschaftsgefährdenden Verbrechen schuldig gemacht haben". Mit anderen Worten, die Verantwortung für das weitere Verhalten des Gesetzübertreters wird dem sogenannten „Kollektiv" auferlegt. Unter dieser Bezeichnung wird die Betriebsgemeinschaft, die Kolchosbelegschaft, schließlich die Hausgemeinschaft verstanden. Verstößt ein Mitglied eines solchen „Kollektivs" gegen das Gesetz, nicht zu sehr, aber immerhin straffällig, dann darf das „Kollektiv" in einer öffentlichen Versammlung über diesen Gestrauchelten zu Gericht sitzen. Bei dieser Gelegenheit wird der Schuldige – es kann natürlich auch eine Schuldige sein – nach allen Regeln der Kunst „madig gemacht", bis er öffentlich und zerknirscht bereut und Besserung gelobt. Die Prozedur soll manchen Menschen derartig auf die Nerven gehen, daß sie es sogar vorziehen, durch ein ordentliches Gericht abgeurteilt zu werden und ihre Strafe abzusitzen. Die sogenannte „Zentralpresse", wie die „Jswestija" und die „Prawda", bringen hierüber in der letzten Zeit interessante Leserbriefe und Feuilletons.

In einem solchen Feuilleton verspotten die „Iswestija" die Neigung der Staatsanwaltschaft von Irkutsk, das oben genannte Projekt allzu dogmatisch und bürokratisch anzuwenden. Selbst wenn das begangene Verbrechen so beschaffen war, daß eine Abstellung des Verbrechers auf Bewährung nicht zulässig wäre, verlangt die Staatsanwaltschaft wenigstens ein Protokoll der Kollektivversammlung, in dem diese für den Verbrecher „bürgt". Es wurden im Feuilleton weitere Beispiele einer solchen bürokratischen Einstellung der Prokuratur angeführt, die sich durchaus humoristisch anhören. Aber das sind Auswüchse. Das Wesen der neuen Maßnahme ist durchaus nicht humoristisch.

Als während des zweiten Weltkrieges die Institution der Politkommissare und Politruks in der Truppe eine bedrohliche Empörung innerhalb des Offizierskorps auslöste und den Zusammenhalt innerhalb der Truppe in Frage stellte, wurde diese Institution kurzerhand abgeschafft. Aber diese Konzession dem Offizierskorps gegenüber wurde erst gewährt, nachdem anstelle der politischen Nebenführer der Einheiten eine andere Überwachungs- und Bespitzelungsorganisation aufgezogen war – die Organisation der „Partorgs" und „Komsorgs", der Partei- bzw. Komsomolorganisatoren, die die gleichen Funktionen der Überwachung der politischen Zuverlässigkeit der Truppe ausübte wie die abgeschafften Politruks und Politkommissare. Nebenher wurden die Vollmachten der NKWD-Vertreter bei den größeren Truppenverbänden – von der Division aufwärts – erweitert, um auch die Überwachung der militärischen Entschlüsse und Handlungen der Truppenführung zu gewährleisten. Also blieb alles beim alten.

Der Nachfolger des NKWD, das MWD, war durch diese Nachfolge kompromittiert. Es bildete zwar lange nicht mehr den Staat im Staate wie die alte Tscheka oder das GPU oder das NKWD der Jeshov und Berija, aber das Odium der Stalin'schen „Säuberungen" von 1937 haftete doch an dieser Organisation. So wurden seine Obliegenheiten noch unter Stalin insofern offiziell beschnitten, als die Verfolgung und Ermittlung in politischen Angelegenheiten der Kompetenz des MWD entzogen und dem streng konspirativ wirkenden MGB übertragen. Die gesamte politische Bespitzelung der Bevölkerung, der Beamtenschaft, der Militärs usw. wurde von diesem Ministerium übernommen. Da die Öffentlichkeit von dieser Tätigkeit nichts oder wenig wußte, fühlte sie sich durch die Entmachtung des MWD erleichtert, was auch der Zweck der Maßnahme war [1]).

Und als auch das MGB zu sehr gefürchtet und unbeliebt wurde, wurde es öffentlich reduziert und in ein harmloser erscheinendes „Komitee" umgewandelt. Immerhin wurde die Armee der Spitzel und Zuträger erheblich vermindert,

---

[1]) Näheres hierüber in meinem Buch „Enträtseltes Rußland", Verlag Hohe Warte.
[2]) „Der Quell", Folge 18, 1959: „Der ‚Sowjetmensch' — der ‚Technokrat'".

der furchtbare seelische Druck, der jahrzehntelang auf den Völkern der Union lastete, ließ, wie oben bereits gesagt, nach.

Aber dieses Lockern der Zügel brachte die Gefahr mit sich, daß sich im Lande tatsächlich eine Opposition, sogar eine organisierte Opposition bilden könnte. Noch trauen sich die oppositionellen Elemente nicht recht, ihre Initiative zu offen und zu organisiert zu zeigen. Aber die Vorgänge namentlich in den Kreisen der sogenannten „Intelligenz" – es sind Fälle bekannt, daß die von den „Zentralzeitungen" und den Berufsorganisationen als „Abweichler" usw. scharf kritisierten und angegriffenen Schriftsteller und Journalisten sich in ein trotziges Schweigen hüllten, anstatt „mea culpa" zu rufen, – und das Erstarken der „Technokraten", von dem ich an anderer Stelle [2]) berichtet habe, riefen eine ernste Besorgnis der Parteispitze und des angeblich so liberalen Partei- und Regierungsboß' Chruschtschow hervor. Man sann über Abhilfe, und das Ergebnis war das ominöse „Projekt".

Man griff auf die alte Parole der „Kritik und Selbstkritik" zurück. Versagte einer der Arbeiter oder der leitenden Angestellten eines Betriebes in irgendeiner Hinsicht – das Soll wurde nicht erfüllt, der Ausschuß überstieg die zugelassene Norm, die Versorgung klappte nicht usw., oder aber auch es geschahen Verstöße gegen die kommunistische Moral –, so wurde das Verhalten des dafür Verantwortlichen in einer Betriebsversammlung kritisiert, bis der Betreffende reumütig Selbstkritik übte und Besserung und Abhilfe gelobte. Das „Projekt" dehnt nun diese Praxis auch auf kriminelle Verbrechen aus. Jedermann in der Sowjetunion unterliegt nun der Aufsicht des Kollektivs, wenn dieses sowjet-chinesische Wort erlaubt sein soll. Die Rolle des MWD und MGB mit ihren Spitzelheeren übernimmt nun die sogenannte Öffentlichkeit. Nicht nur Betriebsvergehen und familiäre Verwicklungen werden nunmehr vor der gesamten Öffentlichkeit, vor all den neugierigen, neidischen, mißgünstigen und – wenigstens zu einem Teil – mit Parteidogmen und kommunistischer Moral vollgepropften Genossen aus der näheren Gemeinschaft breitgetreten und ausgewalzt, sondern auch kleinere Diebstähle, Betrugsmanöver, Durchstechereien usw., die früher erst von der ordentlichen Miliz entdeckt, von den Untersuchungsorganen der Staatsanwaltschaft hinter verschlossenen Türen geklärt und dann vor den ordentlichen Gerichten abgeurteilt wurden.

Es ist schon verständlich, wenn manche das alte Verfahren dem neuen vorziehen. Ein solches taktloses und öffentliches Herumwühlen in Privatdingen ist entschieden peinlicher und die Menschenwürde herabziehender als ein Gerichtsverfahren.

Aber auf diese Weise können nicht nur kriminelle, sondern auch weltanschauliche Vergehen behandelt werden – „Abweichlertum", „Revisionismus" und wie diese Dinge auf Parteichinesisch alle heißen mögen. Da die örtlichen Parteiorgane bei derlei „Genossengerichten" natürlich die leitende, ja die allein-

bestimmende Rolle spielen, hat die Partei, mit Chruschtschow an der Spitze, stets die Gewähr, daß sämtliche Versuche einer individuellen Opposition im Keime erstickt werden, bevor sie sich irgendwie organisieren kann.

Und das ist der Zweck der Übung. Nicht der großgeschriebene Humanismus. Der Gewissenszwang wurde nur verlagert und ausgedehnt. Aber ein Zwangsstaat bleibt ein Zwansstaat, mag er sich kleiden und tarnen wie er will.

B 4157 D

MENSCH UND MASS

DRÄNGENDE LEBENSFRAGEN IN NEUER SICHT

Folge 5 | 9. 3. 1967 | 7. Jahr

Inhalts-Übersicht

Marx und Genossen

Von Max Stein

Die Gesellschaft nach irgendwelchen „Klischees“ oder „Denkmodellen“ zu betrachten, scheint für uns Menschen eine ausweglose Notwendigkeit zu sein. Die Modewörter „Klischee“ und Denkmodell“ besagen aber auch, daß die Menschheit nicht so ist, wie sie diese Vorzeichnungen darstellen. Es sind nur Blickwinkel, die geplant und beschränkt ein Bild der Tatsächlichkeit zulassen. Da aber nichts so schwer ist, als die Tatsächlichkeit voll zu erkennen, gibt sich der Mensch gern vorgeprägten Sehweisen hin.

Und der nächste Schritt ist dann die Gestaltung der Welt nach dem „Klischee“: nun formt die „Ideologie“ Mensch, Gesellschaft und Zukunft.

Bei kaum einer anderen Ideologie kommt man zu solchen Urteilen wie beim Marxismus. An ihm scheint von Anfang alles gemacht zu sein; nichts ist natürlich, nichts gewachsen. Mit Gewalt und Überredung versucht er, seine „Klischees“ zum Weltbild aller zu machen. Selbst in den sanftesten Ausläufern spuken sie. So redete der Alterspräsident des bayerischen Landtages, der SPD-Mann Högner, bei der Landtagseröffnung im Dezember in den gleichen Ausdrücken wie einst Marx vor hundert Jahren.

Karl Marx

Karl Marx ist allerdings nur zum Teil der Erfinder seiner Lehre, das meiste übernahm er von Vorgängern. Die Trennung von „bürgerlicher Gesellschaft“ und „Staat“ war damals in dem einschlägigen Schrifttum üblich. Schon Adam Smith bezeichnete den Staat als das „Instrument der herrschenden Klasse“. Alle diese Klassentheoretiker dachten und haßten nur; es war ihnen von vornherein unmöglich, mit gewachsenen Einheiten wie Familie und Volk zu fühlen. Da sie zum großen Teil Assimilationsjuden waren, ist das begreiflich.

Der „Kapitalismus“ ist das wirtschaftliche System der „bürgerlichen Gesellschaft“, die seit dem Aufhören der „feudalen“ Gesellschaft herrscht. Der „Kapitalist“ — so sagt Marx — ist der Besitzer der Produktionsmittel, der „Proletarier“ ist der Lohnarbeiter, wobei es grundsätzlich gleichbleibt, ob der Lohn hoch oder niedrig ist. Der Kapitalismus vermehrt den Reichtum, verhindert aber dessen Benutzung für die Menschheit, so daß schließlich der Bürger immer reicher, der Lohnarbeiter immer ärmer wird. Marx selbst hat den Begriff der Klasse nie voll entwickelt.

Die Französische Revolution hob zwar die Standesunterschiede auf, aber sie konnte die sozialen Gegensätze nicht beseitigen. Es entstanden — so sieht das Marx — die Klassen, d. i. in der Wirtschaft verankerte Gruppen mit entgegengesetzten Zielen. Marx kennt nur mehr zwei Klassen: Die Bourgeoisie (Kapitalisten, Grundbesitzer, Manager, hohe Akademiker) und das Proletariat (die Arbeiter, auch die Angestellten). Er muß dann notgedrungen auch noch eine Mittelklasse anerkennen — die Proletarier sind ja seine Zukunftsmusik! Diese Mittelklasse besitzt zwar Produktionsmittel, aber sie hat sie in eigner Arbeit erworben (Bauern, Handwerker, Kleinhändler). Natürlich gibt es zahlreiche Mischformen zwischen den Klassen, und dann noch das Lumpenproletariat. Kapitalismus ist nicht Bedarfsdeckung, sondern Erreichung des höchsten Profits. Der Arbeiter hat nur eine Ware anzubieten: seine Arbeitskraft. Das Existenzminimum hängt von geschichtlichen Bedingungen und von den vorherrschenden Auffassungen ab. (Demnach kann in einem hochentwickelten Land der Proletarier schließlich auch eine anständige Wohnung, ein kleines Haus, ein Kleinauto u. ä. besitzen.) „Ausbeutung“ findet aber dennoch so lange statt, als der Arbeiter für den Kapitalisten mehr Wert schafft, als seine Arbeitskraft hat. Mit der „Entdeckung“ des „Mehrwertes“ hat sich Marx einen Namen gemacht, und in seinem Hauptwerk betreibt er geradezu mathematische Spielereien mit diesem Begriff. „Heute ist diese Arbeitswerttheorie so gut wie aufgehoben.“ (Boris Goldenberg: Marl Marx, Ausgewählte Schriften, 1962, S. 32).

Marx‘ gesamte Voraussagen haben sich nicht bewahrheitet. Das „Klischee“ wurde zwar von überzeugten Marxisten immer wieder an das tatsächliche Geschehen angelegt, aber nur sie selbst „sahen“ die Bestätigung. Die Geschichte behielt ihre Vielfältigkeit. Allerdings sind einige Erkenntnisse von Marx noch verblüffend zeitgemäß.

Marx dachte in der Zeit der beginnenden Industrialisierung. Er betrachtete z. B. schon die Regelung des Arbeitstages als einen Sieg des Sozialismus. Unser heutiges Wirtschaftsystem würde er kaum kapitalistisch nennen. Nur in den „unterentwickelten“ Ländern erhielten seine Gedanken neuen Auftrieb, hier aber aus ganz anderen Gründen.

Karl Kautsky

Die Arbeiterklasse von 1889 (II. Internationale!) ist schon grundverschieden von jenem Proletariat, dem Marx die Weltrevolution zugedacht

hatte. Die große Krise war nicht eingetreten, die Löhne stiegen, die soziale Gesetzgebung wurde umfangreich, die Arbeitszeit kürzer, Arbeiter kamen in die Regierung. In den USA entstand überhaupt keine Arbeiterpartei, in Frankreich herrschten das Kleinbürgertum und die Bauern, die englische Arbeiterpartei war weit entfernt von Marx' Vorstellung, in Belgien hemmte der Kampf zwischen Flamen und Wallonen die Entwicklung des Klassenbewußtseins.

So wurde Deutschland zum Hort der „Marxistischen Arbeiterbewegung", mit andern Worten: den Deutschen konnte man einreden, sie könnten nicht als Deutsche unter sich die anstehenden sozialen Fragen lösen, sondern sie müßten das internationale „Klischee" von Marx übernehmen. Theoretiker dieses „Klischees" war Karl Kautsky, politischer Führer Bebel.

Deutschland war damals — so sagte das „Klischee" — noch „absolutistisch" regiert, und so konnte der nötige Groll entfacht werden. Allzu „radikal" durfte dieser Groll aber auch nicht werden, denn wollte man Wähler gewinnen, mußte man sich an die Masse der Deutschen wenden, und das waren nun einmal Kleinbürger und Bauern. Und die Arbeiter selbst hatten keine andere Absicht, als auch besitzende Kleinbürger zu werden. Das führte zu einer Lähmung des Handelns im Marxschen Sinn. Schon Jean Jaurés warf das der SPD auf dem Amsterdamer Kongreß der Internationale 1904 vor.

Wie dieser „Reform-Sozialismus" in Deutschland damals aussah, zeigen einige Schilderungen des Dichters Paul Ernst (1866—1933) in seinen „Jünglingsjahren" 1931):

„Vor allem ist mir Liebknecht in Erinnerung. Er hatte einen wirren grauen Bart, einen etwas schiefen Mund, dem man ansah, daß er viel geschwatzt hatte, gutmütige lebendige graue Augen, und war mit einer gewissen Schäbigkeit gekleidet ...

Ein Glas echtes Bier mit Trinkgeld kostete für meine Verhältnisse ja viel. Es wurde in der Wirtschaft geraucht und getrunken, es war in dem verräucherten Raum Lärm von Stimmen, und mir war dieses ganze Kneipenwesen herzlich unangenehm. Aber daß ich da mit den Göttern der Partei zusammensitzen durfte, war mir doch Ausgabe und Unannehmlichkeit wert ...

Bebel war eine ganz andere Persönlichkeit als Liebknecht. Er war kleinbürgerlich einfach, aber immer ordentlich und sauber gekleidet; er erzählte nichts, sondern führte nur kurze, sachliche Reden. In seinen Augen

drückte sich wohl eine gewisse Schwärmerei aus, aber Mund und übriges Gesicht wirkten sehr verständig. Er war sicher in seiner Art ein Mann, und zwar ein guter und tüchtiger Mann. An der Überlegenheit fehlte es ihm freilich, die ein Mensch haben muß, der andere Menschen führen will; er war leidenschaftlich und konnte seine Leidenschaft nicht für seine Zwecke verwenden, sondern wurde von ihr beherrscht. Hätte er einen bedeutenden Mann über sich gehabt, so wäre er dem ein treuer Diener gewesen; so mußte er nun selber Herr sein ...

Was für Gestalten waren da an dem Biertisch der Führer! Da war ein Abgeordneter, den Namen habe ich vergessen, der sich ‚Volkschemiker' nannte. Er war Angestellter in einer chemischen Fabrik gewesen und hatte in dieser Tätigkeit und durch das Lesen von volkstümlichen Büchern einiges von Chemie aufgeschnappt. Da war Cronheim, lustig und gescheit wie immer; er erzählte Witze und Schnurren und entstammte schließlich doch einer freieren Schicht, wie der Volkschemiker. Da war Bambusel, schweigsam und aufhorchend. Da war auch Singer.

Singer war Mitinhaber eines großen Geschäfts von gestrickten und genähten Kleidungsstücken. Er war Jude, ein breitschultriger, großer Mann, der wenig sagte und auch wohl nicht viel dachte. Vermutlich war er, wie wohl alle andern auch, von Hause aus Demokrat und fand, daß alle Menschen gleich sind, und auf diese Weise war er denn so Sozialdemokrat geworden. In seinem Zimmer hatte er eine Gipsfigur, welche Johann Jacoby darstellte. Der war gleichfalls Jude gewesen und Demokrat, und hatte seine Überzeugung gehabt, und das berühmte Wort geprägt: ‚Es ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen.' Singer verwendete es oft.

Singer wurde bekämpft durch Stöcker. Stöcker war Hofprediger und wollte die Berliner Arbeiter der Sozialdemokratie entreißen, um sie zu Christus zurückzuführen. Ich war einmal in einer seiner Versammlungen .... Er hatte sich einen Punkt herausgesucht, mit dem er in der Volksversammlung wirken konnte: das Geschäft Singers.

Die Herstellung der billigen Kleidungsstücke geschah durch Heimarbeit, bei der wirklich Hungerlöhne bezahlt wurden. Natürlich kann ein einzelner Geschäftsinhaber da nichts ändern; ich selber hätte ja nicht wollen mit dergleichen zu tun haben; aber das schien mir nun Singers Sache zu sein, was er sich bei seinem Leben dachte. Daß er nicht gerade ein Prophet war, das konnte man ja nicht leugnen. Aber ich hielt es schon damals für eine

Ungerechtigkeit, von einem Menschen mehr zu verlangen, als er geben und sein konnte. Jedenfalls, wenn Singer etwa plötzlich anständige Löhne gezahlt hätte, dann wäre doch in kurzer Zeit sein Geschäft vernichtet gewesen und die Arbeiter brotlos, wo denn also Niemandem geholfen gewesen wäre.

Stöcker erging sich nun in einer Beschreibung der allerdings schändlichen Heimarbeit; er betonte dabei sehr, daß Singer Jude war . . .

Was dachten sich eigentlich die Arbeiter bei ihren Führern? Man muß wissen, daß die Menschen selten eine Ahnung davon haben, was sie eigentlich denken. Ich meine immer, daß der ein großer Staatsmann sein kann, der da weiß, wie die Gedanken des Volks in Wirklichkeit gehen.

Ich wartete einmal wegen einer notwendigen Rücksprache im Vorzimmer der Schriftleitung des Volksblattes. Es saßen auch noch einige Arbeiter da, welche irgend etwas fragen wollten. Wir mußten alle warten, weil im Zimmer der Schriftleitung eine Besprechung mit den Parteiführern war.

Zuerst ging Bebel durch. Ein Arbeiter rief ihm zu: ‚Guten Tag, August' und reichte ihm vertraulich die Hand, ohne aufzustehen. Die andern Männer handelten ebenso. Dann kam Liebknecht. Er wurde mit Kopfnicken und ‚Guten Tag' begrüßt, aber ohne Anrede und ohne Handdruck. Endlich trat Singer in das Zimmer. Die Männer standen auf und sagten deutlich: ‚Guten Tag, Herr Singer'. Singer lüpfte den Hut und ging ohne Aufenthalt zur Tür der Schriftleitung."

Paul Ernst war dann landwirtschaftlicher Anlernling („Eleve"). Zu dieser Zeit kamen ihm schon Zweifel an der Richtigkeit des marxistischen „Klischees": „Von früh bis spät war ich auf den Äckern, Wiesen und Weiden. Unter Mittag nahm ich mir zwei Stunden Zeit; da wollte ich nach dem Essen lesen; ich erinnere mich besonders an Salvian, einen wichtigen Schriftsteller des fünften Jahrhunderts in Gallien. Aber wenn ich mich mit dem Buch in der Hand gelegt und die erste halbe Seite gelesen hatte, dann fielen mir die Augen zu . . . Den Sonntag Vormittag mußte ich mit den frommen Pächtersleuten in die Kirche gehen, den Nachmittag schrieb ich dann irgendeinen Zeitungsaufsatz, um das nötige Geld zu verdienen. So verbrachte ich den Sommer; ich bekam da denn wohl gelegentlich einen Aufsatz von Herrn Kautsky in die Hand, welcher nach dem Tode von Engels das geistige Haupt der Partei geworden war; in dem Aufsatz schrieb Herr Kautsky, was er über die Landwirtschaft dachte, daß der

Kleinbetrieb auch hier zu Ende sei, und daß man die Aufzucht von Jungvieh jetzt im Großen betreibe, wobei den Kalbinnen das Futter auf Karren vorgefahren werde, die auf Schienen laufen. Ich hielt den Genossen Kautsky für einen Esel. Aber wer hätte mir das damals geglaubt, wenn ich es gesagt hätte?"

Rosa Luxemburg

Die „Ideologie" geriet in Not, das „Klischee" paßte hinten und vorne nicht mehr; die erwartete Verelendung der Arbeiter trat nicht ein. So blieben allein die Intellektuellen, die mit dem einmal aufgestellten „Klischee" weiterarbeiteten. Zeitungspapier ist geduldig, und gar eine hetzerische Parteipresse ist ein Vorhang vor die Tatsächlichkeit, hinter dem alles „stimmt". Besonders die russischen Emigranten schufen eine esoterische Lehre des Marxismus, von der sie hofften, sie einmal dem nichtsahnenden Volk in Rußland überstülpen zu können.

Aber auch hier gab es von vorneherein schon zwei Gruppen: den Leninismus und den Luxemburgismus (dazu gehörte Leo Tyschko-Jogiches, Frz. Mehring, Clara Zetkin, Parphus Helphand, Leo Trotzki). Beide Gruppen wandten sich gegen den „Reformismus" der westlichen Genossen, die dem Kapitalismus eine Schonzeit angedeihen lassen wollten.

Rosa Luxemburg beteiligte sich 1905 in Polen an der ersten russischen Revolution. Aber sie stand gegen Lenin. Dieser wollte „Berufsrevolutionäre", die von außen das revolutionäre Bewußtsein in die Arbeiterklasse tragen sollten. Er ersetzte also die Klasse durch die Partei. Rosa Luxemburg betrachtete das als undemokratisch und durchaus „bürgerlich". Sie warnte vor einem Nachgeben gegenüber dem Nationalismus und lehnte das Bündnis mit den Bauern ab, das Lenin erstrebte.

Dieser Streit zwischen den verschiedenen Gruppen durchzog damals den ganzen Marxismus. Die Auseinandersetzung zwischen „Reformsozialismus" und Luxemburgismus spiegelt sich auch in den Briefen Rosa Luxemburgs. Luise Kautsky gab 1923 Briefe der Luxemburg an sie und ihren Mann heraus. Im Vorwort sagt sie: „Wer die Parteigeschichte der letzten zwei Jahrzehnte kennt, weiß, wie sich ihr (der Luxemburg) Verhältnis zu Karl Kautsky wandelte und wie aus innigster persönlicher Freundschaft allmählich bitterste politische Gegnerschaft wurde."

Daß zwischen diesen Marxisten oft hergebrachte Vorurteile bestanden, zeigt eine Bemerkung von Luise Kautsky: „Meine Person bedeutete für

die an den Habitus der russischen Studentin gewöhnte Luxemburg eine arge Enttäuschung, wie sie mir nachmals lachend eingestand.

„Karl Kautskys Frau trägt eine Schürze!!" — Welche Überraschung, welche schreckliche Entdeckung! Also auch nur eine von diesen beschränkten deutschen Hausfrauen! Oder nach ihrer damaligen Terminologie „eine dumme Pute, eine Kuh!"

Aber nicht lange hing diese Schürze trennend zwischen uns . . ."

Auch Paul Ernst traf einmal auf Rosa Luxemburg und schreibt in den o. a. Erinnerungen: „Damals nahmen die Deutschen Hochschulen noch nicht Frauen auf, und so sah ich in Zürich die ersten Studentinnen. Das waren meistens Russinnen, und die waren meistens polnische Jüdinnen. Ich wurde mit den revolutionären Studenten und Studentinnen schnell bekannt, sie hatten schon von mir gehört. Da waren nun endlose Gespräche, die mich sehr in Verwunderung setzten. Sie wurden aus Rücksicht auf mich in deutscher Sprache geführt.

Ich erinnere mich eines Nachmittags bei Rosa Luxemburg. Keines der studierenden Mädchen, die ich da sah, war schön, aber die Luxemburg war für mein Gefühl abstoßend häßlich . . . Da war ein enges Zimmerchen mit zwei Stühlen, einem Bett und einem Tisch; wir waren wohl zwanzig Menschen im Zimmerchen; die meisten standen, nur einige hatten auf dem dürftigen Bett und den elenden Stühlen einen Sitzplatz gefunden. Es sprachen immer mehrere gleichzeitig, nur selten war eine Pause, in welcher einer allein sprach und alle auf ihn hörten. Auf dem Tisch stand ein russischer Teekocher und ein einziges Glas, das offenbar auch zum Mundspülen benutzt wurde, und auf einem Stück Zeitungspapier lagen drei Salzheringe, ungewässert, wie sie vom Kaufmann gekommen waren. Zuweilen füllte sich einer das Glas und riß mit den Fingern ein Stück Hering ab, um zu essen."

Später traf Ernst einmal die Luxemburg und erzählte ihr, daß er in Zürich seine Doktorarbeit aus irgendwelchen kleinlichen Gründen nicht einreichen könne. „Sie lachte und erwiderte mir, daß sie mir das hätte voraussagen können, wenn ich sie vorher gefragt hätte. Sie riet mir, nach Bern zu gehen; dort sei ein Professor Oncken, der ein sehr verständiger und gerader Mann sei, zwar durch und durch bürgerlich und gänzlich ahnungslos bezüglich des Sozialismus, aber sittlich ein reiner Gelehrter, der nur an seine abgezogene Aufgabe denke und da gar nicht auf den Gedanken komme, daß man einen Prüfling auch von einem andern Gesichts-

punkt aus betrachten könne, als von dem aus, was er nun wisse und könne. Mir schien das ja nun schon ein sehr hohes Lob zu sein; die Luxemburg aber sagte mir das alles ironisch, und ich fühlte da, welche tiefe Kluft mich von diesem Mädchen trennte. Daß mir ihre Häßlichkeit so stark aufgefallen war, erschien mir plötzlich als eine Warnung der Natur, mich nicht mit ihr freundschaftlich näher einzulassen. Ob sie ein ähnliches Gefühl einer unüberbrückbaren Kluft gehabt hat, weiß ich nicht. Wir haben uns nie wieder gesehen. Ich hatte gegen sie eine Art Widerwillen, als gegen einen niedrigen Menschen, und zugleich doch ein Mitgefühl, denn sie war sehr klug, sehr scharfsinnig und gab sich doch ohne jeden Rückhalt und ohne jedes Bedenken für die Sache hin, die sie als richtig glaubte erkannt zu haben."

Am 15. Januar 1919 wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht „von der unter dem Protektorate der Ebert, Noske, Stampfer und Konsorten an der Wiederaufrichtung des alten Regimes arbeitenden Mörderzentrale gemordet". (R. L.: Briefe aus dem Gefängnis, Verlag der Jugendinternationale Berlin, 1927).

Marx hatte also Genossen hervorgebracht, die sich in tiefster Feindschaft gegenüberstanden.

Lenin

Der „Leninismus" ist Theorie und Praxis einer revolutionären Elitepartei, die den Versuch unternimmt, eine sozialistische Revolution in einem „unterentwickelten" Land durchzuführen. (Goldenberg aaO.)

Rußland war damals in vielem dem Deutschland von 1840 ähnlich, wenn man mit dem „Klischee" urteilt. Für Lenin galt es, die Bauern zu gewinnen; aber sie durften keine Klein-Eigentümer werden, denn dann wären sie für eine Revolution verloren gewesen. So machte Lenin alle taktischen Konzessionen: 1906 war er für die Aufteilung des Bodens unter die Bauern; 1917, als er sich stark fühlte, trat er für die „sozialistische" Lösung ein; nach dem Juli 1917 war er wieder für die Landaufteilung.

Obwohl Rußland eigentlich auf dem Weg zum Kapitalismus war, sollte gerade hier das kommunistsiche Experiment Wirklichkeit werden. 1923 war in Deutschland jede Aussicht zunichte gemacht worden, daß der Kommunismus siege und der „Reformsozialismus" beseitigt werde. Rußland blieb allein. Die Hauptschwierigkeit für den Kommunismus lag in Rußland in der ungeheueren Kluft, die die sozialistische Führung vom Volk

trennte. Sie galt es zu überwinden. Andrerseits hemmte aber auch kein Bürgertum. So konnte sich die Diktatur der Partei als einziges Mittel der Politik durchsetzen.

Josef Stalin

Lenin glaubte bis zuletzt, nur mit Hilfe der Durchsetzung des Sozialismus im Westen zum Sozialismus in Rußland kommen zu können. Er sagte: Sozialismus ist Elektrifizierung plus Sowjets; d. h. industrielle Revolution plus Demokratie. Stalin hatte schon zur Zeit von Brest Litowsk zum Ausdruck gebracht, daß er an eine Revolution im Westen nicht glaube. Er ging nicht mit dem „Klischee" an die Wirklichkeit. Marxismus-Leninismus war in seiner Zeit dann wohl die Theorie, aber in der Praxis wurde nach den Forderungen des Tages regiert. So entstanden „Zwangskollektivierung und Planwirtschaft"; anders war der Russe nicht zur Arbeit zu bringen. Die „Elektrifizierung" verschlang die Sowjets. Marx wurde damit völlig auf den Kopf gestellt. Die Revolutionäre waren nicht mehr Geburtshelfer einer alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht, sondern sie fabrizierten die neue Gesellschaft mit Hilfe der üblichen Mittel des Staates. Der Staat „starb" nicht ab, er wurde immer stärker. Das Wort Revolution bedeutete nicht mehr Befreiung, sondern Diktatur und Unfreiheit im höchsten Maße.

Mao-Tsetung

Gleichzeitig zerbrach 1927 in China das Bündnis der Kommunisten mit den Kuomintang. Tschiang vernichtete in den Städten die kommunistischen Zentren. Damit war die proletarische Grundlage zerstört. Sie wurde

---

Ueber den Standpunkt

Weil ihn zu haben manchmal schwer,
drum hat man keinen Standpunkt mehr.
Man gibt ihn leichten Herzens hin
für materiellen Wertgewinn
und hält die paar, die ihn noch haben,
für geistig leicht defekte Knaben.

Erich Limpach

als bäuerliche wieder errichtet, und zwar in entlegenen Gebieten, in denen die Kommunisten eine eigene Staatsmacht und eigene Armeen bildeten. China ist so weit von Rußland weg wie dieses vom Westen, d. h. der Marxismus verlor hier nicht nur jede Wechselwirkung zur bürgerlichen und kapitalistischen Welt, sondern auch jede Beziehung zur Demokratie und zum Proletariat. Der Sozialismus schien nun auch möglich, wo es weder Kapitalisten noch eine proletarische Partei gab. Trotzdem blieben die alten „Klischees“ von Marx bestehen. Die Belieferung mit Haßgründen ist aus diesem Werk offenbar in jeder Lage möglich.

Fidel Castro

Bis 1959 waren nur vier Länder aus eigener Kraft kommunistisch geworden: Rußland, Albanien, Jugoslawien und China. 1960 kam Kuba dazu.

Kuba war weiter entwickelt als seine vier Vorgänger. Es gab kaum irgendwelche im Volk vorhandenen sozial-revolutionären Forderungen. Die kubanische Revolution begann als Kampf kleiner Intellektuellen- und Arbeitslosenterroristen unter dem Banner der Wiederherstellung der Demokratie, die 1952 durch den Staatsstreich von Batista beseitigt worden war. Arbeiter beteiligten sich nicht. Castro hatte bis zum Endsieg nie mehr als ein paar hundert Kämpfer. Diese ärgerten sich über den Polizeistaat Batistas und über die korrupte Armee. Als das Batista-System zusammenbrach, versprach Castro die Wiederherstellung der Demokratie — in drei Jahren war der Kommunismus Tatsache.

In Kuba siegte also der Marxismus-Leninismus, ohne daß marxistische Parolen ausgegeben wurden und ohne daß eine kommunistische Partei die Revolution führte. Es war eine Revolution von oben gegen den Willen der Bürger und der bäuerlichen Kleinbesitzer und gegen große Teile der Arbeiterschaft.

Die Kubanische Revolution gibt Fingerzeige für sozialistische Revolutionen der Zukunft. Ausgangsmannschaft solcher Revolutionen bilden jene Entwurzelten, die aus den Mißständen einer ungleichmäßigen Modernisierung ihre Schlagwörter gewinnen. Am meisten treten diese Mißstände heute bei den „Entwicklungsländer“ nach ihrer Befreiung von der Kolonialherrschaft auf. Der soziale Haß — die Voraussetzung des Marxismus — richtet sich dabei in gerader Linie auf diejenigen, die sich bei der Befreiung schnell bereichern konnten und weiter auf ihr Geldgeber. Das sind aber

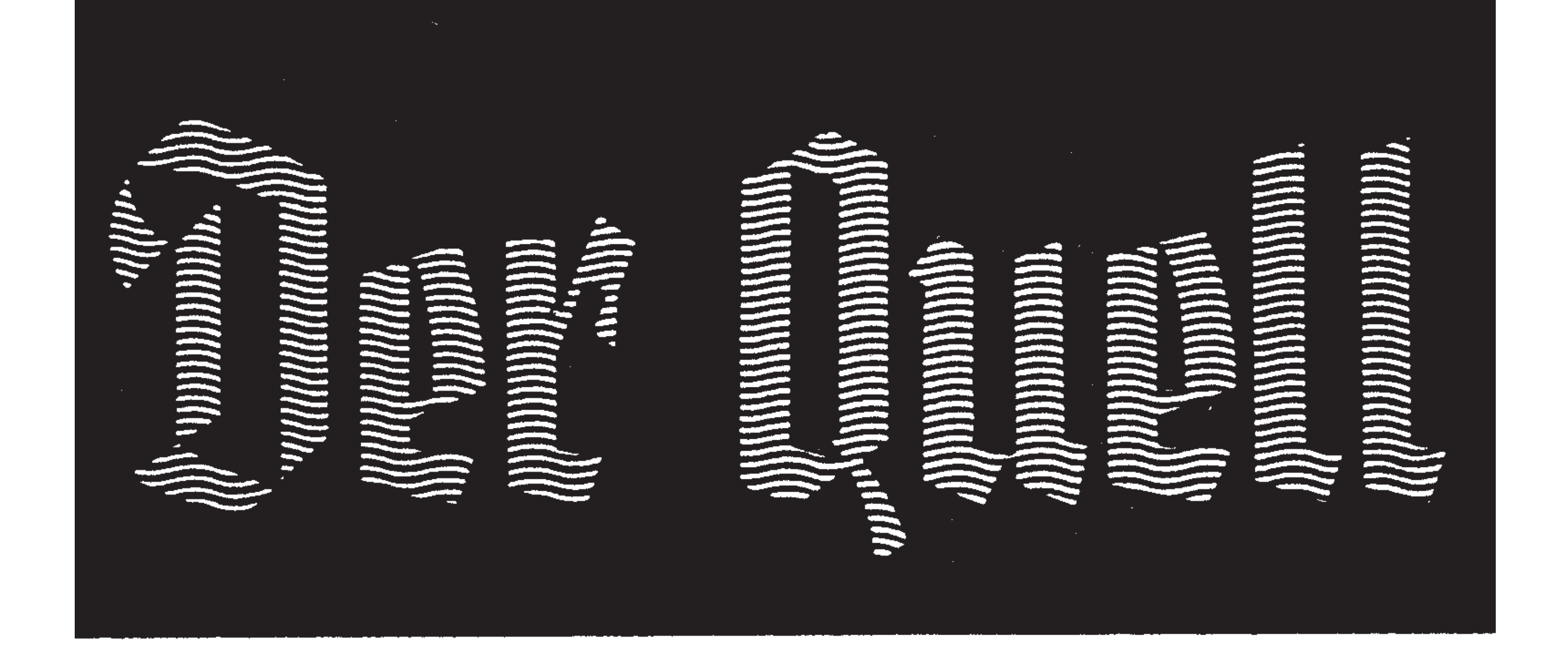
meist die alten Kolonialmächte und besonders die USA. Diese von außen wirkenden Mächte sind Demokratien und wollen ihre Auffassung von Demokratie in jedem Entwicklungsland verwirklicht sehen. Der Haß geht also auf die „Reichen“ im Land, auf die reichen Staaten und Völker und auf die Demokratie schlechthin. Es ist damit ein sozial und national gegründeter Haß. Der Demokratie gilt der besondere Haß, weil sie als äußerst schwierige Staatsform mit den plötzlich aufbrechenden Problemen der Entwicklungsländer gar nicht fertig wird. Diese Länder brauchen vielmehr eine eindeutige und gezielte Führung.

Hier findet nun der Marxismus-Leninismus sein Feld, denn bei ihm besteht eine Diktatur zu recht und seine Diktatur ist auch keine der „Reichen“ und keine des Auslands.

So sieht es wenigstens der „Arme“ der unterentwickelten Völker.

Marx endet damit wieder dort, wo er angefangen hat: bei der Despotie. Er selbst war nie ein Demokrat; er verkündete die Diktatur des Proletariats. Daß freilich ausgerechnet in Ländern, die voll nationalen Selbstbehauptungswillens sind, er angebetet wird, das ist ein Witz der Geschichte. Denn national wollte Marx gar nicht sein.

In den Ländern des Westens dagegen, von denen Marx und auch Lenin noch alles hofften, sind die sozialistischen Parteien längst von Marx abgerückt, man kann sie kaum von anderen, konservativen Parteien unterscheiden. Mögen sie auch in ihrem Wortschatz immer noch das Marxsche „Klischee“ ausgiebig gebrauchen, es ist Tatsachenblindheit sowohl vor der Wirklichkeit als auch vor ihren eigenen Möglichkeiten.



Zeitschrift für Geistesfreiheit

Erscheinungsort München | Postversandort München

Inhalt: Seite

Was unsere Gegner so sehr begrüßen

Von Dr. Mathilde Ludendorff

Folge 2 | 23. 1. 1955 | 7. Jahr

Rätsel Sowjetunion

Kommunistische Politik nach innen und außen

Von German Pinning

Die Zeitung „Christ und Welt“ brachte in ihrer Nummer 44 vom 4. November 1954 einen Aufsatz des amerikanischen Politikers George F. Kennan unter der Überschrift „Sein Charme wirkte nicht“, die dem Jargon von Blättern wie das „Bild“ oder die „Spätausgabe“ entliehen sein mag. Der Artikel befaßt sich mit der Einstellung von Franklin D. Roosevelt zum Problem Sowjetunion und stellt u. a. fest:

„Gerade die gleichen Eigenschaften, die ihm zu Hause seinen großen politischen Erfolg sicherten — die starke Wirkung der eigenen Persönlichkeit, die völlig pragmatische Art der Staatskunst, die Abneigung gegen alle Theorie, der muntere, unüberwindbare Optimismus, die geistige Oberflächlichkeit und vor allem die Tatsache, daß seine ganze geistige Ausrüstung und seine Weltanschauung aus der Zeit des ersten Weltkrieges, also aus der vortotalitären Zeit, stammten — alle diese Eigenschaften erschwerten ihm das Verständnis des Sowjetproblems, ja sie erschwerten es nicht nur, sie machten es ihm unmöglich.“

Aus diesem Unverständnis des Sowjetproblems heraus ergibt sich letzten Endes die gesamte Politik der westlichen Welt der Sowjetunion gegenüber,

da sich nicht nur Roosevelt als unfähig erwies, das Wesen dieser Erscheinung zu begreifen. Nicht nur Roosevelt beurteilte „das Sechstel der Erde“, indem er sozusagen von sich auf andere schloß, d. h. dieses Land nach den Maßstäben des Westens maß. Ganz abgesehen von den völkischen Unterschieden, die zwischen dem Russen und z. B. dem Deutschen klaffen, ergeben sich aus der Pseudophilosophie des Kommunismus, dem dialektischen Materialismus (Diamat), Momente, die dem westlichen Denken und der westlichen Auffassung von Moral und Ethik geradezu widersprechen. Man braucht also als Europäer nicht einmal mit der „geistigen Oberflächlichkeit“ Roosevelts ausgezeichnet zu sein, um das Wesen und die Handlungsweise der Sowjets mißzuverstehen.

Es erscheint z. B. einem in westlich-demokratischen Ideen aufgewachsenen Menschen zum mindesten unmoralisch, wenn die Kommunisten die Bindung zu ihrer Partei und früher zur Komintern, jetzt zur Kominform höher werten als die Bindung zu ihrem eigenen Volk und Staat, d. h. daß sie militärische, wirtschaftliche und sonstige Geheimnisse ihres Landes an die Sowjets verraten. Für uns gilt es eben als Verrat, als ein strafwürdiges Verbrechen. Für den Kommunisten dagegen ist es eine verdienstvolle Tat, eine Pflicht, der sich kein „klassenbewußter Proletarier“ entziehen darf, ohne zum Verräter an seiner Klasse zu werden. Der Diamat lehrt eben, daß die „Klasse“ höher steht als Volk und Staat, daß der „Klassengenosse“ einer anderen Nation dem Proletarier näher steht als jeder Angehörige seines eigenen Volkes, der nicht ein Proletarier ist. Die „Losung“: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ ist nicht nur ein Schlagwort, sie ist wörtlich gemeint, und auf dieser übernationalen Basis ist der Sowjetstaat, das „Vaterland der Werktätigen“, auch aufgebaut.

Die sowjetische Propaganda spricht von einer „Partei neuer Art“ und einem „Staat neuer Art“, die von Lenin und Stalin erfunden und verwirklicht wurden. Nun, so ganz neu sind diese Erfindungen nicht. Schon der Staat von Plato könnte ihnen als geistiger Vater und der Gottesstaat Augustins als Taufpate dienen. Der theokratische Kommunismus der Inkas, der Jesuitenstaat in Paraguay gehören auch zur näheren Verwandtschaft, mögen die Kommunisten diese Beziehungen auch noch so sehr leugnen. Aber einiges Neue hat der Diamat doch gebracht, so daß die Propagandabezeichnung „Staat neuer Art“ nicht ganz unbegründet ist.

Das Doktrinäre, Dogmatische der Partei und des Staates neuer Art ist nicht neu. Alle Arten Gottesstaat fußten auf einem Dogma und einer starren Doktrin, sonst würden sie niemals verwirklicht werden können, da sich der gesunde Menschenverstand gegen derlei Zwangsgebilde wehren würde. So mußten Götter als Staatsgründer herhalten und eine göttliche Offenbarung die Doktrin untermauern. So ist es auch in dem „Staat neuer Art“, in dem die Materie der Gott und der Diamat seine Offenbarung ist. Es wundert mich nur, daß die moderne Wissenschaft, die es doch wirklich nicht schwer haben dürfte, diesen Gott samt seiner Offenbarung zu entlarven, schweigt oder zu anderen Göttern Zuflucht nimmt, die ihren Konkurrenten beschwören sollen.

Neu ist auch das Übernationale des neuen Staates nicht. Die Bürger der „societas dei" waren auch nicht durch die Bande des gemeinsamen Blutes miteinander verbunden, sondern lediglich durch ihren Glauben. Im Sowjetstaat — durch die Klassenzugehörigkeit und die Doktrin. Die Zugehörigkeitsmerkmale der beiden staatlichen Gebilde sind zwar verschieden, doch eins haben sie gemeinsam: beide Staatsideen haben keinen organischen, naturgegebenen Ursprung, sondern sind künstliche mechanistische Konstruktionen.

Die „civitas dei" ist auf der unfehlbaren göttlichen Offenbarung gegründet. Die ganze Wahrheit (summa veritas) ist in der Offenbarung, d. h. in der Bibel enthalten. Lehnt man die Bibel ab, dann stürzt auch die gesamte augustinische Staatsidee zusammen. Und da es für einen Gläubigen einmal feststeht, daß die absolute Wahrheit in der Bibel offenbart worden ist, braucht man nicht erst eine andere Wahrheit zu suchen, da es keine solche geben kann. Jede andere Theorie muß also naturnotwendig ein Irrtum sein. Irrtümer dürfen nicht geduldet werden. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer Inquisition, die alle Irrtümer zu bekämpfen und auszumerzen hat. Daraus auch für die Gläubigen die moralische Berechtigung der Scheiterhaufen. Heute würde man diese vielleicht auch nicht mehr anwenden, da es tausenderlei andere Mittel gibt, die Irrenden, d. h. die Ketzer, auszuschalten, und die Nerven der Menschen solchen robusten Schaustellungen wie einem auto da fé nicht gewachsen sind.

Im „Staat neuer Art" herrscht der gleiche Grundgedanke. Der Diamat hat die absolute Wahrheit gefunden, erläutert und kundgetan. Jede andere Meinung ist demnach ein Irrtum. Die Partei ist die Trägerin der Idee des Diamat. Also ist auch die Partei als solche unfehlbar. Also brauchen neben ihr auch keine anderen Parteien zu bestehen. Also müssen alle Andersdenkenden als Irrende und andere zum Irrtum Verführende bekämpft und ausgeschaltet werden. Daraus entstand die Tscheka, nach ihr das GPU, später das NKWD, das heute MWD heißt. In der Zeit des sog. „Kriegskommunismus" diente der Genickschuß als Bekehrungsmittel. Nach und nach kam er aber in Verruf. An seine Stelle traten die „Arbeits- und Besserungslager", wo der Mensch, der politische „Verbrecher", d. h. der Ketzer, ebenso gut für den Rest des Lebens verschwindet wie in der Sandgrube, in der man früher die Erschossenen verscharrte. Erschossen wird nur in Ausnahmefällen. Die menschliche Arbeitskraft ist zu wertvoll, um auf diese Weise unnütz vergeudet zu werden. Man nützt sie also systematisch und folgerichtig aus, und die industrielle Entwicklung der Sowjetunion hat diesen Ketzern unendlich viel zu verdanken. Der Weißmeerkanal, der Moskau-Wolgakanal, die Erschließung des Kusnetzk-Beckens, der Erz-, Kohle- und Ölvorkommen in Workuta, der Bergbau von Karaganda u. a. m. sind im wesentlichen ihr Werk, abgesehen von den gewaltigen und geheim gehaltenen Vorhaben im Fernen Osten, an der Küste des Stillen Ozeans.

Die Grundeinstellung des Kommunismus erleichtert den Nachschub auf dem Arbeitsmarkt. Alles, was nicht mit der Partei ist, ist gegen sie. Solange diese Gegner sich ducken und sich fügen, werden sie in der Gesellschaft ge-

duldet. Die geringste Auflehnung aber zieht die Ausschaltung automatisch nach sich. Und die Ausgeschalteten wandern in die KZ. An die Gründung einer anderen Partei ist überhaupt nicht zu denken: wer wird denn einen einwandfreien Irrtum legalisieren!

Ausgehend von diesem Axiom, von der unfehlbaren Wahrheit des Diamats und der alleinigen Daseinsberechtigung der ihn verkündenden Partei, kann der Kommunismus keine anderen Götter neben sich dulden. In den Ländern, wo er noch nicht zur Macht gekommen ist, mag er mit anderen Parteien Bündnisse schließen und sogar gemeinsame Politik machen. Aber seine Bundesgenossen müssen sich darüber im Klaren sein, daß der Kommunismus sie erbarmungslos ausradieren wird, sobald er stark genug dazu ist. Das macht übrigens jede totalitäre Richtung. Wir haben es in Deutschland auch schon vor einer nicht zu langen Zeit erlebt, als der Nationalsozialismus, wie der junge Kuckuck in einem Rotkehlchennest, alle seine Bundesgenossen hinausdrängte — er ging aber noch weiter als der Kuckuck, denn er fraß sie in kürzester Zeit restlos auf. So verfährt auch der Kommunismus, wie wir es in der Sowjetzone Deutschlands und anderen Satellitenstaaten beobachten können, wo er sich dürftig unter der Bezeichnung SED oder Arbeiterpartei oder ähnlich tarnt.

In den kapitalistischen Ländern schreit der Kommunismus nach Gleichberechtigung mit den anderen Parteien, protestiert stimmgewaltig gegen jede Unterdrückung und verhehlt dabei keineswegs, daß er nach Kräften bestrebt ist, die bestehende Staatsform zu stürzen. Die anderen Parteien bekämpfen sich zwar auch gegenseitig und erstreben die Alleinherrschaft im Staate. Aber sie haben weder die Umwälzung, noch den Klassenkampf auf ihre Fahnen geschrieben. Und im Zusammenspiel der parlamentarischen Kräfte sind sie stets gezwungen, mit ihren Nebenbuhlern Kompromisse zu schließen oder den einen oder den anderen Punkt ihres Programms für eine bessere Zukunft aufzuschieben. Anders die totalitären Parteien, deren Alleinherrschaft stets eine mehr oder weniger blutige Umwälzung und eine Unterdrückung der Andersdenkenden bedeutet. Vielleicht wären auch andere, sogenannte demokratische Parteien nicht abgeneigt, ihnen darin nachzueifern und alle ihnen unbequemen Menschen und Menschengruppen zu unterdrücken. Aber sie haben sich durch ihr ständiges Geschrei nach Demokratie, Freiheit und Menschenrechten den Weg dazu verbaut und müssen immerhin kurz treten. Solche Hemmungen haben die Kommunisten nicht. Sie sagen: „Wir kämpfen für die Freiheit!" — und meinen: „Für uns". Sie fordern Gleichberechtigung und meinen: „Für uns, damit wir euch über kurz oder lang die Gurgel abschnüren." Sie singen in den höchsten Tönen von nationalen Belangen und meinen darunter die Belange ihrer Klasse, ihrer Partei. Ein hoher Sowjetfunktionär, damals (1920) stellvertretender Gesandter in einem skandinavischen Staat, sagte mir einmal ganz offen, als ich ihm den Terror gegen Andersdenkende in der Sowjetunion (damals RSFSR) vorhielt: „Sollen wir dulden, daß sie uns Bomben unter den Stuhl legen? Natürlich fordern wir Freiheit — für uns. Die anderen haben sie lange genug gehabt." Ein anderer, ein Oberstleutnant der MWD-

Truppen und ein hohes Tier in der sowjetischen Abwehr, behauptete 1949: „Natürlich haben wir Meinungsfreiheit." Und als ich darauf nur zweifelnd grinste, fuhr er fort: „Die Erkenntnisse von Marx, Lenin und Stalin sind wissenschaftlich als Wahrheit erwiesen worden. Jede abweichende Meinung muß also ein Irrtum sein. Warum sollen wir Irrtümer dulden? Und trotzdem dürfen Sie Ihre abweichende Meinung äußern. Sie dürfen sie bloß nicht propagieren."

Wo die verfassungsmäßig zugesicherte Meinungsäußerung aufhört und die verbotene Propaganda beginnt, hat er mir allerdings nicht sagen können. Darüber entscheiden eben die Sicherheitsorgane des Staates — die Operativbeamten des MWD. Und das Militärtribunal.

Der Diamat lehrt, daß alle Arten der kapitalistischen Staaten Diktaturen seien, Diktaturen einer machthabenden Minderheit über die machtlose Mehrheit. Es sei natürlich ungerecht, wenn eine Minderheit die Mehrheit tyrannisiere. Der „Staat neuer Art" sei auch eine Diktatur, allerdings eine Diktatur der Mehrheit über die Minderheit. Die Mehrheit seien die „Werktätigen", zu denen in erster Linie die Arbeiter, dann in einem gewissen Abstand die Bauern und — doch das erst neuerdings offiziell, früher nur geduldet — die „schaffende Intelligenz" gehören. Die Minderheit seien eben die Gutsbesitzer, die Industriekapitäne, kurz die Kapitalisten. Bekanntlich sind aber gerade diese Kreise in der Sowjetunion in den Jahren des Kriegskommunismus und ihre Reste später, während der Stalinschen Reaktion auf die NEP und bei den späteren Reinigungen, radikal ausgerottet worden. So ist es einem unvoreingenommenen Beobachter nicht klar, gegen wen sich eigentlich die Diktatur des Proletariats richtet. In Wirklichkeit richtet sie sich natürlich gegen alle Andersdenkenden, die der Parteidoktrin keinen Geschmack abgewinnen können.

Aus der Tatsache, daß sich die Sowjetunion als Vertreterin der „Belange der Werktätigen" betrachtet, leitet sie die moralische und juristische Berechtigung für sich her, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen — wenn sie die Macht dazu hat. Bisher hat sie sich allerdings auf papierne Proteste gegen gewisse innerpolitische Entscheidungen einiger Staaten beschränken müssen, da sie sich nicht stark genug fühlt, deshalb einen 3. Weltkrieg vom Zaun zu brechen. Bei den heute herrschenden Spannungen würde nämlich eine gewaltsame Einmischung, wo es auch sei, gewiß eine ebenso gewaltsame Reaktion des Westens nach sich führen, und solange die ABC-Waffen noch nicht offiziell in Acht und Bann getan sind, wird niemand solche Konsequenzen mutwillig heraufbeschwören.

Neben der offiziellen Einmischung jedoch hält es der „Staat neuer Art" für durchaus erlaubt, durch anonyme Emissäre und „Agitatoren" für die Zuspitzung der innerpolitischen und kolonialen Spannungen in fremden Ländern zu arbeiten, gewisse oppositionelle Gruppen heimlich mit Geld und Waffen, auch mit „Spezialisten" zu unterstützen. Westliche Staaten betreiben durch ihre Abwehr natürlich dieses Geschäft ebenfalls, aber sie tun es wenigstens geheim und mit schlechtem Gewissen sich und der Weltöffentlichkeit gegenüber. Der „Staat neuer Art" läßt derlei Sentimentalitäten keinen

Raum. Er läßt sich darin lediglich durch die augenblickliche Kräftekonstellation lenken, d. h. seine Hilfe und die Offenheit seiner Einmischung hängen lediglich davon ab, wie stark und wie tatkräftig der jeweilige Gegner ist. Die moralische Berechtigung, ja Verpflichtung dazu leitet er aus seiner Lehre, aus dem Diamat her.

In Verbindung mit dem Wechsel in der Staatsführung in der UdSSR im Sommer 1953 wurden in der Westpresse viele Kombinationen darüber angestellt, ob nicht jetzt eine neue Ära des Bolschewismus angebrochen sei. Gleichzeitig verkündete die neue Sowjetregierung einen neuen Kurs in der Innenpolitik und Wirtschaft. Die Beseitigung Berijas, die Auflösung des Staatssicherheitsministeriums (MGB) und der Wechsel in den Parteileitungen der Länder der Union schienen auch dafür zu sprechen, daß die neue Regierung einen anderen, weniger aggressiven und mehr den internationalen Gepflogenheiten entsprechenden Weg einzuschlagen gewillt war. Das Gerede von einer „Evolution des Bolschewismus", die Hoffnung auf eine beginnende „Verbürgerlichung" des Sowjetregimes lebten wieder auf.

Dieses Gerede und diese Hoffnung sind nicht neu. Als Lenin in den zwanziger Jahren den Kriegskommunismus und die Disintegrierung des alten russischen Reiches zum Einhalt brachte und die „Neue ökonomische Politik" proklamierte, die unter der Bezeichnung „NEP", welche eine verdächtige Verwandtschaft mit dem bekannten Berliner Ausdruck „Nepp" wenigstens klanglich aufweist, in die Geschichte einging, hofften Optimisten auch, daß der Bolschewismus nunmehr „verbürgerlichen" würde. Zahlreiche amerikanische und deutsche Firmen suchten um Konzessionen in der SU nach und rechneten mit Riesengewinnen — darunter auch Mr. Harriman, der heute wieder eine gewisse Bedeutung an dem politischen Himmel Amerikas errungen hat. Und als Stalin später das Ruder wieder um 180° herumriß und die „Nepmänner" rudelweise in Konzentrationslager sperrte, sowie die ausländischen Konzessionäre weniger geräuschvoll um ihre Gewinne prellte, so machte man ihn persönlich für diesen Umschwung verantwortlich, als habe er die versöhnlichere Politik Lenins aus eigenem Antrieb mit seiner eigenen, radikaleren abgelöst.

Später, im 2. Weltkrieg, wurde in der Auflösung der Komintern, in der Betonung des Nationalen — Einführung von verschiedenen Orden, die den Namen russischer Nationalhelden, wie Ssuworow, Alexander Newski u. a. trugen — und endlich in der Wiedereinführung von goldenen Schulterstücken und Dienstgraden für Offiziere und in der Abschaffung des Institutes der Truppenkommissare ein Zeichen der „Verbürgerlichung" des Sowjetregimes gesehen. Die Bundesgenossenschaft mit den demokratischen Ländern mußte doch irgendwie abfärben und die rüden Proletarier auf das westliche Niveau heben. So rechneten westliche Optimisten mit Mr. Roosevelt an der Spitze. Natürlich haben sie dabei übersehen, daß anstatt der „Komintern" eine „Kominform" sang- und klanglos entstanden war, daß anstatt der Kommissare und Politruks Leiter der Partei- und Komssomolorganisationen und vor allem die OO des NKWD in der Truppe den gleichen Dienst versahen.

Solche äußerlichen und zeitbedingten „Kursänderungen“ sind in dem „Staat neuer Art“ niemals Ausfluß seiner persönlichen Meinung, sondern sie werden von dem Diamat empfohlen, wenn die Lage solche scheinbaren Abweichungen erfordert. Durch die scheinbare Auflösung der Komintern wurde den demokratischen Verbündeten Sand in die Augen gestreut, ebenso durch die Hervorholung der Nationalhelden aus der Mottenkiste. Durch die Abschaffung der Kommissare wurde die Empörung des Offizierskorps beschwichtigt, das mit den militärisch meist völlig ungeschulten Politarbeitern in ständigem heimlichem Kompetenzkrieg lag, und die Schulterstücke und die Orden fachten die durch die anfänglichen Niederlagen und Rückzüge zum Erliegen gebrachte Kriegsbegeisterung an.

Gewiß bestanden und bestehen innerhalb der Spitzen der Partei und des Staates Meinungsverschiedenheiten über den Weg zu diesem Ziel. So die Differenzen zwischen Lenin und Stalin, zwischen Stalin und Trotzki, zwischen Stalin und Bucharin usw. Es gibt überhaupt zwei Richtungen innerhalb der Parteileitung, die ihre Meinungen mit mehr oder weniger Schärfe vertreten und sich unterirdisch erbittert bekämpfen, wobei diese Kämpfe hin und wieder in Form von Reinigungen zutage treten. Aber diese Differenzen beziehen sich lediglich auf die Taktik, das Ziel bleibt das gleiche: Weltrevolution, Welteinheitsstaat. Darüber darf man sich keinen Illusionen hingeben. Die Welt hat von Malenkov und Molotov nichts anderes zu erwarten als von Stalin oder Lenin.

Der heute groß angekündigte „neue Kurs“ ist eine taktische Maßnahme, die sich aus der Lage der Dinge ergibt. Eine der Folgen des 2. Weltkrieges und des Vordringens der sowjetischen Truppen nach dem Westen war der Umstand, daß die Sowjetmenschen den mitteleuropäischen Lebenszuschnitt durch eigenen Augenschein kennen lernen konnten. Obgleich die besetzten Länder durch den Krieg stark gelitten und zum Teil zerstört waren, beeindruckte das Übriggebliebene die Sowjetbürger in Soldatenuniform dermaßen, daß sie sich fragten: warum ist das in den von dem fluchwürdigen Kapitalismus ausgebeuteten Ländern möglich und bei uns, im Lande der Werktätigen, nicht möglich? Warum lebt der deutsche Bauer, also ein Angehöriger einer unterdrückten Klasse, so sauber und — im Vergleich mit dem sowjetischen Kolchosnik — so reich? Wie kommt es, daß der deutsche Bauer auch auf seinem schlechten Boden Ernten hat, von denen in der Sowjetunion zwar propagandistisch geschrieben wird, die aber keiner mit eigenen Augen gesehen hat? Wie kommt es, daß man in einem zerbombten, ausgeplünderten und durch die Imperialisten ausgesogenen Lande eine solche Auswahl von Gebrauchsgegenständen haben kann, während man im Paradies der Werktätigen von so etwas nicht einmal träumen kann?

Auf Verbreitung von Berichten über diese westlichen Zustände stehen schwere Strafen, denn sie werden unweigerlich als antisowjetische Propaganda aufgefaßt. Trotzdem breiten sich derlei Erfahrungen wie Fettflecke auf dem Papier im Volke aus und erreichen immer weitere Volkskreise. Die Vertröstungen auf die goldene Zukunft mit dem kommenden paradiesischen kommunistischen Zeitalter verlieren damit ihre Zugkraft. Die Sowjet-

menschen sagen sich: „Warum soll das, was bei den verdammten Kapitalisten möglich ist, bei uns erst in einer nebelhaften Zukunft möglich sein? Warum wird alles in die Rüstung gesteckt und von uns immer wieder Opfer zur Erhöhung der Macht des von der kapitalistisch-imperialistischen Einkreisung bedrohten sozialistischen Vaterlandes gefordert? Die anderen rüsten ja auch und, wie unsere Zeitungen schreiben, noch viel gewaltiger als wir. Aber ihre Völker haben alles, was sie haben wollen. Und vermutlich können sie es auch kaufen, denn sonst würde das Zeug nicht in solchen Mengen fabriziert werden können. Warum geht es bei uns nicht?"

Das sind peinliche Fragen, denen man über kurz oder lang Rechnung tragen mußte, um der in den unterworfenen, Verzeihung, befreiten Völkern herrschenden Unzufriedenheit, ja manchmal direkt Unbotmäßigkeit keine neue Nahrung zu bieten. So wurde der Tod Stalins dazu benutzt, um dem Volk zu erklären: „Die Regierung stellt fest, daß wir genügend gerüstet sind, um alle Angriffe der Imperialisten abzuschlagen. So wird von nun an der Schwerpunkt der Produktion nicht mehr auf die Schwerindustrie, sondern auf Gebrauchsgüterherstellung gelegt" . . . „Um die stetig wachsenden kulturellen und materiellen Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, wird die Fabrikation der Gebrauchsgüter auf Kosten der Schwerindustrie gesteigert." Man brachte in der Verlautbarung einige verschämte Ausnahmen, die der Laie glatt überlesen mußte. Die Stahlproduktion, die Erdölproduktion z. B. dürften allerdings unter der Schwerpunktverlagerung nicht leiden usw.

Eine neuerliche Herabsetzung der Verkaufspreise wurde dekretiert, die dritte seit Kriegsende, doch diesmal hatte sie nach meinen Beobachtungen nur propagandistischen Wert, während die beiden vorhergehenden tatsächlich die Kaufkraft des Rubels im Inlande gewaltig steigerten. Bei der letzten Preisermäßigung mußte ich feststellen, daß der Butterpreis z. B. nur etwa 8 Tage ermäßigt blieb, dann übertraf er sogar noch den früheren. Allerdings erklärte unsere „Kantinöse" diesen Umstand mit einer Qualitätssteigerung, doch als Laie konnte man dies nicht nachprüfen. Immerhin, die Propagandatrommel wurde gerührt, die Auswahl der Waren in unserer Lagerkantine wurde zusehends größer, allerdings in Dingen, die wir Gefangene nicht brauchen konnten oder nicht zu erschwingen vermochten. Wie es damit in den Läden in der Stadt stand, vermag ich nicht zu entscheiden, vermute aber, daß es dort auch nicht viel anders war, weil unsere Lagerkantine aus einem allgemeinen „Magazin" beliefert wurde und stets ein etwas verkleinerter Spiegel der Stadtläden war.

Der Unzufriedenheit der unterworfenen Völker wurde auch ein linderndes Pflästerchen aufgelegt. Die Parteileitungen in den Ländern — in Litauen, Lettland und Estland, in Aserbaidschan, in der Ukraina und in Weißrußland — wurden von „landfremden Elementen, die sich in führende Stellungen eingeschlichen haben", gesäubert und durch Zugehörige der betreffenden Nationalitäten ersetzt. In Wirklichkeit wurden auf diese Weise die gefährlichen Berija-Anhänger beseitigt.

Auch außenpolitisch schien der Kurs ein anderer geworden zu sein. Die

mächtige Sowjetunion machte einen tiefen Kotau vor dem Staat Israel, indem sie ihn um Wiederherstellung der von Stalin abgebrochenen diplomatischen Beziehungen ersuchte. Die „Unabhängigkeit“ der Satellitenländer wurde propagandistisch betont und der DDR das Geschenk von etwa 20000 entlassenen Kriegsgefangenen gemacht, um der nach dem 17. Juni wackelnden Regierung „Grotepieck“, wie wir sagten, „eine Betonspritze zu verpassen“. Es wurde noch mehr von friedlicher Koexistenz in den höchsten Tönen gesungen, und der Genosse Wyschinski erinnerte sich plötzlich seiner guten Kinderstube und warf in seinen Uno-Reden nicht mehr mit Formalbeleidigungen um sich wie einige Wochen zuvor. Ja, es geschah das Wunder, daß in Uno-Ausschüssen und sogar in der Vollversammlung Beschlüsse einstimmig gefaßt wurden — keine sehr wichtigen Beschlüsse, aber immerhin, noch vier Wochen zuvor war dies ein Ding der Unmöglichkeit.

Im Westen lebte die Hoffnung auf eine „Evolution des Bolschewismus“ wieder einmal auf. Die neuen Männer hätten die Irrtümer der Stalinpolitik eingesehen und wären im Begriff, sich in die Gemeinschaft der friedlichen Völker einzugliedern. Oder die Armee habe nach dem Fall Berijas entscheidenden Einfluß auf die Politik errungen, und sie sehe ein, daß die Sowjetunion gegen den Westen nicht aufkommen könne, und schlage deshalb eine versöhnliche Politik ein.

Derlei Hoffnungen sind Hirngespinste. Gewiß, die Regierung der UdSSR hat, aus welchem Grunde es auch sei, eingesehen, daß die Bullerianpolitik Stalins den Staat geradewegs in einen dritten Weltkrieg führte. Der Ausgang eines solchen Krieges wäre unter Berücksichtigung der modernen Waffen ungewiß. Die Chancen stehen nicht einmal 50 zu 50, wenn man die wirtschaftliche Kapazität des Westens in Betracht zieht. Und da die führenden Männer der Union alles andere als Hasardspieler sind, zogen sie vor, einen versöhnlicheren Ton anzuschlagen. Aber die Annahme, daß sie ihr Fernziel aus dem Auge gelassen haben, wäre absurd.

Es ist auch nicht anzunehmen, daß Stalin jemals eine ernsthafte Absicht gehabt hatte, den Trotzki-Weg zu beschreiten und das Problem mittels eines Weltkrieges zu lösen. Er bluffte nur und ist dabei hart bis an die Grenze gegangen, so daß seine Nachfolger freudig die Gelegenheit ergriffen haben, ihn mit der Schwere der Situation nachträglich zu belasten und gleich einen scheinbar anderen Kurs einzuschlagen. Aber das Fernziel behielten sie im Auge und werden es auch immer im Auge behalten. Es gibt ja viele Wege zu diesem Ziel, und ein Weltkrieg wäre ja nur eine Lösung als „ultimo ratio“.

Warum sollten sie auch Gefahr laufen, alles zu verlieren, was sie in langen Jahren unter riesigen Opfern an Schweiß und Blut der Bevölkerung aufgebaut haben? Sie haben keine Veranlassung dazu, solange der Westen weder politisch, noch militärisch in der Lage ist, einen Angriffskrieg gegen die SU vom Zaun zu brechen. Und der Westen wird vermutlich nie mehr dazu in der Lage sein, da die pazifistische Propaganda namentlich die Jugend immer mehr erfaßt und den Soldaten zum mindesten zu einer lächerlichen Figur, wenn nicht zu einem Scheusal stempelt. Wohlgemerkt,

nur im Westen. In der Sowjetunion erfaßt die Wehrpropaganda die Kinder bereits im zartesten Alter, und die Verehrung der Helden der Vergangenheit wird systematisch und planmäßig mit allen Mitteln am Leben erhalten.

Allerdings hat diese Propaganda auch bereits einen Haken. Sie betont zu sehr die Friedfertigkeit der Sowjetunion und deren Politik, verdammt alle Angriffsabsichten und ruft die Untertanen nur zur Verteidigung ihres Vaterlandes auf. Mit anderen Worten, die Kriegsbegeisterung in der Sowjetunion wird erst aufflammen, wenn der Feind im Lande steht — wie kann sonst der vielgenannte „Mann auf der Straße“ wissen, daß sein Vaterland wirklich bedroht ist? Und man muß anerkennen, daß alle erfolgreichen Kriege, die Rußland in seiner Geschichte geführt hat, auf eigenem Boden ausgetragen wurden. Die Angriffskriege dagegen, wie der russisch-japanische Krieg, endeten mit einer Niederlage. Es würde zu weit führen, wollte ich die Ursachen dieser Erscheinung untersuchen, aber es ist so: der Russe ist kein kriegerischer Mensch, der aber zu allen Opfern und Leiden bereit ist, wenn sein Land unmittelbar bedroht wird. Nun festigt die heutige Propaganda noch diesen Charakterzug des Russen, der von allen Völkern der SU der Hauptträger des Krieges sein würde. Und der moderne Krieg bringt die Gefahr mit sich, daß in einem solchen Falle die Kriegsbegeisterung im Volke u. U. zu spät erwachen würde.

Nein, die Kremlmachthaber werden sich nicht tollkühn in Kriegsabenteuer stürzen. Sie werden ihre alten bewährten Waffen der Zermürbung ihrer Gegner von innen weiter anwenden. Sie werden die sozialen Gegensätze innerhalb der westlichen Länder liebevoll pflegen und zu verschärfen suchen. Sie werden das Kolonialproblem benutzen, um die Hilfsbereitschaft der uneigennützigen Sowjetunion zu beweisen und den Kolonialmächten die größten Schwierigkeiten zu bereiten. Sie werden ihre Satelliten vorschicken, um den eisernen Vorhang hie und da weiter feindwärts zu schieben. Sie werden die Uno planmäßig ins Lächerliche ziehen und als Propagandatribüne benutzen. Und sie werden selbst rüsten und rüsten, bis sich das Kräfteverhältnis eindeutig zu ihren Gunsten ändert.

Das Neue an dem „Staat neuer Art“ ist, daß er von vornherein übernational gedacht und angelegt wurde. Er maßt sich die Oberherrschaft über alle „Werktätigen“ in der Welt an. Er erkennt die Grenzen lediglich als durch die Verhältnisse aufgezwungen an, aber keineswegs als von Rechts wegen bestehend. Wenn die Sowjetunion bis jetzt den Satellitenstaaten noch eine Scheinselbständigkeit gewährt, so geschieht es nicht, weil sie etwa Rücksicht auf die Wünsche der betreffenden Völker nimmt oder aus irgendwelchen anderen moralischen Bedenken. Sie läßt ihre Marionetten hinter dem Eisernen Vorhang vorläufig tanzen, weil eine Aufnahme dieser Staaten in den Verband der Union eventuell als ein Akt der Aggression, wie man heute sagt, aufgefaßt werden und unter Umständen kriegerische Verwicklungen nach sich ziehen könnte.

Auch andere Staaten haben im Verlauf ihrer Geschichte fremde Völker unterworfen und erobert. Aber sie betrachteten es selbst als einen Gewalt-

akt und suchten diese ihre Handlungsweise durch Propaganda, Geschichtsklitterungen oder sonstige Tricks vor sich selbst und dem eigenen Volk zu legalisieren. Die Sowjetunion darf auf eine solche Lügenpropaganda verzichten. Sie führt in ihrem Staatswappen bereits den Spruch, der ihrer Politik die für die Gläubigen des Diamat moralische Berechtigung gibt: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" Und sie würde sich in jedem Falle auf so und so viele Millionen Stimmen berufen können, die einen solchen „Anschluß" begrüßen würden, auf die Stimmen der örtlichen Mitglieder einer kommunistischen Partei.

Die Sowjetunion würde somit niemals erobern, sie würde immer „befreien", wie sie die Letten, die Esten, die Litauer „befreit" hat.

Und es liegt lediglich an dem sogenannten freien Westen, ob er sich oder seine einzelnen Teile einer solchen „Befreiung" aussetzen wird.



B 5727 D München, 9. 3. 1961 Folge 5 / 13. Jahr

Kein Religionsunterricht in den Schulen

Von Walter Löhde

Zeitschrift für Geistesfreiheit

Sowjetunion oder Rußland?

Kommunismus oder Nationalismus

Von Karl von Unruh

In einer Rede sagte Karl Marx 1867 („The Eastern Question", New York Tribune – Nation Europa 10/1960):

„Indem Rußland auf die Feigheit und die Furcht der Westmächte zählt, spielt es den Haudegen und überspannt seine Forderungen so weit als möglich, um später großzügig dazustehen dadurch, daß es sich mit den nächstbesten Zielen zufrieden gibt."

Es könnte eine treffende Bemerkung zu der Politik der letzten Jahre sein. Bis es dahin kam, hatten die Westmächte im Gefühl einer atomaren Überlegenheit selbst Forderungen aufgestellt und waren allen Versuchen der Sowjets ausgewichen, durch Verhandlungen über den zu zahlenden Preis den Frieden in Europa wieder herzustellen. Mit der H-Bombe und den Raketen wurde es

anders. Jetzt waren es die Sowjets, die jene alte russische Taktik wieder aufnahmen und den Westen in immer neue peinliche Lagen versetzten.

Sie hatten aber eine Waffe in den Händen, vor der die Westmächte mehr Furcht entwickelten als vor der militärischen: Diese Waffe hieß „Lenin". Seitdem beherrscht der Leninismus das Denken im Westen. Man weiß nicht, was ihm entgegenzusetzen wäre. Daß er mit Waffen nicht geschlagen werden kann, wurde bald klar, obwohl die Rüstung das einzige Mittel blieb, auf das man sich glaubt verlassen zu können. (Allerdings mit der unausgesprochenen Absicht, möglichst keinen Gebrauch davon zu machen.) An einen militärischen Angriff der Sowjets glaubte wohl bald niemand mehr außer denjenigen Menschen, die mit dieser Aussicht in stetiger Angst gehalten wurden. Sie mußten ja auch die Mittel bestreiten, um das Wettrüsten zu unterstützen. Dem machte es nichts aus, daß die bereits vorhandenen Massenmordmittel ausreichen, um nicht nur alles Leben auf der Erde, sondern diese selbst auslöschen zu können.

Nun liegt aber den Sowjets nichts ferner, als ihr Mütterchen Rußland und das russische Volk vernichten zu lassen oder selbst zu vernichten. Wenn Mao Tse-tung einen atomaren Krieg nicht scheut, weil immer noch einige hundert Millionen Chinesen überleben würden, wie er – zwar zuversichtlich, aber wahrscheinlich irrtümlich – meint, so trifft das für die Machthaber im Kreml nicht zu. So weit geht auch die Liebe zum Leninismus nicht.

Aber wie steht es überhaupt mit diesem Leninismus, der heute dem Westen wie dem Osten als politischer Leitfaden durch die kommunistische Welt gilt? Vielleicht geben uns einige Bemerkungen zum Moskauer Manifest 1960 Fingerzeige. Hier interessiert besonders der Teil, der den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus und die Einheit der kommunistischen Weltbewegung behandelt. Da ist zunächst die Feststellung, daß Demokratie und Sozialismus nicht identisch sind, sondern daß das demokratische Stadium nur ein Vorbereitungs- und Übergangsstadium ist. Die Erringung der „wahren nationalen Unabhängigkeit und Demokratie" ist die Voraussetzung „für den Übergang zur sozialistischen Revolution".

„Die Kommunisten betrachten den Kampf für die Demokratie als Bestandteil des Kampfes für den Sozialismus."

Die demokratische Umgestaltung, die auch die Nationalisierung der wichtigsten Wirtschaftszweige, Demokratisierung der Verwaltung und radikale Agrarreformen einschließt, „hebt die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht auf". Das geschieht erst durch die „Diktatur des Proletariats", die dem Stadium der Demokratie folgt. Wie nun die Diktatur des Proletariats durchgesetzt werden soll, das geht aus nachstehenden Sätzen hervor, die wir der Züricher Zeitung „Die Tat" vom 27. 12. 1960 entnehmen:

„Sie erklären auf der einen Seite, daß unter den heute gegebenen Voraussetzungen durchaus die Möglichkeit in vielen Staaten bestehe, die Macht durch

die Erringung einer stabilen Parlamentsmehrheit friedlich zu erobern ... Wo aber die ‚Ausbeuterklassen dem Volke gegenüber Gewalt gebrauchen, muß man eine andere Möglichkeit im Auge haben: die des nichtfriedlichen Übergangs zum Sozialismus'. Und dann folgt das offene Eingeständnis, daß diese zweite Möglichkeit doch in Wirklichkeit die einzige ist, die in Frage kommt ...

‚Der Leninismus lehrt, und die historische Erfahrung bestätigt, daß die herrschenden Klassen die Macht nicht freiwillig abtreten.'"

Daraus folgt als einzige Möglichkeit der Bürgerkrieg nach der demokratischen Umgestaltung. Es wird nun von den Völkern selbst abhängen, ob sie es dazu kommen lassen oder Wege gehen, die dem Wunsch nach einer Diktatur des Proletariats „das Wasser abgraben". Das kann in unserer Zeit, die z. B. in der Bundesrepublik kein eigentliches Proletariat mehr kennt, in der auch der Arbeiter gesellschaftlich eingegliedert ist, keine so großen Schwierigkeiten machen, daß es zu einem Bürgerkriege kommen müßte. Der Sozialismus marschiert auf „kaltem Wege". Lediglich die „Einheit der kommunistischen Weltbewegung" wäre dann als Ursache einer Diktatur des Proletariats zu erkennen, bei der aber kein Proletariat, sondern die gehobene, in ihren Ansprüchen materiell und gesellschaftlich auch ideell sichergestellte Arbeiterklasse als vollberechtigter Teil des Volkes die Forderung auf die Beherrschung des anderen Teiles stellen würde. Eine Revolution, die ihres Sinnes entbehrte, wenn sie nicht aus dem Materialismus kommunistischer Anschauung zu einer wirklichen Volksschöpfung auf sozialer und kultureller Grundlage fände.

Erst recht wäre eine „Diktatur des Proletariats" sinnlos, wenn sie nur nach dem französischen Sprichwort: „Ôte-toi, que je m'y mette!" (Pack dich, daß ich mich dorthin setze), dem Gewinnwechsel dienen sollte, dem so manche amerikanische Revolutionen zuzuschreiben sind. Sie erfolgen dann, wenn die allgemeine Meinung dahin geht, daß die Familie des Staatsoberhauptes genug Vermögen angesammelt und eine andere nun das Recht darauf habe.

In jedem Fall würden sich die Besitzverhältnisse verschieben, wie sie es in Deutschland schon 1918 und in den folgenden Jahren, nach 1933 und nach 1945 gründlich getan haben. Was dabei an Werten zugrunde gegangen ist, läßt sich auch nicht annähernd feststellen. Und zwar nicht lediglich materielle, sondern vor allem ideelle Werte. Wir denken nur an das Schwinden des Rechtsbewußtseins, die Korruption des Gewissens, der Verleugnung der Wahrheit, den Entzug der Freiheit. Welche ungeheuerliche Korruption liegt allein in dem weitverbreiteten Namenschristentum.

Eine Unzahl von Organisationen besteht heute, die kaum einen anderen Zweck verfolgen, als ihren Urhebern einen leichten Geldgewinn zu ermöglichen, indem sie ihre Mitmenschen durch Beiträge schröpfen. Die Riesensummen, die Kranken- und andere Versicherungen sammeln und zu Prachtbauten verwenden können, die Vermögen der Gewerkschaften, mit denen Politik gemacht

wird, Kirchen, die nach dem Willen ihres Stifters alles den Armen geben sollten, statt dessen aber in herrlichen Gewändern und einem unbeschreiblichen Aufwand von Kostbarkeiten prunken und sich dafür noch vom Staat, dessen Leitung zu beeinflussen sie bestrebt sind, zu erheblichem Teil unterhalten lassen – das alles gehört zu jener Korruption des Gewissens, des Schwindens des Rechtsbewußtseins, der Verleugnung der Wahrheit und auch der Freiheit. Gibt es doch mehr als eine Organisation, die es verstanden hat, den Beitritt von Mitgliedern zu erzwingen, indem Widerstrebende, also ihre Freiheit liebende Menschen, benachteiligt werden. So ist auch die Taufe der Säuglinge, die ohne deren Wissen und Willen erfolgt, eine Zwangsmaßnahme seitens der Kirche, der Eltern und Verwandten. Eine Maßnahme, die schon oft den Getauften im späteren Leben schwere Konflikte gebracht hat. Sie ist wesentlich daran schuld, daß das Namenschristentum entstanden ist, dessen Gewissenskorruption heute eine von den Kirchen wie von den Regierungen so gut wie selbstverständlich hingenommene Tatsache ist, an der sich kaum jemand stößt.

Daß Wahrheit und Rechtsbewußtsein aber durch kommunistische Diktatur nicht gewinnen, zeigt die Gewaltherrschaft in Mitteldeutschland täglich.

Die von General Ludendorff gewollte Volksschöpfung macht eine Diktatur des Proletariats überflüssig, weil sie jedem den Ertrag seiner Arbeit sichert und Klassen beseitigt. Hier die entsprechenden Sätze aus Ludendorffs Kampfzielen:

„Die Wirtschaft soll sich in die sittlichen Ideale des Volkes einreihen. Innerhalb der durch diese gesteckten Grenzpfähle entfaltet sie sich frei.

Sie hat das Volk mit allen Bedürfnissen billig und auch reichlich zu versorgen und möglichst unabhängig von fremder Einfuhr zu machen. Zuverlässigkeit ist ihre Grundlage. Verteuerung zugunsten einzelner Gruppen wird durch straffe Staatsgewalt ausgeschlossen.

Der Besitz des Einzelnen untersteht den sittlichen Forderungen der Volksgemeinschaft. Abschaffung von Eigentum ist unsinnig und untergräbt Rechtsbewußtsein und Leistungsfreudigkeit.

Arbeitsvergütung muß im Einklang stehen mit der Leistung. Die Verwebung der Person mit Arbeit, Werk und Erfolgen wird Arbeitsfreudigkeit des Einzelnen und Arbeitsfrieden sichern. Der Eigennutz der Arbeitgeber und die Antwort darauf, der Klassekampf der Arbeitnehmer, sind Krankheitserscheinungen zivilisatorischer Fortschritte."

Das Handeln nach diesen wenigen Sätzen wäre bereits für den Westen ein Sieg über den Leninismus.

Einstweilen gilt die Sowjetunion für die „Nationaldemokraten" als Vorbild. Die Schwierigkeiten in der Entwicklung der einzelnen Staaten sind genügend gezeichnet, wenn wir den Bogen von Tito bis Mao spannen. Darum wurden sowohl der „Revisionismus" als auch der „Dogmatismus und das Sektierertum" verurteilt. Und doch heißt es:

„Alle marxistisch-leninistischen Parteien sind unabhängig (von wem? U.) und gleichberechtigt (mit wem? U.); sie arbeiten ihre Politik aus, indem sie von den konkreten Bedingungen ihrer Länder ausgehen und sich von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus leiten lassen."

Nach einer mit der „Unabhängigkeit" schlecht verträglichen Solidaritäts-Forderung an jede kommunistische Partei lesen wir:

„Jede Partei ist der Arbeiterklasse, den Werktätigen ihres Landes und der ganzen internationalen kommunistischen Arbeiterbewegung verantwortlich."

Schon die Unterschiede in den Methoden Jugoslawiens, Rußlands und Chinas zeigen, daß die „konkreten Bedingungen" der Länder andere sind und – wir können das wohl behaupten – umso radikaler kommunistisch, je weiter wir nach Osten kommen. Der Kommunismus ist kein europäisches Gewächs. Womit nicht gesagt ist, daß Unterdrückung, Hunger, Armut und Propaganda nicht auch im Westen kommunistischen Lehren einen günstigen Boden schaffen können. Wesentlich wäre für den Westen die Erkenntnis, daß eine feste weltanschauliche Überzeugung als Grundlage des gesamten Lebens unentbehrlich ist. Das kann allerdings für Menschen unseres Zeitalters nur eine Überzeugung sein, die im Einklang des Vernunfterkennens mit dem Gotterleben der Seele steht. Weder der gottleugnende Atheismus des Diamat noch der den Erkenntnissen der Naturwissenschaft widersprechende Glaube des Christentums und ähnlicher Religionen können diese Voraussetzung erfüllen.

Die Einheit der kommunistischen Bewegung wird äußerlich vielleicht zeitweise herzustellen sein, immer aber innere Grenze an jenen konkreten Bedingungen finden, die in der Verschiedenheit der Rassen und Völker, in ihrer Entwicklung und ihrem sozialen Verständnis gegeben sind.

Der Nationalismus ist in Rußland heute schon nicht nur im Sinne eines Übergangsstadiums aufzufassen, sondern er wächst mit dem Erstarken des neuen Staates, der dem nationalen Empfinden des Russen Rechnung trägt.

Das alte Streben nach freiem Zugang zu den Meeren im Westen und Süden, das schon Peter den Großen beherrschte, wird auch in Zukunft die nationale russische Politik leiten. War der Nationalismus unter Stalin in kluger Erkenntnis der Vergangenheit als notwendig für die Gegenwart wieder eingeführt worden, so war dies auch zugleich der erste Schritt auf einem Wege, der einmal vom Bolschewismus fortführen muß.

Es ist psychologisch vorauszusehen, daß eines Tages auch der Wille zur Freiheit erwacht. Der russische Schriftsteller Samjatin hat in seinem 1920 in erster Auflage erschienenen Buche „Wir" das Kollektiv des Diamat in gnadenloser Schärfe geschildert. Städte aus Glas, die Bewohner nur noch Nummern, beobachtet von „Beschützern", die mit Hubschraubern umherfliegen und das Leben unten bespitzeln. Von „ehemaligen" Zuständen bei freien Menschen wird nur als Merkwürdigkeit gesprochen. Aber es gibt noch ein offenes Land hinter

der „grünen Mauer", wo Freiheit herrscht und Menschen und Tiere in schöner Natur leben.

Auch in einem der Kollektivisten – dem Erfinder des Integral, eines voraus-gesehenen modernen Flugzeuges mit Strahlenantrieb – wird durch die Liebe zu einer „Nummer", die ihm nicht „zugeteilt" ist, der Wunsch nach Freiheit geweckt. Ein Arzt stellt fest, daß sich bei ihm eine Seele gebildet habe – eine unheilbare Krankheit. Eine Revolution wird vorbereitet, in die er wegen des dazu benötigten Integral hineingezogen wird. Mit diesem fliehen die Verschworenen – aber es sind Verräter an Bord und auch der Erfinder wird schwach. Während die Revolution weitertobt, kehrt er in die „Geborgenheit" seiner gläsernen Heimat zurück, nachdem ihm wie vielen anderen zwangsweise die „Fantasie" herausoperiert worden ist.

Samjatin hatte, als sein Buch in einer russischen Emigrantenzeitung erschienen war, schwer unter der Hetze der Parteiideologen zu leiden, sagte sich vom Bolschewismus los, trat aus dem sowjetischen Schriftstellerverband aus und bat schließlich 1931 Stalin in einem offenen Brief, ihn ins Ausland zu verbannen, weil die „von Jahr zu Jahr sich steigernde Hetze" es ihm unmöglich mache zu schreiben und seinen Tod bedeute. Er wolle zurückkommen können, „sobald es bei uns möglich sein wird, der Literatur mit großen Ideen zu dienen."

Das Erstaunliche geschah: Stalin erlaubte ihm noch im gleichen Jahre, die Sowjetunion zu verlassen. Samjatin ging nach Paris, wo er 1937 starb.

Wenn diese Mitteilungen hier eingeflochten wurden, so einmal, um darauf hinzuweisen, daß die „Krankheit der Seelenbildung" (richtig: ein Erwachen der Seele) auch heute „unheilbar und ansteckend" bleibt, wie sie Samjatin 1920 schilderte. Hier ist also der Hebel zur Überwindung des Diamat anzusetzen. Aber weder mit Gewalt der Waffen noch mit den durch mehr als ein Jahrtausend physisch und psychisch angewendeten Gewalttaten christlicher Kirchen. Natur und Seele – das sind die Erlebensgebiete auch des Sowjetmenschen, auf denen die kommunistischen Irrwege der Vernunft überwunden werden können.

Zum anderen zeigt das Beispiel Stalins, daß auch als selbstverständlich erscheinende Voraussetzungen niemals einen Grund bilden dürfen, eine Möglichkeit unversucht zu lassen.

Doch sehen wir weiter. In „Nation Europa", Heft 10/1960, berichtet Hermann Eberhardt über „Eindrücke von einer Rußlandreise". Eberhardt – amerikanischer Bürger – schildert die Wirkung des neuen Siebenjahresplanes an dem Aufbau von Städten und Ortschaften, von Stalingrad; er schildert den „Geist der Arbeitslust, die Gründlichkeit der Ausführung", den Willen zur Weiterbildung. Er vergißt jedoch nicht das Anstehen der Menschenschlangen vor den Geschäften und die Knappheit an allem, von der Kleidung bis zu den Nahrungsmitteln. Dann sagt er:

„Überall in den Flughäfen, Bahnstationen und Gaststätten sah ich Schach-

bretter, und die Russen sind Meister im Spiel. Dieses Schachspiel haben sie ins politische Feld übertragen: Immer wieder greifen sie mit ihren Bauern an und warten geduldig auf eine günstige Position für ihre Springer und Türme. Die Tage in Rußland haben mich überzeugt, daß sich die Sowjets einen Krieg nicht erlauben können und daß sie auch keinen wünschen. Sie rechnen darauf, eines Tages ohne Krieg sagen zu können: „Schachmatt!"

Das ist nicht neu und wird auf die Ansichten der Machthaber im Kreml zutreffen. Wir hören weiter:

„Das Familienleben in Rußland hat sich wieder gut gefestigt. Von den Staatsagrarbetrieben, wo jeder Bauer einen Lohn bezog, ging man zu den Kollektivbetrieben über, wo die Früchte der Arbeit geteilt werden durch die Anzahl der Mitglieder. Es ist heute möglich, ein kollektives Unternehmen mit 15 Mitgliedern als Minimum in einem kleinen Industriezweig anzufangen. Man kann am Rande der Städte und Siedlungen sein eigenes Haus bauen mit anschließendem Land für einen Garten. Dazu schießt der Staat 10.000 Rubel vor, die in zehn Jahren zurückbezahlt werden müssen – natürlich dies alles unter der Voraussetzung, daß der Antragsteller das Haus selber baut.

So findet man heute überall Anzeichen dafür, daß der Kommunismus im Innern die schlimmsten Ecken bereits etwas abgeschliffen hat.

Schließlich darf in diesem Bericht nicht vergessen werden, daß, als ich die Scharen ausgezeichnet gekleideter Russen in den besten Lokalen bei Speis und Trank und Tanz sich tummeln sah, das Gefühl hatte, daß eine neue Klasse bereits erstanden ist – die der besser bezahlten Funktionäre und der wissenschaftlichen Arbeiter. Und ich glaube, das Ringen des Durchschnittsrussen nach Bildung ist damit zu erklären, daß er danach strebt, sich sozial emporzuziehen und so in diese bevorzugte Klasse einzutreten."

Hier liegt auch die Ursache, daß die Sowjetmenschen das Aufsteigen ihrer Funktionäre und Kollegen neidlos ansehen: sie wissen, daß sie selbst bei genügendem Fleiß und entsprechender Leistung und Ausdauer ebenso aufsteigen können. Der Glaube daran sichert die Macht des Kreml.

Ob die Bildung von Klassen – naturgemäß können nicht alle aufsteigen – notwendig ist und zu einem friedlichen Dauerzustand führt, kann heute wohl niemand unbedingt mit Ja beantworten.

Ein anderer Aufsatz der gleichen Zeitschrift erzählt eine Satire aus dem Moskauer „Krokodil", die sich mit großen Ausgaben für Umarbeiten und Ausbesserungen an neuen Bauten beschäftigt.

Die Befreiung von Steuern, die besonders den niedrig bezahlten Arbeitern zugute kommt, und das Leben der Soldaten sind Themen anderer lesenswerter Aufsätze in jener Zeitschrift.

Nun wird vieles im Licht einer vielleicht noch fernen Zukunft zu sehen sein, wie auch jener amerikanische Bürger davon überzeugt ist, daß es noch „einiger

Siebenjahrespläne" bedarf, ehe die Absicht gelingt, die Vereinigten Staaten wirtschaftlich einzuholen. Wesentlich ist die Zielsetzung.

Was für den Westen wichtig ist, sind nicht die Goldströme, nicht die – in Überfluß vorhandenen – Atombomben und nuklearen Massenvernichtungsmittel, sondern die geistigen Waffen, die nun einmal das Christentum nicht mehr zu liefern imstande ist. Der Bolschewismus wird mehr und mehr einem russischen Nationalismus weichen – aber auch dieser wird von dem Gedanken nicht abgehen, den Karl Marx 1867 so aussprach:

„Ändern können sich die Methoden Rußlands, seine Taktik, seine Manöver. Aber der Polarstern seiner Politik – die Beherrschung der Welt – ist ein Fixstern."

Dieser „Fixstern" soll nun aber nicht im Sinne des Wortes durch Weltraumschiffe oder durch die Niederwerfung anderer Völker der Erde im Kriege erreicht werden, sondern durch einen friedlichen Wettbewerb.. So denkt es sich Chruschtschow. In Rußland sehen wir das Stadium des Nationalismus nicht mehr ausschließlich als Vorstufe zum Kommunismus, sondern diesen begleitend. Es ist nicht anzunehmen, daß er wieder abgebaut oder vernachlässigt wird. Denn das Nationalgefühl wird immer angesprochen werden, wenn die Notwendigkeit einer Sicherung oder Verteidigung Rußlands gegen den Westen – oder einmal China (vielleicht auch Japan?) – zu begründen ist. So wenig der Russe an sich zum Angriff neigt, so sicher steht er jedoch, wenn es sich um die Verteidigung russischen Bodens handelt. Hier ist auch der Bolschewist zuerst Russe, also national. Das wird bleiben, sich wahrscheinlich noch verstärken, je größer die Gefahr eines Druckes – von welcher Seite auch immer – werden sollte.

Gelingt es der Sowjetunion, in den nichtkommunistischen Ländern über Nationaldemokratien zur Diktatur des Proletariats zu kommen, so bedeutet das Sieg und Herrschaft Rußlands über die Völker. So ungefähr sieht das Ziel aus, dem Chruschtschow – nehmen wir an, auch der Kreml – zustrebt. Dabei kommt ihm der unbestreitbar überall vorhandene Zug zu einem wirtschaftlich tragbaren Sozialismus entgegen, während andererseits das Erlebnis der bolschewistischen Entwicklung, nicht nur in ihren Anfängen, die nichtkommunistische Welt schreckhaft beherrscht. Es kommt Chruschtschow zu Hilfe, daß die materialistische Weltanschauung des Diamat in einem diktatorischen System mit zunehmender Besserstellung des Einzelnen an Überzeugungskraft gewinnt, während das auf christlicher Religion beruhende kapitalistische System fortgesetzt an Überzeugungskraft verliert. Dies umso mehr, als die Besserstellung der breiten Massen nicht – oder zum Teil nicht – gesundem Rechtsbewußtsein einer Moral, sondern marxistischem Druck von Gewerkschaften oder gar der Furcht vor Bolschewismus und Kommunismus entspringt.

Die nichtkommunistischen Staaten des Westens können sich heute noch auf

die – zumeist rein äußerliche – Macht der Kirchen und die von diesen gepredigte Mißachtung von Rassenunterschieden und seelischer Verschiedenheit der Völker stützen. Ihr Geld und ihr Ansehen haben durch die Behandlung kolonialer Angelegenheiten in den letzten Jahren und Monaten – vielleicht entscheidend – an Wert eingebüßt.

Die Verkündung westlicher Freiheit findet ihre Grenzen in den Ansprüchen des Christentums auf Alleingültigkeit und in der Fesselung christlicher Regierungen an Weisungen von Hohenpriestern, Bischöfen, Ordensleitungen und Glaubenssätzen.

Eine tragbare Idee haben die Völker des Westens – besser ihre Regierungen – dem kommunistischen Diamat bisher nicht entgegengestellt. Eine Idee, die mit ihrer Moral diese atheistische Weltdeutung überwinden und damit den Völkern wahre Freiheit bringen könnte.

Es ist eine in der Unvollkommenheit des menschlichen Selbsterhaltungswillens liegende Tragik, daß selbst in der Zeit höchster Todesgefahr des Gottesbewußtseins auf dieser Erde die verantwortlichen Persönlichkeiten des Westens nicht zu den Erkenntnissen finden, die den Völkern zur Rettung dienen können. Die Kenntnis der Seelengesetze, wie sie von Mathilde Ludendorff erforscht und bewiesen wurden, ist auch zur Beurteilung politischer Entwicklungen unerläßlich.

Es wurde von mir oben darauf hingewiesen, daß sich auch in der Sowjetunion Anzeichen für Vorgänge finden, die auf die Gültigkeit dieser Seelengesetze trotz Leninismus schließen lassen. Eine bisher noch wenig beachtete Tatsache wird eine nicht zu unterschätzende Bedeutung gewinnen. Es ist das die Einreihung der Russen als „Weiße" durch die farbigen Völker. Betrachten wir das sich schnell und stark entwickelnde China und die „konkreten Bedingungen", so kann es kaum bezweifelt werden, daß die weitere Entwicklung dieser großen Länder zu einer Lage führen wird, die Rußland – die Sowjetunion – an die Seite Europas drängen könnte, wohin es selbst offensichtlich

---

Das ist das Merkmal gült'ger Überzeugung:
Zu keiner Frist sucht andren sie durch Beugung
die eigne Meinung aufzuwingen.
Allein den Suchern neues Licht zu bringen,
ist ihres Strebens heilig ernstes Ziel.
Nur wo der Halt, der lebensnötig, fiel,
dort soll die Sicht, die Geist und Seele fand,
durch ihrer Hilfe frei gewähltes Band
den Sehnenden Verlorenes ersetzen.
Doch niemals will sie andere verletzen.

Erich Limpach

schon zu Stalins Zeit – z. B. 1952 – strebte. Daß dies damals und bei anderen Gelegenheiten nicht erkannt und beachtet wurde, hat gerade für Deutschland gefährliche Folgen gezeitigt.

Die Gefahr für Rußland wird eines Tages im Osten liegen, das wissen die Machthaber im Kreml auch. Wenn Chruschtschow zu friedlichen Vereinbarungen mit dem Westen zu kommen sucht, so sollte das nicht immer mit dem Leninismus in Verbindung gebracht werden, sondern als Versuch, sich für die Zukunft zu sichern, gewertet werden. Wäre der Leninismus allein herrschend, so müßte es für die Sowjets nur erwünscht sein, die Freundschaft mit China bis zum Verschmelzen über die Grenzen hinweg zu verstärken – mit der gemeinsamen Front gegen Westen.

Der Westen hat hier eine Möglichkeit, einem nationalen Rußland Sicherheit zu bieten. Gegen den Kommunismus muß ihn eine moralische Idee schützen. Daß sie vorhanden ist, werden die Machthaber im Westen zur Kenntnis nehmen müssen, wenn sie und ihre Völker den Frieden wollen.

Der Quell

B 5727 D | München, 23. 2. 1960 | Folge 4 / 12. Jahr

Kreml und Kirche

von German Pinning

Zeitschrift für Geistesfreiheit

Zeitschrift für Der Quell Geistesfreiheit

Folge 4 23. 2. 1960 12. Jahr

Der Kreml und die Kirche

Von German Pinning

Trotz des Bündnisses, das die Sowjetregierung mit der orthodoxen Kirche eingegangen war, verstärkt sich in der letzten Zeit die antikirchliche Propaganda in der Sowjetpresse. Nicht nur die orthodoxe Kirche wird von dieser erneuten atheistischen Welle betroffen, auch der Islam und die christlichen Sekten, die Baptisten und die Zeugen Jehowas bekommen sie zu spüren. Die Kataloge der Neuerscheinungen auf dem sowjetischen Büchermarkt weisen eine ganze Reihe von Büchern und Schriften auf diesem Gebiet auf, und man muß sagen, daß das Niveau der Auseinandersetzungen des militanten parteiamtlichen Atheismus mit den verschiedenen Konfessionen in den letzten Jahren höher geworden ist als das der Jaroslawskij-Ära der „Gottlosen-Gesellschaft".

Die große Presse der Sowjetunion bringt von Zeit zu Zeit volkstümlichere „Selbstkritiken" von Priestern, Wunderdoktoren und sogar Theologie-Professoren, die sich von ihrer Lehre abgewandt und dem Atheismus zugewandt haben. Recht interessant war das Selbstbekenntnis eines mohammedanischen Kasachen in den „Iswestija", der sich eigenmächtig zum Mullah ernannt und als Wundertäter und -heiler – unter Benutzung von in Apotheken erhältlichen Medikamenten von entsprechendem magischem Klimbim begleitet – betätigt und davon nicht schlecht gelebt haben will. Seine Bekehrung zum atheistischen Kommunismus wurde in seiner öffentlichen Beichte nicht besonders motiviert, aber am Schluß seines Bekenntnisses kam der obligate Treueschwur und die Versicherung der aufrichtigen Reue.

Neuerdings bringen die „Iswestija" unter der Überschrift „Vernunft gegen Mystik" ein langes, vierspaltiges Interview mit einem ehemaligen „ordentlichen Professor für die heilige Schrift des alten Testaments und für Althebräisch an der Leningrader Priesterakademie und an dem Leningrader Priesterseminar, Magister der Theologie und Oberpriester", A. A. Ossipov, der vor einigen Wochen (am 2. 12. 1959) seine professoralen Ämter niederlegte und diesen Schritt in der „Prawda" öffentlich begründete. Dieses Interview bietet ein gewisses Interesse namentlich deshalb, weil die Ausführungen des Ex-

Professors ein Licht auf die Zustände hinter den Kulissen des kirchlichen Lebens in Rußland werfen. Mag einiges davon übertrieben oder absichtlich gefärbt sein, im Großen und Ganzen aber stimmt das Bild und weist daneben zahlreiche Parallelen zu den Verhältnissen hinter den Kulissen auch anderer Kirchen auf. Interessant ist auch die Schilderung der Einstellung der Kirchenmänner zur Wissenschaft. Dabei befaßt sich Ossipov auch mit anderen christlichen Konfessionen und sagt:

„So wurden z. B., wie aus der Presse ersichtlich, im Westen im Hinblick auf das Vordringen des Menschen in den interplanetaren Raum lachhafte Befürchtungen geäußert: ob die Raketen mit Engeln zusammenstoßen könnten, ob sie nicht tollkühne Herausforderungen des Himmels durch den Menschen seien... Für die Orthodoxie jedoch ist dies kein Problem! In ihr lebt die Lehre von der scharfen Trennung der sichtbaren und der unsichtbaren Welt, und darum vermag keine Errungenschaft in der sichtbaren Welt das „Dasein der geistigen Welt" zu stören. Aus diesem Grunde betrachten die orthodoxen Theologen ziemlich wohlwollend den Fortschritt auf dem Gebiet der Technik und verzichten auch für sich persönlich nicht auf manche Gaben dieses Fortschritts...

„Der Protestantismus kapitulierte im Wesentlichen vor der Wissenschaft und nahm diese ihre Entdeckungen als Unvermeidliches hin. Er versucht, wenigstens auf dem Gebiet der Bibel die allgemeinen Prinzipien zu bewahren, zum mindesten deren neutestamentlichen Teil und die ‚allgemeine Leitung der Geschichte durch die Vorsehung'."

„Selbst der Katholizismus ist sich in seiner Einstellung zu diesen Problemen nicht einig. Bekanntlich trachtete der verstorbene Papst Pius XII. in seiner Ansprache vom 22. November 1951 danach, Grundprinzipien zu finden, durch die sich eine Bindung der sich gegenseitig abstoßenden Pole Wissenschaft — Religion ermöglichen ließe, und mußte die Wissenschaft der Religion und die Religion der Wissenschaft anpassen.

„Die russische Orthodoxie ist in wissenschaftlicher Beziehung die rückschrittlichste aller christlichen Kirchen.

„Die russische orthodoxe Kirche lehnt radikal sämtliche Entdeckungen der Wissenschaft auf dem Gebiet der Bibelkritik ab und steht auf dem Standpunkt vom Anfang des XIX. Jahrhunderts. Mit einer Beharrlichkeit, die einer besseren Verwendung würdig wäre, verteidigt sie die Ansicht, daß die biblischen Mythen und Sagen unumstößliche Realität seien, läßt wie ehedem die Eva aus Adams Rippe entstehen, bekennt sich nach wie vor zur Universalität der Sintflut, zum Sündenfallapfel und zu anderen Unsinnigkeiten. Sie behält sogar die Chronologie bei, die bereits vor fünfzig Jahren von der Wissenschaft abgelehnt und korrigiert worden ist. Und die othodoxen Theologen sind verpflichtet, sich in allem nach der Lehre der ‚heiligen Väter', d. h. der Kirchenschriftsteller des IV.—VIII. Jahrhunderts, zu richten, mag diese Lehre vom Standpunkt des modernen Wissens noch so veraltet sein."

Der Ex-Theologe verschweigt dabei, daß die russische orthodoxe Kirche den Kommunismus als solchen nicht ablehnt, im Gegenteil. In ihm sieht sie die Verwirklichung der Praxis der urchristlichen Gemeinden, die sich ja auch zum gemeinsamen Besitz an den Gütern der Welt bekannten. Als seinerzeit der Premierminister der Zarenregierung Stolypin den russischen Bauern aus den Ketten des „Mir", der dörflichen Gemeinde, zu befreien suchte, stellte sich die

Kirche gegen ihn. Sie sah in dieser Gemeindeordnung, in der Besitzlosigkeit des Bauern, dem das Land von der Gemeindeversammlung („Mir") jeweils für ein paar Jahre zugeteilt wurde, ein ehrwürdiges christliches Ideal, das von dem Minister zertrümmert werden sollte. Davon sagte der Herr Professor nichts.

Dafür verbreitete er sich über die Unrichtigkeit des Vorwurfs, die Gläubigen würden den Atheisten gegenüber benachteiligt und hätten nicht die gleichen Rechte wie diese. Wie überall in der Welt fordert die orthodoxe Kirche in der Sowjetunion für sich alle ihr durch die Verfassung zugestandenen Rechte und protestiert erbittert gegen die antikirchliche Propaganda der Partei, die sie als Eingriff in ihre Rechte betrachtet. Das ist überall in der Welt so, und bezeichnenderweise verfolgt auch der Kommunismus dieselbe Taktik: in den Ländern, wo er ans Ruder gekommen ist, duldet er keine anderen Parteien neben sich, unterdrückt sie oder schaltet sie gleich, bis sie ihr Eigengesicht vollständig verlieren und nur dem Namen nach existieren. Da aber, wo der Kommunismus die Politik des Landes noch nicht bestimmt und wo die herrschenden „liberalen", richtiger antikommunistischen Parteien Maßnahmen gegen die kommunistische Propaganda, die naturnotwendig staatsfeindlich sein muß, ergreifen, dort geschieht den Kommunisten bitteres Unrecht. Die gesamte kommunistische Presse der Welt erhebt ein schrilles Geschrei und beschuldigt die „Bürgerlichen" der Unterdrückung der freien Meinung, der Unmenschlichkeit u. dgl. m.

Die Verfassung der Sowjetunion gewährleistet in ihrem § 124 den Sowjetbürgern die Freiheit der Ausübung religiöser Kulte. Natürlich kann dieser Paragraph für Parteimitglieder nicht gelten, da diese sich nun einmal zum ausgesprochen atheistischen dialektischen Materialismus bekennen. Dagegen wäre nichts einzuwenden. Aber selbst hier wird, soweit mir bekannt, nicht zu rigoros vorgegangen. Ich kenne Fälle, wo Parteileute sich in der Kirche haben trauen und ihre Kinder taufen lassen, ohne daß ihnen große Schwierigkeiten aus dieser Inkonsequenz entstanden. Neulich erzählte mir ein Russe, daß er – zu seiner Verwunderung – die kirchliche Trauung eines Generals in Moskau beobachten konnte, die mit großem Gepränge und sogar mit militärischem Pomp vor sich gegangen war.

Allerdings spricht das alles noch nicht für eine Ausbreitung des christlichen Glaubens in der UdSSR. Die kirchliche Trauung wird meist von Frauen gewünscht, die auf eine feierliche und festliche Aufmachung und Zeremonie Wert legen. Dasselbe gilt auch für Beerdigungen. Der Sowjetstaat hatte es versäumt, an Stelle des kirchlichen Ritus etwas Anderes zu setzen, und aus dem trockenen Diamat heraus können die Saiten im Menschenherzen nicht angeschlagen werden, die auf Gemütsbewegungen reagieren. Neuerdings wird auf den Seiten der „Iswestija" lebhaft über diesen Punkt diskutiert, und es ist bezeichnend, daß die meisten Einsender gegen einen Versuch sind, einen Er-

sakritus von Staats wegen zu schaffen, wie es der Nationalsozialismus seinerzeit praktiziert hatte. Die Erkenntnis kommt spät – daß die Kirche, die Religion weniger an die Ratio, die Vernunft, als an das Gemüt und Gefühl appelliert. Der Ex-Theologe schildert die Waffen, die der Kirche in der Sowjetunion zur Verfügung stehen:

„Die Kirche besitzt ihre kultischen Bauten, die sie frei und ungehindert so gestaltet, daß die gefühlsmäßige Einwirkung des Glaubens voll erhalten und propagiert wird. Sie zelebriert auch in den Häusern der Gläubigen komplizierte gottesdienstliche Zeremonien und Rituale, wirkt auf das Gemüt und nebenbei auch auf die Vernunft des Menschen durch Gesang, Vorlesen, Inhalt der Gebete und Gesänge, durch bühnenmäßige symbolische Kulthandlungen ein. Endlich wendet sie sich direkt an den Verstand und an das Gefühl des Menschen individuell in der Beichte, in den Hirtengesprächen, allgemein in den Predigten und Belehrungen.

„Zu diesem Zweck besitzt die Kirche Einwirkungsmittel aus dem Gebiet der darstellenden Kunst — die Ikonen, und aus dem Gebiet der uralten magisch-mystischen und zauberischen Gewohnheitswahrnehmungen — die Reliquien, die Sakramente, das Weihwasser, die geweihten Brote, den Weihrauch usw., usw.

„Die Kirche verfügt über einen komplizierten und durchorganisierten Einwirkungsapparat in Gestalt des mittleren und höheren (Episkopat) Klerus, der Kirchendiener, Chöre, geistlichen Schulen, Kirchenpresse."

Nach seinen Worten herrscht in der Kirche „ein ungezähmter antidemokratischer Zentralismus mit einer vom Zentrum aus zur Peripherie jeder maßstäblichen Kathegorie — Kirche, Bistum, Pfarrgemeinde — der geistlichen Ränge hinabsteigenden Diktatur".

An der Spitze steht der Patriarch, dem die Bischöfe als Mönche Gehorsamsgelübde abgelegt haben. Diktatorisch verschiebt er sie aus einem Bistum in das andere, ohne sich um den Willen der Gemeinde zu bekümmern, wobei die dem Patriarchen genehmen Bischöfe naturgemäß bessere, einträglichere Stellen bekommen. Zur Strafe können sie jederzeit ärmere Pfründen zugewiesen bekommen.

Die Bischöfe ihrerseits herrschen in ihrem Bistum ebenso autokratisch und schieben die ihnen unterstellten Priester wie Schachfiguren hin und her, wobei sie sich nach demselben Prinzip richten wie der Patriarch: ihre Günstlinge erhalten die besseren Pfründen, diejenigen, die sie nicht leiden mögen, die ärmeren. Irgendwelche Möglichkeiten, sich gegen die Willkür der Bischöfe zur Wehr zu setzen, stehen dem Klerus nicht zur Verfügung. Dank seiner Weihen besitzt der Bischof „die Gnade", die ihn in seinen Entscheidungen fast ebenso unfehlbar macht, wie es der römische Papst ex kathedra ist.

Die Priester leben von ihren Gemeinden. Zwar sollte der Kirchenbesitz nach einem Dekret vom 23. 1. 18 und anderen Verordnungen Eigentum der Gemeinde sein und von sog. „Zwanzigerräten" oder „Gemeinderäten" verwaltet werden, doch in der Praxis verfügt darüber selbstherrlich der Gemeindepriester. „Diese Atmosphäre der Diktatur und der Verantwortungslosigkeit schafft in

der Kirche eine ungesunde Lage und öffnet ein weites Feld für mannigfaltige Mißbräuche und selbst für Gesetzlosigkeiten", schreibt Ossipov.

Dabei gebe es nach seiner Meinung gar nicht so viele echte Gläubige in Rußland. Viele besuchen die Kirchen „lediglich, weil sie es von Kindheit an gewohnt sind, weil Mütter und Großmütter sie dazu angehalten haben, oder auch ‚nur auf alle Fälle'... Zur Beerdigung bringen sie die Verstorbenen in die Tempel, weil es furchtbar unangenehm wäre, einen geliebten Menschen einfach so einzuscharren." Er schreibt weiter: „Echte Gläubige, keine Gewohnheitsmenschen, Gläubige aus innerster Überzeugung, gibt es heute gar nicht so viele."

Die Lage ist also kaum anders als bei uns „im Westen", auch wenn hier hinter der schon so gewaltigen Kirchenmacht die Staatsgewalt steht und der Staat die Kirchen auch aus Steuergeldern großzügig finanziell unterstützt.

In meinem Buch „Enträtseltes Rußland" habe ich die Ursachen und die Auswirkungen des Friedens, den Stalin nach dem Kriege mit der Kirche geschlossen hatte, geschildert. Ich möchte mich hier deshalb nicht wiederholen. Eins muß aber noch gesagt werden. In der Propagandakampagne der Sowjets spielt die orthodoxe Kirche – wie die mohammedanische, die buddhistische und die mosaische auch – keine geringe Rolle. Der Patriarch All-Rußlands revanchiert sich eifrig für die Vorteile, die ihm vom Kreml großzügig gewährt werden. Sobald eine auf Propaganda berechnete Entschließung der Sowjetregierung – der Aufruf zur weltweiten Abrüstung, zur Einstellung der Atomversuche usw. – veröffentlicht wird, läßt er in den „Iswestija" seine begeisterte und in archaisch pastoralem Ton abgefaßte Zustimmung dazu abdrucken. Er entsendet staatssichere Delegationen seiner Geistlichen ins Ausland, korrespondiert mit ausländischen Kirchen, als wäre er ein unabhängiger Kirchenfürst, und ist, kraß ausgedrückt, politisch gesehen nichts als ein Propagandahelfer der Sowjets.

Der Quell

Folge 10 München, 23. 5. 1959 11. Jahr

Die vierte Hochschultagung in Tutzing

Von Dr. Edmund Reinhard

Zeitschrift für Geistesfreiheit

(Abgeschlossen am 22. 4. 59)

Die politische Kirche

Die Kirche hat sich seit Anbeginn überall und immer politisch betätigt. Bereits die erste Begründung der Staatskirche durch den heidnischen römischen Kaiser Konstantin (313) war ein politischer Akt. Jener Kaiser – einer der lasterhaftesten Menschen, die es gegeben hat – war der Kirche so nützlich, daß man ihm in der Geschichte den Namen „der Große" verlieh.

In der Zeit der Plebiszite und Parlamente suchte sich die Kirche den Einfluß auf die Wahlen zu sichern. Ein zeitgenössischer politischer Beobachter schrieb zu der französischen Volksabstimmung am 20./21. 12. 1851 – durch die sich der Präsident Louis Napoleon Bonaparte (Napoleon III.) den blutigen Staatsstreich vom 2. 12. 1851 bestätigen ließ: „Die Priester und die religiösen Orden zerstreuten sich geräuschlos, gleich einer dunklen Wolke, über das Land, nährten den Aberglauben des Volkes und verbreiteten den Glauben, daß die Religion in Gefahr wäre."[1]) Damit verschaffte der Klerus dem Präsidenten und späteren Kaiser die Stimmenmehrheit.

Während die Kirche die Regierung Louis Napoleons förderte, wirkte sie nach der Begründung des deutschen Reiches im Jahre 1871 gegen die deutsche Regierung. Denn – so schrieb der zeitgenössische Historiker Heinrich v. Sybel sehr richtig – „die Erziehung der Jugend und des Klerus lag vollständig in ihrer (der Kirche) Hand; hier wuchs die Generation auf, die heute auf Kommando der Pfarrer in geschlossenen Gliedern zur Wahlurne zieht ...", um gegen die Regierung zu stimmen, die sich ihr politisch nicht unterordnen wollte. Und – so sagt v. Sybel weiter – „je demokratischer die Zeitströmung ist, desto schwerer fällt eine Partei in das Gewicht, welche über anderthalb Millionen Wähler mit militärischem Kommando verfügt."[2])

Allerdings – so meinte der Dichter Friedrich Hebbel sehr richtig – „die Million ist eine Macht, doch bleibt das Körnchen, was es ist!" Die Masse sei daher – so sagte er weiter – „ein Haufen Sand, der freilich Stadt und Land verschütten kann, doch nur, wenn ihn der Wind ins Fliegen bringt". Und dieser „Wind" besteht in der den Menschen durch die Propaganda eingeblasenen Ideologie, der christlichen oder der kommunistischen.

Kirche und Kommunismus

Hatten sich nun die Bischöfe in der Bundesrepublik bisher bei den Wahlen nur durch Hirtenbriefe, Kanzelabkündigungen, die Priester und Pfarrer durch persönliche Einflußnahme betätigt, so hat Papst Johannes XXIII. jetzt durch eindrucksvollere Maßnahmen in den italienischen Wahlkampf eingegriffen. Die „Frankfurter Allg. Zeitung" vom 14. 4. 59 meldete:

„Der Papst hat ein Dekret des Heiligen Offiziums unterzeichnet, in dem es als unerlaubt für Katholiken bezeichnet wird, bei Wahlen für Kandidaten zu stimmen, die, auch wenn sie sich offiziell zum Christentum bekennen, die Sache des Kommunismus in irgendeiner Form unterstützen oder fördern.

In dem am 25. März ausgefertigten und am 2. April vom Papst unterzeichneten Dekret, das am Montag von der vatikanischen Zeitung ‚L'Osservatore Romano' veröffentlicht wurde, heißt es:

---

[1]) Augustus St. John: „Louis Napoleon, Kaiser der Franzosen", Leipz. 1858.

[2]) Heinrich v. Sybel: „Klerikale Politik im 19. Jahrhundert", Bonn 1874, S. 85 u. 116/7.

,Es ist nicht erlaubt, daß Katholiken für Parteien oder für Kandidaten stimmen, die eine Neigung zum Zusammengehen mit dem Kommunismus zeigen oder die Kommunisten unterstützen, und zwar auch dann, wenn ihre offiziellen Grundsätze nicht im Gegensatz zu katholischen Lehren oder zu den charakteristischen Merkmalen des Christentums stehen.'

Das Dekret ist die schärfste Maßnahme, welche die Katholische Kirche jemals gegen Personen oder Parteien ergriffen hat, die zu Sympathien für die Kommunisten neigen. Es stellt, wie in vatikanischen Kreisen erklärt wurde, eine Weiterentwicklung der am 1. Juli 1949 vom Heiligen Offizium gegen den Kommunismus getroffenen Maßregeln dar. Damals wurde die Exkommunizierung militanter Mitglieder der Kommunistischen Partei verkündet."

Bei der internationalen Reichweite des Vatikans, bei der geistig-seelischen Abhängigkeit der Katholiken von ihrer Kirche und dem Papst, gilt dieses Dekret nicht nur für Italien und die italienischen Wahlen, sondern grundsätzlich für alle katholischen Staaten und alle Katholiken. Das sog. „Heilige Offizium" ist die in der Geschichte berüchtigte Inquisitionsbehörde. Allerdings ist dieses Dekret „die schärfste Maßnahme, welche die katholische Kirche jemals gegen Personen und Parteien ergriffen hat, die zu Sympathien für den Kommunismus neigen". Wohlgemerkt „für die Kommunisten"! Denn sonst hat diese Kirche, deren Päpste und andere Vertreter, noch ganz andere Maßnahmen ergriffen. So schrieb der Theologe und Dichter Joh. Gottfr. Herder — „ihr zahllosen Opfer der Inquisition im südlichen Frankreich, in Spanien und in anderen Weltteilen, eure Asche ist verflogen, eure Gebeine sind vermodert; aber die Geschichte der an euch verübten Greuel bleibt eine ewige Anklage der in euch beleidigten Menschheit!" Da man nicht müde wird, uns fast täglich an die im NS-Staat verübten Greuel zu erinnern, ist es nur gerecht, daß diese von der Kirche begangenen Greuel nicht in Vergessenheit geraten. Aber die einen sollen nicht etwa mit den anderen entschuldigt werden. Sie sind und bleiben gleich verwerflich!

Aber auch gegen die Freimaurer haben die Päpste viel schärfere Dekrete, Enzykliken und Breven erlassen. Sie haben die Freimaurer ebenso exkommuniziert wie die Kommunisten. Da der Kommunismus den materialistischen Atheismus nicht aufgibt — was Heinrich Heine seinem intimen Freunde Karl Marx bereits dringend empfahl — muß der Vatikan entsprechende Maßnahmen ergreifen, sei es, den Kommunismus abzuwehren, sei es, ihn zu bekehren — ihn „zu taufen", wie sich ein Jesuit einmal ausdrückte.

Der christliche Kommunismus

Einen christlichen Kommunismus haben die Kirchenväter bereits gepredigt und gefordert. Johannes Chrysostomos (344 bis 407) erklärte:

„Man betrachte den Haushalt Gottes. Er hat gewisse Dinge zu einem Gemeingut gemacht, damit er das Menschengeschlecht damit beschäme, z. B. Luft, Sonne — das verteilt er gleichmäßig wie unter Brüdern. Also Gütergemeinschaft ist mehr die ansprechende Form unseres Lebens als der Privatbesitz, und sie ist naturgemäß. Wir aber beobachten diesen Kommunismus nicht einmal in den kleinsten Dingen. Darum hat Gott uns jene notwendigen Dinge als Gemeingut gegeben, damit wir daran lernen sollen, auch die anderen Dinge in kommunistischer Weise zu besitzen."[3])

Über die „Begründungen" wollen wir nichts sagen. Sie sind — theologisch! Aber der streitbare Bischof Clemens von Alexandrien (gest. 214) erklärte rundweg: „Von Natur ist das Privateigentum ein Unrecht... Alles ist also gemeinsam, und die Reichen sollen nicht

[3]) 12. Homilie über den 1. Brief an Thimotheus.

mehr haben wollen als die anderen."[4]) Der französische Kommunist Pierre Joseph Proudhon (1809 – 1865) brachte diese Gedanken auf die einfache Formel: „La propriété c'est le vol" (Eigentum ist Diebstahl). Genau so wird der Besitz in der Praxeis Apostolon 4,23 seq. (Apostelgeschichte 4,23 ff.) aufgefaßt, ja ein Verstoß gegen diese kommunistische Gesellschafts-Ordnung wird sogar mit dem Tode bestraft (5, 1 – 11).

Chrysostomos verspricht sich nun von der Durchführung dieses Kommunismus außerordentliche Erfolge für die christliche Propaganda. Er schreibt: „Wer würde noch Heide bleiben? – Nach meiner Meinung keiner!"[5]) Er rechnete also auf die Begehrlichkeit der Massen. Ein recht primitives aber zweifellos recht wirksames Propagandamittel für diese ersten Christen. Nietzsche überspitzte die Charakterisierung dieser Menschen zu dem Satz: „Wir würden uns ‚erste Christen' so wenig wie polnische Juden zum Umgang wählen: nicht daß man gegen sie auch nur einen Einwand nötig hätte ... Sie riechen beide nicht gut."

Nun, heute würden wirtschaftswunderliche Christen, fromme englische Lords und noch frömmere amerikanische Milliardäre bei der Verkündung solcher Wirtschaftsordnung wohl kaum Christen sein wollen. Man müßte also heute jene Worte des Chrysostomos umkehren und sagen: „Wer würde noch Christ bleiben? – Nach meiner Meinung keiner!"

Das Frühchristentum war eben eine kommunistisch-revolutionäre Bewegung, und das verkündete „Reich Gottes" war sehr irdisch gemeint. Es mußte später, nach der Begründung der Staatskirche, durch die entstehende Theologie mit allen erdenklichen Kunstgriffen in den „Himmel" verlegt werden. Zunächst wirkten die christlichen Agitatoren – Apostel, wie man wohlklingender sagt – mit materiell aufgefaßten kommunistischen Zukunftsverheißungen. „Aus dem Kommunismus hervorgegangen" – so schrieb der Sozialdemokrat Karl Kautsky – „zählt die Kirche zu den erbittertsten Feinden des modernen Kommunismus. Wird nicht dieser Kommunismus nun seinerseits dieselbe Dialektik entwickeln, die der christliche durchmachte, und seinerseits ebenfalls zu einem neuen Ausbeutungs- und Herrschaftsorganismus umschlagen?"[6])

Nun, diese Frage ist durch das Sowjet-Regime eindeutig beantwortet. Dort ist der „moderne Kommunismus" mit einer gleichen Dialektik „zu einem neuen Ausbeutungs- und Herrschaftsorganismus umgeschlagen", der sich sogar die Unterdrückungsmethoden der ecclesia militans – der kämpfenden Kirche – z. B. Inquisitionsgerichte und -verfahren – bedenkenlos angeeignet hat und zur Verbreitung und Aufrechterhaltung seiner Ideologie anwendet. Man tarnt dieses diktatorisch-autoritäre System mit dem Begriff „Volks-Demokratie", wie Napoleon III. sein autoritäres Regierungssystem als „kaiserliche Demokratie" bezeichnete.

Das kam kürzlich wieder durch die Verurteilung der Studenten in Dresden zum Ausdruck. „Die Dresdner Studenten" – so schrieb der „Münchner Merkur" vom 20. 4. 59 – „stehen vor Gericht, weil sie sich nach einem ‚menschlichen Sozialismus' sehnten, weil in ihnen, wie eigentlich in der akademischen Jugend der ganzen Welt, der Wille zum Widerstand gegen eine allzu umfassende Bevormundung lebte und weil das System jede geistige Opposition an seinen Hochschulen aus Gründen der Abschreckung wie des Selbstschutzes notfalls mit jahrelangen Zuchthausstrafen zudecken muß."

Nun, so etwa dachten jene Menschen auch, die vom „Willen zum Widerstand

---

[4]) Paidagogos, II. 12 (Wie sich der Christ zu führen hat).

[5]) 13. Homilie zur Apostelgeschichte.

[6]) Karl Kautsky: „Der Ursprung des Christentums", Stuttgart 1908, Seite 492/3.

gegen eine allzu umfassende Bevormundung" durch die Kirche erfüllt waren und deshalb der Inquisitionsgerichtsbarkeit verfielen.



B 5727 D | München, 9. 2. 1960 | Folge 3 / 12. Jahr

Der Kulturkampf

Von Walter Löhde (3. Teil)

Zeitschrift für Geistesfreiheit

Geistesfreiheit – wie ein Jesuit sie versteht

Von Edgar Holzgräfe

In seinem Werk „Der moderne Katholizismus" (1955) hat der evangelische Theologe Walther von Loewenich offen ausgesprochen, daß die katholische Kirche mit ihrem Autoritätsanspruch die Freiheit ebenso gefährdet wie der Bolschewismus. Diese Beurteilung der katholischen Kirche, ihres Lehramtes und ihres Unfehlbarkeitsanspruches, sucht Albert Hartmann S.J., Professor

an der Philosophisch-Theologischen Hochschule St. Georgen in Frankfurt am Main, zu widerlegen. Seine Bemühungen um den Gegenbeweis sind abgedruckt in einer kleinen Broschüre „Kirche und Freiheit" mit dem Untertitel „Kirchliches Lehramt und Freiheit des Denkens".

Bevor wir seine Ausführungen verfolgen, wollen wir uns den Unfehlbarkeitsanspruch des kirchlichen Lehramtes klarmachen und was die katholische Kirche unter Unfehlbarkeit versteht, wie sie diese auffaßt.

Unfehlbarkeit ist die der Kirche eigene Gnadengabe, in der endgültigen Vorlage der Glaubens- und Sittenlehre durch den Beistand des Heiligen Geistes vor Irrtum bewahrt zu bleiben. Die Unfehlbarkeit beruht nach katholischer Auffassung auf dem Willen Christi, der seine Kirche durch seine eigene stete Gegenwart und die Sendung des Heiligen Geistes zu einer „Säule und Grundfeste der Wahrheit" gemacht hat. Die Überzeugung von der Unfehlbarkeit des Lehramtes und seiner Betätigung auf Konzilien war in der katholischen Kirche stets vorhanden. Die Unfehlbarkeit des Papstes wurde ausdrücklich auf dem Vatikanischen Konzil (1869/70) ausgesprochen, was zum Abfall der Altkatholiken und dem Kulturkampf geführt hat (siehe unsere Fortsetzungsabhandlungen „Der Kulturkampf").

Träger der Unfehlbarkeit ist das Lehramt der Kirche, d. h. der Papst allein oder im Verein mit den Bischöfen.

Formen unfehlbarer Lehrverkündigung sind die Glaubensentscheidungen eines Konzils oder die ex-cathedra-Entscheidungen des Papstes und die allgemeine Glaubensverkündigung. Der Papst entscheidet nach dem Vatikanischen Konzil ex cathedra (= vom Lehramt aus), d. h. unfehlbar, wenn er kraft seiner apostolischen Autorität in einer Glaubens- oder Sittensache eine Lehre verkündet, die die ganze Kirche verpflichten soll.

Es ist unschwer einzusehen, daß ein kirchliches Lehramt, das sich Unfehlbarkeit in seinen Entscheidungen anmaßt, für die Ausbreitung von Wahrheiten, die der kirchlichen Lehre widersprechen, ein Hemmschuh ist. Es kann zwar das Bekanntwerden neuer Erkenntnisse gegen seinen Willen nicht verhindern, aber erschweren und verzögern. Deshalb hat Loewenich recht, wenn er im kirchlichen Lehramt und seinem Unfehlbarkeitsanspruch eine Gefahr für die Freiheit erblickt, nämlich für die Geistesfreiheit. Die Feindseligkeit kommunistischer Parteiideologen gegen Abweichungen vom Diamat rechtfertigt den Vergleich zwischen Katholizismus und Bolschewismus im Hinblick auf Gedankenfreiheit.

Hartmann, dem es um den Nachweis geht, daß dieser Vergleich nicht der Wahrheit gerecht wird, kann doch nicht umhin, „gewisse äußerliche Ähnlichkeiten" festzustellen. Er lenkt geradezu die Aufmerksamkeit des Lesers darauf, indem er Begriffe der katholischen Kirchensprache auf Verhältnisse im kommunistischen Machtbereich anwendet. Er bedauert den Verlust der Freiheit an der Ost-Berliner Humboldt-Universität, der Stätte, wo Humboldt, Fichte, Hegel gelehrt haben. Die Echtheit dieser Klage dürfte mehr als fraglich sein. Die jetzigen Verhältnisse schildert er wie folgt:

„Dort gibt es nur eine Philosophie als totale Weltanschauung, die in absoluter

Intoleranz keine andere neben sich duldet... Diese Weltanschauung... wird dem gesamten geistigen Leben auferlegt. Amtlich wird definiert, was als wahr und falsch angesehen werden muß, und solche Definitionen dürfen nicht kritisiert werden; gelten sie doch als unfehlbare Auslegungen des marxistischen und leninistischen Evangeliums. Ein Index der verbotenen Bücher bezeichnet die verbotenen Bücher, die man nicht lesen darf und nirgendwo erhalten kann. Es werden nur Bücher gedruckt, die das Imprimatur der Machthaber erhalten haben. Es ist gefährlich, ... eine abweichende Meinung zu haben, eine Häresie gegen die Parteilinie zu lehren. Die Kinder werden vom Kindergarten an in diese Weltanschauung erzogen. ...Und wenn der Mensch herangewachsen ist, soll er so weit sein, daß er nicht mehr anders denken kann als gemäß der offiziellen Lehre."

Doch dies seien alles nur „äußerliche Ähnlichkeiten". Es komme darauf an, zu sehen, daß ein wesentlicher Unterschied besteht.

„Im totalen Staat wird die Freiheit vernichtet"

„Für den Gläubigen, der sich dem Lehramt der Kirche unterwirft, bleibt sie voll und ganz bestehen. Mehr noch: der Gläubige gibt die geistige Freiheit nicht auf, sondern soll gerade als Gläubiger eine Erhöhung der wahren geistigen Freiheit gewinnen."

Was ist „wahre" geistige Freiheit?

Wenn Unterwerfung unter das Lehramt der Kirche die wahre geistige Freiheit erhöhen soll, so möchten wir wissen, was Hartmann unter „wahrer" Geistesfreiheit versteht. Unsere Halbmonatszeitschrift „Der Quell" nennt sich „Zeitschrift für Geistesfreiheit". Wenn alle mit Geistesfreiheit dasselbe meinen und dieses Gut von keiner Seite bedroht wird, dann hätte „Der Quell" seine „Daseinsberechtigung" verloren. Wir werden sehen, wie es um die geistige Freiheit im jesuitischen Verständnis bestellt ist. In „Kirche und Freiheit" gibt Albert Hartmann folgende Begriffsbestimmungen:

„Geistige Freiheit heißt nicht: die Wahrheit nicht haben und im Nichtwissen nach Belieben und Willkür raten und irren können; sondern Freiheit des Denkens heißt, die Wahrheit erkennen können und nichts bejahen müssen, was nicht als Wahrheit ausgewiesen und beglaubigt ist."

An anderer Stelle heißt es, der Mensch müsse frei sein, „nur das als Wahrheit anzunehmen, was er als Wahrheit erkennt".

Weitere Definitionen:

„Das Wesentliche für echte geistige Freiheit ist, daß niemand verpflichtet wird, etwas für wahr zu halten, was er nicht für wahr halten kann, oder etwas mit größerer Sicherheit zu bejahen, als die Erkenntnisgründe gewähren."

„Die Wirklichkeit sehen können, — ist das nicht die Freiheit des denkenden Geistes?"

Wir können uns nur teilweise mit den hier gegebenen Bestimmungen des Begriffs Geistesfreiheit einverstanden erklären. Es ist richtig, daß dort, wo Geistesfreiheit herrschen soll, kein Mensch gezwungen werden darf, etwas zu bejahen, was er nicht als wahr anerkennen kann. Positiv ausgedrückt heißt das ganz richtig, der Mensch muß frei sein, nur das als Wahrheit anzunehmen, was er als Wahrheit erkennt. Soweit können wir Hartmann recht geben.

Wir werden jedoch stutzig, wenn wir lesen, geistige Freiheit heißt nicht: die Wahrheit nicht haben. Die Wahrheit erkennen, die Wirklichkeit sehen können sei der positive Gehalt geistiger Freiheit. Wir meinen, die Fähigkeit, die Wahrheit zu sehen, hängt in erster Linie von der Gottwachheit des einzelnen Menschen und seinem entfalteten Willen zur Wahrheit ab. Diese Fähigkeit, diese Geisteskraft ist nicht das Wesen der Geistesfreiheit, sondern deren segensreiche Folgeerscheinung. Wo freies Denken geknebelt wird, kann sich der menschliche Drang nach Erkenntnis der absoluten Wahrheit schwerer betätigen als dort, wo Geistesfreiheit gegeben ist. Geistesfreiheit schafft erst das notwendige „Klima", in dem die Wahrheitforschung ohne Rücksicht auf etwas anderes als die Wahrheit selbst gedeihen kann. Geistesfreiheit ist die Voraussetzung nicht so sehr für die Wahrheitserkenntnis an sich, sondern vor allem für deren Verkündung und Ausbreitung. Ich möchte versuchen, an Stelle der angreifbaren Hartmannschen Definition geistiger Freiheit eine treffende und richtige zu setzen.

Unter wahrer Geistesfreiheit verstehe ich *die von keiner Seite behinderte Möglichkeit, die Wahrheit um ihrer selbst willen zu erforschen, auszusprechen und zu verbreiten.*

Welche Wahrheit soll geistig frei machen?

Albert Hartmann sieht nicht in der Möglichkeit freier Forschung nach Wahrheit die geistige Freiheit, sondern in der Fähigkeit, die Wahrheit zu erkennen, die Wirklichkeit zu sehen. Da Hartmann unter Geistesfreiheit etwas anderes versteht als der übliche Sprachgebrauch, müssen wir prüfen, ob er nicht auch mit „Wahrheit" etwas ganz Bestimmtes meint, woran wir im üblichen Sprachgebrauch nicht denken.

Wahrheit ist nach Mathilde Ludendorffs Wesensbestimmung die Übereinstimmung von Vorstellung und Tatsächlichkeit. Darin ist ausgesagt, daß es eine Tatsächlichkeit unabhängig vom betrachtenden Subjekt gibt. Der Mensch, das betrachtende Subjekt, möchte diese an und für sich bestehende Tatsächlichkeit ergründen, macht sich Vorstellungen von ihr. Sie können richtig oder falsch sein. Die absolute Wahrheit hat der Mensch erst gefunden, wenn seine Vorstellungen von der außer ihm bestehenden Tatsächlichkeit mit dieser übereinstimmen.

Ist es die unabhängig vom betrachtenden Subjekt, seinen Vorstellungen und Wünschen existierende Wirklichkeit, die der Mensch nach Hartmann erkennen muß, um geistig frei zu sein, oder meint Hartmann etwas anderes? Dies zu ergründen, müssen wir in seiner kleinen Schrift nachprüfen, was er über Wahrheit und Irrtum sagt. Er spricht von Wahrheit, die die Kirche verkündet, und von wissenschaftlicher Erkenntnis und gibt über beide sein Urteil.

Alle Christen ... wollen an das Wort Gottes glauben. „Die Frage ist nur, *wo* er mir begegnet, *wie* er das Wort sagt, das ich glauben kann." In seiner Offenbarung kommt er. Er hat sie gesagt in Christus. Christus hat

die Apostel beauftragt, sein Wort weiterzusagen. „Damit empfingen sie das Lehramt seiner Kirche. In der Kirche, die auf die Apostel gebaut ist, höre ich das Wort der Offenbarung.“ Nur in der Kirche spricht er es, nicht anderswo. Wenn ich von der Kirche gehört habe, was sein Wort besagt, glaube ich ihm. Die Kirche erfüllt ihren Auftrag. Sie setzt sich nicht an die Stelle der Wahrheit, *sondern kündet die Wahrheit, die nicht ihr, sondern sein (= Gottes) Wort ist.* Wem es gewiß ist, daß *das Lehramt der Kirche an die Wahrheit gebunden* ist, der opfert nichts von seiner *geistigen Freiheit*, wenn er dem Lehramt der Kirche folgt. Er nimmt das als Wahrheit an, von dessen Wahrheit er überzeugt ist. Den Weg zu dieser Überzeugung findet nur der Gläubige; *wer ihn nicht erkennt, kann die unbedingte Wahrheit einer Glaubensentscheidung nicht sehen.*

Das Verhältnis, in dem Glaubensoffenbarung und wissenschaftliche Erkenntnis zueinander stehen, stellt Hartmann folgendermaßen dar:

> „Es ist wahr, daß der Denker, der sich gläubig an die Lehre der Kirche gebunden weiß, in den endgültig sicheren Glaubensaussagen eine Schranke seines Denkens anerkennt. Er kann nicht um sogenannter wissenschaftlicher Ergebnisse willen die Glaubenslehre leugnen. *Für den katholischen Christen bedeutet die Wahrheit des Glaubens, daß die Aussagen, die zum Inhalt der göttlichen Offenbarung gehören, wahre, objektiv gültige Aussagen sind. Sie vermitteln eine Erkenntnis, die der Wirklichkeit gemäß ist.*“
>
> „Sobald also das wissenschaftliche Denken zu einem Ergebnis führt, das dem Glauben widerspricht, *kann er es nicht als wahr, als echtes Ergebnis annehmen*... Damit wird der wissenschaftlichen Vernunft kein Zwang angetan. Der katholische Denker wird nicht daran gehindert, das wissenschaftliche Wahrheitsbewußtsein in aller Redlichkeit ernst zu nehmen. *Er wird nur davor bewahrt zu irren.* Er hat genau dieselben Mittel der Wissenschaft zur Verfügung wie der ungläubige. Sein Denken ist in seiner freien Entfaltung nirgendwo gehemmt. *Nur hat er eine Möglichkeit mehr als der ungläubige, sein Denken auf dem Wege zur objektiven Wahrheit zu halten und nicht abzuirren.*“

Die Glaubenswahrheit steht also über der wissenschaftlichen Erkenntnis. Als Beispiel für die bessere Möglichkeit des gläubigen Denkers, vor Irrtum bewahrt zu bleiben, führt der Jesuit das Problem der Willensfreiheit an. Die katholische Kirche bejaht die menschliche Willensfreiheit und erwies sich damit angeblich der Wissenschaft überlegen, als diese im 19. Jahrhundert auf den Abweg des Determinismus geriet. Ein günstig ausgewähltes Beispiel. Die Wissenschaft irrte in diesem Falle, weil sie trotz Kant die Grenzen der Vernunfterkenntnis überschritt. Die häufigen Fälle, daß wissenschaftliche Erkenntnisse Dogmen stürzten, erwähnt der Jesuit natürlich nicht. Wir können hierauf nicht weiter eingehen. Es geht uns jetzt darum nachzuweisen, daß die Wahrheit, die zu erkennen wahre geistige Freiheit sein soll, nach Hartmanns Auffassung die von der Kirche verkündeten göttlichen Offenbarungswahrheiten sind. Hartmann fährt fort:

Der gläubige Denker war weniger frei zu irren. (Freiheit zu irren ist nach Hartmann keine wahre Freiheit.) Daran hat ihn seine Glaubensgewißheit gehindert. Aber sie hat ihn nicht gehindert zu denken. Im Gegenteil: sie hat ihn genötigt, besser zu denken. Seine Vernunft führte ihn dazu, alle Erkenntnisquellen zu beachten und keiner gesicherten Wahrheit zu widersprechen. „D a s i s t d i e g r ö ß e r e F r e i h e i t d e r g l ä u b i g e n V e r n u n f t."

Zurück zu unserer Frage, ob Hartmann unter Wahrheit wie wir die Übereinstimmung von Vorstellung und Tatsächlichkeit versteht. Er würde diese Frage, wenn wir sie ihm direkt stellten, bejahen. Auch für ihn gibt es eine an und für sich seiende, vom betrachtenden Subjekt unabhängige Wirklichkeit. Dem Menschen ist sie nach seiner Meinung nur auf dem Wege der göttlichen Offenbarung voll zugänglich. Das Wort der göttlichen Offenbarung kann der Mensch in der Kirche hören. Die Kirche kündet die Wahrheit, die Gottes Wort, das Wort des persönlichen Christengottes ist. Das kirchliche Lehramt ist an die Wahrheit gebunden. Seine Aussagen, die Inhalt der göttlichen Offenbarung sind, haben objektive Gültigkeit und können durch keine wissenschaftliche Erkenntnis in Frage gestellt werden.

Jetzt sehen wir auch den Pferdefuß, der in Hartmanns Definition der Geistesfreiheit steckt. Geistig frei — so erinnern wir uns — sei nur derjenige, der die Wahrheit s e h e n kann. Die Wahrheit, die die Kirche kündet, kann nur der Gläubige sehen. Also besitzt nur er die wahre geistige Freiheit. Er ist besser als der Ungläubige gegen Irrtum gefeit, weil er durch den Glauben die tieferen, der Wissenschaft überlegenen Erkenntnisgründe besitzt. Wer nicht glaubt, kann die unbedingte Wahrheit einer Glaubensentscheidung nicht sehen. Er „hat" nicht die Wahrheit und damit nicht die „wahre" geistige Freiheit.

Menschliche Irrfähigkeit bei nicht unfehlbaren Entscheidungen

Welche Gefahr für die Geistesfreiheit im Sinne freier Forschung nach Wahrheit und der Veröffentlichung ihrer Ergebnisse ein Lehramt bedeutet, das bestimmte Glaubensinhalte unfehlbar und endgültig als „wahr" erklärt, wird in dem Augenblick sichtbar, in dem neue wissenschaftliche Erkenntnisse mit den als Wahrheit amtlich verkündeten Dogmen der Kirche in Widerspruch geraten. Der bekannteste Fall, in dem eine Lehre der Kirche und wissenschaftliche Erkenntnis hart aufeinanderstießen, ist der Prozeß gegen Galilei, nach Hartmann „der tragischste Fall in der Geschichte des kirchlichen Lehramtes". Das Bestreben der Kirche, die neue Wahrheit zu unterdrücken, daß sich die Erde um die Sonne dreht und nicht umgekehrt, konnte den Sieg der Wissenschaft nicht aufhalten. Wenn es öfter vorkam, daß von der Kirche amtlich festgelegte Wahrheiten sich nachträglich als falsch erwiesen, wuchs für sie die Gefahr, daß der Glaube an die Unfehlbarkeit ihres Lehramtes erschüttert wurde. Ihren Absolutheitsanspruch auf die Wahrheit kann die Kirche nicht aufrecht erhalten, wenn ihr Irrtümer in ihren Entscheidungen nachgewiesen werden. Es ist sehr aufschlußreich, zu sehen, wie die Kirche solcher drohenden Erschütterung ihrer Autorität zu begegnen sucht.

Da die Kirche sich immer wieder neuen Erkenntnissen der Wissenschaft anpassen und eine Glaubensentscheidung nach der anderen behutsam zurücknehmen muß, gibt sie die Möglichkeit des Irrens in gewissen Fällen zu, ohne ihren Absolutheitsanspruch auf die Wahrheit aufzugeben. Sie tut dies durch die Unterscheidung verschiedener Gewißheitsgrade kirchlicher Entscheidungen.

Es gibt unfehlbare und nicht unfehlbare Entscheidungen des kirchlichen Lehramtes. Mit unfehlbaren und endgültigen Glaubensentscheidungen kann laut Hartmann kein gläubiger Denker in Widerstreit geraten. Sonst müßte er den Glauben aufgeben. „Die Unterwerfung (welch sinniges Wort!) mag ihm in einem besonderen Falle Schwierigkeiten bereiten, da eigene Einsichten entgegenzustehen scheinen: aber wenn er gläubig ist, weiß er grundsätzlich, daß er gegen die von Gott geoffenbarte Wahrheit keine echten eigenen Einsichten geben kann." Unfehlbar sind solche Entscheidungen des Lehramtes, in denen es endgültig für die ganze Kirche die Offenbarungswahrheit vorlegt oder glaubenswidrige Irrtümer verurteilt.

„Darüber hinaus üben der Papst und die in seinem Namen handelnden obersten Instanzen der Kirche eine ausgedehnte Lehrtätigkeit aus, die der Auslegung des Glaubens, der Klärung bestehender Zweifel, der Antwort auf Fragen der Zeit dienen. Solche Äußerungen, zu denen gewöhnlich die Enzykliken (päpstliche Rundschreiben an alle oder mehrere Bischöfe) der Päpste oder die Entscheidungen des Heiligen Offiziums (oberste Kardinalskongregation zur Reinerhaltung der katholischen Glaubens- und Sittenlehre) und der Päpstlichen Bibelkommission gehören, setzen nicht die unbedingte Autorität des Lehramtes ein und erheben deshalb nicht den Anspruch auf Unfehlbarkeit." Äußerungen des Lehramtes, die nicht als endgültige Entscheidungen in Glaubensfragen unfehlbar sind, sind auch **nicht unbedingt der Menschlichkeit des Irrens enthoben.** Als Äußerungen des von Christus gesetzten Lehramtes haben sie zwar den Beistand des Heiligen Geistes. Das besagt, daß die Kirche im allgemeinen unter der Führung des Heiligen Geistes steht. Außerdem sind alle Lehräußerungen das Ergebnis genauer Prüfung und Sachkenntnis. „Aber beides gibt **für den einzelnen Fall** nicht die unbedingte Gewißheit, daß kein Irrtum unterlaufen ist."

Welch ein Armutszeugnis für den Heiligen Geist und die Sachkenntnis derer, die ihn am besten verstehen! Fehlbare und vorläufige Entscheidungen sind für den außenstehenden Kenner der katholischen Kirche eine Vorsichtsmaßregel. Wenn solche Entscheidungen Zweifelsfragen klären und Fragen der Zeit beantworten sollen, ohne daß die Kirche sich damit endgültig festlegt, so nimmt sie gegenüber den Problemen, die ihr aus der Zeit und ihren Veränderungen erwachsen, eine abwartende Haltung ein. Sie will sich nicht durch eine endgültige Entscheidung bloßstellen, die nicht der Wirklichkeit standhält. Muß die Kirche eine vorläufige Entscheidung wegen zu offenkundigem Widerspruch mit erkannten Tatsachen widerrufen, so speist sie den Gläubigen damit ab, daß die betreffende Entscheidung als vorläufige „nicht der Menschlichkeit des Irrens enthoben" war.

Dank der Möglichkeit zu irren, für die durch nicht unfehlbare Entschei-

dungen Spielraum gelassen wird, findet Hartmann auch eine beruhigende Erklärung für den Fall Galilei, der der Kirche äußerst peinlich sein muß: Im Fall Galilei unterlief ein Irrtum. Die Entscheidung im Prozeß gegen Galilei war ein Urteil in einem besonderen Falle. Sie war keine für die ganze Kirche verbindliche Glaubensentscheidung und ist „nie als solche angesehen worden". Eine neue, weltbewegende Entdeckung stieß auf eingewurzelte Vorstellungen und alte Denkgewohnheiten. Das erklärt alles. Es ist nichts Außergewöhnliches, daß eine aus anerkannten Gelehrten zusammengesetzte Körperschaft in einer ganz neuen Lage versagt, eine große Entdeckung nicht in ihrer wahren Bedeutung erkennt. Vor solchen Fehlgriffen ist das Lehramt nicht unbedingt bewahrt; dafür hat die Kirche „keine Verheißung". „Sie sollte wohl durch diese demütigende Erfahrung hindurchgehen. Ohne Zweifel hat sie viel daraus gelernt." Galilei ist eine Mahnung zur Vorsicht und Zurückhaltung ihrer Amtsträger.

Ja, Vorsicht und Zurückhaltung! Aber kein Wandel im Wesen der Kirche!

Freiheit wissenschaftlichen Denkens trotz kirchlichem Lehramt?

Galileis Schicksal hat bewiesen, daß ein innerkatholischer Zusammenstoß zwischen lehramtlicher Entscheidung und eigener wissenschaftlicher Einsicht möglich ist. Diese Möglichkeit, so meint Hartmann, läßt jedoch eine Lösung zu, mit der die Freiheit wissenschaftlichen Denkens bestehen kann.

Eine **unfehlbare Entscheidung** in Glaubensdingen legt dem Katholiken eine eigentliche **Glaubenspflicht** auf. Die verlangte Unterwerfung unter Entscheidungen des Lehramtes entspricht „dem Maße objektiver Sicherheit, die ihnen zukommt". Alle **nicht unfehlbaren** lehramtlichen Äußerungen legen **keine eigentliche Glaubenspflicht** auf; denn bei ihnen ist ja **keine unbedingte Garantie der Irrtumslosigkeit** gegeben. Was nicht unfehlbar wahr ist, kann man nicht mit unbedingter Gewißheit bejahen. Die Kirche fordert dafür keine endgültige Unterwerfung.

Hierdurch ist für Hartmann schon die geistige Freiheit gesichert; denn „das Wesentliche für echte geistige Freiheit ist, daß niemand verpflichtet wird, etwas ... mit größerer Sicherheit zu bejahen, als die Erkenntnisgründe gewähren".

Wenn das Lehramt in einer fehlbaren Entscheidung tatsächlich irren sollte, hat derjenige, der diesen Irrtum durchschaut, selbstverständlich das Recht und die Pflicht, an seiner Wahrheitserkenntnis festzuhalten.

Hatte Galilei auch dieses „selbstverständliche" Recht? Warum wurde er dann gezwungen, seine Erkenntnisse zu widerrufen? Aber die Kirche, die aus dem „Fall" Galilei „zweifellos viel gelernt" hat, ist wohl erst später darauf gekommen, daß es für die Erhaltung ihrer Autorität ratsamer sei, dem Wissenschaftler etwas mehr „Recht" einzuräumen.

Heute hat er also das Recht, an seiner Wahrheitserkenntnis festzuhalten, wenn ihr nur eine fehlbare Entscheidung des Lehramtes entgegensteht. Die Pflicht zur Wahrheit geht in diesem Falle vor die Pflicht zur Unter-

werfung unter die einzelne Entscheidung. „Die Pflicht zur *Ehrfurcht vor der Autorität* bleibt natürlich bestehen." Gerade in einem solchen Konfliktsfall ist es die Aufgabe dessen, der die bessere Einsicht hat, *den Willen zur Wahrheit mit der geschuldeten Anerkennung des kirchlichen Lehramtes zu verbinden.*

Es ist nach unserem Dafürhalten eigentlich üblich, nur dann eine Autorität anzuerkennen, wenn sie diese durch ihre Leistung verdient hat. Die katholische Kirche verlangt paradoxerweise Ehrfurcht vor ihrer „Autorität", wenn sie, die die Wahrheit zu künden beansprucht, des Irrtums überführt ist. Das ist ein Ansinnen, das kein wahrhaftiger Mensch schlucken kann, ohne dabei „Schaden zu nehmen an seiner Seele".

Freiheit des „irrigen" Gewissens

Die Freiheit wissenschaftlichen Denkens sieht Hartmann beim katholischen Wissenschaftler dadurch gewährleistet, daß ihm bei nicht unfehlbaren Entscheidungen des kirchlichen Lehramtes keine Glaubenspflicht auferlegt wird. Von anderen als katholischen Wissenschaftlern spricht der Jesuit gar nicht. Nichtkatholiken können ja die Wahrheit ohnehin nicht erkennen und haben daher auch keine „wahre" geistige Freiheit.

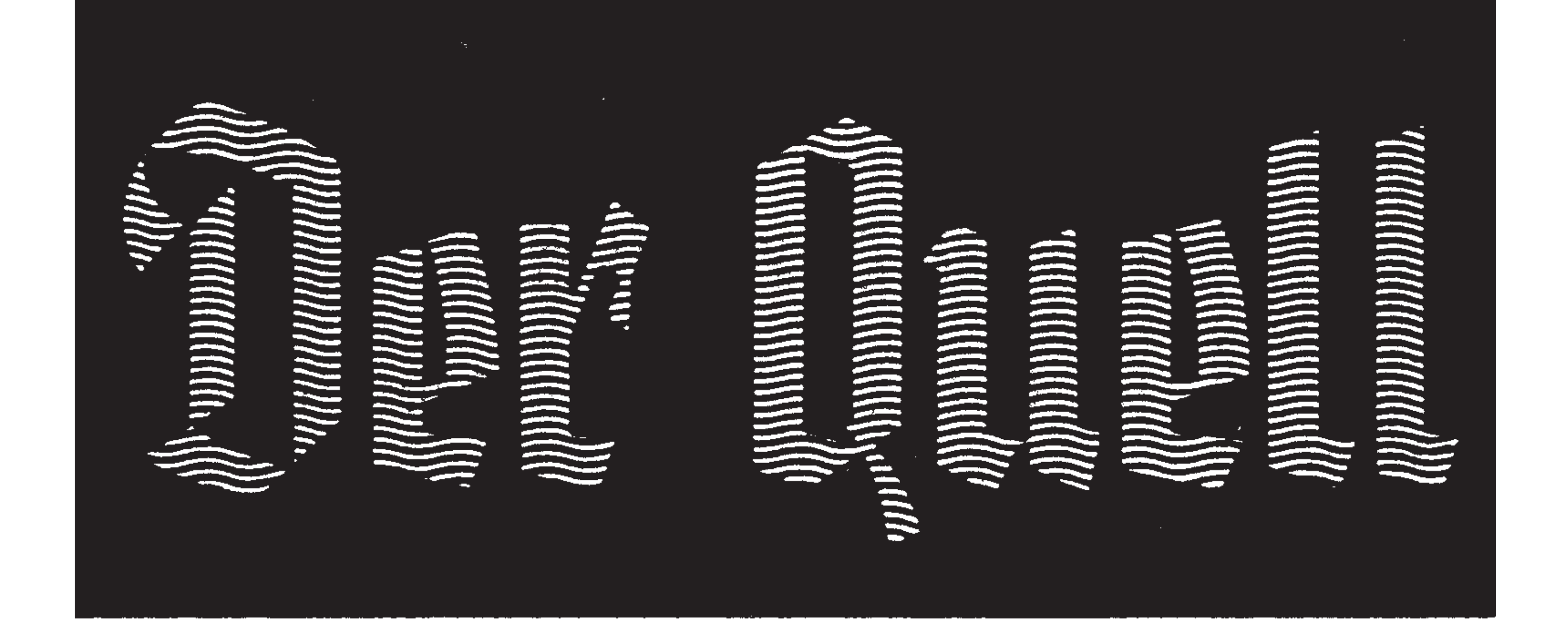
Was geschieht aber, wenn ein katholischer Wissenschaftler einer unfehlbaren und endgültigen Entscheidung nicht zustimmt, obwohl „es gegen die von Gott geoffenbarte Wahrheit keine echten eigenen Einsichten geben kann"? Hartmann leugnet nicht, daß auch so etwas möglich ist. Wenn dieser Fall eintreten sollte, so ist das ein Zeichen, daß der betreffende Wissenschaftler nicht mehr „die notwendigen Voraussetzungen des Glaubens" erfüllt. *Er sieht nicht mehr*, daß in einer feierlichen Glaubensentscheidung die göttliche Offenbarungswahrheit unfehlbar und verpflichtend vorgelegt wird. Die Bedenken des Zweifelnden beruhen in jedem Falle auf **Irrtum**. Der Zweifler muß nun seinem „irrigen" Gewissen folgen. Die katholische Kirche hält ihn nicht fest. „Der Grundsatz, daß niemand gegen sein Gewissen handeln darf, ist unanfechtbar."

Das klingt tolerant. Die Kirche schickt sich ins Unabänderliche und läßt den „ungläubigen Thomas" ziehen. Das war jedoch nicht immer so. Die Zeiten haben sich geändert, und die Kirche mußte dieser Tatsache Rechnung tragen. Zu Luthers Zeit „konnte es gefährlich sein, der amtlichen Kirche den Gehorsam aufzukündigen. Heute ist die Lage anders. Der Papst spricht heute nur noch zu Menschen, die ihn hören wollen. Sein Lehramt bindet nur den, der sich aus tiefer Überzeugung an die geglaubte Wahrheit binden lassen will. Wer die Autorität des Papstes für die Wahrheit bestreitet, wird von keiner Macht festgehalten: er kann frei gehen."

Wir bezweifeln ernsthaft, daß sich die Kirche leichtens Herzens zu dieser Haltung durchgerungen hat. Sie hat es gelernt, „Vorsicht und Zurückhaltung" zu üben, um nicht durch aussichtslose Bekämpfung der Wissenschaft ihren eigenen Untergang zu beschleunigen.

Im Schlußteil seiner Schrift greift Hartmann noch einmal den Vorwurf auf, Unterwerfung unter das kirchliche Lehramt sei mit geistiger Freiheit unvereinbar. Er meint, nur der Außenstehende könne gegen die Kirche solch einen Vorwurf erheben. Doch wenn dem Außenstehenden „der Glaube geschenkt" wird, aus dem die Kirche lebt, hören seine Schwierigkeiten über den Mangel an Freiheit des Denkens in der Kirche auf. Dann erscheint ihm die Unterwerfung unter das Lehramt als Befreiung, freies Denken, wie er es vorher verstand, als fragwürdig.

Gewiß, wer es fertigbringt, sich freiwillig dem kirchlichen Lehramt zu „unterwerfen", wird nichts Schlimmes darin finden, daß ihm amtlich vorgeschrieben wird, was er als wahr, was als falsch ansehen soll. Wir ziehen lieber das „fragwürdige" freie Denken der „Geistesfreiheit" im jesuitischen Verstande vor und werden nicht nachlassen in dem Bemühen, den Raum, der dem freien Denken in der heutigen Welt verblieben ist, noch mehr zu erweitern.



Zeitschrift für Geistesfreiheit

Erscheinungsort München | Postversandort München

Inhalt: Seite

Die Spannung in Nah-Ost

Von Dr. Mathilde Ludendorff

Folge 3 | 9. 2. 1956 | 8. Jahr

Alte Irrtümer oder ... neue Irreführung?

Von Emil Aretz

In der Mathematik gilt der bekannte Satz: „Sind zwei Größen einer dritten gleich, so sind sie auch untereinander gleich." Das bedeutet beispielsweise: Wenn Fritz und Paul so groß sind wie Max, dann ist Fritz auch so groß wie Paul. Das ist eine klare Sache. Die Menschen sind nun oft geneigt, diesen Satz auch auf das Politische zu übertragen, indem sie z. B. folgern: Wenn A und B wichtige politische Meinungen von C gleichermaßen scharf ablehnen, so sind A und B politisch als gleich zu bewerten. Derartige Schlußfolgerungen führen jedoch — wie viele dieser sogenannten Analogieschlüsse — zu falschen Ergebnissen, die sich besonders im Politischen verhängnisvoll auswirken können. Wenn zwei Angehörige eines Volkes z. B. bestimmte Maßnahmen der Regierung mit gleicher Schärfe ablehnen — oder auch gleichermaßen gutheißen — so ist das keineswegs ein Beweis dafür, daß ihre weltanschaulich-politische Grundhaltung auch die gleiche sei, wie oberflächliche Betrachter leicht meinen können, oder wie Böswillige oft behaupten. Denken wir nur an die beliebte Methode gewisser Leute in Bonn, alles, was ihnen nicht in den Kram paßt, entweder als „neonazistisch" oder als „bolschewistisch" zu bezeichnen. Wenn hier von einer „weltanschaulich-politischen" Haltung gesprochen wird, so soll damit betont sein, daß das Weltanschauliche vom Politischen nicht zu trennen ist, weil die Menschen eben aus ihrer Weltanschauung heraus handeln.

Gegen Ende des vergangenen Jahres erschien eine neue politische Wochenzeitung, die „Nationale Rundschau" (im Folgenden kurz NR genannt), die nach einer programmatischen Erklärung für die „Rettung der deutschen Substanz" eintritt, das Streben nach Wiedervereinigung als vordringlichste Aufgabe ansieht und die Wehrfrage nur im Hinblick auf eine Verteidigung Gesamtdeutschlands behandelt wissen will. Von diesen Forderungen aus gelangt die NR folgerichtig zu einer Ablehnung der Politik der derzeitigen westdeutschen Regierung. Amerikanischer Kapitalismus und russischer Kommunismus werden für Deutschland gleichermaßen abgelehnt, wie auch einseitige Bindungen nach Ost oder West, wobei jedoch die Notwendigkeit betont wird, mit beiden Seiten verhandlungsfähig zu bleiben. Soweit sind diese Forderungen und Gedanken der neuen Wochenzeitung eine Wiedergabe der Auffassungen, die „Der Quell" seit Jahr und Tag eindeutig vertritt. Diese Übereinstimmung in wichtigen Punkten ist gewiß nicht gering, und an sich können wir sie nur begrüßen. Wenn die NR zudem manche schönen und herzerfrischenden Worte großer Deutscher bringt, die unsere Volksseele ansprechen, so

könnten Leser beider Zeitschriften in analoger Anwendung des genannten mathematischen Axioms versucht sein, auf eine gleiche weltanschauliche Grundlage zu schließen. Doch wir werden sehen, daß sich hier die Geister scheiden.

Ist es schon bei geistigen Auseinandersetzungen an sich unerläßliche Voraussetzung klar herauszustellen, wo die Grenze der Übereinstimmung liegt und worin die Vorstellungen und Meinungen auseinandergehen, so sehen wir uns im Hinblick auf kürzlich geäußerte Ansichten der NR veranlaßt, von uns aus hier Klarheit zu schaffen.

In der programmatischen Erklärung, die unter der Überschrift „Wer wir sind und was wir wollen" in der ersten Nummer der NR am 5. 11. 55 erschien, suchen wir vergeblich nach der zur Beurteilung so wichtigen weltanschaulichen Grundlage der Zeitung, so daß das „Wer-wir-sind" bei aller Betonung des „Was-wir-wollen" ganz unklar bleibt. Nur ein einziger Satz, in dem die heutige Führung Österreichs durch christlich-soziale Politiker in bejahendem Sinne erwähnt wird, könnte ein Hinweis in dieser Richtung sein. Für ein Sich-vorstellen der Redaktion gegenüber den Lesern — die man nach der Überschrift erwarten darf — ist dieser Hinweis jedoch reichlich dünn und steht zu sehr nur am Rande. Ist die weltanschauliche Grundhaltung der NR also demgemäß ein „christlicher Sozialismus"? In der Erklärung wird die Schaffung einer „echten nationalen Bewegung" als erste Aufgabe bezeichnet. Ferner lesen wir da, daß „zunächst eine zeitgemäße Begriffsprägung des Nationalen" vorauszusetzen sei (die jedoch nicht gegeben wird!) und daß das heutige Deutschland „seinen eigenen nationalen Stil" finden müsse. Auch diese unklaren Worte und verschwommenen Begriffe gestatten keinen Schluß auf eine Weltanschauung.

Die NR bringt nun in ihrer Nummer 1/1956 unter dem Titel „Katholizismus und Wiedervereinigung" Ansichten eines der „verantwortlichen Redakteure", des Herrn Helmut König, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Der Hauptinhalt des ganzseitigen Artikels besteht aus langen Zitaten bedeutsamer jesuitisch-katholischer Auslassungen über die Rolle der Jesuiten bei einer möglichen Wiedervereinigung Deutschlands. Diese jesuitischen Stimmen lassen die Schlußfolgerung zu, daß der Vatikan von der Kreuzzugsidee gegenüber dem Osten auf die sogenannte Koexistenz der Machtblöcke in Ost und West umschaltet. Bei der Wiedervereinigung Deutschlands will die „katholische Soziallehre" nach dem zitierten und im Bild vorgestellten Pater Dr. O. von Nell-Breuning S.J. dann zwischen Kapitalismus und Kommunismus vermitteln.*) Wir wollen darauf jetzt und hier nicht eingehen, sondern nur betonen, daß wir einen schwarzen Zwangsstaat ebenso ablehnen wie einen roten. Herr König scheint jedoch in den jesuitischen Plänen einen großartigen Fortschritt in der Frage der Wiedervereinigung zu sehen, denn er schreibt:

„Je stärker wir g e g e n den augenblicklichen Kurs der CDU das Verlangen nach Wiedervereinigung betonen und in den Wahlen zum Ausdruck bringen, desto kräftiger fördern wir die Bestrebungen von katholischer Seite, einen aktiven und geistig hervorragenden Beitrag zur Wiedervereinigung Deutschlands zu leisten."

Das erinnert uns in fataler Weise an Hitlers Wort aus dem Jahre 1929:

---

*) Vergl. „Politische Streiflichter", Folge 23/55 und 2/56.

„Ich sehe die Zeit noch kommen, da der Papst es begrüßen wird, wenn die Kirche vor den Parteien des Zentrums durch den Nationalsozialismus dereinst in Schutz genommen wird.“

Auch in dem alten Irrtum, daß Religion und Politik sich trennen ließen, finden wir eine bedenkliche Übereinstimmung zwischen der „Nationalen“ Rundschau und dem „National“-sozialismus. Ludendorff betonte oft und eindringlich: „Religion kann nicht zu politischen Zwecken mißbraucht werden, Religion **ist** Politik!“ Andere Auffassungen sind irreführend.

Unsere schärfste Kritik verdient jedoch der letzte Abschnitt des Artikels der NR, der die besondere Überschrift trägt: „Wir und die ‚überstaatlichen Mächte‘.“ Die Gedanken und Vorstellungen, die hier vorgetragen werden, sind so wirklichkeitsfremd und deshalb für unsere so bitter notwendige Volkwerdung derart hemmend und gefährlich, daß wir dazu nicht schweigen können, so sehr wir auch die vorgenannten Übereinstimmungen begrüßen!

Nach der gewaltigen Aufklärungsarbeit des Hauses Ludendorff und nach allem, was die Älteren und Einsichtigeren unter uns in den letzten Jahrzehnten selbst erlebten und beobachteten, ist es für einen Menschen, der ernst genommen sein will, nicht mehr möglich, das Vorhandensein der überstaatlichen Mächte und ihr völkerverderbendes Wirken unbeachtet zu lassen oder gar abzuleugnen, zumal diese Mächte sich besonders nach 1945 selbst so gründlich enthüllt haben, daß man sie förmlich mit Händen greifen kann und daß auch „der Mann auf der Straße“ sie kennt. So ist die NR denn auch klug genug, die Existenz dieser Mächte ausdrücklich zuzugeben. Sie schreibt:

„Wir wissen wohl, daß diese überstaatlichen Mächte keine Hirngespinste sind, wie man uns 1945 weismachen wollte, sondern bestehen, wirken, ihre ganz besonderen Interessen haben und diese sehr, sehr nachhaltig wahrnehmen.“

Hier vermissen wir jedoch die so notwendige und wichtige Erläuterung, daß die „besonderen Interessen“ dieser Mächte der Erhaltung der Völker immerwährend entgegengesetzt sind, wenn sie sich auch gelegentlich „national“ oder „völkisch“ tarnen. Es heißt dann weiter:

„Wir müssen ihr Bestehen so in Rechnung stellen, wie wir uns damit abzufinden haben, daß es ein Frankreich, ein Rußland und eine Schweiz gibt.“

Hier setzt die NR die überstaatlichen Mächte mit den Völkern auf eine Linie und empfiehlt sogar darüber hinaus, sich mit ihrer Existenz einfach abzufinden. Das widerspricht völlig der Wirklichkeit und den Forderungen, die sich aus der Wirklichkeit für die Völker ergeben. Denn die genannten Mächte wirken durch unablässige Propaganda in den Völkern und durchsetzen und beherrschen deren ganzen Staatsapparat derart, daß die Erhaltung der Völker aufs höchste gefährdet ist. Aus solcher verhängnisvollen Verkennung heißt es dann ganz arglos weiter:

„Wo sie sich Übergriffe gegen die Lebensinteressen unserer Nation erlauben, haben wir ihnen entgegenzutreten und sie in ihre Schranken zu weisen — und zwar alle! Nicht in einem Teil Deutschlands nur die bösen Bolschewiken und im anderen die Kirchen.“

Wenn solche — sollen wir sagen arglose? — Ansichten Schule machten, so wäre ein ungehemmtes Wirken dieser völkermordenden Mächte für alle Zeiten und in bester Weise gesichert! Und wenn man dann an gleicher Stelle noch lesen muß, es sei angesichts

„der heillosen Lage unseres Vaterlandes... Wahnwitz... auch noch einen frisch-fröhlichen Kampf gegen Kirche, Judentum, Freimaurerei, Monopolkapitalismus und Bolschewismus usw. usw. zu proklamieren",

dann verschlägt es einem den Atem ob solchen „eigenen nationalen Stils", der hier mit dreister Stirn empfohlen wird! Als ob das Ringen gegen die überstaatlichen Mächte so eine Art Sport wäre, den man völlig unbegründeterweise aus purer Angriffslust und Leichtfertigkeit betreibe und als ob es sich nicht um einen uns aufgezwungenen und für unser Volk und alle Völker lebensnotwendigen Abwehrkampf gegen zielbewußte, zähe und verschlagene Gegner handelte, die das Leben aller Völker ständig bedrohen! — Wer durch den Geisteskampf des Hauses Ludendorff geschult wurde und wer ein Herz für sein Volk hat, der ist sich stets bewußt, daß gegenüber dem ununterbrochenen Angriff der bekannten bibelgläubigen Mächte samt ihrer vielen Hilfstruppen nur ein starker und ununterbrochener Abwehrwille Volk und Heimat vor dem völligen Untergang bewahren kann. Wie jemand, der solche Abwehr als „Wahnwitz" bezeichnet, die „deutsche Substanz" retten will, bleibt sein Geheimnis. Oder sollte er unter dieser Substanz etwas ganz anderes verstehen?

Die NR will die Leser auch glauben machen, Hitler habe gegen die überstaatlichen Mächte gekämpft, und dies sei dann der Grund für das bittere Ende geworden, das unser Volk erleben mußte. Auch hier ist man zunächst sprachlos über ein solches Ausmaß der Verkennung der Wirklichkeit, und die Frage drängt sich auf, ob die NR das wirklich selbst für wahr hält, wo es doch heute die Spatzen von den Dächern pfeifen, daß Hitler ein recht brauchbares W e r k z e u g eben dieser Mächte und insbesondere der Romkirche war. Mit den vielen unantastbaren Beweisen für die ideelle und finanzielle Unterstützung Hitlers durch diese Mächte lassen sich heute schon ganze Bände füllen. Wenn die Redaktion der NR hierüber tatsächlich derart unwissend sein sollte, wie man nach ihren Worten meinen könnte, so sollte sie wenigstens einmal den stenographischen Bericht der Spruchkammerverhandlung 1. und 2. Instanz gegen Frau Dr. Ludendorff sowie die zugehörige Berufungsschrift lesen; hier findet sie in der Form notariell beglaubigter Urkunden reiches Material zur Füllung ihrer auffälligen Wissenslücken.

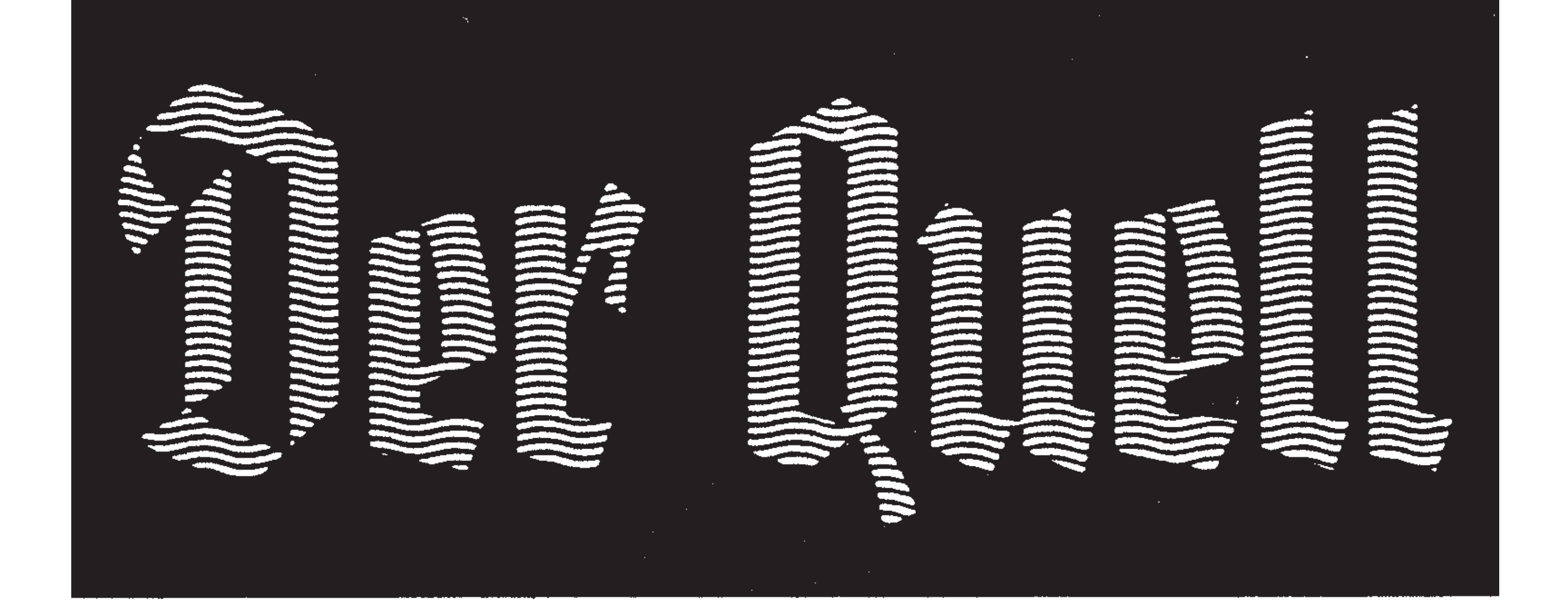
Die Fortschritte der Rekatholisierung Westdeutschlands seit 1945 hat die NR offensichtlich auch nicht wahrgenommen, wie sie auch keinen Schimmer der wahren Ziele des — die Romkirche beherrschenden — Jesuitenordens zu haben scheint. Auch in dieser Hinsicht können wir nur auf die genannten Berichte und auf die Werke des Hauses Ludendorff hinweisen; — wie gesagt, falls tatsächlich Unwissenheit vorliegt. Die Bemerkung über „die konfessionelle Spaltung unseres Volkskörpers" erscheint unzeitgemäß und fast gegenstandslos, wenn man bedenkt, daß nach Äußerungen prominenter Vertreter beider Konfessionen nur noch etwa der zehnte Teil der Christen in Deutschland an die christliche Lehre glaubt — welche Tatsache jedermann mühelos in seiner Umgebung feststellen kann. Hier gilt es, den Hebel anzusetzen, denn die gewaltige Heuchelei der neun Zehntel, die nur sogenannte Namenschristen sind, muß auf die Dauer zu einer völligen seelischen Verwesung des Volkes und damit auch zu seinem physischen Untergang führen. Die philosophischen Werke Mathilde Ludendorffs, die — über Kant und Schopenhauer hinausführend — erstmalig eine widerspruchslose Einung des religiösen Sehnens

der Menschen mit der Naturwissenschaft herbeiführten, sind gleichzeitig eine geistige Überwindung des Christentums wie überhaupt aller bestehenden Religionen. Diese Werke führen uns zur Gotterkenntnis und geben nicht nur unserem Volke, sondern allen Völkern der Erde die seelisch-geistige Grundlage, deren sie zur Erhaltung ihrer gottgewollten Eigenart bedürfen. Im Erkennen der hohen Bedeutung der Philosophie seiner Frau und im Hinblick auf die so notwendige Volkwerdung, die uns allein vor dem drohenden Untergang bewahren kann, konnte Ludendorff in seinem Vermächtnis schreiben: „Einen anderen Weg, als wir weisen, gibt es nicht." Deshalb sollten die Deutschen, denen die Erhaltung von Volk und Heimat Herzenssache und höchstes Gebot ist, die Werke des Hauses Ludendorff zur Hand nehmen, statt darauf zu warten, bis uns irgendwer „eine zeitgemäße Begriffsprägung des Nationalen", einen „eigenen nationalen Stil", einen „christlichen Sozialismus", eine „katholische Soziallehre" oder dergleichen vorsetzt.

Hinter den Worten „Nation" und „national" verbergen sich seit eh und je Geistesrichtungen, die Gift für die Völker sind. Als der päpstliche Geheimkämmerer und Manager im „nationalen" Herrenklub, Franz von Papen, der Hitler lange Zeit im Sinne des Vatikans dirigierte, Ende 1929 im Rundfunk u. a. erklärte, „Nation sei ein christlicher Begriff", schrieb Ludendorff zu dieser Rede:

„Wir wollen uns merken, daß Nation ein Haufen von Menschen, vornehmlich gleichen Blutes ist, die durch das Christentum aus ihrem Blut und Volk herauserlöst sind und nun durch Obrigkeit und Zwangsstaat zusammengehalten werden. Darum lehnen wir das Wort ‚Nation' und ‚national' . . . aufs schärfste ab. Für uns gibt es das blutgeeinte ‚Volk' und dieses ‚Deutsche Volk' wollen wir im bewußten Gegensatz zur ‚Deutschen Nation' bilden, indem wir von dem Volke die unheilvolle Christenlehre abwehren und ihm als Grundlage seines Lebens die Deutsche Gotterkenntnis geben, wie das aus den Werken von Frau Mathilde Ludendorff spricht."

Dieses Wort Ludendorffs gilt auch heute noch ohne jede Einschränkung. Wir wollen uns aber bei dieser Betrachtung einer neuen nationalen Zeitung auch besonders merken, daß der eingangs genannte mathematische Satz in der Politik nicht – oder wenn schon – dann nur mit größter Vorsicht angewandt werden darf.



Zeitschrift für Geistesfreiheit

Erscheinungsort München | Postversandort München

Inhalt: Seite

Ist China eine Wirtschaftsmacht?

von German Pinning

Folge 11 | 9. 6. 1956 | 8. Jahr

Pressefreiheit in der Sowjetunion

Von Volker Stein

Während der Zeit meines zehnjährigen Aufenthaltes in der Sowjetunion konnte ich immer wieder feststellen, daß das erste und mächtigste Propagandamittel der in der UdSSR allmächtigen Kommunistischen Partei die Presse ist. Als ich Anfang Dezember 1955 Moskau besichtigte und dabei mit sowjetischen Journalisten und Presseberichterstattern Besprechungen führen konnte, fand ich die Tatsache von berufenster Seite erhärtet, daß die Presse in der Sowjetunion das Sprachrohr einer einzigen Instanz ist. Diese Instanz ist die Kommunistische Partei, der höchste amtliche Machtfaktor, der die Regierung und nicht zuletzt auch Ministerpräsident Bulganin sowie auch der Erste Sekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Chruschtschow, untergeordnet sind.

Seit den blutigen Tagen der Oktoberrevolution von 1917 gibt es in der Sowjetunion nur Presseerzeugnisse, die im Auftrage der bolschewistischen Machthaber erscheinen dürfen. Die Oktoberrevolution war die Geburtsstunde der sowjetischen Tageszeitungen und Zeitschriften in dem Sinne, wie sie heute sind. Von den Anfängen des kommunistischen Pressewesens während der Bürgerkriegsjahre führt eine jäh aufsteigende Linie in einem knappen Jahrzehnt zu der unumschränkten kommunistischen Pressediktatur, die die Gegenwart kennt. Allein in der Übergangsperiode von 1918 bis 1924 wurde die stattliche Anzahl von 87 Zeitungen und Zeitschriften neu herausgegeben und verhältnismäßig zu billigen Preisen verbreitet. Bereits 1930 bis 1933 wurden über 80 Zeitungen und Zeitschriften wiederum neu ins Leben gerufen. Nach dem zweiten Weltkrieg stiegen die sowjetischen Presseerzeugnisse derartig an, daß die sowjetische Regierung sich gezwungen sah, die Papierindustrie zu verdoppeln.

Die „Prawda"

Das gesamte Pressewesen in der UdSSR mußte sich befehlsgemäß zu einem fast unumschränkten Presse-Partei-Monopol zusammenschließen, das unmittelbar dem Zentralkomitee untersteht. Der sichtbare Ausdruck dieses Monopols ist das Kolossalgebäude der „Prawda" in Moskau.

Wer Moskau besichtigt, der darf nicht versäumen, die Leningrader Straße aufzusuchen; denn dort erhebt sich ein riesiger Bau von neun Stockwerken Höhe, frei stehend, weithin sichtbar. Über dem etwas gewölbten Dach schwebt in Riesenlettern nach amerikanischem Vorbild das Wort „Prawda", das bei Beginn der Dämmerung von riesigen Scheinwerfern angestrahlt wird. Wie überall, wo Weltblätter geschrieben und gedruckt werden, so herrscht auch hier das übliche Hasten und Drängen eines Mammutbetriebes der Presse. Hier wird die Zeitung herausgegeben, die mit einer täglichen Auflage von vier bis fünf Millionen Stück zu den größten Blättern Europas, wenn nicht sogar der Welt gehört. Nach Angaben von sowjetischen Journalisten, mit denen ich mich über den Aufbau und die Arbeitsweise dieses Zentralorgans der Kommunistischen Partei der Sowjetunion unterhielt, beschäftigt die „Prawda" mehr als 5000 Menschen. Fast annähernd hundert Setzmaschinen und mehrere Dutzend von anderen Maschinen, zahlreiche schwere

Rotationspressen füllen die geräumigen Säle und Hallen mit einem dröhnenden, atembeklemmenden Lärm. Wie ich weiter hörte, werden täglich über 1000 Druckplatten gegossen. Etwa 19 bis 20 Tonnen Metall werden dazu verwandt. Allein in fünf Stunden werden fünfzehn Waggons Papier restlos verarbeitet.

Dem ausländischen Besucher ist es verboten, den Betrieb der „Prawda" ohne Erlaubnis höherer Dienststellen der Partei oder Regierungsbehörden zu betreten. Vor dem wuchtigen Hauptportal stehen Polizeibeamte, die jeden kontrollieren, der das Gebäude zu betreten beabsichtigt. Nur wer sich genau über seine Eintrittsberechtigung ausweisen kann, darf passieren. Dieselbe Kontrolle wiederholt sich an den Eingängen der verschiedensten Abteilungen. Überall stehen bewaffnete Posten. Es kommt einem vor, als handle es sich hier nicht um ein Pressegebäude, sondern um das festungsartige Gebäude des berüchtigten sowjetischen Staatssicherheitsdienstes. Wie jeder andere Besucher, so fragte auch ich mich selbst, und die mich begleitenden Journalisten, warum eigentlich diese scharfe Bewachung, wer hat hier irgendwelche Angriffe zu befürchten. Ich habe keine Antwort auf meine Frage erhalten, selbst die sowjetischen Journalisten konnten mich mit ihren Argumenten, die keineswegs den Kernpunkt berührten, nicht überzeugen.

Eine gefährliche Zeitung

Hier in den Redaktionsabteilungen der „Prawda" herrscht Hochbetrieb. Männer und Frauen kommen und gehen. Vor allem wird es dem aufmerksam beobachtenden Besucher immer wieder auffallen, daß der Mitarbeiterstab des Zentralorgans der Kommunistischen Partei der Sowjetunion sich anscheinend in der überwältigenden Mehrheit aus Juden zusammensetzt. Das ist durchaus verständlich. Die Redaktion ist die Festung, von der aus alle Propagandafeldzüge gegen das freiheitsliebende Ausland und gegen unliebsame Mitbürger im eigenen Land geführt werden. Für den Kenner der sowjetischen Lebensverhältnisse ist es kein Geheimnis, daß die bloße Nennung eines Namens mit einer bestimmten „Verdächtigungsbeschuldigung" gleichbedeutend ist mit einem offiziellen Todesurteil durch die Organe für Staatssicherheit. Es können unzählige Beweise dafür angeführt werden. Wer von der „Prawda" als „Verräter", „Schädling", „Saboteur", „Diversant" oder „Agent" angeprangert wird, kann damit rechnen, spätestens in wenigen Tagen verhaftet, eingekerkert und verurteilt zu werden, wenn er es nicht vorzieht, durch Selbstmord freiwillig sein Leben zu beenden.

Aus dieser Redaktion ergießt sich der Strom von Lügen, Verleumdungen über nichtkommunistische Völker, üble Verdächtigungen und schamloseste Hetze gegen die führenden Regierungs-Chefs Westeuropas und Amerikas, und nicht zuletzt auch gegen das Haus Ludendorff, vor allem gegen den Feldherrn des ersten Weltkrieges, General Ludendorff, der in der Vernichtungsschlacht im Raume von Tannenberg den zaristisch-russischen Vormarsch auf Deutschland in eine derartige Niederlage verwandelte, daß die russische Armeeführung es nicht mehr für durchführbar hielt, Deutschland auf dem Schlachtfelde durch eigene Kräfte siegreich zu schlagen.

Die Spitze

An der Spitze des gesamten sowjetischen Pressewesens steht die „Presseabteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion", dessen oberster

Chef und Diktator heute Chruschtschow ist, der bekanntlich vor wenigen Wochen in seiner sechsstündigen Rede vor dem Parteigremium den Stalinkult als „unkommunistisch" verdammte und erklärte, daß die oberste Parteiführung von der „Diktatur der Persönlichkeiten" abgerückt sei und sich entschlossen habe, „demokratische Ordnung" im Staate zu schaffen. Diese „Ordnung" bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die Liquidierung „staatsfeindlicher Elemente" und die Stabilisierung des kommunistischen Vormachtanspruches auf allen Gebieten der Innen- und Außenpolitik, die durch das Erstarken der „eigenwilligen" Sowjetarmee ins Schwanken geraten war. Das Zentralkomitee, das Chruschtschow persönlich leitet, ist in Wirklichkeit die Regierung des Sowjetstaats, und nicht das Ministerium für Inneres oder das Ministerium für ausländische Angelegenheiten. Chruschtschow ist es, der die politischen Richtlinien für die Presse herausgibt oder bestätigt, der die Zensur über alle Zeitungen, die in der Sowjetunion gedruckt oder aus dem Ausland bezogen werden, durch einen besonderen Personalapparat ausüben läßt.

Chruschtschow in seiner Eigenschaft als Chef der Partei ist auch gleichzeitig der einflußreichste Mann der sowjetischen Nachrichtenagentur „TASS", die in allen Großstädten Europas, Amerikas, Afrikas, Asiens und Australiens ihre ständigen Mitarbeiter besitzt. Neben diesem riesenhaften Nachrichtenapparat – abgesehen von einigen Spezialkorrespondenten der „Prawda" und dem offiziellen und amtlichen Regierungsorgan „Iswestija" – gibt es keine weitere Nachrichtenquelle für die gesamte Sowjetpresse, ganz gleich, ob es sich um Tageszeitungen, Zeitschriften oder Flugblätter handelt. Es versteht sich wohl von selbst, daß durch diese Zusammenfassung die staatlich gelenkte Kontrolle aller Meldungen aus dem In- und Ausland eine mehr als einfache Sache ist. Mit Recht bezeichnen die amerikanischen Tageszeitungen die „TASS" als einen Filter, der von allen Begebenheiten und Vorgängen außerhalb und innerhalb der Sowjetgrenzen nur das durchläßt, was die kommunistische Clique in Moskau der Bevölkerung der Sowjetunion als „Wahrheit" vorzusetzen beliebt.

Eine Erinnerung

Jeder Deutsche weiß, daß Bundeskanzler Dr. Adenauer im August 1955 mit zahlreichen Politikern der Bonner Regierung nach Moskau flog, um auf höchster zwischenstaatlicher Ebene Besprechungen mit führenden sowjetischen Staatsmännern aufzunehmen. Die Zusage des Bundeskanzlers, die regierungsamtliche Einladung der Kremlmachthaber anzunehmen, wurde von uns ehemaligen Kriegsgefangenen, die wir uns noch damals im sowjetischen Gewahrsam befanden, mit heißem Herzen und kaltem Verstande begrüßt. Wir erwarteten von einer Zusammenkunft auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung, soweit diese zwischen bürgerlichen und kommunistischen Diplomaten überhaupt möglich ist, eine gesunde und erträgliche Lage, die als Ausgangsbasis für die Lösung aller noch offenstehenden Probleme dienen könnte. Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion mußte nach unserer Auffassung die Möglichkeit bieten, die Kriegsgefangenenfrage „im Interesse der Festigung des gegenseitigen Vertrauens" so schnell wie möglich zu lösen, damit die Spannungen zwischen Bonn und Moskau gemildert und die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion verbessert werden können.

Wir ehemaligen Kriegsgefangenen sind dem Bundeskanzler und seinem Außenminister dankbar, daß es ihnen nach erbitterten und komplizierten Auseinandersetzungen mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin, dem Parteichef Chruschtschow und dem Außenminister Molotow gelungen ist, uns „modernen Sklaven des zwanzigsten Jahrhunderts" die baldige Heimkehr ermöglicht zu haben. Es versteht sich wohl von selbst, daß wir Kriegsgefangenen in jenen für uns so kritischen und schicksalsreichen Tagen, in denen die Vertreter des deutschen Volkes mit der Sowjetregierung über die Aufnahme von diplomatischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen verhandelten, alle nur erreichbaren Tageszeitungen im wahrsten Sinne des Wortes Tag für Tag und Nacht für Nacht studierten und nochmals studierten. Für uns gab es damals kein anderes Gesprächsthema als dieses: „Was schreiben die sowjetischen Tageszeitungen über die Kriegsgefangenenfrage?" oder „Wie stellen sich Bulganin und Chruschtschow gegenüber dem Bundeskanzler ein, wenn er die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen von der Heimkehr aller deutschen Staatsbürger abhängig macht, die sich auf sowjetischem Territorium befinden und die gewillt sind, nach Deutschland zurückzukehren?"

Die Methode

Von besonderem Interesse war für uns die Haltung der sowjetischen Journalisten, die über den Verlauf der Moskauer Sitzungen seitenlange Leitartikel veröffentlichten. Wir stellten fest, daß selbst die Reden des deutschen Bundeskanzlers, die in den ersten drei Tagen seines Aufenthaltes in der Sowjetunion wörtlich und ungekürzt in der Sowjetpresse veröffentlicht wurden, in den gleichen Tageszeitungen von sowjetischen Journalisten in der Form von langen, erläuternden Leitartikeln verkleinert und verzerrt wurden. Es ging dem kommunistischen Pressedienst vorwiegend darum, ein verschleiertes Bild des Kriegsgefangenenproblems zu geben. Der politische Horizont des unwissenden russischen Menschen über diese heikle Frage wurde nicht soweit aufgehellt, daß wir Kriegsgefangenen, die wir von sowjetischen Gerichtsbehörden zu einer fünfundzwanzigjährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden waren, in Wirklichkeit (von wenigen Ausnahmen vielleicht abgesehen) Opfer einer wahnsinnigen Politik gewesen sind, die der Diktator Stalin befahl, die von dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion einstimmig gebilligt und von den Staatssicherheitsorganen praktisch verwirklicht wurde.

Die politische „Aufklärungsarbeit" der sowjetischen Journalisten, deren hauptsächliche Aufgabe es ist, nach strikten Weisungen des Parteichefs Chruschtschow die bolschewistische Dogmatik den Lesern einzuhämmern, zeichnete sich gerade in denen für uns Kriegsgefangenen atembeklemmenden Tagen durch geistlose Niveaulosigkeit, große Einförmigkeit sowie durch das Fehlen alles Individuellen aus, das ein typisches Merkmal der kommunistischen Presse ist. Die beispiellose Unterrichtung der russischen Öffentlichkeit durch die Sowjetpresse während der Zeit des Aufenthaltes der westdeutschen Regierungsdelegation in Moskau hat ihren Grund in diesem

---

„Um die volle Wahrheit zu sagen, erklären wir . . . . Diejenigen, welche zum Gewissenszwang raten, soll man ansehen als Leute, die unter dieser Lehre nur ihre eigenen Leidenschaften verbergen und ihr eigenes Interesse damit zu fördern suchen."

Francis Bacon (1561—1626) Sermones fideles.

System. Es ist sehr gut eingespielt und so eingerichtet, daß die gesamte Presse der UdSSR direkt vom Zentralkomitee der Partei gelenkt wird, die durch ihre Presseabteilungen bei den einzelnen Ministerien das Tagesthema genau bestimmt und die Art der Behandlung bis ins einzelne vorschreibt.

Das ist das Gesicht der Presse jenes Landes, die sich rühmt, die freieste und demokratischste Verfassung der Welt zu besitzen!

Bezeichnende Tatsachen

Wir Kriegsgefangenen haben gesehen, in welchem Maße die allmächtig regierende Kommunistische Partei nicht nur in der Stalin-Ära, sondern auch unter der Leitung des „Demokraten und Stalin-Gegners" Chruschtschow die Sowjetpresse schriftstellerisch, verwaltungstechnisch und organisatorisch beherrscht. Wir konnten daraus die Bedeutung dieser Presse als Machtfaktor der gegenwärtig von Moskau beschlossenen „Deutschlandpolitik" erkennen. Daß die Sowjetpresse den russischen Menschen auch heute noch verdummt, liegt in der hermetischen Abgeschlossenheit der UdSSR von anderen Ländern. Von den Ländern, die nicht in die Einflußsphäre der roten Diktatoren gehören — die immer die gleichen bleiben werden, auch wenn sie sich, wie jetzt, als „freiheitsbejahende Demokraten" tarnen — erfährt der gewöhnliche russische Bürger nur das, was Chruschtschow als der erste Sekretär des Zentralkomitees für richtig hält, jedoch niemals die wahren Verhältnisse. Ein konkretes Beispiel möge diese kaum glaubhafte Tatsache uns veranschaulichen:

Im September 1955 — wohlverstanden, schon in einer Zeit, in der Chruschtschow und Bulganin die Geschicke der Sowjetunion allein bestimmten und die Besprechungen mit dem deutschen Bundeskanzler abgeschlossen und zu einem „zufriedenstellenden Ergebnis" gebracht worden waren — befand sich mit mir in der sowjetischen Kriegsgefangenschaft ein Kamerad, der von seiner in Österreich lebenden Frau ein Lebensmittelpaket erhielt, in dem sich eine Zeitung befand, die die Sozialdemokratische Partei Österreichs herausgibt. Diese Zeitung berichtete in verhältnismäßig kurzen Zügen über den Empfang der heimgekehrten österreichischen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion in Wien, Graz und St. Veit. Durch das Entgegenkommen eines einfachen russischen Soldaten, der befehlsgemäß das eingegangene Heimatpaket zu öffnen und nach unerlaubten Sachen zu durchsuchen hatte, erhielt mein Kamerad die Zeitung ausgehändigt, indem er als Gegenleistung dem Soldaten eine Schachtel Zigaretten in die Tasche steckte. Nachdem mein Kamerad die Zeitung selbst gelesen hatte, reichte er sie an andere Mitgefangene weiter, die ja auch wissen wollten, wie unsere österreichischen Leidensgenossen in Wien von der Bevölkerung und auch von den Regierungsbehörden begrüßt worden waren. Durch einen Zufall wurden die örtlichen Sicherheitsorgane des Ministeriums für Staatssicherheit auf die Zeitung aufmerksam gemacht. Eine fieberhafte Fahndung nach der „antisowjetischen" sozialdemokratischen Zeitung setzte ein. Alle Baracken, bewohnte und unbewohnte, wurden systematisch abgesucht, und jeder Kriegsgefangene wurde gründlichst bis aufs Hemd einer Leibesvisite unterzogen. Stundenlang fanden Vernehmungen von „verdächtig erscheinenden Personen" statt. Selbst der Chef des Staatssicherheitsdienstes im Raume von Swerdlows — einer Millionenstadt — war im Lager eingetroffen, um die „gefährliche" Angelegenheit persönlich zu leiten und zu untersuchen. Ein weiterer Zufall, dessen Beschreibung nur Befremden

bewirken könnte, brachte es mit sich, daß die österreichische Zeitung gefunden wurde und somit in den Besitz des MWD kam. Wiederum stundenlange Vernehmungen, verbunden mit Drohungen und völlig aus der Luft gegriffene Beschuldigungen. Ergebnis der doch wirklich lächerlichen Sache: 14 – vierzehn – Tage geschärften Arrest für den unglücklichen Kameraden, dem die Zeitung gehörte. Das Urteil wurde mit der Begründung vollstreckt, daß „die Verbreitung sowjetfeindlicher Propaganda in der Form von sozialdemokratischen Presseerzeugnissen in der Sowjetunion verboten ist und strafrechtlich mit Zuchthaus geahndet wird".

Die Wirkungen

Als ich mich im Dezember 1955 in Moskau befand und mit sowjetischen Journalisten über diese unbegreifliche Sache diskutierte, erwiderten sie mir, daß die Genehmigung des Bezuges von ausländischen Tageszeitungen abhängig ist von einer Bestätigung durch das Zentralkomitee der Partei. Also, da haben wir es ja: die Partei bestimmt, was gelesen werden darf und wer das lesen darf!!!

Wir Kriegsgefangenen, die wir Gelegenheit gehabt haben, mit einfachen russischen Staatsbürgern zu sprechen, die nicht der Kommunistischen Partei angehörten, mußten immer und immer wieder feststellen, daß das Weltbild dieser Menschen ein erschreckendes Ergebnis der staatlich gelenkten und parteiamtlich bestimmten Lügen- und Hetzpropaganda ist, wie sie nur noch im „Dritten Reich" verwirklicht worden ist. Jeder Durchschnittsbürger in der Sowjetunion ist ehrlich davon überzeugt, daß die Arbeitslosen in der Bundesrepublik auf den Straßen liegen, wo ihre Leichen wie Hunde aufgelesen werden. Ebenso wie die Informationen über die Bundesrepublik Deutschland verzerrt und erlogen sind, genauso entstellt sind auch die Kenntnisse des Sowjetbürgers über die sogenannte Deutsche Demokratische Republik, in der, wie die Russen glauben, völlige Geistesfreiheit als Voraussetzung der Lebensfreiheit herrsche, jeder Ostdeutsche freudig bereit sei, für die Interessen ihrer Führer Pieck, Grotewohl „Blut und Leben zum Opfer zu geben" – und – Lebensmittel, vor allem Fett, Milch, Fleisch, Butter, also die lebensnotwendigsten Bedürfnisse, in „ausreichenden Mengen vorhanden" wären!!!!

Jeder sachlich denkende Kriegsgefangene glaubte oft, daß er sich in einem Irrenhaus befinde, wenn er selbst in den Großstädten der UdSSR, wie Moskau, Leningrad, Omsk, Swerdlows usw., auf solche Unkenntnis stieß. Selbst wenn wir uns ernsthaft bemühten, jungen Sowjetmenschen jene Vorstellungen über die Bundesrepublik oder über die sowjetische Besatzungszone in Deutschland auszureden, half das wenig. Diese jungen Menschen sind durch die sowjetische Tagespresse derartig verhetzt und verdummt worden, daß sie das logische und selbständige Denken im politischen Sinne vollständig verlernt haben. Es ist richtig: erlaubt ist der kommunistisch erzogenen Generation nur das, woran das rote Regime interessiert ist. Der russischen Jugend kann man natürlich diesbezüglich keine Vorwürfe machen, weil es ihnen einfach unmöglich ist, selbständig und aus eigenen Mitteln zu erfahren, was außerhalb der Grenzen der Sowjetunion sich ereignet.

Potemkinsche Dörfer

Ein besonderes Kapitel bildet in der Sowjetpropaganda die Auswertung der Besuche jener Ausländer, die sich zu Studienzwecken in die Sowjetunion begeben.

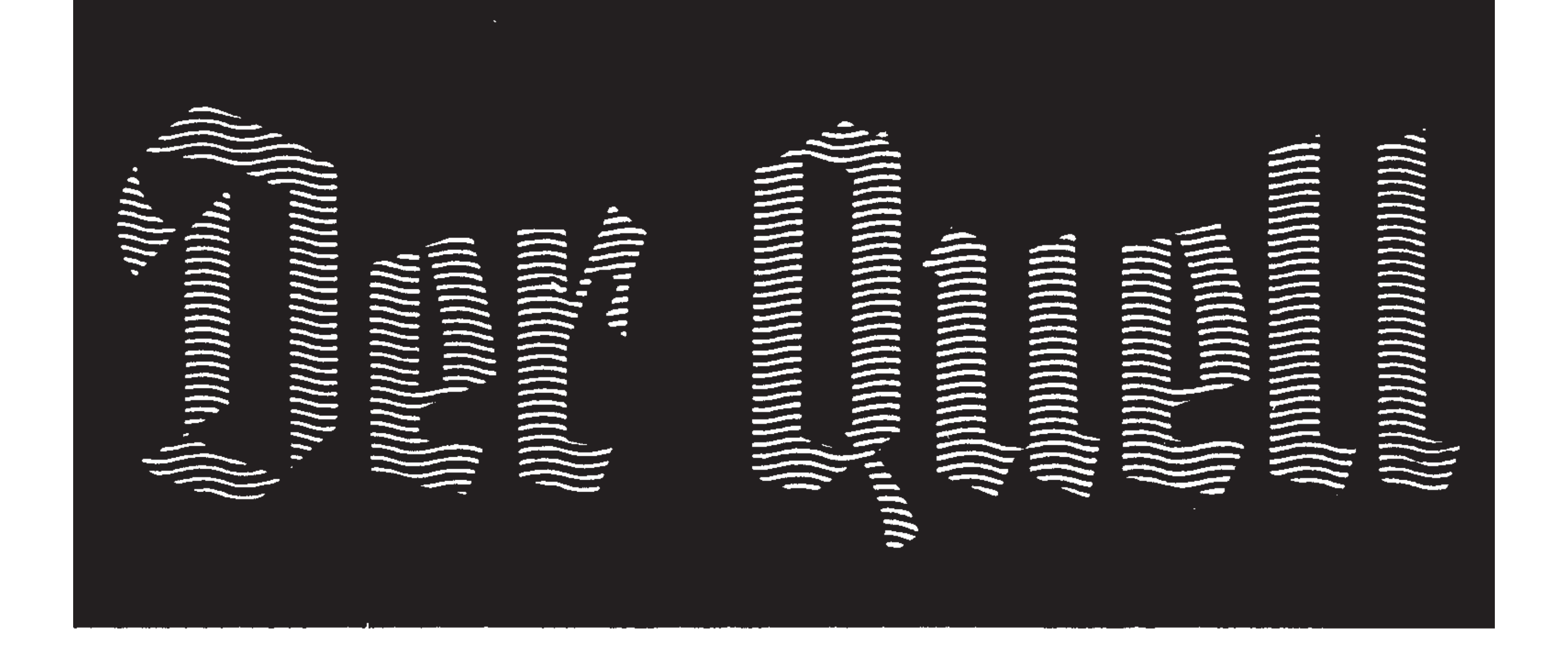
Es erübrigt sich eigentlich darauf hinzuweisen, daß auch die westdeutschen Journalisten, die im vergangenen Jahre Stalingrad, Leningrad und Moskau besuchten und bei Herrn Sorin als gern gesehene Westdeutsche zu Gaste waren, das gewünschte Material zu sehen bekamen, das sie benötigten, um den westdeutschen Zeitungslesern zu „beweisen", wie „demokratisch" das Leben in der Sowjetunion nach dem Tode des Diktators Stalin doch in Wirklichkeit ist. Wir Kriegsgefangene, die wir die Reiseerlebnisse unserer Landsleute in der ostdeutschen Presse gelesen haben, konnten über solch einen Unsinn nur traurig den Kopf schütteln. Selbst höhere Diplomaten, die tatsächlich eine gewisse Rolle spielen, wie der Ministerpräsident Nehru und andere asiatische Diplomaten, besaßen bedauerlicherweise auch nicht die Beobachtungsgabe, die ihnen zur Besichtigung freigegebenen Potemkin'schen Dörfer von der realen Objektivität der Wirklichkeit zu unterscheiden.

Antisemitismus als Propagandamittel

In den vergangenen Wochen brachten die führenden sowjetischen Tageszeitungen auffallend lange Leitartikel, die Stalin des „Antisemitismus" beschuldigten und wissen wollen, daß der rote Despot während der Zeit seiner diktatorischen Alleinherrschaft Zehntausende von Juden in die Todeslager am Eismeer und nach Sibirien verschleppen ließ. Diese Meldungen sind wissentlich falsch. Nach einem Zitat des gegenwärtigen Ministers für Auswärtige Angelegenheiten bei der Regierung der UdSSR, Molotow, auf dem 8. Sowjetkongreß in Moskau im November 1936 hat Stalin dem Zentralkomitee die Erklärung überreichen lassen, daß es die Pflicht eines jeden Bolschewisten sei, mit a l l e n zur Verfügung stehenden parteiamtlichen und staatsrechtlichen Mitteln den „Antisemitismus als einen gefährlichen Rest des Kannibalismus" nicht nur innerhalb der Sowjetunion, sondern in der ganzen Welt mit Stumpf und Stil auszurotten. Dieser gleiche Stalin, der mit der Tochter eines Juden, des hohen kommunistischen Parteiführers Lazarus Mosessohn Kaganowitsch, der bildschönen Roisa Kaganowitsch, jahrelang in einer illegitimen Ehe zusammenlebte, obwohl diese Dame offiziell in der sowjetischen Presse nur als seine „Privatsekretärin" bezeichnet wurde, soll ein „Antisemit" gewesen sein?! Keiner wird über diese Pressemeldungen mehr gelacht haben als Kaganowitsch selbst, der beste und bewährteste Freund des verstorbenen Generalissimus. Neben Stalin ist es Kaganowitsch gewesen, dieser Vertreter Stalins, dem die wichtigsten Posten des ganzen bolschewistischen Apparates übertragen wurden: Mitglied des Generalsekretariats, Mitglied des Politbüros, Mitglied des Organisationsbüros, Vorsitzender der Kommission für Parteikontrolle, Chef der „Säuberungsaktionen" von 1933 und 1937 in der Ukraine, Organisator des Transportwesens, des Verkehrswesens, der Produktion der Schwerindustrie, der Kohlenförderung, der Erdölgewinnung, der Heizmaterialien und — der intimste Freund des Außenministers Molotow, der mit der Jüdin P. S. Schemtschuschina verheiratet ist.

Alle diesbezüglichen Meldungen der Sowjetpresse von März 1956, daß Stalin „antisemitisch" eingestellt gewesen sei, ist eine durchsichtige Lüge, die sich selbst widerlegt. Durchblättern wir die Ausgaben der „Prawda" nur von 1935 bis 1939, dann werden wir unschwer feststellen können, daß Stalin in Wirklichkeit der treueste Philosemit gewesen ist und auch gar nichts anderes sein wollte. Chrusch-

tschow hat unzweifelhaft recht, wenn er bestätigt, daß Stalin einen so grauenhaften Blutweg zurückgelegt hat, wie ihn in der modernen Geschichte noch nie ein zweiter Despot gegangen ist. Er hat mit allen Männern und Gruppen, wie Sinowjew, Kamenew, Radek, Solotnikow, Pjatakow, Serebrjakow, Karacha, Junukidse, Bucharin, Rykow, Jagoda, Krestinski, Rosengolz, Iwanow, Tschernow, Grinko, Scharangowitsch und unzähligen anderen führenden Bolschewisten eine Zeitlang zusammengearbeitet, und er hat es verstanden, seine „alten Freunde" nach und nach durch schlaue Kulissenarbeit oder noch häufiger mit brutaler, blutiger Gewalt aus den Machtstellungen zu verdrängen und schließlich zu „liquidieren". Das alles stimmt schon, aber es stimmt nicht, daß Stalin, wie die russische Presse jetzt meldet, ein Judenfeind gewesen sein soll. Alle diese Methoden der Sowjetpresse würden in jedem anderen Land nur Gelächter hervorrufen. Sie sind nur darauf gerichtet, im Volke falsche Vorstellungen zu erwecken, wie sie die Parteiführung eben braucht, um ihre Stellungen stets neu zu festigen, die eine Ausgangsbasis für das niemals aufgegebene Ziel werden sollen: die kommunistische Weltrevolution!



Zeitschrift für Geistesfreiheit

Erscheinungsort München — Postversandort München

Inhalt: Seite

Eine „Aussterbende Gesellschaftsordnung"

Von Dr. Mathilde Ludendorff

Folge 21 — 9. 11. 1955 — 7. Jahr

Eine „Aussterbende Gesellschaftsordnung"

Von Dr. Mathilde Ludendorff

Wer wie ich Jahrzehnte hindurch bis zum heutigen Tage eine solche Fülle von Unwahrheiten, die die Presse und auch der Rundfunk verbreiten, erfahren hat, der wird sicherlich nicht eine Pressenachricht über den Empfang des Kanzlers Adenauer in Moskau deshalb für wahr halten, weil sie so eifrig verbreitet wurde. Immerhin aber kann ich doch sagen, daß, falls sie nun wirklich wahr gewesen ist, sie den Kanzler keineswegs verletzt haben muß. Es wurde nämlich voll Eifer mitgeteilt, daß in Moskau unter den Prunkgemächern, die ihm zur Verfügung gestellt wurden, ein Saal gewesen sei, der völlig mit blauem Plüsch ausgekleidet war und in dessen einer Ecke eine große Keramik gestanden habe, die ein Schaf in kunstvoller Ausführung wiedergab. Wie hätte das den Kanzler verletzen sollen? Er als frommer Katholik sieht im Schaf das Symbol vorbildlichen Gehorsams dem Hirten gegenüber, das auch vorbildlich geduldig jede Art des Schicksals erträgt. Es ist also ein Vorbild christlich-frommer Lebenshaltung. Ernster aber wird es den Kanzler getroffen haben, daß diese Art Saalschmuck den Unterredungen mit den Leitern des Sowjetstaates zur Seite stand, die Adenauer ganz offen erklärten, er vertrete eine aussterbende, nämlich die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Das allerdings rückt den Saalschmuck von der christlichen Symbolik etwas fort! Wir wissen ja, daß der dialektische Materialismus wie an ein heiliges unantastbares Dogma an die Lehre glaubt, im Laufe der Geschichte seien jeweils durch revolutionäre Abwehrkämpfe der Völker ungerechte, unvollkommene Gesellschaftsordnungen gestürzt worden und schrittweise sei man auf diese Weise mehr und mehr zu einer vollkommenen Gesellschaftsordnung gelangt. Sie, so glaubt man, sei natürlich nicht mehr zu übertreffen und deshalb für alle Zukunft die höchste Gesellschaftsordnung, wie sie Lenin im dialektischen Materialismus (abgek. Diamat) gelehrt hat.

Gefestigt wird dieses Dogma dadurch, daß man dem eigenen Volke und den Völkern der Erde mitteilt: den großen Segen, den diese vermeintlich vollkommene Gesellschaftsordnung für die Menschen bedeute, könne allerdings erst die Zukunft offenbaren, weil erst dann nicht mehr der entsetzliche kapitalistische Störenfried hinderlich sein würde. Es ist ein r e l i g i ö s e r fanatischer Eifer und eine r e l i g i ö s e Art Dogmengläubigkeit, die hier mit Gottleugnung verschwistert von Millionen fanatisch vertreten wird. Sie fühlen sich zu jeder Gewaltanwendung ebenso berechtigt wie einst im Mittelalter die Kirche Roms. Wenn wir die ernsten Berichte hören, die über die Korruptionserscheinungen in diesem Gewaltstaat berichten und die nicht aus politischer Gegnerschaft heraus, sondern gerade von seiten ernster Vertreter dieses politischen Dogmas erfolgen, so sehen wir, daß sich das Russische Reich — ohne daß die Leiter dies überhaupt nur ahnen — selbst die denkbar größte Gefahr geschaffen hat, eine solche „vollkommene Gesellschaftsordnung" zu verwirklichen und in das Licht der Sonne zu stellen! Einst wurde eine solche Art des Zwangsstaates, die auch den unbeweglichen Besitz des einzelnen zum Staatseigentum macht, von den Hebräern als eine für alle Gojim am besten geeignete Gesellschaftsordnung geschaffen, und nun ist es nicht mehr zu ändern, daß alle Mitlebenden und auch die Geschichte der Zukunft Einblick in diese seltsame Art der

Vollkommenheit erlangen. Es wurde hier also — matatis mutandis — eine ganz ähnliche Gefahr gewagt, ein fanatisch geglaubtes Fernziel, diesmal der Atheisten, in der Verwirklichung vorzuführen, wie es das Volk der Israeliten durch die Wiedererrichtung des Staates Palästina vor sieben Jahren als Verwirklichung des religiösen Fernzieles gewagt hatte. Ich bin in verschiedenen Abhandlungen in unserer Zeitschrift vor allen Dingen in Folge 14/1955 „Baruchs Friedensschalmei" näher auf diese Gefahr eingegangen und habe auch dargetan, daß gerade die Edelsten unter gefeierten Chassidisten, entsetzt über die Grausamkeiten und über den ungeheuren Abstand zwischen den Zukunftshoffnungen auf einen vollkommenen Staat und dieser Verwirklichung, ihr Amt oder das Land verließen. Sie aber sind ja gerade das Rückgrat für die Massen gewesen, die dort das erreichte Fernziel vorführen wollen! Eine ganz ähnlich gewaltige Kluft zwischen der erhofften Vollkommenheit der neuen Gesellschaftsordnung und der Verwirklichung des Diamatstaates mußte sich auftun, und zwar gar nicht etwa nur deshalb, weil ein gottleugnender Materialismus wahrlich nicht die besten Seelenkräfte in unvollkommenen Menschen entfaltet. Ich habe in meinem Werke „Wunder der Biologie im Lichte der Erkenntnis meiner Werke" eingehend nachgewiesen, weshalb jeder Gewaltstaat, der dem einzelnen Menschen nicht die für die Erfüllung des göttlichen Sinns seines Seins unerläßliche sittlich begrenzte Freiheit beläßt, im völligen Gegensatz zu jenen Tierverbänden der „staatenbildenden" Insekten enttäuschen muß. Sie nämlich sind durch vollkommene Zwangsinstinkte gebieterisch geleitet, um der Gemeinschaft unentwegt in zuverlässiger Treue zu dienen. Menschen aber werden in solchen Zwangsstaaten, ganz abgesehen von den großen seelischen Gefahren, die sich dort für sie bieten, zwar durch bestimmte erzwungene Leistungen imponieren können, in Wirklichkeit aber Minderwertigkeit gegenüber den Leistungen in einem Rechtsstaat, der im Einklang steht mit der Gotterkenntnis meiner Werke, aufweisen. In den 38 Jahren, seit der Sowjetstaat besteht, hat er trotz aller Massenverurteilungen über Widerstrebende keineswegs Korruption, Lug und List verhüten können. Wenn auch die Gläubigen dieses atheistischen Dogmas solche Mißstände auf Störungen und Unterhöhlungsversuche von seiten der bösen Kapitalisten zurückzuführen gewohnt sind, wird die große Gefahr doch nicht überwunden werden, die hier durch die Verwirklichung einer vermeintlichen „vollkommenen Gesellschaftsordnung" heraufbeschworen worden ist. Die Parallele, die in der selbstgeschaffenen Gefahr zu dem Staate Palästina vorliegt, ist trotz des großen Unterschiedes einer atheistischen und einer theistischen Gläubigkeit dadurch noch größer, weil sie beide in dem denkbar größten Gegensatz zu den Willenszielen des vollkommenen Selbsterhaltungswillens stehen, wie er nicht nur in allen nichtbewußten Lebewesen herrscht, sondern auch im Unterbewußtsein der Menschenseelen wirkt. Ein solcher vollkommener Selbsterhaltungswille erstrebt eben keineswegs Weltherrschaft an, sondern ist zuverlässig und ausschließlich begrenzt auf die Erhaltung der Gemeinschaft trotz aller Lebensgefahren.

Wie sehr aber gerade das völlige Fehlen dieser weisen Begrenzung eines vollkommenen Selbsterhaltungswillens solchen Verwirklichungen die Vollkommenheit gründlich entbehren läßt, das wird derjenige klar erkennen können, der erfaßt hat, weshalb dem Menschengeschlecht im Bewußtsein ein so weise begrenzter Selbsterhaltungswille nicht angeboren sein durfte, damit bewußtes göttliches Leben den Menschen erreichbar sein konnte, das allein in der freien Wahl für oder wider

Gott möglich ist. So sehen wir denn die gleiche Weltherrschaftsfreudigkeit da wie dort und daher wird weder da noch dort den Andersgesinnten und Andersüberzeugten die sittlich begrenzte Freiheit belassen. Wenn wir nun heute von den Leitern des Sowjetstaates bei den Unterredungen mit dem Kanzler Adenauer in Moskau diese Siegeszuversicht, der Kapitalismus sei eine aussterbende Gesellschaftsordnung, ausgesprochen hören, so werden wir natürlich ein gut Teil dieser zur Schau getragenen Siegeszuversicht dem Eindruck zuschreiben, den sie auf den Vertreter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung machen sollte. Aber überrascht sind wir dennoch. Ich habe in manchen Abhandlungen unserer Zeitschrift von den großen Sorgen, von den ernsten Mißständen im russischen Reiche selbst sprechen müssen. Es mag für die Bolschewisten recht schwer sein, vor den natürlich äußerlich schweigsam gewordenen Russen die Lehre von der Vollkommenheit, von der Unübertrefflichkeit des Diamat immer neu zu vertreten. Ich habe auch schon manches Mal auf die Vorgänge im russischen Reiche selbst hingewiesen, die durch Todesurteile oder durch Deportation nach Sibirien zwar überwunden wurden, aber doch sicherlich nur die Kunst des großen Schweigens in unzähligen Menschen vervielfachten, so daß sie nun äußerlich nicht mehr in Widerspruch treten zu der geforderten Überzeugung. Ich erinnere heute hier nur an das Volk der Ukrainer, das durch den Frieden von Brest-Litowsk (ganz wie die Balten usw.) vor dem Boschewismus behütet worden war und bei dem Tode des Feldherrn Ludendorff eine ukrainische Todesanzeige dem ganzen Volk zusandte: „Ludendorff, unser großer Retter, ist gestorben.“ Sollte es uns da nicht überraschen, daß die Leiter des russischen Reiches nicht alle Ruhe dort als Folge der eigenen Strafen ansahen, sondern das russische Volk allerwärts für überzeugt halten von der „vollkommenen Gesellschaftsordnung“? Nichts ist auch hier aus der Geschichte gelernt, die uns immer wieder bestätigt, daß Gewaltmaßnahmen nur Heuchelei oder das große Schweigen lehren, während die Herrscher kaum einen klaren Einblick gewinnen können in die Zahl der wirklich gläubig überzeugten Anhänger.

Wenn wir aber nun gar die Vorgänge in den Satellitenstaaten verfolgen, so sind wir erst recht über die große Siegessicherheit überrascht. Wie gering die Begeisterung für das Diamat in Polen blieb, davon haben wir kürzlich im „Quell“ einen Beweis erbracht. Heute möchte ich nur einiges aus anderen Satellitenstaaten hinzufügen. Wir hören aus ernst zu nehmender Quelle, daß z. B. in Moldawien Hungersnot droht:

„Schlechte Ernte und Lebensmittelknappheit verursachen die Hungersnot im ganzen Gebiet zwischen Seret und Prut. In Jassy ist die Versorgung der Bevölkerung vollständig lahmgelegt. Viele Flüchtlinge tauchen bereits im Laufe des Mai in Mittelrumänien auf. Die Behörden haben bis jetzt keine Maßnahmen ergriffen, um der Bevölkerung zu helfen.“

Dies ist nun nicht ein allgemeines Versagen der Behörden, sondern wir hören im Gegenteil bei anderen Nachrichten auf der einen Seite große Sorgen, auf der anderen Seite auch wieder den Versuch, durch Fürsorge die Gefahr zu überwinden.

Aus Ungarn wird berichtet:

„In der Parteiführung Ungarns wird gegenwärtig die Frage diskutiert, ob Ungarn bereits die sozialistische Gesellschaftsordnung habe, und wenn nicht, was noch zu machen wäre, um den Sozialismus restlos einzuführen. Diese Diskussion entstand deswegen, weil, als Rakossy in Bukarest war, um mit Chruschtschew nach den Verhandlungen in Belgrad

zu sprechen, sagte ihm dieser, daß Jugoslawien alle Elemente eines sozialistischen Landes habe. während Ungarn in dieser Hinsicht noch im Rückstand sei. Gleich darauf hat Rakossy eine Beratung von Parteiwissenschaftlern und Historikern einberufen und sie mit der Klärung dieser Frage beauftragt. Die ersten Ergebnisse lauteten, daß Ungarn noch nicht sozailistisch ist, da die Kollektivisierung der landwirtschaftlichen Produktion noch nicht durchgeführt sei und ein Teil der landwirtschaftlichen Produktionsmittel noch in den Händen der Einzelbauern sich befindet."

Anschließend hören wir, daß man in den Satellitenstaaten — hier in Ungarn — auf drei verschiedene Arten die drohenden Gefahren abwenden will. Zugleich verfolgt man die Absicht, diese Staaten zu Brücken werden zu lassen, über die hinweg die Welt durch den Handel erobert werden kann.

Wir hören ferner, daß man gegen „staatsfeindliche" Gruppen einschreiten will, wir hören von verkehrstechnischen Bemühungen und von ergänzenden militärischen Maßnahmen. So erfahren wir über Ungarn folgende Einzelheiten:

„Zionismus in Ungarn als staatsfeindliche Richtung verfolgt

Ende Mai d. J. verhafteten die Sicherheitsbehörden in Budapest 8 Personen, die beschuldigt sind, gegen die Regierung eine Propaganda zu führen und terroristische Anschläge gegen die Staatsbeamten vorbereitet zu haben. Die Verhafteten, alle Juden, sollen auch verbotene Verbindungen mit israelitischen Agenten unterhalten haben.

Lebensmittel aus Argentinien

Wie wir seinerzeit berichteten, bemühte sich die ungarische Handelsdelegation in Moskau im Januar d. J. um bedeutende Lieferungen an Getreide für Ungarn aus der Sowjetunion. Als Überbrückung bis zur neuen Ernte brauchte Ungarn etwa 100 000 Tonnen. Damals haben jedoch die Russen diese ungarische Forderung abgelehnt, versprachen jedoch ein Ersatz für die gewünschten Lieferungen zu finden. Durch die sowjetische Vermittlung gelang es, Getreide und andere Lebensmittel für Ungarn in Argentinien mitzukaufen.

Verkehrstechnische Verhandlungen Ungarn — Jugoslawien

Eine Delegation der jugoslawischen Eisenbahnen führte in Budapest die Verhandlungen über den Transitverkehr der jugoslawischen Züge nach Wien. Es wurde die Abhaltung einer Konferenz im August d. J. angeregt, an der auch die Vertreter der österreichischen Bundesbahnen teilnehmen sollen. Vorläufig schlugen die Jugoslawen vor, die Züge gesperrt über das ungarische Gebiet zu geleiten. Der für das Jahr 1955 abgeschlossene Handelsvertrag befriedigte nach den Ansichten der ungarischen Seite die Bedürfnisse Ungarns an Maschinen sowie an Erzeugnissen der ostdeutschen Chemischen Industrie nicht. Nach dem zusätzlichen Abkommen, das Ende Juni abgeschlossen worden ist, verpflichtete sich die DDR, Fabrikmaschinen sowie die chemischen Präparate im Werte von 20 Mill. Dollar zu liefern.

Chruschtschew fordert die totale Kollektivisierung Ungarns

Die ungarische Parteileitung hat vor kurzem eine programmatische Botschaft des ersten Parteisekretärs Chruschtschew über die laufenden Aufgaben der Volksdemokratien im Rahmen des zweiten 5-Jahresplans erhalten. **Darin heißt es unter anderm, daß die Atempause, die die Sowjetunion in der politischen Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen Westen zu erreichen bestrebt sei, von den Volksdemokratien zum Ausbau der kollektiven Formen der landwirtschaftlichen Produktion ausgenützt werden soll.** Besonders in Ungarn, wo nur ein Drittel der Bauernwirtschaften kollektivisiert sind, soll diese Aufgabe als „Sturmaufgabe" betrachtet werden. Nach den Weisungen Chruschtschews soll die Kollektivisierung der Landwirtschaft bis zum Jahre 1960 in Ungarn abgeschlossen werden. Er fügt in seiner Botschaft hinzu, daß nur im Falle der totalen Kollekti-

visierung der Landwirtschaft Ungarn ebenso wie jede Volksdemokratie als gleichwertiger Partner von der Sowjetunion betrachtet werden kann.

Truppenübungen unter sowjetischer Leitung

Eine sowjetische Militärmission unter der Führung des Armeegenerals Galitzkij weilte einige Tage in Papa, wo große Divisionsübungen der ungarischen Armee abgehalten wurden. Die Aufgabe scheint darin zu bestehen, die Mechanisierung der ungarischen Truppen zu überprüfen.

Eine Sondermission unter der Führung des sowjetischen Generalmajors Achmatow etablierte sich Mitte Juni in Sopron. Die Aufgabe besteht in der Errichtung eines großen Militärstützpunktes der sowjetischen Streitkräfte. Die in Sopron stationierten sowjetischen Verbände werden abgezogen und durch die neuen modern ausgerüsteten Einheiten ersetzt. Als Vorhut dieser neuen Truppe sind bereits 2 Panzerkompanien eingetroffen. Die ungarischen Baumeister und Ingenieure sind zu den Bauarbeiten beigezogen worden. Im Zusammenhang mit der Tätigkeit der sowjetischen Mission des Generals Achmatows behauptet man, daß in Ungarn nach dem Abzug der sowjetischen Truppen aus Österreich insgesamt 3 Stützpunkte der sowjetischen Streitkräfte errichtet werden."

Auch in den anderen Satellitenstaaten finden wir das gleiche: politische Sorge und ihre Abwehr, wirtschaftliche Sorge und Versuche, sie zu überwinden, Ausdehnung des Handels nach dem Ausland, damit die Satellitenstaaten Brücken zur Weltherrschaft werden könnten und endlich militärische Schutzmaßnahmen. So kann ich mich denn hier damit begnügen, nur noch von zwei Satellitenstaaten wenigstens einen Teil der Nachrichten zu bringen.

Von Bulgarien erfahre ich:

„Im Laufe der ersten Hälfte Juni überprüfte die Parteikontrollkommission die persönliche Zusammensetzung verschiedener bulg. diplomatischer Missionen sowie die Beamtenschaft der Zentrale. Aus der Zentrale wurden 18 Beamten unter der Beschuldigung der politischen Unzuverlässigkeit entlassen. Zwei im Auslande tätige Diplomaten wurden abberufen und nach der Ankunft in Sofia wegen Verbindung mit ‚westlichen Agenten' verhaftet. Darunter befindet sich ein Legationssekretär einer Mission in Indien, Nikolajev. Die Massenentlassungen aus der Zentrale stehen in Zusammenhang mit der Aushebung einer illegalen sozialistischen Organisation in Sofia, die in die Gründung einer **Freimaurerloge** verwickelt war."

„Eine sowjetische Expertenkommission, die Bulgarien bereiste und ihre Forschungsarbeiten beendet hat, unterbreitete der sofioter Regierung die Ratschläge zur Besserung der wirtschaftlichen Lage. Der Hauptpunkt dieser Ratschläge ist die Empfehlung, möglichst die Wasserstromerzeugung zu vergrößern, da das den Weg zur Besserung der volkswirtschaftlichen Bilanz Bulgariens ist. Es wird empfohlen, den Bau von fünf neuen E-Werken in verschiedenen Gegenden unverzüglich anzufangen. Die Installationen und Maschinen sollen von der Sowjet-Union geliefert und im Austausch gegen den Tabak und Rosenöl verrechnet werden. Der Vorsitzende der Kommission, der sowjetische Fachmann Worobjew, reiste mit einigen bulgarischen Spezialisten nach Moskau, um die weiteren Schritte zur Verwirklichung dieses Planes vorzunehmen."

Ernste Sorgen macht auch Rumänien. Hierfür sei nur ein Beispiel gegeben:

„In der rumänisch-russischen Schule ‚Maxim Gorkij' in Ploesti, wo auch die Kinder der in der rumänischen Erdölindustrie arbeitenden sowjetischen Spezialisten lernen, wurde eine geheime rumänische Jugendorganisation ausgehoben. Die Aushebung erfolgte zufällig, als 12—14jährige Buben Spenden für ein Hilfsfond für politische Häftlinge gesammelt haben. — Eine Klasse wurde nach der Durchführung der strengen Untersuchung vollständig aufgelöst, da die sämtlichen 40 Schüler dieser Klasse in die geheime Spendensammlung

verwickelt waren. Kurz nach der Aushebung dieser Jugendorganisation sind einige Eltern und Verwandten der politisch unzuverlässigen Kinder verhaftet worden."

Wenn ich in früheren Abhandlungen von dem Aufblühen der orthodoxen Kirche unter dem Patriarchen in Moskau berichtet habe, so bin ich wohl verpflichtet, doch auch noch mitzuteilen, daß die Patriarchen, die außerhalb des russischen Reiches tätig sind, nicht die gleiche zuverlässige Einordnung in das Diamat aufweisen. Auch hierfür ist Rumänien ein lehrreiches Beispiel:

„Der griechisch-orthodoxe Patriarch von Rumänien soll nach dem Beschluß der Kultusabteilung im Ministerpräsidium bald abgesetzt und durch einen anderen Bischof ersetzt werden. Der Grund dieses Beschlusses liegt darin, daß im März d. J. in Bulgarien ein Mönch verhaftet wurde, der die Grenze nach der Türkei überschreiten wollte. Man fand bei ihm eine Geheimaufzeichnung, aus der hervorging, daß Justinian mit dem Patriarch von Konstantinopel, Athanagoras, in Verbindung steht und gegen die Übertragung der kirchlichen Machtbefugnisse von Konstantinopel nach Moskau ist. Die Untersuchung hat ergeben, daß Justinian im Auftrage der einflußreichen Gruppe der rumänisch-orthodoxen Geistlichen gehandelt hat. Aus diesen Gründen ist die rumänische Regierung bemüht, eine neue führende Gruppe der orthodoxen Kirche zu bilden, die dem Regime treu ergeben sein würde. Justinian befindet sich in einem Kloster — eine Sonderkommission überprüft die Geschäftsführung der bukarester Patriarchie."

Ich sprach in meinen Abhandlungen davon, daß die orthodoxe Kirche da und dort die politischen Eingriffe zu begrenzen weiß und die Rote Armee das gleiche schon verwirklicht hat besonders dadurch, daß sie jedes Mitglied der Armee unter eigene Gerichtsbarkeit gestellt hat, also völlig den politischen Aburteilungen entzogen hat. Zwar hat die russische Staatsleitung nun der Roten Armee warnend mitgeteilt, dadurch sei die äußerste Grenze ihrer Machtvollkommenheiten erreicht. Aber heute haben wir schon durch eine Mitteilung ein Beispiel dafür gegeben, wie wachsam gerade die Rote Armee sich zeigt, um die Sorgen der Satellitenstaaten zu überwinden. War doch auch z. B. die russische Nachhut noch nicht aus Österreich zurückgekehrt, als das Militär schon die drei neuen Stützpunkte einrichtete, damit nur ja keine militärische Schwäche aus diesem Vertrag mit Österreich hervorgehen könne. Solche militärische Wachsamkeit ist natürlich wohl geeignet, die Siegessicherheit der Sowjetregierung wachzuhalten. Endlich sei hier daran erinnert, daß sie den Satellitenstaaten große Aufträge, so z. B. an Prag den Auftrag zur Herstellung von 500 Panzern, erteilt und den in der Ernährung bedrohten Staaten dafür Getreidelieferungen zusagt.

Zu all den hier und in früheren Abhandlungen von mir angedeuteten Sorgen innerhalb des russischen Reiches und in den Satellitenstaaten tritt dann noch die von mir auch schon belichtete größte Sorge hinzu, die das erstarkte und trotz aller Handelsbeziehungen zu Rußland politisch selbständig gewordene Rotchina bereitet. Darum reicht der fanatische Glaube an das Diamat und die wachsame Hilfe der Roten Armee wohl sicherlich nicht aus, um die Siegeszuversicht zu erklären, mit der man Adenauer ganz offensichtlich erklärte, daß er eine „aussterbende Gesellschaftsordnung" vertrete. Unser Blick wäre sehr lückenhaft und daher mangelhaft, wenn wir nicht der glänzenden Spionage des Sowjetstaates auch noch gedächten und seiner so häufigen Gelegenheit, sich über manchen Zwist und gar manchen Abstieg der „kapitalistischen Staaten" zu freuen. Sowjetrußland weiß, in welche Tiefe Frankreich hinabsank, daß Mendès-France in Nordafrika die Gefährdung seiner Kolonien

nicht gemindert, sondern gemehrt hat. Sicherlich weiß auch Moskau, wie sehr bei diesem Abstieg Frankreichs die Haltung Francos den Marokkanern gegenüber geholfen hat. Noch aufmerksamer und freudiger aber wird es den glorreichen Abstieg Englands verfolgen. Und wenn es heute den Arabern Waffen gegen Palästina liefert, so beweist dies, mit welcher Freude es auf Englands heutige Lage herabblickt. Es scheint auch auf Englands Entschluß zu bauen, daß es sich nur dann für den Frieden zwischen Palästina und den Arabern einsetzen will, wenn alle Araber wieder in ihre Heimat und ihre Siedlungen zurückkehren dürfen. Es erfährt auch die Bedrohungen, denen England von seiten der Neger ausgesetzt ist. Es hat auch noch vor dem Besuch Adenauers in Moskau durch sein Entgegenkommen, durch seine Verhandlungen mit den nordischen Staaten sehr geschickt Adenauer vorgegriffen. Am 7. September kam mir die zuverlässige Nachricht hierüber zu:

„Die für die Öffentlichkeit überraschende Einladung Paasikivis nach Moskau hat im Norden zahlreiche Kombinationen ausgelöst. In Helsinki hoffen auch vorsichtige Beurteiler auf einen neuen Beweis guten Willens, der es erleichtern würde, für den Norden eine Formel für die friedliche Koexistenz zu finden, die einen intimeren Modus vivendi auch mit den skandinavischen Atlantikpakt-Ländern Dänemark und Norwegen einschließt. Die nordische Besuchsserie in Moskau sei aber auch eine russische Antwort auf frühere Bemühungen des Bundeskanzlers, seine Reise nach Ankara und Athen durch Staatsbesuche an der nördlichen Flanke der Containment-Front in Kopenhagen und Oslo zu ergänzen, meinen informierte Stockholmer Kreise. Die Sowjetregierung sei dieser Demonstration der Stärke mit ihrer Politik der Koexistenz vor der Genfer Konferenz in Wien und Belgrad zuvorgekommen und lasse nun den nördlichen Schachzug folgen.

In Helsinki, so berichtet der dap-Korrespondent Hilding Bengtsson, legt man großen Wert darauf, nicht in internationale Großmachtsfragen verwickelt zu erscheinen. Die finnischen Kommentare gehen daher kaum auf die Möglichkeit eines weiteren Zusammenhanges der russisch-finnischen Politik mit den großen internationalen Fragen ein. Dieser besteht jedoch mindestens darin, daß die Sowjetregierung ihre Politik in Helsinki und Stockholm seit Jahr und Tag als Modellfall der Koexistenz behandelte."

Über die weltherrschaftsfreudigen Gegner in Rom, die ihre Absicht für das Jahr 1962 so überdeutlich in der St. Ulrichswoche in Augsburg der Öffentlichkeit kundtaten (siehe meine Abhandlung „Nur sieben Jahre Zeit", Folge 19/55) ist natürlich auch Sowjetrußland genau im Bilde und begrüßt sicher die nur allzu deutlichen Worte des Außenministers v. Brentano, da es mit deren Hilfe die diamatgläubigen führenden Persönlichkeiten anfeuern kann. Endlich wird der Spionage dort nicht die Tatsache entgangen sein, daß die grauen Eminenzen, die Sekretäre des Papstes dell Aequa und Tardini, sich als grimmige Rivalen gegenüberstehen und dadurch sehr viel Arbeit und Kraft in gegenseitiger Überwachung und Schutzmaßnahmen benötigen. So ist Dell Aequa voll Eifer tätig, um zu verhindern, daß nicht Tardini, der immerwährend für den Papst erreichbar sein muß, seine eigene Macht noch mehren kann, indem er einen gewissen Samore, dem der Papst sehr vertraut, zur eigenen Machtmehrung verwertet. Zwei Tage Urlaub anläßlich des Todes seines Vaters haben Tardini schon das schlimmste Handeln Dell Aequas eingetragen, das seine Machtstellung stürzen sollte. So hat also auch hier die Leitung des russischen Staates allen Grund, sich über Zwist der Gegner zu freuen! Endlich dürfen wir nicht vergessen, daß die völlige Überspitzung und der fortwährende Verrat, in den die Staaten der „aussterbenden Gesellschaftsordnung"

(der Kapitalisten) z. Zt. festgefahren sind, wie ich dies in der Folge 24/54 hell belichtet habe. Täglich findet in dieser Hinsicht Rußland neuen Anlaß zur Freude. Es weiß doch selbst, daß der ostberliner Presseklub der Ort gewesen ist, bei dem unterschiedlich schon Ostagenten geworben wurden oder Agenten der Bundesrepublik zu Doppelagenten umgewandelt worden sind. Es bedürfte also wahrlich nicht noch der Tatsache, daß die ersten Besprechungen des Kanzlers in Washington und in London keineswegs so erfolgreich waren, wie man gehofft hatte, und der weiteren Tatsache, daß die Divergenz zwischen Washingtons Absichten und den Plänen Edens sich immer deutlicher ausprägt und fühlbar macht.

Wir stehen also vor der ernsten Tatsache, daß Gesellschaftsordnungen hier Weltherrschaftszielen gegenüberstehen, die beide — wenn auch als theistische und atheistische Überzeugungen — in unheilvollstem Ausmaße von einer Gesellschaftsordnung entfernt sind, die dem göttlichen Sinn des Menschenlebens gerecht wird und somit vor allen Dingen die Macht des Staates sittlich begrenzt. Umso mehr sehen wir in der Tatsache, daß Sowjetrußland mit China im Rücken einen Krieg gegen die Westmächte nicht führen kann, eine Hoffnung für die Völker. Dazu ist allerdings die Voraussetzung, daß ein sittlich begrenzter Freiheitswille vor allem auch in unserem Reich die von anderen Weltherrschaftsfreudigen erstrebten politischen Ziele in ihrer Verwirklichung hindert.



Zeitschrift für Geistesfreiheit

Erscheinungsort München | Postversandort München

Folge 23 | 9. 12. 1957 | 9. Jahr

Ein Weg zur Rettung verrammt

Von Dr. Mathilde Ludendorff

Die andere „vollkommene" Gesellschaftsordnung

Von Ernst Hauck

Wenn die Nutznießer des Bolschewismus ihre Gesellschaftsordnung als eine „vollkommene" bezeichnen, so behaupten die Vertreter des Vatikans genau das gleiche vom katholisch organisierten Christianismus, und das unter Berufung auf einen Gott. Als im Jahre 1870 der französische Außenminister Graf Darü in einer Note an den französischen Botschafter beim Vatikan seiner Besornis über die Tragweite der Unfehlbarkeitserklärung Ausdruck gab, antwortete Staatssekretär Kardinal Antonelli am 19. 3. 1870 in einer amtlichen Depesche an Nuntius Monsignore Chigi in Paris: „Die Kirche ist eine göttliche vollkommene Gesellschaft"; und im päpstlichen Rundschreiben „Immortale Dei" vom 1. 11. 1885 heißt es: „Da die Kirche durch Gottes gnädigen Ratschluß in sich und durch sich alles besitzt, was zu ihrem Bestand und zu ihrer Wirksamkeit erforderlich ist, so ist sie nach ihrem Wesen und Recht — und dies ist von höchster Wichtigkeit — eine vollkommene Gesellschaft" (societas genere et jure perfecta). Dieser geistliche Wahn von der „vollkommenen" Gesellschaftsordnung hat, wie sein weltlicher Nachfahre, ein Meer von Blut und Tränen verursacht, darin nach einem Wort des englischen Dichters Shelley die Angehörigen aller übrigen Sekten ertrinken könnten. Lehrte doch Rom ehemals, daß die Nichtchristen sämtlich als Irrsinnige zu betrachten seien.

Wie sich heute noch die Verranntheit in dem Glauben an die andere „vollkommene" Gesellschaftsordnung auswirken kann, leuchtet aus einem Vorkommnis, über welches die „Neustadter Neue Presse" vom 27. 8. 57 aus Bonn (lb) meldet: „Die im Bund christlicher Sozialisten tätigen Sozialdemokraten stellten am Montag fest, daß der Pater Guardian des Kapuzinerklosters Immenstadt mit der Beschimpfung der SPD sein kirchliches Lehramt in gotteslästerlicher Weise mißbraucht habe. Die katholischen Sozialdemo-

kraten seien sich mit dem größten Teil der westdeutschen Katholiken einig, daß solche Priester kein Recht mehr haben können, das Evangelium von der Kanzel aus zu verkünden. Der Pater habe anläßlich eines Gottesdienstes am 21. Juli in Sonthofen die Mitglieder und Wähler der SPD als ‚rote Schweine', ‚rote Bluthunde' und ‚rote Teufel' bezeichnet und auf Vorhalt von Kirchenbesuchern diese Ausdrücke noch mit den Worten ‚ihr gehört aufgehängt' unterstrichen. Der SPD-Vorstand hat gegen diese beleidigenden Äußerungen, die unter Mißbrauch der Kanzel für CDU/CSU-Wahlzwecke gemacht worden seien, Strafantrag gestellt."

Wie ahnungslos diese Leute sind, und wie verworren in ihrem Denken! Sie reden von christlichen Sozialisten, und unterstellen sich damit der antisozialen Seligpreisung der Armut und dem Armutideal. Sie reden vom Mißbrauch der Kanzel, als ob „der Katholik, und insbesondere der katholische Priester, nicht alles vom Standpunkt der katholischen Religion aus beurteilt, also auch das Wählen."[1])

Wie die Verfechter der „vollkommenen" Gesellschaftsordnung unter Moskaus Flagge die Weltherrschaft beanspruchen, so vermißt sich auch Augustus Triumphus in einem dem Papst Johann XXII. und in einer späteren Auflage dem Gregor XIII. gewidmeten Werk: „Die ganze Welt bildet ein einziges Reich, dessen Souverän Christi ist, der Papst ist sein Stellvertreter." Das deutsche Volksrätsel kann sich über solche Anmaßung nur belustigen, indem es fragt: „Wo ist Gott nicht?" und darauf antwortet: „Zu Rom, da hat er seinen Stellvertreter."[2]) Exjesuit Hoensbroech aber muß als Historiker in seinem vorgenannten Werk feststellen: „Das Wesen des Papsttums, das heißt der ultramontanen Kirche, ist Herrschsucht... Herrschen zu allen Zeiten, herrschen in allen Ländern, herrschen über alle Menschen, herrschen in allen Verhältnissen, herrschen im einzelnen, herrschen in der Familie, herrschen im Staat, und nochmals herrschen und wieder herrschen, das ist das Alpha und Omega der Kirche des ‚Statthalters Christi'."

1930 erschien im Verlag Chr. Kaiser (München) aus der Feder des Lic. Dr. Paul Schütz ein „Reisebericht zur religionspolitischen Lage im Orient". Der Herausgeber der Halbmonatszeitschrift „Der Volkserzieher" (Berlin) erklärt in seiner Besprechung (Nr. vom Nebelung 1930): „Über alle diese Länder vom Mittelmeer bis zum Schwarzen und Kaspischen Meer und über die dort wohnenden Völker samt ihrer Geschichte habe ich gute Bücher gelesen und manches von dorther für mein eigenes Leben und für das Volkserzieher-Werk übernommen und genutzt. Aber was in dem glänzend und hinreißend geschriebenen ‚Reisebericht' in dokumentarischer Wucht vor uns ausgebreitet wird über die geheimnisschwangere Ecke in Nordost-Afrika und über die siedend-heißen und zukunftsträchtigen Winkel, Schluchten und Kuppen Vorderasiens, das übertrifft alles, was ich bisher an Erd-, Völker-,

---

[1]) L. K. Goetz: „Der Ultramontanismus als Weltanschauung". Siehe „Rom und das Zentrum" von Paul Graf von Hoensbroech, Leipzig 1919.

[2]) A. Bronus: „Rätsel", I. Band. Herausg. vom Kunstwart, München 1907.

Kultur- und Religionsgeschichte in Händen gehabt. Denn das hier ist — Weltgericht, ist tiefste Psychoanalyse des Ostens und Westens, ist abgründige, erschütternde Weissagung, ist ein Drama, davon wir eben jetzt die ersten Stücke der Erfüllung erleben." Dr. Schütz, als Lizentiat dem Theologischen zugeneigt, sucht sich auch klar zu werden über Wesen und Verhältnis der beiden „vollkommenen" Gesellschaftsordnungen und schreibt: „Christentum und Bolschewismus sind beides Religionen. Beide haben — das eine verstohlen, der andere offen — die Kreatur zu ihrem Gott genommen. Auf jeden Fall — es bleiben die Dinge. Die Dinge ohne ihren Herrn. Darin besteht bolschewistisch-christlicher Einklang ... Die einen schreien ‚Gegen Gott!' und greifen dahinter die Dinge. Und die andern schreien ‚Für Gott!' und greifen dahinter die Dinge. Wenn der Russe auf den Gebetsprotest des Papstes zynisch entgegnet: ‚Kapitalistische Kulturpropaganda!' — und wenn der westliche Christ gegen die Wirtschaftsdespotie des Russen den Kreuzzug der Kirchen proklamiert, so ist beidemale von beiden Seiten der springende Punkt mit Namen laut genannt. Es geht um die Dinge. Das eine Mal ‚wider Gott'. Und das andre Mal ‚für Gott' ... Der Osten ist die Selbstenthüllung des Westens. Darum ist Rußland das große Zeichen der Zeit. Denn so vollkommen wie die offene Tyrannis des Mammon ... im Osten ist, so vollkommen ist es auch die heimliche im Westen. Im Bolschewismus wird dem christlichen Mammonismus des Westens mit der Auflehnung seines direkten natürlichen Sohnes heimgezahlt."

Der Jesuit Muckermann scheint diese Zusammenhänge zu ahnen, wenn er am 26. 7. 1924 in der „Germania" äußert: „Bolschewismus ist die oft nicht begriffene, noch öfter falsch geleitete, aber im Grunde doch naturhafte Jugendbewegung neuer Menschheit", oder in der „Schöneren Zukunft" vom 10. 4. 1927: „Der Bolschewismus kam, wie jede Erscheinung des Lebens, nicht ohne den Willen, beziehungsweise die Zulassung der Vorsehung ... Der Bolschewismus ist ein mächtiger Warnruf an die europäische Welt, an die europäische Christenheit, einer von den ganz großen Weckrufen an die christliche Gesellschaft." Demnach muß es um deren „Vollkommenheit" nicht zum besten stehn. Vielleicht beginnen selbst ihre Häuptlinge an der Sieghaftigkeit des Feldgeschreis gegen den materialistischen Bolschewismus zu zweifeln, da sich ja — um in ihrer Sprache zu reden — der Teufel nicht gut durch Beelzebub austreiben läßt. Soll etwa das vielbetonte C vor dem Namen der Adenauerschen Doppelpartei, gegen dessen Streichung sich kürzlich der Bonner Innenminister mit Entschiedenheit ausgesprochen hat, die brüchig gewordene „Vollkommenheit" in den Augen der Gläubigen wieder herstellen helfen? Ist es nicht, als wollte man mit dem bis zum Überdruß gebrauchten Wort „christlich" die Massen betäuben?

Der durchaus nicht weltfremde Einfall, beide „vollkommenen Gesellschaftsordnungen zu verschmelzen, hat in Frankreich, dem vormals „allerchristlichsten" und jetzt weitgehend moskauhörigen, zur Gründung der christlich-kommunistischen Zeitschrift „Terre Nouvelle" (Neue Erde) geführt. Das Titelblatt zeigt ein rotes Kreuz, rot gefärbt sind auch die Flächen von Frank-

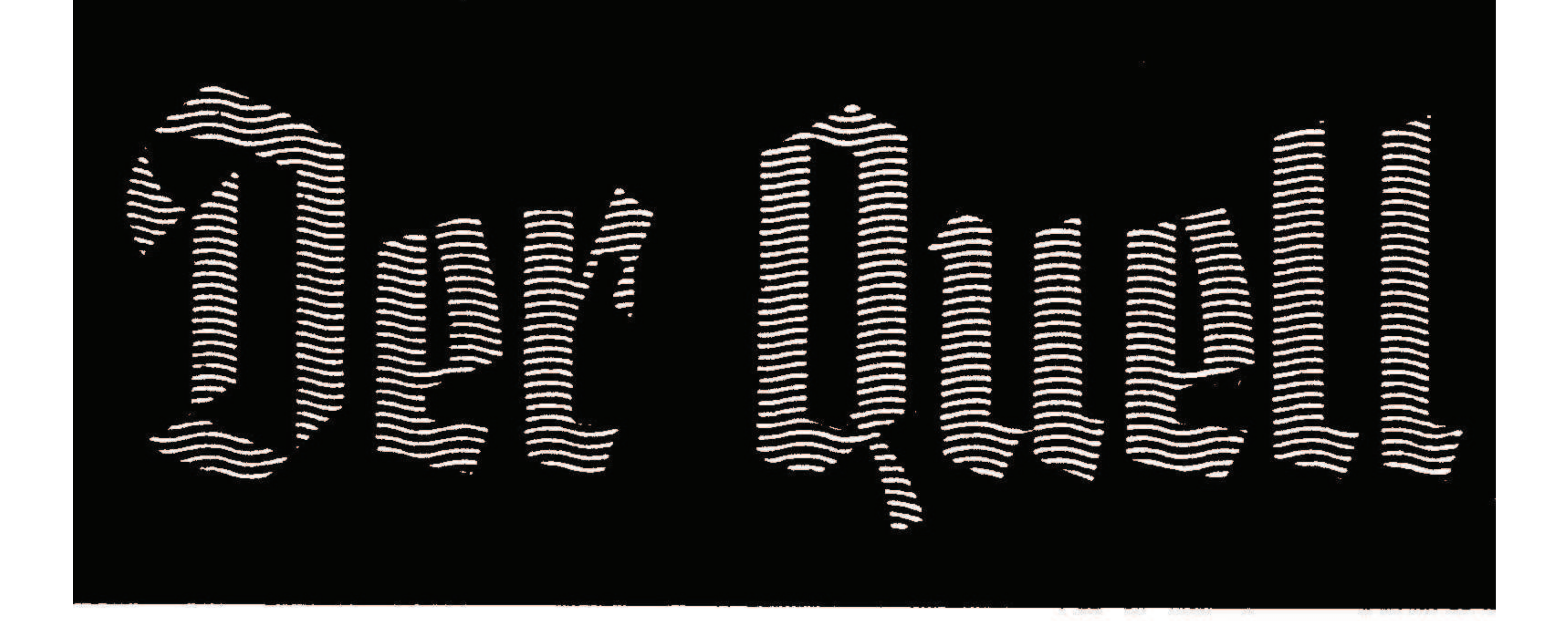
reich und Rußland auf dem angedeuteten Globus darunter; Hammer und Sichel stehen gepaart vor dem Schnittpunkt der Kreuzesbalken, und zwar in grün. Das Kreuz mit Hammer und Sichel wird auch als Anstecknadel vertrieben. In der Nr. 26/1937 begegnen Sätze wie: „Die ganze Jugend muß sich entscheiden, den gerechten brüderlichen Gottesstaat, in dem nur Christus herrschen wird, zu erbauen und zu leben ... Erscheint nicht die Gottlosenbewegung wie ein Johannes der Täufer, der Jesus Christus voranschreitet, um den Weg für ihn sauber zu kehren? ... Ist nicht unter diesem Gesichtspunkt der Kampf gegen Gott im letzten ein Kampf für Gott? ... Dann wird die kapitalistische Gesellschaft ersetzt werden durch die Gesellschaft ohne Klassen und ohne Staaten!"

Es liegt also kein Grund vor, sich zu wundern, wenn sich der römische Theologe K. Adam in seinem Buch „Das wahre Gesicht des Katholizismus" für den Kommunismus begeistert; wenn der Bischof W. M. Brown sein Vermögen der Propagandastelle der kommunistischen Sache vermacht, oder der Pfarrer Dr. K. Vogl volles Verständnis für die „ausgleichende Gerechtigkeit" der Tscheka aufbringt. Spüren sie nicht alle das hochgelobte Urchristentum, das, wie die Geschichte von Anamias und Sapphira beweisen soll, auf rein kommunistischer Grundlage wucherte?

Die andere „vollkommene" Gesellschaftsordnung ist in den Jahrhunderten von Konstantin bis Luther Trumpf gewesen; und gerade diese Zeit galt Friedrich dem Großen als eine wahnsinnige. Die unbestechliche Lehrmeisterin Geschichte bestätigt sein Urteil — man braucht nur in Werken zu lesen wie: „Moderne Götterdämmerung" von dem Engländer G. Ingersoll, oder: „Geschichte der Fehde zwischen Wissenschaft und Theologie" von dem Amerikaner A. D. White.

Hoensbroech hatte die Errichtung von Lehrstühlen zur Aufklärung über Wesen und Wirken des Geistes gefordert, der die andere „vollkommene" Gesellschaftsordnung geformt hat. Er suchte Kaiser Wilhelm II. für diesen Gedanken zu gewinnen, aber er scheiterte damit. Wilhelm I. hatte umsonst gewarnt, als er am 18. 2. 1874 sagte: „Mir liegt die Führung meines Volkes in einem Kampfe ob, den schon frühere deutsche Kaiser Jahrhunderte hindurch mit wechselndem Glück gegen eine Macht zu führen gehabt haben, deren Herrschaft sich in keinem Land der Welt mit dem Frieden und der Wohlfahrt der Völker verträglich erwiesen hat." So wurde Preußen-Deutschland zerstört und zum Spielball der „vollkommenen" Gesellschaftsordnungen.

Der freie Deutsche lehnt sie ab. Er liebt die Freiheit über alles und will, daß sich in jedem Staat die Gesellschaftsordnung im Licht der Volksseele ungestört entwickelt. Wegen der eingeborenen sinnvollen Unvollkommenheit, welche nie von allen Menschen gänzlich überwunden werden wird, kann es auch schwerlich eine wahrhaft vollkommene Gesellschaftsordnung geben. Aber das Streben danach, genährt vom Geist der Ludendorffschen Gotterkenntnis, wird bessere Zustände zeitigen, als es eine auf Gewalt gegründete sogenannte „vollkommene" Gesellschaftsordnung je vermag.



Zeitschrift für Geistesfreiheit

Erscheinungsort München | Postversandort München

Inhalt: Seite

Stalin endgültig begraben

Von German Pinning

Folge 8 23. 4. 1956 8. Jahr

Reden vergehen – Lehren bestehen

Von Walter Löhde

Die alten Demokraten des Jahres 1848 werden von den heutigen Demokraten mehr oder weniger als Vorgänger und Ahnherren betrachtet. Die Paulskirche zu Frankfurt a. Main – in welcher das erste deutsche Parlament mit 118 Professoren im Jahre 1848/49 tagte – ist bekanntlich zu einer ehrwürdigen Gedenkstätte geworden. Aber diese Professoren – wenigstens einige von ihnen – sagten dem Papst – wie Luther auch – manche schreckliche Grobheiten, die ein heutiger Demokrat oder Protestant niemals nachsprechen, geschweige denn drucken lassen würde. Allerdings hat Lessing einmal geschrieben: „So wie es selten Komplimente gibt ohne alle Lügen, so finden sich auch selten Grobheiten ohne alle Wahrheit." Aber dennoch – freuen wir uns, daß man sich heute vornehmer oder – richtiger – gar nicht über solche Fragen ausspricht. Denn wer wollte es wohl verteidigen oder gar begrüßen, wenn sich ein heutiger Demokrat über die vielen Ansprachen und Reden des Papstes Pius XII. so respektlos äußern würde, wie sich der 48er Demokrat und Republikaner, der schweizerische Professor Johannes Scherr, über die häufigen Reden und Ansprachen des Papstes Pius IX. vernehmen ließ. Er schrieb nämlich am 7. Juli 1872:

„Die lieben Jesuiten dürften aber doch wohl, wie zu vermuten ist, im Stillen der Meinung sein, ihr unfehlbares Sprachrohr habe diesmal gar zu laut geschrieen ... Überhaupt mögen die frommen Väter in letzter Zeit mitunter bei sich gedacht haben: ‚Der Greis Pio fängt an uns fürchterlich zu werden!' Das unfehlbare Sprachrohr will ja gar nicht mehr aufhören zu tuten und scheint dieser chronische Mundddurchfall nur noch mit der Mandelmilch des Todes stopfbar zu sein. Augenscheinlich ist das ohnehin nie sehr fest gewesene Gehirn des armen Pio durch das am 18. Juli von 1870 ihm ausgestellte Vizeherrgottspatent ganz drehend geworden. Er gebärdet sich, als wäre er Innozenz der Dritte, welcher Gregor den Siebenten im Bauche hätte. Das ist nicht der Wahnsinn eines Lear, sondern der eines Simeon Stylites. Diese Tollheit hat nicht den Schmerz zum Vater, sondern den Größenwahn, den Priesterhochmut, den Pfaffenegoismus. Aber lachen kann man über dieses aus der Gruft des Mittelalters aufgestiegene Gespenst doch nicht so recht. Denn vor ihm her geht die menschenverwirrende Gewalt der Lüge und hinter ihm steht die völkerbeherrschende Macht der Dummheit." (Johannes Scherr: „Sommertagebuch 1872", Zürich 1873, S. 180/1.)

Nein, so grob würden unsere Demokraten niemals schreiben! Ja, sie würden es der Pressegesetze wegen gar nicht wagen, und viele werden solche Gesetze daher begrüßen, womöglich noch zu verschärfen wünschen. „Freilich" – so meinte Heinrich Heine – „das helle Licht der Pressefreiheit ist für den Sklaven, der lieber im Dunkeln die allerhöchsten (oder auch allerseligsten) Fußtritte hinnimmt, ebenso fatal wie für den Despoten, der seine einsame Ohnmacht nicht gern beleuchtet sieht!" Doch davon abgesehen. »Omne simile claudicat« (Jeder Vergleich hinkt), sagt ein antikes Sprichwort. Denn wenn auch Pius XII. seinem Amtsvorgänger Pius IX. mit Ansprachen und Reden keinesfalls nachsteht und auch sonst in mancher Weise – z. B. in der Verkündigung eines neuen Jungfrauen-Dogmas – erreicht, so hat er doch schon manche Complexio oppositorum verkündet, die recht bemerkenswert ist, ja politische Bedeutung hat. Er ist denn auch – um recht zeitgemäß zu erscheinen – vom Mittelalter abgerückt, während Scherr dies Pius IX. gerade vorhalten zu müssen glaubte. In der Monatsschrift „Die neue Schau" (16. Jahr, 11. Heft, Nov. 1955) liest man:

„Papst Pius XII. sagte kürzlich auf einem Historikerkongreß vor 2000 Delegierten aus 32 Staaten: ‚Kirche und Staat sind voneinander unabhängige Gewalten. Beide Gewalten, die Kirche wie der Staat, sind souverän; ihre Natur wie ihre Ziele, die sie verfolgen, bestimmen die Grenzen, innerhalb deren sie regieren.' Die Bemerkung sollte endgültig und deutlich einen Schlußstrich ziehen unter die Bulle ‚Unam sanctam' Papst Bonifaz VIII. vom Jahre 1302, in der es hieß, ‚daß die geistliche Gewalt auf allen Gebieten der weltlichen überlegen, die weltliche von der geistlichen eingesetzt ist und von dieser gerichtet wird'. Pius XII. nannte diese These mittelalterlich, also zeitbedingt; übrigens hat sich kein Papst seit Bonifaz VIII. auf sie berufen."

Nun, wir wollen zunächst dazu feststellen, daß es sich hier um ganz private, in Privataudienz gemachte Äußerungen handelt. Es sind keine ex-cathedra-Verkündigungen und haben nur rhetorische Bedeutung. Außerdem ist der genannte Papst Bonifaz VIII. (1294–1303) ein enfant terrible in der Papstgeschichte. Er wurde nämlich von dem französischen König Philipp IV. (1285–1314) „Einfaltspinsel" genannt und soll von dessen Großsiegelbewahrer, Wilhelm von Nogaret, geohrfeigt worden sein. Aber außer seinem Priesterhochmut, seiner Vizegottherrlichkeit und Unzüchtigkeit hat er noch andere für einen Papst recht merkwürdige Meinungen gehegt. Er hat sich nämlich – nach den Angaben des französischen Gesandten – in folgender Weise geäußert:

„Peccata carnalia non sunt peccata; Deus faciat mihi bonum in hoc mundo, de alio minus caro quam de una faba. – Bruta habent animas sicut homines; fatuum est credere, quod sit unus Deus et trinus; non credo plus in Maria, quam in asina, nec in filio plus quam in pullo asinae. Maria fuit virgo ut mater mea. Sacramenta sunt truffae."

(Fleischessünden sind keine Sünden; Gott lasse es mir wohl sein auf dieser Welt, nach der anderen frage ich nicht so viel als nach einer Bohne. – Die Tiere haben Seelen so gut als der Mensch. Es ist abgeschmackt, an Einen und an einen Dreifachen Gott zu glauben; an Maria glaube ich so wenig als an eine Eselin, und an den Sohn so wenig als an ein Eselsfüllen. Maria war eine Jungfrau, wie meine Mutter eine war. Sakramente sind Possen.)

(Du Puy: »Histoire du Différand de Philippe le Bel et le Pape Boniface VIII.« Paris 1655; Carl Julius Weber: „Das Papsttum und die Päpste", Stuttgart 1834, 2. Teil, S. 131/32, W. Druman: „Gesch. Bonifacius des Achten", Königsberg 1852.)

Seine unzüchtigen Äußerungen und Unzuchtshandlungen sind derartig, daß sie hier unmöglich — auch nur angedeutet — wiedergegeben werden können.

Man wird also verstehen, daß man diesen Papst — er hatte den Beinamen „magnanimus peccator" (hochgemuter Sünder) — heute gerne fallen läßt und verleugnet. Das geschah aber nicht etwa wegen seiner Auffassung von der autoritären Herrschaft der Kirche über den Staat — die in der berüchtigten Bulle „Unam sanctam" zum Ausdruck kommt —, sondern wegen seines unzüchtigen Lebenswandels und seiner blasphemischen Äußerungen. Außerdem — das hat das vatikanische Konzil von 1870 festgesetzt — ist der Papst — auch jeder Papst der Vergangenheit — unfehlbar, wenn er ex cathedra spricht. Eine von einem Papst erlassene Bulle — also auch die Bulle „Unam sanctam" — ist unter allen Umständen ex cathedra erlassen. Sie ist also verbindlich. Die Erklärung des Papstes Pius XII. ist indessen nicht ex cathedra erfolgt und daher unverbindlich.

Was sagen die Jesuiten?

Hier könnten nun allerdings die Worte Scherrs zutreffen, wenn er sagt: „Die lieben Jesuiten dürften aber doch wohl, wie zu vermuten ist, im Stillen der Meinung sein, ihr unfehlbares Sprachrohr habe diesmal gar zu laut geschrien. Überhaupt mögen die frommen Väter in letzter Zeit mitunter bei sich gedacht haben: ‚Der Greis Pio fängt an, uns fürchterlich zu werden!'" Denn gerade die Jesuiten haben sich bei ihren Lehren über das Verhältnis von Staat und Kirche auf diesen Papst Bonifaz VIII. und dessen Bulle „Unam sanctam" berufen.

Der Jesuitengeneral Franz Xaver Wernz (gest. 1914) erklärte ausdrücklich:

„Papst Bonifaz VIII. hat in seiner Konstitution Unam sanctam am 18. November 1302, dessen Schlußsatz eine dogmatische Definition (d. h. einen Glaubenssatz) enthält, **das richtige Verhältnis zwischen Kirche und Staat für ewige Zeiten feierlich vorgezeichnet.**" (»Jus Decretalium«, Prati 1907, I. 15 u. 16.)

Dieser Schlußsatz, der hier als „dogmatische Definition" proklamiert wird, lautet in deutscher Übersetzung: „Wir erklären, sagen und bestimmen, daß es eine Heilsnotwendigkeit ist, daß jedes Geschöpf dem römischen Papste unterworfen sei." (Subesse Romano Pontifici omni humanae creaturae declaramus, definimus et pronunciamus omnino esse de necessitate salutis.)

Der Jesuit Prof. Antonius Straub schrieb:

„Gemäß der von Bonifaz VIII. erlassenen Bulle Unam sanctam muß das weltliche Schwert, das innerhalb der Kirche ist (d. h. der Staat), unter dem geistlichen Schwerte stehen. Und das weltliche Schwert (d. h. der Staat) untersteht der geistlichen Gewalt nicht nur, wenn es abirrt, sondern es muß auch, auf den Wink des Priesters hin (ad nutum sacerdotis), für die Kirche gezogen werden, und die weltliche Gewalt muß der geistlichen unterworfen sein." (Antonius Straub S. J.: »De ecclesia Christi«, Innsbruck 1912, II. 496/503, n. 1090—1095.)

Der Jesuit Gerard Schneemann sagt:

„... Daß die Kirche nötigenfalls auch die physische Gewalt des Staates zur Ausführung ihrer Gesetze und Urteile beanspruchen dürfe, sagt Bonifaz VIII. ausdrücklich in seiner berühmten Bulle Unam sanctam ... Bonifaz spricht aus, das in der Hand der Könige befindliche Schwert müsse zum Nutzen der Kirche auf den Willen des Priesters gezogen werden (pro ecclesia ad nutum sacerdotis) ... Daß die Staaten heutzutage das

kirchliche Strafrecht fast nur in bezug auf Geistliche anerkennen und vollziehen, ist nicht ganz folgerichtig. Denn die Kirche hat von Gott nicht nur über die Geistlichen, sondern auch über die Laien eine wirkliche (Straf-) Gewalt empfangen." („Stimmen aus Maria Laach", Ser. 1, Heft 7.)

Der Jesuit Prof. Victor Cathrein zeigt, wie die Bulle »Unam sanctam« die gleichen Forderungen erhebt, wie sie Päpste der neuen Zeit erheben. Er schreibt:

„Man vergleiche beispielsweise die Bulle Bonifaz VIII. Unam sanctam vom Jahre 1302; die Enzyklika Leos XIII. Immortale Dei. Erwähnt sei hier noch besonders die These 24 des Syllabus (des Papstes Pius IX.) ..." (Victor Cathrein S. J.: „Moralphilosophie", Freiburg i. B. 1904, 4. Aufl. II. 563, Anm.)

Dieser Jesuit bezeichnet also jene von dem Papst heute zurückgewiesene Bulle „Unam sanctam" als gleichwertig mit der Enzyklika Leos XIII., die am Ende des 19. Jahrhunderts erlassen wurde.

Cathrein hätte sich indessen — falls er es erlebt hätte — ebenfalls auf die Enzyklika „Quas primas" des Papstes Pius XI. (1922—1939) — des unmittelbaren Vorgängers des heutigen Papstes — beziehen können. In dieser am 11. 12. 1925 erlassenen Enzyklika bezieht sich Pius XI. — wie Cathrein — auf die Enzyklika Leos XIII., und zwar auf „Annum sacrum" vom 25. 5. 1899. Es heißt in der Enzyklika „Quas primas" u. a. in deutscher Übersetzung:

„Um es kurz zu sagen, Christus hat die Herrschergewalt über jegliche Kreatur nicht durch gewaltsame Anmaßung, noch auf Grund eines äußeren Titels, sondern durch seine Wesenheit und Natur (Ziffer 8).

Ein schwerer Irrtum wäre es jedoch, wollte jemand Christus dem Gottmenschen von vornherein die Herrschaft über alle bürgerlichen Angelegenheiten absprechen ... Mit Freuden führen Wir hier die Worte Leos XIII., Unseres Vorgängers unsterblichen Angedenkens, an: ‚Sein Reich erstreckt sich nämlich nicht nur über die katholischen Völker, oder weiterhin nur über jene, die durch den Empfang der heiligen Taufe rechtlich zur Kirche gehören, obwohl irrige Meinungen sie auf Abwege geführt haben ... sondern es umfaßt auch die große Zahl derer, die des christlichen Glaubens noch nicht teilhaftig geworden sind, so daß in Wahrheit das ganze Menschengeschlecht in der Gewalt Jesu Christi sich befindet (Ziffer 11).

In dieser Beziehung ist gar kein Unterschied zwischen dem Einzelmenschen, der Familie und dem Staat, weil der Mensch in der Gemeinschaft ebenso in Christo Gewalt ist wie die einzelnen ...

Die Staatslenker dürfen sich also nicht weigern, der Herrschaft Jesu Christi öffentlich Ehrfurcht und Gehorsam zu erweisen. Ebenso haben sie die heilige Pflicht, dafür so sorgen, daß das Volk Christi Oberherrschaft anerkennt" (Ziffer 12).

In den amtlichen Erläuterungen zu dieser Enzyklika wird über diese Herrschaft Christi — also die Oberherrschaft der Kirche bzw. des Papstes — gesagt:

„Daraus ergibt sich dann, daß niemand über den Menschen befehlen kann, als wer von Christus, dem rechtmäßigen Eigentümer des Menschen, die Gewalt dazu bekommen hat."

Das ist jedoch nach katholischer Lehre der Stellvertreter Christi, d. i. der römische Papst. „Es ist vielfach der falsche Schluß gezogen worden", — so heißt es weiter —

„die bürgerlichen und weltlichen Dinge seien der Herrschaft Christi (d. h. wirklichkeitsnah: Dem Papst!) in keiner Weise unterstellt. Das ist aber ein verhängnisvoller Irrtum. Christi Reich (d. h. das Papsttum!) ist **vorzüglich** geistig, doch sind auch **alle irdischen Angelegenheiten vollständig der Herrschaft Christi unterstellt** ... An und für sich ist Christus

Besitzer und Herr aller Erdendinge, allen irdischen Besitzes und aller bürgerlichen Angelegenheiten. Alles dieses ist ihm unterworfen und muß ihm dienen. Es sind also Christus unterworfen:

1. alle Menschen — Getaufte und Ungetaufte;
2. diese Menschen in all ihren Beziehungen: als Einzelmenschen wie auch in den verschiedenen Gemeinschaften der Familie und des Staates ...

Auch der Staat ist Christus unterworfen und verpflichtet, ihm zu dienen." („Rundschreiben u. Heil. Vaters Papst Pius XI. über die Einsetzung des Festes Christi Königstag (Quas primas vom 11. Dezember 1925)"; übers. u. erl. von Prof. Dr. v. Meurers, Trier 1933, 3. Aufl., S. 15, 18, 19, 36/37; Hervorh. im Original, Einklammerungen von uns.)

Um die Enzyklika »Quas primas« richtig zu verstehen, muß man immer für „Christus", dessen sog. „Stellvertreter", den Papst setzen. Denn „Christus" ist ja nur eine Gestalt des christlichen Mythos. Wirklichkeit hat nur der Papst, der „vicarius christi", bzw. der Jesuitengeneral, der „Christus puasi praesens" (der gleichsam gegenwärtige Christus). Nur diese können daher eine wirkliche Herrschaft in der tatsächlichen Welt ausüben. Wenn also in der Enzyklika „Quas primas" euphemistisch von der „Herrschaft Christi" gesprochen wird, so bedeutet das praktisch die Herrschaft des Papstes bzw. der Kirche. Die geforderte Unterwerfung des einzelnen und des Staates unter die „Herrschaft Christi" ist also praktisch die Unterwerfung unter den Papst und die Kirche. Der Papst erklärt nun in dieser Enzyklika unmißverständlich, daß sich ihm „alle Menschen — Getaufte und Ungetaufte — in all ihren Beziehungen, als Einzelmenschen wie in den verschiedenen Gemeinschaften der Familie und des Staates", und „auch der Staat" selbst zu unterwerfen haben. Das bedeutet aber — einfach und klar ausgedrückt —: der Papst erstrebt und beansprucht die W e l t h e r r s c h a f t. Dieser Imperialismus wird nun aber durch die in den einzelnen Staaten bestehenden Kirchen und deren Priester vertreten, gefördert und von Rom aus geleitet. Somit ist das Papsttum eine auf christlicher Ideologie beruhende **überstaatliche Macht.** Diese nach der Weltherrschaft erstrebende Macht nennen wir „Rom".

Die Forderungen und Ansprüche der Enzyklika „Quas primas" des Jahres 1925 decken sich also sinngemäß voll und ganz mit denen der Bulle „Unam sanctam" des Jahres 1302. Bonifaz VIII. hat sich — weil er in seinem Priesterhochmut glaubte, es zu können — nur eindeutiger und klarer ausgedrückt. Der Jesuitengeneral Wernz hat die Sache durchaus richtig erkannt und klargestellt. Allerdings werden das die heutigen Regierungschefs nicht merken, und wenn sie es merken, werden sie nicht so erfrischend deutlich antworten, wie es der französische König Philipp IV. so schön getan hat, der aus diesem Grunde bereits den ihm von der Geschichte erteilten Beinamen „der Schöne" verdient. Er beantwortete nämlich die Bulle „Unam sanctam" und ein entsprechendes Handschreiben des Papstes mit einem sehr drolligen Brief. In dem Schreiben des Papstes hieß es u. a.:

„Bonifaz an Philipp, König von Frankreich! Fürchte Gott und halte seine Gebote. Du sollst hiermit wissen, daß du Uns in allen geistlichen und weltlichen Angelegenheiten unterworfen bist, Pfründen und Präbenden gehören nicht dir, und Andersdenkende betrachten Wir als Ketzer ..."

Der König antwortete:

„Philippus Dei Gratia Rex Francorum Bonifacio se gerenti pro Summo Pon-

tifice salutem modicam, sive nullam: Sciat maxima Tua Fatuitas! In temporalibus nos nulli subesse; secus credentes fatuos et dementes reputamus."

(Philipp, von Gottes Gnaden König von Frankreich, an Bonifaz, der sich als Oberhaupt der Kirche aufspielt, wenig oder gar keinen Gruß: Du Erzpinsel solltest wissen, daß Wir in weltlichen Dingen niemand unterworfen sind. Andersdenkende betrachten Wir als einfältige Narren!)

Und der Zweck?

Es ist nun aufgefallen, daß Papst Pius XII. in seiner Rede vom Mittelalter abrückt, während doch gerade in der Bundesrepublik kirchliche Persönlichkeiten und prominente CDU/CSU-Politiker die sog. „Abendländische Akademie" und die „Abendländische Aktion" aufgezogen hatten. Bekanntlich propagierte diese „Akademie" — in deren Kuratorium der Außenminister von Brentano sitzt — die mittelalterliche Staats- und Gesellschaftsform (vergl. den Aufsatz „Nur noch sieben Jahre Zeit" und „Politische Streiflichter" in Folge 18/55). Hier stimmt also etwas nicht, wird mancher unserer Leser sagen.

Richtig! Um die Bedeutung dieser Papstrede zu würdigen, müssen wir uns erinnern, daß die Jesuiten nach einer Plattform für eine Koexistenz mit der UdSSR — einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands — suchen. (Vergl. „Politische Streiflichter" Folge 23/55, 2/56, 3/56.) Dabei sieht man sich jedoch einer Macht gegenüber, die ihrerseits — zwar auf ihre Weise und auf Grund ihrer Ideologie — die Weltherrschaft in gleichem Umfang erstrebt. Daher erscheint es geraten — und es scheint nicht nur so — das eigene Weltherrschaftsstreben, das „richtige Verhältnis zwischen Kirche und Staat", das in der Bulle „Unam sanctam" **„für ewige Zeiten vorgezeichnet"** ist, wie der Jesuitengeneral Wernz festgestellt hat, zu verleugnen. Wenn in der biblischen Legende Petrus seinen Herrn und Meister dreimal verleugnet, warum sollte der Nachfolger Petri die Weltherrschaftsziele der Jesuiten nicht einmal verleugnen dürfen. Welcher Theologe würde das leugnen wollen!? Wir haben oben nachgewiesen, daß die Enzyklika „Quas primas" nur mythischer ausdrückt, was die Bulle „Unam sanctam" als „dogmatische Definition", d. h. als Glaubenssatz „für ewige Zeiten" feststellt. Bismarck sagte bereits: „Ein Papst kann die alte Politik friedfertiger treiben, einer gröber und gebieterischer, im Grund und Wesen ist's immer dasselbe."

Auf sowjetischer Seite verfährt man ähnlich, indem man die Abkehr von den stalinistischen Dogmen proklamiert. Damit kehrt man jedoch zu dem Standpunkt zurück, den man einnahm, als der Jesuit Muckermann in dem Zentrumsblatt „Germania" vom 26. 7. 1924 schrieb:

> „Bolschewismus ist die nicht oft begriffene, noch öfter falsch geleitete, aber im Grunde doch naturhafte Jugendbewegung neuer Menschheit ... Den Aufstieg selbstbewußter Menschheit verhindern zu wollen, wäre ein Schlag wider die Natur. Kann man den Bolschewismus nicht totschlagen, so muß man ihn also wohl leben lassen."

Dazu schrieb General Ludendorff: „Dies entsprach dem Denken Roms jener Tage, sonst hätte der Jesuit solche Worte nie schreiben dürfen!"

Nun, vielleicht kennzeichnet Shakespeare die hintergründigen Absichten dieser beiden Koexistenz wünschenden, Weltherrschaft erstrebenden Mächte mit den Worten seines „Hamlet" (3. Akt, 4. Szene):

„Der Spaß ist, wenn mit seinem eignen Pulver
Der Feuerwerker auffliegt; und mich trügt
Die Rechnung, wenn ich nicht ein Klafter tiefer
Als ihre Minen grab' und sprenge sie
Bis an den Mond. O, es ist gar zu schön,
Wenn so zwei Listen sich entgegengehn! –"

Allerdings. Aber bei einem solchen „Minengraben" könnte die ganze Menschheit – einschließlich der beiden „Feuerwerker" – in des Wortes furchtbarster Bedeutung „bis an den Mond gesprengt werden"! – „Credite posteri!" – „Nachwelt, glaube es ja" – rief der römische Dichter Horaz warnend. Aber wenn es die M i t w e l t nicht glauben will, wird eines bösen Tages keine N a c h w e l t mehr vorhanden sein, die es glauben könnte!



Zeitschrift für Geistesfreiheit

Erscheinungsort München Postversandort München

Inhalt: Seite

Sozusagen – aus Versehen

Von Karl von Unruh

Folge 11 9. 6. 1954 6. Jahr

Der Papst gegen den Staat

Von Heinrich Fechter

Der römische Papst Pius XII. hat in einem Schreiben vom 15. 2. 54 an die katholischen Bischöfe Deutschlands zur Schulfrage Stellung genommen und sie zum Kampf gegen den Staat aufgerufen. In diesem Schreiben erklärt der Papst u. a.:

„Er habe lesen müssen, daß in einem Land (Niedersachsen) alles Bemühen um katholische Schulen an Orten, wo sie gemäß geltendem Gesetz und Reichskonkordat gefordert werden konnten, im letzten Jahr vergebens gewesen sei. Der Papst ermahnt die katholischen Bischöfe Deutschlands, die katholische Lehrerbildung ‚wirksam zu verteidigen und *an keiner Stelle den Einbruch in sie gutwillig hinzunehmen*'. Die Eltern, welche die katholische Schule verlangten, erwarteten in ihr an erster Stelle und mehr als alles andere den überzeugt katholischen Lehrer. ‚Ihn schenkt aber nur die einheitlich katholische Erziehung und Bildung.'" („Münchner Merkur" vom 24./25. 4. 54.)

Der Kampf der Bischöfe gegen die Schulgesetze in Niedersachsen begann bereits im vorigen Jahre. Die „Göttinger Presse" vom 22. 5. 53 schrieb damals:

„Wenn nun in dem Augenblick, da der Kanzelparagraph gefallen ist, die katholischen Bischöfe und alle ihnen unterstellten Geistlichen von ihrem Oberhaupt, dem Papst, angehalten werden, 'gerade in den nächsten Monaten ihr besonderes Augenmerk der katholischen Schule zuzuwenden' . . . können wir uns eines unguten Gefühls nicht erwehren.

Soll das staatliche Leben wiederum vergiftet werden dadurch, daß aus einer falsch verstandenen Toleranz des staatlichen Gesetzgebers kirchliche Amtsträger über ihren eigentlichen Auftrag hinaus im politischen Raum Partei nehmen? Die Ermahnung des Papstes dürfte kaum dazu beitragen, den beklagenswerten Kanzelmißbrauch zu verhindern. Er ist eine Erscheinung, die weder einem rechtsstaatlichen Bewußtsein entspricht noch ihm förderlich ist."

Die „Ermahnungen“ des Papstes sind jetzt durch das Schreiben vom 15. 2. 54 in ein ernsteres Stadium getreten. Sie sind zu einem Kampfaufruf geworden. Selbstverständlich sind die Bischöfe dem päpstlichen Aufruf nachgekommen. Die „Hann. Presse“ vom 23. 2. 54 schrieb dazu:

„Die katholische Bevölkerung Niedersachsens ist von ihren Bischöfen in einem Hirtenbrief zum Kampf gegen den Schulgesetzentwurf der Landesregierung aufgerufen worden. Sie soll in einer ‚geschlossenen und geordneten Schlachtreihe‘ — so wurde es von der Kanzel verlesen — bei der Regierung und beim Landtag protestieren. Es ist bedauerlich, daß der politische Katholizismus einen Kulturkampf schürt, der sich nur verhängnisvoll auf die niedersächsische Bevölkerung auswirken kann.“

Immer noch geht das alte Schlagwort vom „politischen Katholizismus“ um und richtet Verwirrung an. Wer die Geschichte kennt, weiß, daß es nur einen Katholizismus gibt, und der ist eben politisch. Jedenfalls hat der Kampf begonnen. Im Jahre 772 begann der erste Kulturkampf in Niedersachsen, der von dem Frankenkaiser Karl mit allen Greueln durchgeführt wurde und 30 Jahre währte. Dieser jetzt von der katholischen Kirche in Niedersachsen begonnene Kulturkampf braucht durchaus nicht für die Bevölkerung „verhängnisvoll“ zu werden, wie jenes Blatt meint. Allerdings muß er mit den richtigen Waffen geführt werden, die uns der Feldherr Erich Ludendorff gegeben hat. Martin Luther sagte dazu:

„Darum soll die weltliche Gewalt ihr Amt üben frei und unverhindert, ob es Papst, Bischof, Priester sei, wen sie trifft; wer schuldig ist, der leide. Was geistlich Recht dawider gesagt hat, ist lauter römische Vermessenheit. Es sollt' der Papst sein Papsttum, all sein Gut und Ehr' verlieren, wo er eine Seele damit möchte erretten. Nun ließ er eher die Welt untergehen, ehe er ein Haarbreit seiner vermessenen Gewalt ließ abbrechen und will dennoch der Heiligste sein!“ (Martin Luther: „An den christlichen Adel deutscher Nation“, Wittenberg 1520; Neudruck Halle 1897, S. 10 u. 66.)

Die letzte Bemerkung Luthers stimmt mit Bezug auf einen Wasserstoffbombenkrieg heute recht nachdenklich!

Dr. Werner Preisinger hat als Lehrer und Pädagoge in dem Aufsatz „Der Papst über Kindererziehung“ (Folge 8 vom 23. 4. 54, S. 346) die Grundsätze dieser vom Papst geforderten Erziehung der Jugend dargestellt und erläutert. Die Tendenz dieser Erziehung ist deutlich. Bereits vor hundert Jahren hat Schopenhauer festgestellt, „das Grundgeheimnis und die Urlist aller Pfaffen auf der ganzen Erde und zu allen Zeiten“ sei die Ausnutzung des „metaphysischen Bedürfnisses des Menschen“. Das Bedürf-

---

Freiheit und Kultur, so unzertrennlich beide in ihrer höchsten Fülle miteinander vereinigt sind und nur durch diese Vereinigung zu ihrer höchsten Fülle gelangen, so schwer sind sie in ihrem Werden zu verbinden. Ruhe ist die Bedingung der Kultur, aber nichts ist der Freiheit gefährlicher als Ruhe. Alle verfeinerten Nationen des Altertums haben die Blüte ihrer Kultur mit ihrer Freiheit erkauft, weil sie ihre Ruhe von der Unterdrückung erhielten. Und eben darum gereichte ihre Kultur ihnen zum Verderben, weil sie aus dem Verderblichen entstanden war.

Friedrich Schiller, Über Völkerwanderung, Kreuzzüge und Mittelalter (1789)

nis, eine Antwort auf die letzten Fragen nach der Entstehung des Kosmos, dem Sinn des Menschenlebens und Todesmuß, der menschlichen Unvollkommenheit und der Bedeutung der Rassen und Völker zu erhalten, wie sie uns heute in der Gotterkenntnis von Mathilde Ludendorff dogmenlos und in widerspruchsloser Übereinstimmung mit den Forschungsergebnissen der Wissenschaft übermittelt worden ist. Schopenhauer sagt nun:

„Niemals hingegen hat es an Leuten gefehlt, welche auf jenes metaphysische Bedürfnis des Menschen ihren Unterhalt zu gründen und dasselbe möglichst auszubeuten bemüht waren; daher es unter allen Völkern Monopolisten und Generalpächter desselben gibt: die Priester. Ihr Gewerbe mußte ihnen jedoch überall dadurch gesichert werden, daß sie das Recht erhielten, ihre metaphysischen Dogmen den Menschen sehr früh beizubringen, ehe noch die Urteilskraft aus ihrem Morgenschlummer erwacht ist, also in der ersten Kindheit: denn da haftet jedes wohl eingeprägte Dogma, sei es auch noch so unsinnig, auf immer. Hätten sie zu warten, bis die Urteilskraft reif ist, so würden ihre Privilegien nicht bestehen können . . .

Hierdurch, viel mehr noch als durch Drohungen und Berichte von Wundern, schlagen die Glaubenslehren Wurzel. Wenn nämlich dem Menschen, in früher Kindheit, gewisse Grundansichten und Lehren mit ungewohnter Feierlichkeit und mit der Miene des höchsten, bis dahin von ihm noch nie gesehenen Ernstes wiederholt vorgetragen werden, dabei die Möglichkeit eines Zweifels daran ganz übergangen, oder aber nur berührt wird, um darauf als den ersten Schritt zum Verderben hinzudeuten, da wird der Eindruck so tief ausfallen, daß in der Regel d. h. in fast allen Fällen, der Mensch beinahe so unfähig sein wird, an jenen Lehren, wie an seiner eigenen Existenz zu zweifeln; weshalb denn unter vielen Tausenden kaum einer die Festigkeit des Geistes besitzen wird, sich ernstlich und aufrichtig zu fragen: ist das wahr?“

Man erkennt bereits, warum die Kirche heute so zäh an der Bekenntnisschule festhält. Aber Schopenhauer sagt weiter:

„Das haben sie (die Menschen) bloß dem zu danken, daß die Erziehung in den Händen der Geistlichen ist, welche Sorge tragen, ihnen sämtliche Glaubensartikel in frühester Jugend so einzuprägen, daß es bis zu einer Art partieller Gehirnlähmung geht, die sich dann zeitlebens in jener blödsinnigen Bigotterie äußert, durch welche sogar übrigens höchst verständige und geistreiche Leute unter ihnen sich degradieren und uns an ihnen ganz irre werden lassen.“ („Die Welt als Wille und Vorstellung“, 2. Bd., 1. Buch, Kap. 17 und „Parerga und Paralipomena“, 2. Bd., Kap. 15.)

Was der Philosoph hier erkannte, hat der Psychiater Prof. Kraepelin später fachwissenschaftlich erforscht und begründet. Er nannte diesen geistigen Zustand „Induziertes Irresein“. Dieses induzierte Irresein läßt sich beim Okkultismus sowohl wie bei der Religion nachweisen. Die Schülerin jenes großen Psychiaters, die Neurologin Dr. Mathilde Ludendorff, hat diese psychiatrischen Erkenntnisse auf dem praktischen Gebiet verwertet. Das Ergebnis jenes von Schopenhauer geschilderten Vorganges beim Religionsunterricht besteht nun nach den Forschungen Prof. Kraepelins etwa darin, daß im Gehirn des jungen Menschen — sit venia verbo — eine Insel entsteht, auf der sich diese religiösen Vorstellungen ansiedeln, die aber der kritischen Überprüfung entzogen bleibt. Das bedeutet nicht etwa, daß solche

Menschen „geisteskrank“ sind, wie dies die Jesuiten von allen Nichtkatholiken behauptet haben. Aber es wird dadurch verständlich, daß so viele geistig sonst hochbedeutende Menschen von den mit der Vernunft unvereinbaren christlichen Dogmen und Lehren nur schwer oder gar nicht loskommen. Wir sehen sie an kirchlichen Zeremonien teilnehmen, die den auf diesem Gebiet denkfähigen Menschen im günstigsten Falle ein mitleidiges Lächeln abnötigen. Natürlich müssen wir hier von der großen Masse jener „Christen“ absehen, die nur aus eigensüchtigen Gründen irgendwelcher Art zur Kirche gehen, an Prozessionen teilnehmen oder sonst recht schön fromm tun. Schopenhauer hat im Nachlaß noch hinzugefügt:

„Wenn die Welt erst ehrlich genug geworden sein wird, um Kindern vor dem 15. Jahre keinen Religionsunterricht zu erteilen, dann wird etwas von ihr zu hoffen sein. Nun aber kommt man, unredlicher und schändlicher Weise, mit dem 6. Jahre des Kindes und zeichnet mit dicken unauslöschlichen Zügen die Begriffe der positiven Religion auf jene tabula rasa (den Intellekt) und verdirbt der Natur für immer ihr schönes weißes Blatt: Man richtet den jungen Intellekt ab, gegen seine Natur und Organisation, den monströsen Begriff einer individuellen und persönlichen Weltursache zu denken, ferner absoluten Weltanfang und dergleichen mehr. Dadurch verbaut man auf immer den freien Horizont des Geistes, versperrt die ihm gegebene Aussicht in die Unendlichkeit der Wesenwelt, verdeckt das Feld der freien Forschung und verkrüppelt seine Natur, damit sie zur Assimilation (Aufnahme) des Falschen tauglich werde.“

Der gleichen Meinung war Schiller. Er sagte in einem Gespräch zu Christina v. Wurmb am 15. 3. 1801:

„Man sollte es sich zur heiligsten Pflicht machen, dem Kinde nicht zu früh einen Begriff von Gott beibringen zu wollen. Die Forderung muß von innen heraus geschehen, und jede Frage, die man beantwortet, ehe sie aufgeworfen ist, ist verwerflich. Man sagt dem Kinde öfters im sechsten, siebenten Jahre etwas vom Schöpfer und Erhalter der Welt, wo es den großen schönen Sinn dieser Worte noch nicht ahnen kann und sich seine eigenen verworrenen Vorstellungen macht . . . Das Kind hat vielleicht seine ganze Lebenszeit daran zu wenden, um jene irrigen Vorstellungen wieder zu verlieren oder wenigstens zu schwächen.“ (Karoline v. Wolzogen: „Schillers Leben“, Stuttgart (Cotta) o. J., S. 241.)

Auf solcher falschen Belehrung beruhen dann später die Vorstellungen von einem persönlichen Gott als „eines Menschen, der die Welt gemacht hat“, wie Schopenhauer sagt. Er wird dann vorgestellt, wie er oft auf den süßlichen Bildern in den Bauernhäuser katholischer Gegenden zu sehen ist. Ein alter Mann mit weißem Bart, der aus den Wolken hervorschaut, von Engelsgestalten umgeben und — last is not least — eine Papstkrone (Tiara) auf dem Kopf! Übrigens findet man solche Darstellungen zu allen Zeiten auf typisch christlichen Bildern. Selbst Dürer und van Eyck haben den persönlichen Gott des Christentums in dieser Weise dargestellt.

Jetzt verstehen wir schon besser, warum die katholische Kirche alles mobil macht, um die Bekenntnisschule und die einseitig katholische Lehrerbildung durchzusetzen. Der Fraktionsvorsitzende der klerikalen CSU, Prälat Meixner, sagte am 2. 5. 54 auf einer kirchlichen Propogandaveranstaltung:

„Die Katholiken hätten gelernt, sehr bescheiden und zurückhaltend in ihren Ansprüchen zu sein. Die Bekenntnisschule und die konfessionelle Lehrerbildung würden sie jedoch unnachgiebig verteidigen.“ („Münchner Merkur“ vom 3. 5. 54.)

Freilich kann man „bescheiden“ sein, wenn man jene letzte Forderung nur durchsetzt. Denn dann fällt der Kirche später alles zu, was sie heute noch nicht erreichen kann. Die römische Kirche rechnet mit Jahrhunderten, und die Völker nur mit Jahren.

Der Kirchenhistoriker Prof. Walther v. Löwenich sagte indessen auf der Synode der evangelisch-lutherischen Kirche zu Ansbach:

„Bei allem Verständnis für die Bekenntnisschule als Idealfall eines einheitlich ausgerichteten Unterrichtswesens seien Zwergschulen in der Diaspora keine Ideallösung. Es brauche nicht zu verwundern, daß die katholische Kirche sich peinlich hüte, ihre Gläubigen mit anderen Überzeugungen in Berührung kommen zu lassen! Man müßte sich fragen, ob die evangelische Kirche in dieser Hinsicht nicht ihrem eigenen Wesen untreu werde, indem sie die Auseinandersetzung scheue und nicht an das Wort glaube: ‚Die Wahrheit wird sich eine Gasse bahnen.‘“ („Münchner Merkur“ vom 28. 4. 54.)

„Darum, laß es nur frisch einhergehn“ — sagte Martin Luther — „es sei Papst, Bischof, Pfaffe, Mönch oder Gelehrter — sie sind das ‚rechte‘ Volk — sie sollen nur die Wahrheit verfolgen, wie sie allezeit getan haben“ (Martin Luther, a. a. O. S. 80). Aber die evangelisch = „lutherische“ Kirche hat sich in der klerikalen CDU/CSU mit der katholischen zusammengefunden, deren Ziel es ist, die Papstherrschaft über ganz Deutschland zu verbreiten. Und Schiller sagte, daß dieses Papsttum, „das künstlichste aller Gebäude, schlechterdings nur durch eine fortgesetzte Verleugnung der Wahrheit erhalten werden könnte“. („Kleinere prosaische Schriften“, Leipzig 1800 (Crusius), 2. Teil, S. 28.)

Der italienische Historiker Paolo Sarpi (1552—1623) hat diese ängstlichen Bemühungen der katholischen Kirche, ihre Gläubigen von Andersdenkenden fernzuhalten, zu erklären versucht. Er sagte: „Nie wird man ein besseres Geheimnis finden, die Menschen dumm zu machen, als unter dem Vorwande sie frömmer zu machen“. („Istoria del concilio Tridentine“) Diese Bemühungen begannen nämlich, als der sittenlose Papst Alexander VI. (Borgia) i. J. 1501 den berüchtigten „Index librorum prohibitorum“, den Index der verbotenen Bücher, einführte, seine Nachfolger den Bücherdruck unterbanden und die ihnen unbequemen Schriften verbrannten. Dieser Index ist nun allerdings, ganz gegen die Absicht der Päpste, eine Ehrenliste geworden. Auf ihr findet man die größten Werke der Weltliteratur. Auf den Index gesetzt zu werden, bedeutete für einen Schriftsteller die Beglaubigung seines Wertes, wie die Bannbulle Luthers Größe und Bedeutung erwies. „Wie groß bist du, o Luther, wenn das wahr ist“, schrieb Ulrich von Hutten begeistert, als er von dem Gerücht des päpstlichen Bannes gegen den Reformator hörte.

Der Kirchenhistoriker Karl v. Hase hat bereits im vorigen Jahrhundert geschrieben:

„Die ganze Tendenz des Katholizismus, die Wissenschaft wie den Staat unter kirchliche Vormundschaft zu stellen, sie zu katholisieren, wie es ausgedrückt wird, ist ein Anachronismus. Welche naturgemäße Entwicklung der Wissenschaft wäre denkbar, wo Machtgebote ihr vorschreiben wollen, nicht bloß was Wahrheit sei, sondern auch wie sie zu finden und zu lehren sei." (Karl v. Hase: „Protestantische Polemik", 6. Aufl., Leipzig 1894; S. 675.)

Praktisch unterscheidet sich diese „Tendenz des Katholizismus" nicht von der Tendenz aller Gewaltstaaten, mögen sie ihre Ideologien nun nennen, wie sie wollen. Sie besitzen ihren Index, ihre Zensur, ja auch ihre Scheiterhaufen, auf denen sie unliebsame Bücher verbrennen. Wir haben das alles erlebt. Von den anderen Mitteln, die für sakrosankt erklärte Ideologie aufrechtzuerhalten, wollen wir jetzt nicht reden.

Der Angriff der Bischöfe Niedersachsens erfolgte denn auch, wie der Papst befahl. Es ist zu beachten, daß sich die Kirche dabei auf das mit Hitler geschlossene Konkordat beruft. Man kann alle anderen von Hitler geschlossenen Verträge nicht hart genug verurteilen, man erklärt alle Maßnahmen der NS-Regierung für ungesetzlich und ungültig, dem Recht widersprechend usw. — nur das Konkordat soll „rechtsgültig" sein! Bekanntlich hat die spruchkammerliche „Rechtsprechung" alle diejenigen, die Vorteile durch das NS-Regime genossen, als „Nutznießer" verurteilt und deren Gewinne eingezogen. Der Nutznießer des Hitler-Konkordarts ist jedoch der römische Papst und seine Kirche! Nur sie dürfen sich ihrer Vorteile — und welcher Vorteile — unwidersprochen erfreuen? Ja, sie sogar noch geltend machen? —

Es ist nun nicht das erste Mal, daß ein Papst die Bischöfe und die Gläubigen gegen die Landesregierung und die verfassungsgemäß verkündeten Staatsgesetze aufruft. Wir meinen nicht jene Fälle im Mittelalter, wo die Päpste die Untertanen und Fürsten beliebig und willkürlich von ihren dem Kaiser geleisteten Eiden entbanden. Ein Verfahren, das noch von Pius V. gegen die Königin Elisabeth I. von England angewandt wurde. Nein, dieser Aufruf Pius XII. erinnert uns lebhaft an den Aufruf seines Namens- und Amts-Vorgängers Pius IX. Dieser Papst erklärte die im Jahre 1873 verkündeten sog. „Maigesetze" des Landes Preußen für „ungültig" und unverbindlich für die Katholiken jenes Landes. Es handelte sich um verfassungsgemäß vom preußischen Landtag beschlossene Gesetze, die die Macht des Papstes jedoch zukünftig beeinträchtigen konnten. Ja, der Name Pius hat eine besondere Bedeutung in der Papstgeschichte!

„Das wichtigste von den Maigesetzen ist die Erziehung des künftigen Klerus", hat der Kirchenhistoriker Karl von Hase sehr richtig gesagt. Die Bestimmung lautete:

„Die Erlangung eines geistlichen Amtes ist bedingt durch abgelegte Entlassungsprüfung auf einem deutschen Gymnasium, durch dreijähriges theologisches Studium auf einer deutschen Staatsuniversität und durch eine wissenschaftliche Staatsprüfung."

Der bekannte Kirchenhistoriker begründete diese Bestimmung folgendermaßen:

„Dem Staat kann es nicht gleichgültig sein, ob sie (die Geistlichen) herangezogen werden, dem Vaterland entfremdet in römischen Interessen und in der Gesinnung, die wenn nicht einen dreißigjährigen, aber einen immerwährenden Krieg des einen Volksteils gegen den Staat unterhalten möchte. Diesem wäre die eine Hand abgehauen, und kaum eine angesetzte eiserne dafür brauchbar, ohne diese Macht über die kirchlichen Volkslehrer. Nichts billiger, als daß er ihnen die gleichen Bildungsanstalten bietet wie der gesamten Jugend, die an der höheren Bildung teilzunehmen bestimmt ist . . . Die Anleitung zu den besonderen priesterlichen Handlungen mag dann die katholische Kirche in ihren Priesterseminaren hinzutun, die wohl nur der allgemeinen und liberalen Staatsaufsicht bedürfen wie alle Bildungsanstalten der Jugend." (Karl v. Hase: „Handbuch der protestantischen Polemik", 6. Aufl., Leipzig 1894; S. 713/4.)

Der Staat wollte also die leider oft recht mangelhafte und einseitige Allgemeinbildung der katholischen Geistlichen heben. Er wollte ihnen eine möglichst wissenschaftlich gehaltene Ausbildung sichern. Aber gerade das hatte der Papst zu fürchten. In der Enzyklika vom 5. 2. 1875 belobte er die Bischöfe wegen ihres Widerstandes gegen die verfassungsgemäß erlassenen Gesetze und ermahnte sie — wie jetzt wieder — zur Ausdauer. Er erklärte „vor dem ganzen katholischen Erdkreise, daß diese Gesetze ungültig sind" und „daß alle die Gottlosen, welche sich in die Regierung der Kirchen eingedrängt haben, gemäß den heiligen Canones rechtlich und tatsächlich der großen Exkommunikation verfallen sind". Die halbamtliche „Berliner Provinzialkorrespondenz" erklärte dazu:

„In dem neuen Schritt des Papstes tritt die Anmaßung der Herrschaft auf dem bürgerlichen Gebiete unumwundener als je hervor. Der Papst wagt es, die bürgerlichen Gesetze, welche zwischen der Krone Preußens und der Landesvertretung verfassungsmäßig vereinbart sind, einfach für nichtig zu erklären. Das zeichnet der Regierung die Wege vor, welche sie gegen die revolutionäre Anmaßung zu betreten hat. Es muß für die katholische Kirche in Preußen zum allseitigen klaren Bewußtsein kommen, wer in Preußen Souverän ist."

Die katholischen, nicht zur Zentrumspartei zählenden Abgeordneten des preußischen Landtages protestierten am 27. 2. 1875 feierlich

„1) gegen alle die Autorität, die Verfassung und die Existenz des Staates gefährdenden, in dem päpstlichen Erlasse vom 5. Februar 1875 ausgesprochenen Prinzipien, insbesondere 2) gegen die Berechtigung des Papstes, auf verfassungsmäßige Weise zustande gekommene Staatsgesetze für ungültig zu erklären."

Um diese päpstliche Anmaßung richtig einzuschätzen, vergegenwärtige man sich einmal, was die klerikalen Parteien CDU/CSU sagen würden, wenn Malenkow als Oberhaupt der kommunistisch gelenkten Welt die im Bundestag beschlossenen Gesetze der EVG als „unverbindlich" für Kommunisten erklären und diese jenen Aufruf befolgen würden. Rechtsstaatlich gesehen wäre das eine so unzulässig wie das andere.

Während jedoch die Bonner Regierung gegen die Kommunisten in solchem Falle wohl mit gewaltsamen Mitteln vorgehen würde, brachte der preuß. Kultusminister einen Gesetzentwurf, das sog. „Sperrgesetz", vor das Plenum des Landtages. Dieses Gesetz verfügte, daß infolge der päpstlichen Enzy-

klika v. 5. 2. 1875 alle Leistungen aus Staatsmitteln an Bischöfe, bischöfliche Institute und Geistliche eingestellt seien, solange diese nicht erklärten, daß sie die kirchlichen Gesetze vom 11., 12. und 13. Mai 1873 und vom 20. und 21. Mai 1874 anerkennen. Der Staat sei verpflichtet — so wurde gesagt — dem römisch-katholischen Klerus alle Staatszuschüsse zu entziehen, bis dieser zum Gehorsam gegen die Gesetze bereit sei. Die Bischöfe in Preußen hätten die Enzyklika vom 5. Februar, welche diese Gesetze für ungültig erkläre und zum Ungehorsam gegen dieselben auffordere, ohne Widerspruch hingenommen. Dieses neue Gesetz regelte zugleich die Verwendung jener Gelder und drohte den Bischöfen bei fortgesetzter Widersätzlichkeit Amtsentsetzung und Geldstrafen an. Es wurde am 6. 4. 1875 in dritter Lesung vom Plenum des preuß. Abgeordnetenhauses mit großer Stimmenmehrheit angenommen. Am 15. 4. 1875 stimmte das Herrenhaus ebenfalls mit großer Mehrheit zu.

Bismarck sagte in seiner Rede am 14. 4. dazu u. a. im Herrenhaus:

„Es ist kein Zweifel, die Bischöfe sind nur noch die Präfekten des Papstes; er kann sich lokal an die Stelle eines jeden setzen, er kann einen jeden ersetzen, respektive absetzen. Wir haben gefunden, daß die Bischöfe ihre als christliche Wahrheit erkannte Überzeugung auf Befehl des Papstes bereitwillig geopfert haben; sie haben gar nicht einmal mehr das Recht, etwas anderes zu denken als der Papst. Ein Soldat hat doch das Recht, wenn ihm ‚halb rechts' befohlen wird, bei sich zu denken, das ist ein ganz törichter Befehl, aber er gehorcht. Der Bischof darf das nicht einmal denken! (Heiterkeit)."

Aber diese Bemerkung Bismarcks war durchaus begründet. Denn in dem Jesuitenorgan „Civilta cattolica" war gesagt worden, „wenn der Papst denkt, so ist es Gott, der in ihm denkt". Daher hatte auch in der badischen Kammer ein Pfarrer i. J. 1872 erklärt: „Der Papst kann nicht irren, wenn er auch wollte".

Am 10. 3. 1873 hatte Bismarck vor dem Herrenhause gesagt:

„. . . dieser Machtstreit unterliegt denselben Bedingungen, wie jeder andere politische Kampf, und es ist eine Verschiebung der Frage, die auf den Eindruck auf urteilslose Leute berechnet ist, wenn man sie darstellt, als ob es sich um eine Bedrückung der Kirche handelt. Es handelt sich um die Verteidigung des Staates, es handelt sich um die Abgrenzung, wieweit die Priesterherrschaft und wieweit die Königsherrschaft gehen soll, und diese Abgrenzung muß so gefunden werden, daß der Staat seinerseits dabei bestehen kann. Denn im Reiche dieser Welt hat er das Regiment und den Vortritt."

Alle geistig bedeutenden Menschen jener Zeit begrüßten das Vorgehen der Regierung. Der Schweizer Professor Dr. Scherr schrieb zornerfüllt über das Verhalten der Bischöfe und deren Gehorsam gegen jenen Papst:

„‚Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen', sagten die Pfaffen der Aschera-Astarte im alten Syrien, wann sie Mädchen und Frauen anwiesen, der Göttin der Unzucht zu dienen. Dasselbe sagten die Pfaffen des Moloch, wann sie die verzweifelten Mütter zwangen, in Karthago und im Tale Ben-Hinnom bei Jerusalem ihre Kinder auf die glühenden Erzarme der Stiergottstatue zu legen. Dasselbe im Mittelalter die Kreuzzügler, die Albigenser- und Judenschlächter, die Inquisitoren, die Hexenverbrenner. Dieselbe Litanei stimmen in

unseren Tagen die deutschen Bischöfe an, wenn sie dem von den Jesuiten geкneteten Aftergott im Vatikan ihre vaterlandverleugnenden Kniebeugungen und Räucherungen darbringen." („Hammerschläge und Historien", 3. Aufl., Zürich 1878; 1. Bd. S. 385.)

Auch damals wurde von den Rednern der katholischen Zentrumspartei von „Freiheit", „Toleranz", „Elternrecht" und „Unterrichtsfreiheit" gesprochen. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 8. 2. 1872 erteilte der berühmte Arzt und Forscher Rudolf Virchow (1821—1902) den ultramontanen Schreiern eine geharnischte Antwort. Er sagte u. a.:

„Die Herren vom Zentrum gaben dem natürlichen Recht und der Unterrichtsfreiheit eine eigentümliche Deutung. Wir kennen diese Freiheit, es ist die Freiheit der Unwissenheit, der Ignoranz; für die Kinder die Freiheit, nichts zu wissen, für die Lehrer die Freiheit, nichts zu lehren, das ist bequem und macht für den Aberglauben empfänglich."

Rudolf Virchow ist es auch gewesen, der das heute so oft mißbrauchte Wort „Kulturkampf" geprägt hat. Er hat es in dem Wahlaufruf der von ihm vertretenen Fortschrittspartei vom 23. 3. 1873 gebraucht. In einer Rede zu Magdeburg gab er am 16. 10. 1876 eine Erklärung dazu ab, die erweist, wie die Kirchen beider Konfessionen jenen Begriff verdreht haben. Virchow sagte:

„Meine Herren! Bei der vorigen Wahl hat die Fortschrittspartei ein Wahlmanifest erlassen, in dem zuerst das Wort Kulturkampf gebraucht worden ist. Vielleicht wissen Sie nicht, daß ich der Erfinder dieses Wortes bin. Ich habe es zuerst in dieses Manifest, das ich verfaßt habe, hineingeschrieben, und zwar mit vollem Bewußtsein; denn ich wollte damals den Wählern gegenüber konstatieren, daß es sich nicht um einen religiösen Kampf handle, nicht um einen konfessionellen Kampf, sondern daß hier ein höherer, die ganze Kultur betreffender Kampf vorliege, ein Kampf, der von diesem Standpunkte aus weiter zu führen sei."

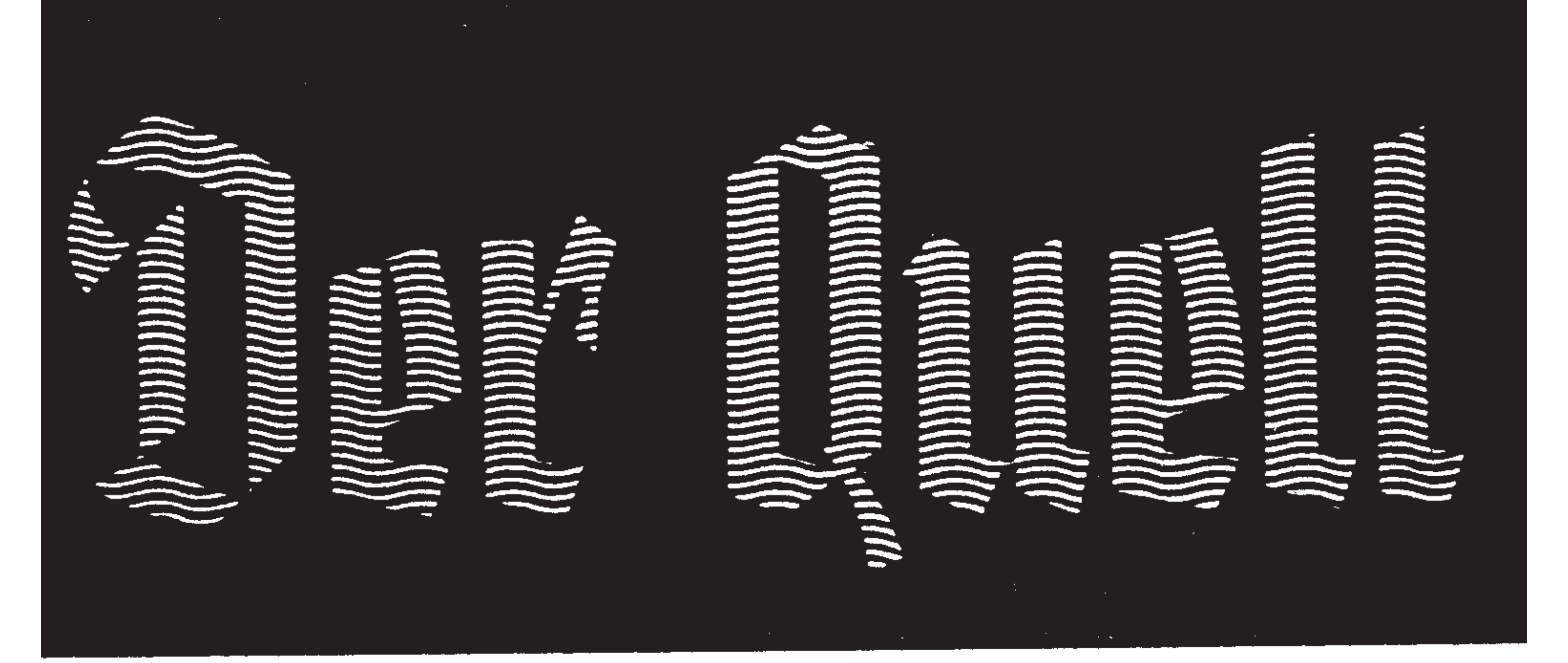
Indessen sagte Schopenhauer — und damit könnte er nach den geschichtlichen Erfahrungen recht behalten — „alle Religion (die Priesterreligion) steht im Antagonismus (Widerstreit) mit der Kultur". Das scheinen diejenigen zu empfinden, die jenes Wort in dem heute gebrauchten Sinne verstehen und — das ist sehr bezeichnend — den Kampf für Glaubens- und Geistesfreiheit damit zu diffamieren trachten. Tatsache ist jedenfalls, daß jeder Kulturfortschritt der Kirche abgetrotzt werden mußte. Wie sie die kopernikanische Lehre von der Erdumdrehung unterdrückte, Galilei zum Widerruf seiner Lehren zwang, den Aberglauben unterhielt und den Hexenwahn beförderte, so hat sie sich stets gegen die freie Forschung, gegen Glaubens-, Geistes-, Lehr-, Meinungs- und Pressefreiheit gewandt. Mit einem hochmütigen Lächeln sind diese Tatsachen nicht zu übergehen. Die Enzykliken der Päpste, die Verlautbarungen der Kirchenschriftsteller bis in die neueste Zeit beweisen es!

Zu jener Zeit, von der wir sprachen, sind bedeutende Wissenschaftler den kirchlichen Ansprüchen entgegengetreten. Ja, sogar katholische Historiker klagten darüber, daß die Mehrzahl ihrer Glaubensgenossen nicht einmal die Freiheit ertragen könnte, mit welcher die Päpste des 16. Jahrhunderts ihre Vorgänger kritisierten. (Vergl. Tübinger theol. Quartalsschrift 1880, S. 644.)

Heute sind selbst *solche* Historiker verstummt. Die katholische Reaktion schreitet, von der CDU/CSU geleitet, unablässig fort.. Sie hat bereits mehr erreicht, als sie ehemals verloren hatte. Sie wird noch mehr erreichen, wenn sich die freiheitlich gesonnenen Menschen — sie mögen stehen, wo sie wollen — nicht *endlich* zum Widerstand aufraffen. Bereits i. J. 1929 schrieb der Amerikaner R. Ch. Darwin warnend:

„Mit aller Macht strebt es (das Papsttum) nach einer Ausrottung des Protestantismus und sämtlicher nichtkatholischer Glaubensgenossenschaften, nach einer Rekatholisierung der Welt, in erster Linie des ganzen europäischen Kontinents. In diesen Bestrebungen wird es voraussichtlich weitere Erfolge in *solchen* Ländern erzielen, deren *professionelle Politiker und Streber* darauf bedacht sind, *ihre Stellungen mit Hilfe der katholischen Kirche* zu befestigen, unbekümmert darum, welche gefährlichen Zugeständnisse sie den unersättlichen und herrschsüchtigen Vertretern dieser Kirche zu machen haben." („Die Entwicklung des Priestertums und der Priesterreiche", Leipzig 1929; S. 391/2.)

Dieses Bild haben wir heute vor uns! Aber nicht nur jene Politiker unterstützen die Bestrebungen der Kirche. Eine vor lauter Dünkel und Einseitigkeit kurzsichtige, in Rücksichten verstrickte, nobelpreiswürdige Wissenschaft und deren durch Titel, Ämter und neuerdings auch durch Orden stupid gewordenen Vertreter leisten dieser Reaktion willig Handlangerdienste. Daher gilt für jeden Deutschen, ja für *alle* freiheitliebenden Menschen mehr denn je das Wort des Horaz: „Sapere aude!" was Immanuel Kant übersetzte: „*Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!*"



Zeitschrift für Geistesfreiheit

Erscheinungsort München Postversandort München

Inhalt: Seite

Wie finden wir heraus?

Folge 10 23. 5. 1952 4. Jahr

Der Quell

Zeitschrift für Geistesfreiheit

Folge 10 | 23. 5. 1952 | 4. Jahr

Wie finden wir heraus?

Von Alexander Frerichs

Wer würde heute, sieben Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands, von all den Menschen, die die ununterbrochene Aufklärung des Feldherrn Erich Ludendorff in seinen Büchern, Schriften und politischen Abhandlungen aufnahmen, noch daran zweifeln wollen, daß diese Enthüllungen in die Zukunft hinaus wirken! Sie zeigten das Wesentliche der Wege und Ziele der verschiedenen, Weltmacht erstrebenden, leitenden Großmächte, die über die Staaten der Völker hin ihre religiösen oder politischen Ideologien zur Weltherrschaft bringen wollen. Nicht nur für die Zeit, in der Erich Ludendorff die politischen Ereignisse verfolgte, haben wir nun den Schlüssel zum Weltgeschehen. Wir alle wissen heute, daß diese Aufklärung für alle Zukunft gültig ist, da ja alle diese überstaatlichen Mächte fest an ihre religiösen oder politischen Ideologien gebunden sind, die unwandelbar und starr die gleichen bleiben, solange sie noch nicht von freien und selbständigen Völkern endgültig überwunden worden sind. Nur eines kann sich hier wandeln und hat sich auch gewandelt, und das ist der Grad, in welchem die miteinander rivalisierenden Mächte sich gegenseitig bekämpfen müssen, um nicht verdrängt zu werden, und der Grad, in dem sie ihr gemeinsames Ziel verfolgen. Dieses aber ist, die Völker zu kollektivieren und völlig in ihrem nationalen und völkischen Bestreben zu behindern, ihre arteigene Lebensgestaltung und ihre Selbständigkeit zu erhalten.

Tatsächlich hat sich dieser Grad denn auch als einziges gewandelt. Die Völker sind zunächst weitgehend kollektiviert und entwurzelt, und andererseits ist heute die Rivalität der überstaatlichen Mächte untereinander bedeutend bedrohlicher geworden. Unter den Ereignissen, die dies veranlaßt haben, sei vor allem die Gründung des Staates Israel — mit Jerusalem als geistiger Hauptstadt der Welt — genannt. Sie bedroht die geistige Hauptstadt der Welt, die der Papst in Rom hütet, gar sehr. Denn wenn auch die denkbar schönsten Knochen des heiligen Petrus sich entweder unter der größten oder der kleinsten, aber ältesten Kirche Roms finden werden, was will das gegen das Grab und die Leidensstätten Christi in Jerusalem bedeuten, die Ben Gurion nun großmütig den Christen zugänglich halten kann, während die Mauern des Tempels Salomos unterdessen den Weltherrschaftsstolz und die Siegessicherheit der Zionisten aufrecht erhalten!

So sehen wir heute die Rivalität der großen Zwei, die ihre Weltherrschaftsziele beide aus der Bibel schöpfen, das alte und das neue Testament, in römischer Prägung, weit mehr im Vordergrunde als vor 30 Jahren. Dem dritten Rivalen, Stalin, dem Leiter des Bolschewismus gegenüber, können die „großen Zwei" Bibelgläubigen im Gegensatze zu den Zeiten der Macht Trotzkis nunmehr mit gleichen Vernichtungswünschen gegenüberstehen. Denn Stalin erkannte allmählich, daß ihm nicht nur von Rom, sondern auch von den religiösen Zielen der Zionisten Gefahren drohen. Dennoch wird sich die starke Feindschaft der zwei Bibelgläubigen Weltbeherrscher Stalin gegenüber zur Stunde nicht im gleichen Handeln kundtun können! Denn der glühende Wunsch Roms nach dem Kreuzzug gegen Rußland kann im Augenblick noch keine Begeisterung bei den Zionisten finden. Jedenfalls aber sind alle drei in für sie selbst weit bedrohlichere Rivalität geraten als dies vor einigen Jahrzehnten noch der Fall war.

Wenn wir diesen Unterschied gegen die Zeit vor 30 Jahren nicht übersehen, dann erkennen wir aber um so deutlicher das ewige Gleichbleiben der Ziele und der Wege zum Ziele und leider auch das ewige Gleichbleiben der Unfähigkeit der Völker, aus dem Erlebten endlich zu lernen. Wäre die Wirkung der Aufklärung, die Ludendorff als Weltrevolutionär gegeben hat, nicht eine so starke auf diejenige überstaatliche Macht selbst, die an Geheimarbeit seit Jahrhunderten gewohnt war, dann würde sich die Zeit vor 30 Jahren noch deutlicher in den heutigen Ereignissen wiederholt sehen. Als gründliche Nachwirkung seiner Aufklärung erleben wir aber heute viel hastige Unbedachtheiten der „Weltweisen"!

Um das Unwandelbare der Wege und Ziele recht klar zu erkennen, möge der Leser mit mir einmal 29 Jahre zurückblicken. Voll Eifer waren da seit 5 Jahren die fortwährenden Bemühungen am Werke, mit Hilfe der Separatisten den geplanten Einmarsch französischer Truppen unter dem Vorwand des nötigen Schutzes vor dem Bolschewismus möglich zu machen. Als letzte Etappe sollte ein „linksradikaler" Aufstand in Thüringen gegen die Regierung in Berlin die Besetzung der Mainlinie zur Folge haben. Der Traum der Jahrhunderte, das Wiedererstehen des römisches Reiches Karls des Großen unter französischer Hegemonie (Vorherrschaft) sollte sich dann verwirklichen. Die Ketzer, die schlimmen Preußen und die Sachsen, sollten getrost dem Bolschewismus überlassen werden. Mehr als zwanzig Millionen Deutsche, die nach Poincarés Meinung zuviel auf der Welt waren, sollten damit abgestoßen sein. Zu Beginn des Jahres 1923 hielt man die Zeit für reif, die zuvor betriebene Auslieferung der deutschen Waffen damit zu beantworten, daß mitten im Frieden 60 000 französische Soldaten, mit allen Kriegswaffen wohl ausgerüstet, die drei Millionen wehrloser Ruhrbewohner durch Einmarsch in das wichtigste Industriezentrum überraschten. Als Deutsche diese Ungeheuerlichkeit mit Absingen von Trutzliedern beantworteten, wurde scharf auf sie geschossen. Die Kohlengruben, die Kohlenschiffe und -Züge wurden einfach beschlagnahmt. Alle Beamten, die Widerstand zeigten, wurden ausgewiesen. Viele Grubenbesitzer wurden verhaftet. Viele Direktoren erhielten langjährige Gefängnisstrafen.

Da ereignete sich das völlig Unerwartete, das wir nie vergessen sollten, solange Deutsche leben! Geschlossen legte die Arbeiterschaft die Arbeit nieder. 30 000 Eisenbahnbeamte ließen sich lieber brotlos machen und mit Frau und Kindern ausweisen, als sich dem französischen Oberbefehl unterzuordnen. In hohen Summen wurden Gelder vom Privatbesitz mit Gewalt eingetrieben. Die Schutzpolizei wurde ausgewiesen. Mit Gummiknüppeln wurde das Volk von Soldaten traktiert — Separatisten entblödeten sich nicht, ihnen zu helfen. Aber die herrliche Haltung, der „passive Widerstand" eines mitten im Frieden vergewaltigten Volkes ward die Rettung!

Es war noch nicht Ostern 1923, da hatte man in Paris schon erkannt, daß das Ergebnis geradezu „vernichtend ungünstig" war und auch blieb, bis eines Tages der römische Legat Testa im Auftrage des Papstes in das besetzte Ruhrgebiet kam und den Katholiken verbot, an dem passiven Widerstand teilzunehmen. Doch siehe da, die Liebe zum Volke und Heimatland, die Liebe zur Freiheit, zur Unabhängigkeit, überwog bei vielen Katholiken die fromme Unterwerfung unter dies furchtbare Verbot. So erschien denn in jenen Ostertagen eine Abhandlung eines in Frankreich hochangesehenen Journalisten, Jacque Revière, in der „Revue des deux Mondes", der in dieser furchtbaren Zeit der Not so recht österliche Lichtstrahlen einer möglichen „Wende" sandte! Seine Abhandlung war betitelt: „Comment en sortir", „Wie finden wir heraus?" Und in dieser Abhandlung war zu lesen:

„Der Optimismus bleibt eine Pflicht. Eine schwere Pflicht, ohne Zweifel; denn er ist der einzige, der uns einen Ausweg aus unseren peinlichen und beinahe lächerlichen gegenwärtigen Schwierigkeiten zeigen wird. Das, was ich befürchtete, ist eingetreten: Das deutsche Nationalgefühl ist durch die Besetzung des Ruhrgebiets wieder erweckt worden. Es war ein großer Fehler der Franzosen, diese natürliche Wirkung nicht vorausgesehen zu haben. Man hat den deutschen Stolz und den deutschen Willen zur Unabhängigkeit unterschätzt. Alle Machenschaften, die die Masse der Arbeiter mit den Arbeitgebern entzweien sollten, sind wieder einmal zerschlagen worden von jenem Instinkte, der in der Stunde der Gefahr die Bande schlingt zwischen allen Individuen der gleichen Rasse, selbst wenn die Vernunft ihn leugnen sollte und der Klassengeist ihn falsch beraten möchte."

Wie klar erkannte hier der Feind die Macht der Volksseele, die, wie Dr. Mathilde Ludendorff es in dem Werke „Die Volksseele und ihre Machtgestalter"[1]) nachwies, in der Todesnot eines Volkes das Bewußtsein der Volksgeschwister im Handeln lenkt! Da in allen Teilen Deutschlands dies gefürchtete „Erwachen" sich in Protestversammlungen kundtat, war es freilich sehr bedenklich um die Ziele, die hier vorlagen, bestellt. Es stand ebenso bedenklich wie Jahre zuvor, als die Sieger das deutsche Volk zur Auslieferung seiner Führer im Krieg als „Verbrecher" an ihre Gerichte auf-

---

[1]) vergriffen.

gefordert hatten. Wie damals mußte man vor dem geschlossenen Willen des Volkes solche Pläne aufgeben! Wenn wir aber die Ratschläge Revières, die er den Franzosen nun gab, lesen, dann wissen wir, inwiefern die Montan-Union unserer Tage sich jene schlimmen Erfahrungen und auch Revières Rat zugute kommen ließ. Er schrieb:

„Da wir nun einmal den Mut oder die Verwegenheit besessen haben, es an der Gurgel zu fassen, so müssen wir es nun verstehen, das „große Ungeheuer" deutsche Industrie, nun wieder in Freiheit zu setzen, auf eine kluge Weise versteht sich, indem wir ihm unmerklich auf den Rücken springen . . ."

Unter diesem „unmerklich auf den Rücken springen" versteht Revière, dem „arbeitliebenden und unternehmungsfreudigen deutschen Volke" den Schein der Freiheit und Selbständigkeit zu lassen, dann werde sich dies Volk „gar bald zu Gunsten Frankreichs an die Arbeit begeben, ohne sich bewußt zu sein, was es verloren habe"!

Nun erkennen wir nicht nur die tiefen Gründe der anderen Wege nach dreißig Jahren und die rechte Voraussage Revières. Aber dennoch könnten wir heute wieder einen Artikel, überschrieben mit den Worten „Wie finden wir heraus" am Platze finden, der wieder einmal ein österlicher Lichtstrahl wäre! Er würde diesmal nicht von einem Franzosen geschrieben und es ginge auch diesmal nicht um die Ruhrkohle und den Stahl des Ruhrgebietes. Nein, etwa um die Saarfrage und die Remilitarisierung! Wieder hatte man sich bezüglich des „Nationalgefühls, des Stolzes und des Willens zur Unabhängigkeit" und zur Einheit gründlich verrechnet! Und die mit Rom rivalisierende überstaatliche Macht hat dies recht sehr begrüßt und gleich gewußt, wie zündend die Parteiparole für die Sozialdemokratie: Einheit Deutschlands, Friede und ferner Widerstand gegen Militarisierung eines zerrissenen und abhängigen Volkes, sei.

„Wie finden wir heraus", hörten wir daher schon seit einiger Zeit, noch ehe die Soldatenbünde so viel Zustrom erhielten.

Und siehe da, die gleichen führenden Politiker, die Jahre hindurch dem deutschen Volke, das sich nach Wiedervereinigung, nach Frieden und Selbständigkeit sehnt, immer wieder ein inneres Interesse an einem von französischer Hegemonie geleiteten „Paneuropa" betitelten römischen Reich, anpriesen und die Saar nicht als deutsches Gebiet ebenso forderten wie deutsches Gebiet jenseits der Oder und Neiße, sehen eine tiefe Kluft zwischen ihrem Regieren und dem Wollen des Volkes! Denn fürwahr, in der Seele aller für Gesamtdeutschland Fühlenden brannte seit 7 Jahren die tiefe Wunde, die Zerrissenheit des deutschen Volkes und Landes. Sehnsucht nach der Erringung deutscher Einheit war ihnen das selbstverständlichste und das dringlichste aller „Nahziele"! Dieses Ziel aber stand natürlich der Sehnsucht nach einem so seltsam gearteten und begrenzten „Paneuropa" eher hinderlich entgegen! Wie sollte es da wundern, daß die Einheit Deutschlands hinter dem Nahziele dieses „Paneuropa" zurücktreten mußte?

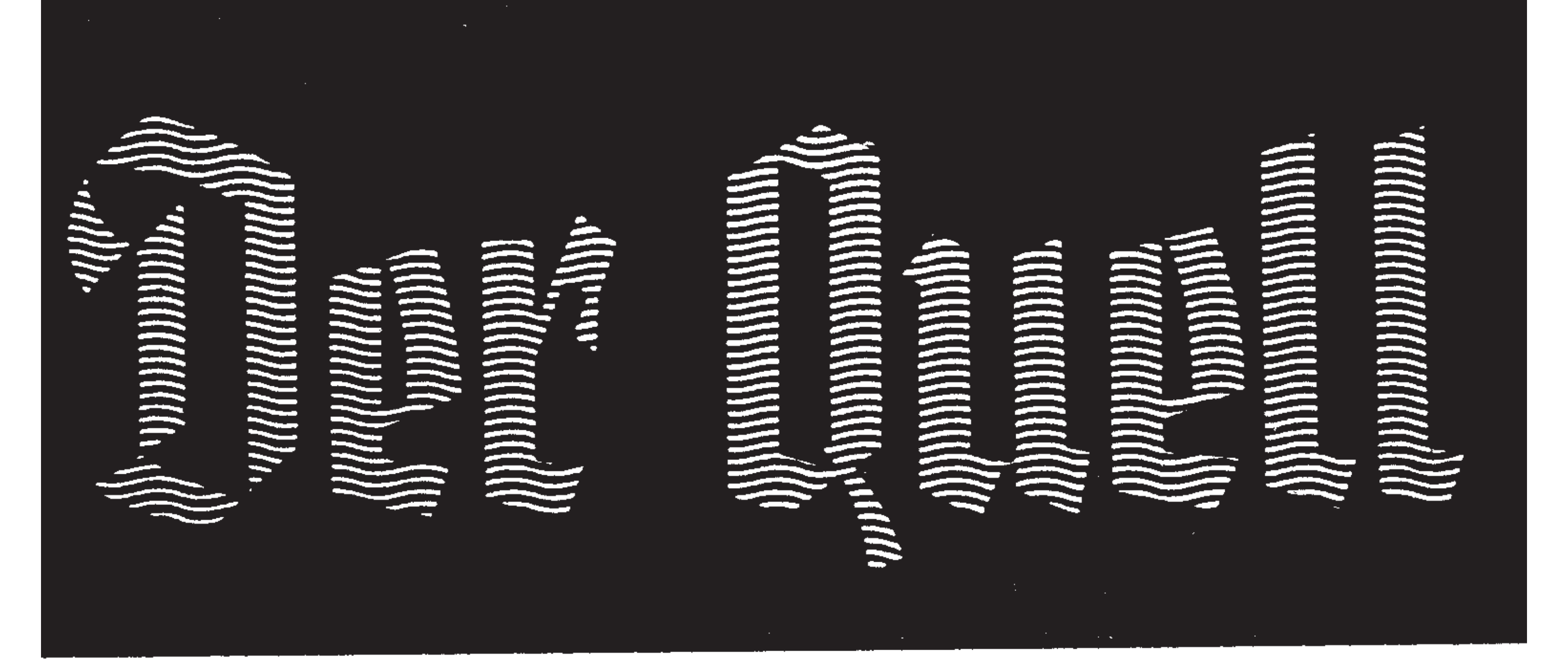
Seit es aber seine guten Gründe hat, daß die besorgte Frage: „Wie finden wir heraus" auftauchte, war die Antwort nicht eben schwer zu erraten!

Und siehe da, nun wird von ganz den gleichen Politikern die Einheit Deutschlands als wichtiges Nahziel genannt! Und wir hören auch mit einem Male, daß die Kenntnisse über die Staatszugehörigkeit des Saargebietes erfreulich gewachsen sind, denn nun wird uns versichert, daß ja das Saargebiet zu Deutschland gehört! Ob es aber in diesem Falle nicht ebenso wie damals bei der Besetzung des Ruhrgebietes zu spät war, um „wieder herauszufinden", das wird uns erst die Zukunft zeigen.

So wie damals, nachdem die Ruhrbesetzung mißlungen, die Separatisten im Fuchs-Machauprozeß ihr endgültiges Scheitern erlebten, blitzschnell neue Pläne: das deutsche Kaiserreich unter dem Hause Wittelsbach, auftauchten, so scheint dies sich heute zu wiederholen. Damals reifte der Plan, die zum Glück ja positiven Christen, die Faschisten, zu dem hierzu notwendigen „Marsch nach Berlin" sinnvoll zu benützen. So werden wohl die Stoßseufzer: „Wie finden wir heraus", die in den stillen Nächten hörbar sind, und die nach der Gemeinde- und Kreiswahl in Bayern und nach der Wahl des Regenten Maier statt Müller für den Südweststaat zu einem Klagelied anschwellen, verwandte Gedanken wecken. Denn Klagelieder stimmen wehmütig und wehmütige Weichheit könnte wiederum wie 1923 sehnsüchtige Liebe zu Faschisten, sofern sie positive Christen sind, wecken! Ihre Hilfe wird man vorübergehend brauchen können, wenn man das Uebergewicht einer Partei besiegen will, die rechtzeitig eine Wahlparole gab, die mit der Weisheit Revières rechnete:

„Alle Machenschaften, die die Masse der Arbeiter mit den Arbeitgebern entzweien sollten, sind wieder einmal zerschlagen worden von jenem Instinkte, der in der Stunde der Gefahr die Bande schlingt zwischen allen Individuen der gleichen Rasse, selbst wenn die Vernunft ihn leugnen sollte und der Klassengeist ihn falsch beraten möchte!"

Ich füge hinzu: Ja, selbst wenn Rom die Katholiken „falsch beraten" möchte!



Zeitschrift für Geistesfreiheit

Erscheinungsort München | Postversandort München

Inhalt: Seite

Wie finden wir heraus?

Folge 10 23. 5. 1952 4. Jahr

„Ewiges" Rom und Deutsche Einheit

Von Sigismund Stärker

Im Jahre 1933 erschien eine Schrift von Walter Ilges mit dem Titel „Hochverrat von Zentrum und Bayerischer Volkspartei", der eine zweite Schrift des gleichen Verfassers über französisch-rheinische Pläne zur Errichtung eines selbständigen Rheinstaates folgen sollte, d. h. über Pläne zur Zerschlagung Preußens. Solche Pläne wurden durch General Ludendorff an der Hand umfangreichen Materials in seiner Rede vor dem Volksgericht 1924 bewiesen. General Ludendorff urteilte s. Zt. über die Schrift von Ilges, aus ihr gehe hervor, wie sehr seine Besorgnisse über die Zerstörung des Reichs durch Rom gerechtfertigt waren.

Heute ist Preußen als Folge des zweiten Weltkrieges zerschlagen, Deutschland zerstückelt.

Im Kampf um das Saarland hat der Bundeskanzler der „Europäisierung" des Saargebietes, also seiner Herauslösung aus dem deutschen Staatsverband laut „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 21. 3. 52 (siehe Quell Folge 7/52) zugestimmt, die wirtschaftliche Verbindung mit Frankreich und seine von Frankreich eingesetzte Regierung, wenigstens mittelbar, anerkannt. Welches Gewicht hat unter diesen Umständen die Betonung unserer bleibenden Ansprüche auf die deutschen Gebiete östlich der Oder und Neiße? Kann sie denn angesichts der Unterlassung der gleichen Forderung für das Saargebiet anders gewertet werden als ein Ablenkungsmanöver oder als ein Mittel, es nicht zu Verhandlungen mit Rußland über eine Wiedervereinigung West- und Mitteldeutschlands, dieser vordringlichsten Aufgabe, kommen zu lassen?

Das schwere Ringen des deutschen Volkes, seine verlorene Einheit zurückzugewinnen und nicht noch weitere Verluste hinnehmen zu müssen, macht es immer wieder notwendig, volle Klarheit über die politischen Kräfte zu gewinnen, welche der Einheit unseres Volkes feindlich gegenüberstehen.

Römische Politik besteht in seiner Zielsetzung, den „Gottesstaat auf Erden" unter der Oberherrschaft des Papstes zu verwirklichen, über die Jahrhunderte unverändert fort. Papst Bonifaz VIII. hat diesem Streben in der Bulle „Unam sanctam" vom Jahre 1302 sozusagen die klassische Form gegeben:

„Ein Schwert muß unter dem anderen sein und die weltliche Autorität muß der geistlichen Gewalt unterworfen sein . . ., und so erklären wir, sagen wir, entscheiden und verkünden wir: dem römischen Pontifex unterworfen zu sein, ist für jede Menschenkreatur zum Heile notwendig."

Die Rundfunkansprache des Erzbischofs von München-Freising, Kardinals Michael Faulhaber, zum Jahrestag der Krönung des Papstes Pius XII. am 9. 3. 1952 zeigte wieder einmal in aller Oeffentlichkeit das Festhalten der römischen Kirche an dieser Machtpolitik. Denn was anderes ist es denn, wenn Kardinal Faulhaber die Bedeutung des lebenden Papstes derjenigen des Papstes Leo I. gleichsetzt, den die Kirche den Großen nennt. Leo I. hatte vor 1500 Jahren, im Jahre 451, auf dem Konzil von Chalcedon mit Unterstützung des byzantinischen Kaisers den Primat, den Vorrang des Papstes als angeblichen Nachfolgers des Apostels Petrus in Rom den anderen Bischöfen und dem Staat gegenüber durchgesetzt.

Wie in seiner Zielsetzung, so bleibt sich Rom über die Jahrhunderte in den Mitteln zur Durchsetzung seiner Ziele gleich. In Deutschland war und ist es der Kampf gegen das vorwiegend protestantische Preußen, d. h. gegen den der unmittelbaren Herrschaft Roms entzogenen Norden und Osten des Reichs.

Was der Katholik Dr. von Buß in Freiburg i. Br. in die Worte faßte:

„Mit einem Netz von katholischen Vereinen werden wir den altprotestantischen Herd in Preußen von Osten und Westen her umklammern und so den Protestantismus erdrücken, die katholischen Provinzen, die der Kirche zum Hohn der Mark Brandenburg zugeteilt worden sind, befreien und die Hohenzollern unschädlich machen",

wird in einer Schrift über die römisch-hierarchische Propaganda im Jahre 1838 dahin gekennzeichnet:

„Was in den benachbarten Niederlanden vor einigen Jahren gelungen, suchte man, wie dort die Lostrennung Belgiens von den Niederlanden im revolutionären Wege, so hier die Trennung der westlichen Provinzen von Preußen, Rheinland und Westfalen, vorzubereiten, um im Falle des Gelingens auf diese Weise die Kraft Preußens zu schwächen und ein neues, breiteres Terrain für die römische Kurie zu gewinnen. Es führte zu der Wahl dieses Mittels um so mehr der richtige Schluß, daß später die kleineren protestantischen Staaten Nord- und Mitteldeutschlands, ihrer Hauptstütze beraubt und dadurch unfähig, bedeutenden Widerstand zu leisten, gar bald dem hierarchischen Einfluß Roms offen ständen, und somit der Plan, hier ausgeführt, im Laufe der Zeit auch in Beziehung auf die beiden Hauptstaaten des Bundes" (Preußen und Oesterreich) „zur Reife gedeihen und vor Roms mittelalterlichen Bannstrahlen aufs neue Deutschlands Fürsten und Völker erzittern sollten."

Der erste Weltkrieg brachte Rom diesem Ziel ein großes Stück näher, der zweite Weltkrieg ließ es Wirklichkeit werden. Dazwischen liegt die Wühlarbeit, über welche die im Anfang genannte Schrift von Ilges berichtet. Wie Ilges damals die Dinge sah, zeigt eindrucksvoll das Seite 440 wiedergegebene Werbeblatt aus dem Jahre 1933 mit der Ueberschrift „Die geplante Aufteilung Deutschlands!" und einer Zeichnung Deutschlands, wie es aussehen würde, wenn die römisch-katholischen Pläne eines Tages in die Wirklichkeit umgesetzt worden wären.

Und heute? Ist es wirklich nur ein merkwürdiger Zufall, daß auf der Zeichnung die Grenze des aufgeteilten Deutschlands — von Schlesien und dem Gebiet um Hamburg abgesehen — so gezogen ist, wie heute die Zonengrenze zwischen West- und Mitteldeutschland verläuft? Ist nicht vielmehr die Zeichnung ein schlagender Beweis dafür, daß sich die Zerreißung Deutschlands in eine westliche und in eine östliche Republik mit den Zielen der Deutschlandpolitik des Vatikans deckt und daher von dieser Seite keine Förderung der Wiedervereinigung Deutschlands, sondern ganz im Gegenteil eine Politik der Verewigung der Zonengrenze zwischen West- und Mitteldeutschland zu erwarten ist?

So ist es denn kein Wunder, daß die letzte russische Note zur Deutschlandfrage in den die Politik des Vatikans in Deutschland vertretenden Kreisen die nun schon zur Gewohnheit gewordene Ablehnung aller vom Osten kommenden Anregungen weiter versteift hat. Wenn man katholische Presseerzeugnisse vom Schlage des „Rheinischen Merkur" zur Hand nimmt, sieht man in der Behandlung dieser über unser Schicksal als Volk entscheidenden Frage nichts anderes als das Bemühen, die Dinge zu vernebeln, vom Wesentlichen abzulenken, die Befürworter einer Deutschlandpolitik, welche dem Interesse des Gesamtvolks dient und im Einklang mit unserer nun einmal als Volk der Mitte gegebenen Lage eine vernünftige Regelung unserer Beziehungen nach beiden Seiten, nach Westen wie nach Osten erstrebt, zu diffamieren. Wie töricht ist doch, um das eine herauszugreifen, der Einwand, eine bewaffnete Neutralität Deutschlands, die jetzt Rußland zur allgemeinen Ueberraschung vorgeschlagen hat, wäre kein Schutz für Deutschland gegen etwaige russische Angriffsgelüste, es bestehe die Gefahr,

daß eine solche Wehrmacht zu einer satellitischen „Roten Armee" werde, aus Mangel an kostspieligen Waffen könne sie keinen ernsten Widerstand leisten und was dergleichen Einwände noch mehr sind, denen nur zu deutlich anzusehen ist, daß es sich um Spiegelfechtereien handelt. Es kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß deutsche soldatische, technische und wirtschaftliche Fähigkeiten mit den Geldmitteln, die jetzt für Rüstungen im Rahmen der Europa-Armee und für Besatzungskosten aufgewendet werden sollen

Die geplante Aufteilung Deutschlands!



Die Zentrumsstaaten

Großbayern, Baden, Württemberg, Rheinisch-Westfälische Republik, Welfenreich, Schlesische Republik

und

Was vom Deutschen Reich übrig bleiben soll

Enthüllungen — Dokumente — Beweise

bzw. müssen, sehr wohl eine achtunggebietende Wehrmacht aufzubauen verstehen. Gewiß wird es nicht leicht sein, ein solches Ziel im Wege der Verhandlungen mit unseren Gegnern im Kriege zu erreichen. Erste Voraussetzung wird sein, diese von der absoluten Ehrlichkeit unseres Willens zur Neutralität zu überzeugen. Davon sind wir allerdings himmelweit entfernt, solange unsere Regierungspolitik am unbedingten Zusammengehen mit den Westmächten festhält.

Jetzt muß es sich zeigen, was an den Beteuerungen der Ost- und Westmächte, nur den Frieden zu wollen, Wahres ist. Eine dauerhafte Grundlage für eine Befriedung Europas erfordert, was gegenüber der absichtlichen Verwirrung der öffentlichen Meinung nicht oft genug betont werden kann, die Bereitschaft aller beteiligten Staaten, nicht bloß auf die eigene Sicherheit bedacht zu sein, sondern auf der anderen Seite das gleiche Bedürfnis nach Sicherheit anzuerkennen und zu befriedigen.

Verfolgen die im Osten und Westen maßgebenden Mächte dagegen das Ziel, den ihrem Einfluß nicht unterliegenden Teil Deutschlands auf ihre Seite zu ziehen oder einer Wiedervereinigung Deutschlands immer neue Knüppel auf den Weg zu werfen, dann sind diese Mächte eindeutig als Friedensgegner entlarvt. Die Erfahrungen katastrophenreicher Jahrzehnte haben den Blick dafür geschärft, besser als früher zwischen Worten und Taten der führenden Männer unterscheiden zu können.

Hochverrat von Zentrum und Bayerischer Volkspartei 1918–1933

Die geplante Aufteilung Deutschlands



Enthüllungen

über die französisch-bayerischen Pläne zur Aufteilung des Deutschen Reiches und Errichtung eines Donaustaaten-Bundes

Mit einer Karte und Urkunden in Photographie

von F. Walther Ilges

Walter Bacmeisters Nationalverlag, Berlin-Charlottenburg 9

Der Quell

Folge 3 München, 9. 2. 1958 10. Jahr

Eine Langstreckenrakete, zwei Sputniks, ein toter Hund, ein mißglückter Start, eine Gipfelkonferenz und was nun?

Von Walter Leon

Zeitschrift für Geistesfreiheit

Das Verhältnis zwischen Kirche und Staat im Urteil eines „modernen" Jesuiten

Von Dr. Edmund Reinhard

Der katholische Staat

Solange es christliche Kirchen gibt, ist das Verhältnis von Staat und Kirche zueinander umstritten. In den verschiedensten Formen fand im Laufe der Geschichte das jeweilige tatsächliche Machtverhältnis seinen geschichtlichen Niederschlag; sie reichten von der Einheit der Kirche und des Staates bis zu ihrer Trennung voneinander, ja bis zum offenen Kampf beider gegeneinander. Der über die Jahrhunderte sich gleich bleibende Grundsatz der katholischen Kirche wurde im Mittelalter von ihrer Überordnung über den Staat in die Lehre vom geistlichen und weltlichen Schwert gekleidet. Papst Bonifaz VIII. hat ihn in der Bulle „Unam sanctam" im Jahre 1302 in „klassischer" Klarheit ausgesprochen:

„Beide Schwerter sind also in der Gewalt der Kirche, das geistliche nämlich und das weltliche. Aber das letztere (das weltliche) ist für die Kirche, jenes (das geistliche) in der Hand der Könige und der Krieger, aber nach den Winken und der Duldung des Priesters. Ein Schwert muß unter dem anderen sein und die weltliche Autorität muß der geistlichen Gewalt unterworfen sein ..., und so erklären wir, sagen wir, entscheiden und verkünden wir: dem römischen Pontifex unterworfen zu sein, ist für jede Kreatur zum Heile notwendig."

In dem Aufsatz „Reden vergehen — Lehren bestehen" (Quell, Folge 8/1956, Seite 354 fg.) hat Walter Löhde auf Grund reichen Quellenmaterials nachgewiesen, daß diese ex cathedra gesprochene und daher nach katholischem Dogma unfehlbare Lehre auch heute unverändert gilt, obwohl Papst Pius XII. in einer Ansprache — also nicht in Ausübung seines „unfehlbaren" Lehramtes — hiervon scheinbar abgerückt ist. Die Meldung hierüber in der Monatsschrift „Die neue Schau" (16. Jahr, 11. Heft, Nov. 1955) möge wie schon in dem genannten Aufsatz, auch hier einen Platz finden:

„Papst Pius XII. sagte kürzlich auf einem Historikerkongreß vor 2000 Delegierten aus 32 Staaten: ‚Kirche und Staat sind von einander unabhängige Gewalten. Beide Gewalten, die Kirche wie der Staat, sind souverän; ihre Natur wie ihre Ziele, die sie verfolgen, bestimmen ihre Grenzen, innerhalb deren sie regieren.' Die Bemerkung sollte endgültig und deutlich einen Schlußstrich ziehen unter die Bulle ‚Unam sanctam' Papst Bonifaz VIII. vom Jahre 1302, in der es hieß, ‚daß die geistliche Gewalt auf allen Gebieten der weltlichen überlegen, die weltliche von der geistlichen eingesetzt ist und von dieser gerichtet wird.' Pius XII. nannte diese These mittelalterlich, also zeitbedingt; übrigens hat sich kein Papst seit Bonifaz VIII. auf sie berufen."

Etwa gleichzeitig mit diesen Papstworten erschien das Buch eines Jesuiten mit dem Titel „Toleranz und christlicher Glaube". Es wurde von Albert Hartmann SJ. geschrieben und trägt die Druckerlaubnis des Ordens vom 5. Juli 1955 und die der katholischen Kirche vom 8. Juli 1955. Was es

über das Verhältnis zwischen Kirche und Staat aussagt, kann daher nicht als bloße Privatmeinung des Verfassers angesehen werden, sondern muß als die Wiedergabe von Lehrmeinungen verstanden werden, die heute innerhalb des Jesuitenordens vertreten werden, ohne daß ihr indes der Rang maßgebender Autorität zukäme.

Von christlicher Toleranz handelt das genannte Buch, und von diesem Standpunkt aus von dem Recht und der Pflicht des Staates, den verschiedenen Konfessionen und Weltanschauungen gegenüber Toleranz zu üben — oder sie nicht zu üben. Zwei gegensätzliche Meinungen finden wir vertreten: die eine bezieht sich auf Staaten mit stark überwiegender katholischer Bevölkerung — als Beispiel dient Spanien —, die andere auf Staaten mit konfessionell und weltanschaulich gemischter Bevölkerung — als Beispiel gilt hier Deutschland. Die eine Meinung fordert staatliche Intoleranz, die andere staatliche Toleranz.

Um die Freiheit des Gewissens ging es und geht es letzten Endes bei den Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche. Und so lautet denn auch in dem Buche des Jesuiten Albert Hartmann die Überschrift des letzten Kapitels, mit dem wir uns etwas näher befassen wollen, „Die Freiheit des Gewissens und der Staat". In Erinnerung an die furchtbaren Religionskriege der Vergangenheit und Unterdrückungen Andersgläubiger, als deren Urheber seit seiner Gründung vor allem der Jesuitenorden zu gelten hat (vgl. E. und M. Ludendorff, „Das Geheimnis der Jesuitenmacht und ihr Ende", z. Zt. vergriffen), dürfen wir gespannt sein, was er uns über die Wahrung der Gewissensfreiheit zu sagen hat. Zu Beginn des Kapitels lesen wir:

„Auf den ersten Blick erscheint die Stellung der Kirche in der Frage der Freiheit des Gewissens verwirrend. Vor etwas mehr als hundert Jahren hat ein Papst es eine törichte und irrige Meinung und sogar ein deliramentum, einen Wahnwitz, genannt, es solle für jeden die Freiheit des Gewissens verkündet und erkämpft werden. Pius IX. hat 1864 sich darauf bezogen und dieses Urteil bestätigt. Pius XI. dagegen hat in seinem Rundschreiben gegen den Faschismus gesagt, er nenne sich glücklich, ‚den guten Kampf zu kämpfen für die Freiheit des Gewissens', und gegen den Nationalsozialismus hat er sich auf das unverlierbare Recht des gläubigen Menschen berufen, seinen Glauben zu bekennen, und Gesetze, die das Bekenntnis und die Betätigung des Glaubens unterdrücken oder erschweren, als im Widerspruch mit dem Naturrecht stehend erklärt. Auf einem blutigen Marterweg hat die Kirche die Freiheit des Gewissens gegen den heidnischen Staat erkämpft, bis das Toleranzedikt von Mailand sie zum ersten Male in der Geschichte gewährte. Dann aber hat dieselbe Kirche anderen die gleiche Freiheit verweigert und Menschen um ihres Glaubens willen verfolgt. Als schließlich das liberale Denken des 19. Jahrhunderts den alten Glaubensstaat mit seiner Intoleranz ablehnte und Freiheit des Gewissens und Bekenntnisses für alle forderte, hat sie heftig widerstanden; im 20. Jahrhundert jedoch ist sie gegen den Totalitarismus und die Vergewaltigung der Gewissen zum unerschütterlichen Anwalt der Freiheit und Menschenwürde geworden. Aber zugleich steht sie immer noch in dem Verdacht, diese Freiheit nur dann zu fordern, wenn sie selbst bedrückt wird; denn das Beispiel katholischer Länder scheint zu beweisen, daß sie bis heute diese Freiheit anderen zu gewähren nicht bereit ist. Rückt sie damit nicht doch

in die Nähe des von ihr so entschieden bekämpften totalitären Systems, das die Toleranz der westlichen Welt und ihre Freiheitsrechte in Anspruch nimmt, um auf den Umsturz hinzuarbeiten und eine Gewaltherrschaft aufzurichten, die keine Freiheit des Gewissens und keine Toleranz mehr kennt?"

Diese Frage liegt allerdings sehr nahe. Totalitäre Staaten werden, was auch das Hartmann'sche Buch bestätigt, nicht grundsätzlich bekämpft, sondern nur dann, wenn es sich um nichtkatholische Staaten handelt. Erhebt ein totalitärer Staat, dessen Bürger nahezu ausschließlich Katholiken sind, die katholische Kirche zur Staatskirche und schließt er jedes andere christliche Bekenntnis und erst recht jede nichtchristliche Weltanschauung von der öffentlichen Betätigung aus, wie es in Spanien der Fall ist, so gilt dies — darüber sind sich die verschiedenen katholischen Lehrmeinungen einig — als rechtmäßig. Auf die hierin zu Tage tretende Intoleranz katholischer Staaten hat bereits Wilhelm Prothmann in dem Aufsatz „Die Toleranz der Gotterkenntnis (L)", (Quell 1956, Heft 8, Seite 367 fg.) unter Anführung einiger sehr bezeichnender Stellen aus dem Buche Hartmanns hingewiesen. Hier wollen wir uns die Begründung Hartmanns für das „Recht" katholischer Staaten zur Unterdrückung jeder anderen Konfession und Weltanschauung etwas näher ansehen, um uns dann seinen Auffassungen über Toleranz in Staaten mit verschiedenartigen Bekenntnissen und Weltanschauungen, wie z. B. in Deutschland zuzuwenden.

Zunächst wird der Leser einen Aufschluß darüber erwarten, wie Hartmann die eben gezeigte Unduldsamkeit mit der Behauptung in Einklang bringen will, die katholische Kirche sei im 20. Jahrhundert „gegen den Totalitarismus und die Vergewaltigung der Gewissen zum unerschütterlichen Anwalt der Freiheit und der Menschenwürde geworden"; widerspricht sich beides doch recht sehr. Die angeführen Worte sind, wie es sich von selbst versteht, von der katholischen Auffassung über Gewissensfreiheit aus geschrieben, die durch die zwei Sätze gekennzeichnet wird:

S. 183: „Das Recht auf Gewissensfreiheit besagt vielmehr, daß er" (der Mensch) „an der Erfüllung seiner Gewissenspflichten nicht gehindert werden darf."

S. 185: „Der sicher erkannten Wahrheit gegenüber aber ist von einer Gewissensfreiheit keine Rede."

Gewissensfreiheit in diesem Sinne ist die freiwillige Bindung an die vom Lehramt der Kirche verkündeten Glaubenssätze. Ihr hat der katholische Staat zu dienen:

S. 204: „Wenn das Volk noch in der Wahrheit des katholischen Glaubens eins ist, besitzt es darin ein wesentliches Gut seiner Gemeinschaft. In seiner staatlichen Ordnung hat es dieses Gut zu schützen, und es tritt damit für die Wahrheit Gottes ein, der nicht nur jeder einzelne Gläubige, sondern auch das Volk als Ganzes verpflichtet ist. Durch den gemeinsamen Glauben hat die Kirche in diesem Volke eine besondere Stellung, und der Staat ist gehalten, ihr in ihrem Wirken seine Hilfe zu gewähren; die Abwehr von Angriffen, gegen die sie keine Machtmittel hat, fällt darum ihm als eine Aufgabe zu, die sich aus der rechten Verbindung von Kirche und Staat ergibt."

S. 205: „Der Staat hat also die Voraussetzungen und Bedingungen innerhalb des Volksganzen zu schaffen und zu erhalten, die notwendig sind, damit die einzelnen Glieder unbeeinträchtigt und ohne Gefährdung ihre objektiven Lebensziele erreichen können. Er muß von der Öffentlichkeit Gefährdungen fernhalten, die für viele eine Bedrohung ihrer ungestörten Entwicklung in sittlichen und religiösen Dingen bedeuten. In anderen Dingen wird ja auch die Sorge für die öffentliche Sittlichkeit ganz selbstverständlich zu den Aufgaben des Staates gerechnet. Die öffentliche Ausübung und Propagierung einer anderen Religion bedeutet aber für viele einzelne eine Gefährdung ihres Glaubens, weil sie damit einer ihre Kraft übersteigenden Versuchung zum Abfall ausgesetzt sind. Es ist also Aufgabe des Staates, in einem noch geschlossen katholischen Volk diese Gefährdung mit seinen Mitteln zu verhindern.

Ein weiterer Grund geht vom nationalen Gesichtspunkt aus. Zum Gemeinwohl eines Volkes gehört die innere Einheit. Sie ist am tiefsten begründet in einem gemeinsamen Glauben. Und wenn diese Gemeinsamkeit sich auf die Wahrheit der Offenbarung gründet, hat der Staat mit der Pflicht gegen die Wahrheit zugleich um des Volkes willen die Pflicht, die Grundlage der Einheit zu wahren. Dieser Gedanke wird heute hauptsächlich von spanischen Theologen angeführt. Es ist verständlich, daß für das Bewußtsein der Spanier dieser Grund sich mit den anderen, unmittelbar vom Religiösen her kommenden, sehr eng verbindet."

Mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit wird hier die Rolle des Staates in katholischer Sicht gezeigt: Er hat der Kirche in ihrem Wirken zu helfen, er hat mit seinen weltlichen Machtmitteln Angriffe auf die Kirche abzuwehren, er hat die Ausübung und Propagierung anderer Religionen und Weltanschauungen zu verhindern, er hat die Einheit des Glaubens zu wahren. Die Kirche aber sorgt auf ihre Weise dafür, daß der Staat das für sie Nützliche tut. Hierfür setzt sie ihre geistigen Machtmittel ein, ihre Macht über die Gewissen katholischer Staatsmänner, die sich auch in ihrem politischen Handeln nach den von der Kirche bestimmten Gewissenspflichten zu richten haben. Das alles entspricht seiner Wirkung nach genau dem, was die Bulle „Unam sanctam" im Jahre 1302 mit etwas anderen Worten ausgesprochen hat: Das geistliche Schwert ist von der Kirche, das weltliche Schwert nach den Winken und der Duldung des Priesters für die Kirche zu handhaben. Der von der Bulle „Unam sanctam" ausgesprochene Grundsatz der Überordnung der Kirche über den Staat läßt sich so auch dann durchsetzen, wenn nach heutiger Auffassung der Staat als eine Gesellschaft eigenen, unabhängigen Rechtes betrachtet wird. Und wir fragen nur, ob die 2000 Teilnehmer an dem Historikerkongreß in Rom diesen Sachverhalt durchschaut haben, als Papst Pius XII. in unverbindlichen Worten davon sprach, Kirche und Staat seien voneinander unabhängige Gewalten, beide seien souverän. Nur eine ganz äußerliche Betrachtungsweise könnte diese Behauptung widerspruchslos hinnehmen, eine Betrachtungsweise, die völlig übersieht, daß die Verbindung beider Gewalten und die Unterordnung der weltlichen unter die geistliche Gewalt auf dem Wege der Gewissensbindung katholischer Staatsmänner an die Erfüllung ihrer Gewissenspflichten, denen gegenüber von keiner Gewissensfreiheit die Rede sein kann, zuverlässig erreicht wird.

Wie aber steht es mit der Behauptung, zum Gemeinwohl eines Volkes

gehöre die am tiefsten in einem gemeinsamen Glauben begründete innere Einheit, und es sei Pflicht des Staates, die Grundlage der Einheit zu wahren? Fast könnte man sich über die Anerkennung der hohen Bedeutung freuen, welche in der Glaubenseinheit für ein Volk liegt, wenn sie nicht bloß für die Einheit des katholischen Glaubens innerhalb eines katholischen Volkes ausgesprochen würde. Der heidnische, nichtchristliche Staat wird ausnahmslos als totalitärer Staat, der seine Bevölkerung unter seine Ideologie zu zwingen sucht, gekennzeichnet, obwohl sich doch christliche Staaten an der Duldsamkeit nichtchristlicher, noch im eigenen Glauben wurzelnder Völker ein Beispiel nehmen könnten. Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob die Glaubenseinheit aus der natürlichen Einheit von Rasseerbgut und Glauben erwachsen ist und auf dieser Grundlage ein Volk in seelischer Geschlossenheit lebt, oder ob sich, wie beim Christentum, ein Fremdglaube die Herrschaft im Volke erzwingt, was nur durch christliche Aufzucht der Kinder und durch stete christliche Missionierung und Propagierung möglich ist. Während völkisches Glaubensgut zu einer festen, nahezu unzerstörbaren inneren Einheit des Volkes führt, gelingt christlicher Missionierung bestenfalls nur künstliche Einheit, die immer wieder zu zerfallen droht, wenn sie nicht ständig durch seelische Beeinflussung, durch Priesterherrschaft über die Gewissen und, wie im katholischen Staat, durch die Machtmittel des Staates künstlich aufrechterhalten wird. Das beweisen auch die Ausführungen des Jesuiten Albert Hartmann, hält er doch in einem katholischen Staat die Unterdrückung anderer christlicher Konfessionen, und erst recht nichtchristlicher Religionen und Weltanschauungen, durch staatliche Machtmittel für notwendig, weil sonst für viele Gläubige eine Gefährdung ihres Glaubens und eine ihre Kraft übersteigende Versuchung zum Abfall zu besorgen ist! Das hierin liegende Zugeständnis, daß das Christentum eben keine wahrhaft innere, in sich selbst ruhende seelische Geschlossenheit eines Volkes schaffen kann, nehmen wir als eine Bestätigung der von uns vertretenen Anschauungen gern zur Kenntnis.

Damit ist aber auch ausgesprochen, daß die Berufung auf das Gemeinwohl eines Volkes zur Rechtfertigung des katholischen Zwangsstaates nicht anders als ein irreführender Mißbrauch des guten deutschen Wortes Gemeinwohl genannt werden kann. Der Kirche und der Priestermacht dient ein solcher Staat. Das Wohl des Volkes erfordert anderes als eine von Rom aus ferngesteuerte, auf Gewalt sich stützende künstliche Glaubenseinheit. Sie ist kein sittliches Gut, und ganz zu Unrecht wird der Schutz des Staates für die Knebelung der Geistesfreiheit mit allen ihren schlimmen Folgen angerufen.

Die vielen evangelischen Christen, die heute eine Überwindung der Glaubensspaltung wünschen und auf sie hinarbeiten, sollen sich dies alles klar vor Augen halten. Die Einheit des Glaubens im christlichen Sinne ist gar nicht anders denkbar als in einem Aufgehen der evangelischen Kirchen in der katholischen Kirche; denn niemals wird diese etwas von ihren Dogmen, von ihrem Papsttum um einer Wiedervereinigung willen aufgeben. Sollte der Weg nach Rom einmal zum Ziele führen, so gäbe es auch in Deutschland eine

starke katholische Mehrheit und damit die Verwirklichung des katholischen Staates, der nicht zögern würde, seine Machtmittel für die Unterdrückung aller anderen Geistesrichtungen einzusetzen. Die Verfolgung der evangelischen Christen im heutigen Spanien gibt einen Vorgeschmack davon, was wir alle dann zu erwarten haben. Deutschland als Hort der Geistesfreiheit, der es selbst und andere Völker unendlich viel zu danken haben, würde nicht mehr sein!

Noch ist es nicht so weit. Noch muß Rom auf die vielfältigen anderen geistigen Strömungen Rücksicht nehmen. Was der Jesuit Hartmann dazu zu sagen hat, soll in einem zweiten und dritten Teil behandelt werden.

Der Quell

Folge 4 23. 2. 1958 10. Jahr

Wie wird die Atomgefahr überwunden?

Von Dr. Mathilde Ludendorff

Zeitschrift für Geistesfreiheit

Der tolerante Staat

Das Verhältnis zwischen Kirche und Staat im Urteil eines „modernen" Jesuiten

Von Dr. Edmund Reinhard 2. Teil

Der 1. Teil unserer Betrachtung des Buches „Toleranz und christlicher Glaube" von Albert Hartmann SJ. vermittelte uns eine Ahnung von der Unduldsamkeit, die wir von seiten des Staates auch in Deutschland zu erwarten haben, wenn die in der CDU/CSU bereits vollzogene politische Union katholischer und evangelischer Christen zu einer fortschreitenden Vereinigung beider Kirchen führen sollte. Wir erkannten die Gefahr eines katholischen Staates, dem nach jesuitischem Wollen die Aufgabe zufällt, um des angeblichen Gemeinwohles von Volk und Kirche willen alle anderen Glaubensrichtungen und Weltanschauungen aus der Öffentlichkeit zu verbannen, d. h. insoweit die Grundrechte der Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, der Vereinsfreiheit usw. zu beseitigen.

Noch ist die Rekatholisierung Deutschlands nicht am Ziele. Zähe verfolgt der Jesuit den Weg dahin in steter Anpassung an die jeweils gegebene Lage. In zweierlei Richtung wird der Weg zum Ziele in dem Buche Hartmanns gezeigt: in der zunehmenden Annäherung beider Kirchen mit dem Ziele ihrer Vereinigung und in der Forderung an den Staat, die Kirchen in jeder Weise zu schützen und ihrem Wirken volle Freiheit zu gewähren.

Die Geschichte des Jesuitenordens ist beherrscht vom haßerfüllten Kampf gegen die Ketzerei. Wenn wir heute andere Töne hören, mag das ein Zeichen dafür sein, daß der Protestantismus nicht mehr als ernsthafter Gegner angesehen wird, aber auch dafür, daß die katholische Kirche sich in ihrem Bestande bedroht sieht und daher die gemeinsame christliche Grundlage mehr in den

Vordergrund stellt. Einige Stellen aus dem Buche Hartmanns werden dies erkennen lassen:

Seite 211: „Das Ideal, von dem man sich entfernt weiß, wenn Freiheit der Betätigung auch für religiöse Irrtümer gewährt wird, ist nicht der katholische Staat, der den nichtkatholischen Kult aus der Öffentlichkeit verweist, sondern der Zustand der menschlichen Gesellschaft, in dem Toleranz nicht nötig ist, weil alle im Bekenntnis der Wahrheit eins sind."

Seite 138: „Im Verhältnis der Konfessionen untereinander ist es Zeichen einer verheißungsvollen Entwicklung, daß man sich ernstlich um ein gegenseitiges Verstehen bemüht ... Es bedeutet unsagbar viel für das gegenseitige Verstehen, daß evangelische und katholische Christen in menschlicher Aufgeschlossenheit, in der Bereitschaft, aufeinander zu hören, wieder zusammen sprechen, was sie Jahrhunderte hindurch kaum getan haben."

Seite 140: „Viel hat dafür schon die Zeit getan und die Not, in die die Christenheit gekommen ist. Es ist ihr zum Bewußtsein gebracht worden, daß sie in einer Bedrohung steht, die über die Unterschiede der Konfessionen hinweggreift. Die gemeinsam erfahrene Verfolgung in den zwölf Jahren des Dritten Reiches hat die Gemeinsamkeit spüren lassen, die aus dem Glauben an die Offenbarung Christi erwächst. Nie zuvor sind sich die Konfessionen in Deutschland so nahe gekommen, wie durch den Druck von außen, der sie bis ins gemeinsame Martyrium geführt hat. Und weiter stehen alle wahrhaft gläubigen Christen vor der gleichen Notwendigkeit, in einer Welt, in der der Atheismus und der Nihilismus zur tödlichen Gefahr geworden ist, den Glauben an eine göttliche Ordnung aufrechtzuerhalten und in der Gestaltung des menschlichen Gemeinschaftslebens zur Geltung zu bringen."

Seite 220: „Die Notwendigkeit der Verteidigung des gemeinsamen Erbes christlicher Gesinnung und Gesittung verlangt eine friedliche Überwindung der menschlichen Spannungen, die aus der noch nicht überbrückbaren Verschiedenheit des Glaubens entstehen ... Es folgt daraus, daß die Zeiten machtmäßiger Auseinandersetzungen zwischen den Konfessionen vorbei sind ... An die Stelle gesetzlicher Zwangsmaßnahmen muß im Verhalten der Konfessionen zueinander in der ganzen Welt die genaue Befolgung des Grundsatzes treten, daß keiner dem anderen zumutet, was er nicht in entsprechender Weise sich selbst gegenüber gelten lassen würde, und daß er sich nicht über etwas entrüstet, das er in der gleichen Lage auch tut."

Ganz andere Worte vernehmen wir hier, als die Darstellung des katholischen Staates durch Hartmann hätte vermuten lassen, Worte der Verständigungsbereitschaft gegenüber der anderen christlichen Konfession, des Verzichts auf gesetzliche Zwangsmaßnahmen und machtmäßige Auseinandersetzungen. Jetzt geht es ihm darum, der evangelischen Kirche auf ihrem Wege nach Rom auch von der katholischen Kirche aus den Boden zu ebnen. Jetzt besinnt sich der Jesuit auf Bibelstellen (Tobias 4, 16 und Matthäus 7, 12) des Inhaltes: Was du nicht willst, daß man dir tue, das tue einem anderen auch nicht. Unermeßliches Unglück wäre den christlichen Völkern erspart geblieben, hätte dieses Bibelwort schon früher Beachtung gefunden. Wie aber will er diesen löblichen Grundsatz mit dem vereinbaren, was wir aus seinem Munde über die Pflicht und das Recht des katholischen Staates zur Unterdrückung anderer Glaubensrichtungen gehört haben? Nun, einem Jesuit wird das Nebeneinander sich gegenseitig ausschließender Standpunkte nicht schwer fallen. Er rückt ab von der „These" des „katholischen Staates", zu

deren Begründung er die Lehrmeinungen anderer katholischer Theologen anführt, ohne dabei den Hinweis zu unterlassen, daß auch nach der Meinung des Papstes Pius XII. in dem Staate eines katholischen Volkes unter Umständen nichtkatholischen Gemeinschaften das Recht öffentlicher Religionsausübung versagt werden kann (S. 213); scharfen Widerspruch fordert die Behauptung Hartmanns heraus, in einer solchen Maßnahme liege keine Gewissensvergewaltigung (S. 209)!

Weiter macht er sich aber nicht zum Verteidiger von Zwangsmaßnahmen katholischer Staaten gegen Andersgläubige, lehnt auch den von „sehr ernsten Männern" vertretenen Satz ab (ohne ihn natürlich dadurch aus der Welt zu schaffen):

„In den Staaten mit nichtkatholischen Regierungen oder mit protestantischer Mehrheit fordert die Kirche die Freiheit oder die Gleichheit vor dem Gesetz; umgekehrt, wenn sie in der Mehrheit ist oder mit dem Schutz des Staates rechnet, verweigert sie den nichtkatholischen Bekenntnissen diese Freiheit oder Gleichheit" (S. 217).

Jetzt wird anderes in den Vordergrund gestellt, so die Tatsache, daß alle Anwendung von Gewalt zur Erhaltung der Glaubenseinheit die Säkularisierung des modernen Geistes nicht hat hindern können, daß dieser vielmehr im Gegenteil zu einem großen Teile gerade das Ergebnis des Zwanges ist, mit dem man die religiöse Einheit retten wollte (S. 223). Hieraus wird die einzig mögliche Folgerung gezogen: „Die völlige Unangemessenheit staatlicher Machtmittel in Dingen des Glaubens hat sich in dieser unverkennbaren Tatsache eindeutig gezeigt" (S. 223); dem wäre nur hinzuzufügen, daß diese leidvolle Erfahrung gar nicht nötig gewesen wäre, wenn die katholische Kirche und namentlich der Jesuitenorden der Freiheit des Gotterlebens eines jeden Menschen Rechnung getragen hätte.

Aus zwei weiteren Gründen wird staatlicher Zwang in Glaubensdingen abgelehnt, aus Abwehr gegen den totalen Staat und aus Anerkennung des im Laufe geistiger Entwicklung gewachsenen Persönlichkeitsbewußtseins:

„Der Eingriff staatlicher Gewalt in den Bereich des Gewissens und der persönlichen Überzeugung hat für das Bewußtsein der Menschheit durch das Erscheinen des totalen Staates einen neuen Charakter erhalten. Sie sieht sich von dieser höchsten Gefahr ihrer Freiheit und der ursprünglichen Personrechte des Menschen bedroht. Es ist zu einem ihrer wesentlichen Anliegen geworden, den Staat in seine Grenzen zu weisen und seinen Übergriff in die Sphäre der geistigen Freiheit abzuwehren" (S. 224).

„Nachdem der totale Staat seine Gewalt zu einer unerhörten Vergewaltigung der Gewissen mißbraucht hat, muß es grundsätzlich als wesentlicher Teil jeder Staatsverfassung anerkannt sein, daß der Raum des religiösen Gewissens für die staatliche Gewalt sakrosankt ist und sie in religiöse Betätigung nur eingreifen darf, wenn es um die Wahrung der von allen anzuerkennenden, gemeinsamen Ordnung geht" (S. 226).

„Die gleiche Forderung ergibt sich aus der Bedeutung, die das Bewußtsein der Persönlichkeit und ihrer Freiheit gewonnen hat. Sie ist das Ergebnis einer geistigen Entwicklung, die nicht ungeschehen gemacht werden kann. In der Idee der auto-

nomen Persönlichkeit hat sie zu einem Extrem geführt, das vom christlichen Glauben ebenso entschieden abgelehnt werden muß wie von einer gesunden Philosophie. Die Entfaltung und Reifung des Persönlichkeitsbewußtseins in sich aber ist ein geschichtlicher Prozeß von immanenter Notwendigkeit. Die Menschheit, die durch ihn hindurchgegangen ist, braucht eine Ordnung ihres Gemeinschaftslebens, in der der Freiheit der persönlichen Überzeugung volle Achtung entgegengebracht wird. Eine staatliche Beschränkung, die nicht aus Gründen der bürgerlichen Ordnung hervorgeht, wird als Eingriff in eine unantastbare Sphäre empfunden" (S. 226).

„Es kann daher der Kirche nur zum Segen gereichen, wenn auch sie sich zur Freiheit des Gewissens und der Religion bekennt und auf staatliche Gewaltmittel gegen Andersgläubige freiwillig auch dort verzichtet, wo diese ihr noch zur Verfügung stehen sollten. Was sie dabei an physischer Macht verliert, wird sie an moralischer gewinnen. Sie würde aber sehr an Ansehen einbüßen und zugleich einen vergeblichen Kampf führen, wenn jeder Akt der Toleranz von ihr aus nur ein widerwillig gewährtes, jederzeit widerrufliches Zugeständnis wäre" (S. 228).

Abgesehen von bedeutsamen, im katholischen Glauben wurzelnden Einschränkungen scheint aus diesen Worten die Anerkennung freiheitlicher Lebensgestaltung zu sprechen. Bevor wir sie einer kritischen Betrachtung unterziehen, müssen wir noch einen Einblick gewinnen, wie der Jesuit Hartmann den Staat von heute sieht, da es uns ja darauf ankommt, seine Auffassung des Verhältnisses von Kirche und Staat zueinander kennenzulernen. Ähnlich wie Papst Pius XII. betrachtet er die Zwei-Schwerter-Lehre der Bulle Unam sanctam von 1302, sofern in ihr der Papst als Lehnherr des Staates erscheint, als überholt und sieht den Staat als selbständiges Gebilde, als eine Gesellschaft eigenen Wesens und unabhängiger Gewalt:

„Es war die Eigenart der mittelalterlichen Welt, daß die beiden grundsätzlich verschiedenen Gewalten innerhalb eines großen sozialen Körpers, des Corpus christianum, sich zusammenfanden; der wesentliche Unterschied von Kirche und Staat erschien als die Zweiheit des geistlichen und weltlichen Amtes in derselben einen Gemeinschaft des Reiches Gottes auf Erden. In dieser einen Christenheit war die Kirche, die Hierarchie als Träger der geistlichen Gewalt, von bestimmendem Einfluß." (Seite 231.)

„Es war das Unglück dieses Papstes" (Bonifaz VIII.), „daß er die Ansprüche der direkten Gewalt über das Weltliche im Kampfe gegen Philipp IV. den Schönen von Frankreich noch zu einem Zeitpunkte verteidigte, in dem die geschichtliche Welt, in der sie entstanden war, schon versank und sich die Einheit der Christenheit in die Vielheit der Nationalstaaten auflöste ... Der neue Staat wurde eine eigene Gesellschaft, unterschieden von der Kirche, und begann, sich seines Wesens und der Eigenständigkeit seiner Gewalt bewußt zu werden. Das philosophische Denken führte in dieselbe Richtung. Thomas von Aquin hat im Anschluß an die aristotelische Politik das Wesen des staatlichen Bereichs klar herausgearbeitet: der Staat als Gesellschaft ist eine Institution des Naturrechts und gehört als solche der Ordnung der Natur an, während die Kirche Stiftung Gottes in der Ordnung der Offenbarung und Gnade ist." (Seite 232.)

Es bedarf keines Wortes, daß nach jesuitischer Auffassung die Eigenständigkeit des Staates niemals zu einem gleichberechtigten Nebeneinander von Staat und Kirche führen kann. Die Beschränkung des Staates auf das

„Natürliche, Irdische, Zeitliche" ordnet ihn der Kirche als übernatürlicher, göttlicher Ordnung u n t e r. Die Idee eines Staates, der gegen die christliche Religion und Kirche gleichgültig ist, wird selbstverständlich abgelehnt. Der über die Jahrhunderte sich gleich bleibende, vom geschichtlichen Wandel unberührte Grundsatz wird so umrissen:

„Das Grundsätzliche, für katholisches Glaubensbewußtsein unbedingt Gültige läßt sich kurz zusammenfassen. Es besagt den Unterschied der geistlichen und weltlichen Gewalt, die Freiheit der Kirche, den Primat des Geistlichen vor dem Weltlichen, das geordnete Zusammenleben von Kirche und Staat ... Um ihrer Sendung willen hat die Kirche das Recht, frei von jeder menschlichen Gewalt ungehindert das Evangelium zu verkünden, die Sakramente zu spenden, überhaupt alles dem übernatürlichen Heile und der Heiligung der Menschen Förderliche zu tun; darin ist sie eigenen Rechts und muß vom Staate die Anerkennung ihrer Unabhängigkeit und die Freiheit ihres gesamten Wirkens und Lebens verlangen. Diese Freiheit der Kirche bedeutet für die Glieder der Kirche die Freiheit, ohne Beeinträchtigung in ihr und nach ihren Weisungen zu leben. Dabei ist das Ziel, das sie verfolgt (das ewige Heil der Menschen), und die ganze Ordnung, in der sie steht (die übernatürliche der Gnade), grundsätzlich der Aufgabe des Staates (dem irdischen Gemeinwohl) übergeordnet, nach ihrer Bedeutung in sich und nach dem Einfluß, den sie auf das menschliche Dasein nehmen. Da der Mensch zugleich Bürger eines Staates und Glied der Kirche ist; da sich die Gewalt des Staates und die Autorität der Kirche innerhalb des Staatsgebietes treffen und in ihren Forderungen den gleichen Menschen beanspruchen, müssen beide zu einem harmonischen Zusammenwirken kommen, denn beide wirken, jede in ihrer Ordnung und in ihrer Weise, an dem Wohle desselben Menschen: nur durch beide und ihr geordnetes Zusammenwirken kann der Mensch die Bestimmung seines Daseins erfüllen, und dafür sind beide da, daß die menschliche Person zur Vollendung ihrer gottgegebenen Bestimmung kommt." (Seite 238.)

Die Kirche stellt ihre Forderungen an den Staat. Das „harmonische Zusammenwirken" hat die Anerkennung der Überordnung der Kirche über den Staat zur Voraussetzung, es ist also im wesentlichen Dienst des Staates für die Kirche:

„Den übernatürlichen Glauben zu lehren und die Einheit des Glaubens eines Volkes zu erhalten, ist Aufgabe der Kirche. Der Dienst, den der Staat seiner Bestimmung nach dabei leisten muß, ist grundlegend der, daß er der Kirche die volle Freiheit ihres Wirkens gewährt und schützt. Sodann soll er in freundschaftlicher Weise mit ihr zusammenarbeiten in allen Fragen, in denen sich die Tätigkeit von Kirche und Staat berühren, wie im Bereiche der Erziehungseinrichtungen. Darüber hinaus dient er dem katholischen Glauben seiner Bürger und damit der Kirche, wenn er alle s e i n e Funktionen für das öffentliche Wohl vollkommen ausübt." (S. 244.)

Zu den Funktionen des Staates gehört aber auch nach Hartmann die Abwehr gesellschaftszerstörender Propaganda wie der des Atheismus. Gegenüber der Propaganda bestimmter religiöser Meinungen, welche die natürlichen Grundlagen von Sittlichkeit und Religion nicht angreifen, ist er für Zurückhaltung des Staates, weil dieser hierfür nicht zuständig ist; nur sofern solche Propaganda mit Mitteln der Verleumdung arbeitet oder öffentliche Beleidigungen anderer Religionsgemeinschaften enthält oder den Frieden der

Bevölkerung durch schwere Verletzung berechtigter Gefühle stört, soll der Staat eingreifen. Aber

„in den Fragen des Glaubens als solchen, auch ihrer öffentlichen Erörterung ebenso wie gegenüber der religiösen Betätigung hat der Staat Toleranz zu üben". (Seite 247.)

Soweit die Wiedergabe wesentlicher Gedanken aus dem Hartmann'schen Buche „Toleranz und christlicher Glaube". Ihre kritische Beleuchtung soll in einem abschließenden dritten Teil erfolgen.

Der Quell

Folge 5 9. 3. 1958 10. Jahr

Düstere Wolken und Lichtblicke

Von Dr. Mathilde Ludendorff

Zeitschrift für Geistesfreiheit

Kritische Beleuchtung des „toleranten" Staates

Das Verhältnis zwischen Kirche und Staat im Urteil eines „modernen" Jesuiten.

Von Dr. Edmund Reinhard. 3. Teil

Die Wiedergabe einiger Gedankengänge aus dem Buche von Albert Hartmann SJ. „Toleranz und christlicher Glaube" im zweiten Teil dieser Abhandlung wird den Leser davon überzeugt haben, daß sie als die heute in unserer Bundesrepublik herrschenden Anschauungen über das Verhältnis zwischen Kirche und Staat betrachtet werden müssen. Es besteht daher aller Anlaß, uns über ihre Tragweite klar zu werden. Das ist nicht ganz einfach, weil viele Begriffe im Munde eines Jesuiten eine andere Bedeutung erhalten, als sie gemeinhin gebraucht werden. So sehr wir es begrüßen, daß vom Staate Duldsamkeit gegenüber Glaubensfragen verlangt wird, so birgt bereits die Beschränkung der Duldung auf „Propoganda bestimmter religiöser Meinungen, die die natürlichen Grundlagen von Sittlichkeit und Religion nicht angreifen", die Gefahr, daß für die Begriffe Sittlichkeit und Religion allein katholische Auffassungen maßgebend sind, nach denen z. B. zum Begriffe der Religion der Glaube an einen persönlichen Gott und an eine Vergeltung für die Taten der Menschen nach dem Tode als wesentlich gehört. Oder wir erinnern uns der Einengung des Begriffes der Gewissensfreiheit dahin, daß der Mensch die Freiheit besitzt, die Glaubenslehren der katholischen Kirche anzunehmen, daß er darin nicht behindert werden darf, daß aber gegenüber diesen Glaubenslehren von Gewissensfreiheit keine Rede sein kann. Damit werden Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit des Gotterlebens und der Begriff der autonomen Persönlichkeit in ihrem Kern getroffen.

Zweierlei muß man sich, um die Worte eines Jesuiten über Duldsamkeit richtig zu würdigen, vor Augen halten: Außerhalb jeder Diskussion steht für ihn wie für jeden gläubigen Katholiken der Anspruch auf die Allgemeingültigkeit und Ausschließlichkeit des christlichen Offenbarungsglaubens und weiter der Anspruch der katholischen Kirche auf die Ausschließlichkeit seiner wahren Verkündung durch sie als der einen Kirche Christi; ihre Lehren sollen das gesamte private und öffentliche Leben durchdringen. Dem entspricht der überzeitliche Geltung verlangende Grundsatz der Überordnung der geistlichen Gewalt der Kirche über die weltliche Gewalt des Staates. Die Anwendung dieses Grundsatzes auf die im Laufe der Jahrhunderte sich ändernden Zeitverhältnisse erfolgt nach dem „Lebensgesetz steter Anpassung" (nach einem Wort Pius XII.) und ist daher zeitbedingt. Mag heute die mittelalterliche Auffassung von dem einen die Christenheit umfassenden Glaubensstaat mit seiner Zweischwerter-Lehre zurücktreten gegenüber der heutigen Auffassung einer beschränkten Unabhängigkeit des Staates von der Kirche und vom Staat zu übender Toleranz, so kann sich das sehr schnell wieder einmal zugunsten der

Wiederherstellung mittelalterlicher Zustände ändern. Das Frohlocken des Kardinals Frings vor einigen Jahren, der Erneuerung des Reiches Karls des Großen seien wir noch nie so nahe gekommen wie jetzt, die Bestrebungen von katholischer Seite, bis zum Jahre 1962 nach tausend Jahren das Reich Ottos des Großen, dem die Kirche eine nahezu unbeschränkte Machtstellung innerhalb des Reiches verdankte, wiederherzustellen, das Vorbild Kaiser Karls V. für Bundeskanzler Adenauer lassen deutlich erkennen, wohin die Reise geht.

Jedenfalls lassen die heute in Westdeutschland maßgebenden Anschauungen solche Entwicklung offen, ja sie ebnen ihr geradezu den Weg. Was bleibt eigentlich, nachdem wir einen Einblick in jesuitische Denkweise gewonnen haben, von den Worten des Papstes Pius XII. aus dem Jahre 1955 übrig, der Staat sei souverän wie die Kirche, beide seien voneinander unabhängige Gewalten? Jetzt werden wir den Nachsatz des Papstes besser verstehen: „ihre Natur wie ihre Ziele, die sie verfolgen, bestimmen ihre Grenzen, innerhalb deren sie regieren". Diese Grenzen werden für den Staat sehr eng gezogen, denn die geistige Führung soll bei der Kirche, beim Papst in Rom liegen, nicht im Staate selbst. Wie sehr dieses Verhältnis von Kirche und Staat zueinander schon eingespielt ist, haben wir oft erleben müssen. So, als Adenauer nach einer langen Aussprache beim Papst in einer Rede in Bad Reichenhall erklärte, jeder, der sich der Aufrüstung Westdeutschlands widersetze, sei ein Dummkopf oder Verräter, oder bei der Verfolgung der westeuropäischen Einigungspläne unter Hintansetzung der Einheit Deutschlands. Wie deutlich kam doch diese geistige Führung durch den Papst bei dem Besuch des Bundespräsidenten Heuß im Vatikan Ende November 1957 zum Ausdruck, als der tief ergriffene evangelische Bundespräsident ohne Widerspruch folgende Worte des Papstes zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands entgegennahm:

> „Möge Geduld und Wartenkönnen immer ein stark bestimmendes Element seiner politischen Reife sein. Wir kennen die Sorge des deutschen Volkes um die ‚Zone'. Es tut jedoch wohl daran, die Bekundung, die es dieser Sorge verleiht, immer am Allgemeinwohl auszurichten und so zu bemessen, daß sie die Staatsführung nicht erschwert, sondern erleichtert" (laut „Süddeutsche Zeitung" vom 28. 11. 1957).

Selbst in dieser wichtigsten aller deutschen Lebensfragen, die unmittelbar mit dem Verhältnis von Staat und Kirche zueinander nichts zu tun hat, erteilt der Papst dem westdeutschen Bundesoberhaupt in voller Öffentlichkeit seinen politischen Rat, um des „Allgemeinwohls" willen, d. h. doch um der politischen Ziele der Romkirche willen, in der Frage der Wiedervereinigung nichts zu tun, was diese einer Lösung näher bringen könnte — nach welchem Rat sich die Regierung Adenauer insgeheim schon immer gerichtet hat. Ein eindrucksvolles Beispiel für die von Albert Hartmann SJ. geforderte freundschaftliche Zusammenarbeit in allen Fragen, in denen sich die Tätigkeit von Kirche und Staat berühren!

Was ist denn überhaupt der Staat im katholischen Sinne, in der Beschränkung auf — nach einem Wort Pius XI. — „das Natürliche, Irdische,

Zeitliche", dem die geistliche Gewalt der Kirche Christi übergeordnet ist und der gehalten ist, ihrem Wirken uneingeschränkt den Weg zu ebnen? Er ist ein Leib ohne Seele, ein schemenhaftes Gebilde, dem erst die alle Lebensgebiete umfassenden Lehren der Kirche Geist und Seele schenken. Aristoteles leitete aus der Natur des menschlichen Seins als eines wesenhaft sittlichen und sozialen Seins die Grundprinzipien des Gemeinschaftslebens ab; hier war die Einheit der staatlichen Gemeinschaft gewahrt. Solche Einheit war heidnischen Staaten allgemein eigen; nun heißt es bei Albert Hartmann SJ. vom Staate in Übereinstimmung mit Thomas von Aquin:

„durch die Gründung der Kirche und das Dasein einer eigenen, von Christus herkommenden Gewalt über das Geistliche ist er jedenfalls endgültig auf das Irdische und Zeitliche verwiesen. Der Staat hat einen gewissen sakralen Charakter, der ihm als heidnischem Staat eigen war, verloren; die Religion gehört nicht mehr zu seinem Zuständigkeitsbereich, und durch das Bestehen der Kirche als unabhängiger Gesellschaft mit ihrer ausschließlichen Gewalt im Geistlichen ist er im strengen Sinne weltlich geworden." (Seite 223.)

In aller Schärfe sehen wir die geistige Entleerung jedes eigenständigen Staates zugunsten christlicher Priesterherrschaft. Und wir verstehen das Gewicht folgender Bemerkung Hartmanns über die Stellung der Kirchen in unserem Staate:

„So ist in der Deutschen Bundesrepublik die Bedeutung, die die beiden großen Kirchen tatsächlich innerhalb des Lebens des Volkes haben, zum Unterschied von anderen kleineren Religionsgemeinschaften, in dem ihnen gewährten ‚öffentlich-rechtlichen Status von außerordentlicher Dichte' anerkannt." (Seite 198.)

In Westdeutschland wird es heute kein wichtiges Gebiet im Staatsleben geben, auf dem nicht beide Kirchen ein maßgebliches Mitspracherecht verlangen und es ihnen vom Staate bereitwillig eingeräumt wird. Kaum ist ein nicht ganz alltägliches, rein „weltliches" Ereignis ohne den Segen der Kirche denkbar, die Einweihung einer Brücke, eines Bahnhofes, einer Fabrik, eines Sportplatzes. Und ganz Deutschland mußte es sich unbefragt gefallen lassen, auf dem Deutschen Katholikentag in Fulda am 4. September 1954 durch Kardinal Frings der Gottesmutter Maria geweiht zu werden, der sich ja besonders der Begründer des Jesuitenordens Ignaz von Loyola und mit ihm der Orden selbst geweiht haben. Fürwahr ein weiteres eindeutiges Zeugnis für den Führungsanspruch römischer Priestermacht über Deutschland! Folgerichtig erhebt er sich auf der Grundlage, welche die katholische Lehre von der Beschränkung des Staates auf rein weltliche Aufgaben geschaffen hat. Mit ihr müssen wir uns noch weiter auseinandersetzen.

Seiner wahren Natur nach ist der Staat die Erscheinung gewordene Lebensform eines Volkes. Getragen wird er von einer Gesamtheit von Menschen größeren oder geringeren Einflusses, die in ihm entsprechend ihren sittlichen Auffassungen die Wahrung ihres Daseins und die Grundlage für das Gedeihen von Kultur als Ausdruck ihres Gotterlebens erstreben. Letzten Endes ruht er auf dem Rasseerbgut, dem Rassecharakter und der hieraus erwachsenen Weltanschauung des Volkes. Den streng weltlichen Staat katho-

lischer Auffassung gibt es gar nicht; er ist ein abstraktes Gebilde im luftleeren Raum. Entweder formt und betätigt sich der Staat auf der eben angedeuteten natürlichen Grundlage des Volkes unter einer ihr gemäßen Rechtsordnung, oder nach einer dem Volke aufgedrungenen Fremdreligion wie dem Christentum und nach dem Willen der sie dem Volke Tag für Tag immer weiter aufdrängenden Priesterschaft, der neben der rein kirchlichen Tätigkeit zahllose Organisationen aller Art, Presse, Film, Rundfunk und – nicht zu vergessen – eine ungeheure Kapitalmacht zur Verfügung stehen. Zwischen diesen beiden Polen liegt das Spannungsfeld, in dem das jeweilige Machtverhältnis von Staat und Kirche zueinander oder auch gegeneinander seinen geschichtlichen Ausdruck findet und je nach dem größeren Gewicht der einen oder anderen Seite zu vielerlei Zwischenstufen führt. Vertragliche Formen des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche sind Konkordate, die immer eine Preisgabe unveräußerlicher Rechte eines Volkes zugunsten der Kirche zum Inhalt haben.

Betrachten wir zum Schluß von diesen beiden entgegengesetzten Standpunkten aus folgende Sätze aus dem Hartmann'schen Buche:

„Der katholische Glaube als gemeinsamer Besitz ist ein hohes Gut eines Volkes. Für seine Erhaltung zu wirken, gehört zu den wesentlichsten Aufgaben innerhalb des ganzen gesellschaftlichen Lebens. Auch der Staat hat dabei das Seine zu leisten. Aber er muß es tun in der Weise, wie es der politischen Organisation des Volkes zukommt. Nicht alles, was ein Gut der Menschen im Staate ist, wird damit zu einem unmittelbaren Gegenstand staatlicher Tätigkeit. Der Staat soll nicht Wissenschaft treiben oder sich für eine bestimmte wissenschaftliche Richtung einsetzen, sondern er soll der Wissenschaft und ihren Anstalten die notwendigen Voraussetzungen schaffen und die Freiheit sichern, die sie für ihre Aufgabe brauchen." (Seite 244.)

Dem letzten Satz wird jeder zustimmen, und wir möchten nur wünschen, daß er an unseren Hochschulen rückhaltlos befolgt wird. Darüber hinaus aber erwarten wir – was von Hartmann nicht ausgesprochen wird –, daß der Staat gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse, soweit sie seinen Bereich berühren, beachtet und nach ihnen handelt. Hieran werden sich sehr schnell die Geister scheiden. Christliche Staatsmänner werden bedenkenlos der Gleichstellung staatlicher Maßnahmen zur Erhaltung des christlichen Glaubens mit dem staatlichen Schutz für die Freiheit der Forschung zustimmen, sie werden z. B. für konfessionelle, zumindest christliche Lehrerausbildung und dem entsprechende staatliche Schulen überzeugt eintreten.

Ein nur dem Volke und nicht der Kirche dienender Staat, wie er unseren Vorstellungen auf der Grundlage der Religionsphilosophie Mathilde Ludendorffs entspricht, wird anders handeln. Glaubensfreiheit und Freiheit des religiösen Bekenntnisses sind ihm selbstverständlich, da Duldsamkeit in Glaubensfragen von diesen Grundanschauungen gefordert wird, also nicht nur zeitlich bedingt mit Rücksicht auf besondere Verhältnisse, wie wir es von seiten der katholischen Kirche gesehen haben (hier wird nochmals auf den Aufsatz Wilhelms Prothmanns „Die Toleranz der Gotterkenntnis (L)" in

„Der Quell", Folge 8/1956, hingewiesen). Die Gleichstellung von Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und Glaubensfreiheit wird voll bejaht. Wirkliche Glaubensfreiheit setzt aber eine Erziehung der Kinder voraus, die nicht durch Unterricht in einem christlichen oder nichtchristlichen Bekenntnis unter der Autorität unfehlbarer Wahrheit die eigene freie Entscheidung als Erwachsener durch Suggestivbehandlung im Kindesalter vorwegnimmt oder vielmehr unmöglich macht. Daß durch solche Suggestivbehandlung, noch dazu unter Mißbrauch des Lohn- und Strafgedankens in der Moral und der Höllenverängstigung, die Kindesseele unendlich gefährdet und nur zu oft ihre freie Entfaltung gerade auf dem wichtigsten Gebiete verhindert wird, ist heute eine ernhaft nicht mehr zu bestreitende wissenschaftliche und philosophische Erkenntnis, am tiefsten, aber keineswegs nur da begründet in der Philosophie der Erziehung „Des Kindes Seele und der Eltern Amt" von Dr. Mathilde Ludendorff. Ein Staat, der sich selbst verantwortlich weiß für die Schaffung möglichst günstiger Bedingungen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit seiner Bürger, wird daher in seinen Schulen alles vermeiden müssen, was diese freie Entwicklung beeinträchtigen könnte. Christlicher Religionsunterricht ist von diesem Standpunkt aus ebensowenig zu verantworten wie etwa ein Unterricht in der Gotterkenntnis (L). An sittlichen Werten und an Wissensstoff soll den Kindern mitgegeben werden, was sie fest in ihrem Volk verwurzelt, das Dasein sichert, den Weg zu einer moralischen Lebensführung ebnet und ihnen später als Erwachsenen eine wirklich freie Entscheidung in den tiefsten Fragen des Lebens möglich macht. (Vergl. hierzu den aus der Feder M. Ludendorffs stammenden „Lehrplan für Lebenskunde", zu beziehen von der Geschäftsstelle des Bundes für Gotterkenntnis (L) in Tutzing/Obb., Hauptstr. 74, Preis 0.50 DM.) Das schließt aber wie gesagt christlichen wie jeden anderen Religionsunterricht in den staatlichen Schulen aus, und zwar, noch einmal sei es betont, um der Wahrung der Glaubensfreiheit im Volke willen. Nur in diesem Sinne kann, um bei der Erziehung zu bleiben, die Gleichstellung der Freiheit der wissenschaftlichen Forschung mit der Glaubensfreiheit anerkannt werden, dagegen nicht mit der unbeschränkten, vom Staat in jeder Weise zu unterstützenden Betätigung der christlichen Konfessionen.

So werden Volk und Staat allmählich zu ihrer inneren, natürlichen Einheit zurückfinden. Der seit Beginn des christlichen Zeitalters die Jahrhunderte bewegende Kampf um das Verhältnis zwischen Staat und Kirche wird an Bedeutung verlieren und einer seelischen Gesundung der Völker weichen.



Zeitschrift für Geistesfreiheit

Erscheinungsort München Postversandort München

Inhalt: Seite

Stalin endgültig begraben

Von German Pinning

Folge 8 23. 4. 1956 8. Jahr

Die Toleranz der Gotterkenntnis (L)

Vortrag von Rechtsanwalt Wilhelm Prothmann

Die Toleranz als Idee ist so alt wie die Intoleranz als Wirklichkeit. Es liegt tief in der Menschenseele das Bedürfnis begründet, die Tatsächlichkeit zu erforschen und die erkannte oder vermeintlich erkannte Wahrheit anderen mitzuteilen. Der Mensch hat ferner das Streben, etwas zu leisten, seine Umwelt zu gestalten und auch Einfluß zu gewinnen auf die Entschließungen und Taten seiner Mitmenschen.

Er greift dabei vielfach in den Lebensbereich anderer Menschen ein in einer Weise, welche die Achtung vor der Persönlichkeit und Würde dieser anderen Menschen vermissen läßt. Der Starke oder der Mächtige neigt zur Intoleranz; der Schwache vertritt die Idee der Toleranz, er verlangt die Duldung durch den Mächtigen, sich in Freiheit zu äußern oder betätigen zu können, wie es auch der Mächtige tut. Die katholische Kirche hat durch den Franzosen Louis Veuillot einen Satz geprägt, dessen Echtheit mitunter von katholischer Seite bestritten wird, den aber der katholische und nationalsozialistische Staatsrechtslehrer Professor Dr. Carl Schmitt in seiner 1925 mit bischöflicher Druckerlaubnis erschienenen Schrift „Römischer Katholizismus und politische Form" wiederholt hat:

„Wenn wir in der Minderheit sind, fordern wir Freiheit nach euren Grundsätzen; wenn wir in der Mehrheit sind, verweigern wir sie euch nach den unseren."

Mit diesem Satz sind wir mitten im Thema. Es scheiden aus unserer Erörterung aus die Vereins- und Haustyrannen, die in ihrem engen Wirkungskreis keine andere Meinung als nur die eigene gelten lassen. Über Toleranz und Intoleranz im gesellschaftlichen Umgang mit Menschen soll hier nicht gesprochen werden. Es scheidet aus die Duldung von Belanglosigkeiten, die selbst den schlimmsten Tyrannen eines Staates nicht berühren. Es scheidet aus die Intoleranz gegen Verbrechen und die aus der menschlichen Unvollkommenheit erwachsenden Fehläußerungen und Fehlhandlungen. Das der Art- und Volkserhaltung dienende Sittengesetz, das Ordnung und Frieden im Zusammenleben der Menschen schafft durch Recht und Sitte, muß geachtet und beachtet werden.

Die Toleranz und Intoleranz im öffentlichen, von einem Gottglauben oder einer Weltanschauung bestimmten Leben der Menschen, Völker und Rassen ist Gegenstand dieses Vortrags. Als nach der Reformation, die selbst keineswegs tolerant war, die Auffassung herrschend wurde „cuius regio eius religio" — „wem das Land gehört, der bestimmt die Religion" — und im Toleranz-Edikt von Nantes 1598 die Toleranz gegenüber den Hugenotten ihren staatsrechtlichen Niederschlag gefunden hatte, war man schon ein Stück weiter auf dem Weg von der Intoleranz der römischen Kirche zur Toleranz, aber Toleranz im Sinne unserer Zeit konnte man dies noch nicht nennen. Dabei soll nicht unerwähnt bleiben, daß es auch schon im Mittelalter kleinere Bewegungen oder Gruppen von Menschen gegeben hat, die das Christentum allein auf den Glauben des durch keine Kirche oder andere Organisation erfaßten einzelnen Menschen gründen wollten ohne Anwendung irgend eines äußeren Zwanges. Sie konnten sich nicht durchsetzen. In der Renaissance, im Zeitalter der Aufklärung und in der Philosophie und Dichtung des deutschen Idealismus — man denke an Schillers Don Carlos — entwickelte und vertiefte sich die Idee der Toleranz zu einer Geisteshaltung inmitten einer religiös oder weltanschaulich bestimmten intoleranten Umwelt. Diese Geisteshaltung hatte ihre Wurzel in einer Erschütterung des christlichen, insbesondere des katholischen Glaubens, in einer Ungewißheit und Unsicherheit über den Sinn des Daseins, kurz: im Fehlen einer Weltanschauung und in einer Gleichgültigkeit. Sie konnte aber auch in einzelnen Persönlichkeiten dem Bewußtsein und der Selbstsicherheit entspringen wie bei Friedrich dem Großen, in dessen Land „jeder nach seiner Façon selig" werden konnte.

Die in Europa herrschenden Religionen und Weltanschauungen sind intolerant.

Ihnen stellte man die Geisteshaltung der Toleranz gegenüber und diskutierte über „Dogmatische Intoleranz und bürgerliche Toleranz" (M. Pribilla in „Stimmen der Zeit", 1949). Die dogmatische Haltung der katholischen Kirche oder eines katholischen Staates nannte man in den Auseinandersetzungen über die Frage der Toleranz These, die Toleranz dagegen nicht etwa Antithese, sondern diplomatisch opportunistisch Hypothese, so daß zur Zeit des Papstes Pius IX. die Pariser von einem den weltlichen Genüssen zugetanen Nuntius in Paris sagten: „Die These ist, wenn der Nuntius erklärt, man müsse die Juden verbrennen, die Hypothese, wenn er bei Rothschild zu Mittag ißt."

Ich versage es mir, die große Fülle von Bibelzitaten wiederzugeben, die Ausdruck schärfster jüdischer und christlicher Intoleranz sind — gleich das erste Gebot „Du sollst nicht andere Götter haben neben mir" gehört hierher — und führe nur zwei Zitate aus dem Neuen Testament an:

Marcus 16, Vers 16:

„Wer da glaubt und getauft wird, der wird selig werden, wer aber nicht glaubt, der wird verdammt werden."

Lucas 19, Vers 27:

„Doch jene meine Feinde, die nicht wollten, daß ich über sie herrschen sollte, bringt her und erwürget sie vor meinen Augen."

Ich sehe auch davon ab, mich hier mit den einzelnen Dogmen der katholischen oder evangelischen Kirche auseinanderzusetzen. Ich zitiere vielmehr das von Albert Hartmann S.J. verfaßte, mit bischöflicher Druckerlaubnis vom 8. 7. 1955 erschienene Buch „Toleranz und christlicher Glaube". In dem Kapitel „Der katholische Staat" (Seite 205)

„wird die Pflicht des Staates begründet, eine Ordnung aufrechtzuerhalten, in der allein dem wahren Glauben das Recht des öffentlichen Wirkens und Werbens zusteht."

„Die öffentliche Ausübung und Propagierung einer anderen Religion bedeutet aber für viele einzelne eine Gefährdung ihres Glaubens, weil sie damit einer ihre Kraft übersteigenden Versuchung zum Abfall ausgesetzt sind. Es ist also Aufgabe des Staates, in einem noch geschlossen katholischen Volk diese Gefährdung mit seinen Mitteln zu verhindern."

„Zum Gemeinwohl eines Volkes gehört die innere Einheit. Sie ist am tiefsten begründet in einem gemeinsamen Glauben."

(Seite 207)

„Die einzige Grenze, die er setzt, wird durch das Gemeinwohl des Volkes gezogen, das sich in der Einheit des Glaubens erhalten will: dieses Recht der Gemeinschaft geht dem Rechte des irrenden Gewissens auf freie Betätigung vor, wenn es mit ihm in Konflikt gerät. Um des höheren Rechtes des Volkes willen wird den Angehörigen anderen Bekenntnisses auferlegt, Lehre und Kult, soweit sie mit dem gemeinsamen Glauben des Volkes in Widerspruch stehen, nicht in die Öffentlichkeit zu tragen und zu propagieren."

(Seite 207/208)

„Die Idee des ‚katholischen Staates' führt zu einer Beschränkung der vom Staat zu übenden religiösen Toleranz: die öffentliche Betätigung eines nichtkatholischen Bekenntnisses wird nicht geduldet (wobei nicht leicht zu sagen ist, was noch als private Ausübung des Kultes angesehen werden kann und was als öffentlich zu gelten hat)."

(Seite 213)

„Denn das macht gerade die Idee des katholischen Staates zur ‚These', das heißt zum verbindlichen Grundsatz, daß man seine Einschränkung der Religionsfreiheit, sein Bemühen,

religiöse Verirrungen in der Öffentlichkeit zu unterdrücken, als an sich, der idealen Ordnung gemäß gefordert hinstellt und so als letzte Norm des Handelns erklärt."

Die Toleranz hat nach katholischer Auffassung nur den Charakter eines politisch-taktischen Mittels (Seite 211)

„als These, d. h. als Ideal und allgemeiner Grundsatz ist die allgemeine Religionsfreiheit nicht annehmbar; als Hypothese, d. h. unter besonderen geschichtlichen Bedingungen, in der gegebenen Lage der religiösen Spaltung und in den Verhältnissen, die durch sie heraufgeführt worden sind, kann sie berechtigt sein. Für katholisches Verständnis ist Toleranz und Religionsfreiheit ein Dulden des Irrtums und nicht einfachhin Ausdruck objektiver Ordnung. Aber unter der Voraussetzung der Glaubensverschiedenheit kann die Toleranz die gebotene Regelung sein. Das Ideal, von dem man sich entfernt weiß, wenn Freiheit der Betätigung auch für religiöse Irrtümer gewährt wird, ist nicht der katholische Staat, der den nichtkatholischen Kult aus der Öffentlichkeit verweist, sondern der Zustand der menschlichen Gesellschaft, in dem Toleranz nicht nötig ist, weil alle im Bekenntnis der Wahrheit eins sind."

Diese Auffassung von Toleranz muß man sich vergegenwärtigen, wenn Papst Pius XII. in seiner Toleranzansprache sagt, daß die Pflicht, sittliche oder religiöse Verirrungen zu unterdrücken, keine letzte Norm des Handelns sei. Vielleicht ist diese Pflicht eine vorletzte Norm des Handelns.

Der Protestantismus ist als Ausdruck christlichen Dogmatismus ebenfalls intolerant, wenn auch in den einzelnen Vertretern des evangelischen christlichen Glaubens das Protestieren durch Auslegen und Umdeuten der Bibel zur Preisgabe des Glaubens geführt hat.

Von dem Haß, Rache und Vernichtung gegen andersgläubige Menschen und andere Rassen und Völker sprühenden Alten Testament will ich hier nicht sprechen.

Einige Worte müssen aber noch gesagt werden über den Materialismus als Weltanschauung, insbesondere in der Form des machtgestaltenden Marxismus. Er erstrebt die Vernichtung aller Klassen in den Völkern durch Propaganda, Revolutionen und Bürgerkriege und über die Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse die Schaffung eines klassenlosen Staates. Er strebt einer Utopie nach, die schon viele Menschen Leben, Blut und Freiheit gekostet hat. Den totalitären marxistischen Staat sehen wir in den verschiedenen Völkern täglich vor uns. In der sozialdemokratischen Richtung des Marxismus als Bewegung ist die Haltung der Toleranz vertreten. In ihren organisierten Formen und vor allem in ihren Zielen ist und bleibt auch sie intolerant.

Die intoleranten Religionen und Weltanschauungen beherrschen die Völker. In allen Kirchen, Konfessionen und Parteien gibt es Menschen, die zur Toleranz neigen und sie zu verwirklichen sich bemühen. Sie sind diejenigen, die gezeigt werden, wenn es aus politisch-taktischen Gründen zweckmäßig erscheint, die dogmatische Intoleranz zu tarnen. Das Ringen der Kirchen, Konfessionen und Parteien gegeneinander, nicht zuletzt auch das Wollen und Wünschen der Völker selbst, hat im Laufe der letzten 150 Jahre zu Kompromissen der intoleranten Gegner geführt, die in den Verfassungen der Staaten, so auch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, ihren Niederschlag gefunden haben. Ich erwähne von den Grundrechten die Glaubens- und Bekenntnisfreiheit, das Recht der freien Meinungsäußerung und das Gebot, daß niemand seines Glaubens, seiner Weltanschauung, seiner Rasse oder Herkunft wegen benachteiligt oder bevorzugt werden darf. Wehe

aber den Völkern, insbesondere auch wehe dem deutschen Volke, wenn es einer der intoleranten Gruppen gelingt, die Alleinherrschaft aufzurichten. Dann lernen wir entweder den katholischen Staat kennen, wie ihn uns Albert Hartmann S.J. dankenswerterweise und deutlich dargestellt hat, oder wir werden ein sozialistischer Staat, der sich nur wenig unterscheidet von dem, was wir östlich der Elbe und der Weichsel sehen. Das Kollektiv droht dem deutschen Volk auf jeden Fall, wie der Feldherr Ludendorff es in seinem politischen Wirken gezeigt und bewiesen hat.

Wir haben die Worte Toleranz und Intoleranz gehört und sie ohne genaue Untersuchung ihres begrifflichen Inhalts so gebraucht, wie sie in der Geschichte und in der Politik unserer Zeit gebraucht worden sind und gebraucht zu werden pflegen. Was heißt eigentlich Toleranz? Wörtlich übersetzt, bedeutet es soviel wie dulden, Duldung oder Duldsamkeit. Geduldet wird ein Übel. Wenn man einen Menschen, seine Weltanschauung und sein Verhalten duldet, so ist das — genau besehen — eine Kränkung für ihn. Er und das, was er sagt und tut, wird als Übel empfunden und mißbilligt, aber aus Selbstbeherrschung, Großzügigkeit oder Gleichgültigkeit hingenommen. Erst wenn dem Dulden noch ein anderes Gefühl beigemischt ist, wird daraus das, was wir mit dem Fremdwort Toleranz bezeichnen. Es ist die Achtung vor der Überzeugung und dem überzeugungstreuen Handeln der anderen Menschen, die Achtung vor der Persönlichkeit und Würde des Menschen. Die Geisteshaltung der Toleranz ist, wenn ihr sittlicher und gemeinschaftsbildender Wert nicht durch Gleichgültigkeit ausgehöhlt worden ist, gepaart mit Achtung. Die dogmatische Intoleranz der katholischen Kirche kennt diese Achtung vor dem Glauben und der Weltanschauung und dem daraus entspringenden sittlichen Verhalten eines anderen Menschen nicht. Auch sie kennt zwar die Toleranz, wenn sie aus politisch-taktischen Gründen geboten erscheint; sie soll aber dann gepaart sein mit dem Gefühl der Liebe, deren Wesen es ist, dem Ungläubigen das Heil des rechten Glaubens zu bringen. Ist der Ungläubige mit der Offenbarung des rechten Glaubens einmal bekanntgemacht worden, so wird er schuldig, wenn er diese Liebe und Toleranz nicht richtig versteht und es ablehnt, dieses Heil anzunehmen. Deshalb verdienen Ketzer weniger eine von dieser Liebe geformte Toleranz als die Menschen der Völker, die vom Christentum und der katholischen Kirche noch nichts oder wenig gehört haben.

Wir sprachen von einer dogmatischen Intoleranz. Was ist ein Dogma? Es ist zunächst eine Behauptung, ein Glaubenssatz, ein Lehrsatz oder ein Grundsatz. Es enthält den Anspruch, mit der Tatsächlichkeit übereinzustimmen, also wahr zu sein, und unterscheidet sich insoweit nicht von anderen Behauptungen, Glaubens-, Lehr- und Grundsätzen. Darüber hinaus enthält es in sich den Anspruch, auf Grund einer Offenbarung Gottes in der Welt der Erscheinungen, wie sie in der Bibel dargestellt ist, mit der Tatsächlichkeit übereinzustimmen. Die Offenbarung ist einer geistigen Auseinandersetzung und Kritik unzugänglich. Man muß sie glauben. Wir können also das Dogma begrifflich bestimmen als eine Behauptung, die die beiden Ansprüche erhebt: erstens wahr zu sein, und zweitens außerhalb jeder geistigen Auseinandersetzung und Kritik zu stehen. Wir können dies auch anders ausdrücken, wenn wir sagen, ein Dogma beansprucht für sich Wahrheit, ohne sich selbst zur Erörterung zu stellen.

Aus dieser Natur des Dogmas folgt, daß es sich durchsetzen und behaupten muß mit anderen Mitteln als des Überzeugens und des geistigen Ringens: nämlich mit

Gewalt, wie die Geschichte der christlichen Mission in Europa und anderen Erdteilen zeigt, und mit Suggestion, mit Verletzung des Seelenlebens dort, wo es bereits Fuß gefaßt und insbesondere herrschend geworden ist. Deshalb war es richtig, in den Auseinandersetzungen über den Begriff und die Idee der Toleranz, wie sie besonders auch im katholischen Schrifttum stattgefunden haben, von dogmatischer Intoleranz zu sprechen. Es war auch richtig, von bürgerlicher Toleranz zu sprechen, hinter der zwar keine Dogmen standen, der es aber an seelengesetzlichen Erkenntnissen und an weltanschaulicher Grundlage fehlte, um sich gegen die dogmatische Intoleranz durchzusetzen und sie im öffentlichen Leben unseres Volkes und anderer Völker unmöglich zu machen.

Diese seelengesetzlichen Erkenntnisse und diese Weltanschauung gibt die Gotterkenntnis Ludendorff. Sie ist wenigstens im europäischen Raum und, soweit ich sehen kann, der einzige Gottglaube und die einzige Weltanschauung, deren Wesensbestandteil die Toleranz ist. Zunächst muß ich mich mit einem Angriff auseinandersetzen, der meistens von nichtchristlicher Seite geführt wird. Es wird gesagt, die Gotterkenntnis Ludendorff gebe Dogmen. Das ist nicht richtig. Wenn man eine Behauptung aufstellt, von deren Wahrheitsgehalt man überzeugt ist, dann kann man nicht gleichzeitig zugeben, daß eine andere Behauptung, die davon abweicht oder gar das Gegenteil zum Inhalt hat, auch wahr sei. Eine solche Zumutung widerspricht dem logischen Grundsatz: Es kann nicht etwas zugleich wahr und nicht wahr sein; es kann nicht etwas zugleich sein und auch nicht sein. Die Ausschließlichkeit des Wahrheitsgehalts einer Behauptung ist noch kein Dogma, und das überzeugte Eintreten für das als wahr Erkannte ist noch keine Intoleranz. So sagt Frau Dr. Mathilde Ludendorff in dem Werk „Schöpfungsgeschichte" in dem Kapitel „Die Schöpfung des sterblichen Einzelwesens":

„Die Schöpfungsgeschichte des vergänglichen Einzelwesens ist, soweit sie der philosophischen Schau entstammt, unantastbar (absolut) und für alle Zeiten unerschütterlich. Sofern wir sie mit Tatsachen der Wissenschaft verbanden und in Worte faßten, tritt sie in das Reich des Antastbaren (Relativen, Bedingten)."

Alle Aussagen, welche die Gotterkenntnis Ludendorff macht, stehen zur Erörterung, und jedem Menschen ist es unbenommen, sich geistig mit ihnen auseinanderzusetzen, zu den Erkenntnissen durch Nacherleben hinzufinden oder sie abzulehnen. Niemals kann einem Menschen von einem überzeugten Bekenner der Gotterkenntnis Ludendorff ein Nachteil zugefügt oder er unter einen Zwang gestellt werden deshalb, weil er von der Gotterkenntnis Ludendorff nicht überzeugt ist. Wer so handelt, stellt sich in Gegensatz zur Gotterkenntnis, er lebt sie nicht. Beim christlichen Glauben und beim Marxismus ist es umgekehrt: Wer tolerant ist, steht im Gegensatz zu seinem Glauben oder seiner Weltanschauung, die er vor der Öffentlichkeit bekennt.

Während das Christentum lehrt, daß Christus für alle Menschen geboren und gestorben sei, gelebt und gelitten habe und neben ihm jeder andere Glaube Irrtum sei und keine Berechtigung zum Dasein habe, während der Marxismus für alle Menschen, Völker und Rassen den Klassenkampf und den Bürgerkrieg, die Herrschaft der Arbeiterklasse und nach Vernichtung aller anderen Klassen die klassenlose Gesellschaft unter einheitlicher Führung auf der ganzen Welt erstrebt, während beide, Christentum und Marxismus, in ihrem Wirken und Gestalten von Ideologien und Willenszielen bestimmt sind, gibt die Gotterkenntnis Ludendorff erkannte

Tatsächlichkeit. Sie sieht viele Religionen in der Geschichte und bejaht sie als Ausdruck ihrer Zeit und gibt ihnen ein Recht auf Dasein für ihre Zeit. Im „Triumph des Unsterblichkeitwillens" heißt es (Seite 111/112):

„Ein Glaube ist nur so lange lebendige Kraft und nicht Gefahr seelischer Erkrankung, als er wirklich an den jeweiligen Grenzen der Vernunfterkenntnis einsetzt, wie der Fetischismus auf der Erkenntnisstufe des Negers, wie die Lehre des Inders Jisnu Krischna 6000 Jahre vor unserer Zeitrechnung, aus der viele christliche Lehren entlehnt sind, bis zur Entdeckung des kopernikanischen Weltsystems und vor der Befruchtung unseres Denkens durch die Entwicklungsgeschichte, und wie Schopenhauers Glaube nach Kants ‚Kritik der reinen Vernunft'.

Wenn aber die Vernunft nach dem Stande ihres Wissens Grundlehren des Glaubens mit Sicherheit als falsch nachweisen kann, weil diese Lehren schon innerhalb der erreichten Grenzen des Erkennens irrten, so verliert diese Glaubenslehre an Macht der Überzeugung, und es kann gar leicht geschehen, daß auch die im Grunde stark innerlichen und wahrhaftigen Menschen unter die Leugner des Göttlichen gehen."

Und weiter (Seite 114):

„Ein einmal vom Menschen erreichter Grad der erkennenden Vernunft läßt sich nie wieder, weil er Religionen der Vergangenheit gefährlich scheint, aufgeben; so kann nur eines retten, eine Gotterkenntnis, die im vollen Einklang steht mit der Naturerkenntnis unserer Zeit."

(Seite 116):

„Unsere Betrachtungen führen uns also zu der Einsicht, daß alle Gotterkenntnis, die die Denkenden eines Volkes lebendig erhalten soll, der jeweiligen Stufe des Vernunfterkennens nirgends widersprechen darf, daß aber außerdem die Wortgestaltung das religiöse Erleben ihres Schöpfers in Klarheit und Fülle wiedergeben muß."

Die Gotterkenntnis Ludendorff sieht viele Religionen in der Geschichte und in der Gegenwart und bejaht sie als Ausdruck der Kulturgestaltung der verschiedenen Rassen und Völker und des schöpferischen Wirkens einzelner Menschen. Die einen gehen dem Tode mit Furcht entgegen, ihr Sinnen ist beherrscht von der Furcht vor dem Sterbenmüssen. Ihre Kultur nennt die Wissenschaft die chtonische oder Erdkultur. Die anderen überwinden die Furcht; ihr Sterbenmüssen wird zu einem Sterbenkönnen. Frau Dr. Ludendorff sagt (Seite 205/206) im „Triumph des Unsterblichkeitwillens" hierzu:

„Sie zeigen auf jeder Stufe der Erkenntnis, wie sehr sich ihr Blick immer wieder von Leid und Tod und den Schicksalsschlägen wegwendet und die tiefen Rätsel des Werdens und Vergehens weit eher in heiligem Staunen als etwa mit Furcht betrachtet. Ihr Blick wendet sich der Weite des Kosmos zu, der nächtliche Sternenhimmel ist die älteste heilige Schrift Gottes. Die zuverlässige, unantastbare kosmische Gesetzmäßigkeit, die sie bei ihrer Erforschung der Ereignisse am Sternenhimmel entdecken, erfüllt sie mit Vertrauen zu dem Göttlichen. Und alles, was in ihrer Umwelt ähnliche Gesetzmäßigkeit zeigt, ist für ihr Auge von göttlichem Willen erfüllt, so die Gezeiten des Jahreswechsels und Geburt und Tod, Werden und Vergehen aller Lebewesen. Aus der Tatsache, daß sie selbst alle dieser unerbittlichen Gesetzmäßigkeit unterworfen sind, entnehmen sie voll Freude die Erkenntnis, daß auch sie vom göttlichen Willen erfüllt und deshalb eins sind mit dem gewaltigen Weltall. So suchen sie ihr Leben, auch Geburt und Tod, den Gezeiten des Jahreswechsels einzufügen. Diese Kulte nennt der Forscher ‚siderische', d. h. Sternhimmelkulte."

Die Religion ist als lebendige Kraft in den Völkern und Menschen von den Erkenntnissen der Wissenschaft und vom Rasseerbgut bedingt.

Während Christentum und Marxismus den Willen Gottes oder den Willen alles natürlichen und seelischen Geschehens in dem Streben nach Einheit und Vereinheitlichung sehen, zeigt die Gotterkenntnis Ludendorff, daß der Wille zur Mannigfaltigkeit Ausdruck göttlichen Wollens ist. Der göttliche Wille zur Mannigfaltigkeit ließ die Elemente, die Pflanzen und Tiere und die Rassen und Völker der Menschen und die Religionen werden. Sie haben alle ein Recht auf Dasein. Aus dieser Weltanschauung allein ergibt sich, daß Toleranz ihr als Wesensbestandteil innewohnt. Niemand ist gehindert in einem Staat, welcher nach der Gotterkenntnis Ludendorff gestaltet ist, seinen Gottglauben und seine Weltanschauung zu leben und zu betätigen. Mag der Glaube einer vergangenen Zeit angehören, mag er nach den Seelengesetzen einer anderen Rassen- und Volksseele geprägt sein als derjenigen, die in der schöpferischen Leistung der Gotterkenntnis Ludendorff Ausdruck fand. Da Toleranz mehr ist als Duldung, eben Toleranz auch Achtung ist, muß zur äußeren Betätigung eines Glaubens und einer Weltanschauung noch ein Inneres, ein Seelisches hinzukommen: die Überzeugung. Nur wer überzeugt glaubt und handelt, nur wer seiner Überzeugung gemäß lebt, verdient Achtung, vorausgesetzt, daß seine Überzeugung auch einem hohen und lauteren Gewissen entspricht. Der Großinquisitor Torquemada war überzeugt davon, daß er ein Gott wohlgefälliges Werk tat, als er mit gutem Gewissen Menschen mordete. Wer überzeugt in seinem Glauben Göttliches erlebt, verdient Achtung, wie sie Mathilde Ludendorff im Vorspruch zum „Triumph des Unsterblichkeitwillens" bekundet:

„Ich werde euch zu heil'gen Höhen führen,
Doch schreitet leise, daß ihr sie nicht stört,
Die in den alten Tempeln gläubig knien,
Das Göttliche erlebend."

Wer die äußeren Formen eines Glaubens oder einer Weltanschauung betätigt, erfährt Duldung. Heuchelei ist unsittlich und deshalb ein Übel. Organisierte Heuchelei kann ein Volk verwesen lassen. Da macht nun auch die Gotterkenntnis Ludendorff keine Ausnahme. Wer nur so tut, als ob er sich zu ihr bekennt, kann Duldung erwarten, aber nicht Toleranz, nämlich Duldung und Achtung.

Die Idee der Toleranz ist eng gebunden an die Idee der Freiheit. Die göttlichen Wünsche zum Schönen, Guten und Wahren und die Menschenliebe können nur erfüllt und betätigt werden in Freiheit. Spontan, ursachlos werden sie wach in der Menschenseele, unabhängig von den Vorstellungen, die der Mensch sich von Gott, von dem Gottglauben oder einer Weltanschauung macht. Das gotterlebende Ich erfüllt sie; der lustversklavte Selbsterhaltungswille bekämpft und unterdrückt sie. Ein Gottglaube oder eine Weltanschauung können Hilfe sein zur Erfüllung der göttlichen Wünsche, sind aber niemals eine Gewähr dafür, auch nicht die Gotterkenntnis Ludendorff. Sie birgt sogar die große Gefahr in sich, die göttlichen Wünsche von der Vernunft verzerren und mißbrauchen zu lassen, sie zu Mitteln und das Gotterleben zum Zweck herabzuwürdigen. Kein Gottglaube, keine Weltanschauung ist ein absolut sicherer Weg oder ein absolut sicheres Hindernis zum Gotterleben. Daraus folgt zwingend, daß Freiheit auf der einen und Toleranz auf der anderen Seite die Bedingungen sind, die es ermöglichen, das menschliche Dasein im großen, in den Massen der Menschen, mit Sinn zu erfüllen. Einzelne geniale

Menschen haben in der Geschichte, auch der ärgsten Bedrängung zum Trotz und angesichts von Folterqualen und des Todes den Sinn ihres Daseins gelebt.

Die Toleranz der Gotterkenntnis Ludendorff ergibt sich aus zahlreichen Worten Mathilde Ludendorffs. Ich führe die Worte aus dem Werke „Die Volksseele und ihre Machtgestalter — eine Philosophie der Geschichte", Kapitel „Die Rassen und Völker im Lichte unserer Erkenntnis", Seite 19, an:

„Vergessen oder überhaupt nicht beachtet aber wurde der so ernste Nachweis in meinem Werke ‚Selbstschöpfung', daß der einzelne Vertreter der Rasse keineswegs durch sein Rasseerbgut an sich schon mehr- oder minderwertig ist, sondern daß die Art der Seelenwandlung und Selbstschöpfung, die er wählt, über seinen persönlichen Wert bestimmt. Diese Erkenntnis, die durch den Nachweis der Umdeutung des Rasseerbgutes im Bewußtsein erhärtet wurde und zum ersten Mal den Wahn der Mehrwertigkeit oder der Minderwertigkeit des einzelnen Vertreters einer Rasse wegen seiner Rassezugehörigkeit widerlegt, wäre ja allein imstande, die Todesgefahr, die heute über den endlich wieder zum Rassebewußtsein erwachten nordischen Völkern schwebt, noch zu bannen. An die Stelle der vom Christentum gelehrten Ahnenverachtung soll nämlich die Ahnenvergottung gesetzt werden. Das Erwachen zum Rassebewußtsein verliert hierdurch seine völkerrettende Kraft. Die Erwachten vergessen, daß jedes Rasseerbgut für den einzelnen Menschen seine ganz besonders gearteten Gefahren birgt, ganz ebenso wie es seinen ganz besonderen Schutz gegenüber bestimmten Gefahren über den einzelnen Menschen ausstrahlen kann, wie dies alles in den vorangegangenen Werken nachgewiesen ist."

Mathilde Ludendorff sagt dann weiter (Seite 20), jedes Rasseerbgut sei

„dazu geeignet, zur Weisheit und zum Irrtum zu führen, niemals aber den Sinn der Schöpfung zu behindern, stets die Wahl der einzelnen Menschenseele jedweder Wandlung und Selbstschöpfung möglich zu erhalten".

Die Intoleranz dogmatischer Religionen und Weltanschauungen führt zu einem totalitären Staat. Wir erinnern uns, daß der katholische Staat jede öffentliche Betätigung eines anderen als katholischen Glaubens verbieten wird, daß der marxistische Staat zu dem führt, was wir täglich im Osten sehen. Demgegenüber sagt Mathilde Ludendorff in dem Kapitel „Der Selbsterhaltungswille der Volksseele" des genannten Werkes (Seite 56):

„Wir erkennen hier schon, daß es nicht nur Mord an der einzelnen Seele, sondern auch Mord am Volke bedeutet, wenn Menschentorheit den Abklatsch eines Ameisenstaates über Menschen errichten will und den tiefen Sinn der geheimnisvollen Gesetze der Volksseele im Zwangsstaat verschüttet, ja vernichtet."

Ein ganzes Werk Mathilde Ludendorffs ist von der Idee der Toleranz erfüllt: „Das Gottlied der Völker — eine Philosophie der Kulturen." Alle Völker und Rassen haben ihr Gottlied, ihre Kultur als gleichnishaften Ausdruck des Gotterlebens und seiner Mannigfaltigkeit, als Erscheinung gewordene Erfüllung der göttlichen Wünsche. Ich nenne das Kapitel „Das Gottlied der Völker einmalig und unersetzlich". Diese Erkenntnis verpflichtet zur Erhaltung der Rassen und ihrer Kulturen, ihres Gotterlebens als Wille Gottes zur Mannigfaltigkeit in der Erscheinung.

Religionen, die intolerant sind, die also mit anderen als geistigen Mitteln sich Geltung verschaffen wollen, und Religionen, die zur Einheit streben, die aus den Rassen und Völkern eine Herde und einen Hirten machen wollen, sind Bedrohungen des Gotterlebens und der Kulturen und führen zum Absturz vom Gotterleben.

In dem Werke „Deutscher Gottglaube" sagt Mathilde Ludendorff (Seite 54/55):

„Weil Gott das Weltall durchseelt, so kennt das deutsche Gutsein auch eine Liebe zu den Völkern der Erde. Der Deutsche sieht sie alle durchseelt vom Ahnen des Gottes, doch ungleich ist ihr Glaube und Gutsein. Gotterhaltungswille ehrt er auch in dem Menschengeschlecht der Erde. Den Völkern die Reinheit des Blutes und ihren Artglauben zu schützen und zu erhalten, ist Sinn seines Gutseins. Denn selbst die gottfernste reine Rasse, die im Artglauben lebt, ist noch seelenvoll und gut im Vergleich zum artuntreugewordenen Mischvolk, das im Fremdglauben versumpft und seine Volksseele erstickt.

Gotterhaltung in allen Rassen der Erde ist Sinn deutscher Menschenliebe. Deutscher Menschenhaß gilt dem völkervernichtenden Willen, der Artglauben, Sitten und Sprachen verdrängt und Blutmischung predigt, ja, der es wagt, diesen schlimmsten Völkermord Menschenliebe zu nennen!

Der Deutsche, der das Weltall gottdurchseelt sieht, weiß, daß Gott sich nicht irgendwann und irgendwo, sondern immer neu in den Geschlechtern der Menschen offenbart. Unfaßlich ist ihm die Lehre, daß Gott 300 000 Jahre Menschengeschlechter leben und sterben ließ, ohne sich zu offenbaren, um dann nach 298 000 Jahren sich zum ersten Male in einem Volke erkennen zu geben und die Menschen zu erlösen."

Und ferner (Seite 56):

„Deutsche Menschenliebe will Gotterhaltung in allen Rassen, sie ruft unser Volk als erstes im großen Endkampfe auf den Plan."

Im geistigen Kampf und Ringen gegen die intoleranten Religionen und Weltanschauungen weiß sich die Gotterkenntnis Ludendorff stark und mächtig, so stark und mächtig, daß die anderen immer wieder die Wege und Mittel der List und der Tücke versuchen und anwenden, um die Gotterkenntnis Ludendorff zu unterdrücken und zu vernichten, sie zunächst, wie es ein katholischer Staat als Gebot christlicher Nächstenliebe tun muß, in der Öffentlichkeit zu unterdrücken, um sie später, wenn dies gelungen ist, ganz zu vernichten.

Demgegenüber ist der Kampf und das Ringen der Gotterkenntnis Ludendorff um Selbstbehauptung geistiger Art und wird auf der Grundlage der Geistesfreiheit und der Toleranz geführt. Hier gibt es zwei Tatsachen, die überzeugend sind: Alle intoleranten Religionen und Weltanschauungen haben Organisationen mit einer Priester- oder Führer-Hierarchie. Sie sind bis ins kleinste regional durchorganisiert, haben, von der obersten Spitze angefangen, Provinzen bis hinab zu den Gemeinden, haben Gaue, Kreise und Ortsgruppen. Der Bund für Gotterkenntnis Ludendorff

---

Frühlingserwachen

**Durch letzten Herbstes falbe Blätter dringen
Des neuen Lebens lichtgezeugte Triebe.
Die alten Rispen, die vergehend springen,
Ernähren still mit ihrer stummen Liebe,
Was da die Kraft zu rechtem Werden braucht.
Und während rings der Schnee sich sacht verhaucht
In lauen Windes zaubermächtiges Streifen,
Entfaltet sich in seligem Begreifen
Das erste Blühn zu wundersamem Schwingen
Und füllt die Welt mit jubelschwerem Klingen.**

Erich Limpach.

hat satzungsgemäß nur Mitglieder und einen Vorstand ohne Gaue, Kreise und Ortsgruppen.

Die Erziehung unserer Kinder nach den Gesetzen der Menschenseele, wie sie Frau Dr. Ludendorff in ihren Werken entwickelt hat, vermeidet jede Suggestion. Sie fordert, daß die Kinder und die Jugend das nahegebracht erhalten, was sie nach der Entwicklung ihrer Vernunft und ihres Seelenlebens, nach ihrem Erleben des Gutseins, des Schönen und des Wahren begreifen könen, um als Erwachsene befähigt zu sein, sich mit starker Wahlkraft selbst zu entscheiden. Frau Dr. Ludendorff sagt hierüber in dem Werke „Des Kindes Seele und der Eltern Amt — eine Philosophie der Erziehung" in dem Kapitel „Der Hüter des Gotterlebens" (Seite 286):

„Jene Religionen aller Zeiten, die das Kindesalter — wie wir nach unserer Erkenntnis sagen müssen — mißbrauchen, um ausgestattet mit einer Strafgewalt und Autorität über das Kind, Glaubensvorstellungen dem Kinde zu geben, setzen das Kind dauernd unter Wachsuggestion. Sie bringen das Gebotene als unantastbare Wahrheit, fordern unter Verängstigung — wohl gar mit Höllenstrafen — die feste Überzeugung von der Tatsächlichkeit und erzwingen sich die Machtstellung im Bewußtsein hier genau so gut wie der Hypnotiseur im Hypnotisieren. Sie erreichen auch genau das Gleiche wie dieser, der die Kartoffel dem Hypnotisierten überreicht und von ihm verlangt, daß er sie als Apfel ißt, indem er alle möglichen und unmöglichen Vorstellungen ernsthaft und für wahr hält."

Ferner heißt es in demselben Kapitel (Seite 299):

„Wir müssen also nach diesem Einblick sehr wohl begreifen, daß verschiedene Religionen der Erde, die im vollen Widerspruch stehen mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Naturgesetze und mit den Denkformen der Vernunft, einen sehr großen Wert darauf legen müssen, den Menschen schon von früher Kindheit an, schon vom 6. Lebensjahr an häufig und eindringlich unter Anwendung von Strafgewalt zu suggerieren. Der Bestand dieser Religionen hängt völlig von der Erfüllung dieser Forderungen ab, aber es hängt von ihr auch die Möglichkeit einer Unmenge von okkulten und anderen Sekten ab. Denn wäre nicht das Kind durch die Suggestionen mit einzelnen krankhaften Symptomen im Bewußtsein behaftet, so würde es sich nicht als Erwachsener zu den Glaubensvorstellungen aller dieser Sekten und Lehren bekehren lassen."

Es werden aber in der Erziehung nach den seelengesetzlichen Erkenntnissen der Gotterkenntnis Ludendorff nicht nur Suggestionen vermieden, die zu den Erkenntnissen der Wissenschaft und der Vernunft im Widerspruch stehen. Selbst da, wo Wahrheit, wo Erkenntnis, die mit dem Stand der Wissenschaft im Einklang stehen, gegeben werden soll, müssen Suggestionen vermieden werden, insbesondere auch alles das, was die Kinder und die Jugend mit dem bekanntmachen soll, was wir als das in Worte gefaßte Ergebnis eines tiefen und selbstschöpferisch gestalteten Gotterlebens Gotterkenntnis Ludendorff nennen. In dem zitierten Werke heißt es in demselben Kapitel hierüber (Seite 300):

„Bringt man Glaubensvorstellungen in autoritativer Weise an die Kinder heran, stellt man sie ihnen als Tatsachen vor, so ist es gar nicht zu umgehen, daß sie als Suggestionen auf die Kinderseele wirken, und dann reihen sich andere Schädigungen ganz unmerklich noch an. Wir werden also unser Hüteramt am Kinde nicht damit erfüllt wähnen, daß wir es vor der christlichen Aufzucht und somit vor all den häufigen, ungeheuer ernsten Schädigungen schützen, sondern wir werden auch nicht dulden, daß ihm ‚artgemäße Glaubensvorstellungen' gegeben werden. Erst der herangewachsene Mensch schafft sich ein Weltbild oder

wählt ein wesensverwandtes anderer Menschen seines Blutes, die es in Worte gefaßt haben.

Ganz anders geartet ist unser Gestalten an der Seele unseres vor jeder Glaubenssuggestion bewahrten Kindes, in seltenen Stunden, in denen sein Seelchen sich uns ganz öffnet."

Nur die Gotterkenntnis Ludendorff, die keine Dogmen gibt und keine Ideologie, sondern erlebte und erkannte Tatsächlichkeit, ist imstande, der Idee und der Geisteshaltung der Toleranz die Kraft zu geben, die die Menschen befähigt, die Intoleranz im Leben des deutschen Volkes und aller Völker zu überwinden und die Angriffe der dogmatischen Intoleranz von Religionen und Weltanschauungen abzuwehren und ihre Organisationen, die Kirchen und Parteien, in die Schranken zu weisen.

Der Quell

Folge 8 München, 23. 4. 1959 11. Jahr

Unter dem Atomschwert

Von Harald Ostmann

Zeitschrift für Geistesfreiheit

Ein Schritt zur Geistesfreiheit

Von Dr. Mathilde Ludendorff

In der Volkswarte Folge 12 vom 20. 3. 1959, die ich auch diesmal wieder mit Freude gelesen habe, steht auf der Seite 2 eine Abhandlung „Trennung von Kirche und Staat". Alle die Menschen, die den großen Abwehrkampf gegen die Wege und Ziele der überstaatlichen Mächte, den das Haus Ludendorff schon seit 3 Jahrzehnten führt, überzeugt vertreten, wissen es, wie manches Mal General Ludendorff betont hat, von welch großer Bedeutung es für die Freiheit der Völker der Erde sein werde, wenn die Trennung von Kirche und Staat durchgeführt sein würde. Wenn zwar das Aktien-Kapital der römischen Kirche in der Höhe von mehr als 50 Milliarden Mark ihr schon einen gewaltigen Einfluß in allen Staaten möglich macht,

auch schon allein durch Finanzierung der Parteien, so sahen wir doch eine starke Stütze für die Geistesfreiheit der Völker, wenn in ihnen die Trennung von Staat und Kirche durchgeführt würde. Solcher Schritt würde es ja als Selbstverständlichkeit nach sich ziehen, daß die Kirchen selbst ihre Steuern einziehen müßten, daß nicht mehr die Staaten diese Pflicht für sie übernähmen. So halten wir denn die Meldung jener Abhandlung für sehr wichtig, die uns sagt, daß der amerikanische Senator John F. Kennedy, der ein Katholik ist, sich mit aller Entschiedenheit für die Trennung von Staat und Kirche ausgesprochen hat, dabei auch betonte, daß die Zahlungen von Bundesmitteln für Kirchen und religiöse Schulen aufhören müßten, und daß er auch die US-Botschaft beim Vatikan ablehne.

Sehr mit Recht betont jene Abhandlung, daß sich dann die Kirche selbst erhalten und selbst die Mitgliederbeiträge einziehen muß. Ferner macht sie auch mit Recht darauf aufmerksam, was der Feldherr und ich immer betont haben, daß dann ein großer Teil der Namenschristen, die ja heute von den Theologen auf 90 Prozent beziffert werden, aus der Kirche austreten würden und dann in der ernstesten Frage des Lebens nicht mehr so oft geheuchelt werde.

Wenn nun zwar jene Abhandlung in der Volkswarte damit abschließt, daß ja in den USA ein Katholik überhaupt nicht Präsident werden könne und wohl Kennedy sich nur wegen dieser Forderung der Trennung von Staat und Kirche den Präsidentenstuhl erwerben wollte, um dann als Präsident doch wieder die Kirche zufriedenzustellen, so mag dies ja möglich sein. Aber ich halte dennoch diese Forderung des Senators Kennedy für sehr wichtig. Denn sie würde gewiß auch in einer Reihe anderer Völker der Erde die gleiche Forderung auslösen können, und dann hätten die Völker einen unendlich wesentlichen Schritt zur Geistesfreiheit getan, der — und das war für den Feldherrn und mich das allerwichtigste — von irgendwelchen Gewaltmaßnahmen oder Übergriffen auf die religiöse Überzeugung anderer Menschen absieht.



Zeitschrift für Geistesfreiheit

Erscheinungsort München Postversandort München

Inhalt: Seite

Geheiligte Sklaverei?

Von Walter Löhde

Folge 6 23. 3. 1956 8. Jahr

Zeitschrift für Der Quell Geistesfreiheit

Folge 6 23. 3. 1956 8. Jahr

Geheiligte Sklaverei?

Von Walter Löhde

Im vergangenen Jahre hat Papst Pius XII. den marxistischen Maifeiertag – den ersten Mai – in einen katholischen Feiertag umgewandelt. „Damit" – so erklärte er den Arbeitern –

„euch dieser Sinn des Festes der Arbeit allzeit gegenwärtig sei ... freuen Wir Uns, euch Unseren Entschluß mitzuteilen, daß Wir das liturgische Fest des hl. Joseph, des Handwerkers, eben auf diesen Tag, den 1. Mai, verlegen."

Der Papst tat dies – wie gesagt wurde – „damit der Tag der Arbeit eine christliche Deutung erfahren soll". Hitler hatte diesem „Tag der Arbeit" bereits eine nationalsozialistische Deutung gegeben. Kürzlich hat der Papst erklärt, die katholischen Arbeitgeber „müßten ihre Arbeiter und Angestellten als Menschen behandeln", was sie demnach anscheinend nicht tun oder nicht getan haben. Auf solche Weise wird das Christentum bzw. die Kirche zur alleinigen und erhabenen Vorkämpferin für den sozialen Fortschritt und nimmt dem Sozialismus den Wind aus den Segeln.

Diese Methode erinnert an die alte Geschichtslüge, welche dem Christentum die Bekämpfung und Abschaffung der Sklaverei zuspricht. Eine Lüge, die heute immer wieder nachgesprochen und hartnäckig geglaubt wird. Im Hinblick darauf ist es nun allerdings recht merkwürdig, daß der „heilige" Thomas von Aquin, der Spezial-„Heilige" der ketzerbrennerischen Dominikaner, in zunehmendem Maße – zumal in akademischen Kreisen – genannt, bewundert und empfohlen wird. Vielleicht hängt es damit zusammen, daß die Dominikaner wieder – nach langer Zeit – in Deutschland tätig sind. Zu ihnen gehörte bekanntlich der berüchtigte Ketzermeister Hoogstraten, den Ulrich von Hutten bekämpfte und der zu Köln sein Unwesen trieb. Heinrich Heine widmete ihm und Köln folgende Verse:

„Ja, hier hat einst die Klerisei
Ihr frommes Wesen getrieben,
Hier haben die Dunkelmänner geherrscht,
Die Ulrich von Hutten beschrieben.

Der Kankan des Mittelalters ward hier
Getanzt von Nonnen und Mönchen;
Hier schrieb der Hoogstraten, der Menzel von Köln,
Die gift'gen Denunziatiönchen."

Es hat sich inzwischen zwar manches geändert. Die Dunkelmänner herrschen allerdings immer noch in Köln. Aber „der Kankan des Mittelalters" wird heute von Politikern in der „Abendländischen Akademie" getanzt, und die „giftigen Denunziatiönchen" sind — zumal gegen uns — zu „giftigen Denunziationen" ausgewachsen.

Zu diesen Denunziationen gehört auch der im November vorigen Jahres in vielen Zeitungen gegen Frau Dr. Ludendorff und unsere Zeitschrift gerichtete Artikel (vergl. Folge 24/55, S. 1147/9). Darin wurde u. a. — unwahr wie gewöhnlich — behauptet, wir hätten in einem Aufsatz „festgestellt", das Christentum sei „nur zur Versklavung der Menschen geeignet". Das Wörtchen „nur" verändert nämlich den Sinn dessen, was tatsächlich geschrieben wurde, erheblich und soll bei den Christen einen falschen Eindruck erwecken. Das Christentum ist zwar nicht „nur" zur Versklavung der Menschen geeignet, aber — das ist eine Tatsache — es ist auch dazu geeignet. Es kann diesem Ziele überstaatlich wirkender Mächte sehr wohl dienen und hat ihm gedient. Das wird theoretisch durch die Soziologie des Thomas von Aquin — und praktisch durch das Verhalten der Kirche und ihrer Vertreter bestätigt.

Wir sagten bereits, daß dieser Thomas von Aquin heute seine Wiederauferstehung erlebt. Seine Theorien sollen die von der „Abendländischen Akademie" erstrebte und propagierte mittelalterliche Staats- und Gesellschaftsordnung stützen. Und zu dieser Gesellschaftsordnung des Aquinaten gehört — die Sklaverei.

Der theologische Schriftsteller Thomas von Aquin (1224—1274) genießt in der katholischen Kirche ein ganz besonderes Ansehen. Nach Meratus und Nauclerus ist er der eigentliche Stifter des Fronleichnamfestes. Er ist „Kirchenlehrer", „Kirchenvater", „Doctor angelicus" (engelischer Lehrer) und „Princeps theologorum" (Fürst der Theologen). Papst Johannes XXII. (1316—1334) sprach ihn heilig. Innocenz VI. (1352—1362) erklärte:

> „Die Lehre des heiligen Thomas von Aquin zeichnet sich aus vor allen anderen, nur ausgenommen die der kanonischen Bücher (die Bibel), durch Wahrheit der Lehrsätze, so daß, die ihnen folgen, niemals auf einen Irrtum betroffen werden."

Papst Leo XIII. (1878—1903) schrieb in der Enzyklika „Aeterni Patris" vom 4. 8. 1879 u. a.:

> „Unter den Lehrern der Scholastik ragt weit hervor der Fürst und Meister aller (princeps et magister omnium), Thomas von Aquin. Der Sonne gleich hat er den Erdkreis mit dem Glanze seiner Lehre erfüllt." (Sämtliche Rundschreiben Leos XIII. Amtl. Ausg. Freiburg 1881—1894; 1. Samml.)

Demnach sind die Lehren des Thomas von Aquin für die katholische Kirche und deren Gläubige unbedingt verbindlich.

Thomas leugnet nun das heute so oft und gern betonte Naturrecht auf die Freiheit. Aus diesem Grunde verteidigt und fordert er — durch deren Bestehen beeinflußt — die Aufrechterhaltung der Sklaverei. Er beruft sich dabei auf Aristoteles, den er aber nur aus ungenauen lateinischen Übersetzungen kannte, weil er die griechische Sprache nicht beherrschte. Aristoteles (384—322 v. u. Ztr.) hatte die Sklaverei gegen die Lehren der griechischen Sophisten verteidigt. Das überrascht bei dem geschmeidigen Erzieher Alexanders nicht. Diese griechischen Philosophen — Sophisten genannt — lehrten, die Gottheit

habe allen Menschen die Freiheit verliehen. Daher könne es von Natur aus keine Sklaven geben. Bereits bei Euripides, Platon und den Kynikern finden wir Forderungen zur Anerkennung der Menschenwürde, der die Sklaverei so sehr widerspricht. Es bahnten sich also bereits in vorchristlicher Zeit Gedanken an, welche Schiller in dem Satz zusammenfaßte: „Der Mensch ist frei geschaffen, ist frei, und würd' er in Ketten geboren."

Diese Entwicklung wurde durch das zur Macht gelangende Christentum unterbrochen. Obgleich die ersten Christen unter den bedrückten Sklaven ihre meisten Anhänger fanden, erkannten ihre Theologen die bestehende Sklaverei aus politischen Gründen an, während sie den zuvor propagierten Kommunismus verwarfen. Diese Umstellung wurde damit begründet, daß Christus nirgends den Umsturz der sozialen Verhältnisse gefordert und Paulus die soziale Stellung in diesem Leben als völlig belanglos erklärt habe. Immerhin bedurfte es einer theologischen Erklärung der Sklaverei. Dazu war das Dogma von der Sünde der Menschheit, zumal der „Erbsünde" außerordentlich brauchbar. Die Theologen und Kirchenväter erklärten, die Menschen seien zwar von Gott ursprünglich frei geschaffen. Aber ebenso sei die Sklaverei von Gott als eine Folge der Sündhaftigkeit eingeführt worden und müsse daher von Christen gottgegeben und geduldig ertragen werden. (Man vergl. die betr. Ausführungen des Chrysostomos, Gregor von Nazianz, Theodoret und Augustinus.) Es ist nur eine Modifikation dieser Gedanken, wenn Basilius die Sklaverei auf Kriegsgefangenschaft, Verarmung und dergl. Ursachen zurückführt. Denn auch diese Zustände werden als eine Strafe Gottes für die Sünden der Menschheit aufgefaßt und müssen daher in ihren Folgen hingenommen werden. Einige Zitate mögen dies verdeutlichen.

„Ihr Sklaven, seid gehorsam eurem leiblichen Herrn mit Furcht und Zittern, in Einfalt eures Herzens, als Christo; nicht mit Dienst allein vor Augen, als den Menschen zu gefallen, sondern als die Knechte Christi, daß ihr solchen Willen tut von Herzen, mit gutem Willen. Lasset euch dünken, daß ihr dem Herrn dient und nicht den Menschen." (Paulus: 6. Epheser 5 ff.)

„Den Sklaven sage ich, daß sie ihren Herrn untertänig seien, in allen Dingen zu Gefallen tun, nicht widerbellen, nicht veruntreuen, sondern alle gute Treue erzeigen, auf daß sie die Lehre Gottes, unseres Heilandes, zieren in allen Stücken." (Paulus: Titus 2, 9.)

„Ihr Sklaven, seid untertan mit aller Furcht den Herren, nicht allein den gütigen und gelinden, sondern auch den wunderlichen ... Denn dazu seid ihr berufen ..." (1. Petrus 2, 18.)

„Sklaven und Sklavinnen behandle nicht hochmütig; aber auch sie sollen sich nicht blähen, sondern zur Ehre Gottes weiter Sklaven bleiben, auf daß sie herrlichere Freiheit von Gott erlangen. Nicht sollen sie begehren auf Gemeinkosten frei zu werden, damit sie nicht als Sklaven der Begierde erfunden werden." (Ignatiusbriefe, Ignatius an Polykarp 4, 3 ff.)

„Ihr Sklaven aber seid eurem Herrn untertan als dem Abbilde Gottes in Scheu und Ehrfurcht." (Apostellehre [Didache]; „Neutest. Apokryphen", herausg. v. Edgar Hennecke, Tübingen 1904, Seite 132 u. 190.)

Aus diesen Verlautbarungen geht die christliche Auffassung hervor. Thomas von Aquin suchte sie soziologisch zu begründen und griff dabei auf Aristoteles zurück. Luther — der sowohl auf die Apostel als auch auf die Kirchenväter Bezug nahm — hat der christlichen Auffassung über die Sklaverei in seiner „Heerpredigt wider den

Türken" (1542) bezeichnenden Ausdruck verliehen. Er sagt dort den kriegsgefangenen Sklaven:

„Vnd bey leib lauff nit hinweg (wie etliche thun) und meinen sie thun recht vnd wol daran. Nit, nit so, lieber bruder, du mußt denken, daß du dein Freiheyt verloren hast vnd eygen geworden bist, daraus du dich selbs on wissen vnd willen deines Herrn nicht on sünd vnd vngehorsame würcken kanst. Denn du raubest und stiehlest deinem Herrn deinen leib, welchen er kaufft hat oder sunst zu jm bracht, daß er fürthin nit d e i n, sondern s e i n gut ist, ein Vich oder andere seine habe."

Das entspricht Luthers folgenden Worten — und der christlichen Auffassung überhaupt —:

„Ein Christ ist ganz und gar Passivus, der nur leidet; ein Christ soll nichts in der Welt haben noch wissen, sondern ihm genügen lassen an dem Schatz im Himmel." — Der Christ muß sich, ohne den geringsten Widerstand zu versuchen, geduldig schinden und drücken lassen. Weltliche Dinge gehen ihn nicht an; er läßt vielmehr rauben, nehmen, drücken, schinden, schaben, pressen und toben, wer da will, denn er ist ein Märtyrer auf Erden."

Wie leicht sind solche Christen zu regieren! Es ist — vom Standpunkt der Tyrannen betrachtet — freilich zu beklagen, daß die echte christliche Frömmigkeit dieser Art schwindet oder bereits geschwunden ist. Es ist aber durchaus verständlich, daß man sie wieder einführen möchte. Daher die Lobpreisungen des frommen Mittelalters mit seiner widerspruchslosen Sklaverei und vorgespiegelten Himmelshoffnung.

Ganz dementsprechend bleibt der Sklave — gemäß der Lehre des Thomas — l e b e n s l ä n g l i c h Sklave. Er wird auch durch die Taufe n i e m a l s frei. Denn — so lehrt Thomas — Christus ist nicht gekommen, um „die Ordnung der Gerechtigkeit" — das ist für ihn die Sklaverei — durch den Glauben aufzuheben. Die Menschen seien durch Christus nicht etwa von der körperlichen, sondern allein von der seelischen Sklaverei befreit worden. Daher würde diese körperliche Sklaverei erst im „zukünftigen Leben", im Himmel, enden.

Man erkennt hier, wie den Unterdrückten die harte Wirklichkeit durch eine vorgespiegelte Unwirklichkeit erträglich gemacht werden soll. Man vertröstet den Sklaven auf den „Himmel", um ihm seine traurige Lage auf der Erde begreiflich zu machen. Es ist nur recht auffallend, daß sich die ihre Sklaven ausbeutenden Herren im gegenwärtigen Leben auf Erden wohler fühlten.

Nun, heute sagen die meisten Christen — zumal die Enteigneten und Entrechteten — mit Heinrich Heine:

„Ja, Zuckererbsen für Jedermann,
Sobald die Schoten platzen!
Den Himmel überlassen wir
Den Engeln und den Spatzen."

Hans Meyer meint in seinem Buch „Thomas von Aquin" (Bonn 1938), die Kirche habe insofern ein Verdienst,

„daß sie dem Sklaven durch seine Gleichstellung und Gleichschätzung innerhalb der Christengemeinde einen Lebensausschnitt sicherte, in dessen Rahmen er sich als vollwertigen Menschen fühlen und betätigen konnte. Vor Gott sind alle Menschen gleich und haben das Gleiche zu erwarten, das Gericht, Bestrafung für die Sünde, Belohnung für ein gutes Leben."

Diese „Gleichstellung“ hatte indessen keinen praktischen Wert. Die Behandlung christlicher Sklaven durch christliche Herren blieb nach wie vor — zumal in dem christlich-byzantinischen Staat — durchgehends grausam und hart. Derartige Theorien mochten in Schriften paradieren, für das praktische Leben waren sie ganz wertlos und wurden — von Ausnahmen abgesehen, die es auch im Heidentum gab — nicht befolgt.

Auf diese Weise — so schrieb der Theologe Joh. Gottfr. Herder —

„ward Europa voll leibeigener Knechte, die Sklaverei, die diese drückte, war umso härter, da sie eine christliche, durch politische Gesetze und das blinde Herkommen in Regeln gebrachte, durch Schrift bestätigte, an die Erdscholle gebundene Sklaverei war. Von Rom aus war dagegen keine Hilfe zu erwarten, seine Diener selbst hatten sich mit anderen in die Herrschaft Europas geteilt, und Rom selbst gründete sich auf eine Menge geistlicher Sklaven.“ (Joh. Gottfr. Herder: „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit“, Riga und Leipzig 1784, 19. Buch, 4. Teil.)

Thomas von Aquin war geistig viel zu beschränkt, um auf dem sozialen Gebiet fortschrittliche Gedanken entwickeln zu können, wie etwa der geniale Arnold von Brescia, der seiner freiheitlichen Betätigung wegen im Jahre 1155 als „Ketzer“ zu Rom verbrannt wurde. Thomas wollte die Sklaverei im Staatswesen erhalten wissen und griff zur Begründung seiner Auffassung auf die Autorität des Aristoteles zurück. Er ging von der Feststellung aus, daß es Menschen mit einem kräftigen Körper und einem schwachen Geist gibt. Diese sind — nach seiner Lehre — zur Sklaverei, zur Versklavung bestimmt. Denn Sklaven sind zur Herbeischaffung der Lebensbedürfnisse ihrer Herren notwendig. Der Sklave ist ein „quasi instrumentum domini in operando“, d. h. ein „beseeltes Werkzeug“ — keine „causa sui“ — er ist für einen anderen da und das Eigentum des Herrn. Zu den Sklaven bzw. zu den Menschen, die als Sklaven gehalten werden sollen, rechnet Thomas das Hausgesinde, durch Krieg oder Kauf erworbene Ausländer und zumal die Bauern mit ihren Sippenangehörigen und Nachkommen. Die Sklaven sind — wie die Tiere — keine vollwertigen Menschen und gehören daher nicht zu der staatsbürgerlichen Gemeinschaft. Er schreibt:

„Die Bürger im schlechthin besten Staate müssen wirken, daß sie glücklich sind, und müssen das haben, was Prinzip hierzu ist... Im besten Staate sind Bürger die, welche die Kriegführung und Beratung (Verwaltung) besorgen... In ihren Händen muß auch der Besitz liegen. Daher ist es zuträglich, daß in einem solchen Staat die Bauern Sklaven sind, und zwar entweder Ausländer, die als Fremde kommen, oder dienende Leute. Bauern, Handwerker und Arbeiter, die um Lohn ihre Arbeit tauschen, sind in einem Staate notwendig, aber durchaus nicht Teile des Staates an sich. Krieger, Berater und Priester aber sind Teile des Staates und sind unterschieden von den Vorhergehenden für alle Zeit.“

„Die Staatsbürger müssen darüber wachen, ihre Herrschaft über die auszuüben, welche von Natur bestimmt sind, ihnen zu dienen: Denn diese Herrschaft ist gerecht, und gegen solche führt man gerechten Krieg, falls sie sich rebellisch zeigen sollten.“

„In Betreff der Sklaven, welche das Land bebauen, ist es zuträglich, daß sie stark von Körper sind, schwach (deficientes) an Verstand, von wenig Mut und nicht von demselben Volksstamm; denn so werden sie nützlicher sein für die Bearbeitung des Landes und nicht ausarten in Machenschaften gegen ihre Herren.“

„Die Juden sind Sklaven der Kirche, über deren Habe sie verfügen kann. Durch ihre Verschuldung an Christus sind sie, streng genommen, von Rechts wegen ewiger Sklaverei

verfallen, aber die christliche Milde duldet ihr Zusammenwohnen und macht sie, anstatt zu wirklichen Sklaven, bloß zu Kammerknechten (servos tributarios.)" (Baumann: „Die Staatslehre des Thomas von Aquin", Leipzig 1873; Th. Brecht: „Kirche und Sklaverei", Barmen o. J., S. 60/61; Thomas Opp. Parmaer Ausg. 1852, Band 16, S. 292, Band 21, S. 658/662.)

Die Sklaven — zu denen der „Fürst der Theologen" die Menschen machen will — sollen „stark von Körper" und „schwach an Verstand" sein und gehalten werden, damit sie sich nicht gegen ihre Herren von der Priester- und Beamten-Hierarchie erheben. Welche Aussichten für kommende Generationen, die klerikal-katholisch geleiteten Bekenntnisschulen ausgeliefert werden! Jeder totalitäre und autoritäre Gewaltstaat wird die Theorien des Thomas von Aquin indessen begrüßen. Es ist beachtlich, daß Thomas nicht beabsichtigt, die Juden „zu wirklichen Sklaven" zu machen. Wirkliche Sklaven wurden demgemäß im mittelalterlichen Deutschland — überhaupt im verchristlichten Europa — denn auch nur die Bauern, Handwerker und Arbeiter.

Die aristotelische Lehre von der naturbedingten Sklaverei konnte Thomas als Christ nicht annehmen. Er griff daher auf die Kirchenväter zurück. Zur Begründung seiner Lehre von der gottgewollten Sklaverei diente ihm — wie jenen — die „Sündhaftigkeit der Menschen", die „Erbsünde". Durch diese Sünde — so argumentierte er — habe der Mensch das freie Verfügungsrecht über seine Person — das er ursprünglich besessen habe — für alle Zeit eingebüßt. Auf diese Weise sei die Sklaverei gottgewollt. Der „Fürst der Theologen" schreibt:

„Ohne den Sündenfall würde es keine Knechtschaft und Sklaverei unter den Menschen geben; denn dieses Verhältnis ist immer so, daß der Herr mit dem Sklaven nach seinem, des Herrn Interesse verfährt. Dies ist aber stets ein Grund der Traurigkeit für den Sklaven (contristabile), daß er nicht seinen, sondern eines anderen Interesse folgen muß. Darum kann ein solches Verhältnis nicht sein, ohne Strafe für den Unterworfenen, also wäre es im Stande der Unschuld nicht gewesen." („Summa theologiae", Parm. Ausg., 1. Bd., S. 383.)

Die Frage, warum nun gerade die Reichen, Mächtigen und Herrschenden dieses freie Verfügungsrecht über ihre Person behalten haben, während es die Bauern, Handwerker und Arbeiter verloren, läßt er unbeantwortet. Man darf bei Thomas von Aquin — wie bei den meisten theologischen Schriftstellern — keine Logik erwarten. Man könnte seine falschen Begründungen bald als circulus in probando (Zirkelbeweis), bald als petitio principii (Erschleichung des Grundes) bezeichnen. Es ist für die Geistesbeschaffenheit und die religiöse Voreingenommenheit des Thomas kennzeichnend, daß ihm — trotz seiner Bezugnahme auf Aristoteles — diese Verstöße gegen dessen Lehre von den fallaciae (Fehlschlüssen) gar nicht bewußt werden.

Wir können im Rahmen dieser Abhandlung nicht auf Einzelheiten eingehen. Empfehlungen, die Sklaven milde und verantwortungsbewußt zu behandeln, finden wir bereits bei den antiken Philosophen. Über diese Frage waren sich diese bereits einig. Sie fanden indessen so wenig wie Thomas von Aquin einen gangbaren Weg zur Aufhebung der Sklaverei. Hans Meyer meint dazu:

„Der Auffassung, daß die prinzipielle Stellungnahme gegen die Sklaverei zur Zeit des Thomas als eine ‚auch die Kraft des Genies übersteigende Leistung anzusprechen sei' und

deshalb von den Scholastikern nicht verlangt werden konnte, wird man umso weniger beipflichten, als diese Leistung bei den Sophisten, in gewisser Weise bei Seneca, im christlichen Ideenkreis bei Gregor von Nyassa tatsächlich vollbracht wurde, und als auch die Wirtschaftslage des Mittelalters, die die Verwendung des freien Lohnarbeiters und Dienstboten genugsam kannte, den Ersatz des Sklaven durch ein freies Gesinde nicht aus dem Gedankenkreis ausschloß." (Hans Meyer: „Thomas von Aquin", Bonn 1938, S. 534 ff.)

Thomas von Aquin war also entweder geistig unvermögend, geeignete Vorschläge zur Aufhebung der Sklaverei zu entwickeln, oder er wollte die Gewaltherrschaft des Klerus und seiner Verbündeten durch christlich-soziologische Theorien bewußt stützen. Der Professor der Moraltheologie, Robert Linhardt, schrieb über die Absicht des Thomas:

„Infolge des Absinkens der Menschheit im Ganzen und einzelner Individuen im Besonderen unter die naturgewollte Linie geistiger und sittlicher Kraft hat es sich als notwendig erwiesen, die Autoritäten zur Durchsetzung der notwendigen Aufgaben mit Zwangsgewalt auszurüsten, hat es sich als sozial zweckmäßig (hier spielt der Naturalismus der aristotelischen Sklaventheorie herein) und **wegen der allgemeinen menschlichen Straffälligkeit (Erbsünde) als sittlich möglich erwiesen, die Sklaverei als poena peccati einzuführen."** (Robert Linhardt: „Die Sozialprinzipien des heiligen Thomas von Aquin", Freiburg 1932, S. 170.)

Wie diese thomistischen Lehren sich trotz der Reformation in der protestantischen Kirche erhielten, zeigt der Fall des fortschrittlichen Herrn von Einsiedeln. Dieser beabsichtigte die ihm ungerechtfertigt erscheinenden Lasten seiner leibeigenen Bauern zu erleichtern, bzw. die Leibeigenschaft ganz aufzuheben. Er wandte sich in seiner Gewissensnot an Luther. Dieser erwiderte jedoch — ganz befangen in der Lehre des Thomas von Aquin — die Leibeigenschaft, d. h. Sklaverei „sei zuweilen zur Strafe auferlegt oder durch Verträge erlangt worden, er könne sie also mit gutem Gewissen beibehalten". Denn „der gemeine Mann muß mit Bürden beladen sein, sonst wird er zu mutwillig". Zur Begründung der übermäßigen Steuern wurde erklärt:

„Die Ordnung, welche erhalten werden müsse, erfordere es, den gemeinen Pöbel im Zaun zu halten; er (v. Einsiedeln) habe ja diese Frohnen nicht aufgebracht: Joseph habe in Ägypten sogar den fünften Teil des Ertrages eingefordert, und Gott habe sich diese Anordnung gefallen lassen." (Nach der Manuskriptsammlung des Prälaten v. Schmid im Staatsarchiv zu Stuttgart. W. Zimmermann: „Allg. Gesch. der großen Bauernkriege", Stuttgart 1842, 2. Bd., S. 4/5.)

Solche Tendenzen sind — wenn auch nicht so deutlich — auch heute in gewissen Soziallehren erkennbar. Aber Thomas erklärt sogar die Sklavenjagd, d. h. die Versklavung von Kriegsgefangenen, für ein christlich begründetes Recht. Linhardt sagt dazu:

„... als Beutegegenstände führt Thomas, über Aristoteles an dieser Stelle hinausgehend und wohl zeitgenössisch beeinflußt, auch die homines barbari, qui sunt naturaliter servi, an: also die Sklavenjägerei." (Linhardt, a. a. O., S. 198/99.)

Das furchtbare Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen und Verschleppten ist oft als die heutige Form der Sklaverei bezeichnet worden. Mit Recht! Aber die Christen ahnen wohl kaum, daß ihr „heiliger" Thomas gerade diese Sklaverei und Sklavenjägerei gelehrt, begründet und empfohlen hat. Die gegnerische Kriegspropaganda hatte bereits im Krieg 1914/18 die Deutschen als Barbaren — thomistisch ausgedrückt: als „homines barbari" — bezeichnet. Aus dieser Begriffsbestimmung

folgt nach Thomas, daß die Deutschen Menschen sind, „qui sunt naturaliter servi“ (welche naturgemäß Sklaven sind). Die Sowjets haben sich also diese christlich-thomistische Auffassung zu eigen gemacht. Die Behandlung dieser modernen Kriegssklaven — zumal der weiblichen — ist teilweise derartig grauenvoll gewesen, daß man es nicht für möglich halten würde, wenn es nicht leider dokumentarisch erwiesen wäre. Jedenfalls übertrifft sie in ihrer brutalen Sinnlosigkeit alles, was in der Geschichte der Sklaverei bisher bekannt war. Denn in der offenen Sklaverei hatte der Sklave einen Wert, wie das Vieh. Sein Tod oder seine gesundheitliche Beeinträchtigung durch entsprechende Mißhandlung war für den Besitzer ein empfindlicher Verlust. Die staatlich organisierte Massenversklavung in den Arbeitslagern kennt diese Bedenken nicht. Die Sklaven sind kostenlos erworben und bei ihrer Zahl im einzelnen wertlos. Daher sind sie jeder Unbill und Willkür ausgesetzt.

Der katholische Priester und Wirtschaftstheoretiker Carl Jentsch hat bereits am Anfang unseres Jahrhunderts auf die Wiedereinführung der Sklaverei als notwendige Folge der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung hingewiesen. Er schrieb:

„Sie (die Staatsmänner) werden endlich einmal erklären müssen, ob die Aufhebung der Standesunterschiede und insbesondere der Sklaverei nur eine törichte Verirrung gewesen ist, ob die Leibeigenschaft und der Sklavenmarkt mit oder ohne castata (Schaugerüst) wiederhergestellt werden, oder was sonst geschehen soll.

Die Sklaverei ist die einer gewissen Kulturstufe angemessene und **unter gewissen politischen Verhältnissen unvermeidliche Arbeitsverfassung.** An und für sich hat sie mit Moral und Humanität so wenig zu schaffen wie irgend eine andere Arbeitsverfassung ... **Das Neue Testament enthält nicht ein Wort der Mißbilligung des Instituts, ja, es verurteilt nicht einmal jene Wirkung der Sklaverei, die wirklich als ein Schandfleck des klassischen Altertums bezeichnet werden muß ...**“ (Carl Jentsch: „Drei Spaziergänge eines Laien ins klassische Altertum“, Leipzig 1900, S. 171.)

Nun, die „politischen Verhältnisse“ haben sich entsprechend entwickelt. Die Maßnahmen der Regierungen — zumal in den autoritären Staaten — lassen die Vorstufen einer solchen Sklaverei bereits deutlich erkennen. Nietzsche meinte indessen, auch „die europäische Demokratie ist eine Ausgestaltung der Sklaverei“. Im Jahre 1923 forderte der Österreicher Franz Haiser die Wiedereinführung der offenen und gesetzlichen Sklaverei und erklärte — gestützt auf die Irrtümer Nietzsches — „ohne Sklaverei ist kein Kulturstaat denkbar“. Allerdings sagte er sehr richtig:

„Ich kann nicht oft genug betonen, daß es auch heute noch Sklaverei gibt, freilich eine unaufrichtige, verschleierte, die genau so wie ein Schleichhandel auftritt, sobald der offene Handel verboten ist.“ (Franz Haiser: „Die Sklaverei“, München 1923, S. 27.)

Wir brauchen hier nur an den Mädchenhandel und die durch wirtschaftlichen Druck erzeugte schauerliche Prostitution — die körperliche wie die geistige — zu denken. Demgemäß schrieb Carl Jentsch — nicht minder berechtigt:

„Was aber die Luxussklavinnen der Reichen (im Altertum) anlangt, so wird ihre Abhängigkeit, abgesehen von besonders krassen Fällen, nicht schmachvoller gewesen sein, als die vieler Kellnerinnen, Konfektionsarbeiterinnen und Schauspielerinnen.“ (Carl Jentsch a. a. O., S. 158.)

Seit Jentsch dies schrieb, hat sich die Lage in dieser Beziehung verschlimmert. Damals gab es noch keine sog. „Sekretärinnen“, „Schönheitsköniginnen“, „Foto-

modelle" und „Filmstars". Heinrich Heine hat auch dies vorausgewußt. Er schrieb spöttisch:

„Keine Religion ist mehr im Stande, die Lüste der kleinen Erdenherrscher zu zügeln; sie verhöhnen euch ungestraft, und ihre Rosse zertreten eure Saaten, eure Töchter hungern und verkaufen ihre Blüten dem schmutzigen Parvenue, alle Rosen dieser Welt werden die Beute eines windigen Geschlechts von Stockjobbern und bevorrechtigten Lakaien, und vor dem Übermute des Reichtums und der Gewalt schützt euch nichts — als der Tod und die Satire." (Heinrich Heine: „Sämtliche Werke", Hamburg 1867, 13. Bd., S. 274.)

Allerdings — wir sahen, wie ein „Heiliger" dieser Religion die Sklaverei — deren Auswirkungen in dieser Hinsicht unvermeidlich sind — empfiehlt und fordert! Wir wissen, wie auf der anderen Seite die Gewalt regiert.

Man darf sich natürlich nicht durch die bisher aus der Geschichte der Sklaverei allbekannten Methoden irre machen lassen. Der mit den Methoden autoritärer Regierungen vertraute Weltreisende Colin Roß sagte darüber:

„Zu Beginn einer solchen Machtbildung, mag es sich um den **Führer einer** Räuberbande handeln, eines Abenteuerhaufens, einer **sich bildenden Partei** oder Volksgemeinschaft, wird neben der suggestiven Persönlichkeit, die durch ihre Eigenschaft und Leistungen die anderen in den Bann zwingt, die ihre innersten Wünsche erkennt und verwirklicht, auch immer die Verführung, die Demagogie stehen. **Dieser erste einer Führergeneration** — wobei Generation nicht nur die leibliche Erbfolge zu bedeuten braucht, sondern auch die geistige, wie in der kirchlichen Hierarchie — **einer Partei oder in Industriekonzernen wird niemals von vornherein sagen, ich bin der Herr, und ihr seid die Knechte. Die äußeren Merkmale des Sklaventums, Kette und Peitsche, treten, wenn überhaupt, dann erst in einem sehr späten Stadium in Erscheinung, in dem die Macht unabschüttelbar und gottgegeben erscheint.**

Ketten und Striemen sind überhaupt nicht das Essentielle der Sklaverei, und auch in den Zeiten der offenkundigsten Sklaverei, wie in der Antike, des Islams oder der Negersklaverei, spielten diese Merkmale, die uns so wichtig erscheinen, nur die geringste Rolle." (Colin Roß: „Die Welt auf der Waage", 34. Aufl., Leipzig 1941, S. 140/41.)

Wie der „Führer einer sich bildenden Partei" die Sklaverei einzuführen vermag, haben wir in den modernen Gewaltstaaten vor Augen. „Die Macht als unabschüttelbar und gottgegeben erscheinen" zu lassen — das war das Bestreben des Thomas von Aquin. Er verlieh den Herrschenden, zu einer Zeit als die Freiheitssehnsucht in der europäischen Menschheit erwachte, das gute christliche Gewissen, die Sklaverei beizubehalten, ja sogar durch die Sklavenjagd in überseeischen Gebieten noch auszudehnen. Es handelte sich dabei besonders um die Macht des Klerus und den großen Sklavenbesitz der Kirche. Der genannte Fall des Herrn von Einsiedeln zeigt klar und deutlich, auf welche Weise die christlichen Lehren des Thomas das sich in diesem Manne regende bessere soziale Gewissen zum Schweigen brachten. Es war verhängnisvoll, daß Thomas von Aquin sich nicht nur auf die Kirchenväter bezog, sondern obendrein noch den Aristoteles heraufbeschwor. Dadurch wurden die Scholastik und der Humanismus bestochen, die Lehren des Aquinaten kritiklos aufzunehmen. Heute versucht man, die durch den deutschen Idealismus so sehr beeinträchtigte Autorität des Thomas wieder zu beleben, und sucht die Jugend für ihn zu begeistern. Für diesen „Heiligen", der nicht nur die Sklaverei für den größten Teil der Menschheit forderte, sondern es für „notwendig" hielt, die Staatsoberhäupter „mit Zwangsgewalt auszurüsten", der die Sklaverei für „sozial zweckmäßig" erklärte!? — Sapienti sat! — Dem Wissenden genügt das!

Und die Lehren dieses „engelischen Lehrers", dieses — in mehr als einer Hinsicht — sonderbaren „Heiligen" sollten wir und alle freien Deutschen annehmen oder gar befolgen, wie es die Päpste und heutigen Theologen erwarten? — ? — Nun, Schiller sagt in seinem „Tell": „D a n n w ä r e n w i r S k l a v e n u n d v e r d i e n t e n e s z u s e i n !" Aber für deutsche Menschen gilt immer noch das alte Friesenwort:

„Lewwer duad üs Slaav!"



B 5727 D München, 9. 1. 1961 Folge 1 / 13. Jahr

Demokraten und Republikaner

Von Walter Löhde

Zeitschrift für Geistesfreiheit

Zeitschrift für Der Quell Geistesfreiheit

Folge 1 9. 1. 1961 13. Jahr

Demokraten und Republikaner

Von Walter Löhde

Die Wahl des katholischen Demokraten Kennedy zum Präsidenten der USA hat bereits mancherlei Betrachtungen und Vermutungen ausgelöst. Der Umstand, daß zum ersten Mal in der Geschichte der USA ein Katholik Präsident wurde, hat diese Betrachtungen in eine besondere Richtung gelenkt. Man rätselte und orakelte über die Absichten des neuen Präsidenten und suchte zu ergründen, was eigentlich die sogenannten „Demokraten" von ihren Gegnern, den „Republikanern", unterscheidet.

Wer einem Menschen ein wichtiges Amt anvertraut, erkundigt sich – falls er nicht unverantwortlich leichtsinnig ist – nach dessen Herkunft. Dementsprechend ist es sehr aufschlußreich, sich nach der Herkunft einer Partei zu erkundigen, die jetzt durch einen ihrer maßgeblichen Vertreter die Geschicke der USA, ja darüber hinaus die Geschicke der sogenannten westlichen Welt wesentlich beeinflussen wird.

Der chinesische Wahrheitslehrer Kung Fu Tse (Confucius) (551–479 v. u. Ztr.) sagte: „Erzähle mir die Vergangenheit, und ich werde die Zukunft erkennen." Betrachten wir also kurz „die Vergangenheit" der amerikanischen „Demokraten", damit wir „die Zukunft erkennen" können.

Die Katholisierung der „Demokraten"

Die Partei der sogenannten „Demokraten" wurde vor etwa 130 Jahren von den sklavenhaltenden Bewohnern der USA gebildet. Ihre Gegner, die sogenannten „Republikaner", traten als Partei zuerst bei den Kongreßwahlen des Jahres 1856 hervor. Ihre Anhänger waren größtenteils Gegner der Sklaverei. Daher konnten sie zunächst keine Erfolge erringen. Der Historiker Otto Hopp sagt in seinem Werk: „Bundesstaat und Bundeskrieg in Nordamerika" (Berlin 1886):

„**Die römisch-katholischen Priester waren** nach ihrer eigenen Erklärung **Freunde der**

sklavenhaltenden Demokratie; und die katholische Kirche merkte es bald, daß in der freien Republik der Vereinigten Staaten das ausschlaggebende Prinzip das der Majorität sei. So entwickelte sich die katholische Kirche in der Union von Jahr zu Jahr mehr, mit der zunehmenden Zahl ihrer Bekenner zu einem politischen Faktor ersten Ranges, zu einer Vereinigung, der die Politik nicht selten wichtiger als selbst die Religion erschien. Wer hätte die Masse des Stimmviehs leichter an die Stimmkästen kommandieren können als der römische Klerus?" (Seite 573).

Und Friedrich Kapp schrieb vor hundert Jahren aus den USA:

„**Die römische, der Freiheit feindliche Kirche,** hat durch die massenhafte Einwanderung aus katholischen Ländern hier (in den USA) festen Fuß gefaßt, und steht durch ihre unbedingte Abhängigkeit vom Papste, sowie ihre hierarchischen Tendenzen selbst auf den Vermögensgebieten der Gemeinden nicht allein **im Widerspruch mit der Republik,** sondern ist auch durch ihre kolossalen Reichtümer **deren gefährlichster Gegner.** Die Masse der Einwanderer, besonders der Irländer, folgt blindlings dem Gebote ihrer Priester, **die auf demokratischer Seite stehen, da Sklaverei des Geistes, wie sie der Jesuitismus will, sich naturgemäß zur Sklaverei des Leibes hingezogen fühlt.**"

Es lag also ganz im Sinne jener „Demokraten", wenn die in Virginia erscheinende Zeitung „South Side Democrat" schrieb: „Wir hassen jedes Ding, welches das Wort frei vor sich hat, von dem freien Neger abwärts und aufwärts durch das ganze Register hindurch – freie Arbeit, freie Farmen, freien Willen, freies Denken, freie Kinder und freie Schulen, alle gehören derselben Brut verdammenswürdiger Irrtümer an" [1]).

„Verdammenswürdige Irrtümer" ist eine Vokabel, die durch den Syllabus des Papstes Pius IX. und dessen Kommentar bekannt geworden ist. Die Anwendung dieser Vokabel und der Gedankengang beweist den römisch-katholischen Einfluß auf dieses Blatt der sogenannten „Demokraten". Allerdings hatte dieser fromme Eifer jener Zeitung Virginias – wie stets in solchen Fällen – einen geschäftlichen Hintergrund. Nachdem die Einfuhr weiterer Negersklaven verboten worden war, begann man im Inland Sklaven zu züchten. Die Sklaven wurden als human-cattle – als Menschenvieh betrachtet, und deren Vermehrung nannte man dementsprechend stock-raising – Vermehrung des Viehstandes. Th. Griesinger schrieb nach seinen Beobachtung:

„Somit warfen sich die Borders-Staaten mit aller Macht auf die ‚Niggerzucht', gerade wie man sich anderswo auf die Pferde- oder Schafzucht verlegt, und brachten es nach kurzer Zeit so weit, daß sie alljährlich eine ziemliche Portion ihrer schwarzen Nachkommenschaft ‚abstoßen' konnten. Wie sie dies bewerkstelligten, darüber weitläufig zu berichten, erlasse uns der Leser und begnüge sich mit der einzigen Andeutung, daß in ganz Virginien, Maryland und Kentucky nur allein die Negerin einen Wert hat, welche alle Jahre ein Junges zur Welt bringt, während umgekehrt eine unfruchtbare Schwarze ohne weiteres verkauft wird. Mit einem Wort also, die Niggerzüchterei kam in kurzem in Flor und wurde zu einer Einnahmequelle, welche vielleicht nicht weniger abwarf, als selbst der Baumwollanbau" [2]).

---

[1]) Friedrich Kapp: „Geschichte der Sklaverei in den Vereinigten Staaten von Amerika", Hamburg 1861, Seite 402/403 und 510 ff.

Die oben genannte Zeitung des Staates Virginia war indessen nicht das einzige römisch-katholisch beeinflußte und geleitete Blatt der „Demokraten". „Damals wie heute" – so schrieb der amerikanische, römisch-katholische Priester Charles Chinigui im Jahre 1886 – **„stand die demokratische Presse fast ausnahmslos unter der Kontrolle der römischen Kirche, und die willfährigen Handlanger der Jesuiten überschwemmten das Land."**

Die vatikanische Politik

Diese vor über einem Jahrhundert eingeleitete Beeinflussung und Kontrolle der „demokratischen Partei" der USA hat jetzt den Erfolg gezeitigt: **ein Katholik ist Präsident der USA und verfügt über eine „demokratische" Mehrheit im Kongreß.** Was damals begonnen wurde, hat sich heute ausgewirkt. Wie immer, hat sich auch hier die über lange Zeiträume planende Politik des Vatikans gezeigt, die mittels der Religion ihre Erfolge erziehlt. Die als „Eintagsfliegen" dahinlebenden Völker wollen trotz dieser sich immer wieder aufdrängenden geschichtlichen Erfahrung nicht begreifen, daß mit Politik Religion und mit Religion Politik gemacht wird. Dabei hat Papst Pius X. es in seiner Antritts-Enzyklika vom 4. 10. 1903 deutlich gesagt. Er sagte nämlich:

„Wir verstehen es, daß es zum Anstoß gereichen wird, wenn wir sagen, es sei unsere Pflicht, **auch die Politik** uns angelegen sein zu lassen, aber jeder billig Denkende erkennt, daß der römische Papst **von dem Lehramte**, das er in Bezug auf Glauben und Sitten besitzt, **das Gebiet der Politik keineswegs trennen kann.** Unseres Amtes ist es, jeden einzelnen, **nicht nur die Gehorchenden, sondern auch die Herrschenden** im privaten, wie im öffentlichen Leben, **in sozialer wie in politischer Beziehung zu leiten.**"

Nun, „wir verstehen es, daß der römische Papst" Politik treibt. Ja, wir haben es sogar erlebt, wohin die Politik gerade dieses Papstes geführt hat. Während der österreichisch-serbischen Spannungen nach dem Mord von Serajewo im Jahre 1914 hat Pius X. die österreichische Regierung zum Krieg ermuntert, während sich der deutsche Kaiser Wilhelm II. unablässig bemühte, den Frieden zu erhalten. Pius X. rechnete sogar mit einer Ausweitung des österreichisch-serbischen Konfliktes. Denn er schätzte in diesem Fall die „russische und französische Armee nicht hoch ein" [3]).

---

[2]) Th. Griesinger: „Freiheit und Sklaverei unter dem Sternenbanner", Stuttgart 1862, 1. Teil, Seite 423 und 428; „Das politische Welttheater", Jahrgang 1861, Seite 177/178, Stuttgart 1861.

[3]) Telegramm des bayer. Gesandten beim Vatikan, Ritter, an die bayerische Regierung vom 24. 7. 1914, 18.35 Uhr. Bericht des österreichischen Gesandten beim Vatikan, Graf Moritz Palffy, an die österr.-ungarische Regierung. Nr. 10993 im 8. Band der amtlichen Aktenveröffentlichung des österreichischen Staates aus den Archiven des ehemaligen Außenministeriums der ehemaligen österr.-ungarischen Monarchie, Österreichischer Bundesverlag 1930.

Wir haben also die Leitung dieses Papstes – der übrigens „heilig" gesprochen wurde – „in politischer Beziehung" gründlich kennengelernt! Wir verstehen daher auch, daß – gemäß jener Erklärung Pius X. – Fürsten, Professoren, Ministerpräsidenten, Partei- und Wirtschaftsführer heute im Vatikan ein- und ausgehen. Die „Herrschenden" werden hier „in sozialer und politischer Beziehung geleitet", wie Papst Pius X. erklärte, damit sie die „Gehorchenden" dahin führen, wo sie der Papst zu sehen wünscht. Der Papst wird indessen in den meisten Fällen – zumal Johannes XXIII. – von der Kurie geleitet. Er ist dann – was Scherr von Pius IX. sagte – „das unfehlbare Sprachrohr der Jesuiten", wenn auch die Töne aus diesem Sprachrohr zuweilen recht gemütlich klingen. Aber – das hatte Bismarck bereits erlebt – „wer im Vatikan herrscht, ist die Kurie".

Wenn nun – wie Papst Pius X. in jener Enzyklika sagt – der Papst seine sozialen und politischen Weisungen ex cathedra, d. h. „aus dem Lehramte", erteilt, so ist er nach dem im Jahre 1870 aus politischen Gründen verkündeten Dogma „unfehlbar". Da jeder Katholik dieses Dogma zu glauben hat, so haben auch die politischen und sozialen Anordnungen des Papstes für ihn unbedingte Gültigkeit und müssen befolgt werden. Das gilt auch für den Präsidenten der USA!

Zwei Ideologien

Es ist ein Treppenwitz der Geschichte, daß diese „Demokraten" der USA heute für die Gleichberechtigung der Neger eintreten, während die Vorväter und Gründer ihrer Partei die Negersklaverei erhalten wissen wollten und dafür kämpften. Denn wegen dieser Negersklaverei kam es bekanntlich im Jahre 1861 zur Errichtung der „Konföderierten Staaten" im Gegensatz zu den „Vereinigten Staaten". Diese Spaltung der Union führte zum Bürgerkrieg von 1861–1865.

Auch hier trat die Wirksamkeit der überstaatlichen Mächte zu Tage. Denn – so schrieb die freimaurerische Zeitschrift „Latomia" von 1862 (21. Band, Seite 283) – „aus dem Bericht der Großloge von Maine geht hervor, daß die Maurer (Freimaurer) der Unionsstaaten ohne Ausnahme sich um das Banner der Regierung in Washington (der Republikaner) scharen". „Desgleichen" – so stellte der katholische Priester Charles Chiniqui fest – „gebot der Papst sämtlichen römisch-katholischen Bischöfen und Priestern, wie auch allem gläubigen Volk, sich unter das Banner der Sklavenstaaten (der Demokraten) zu stellen. Jedermann weiß, daß die Bischöfe und Priester mit nur einer einzigen Ausnahme diesem Befehl wie ein Mann folgten" [4]).

---

[4]) Charles Pascal Chiniqui: „Fifty years in the Church of Rome", London 1886; Übers. dieser Stelle bei R. Ch. Darwin: „Die Entwicklung des Priestertums und der Priesterreiche", Leipzig 1929, Seite 367.

Die hintergründige Leitung der beiden Parteien – der „Demokraten" und der „Republikaner" – ist hier in ihren Urbildern deutlich sichtbar. Die Ereignisse haben gezeigt, – indem sich der Katholik Kennedy (Demokrat) und der Freimaurer Nixon (Republikaner) gegenüberstanden – daß diese Leitung heute noch besteht. Wir wollen aber nicht vergessen, daß die Abschaffung der Sklaverei in den USA weder aus freimaurerisch-humanitären noch aus christlich-religiösen Gründen erfolgte, sondern aus Gründen der Wirtschaftlichkeit. Die Maschine arbeitete wirtschaftlicher und besser als der Sklave, der gefüttert werden mußte, wenn er arbeitsfähig bleiben sollte. Daher drängten die industrialisierten Nordstaaten der Union auf die Abschaffung der Sklaverei, die der heute wieder so auffallend gepriesene Kirchenlehrer Thomas von Aquin für berechtigt und notwendig erklärt hat.

Das Bleibende

Wenn sich nun auch die „Demokraten" der USA in der Einstellung zu den Negern geändert haben, der Katholizismus ist geblieben. Das hat die Wahl Kennedys bewiesen. Die Folgen dieser Wahl werden es weiter beweisen. Aber – so schrieb der Historiker Otto Hopp – „wer hätte die Masse des Stimmviehs leichter an die Stimmkästen kommandieren können, als der römische Klerus?" Da jedoch die Amerikaner unserem Schiller kaum glauben werden, daß die „Mehrheit der Unsinn ist", werden sie vielleicht dem englischen Schriftsteller Samuel Johnson (1709–1784) glauben, der sagte: „The multitude is always in the wrong" – „die Mehrheit ist immer im Unrecht". Ob sich nun jene Mehrheit bei der Präsidentenwahl als „Unsinn" oder als „Unrecht" erweist, wird die Zeit lehren.



Zeitschrift für Geistesfreiheit

Erscheinungsort München | Postversandort München

Inhalt: Seite

Indonesische Staatskunst

Von Dr. Werner Preisinger

Folge 23 9. 12. 1956 8. Jahr

Eine Auferstehung zur rechten Zeit

Von Dr. Mathilde Ludendorff

Unser Volk harrt seit elf Jahren nach der Kapitulation auf Frieden. Es ist noch immer grausam zerstückelt und soll sich trotz dieses Zustandes dafür begeistern, entweder für die Bundesrepublik in der Nato unter englischem Oberbefehl Waffen zu tragen und zu kämpfen oder den Soldatentreueid auf die Volksdemokratie des Sowjet-Staates zu schwören, um also dann auch eines Tages gegen deutsche Volksgeschwister kämpfen zu müssen. In dieser grauenvollen Lage kann kein „Wirtschaftswunder" deutsch-empfindende und ihr Vaterland liebende Menschen trösten. Alle die aber, die ihre Freunde ebenso zahlreich in der Ostzone wie in der Bundesrepublik hatten, merken vom Wirtschaftswunder nach Lage der Dinge wenig, sondern müssen erhöhte Schwierigkeiten meistern. Umso mehr begrüße ich es, daß trotzdem mein Werk „Erlösung von Jesu Christo", das einst in der stattlichen Auflage von 58 000 im In- und Ausland Verbreitung fand und sich recht stark auswirkte, noch in diesem Winter im Verlag Hohe Warte in einer Neuauflage erscheint und nach langer Zeit seine Weltreise von neuem antritt. Wie sollte mich dies nicht umso mehr freuen, als des Feldherrn Geleitworte, die er diesem Werke mit auf seinen Weg gab, unauslöschlich in meiner Seele stehen:

„Von der Verbreitung des Inhaltes dieses Werkes hängt die Befreiung des einzelnen Deutschen, des deutschen Volkes und aller Völker ab.

Ludendorff."

Von Anbeginn seines Erscheinens an stand dieses Werk ganz besonders sichtbarlich unter dem Gesetz „der Allmacht der reinen Idee", das ich einst im Jahre 1924 auf der Weimarer Tagung im Nationaltheater belichtet habe und das ich jüngst gekürzt und auch der Zeit entsprechend etwas in der Wortgestaltung geändert, in der Folge 17 unserer Zeitschrift noch einmal bekanntgegeben habe. Entsprechend der Wertung, die der Feldherr diesem Werke gab, war auch seine Verbreitung von ihm sorgsam vorbereitet, um den diktatorischen Eingriff Brünings, dessen bevorstehende Sondermaßnahmen schon angekündigt waren, zu verhüten. Eine kaum vorstellbar kurze Frist stand da für alle notwendigen Quellenforschungen und für die Gestaltung des Buches, für Druck und Korrektur zur Verfügung. Aber es gelang tatsächlich nicht nur, das Buch rechtzeitig vor der Notverordnung erscheinen zu lassen, sondern auch in kürzester Frist vier Auflagen herauszubringen. Ganz wie der Feldherr es erwartet hatte, wurde ein Verbot der fünften Auflage als unklug erkannt und unterlassen.

So hatte denn die Begeisterung, für den Sieg der reinen Idee mitzuwirken, nicht nur die eigene Kraft beflügelt, sondern auch viele Mitkämpfer zur eifrigsten Förderung des Vorverkaufes angefeuert. Lange Jahre hindurch ging das Werk in das deutsche Volk und die Völker der Erde, bis Adolf Hitler – da sein Programm sagte: „Die Partei als solche steht auf dem Boden des positiven Christentums" – sich dazu veranlaßt fühlte, ganz wider seinen Willen die Gesetze der Allmacht der reinen Idee an diesem Buche zu erfüllen. So wie er später mein Buch „Der ungesühnte Frevel" und meine Schrift „Kardinal und General" verbieten ließ, so geschah es auch mit dem Buch „Erlösung von Jesu Christo" in seinem Staate, in

dem sein Wille allein herrschte. Der Prozeß, den wir nun in Berlin führen mußten und auch wegen des Inhaltes der Anklage führen konnten, hat uns zwar sehr viel Arbeit gemacht, aber das Gericht mußte im Freispruch ausdrücklich feststellen, daß das Buch ein „wissenschaftliches Werk" sei. Wir freuten uns, daß es noch aufrechte Richter gab, und daß Hitler da, wo er vernichten wollte, ganz wider seinen Willen dem Werk den wichtigsten Dienst getan hatte, der überhaupt noch denkbar war. Durch das Urteil des Gerichtes war ja mein Buch nicht nur reisefähig geworden, sondern der geradezu grauenvolle Gegenkampf von Priestern, Pfarrern, Indologen und anderen Gelehrten stand nun als völlig unsachlich und unwahrhaftig enthüllt im hellen Licht.

Es kann sich in dieser kurzen Betrachtung natürlich nicht darum handeln, die vielen damals so tollkühn bestrittenen, aber heute schon längst auch von christlicher Seite anerkannten Entnahmen vor allem aus dem Buddhismus und den in dem Quellenverzeichnis meines Buches erwähnten indischen Schriften hier anzuführen, Entnahmen, die einst von dem Forscher Seydel nachgewiesen worden waren und die in die Bibel als ihr scheinbares Eigentum wanderten. Ich muß hier auf mein Werk selbst verweisen. Ebenso kann auch nur der Einblick in seinen Inhalt erweisen, wie tief diese Entnahmen von den asiatischen Quellen abgesunken sind. Ich möchte hier nur noch einmal an eine besonders kennzeichnende Abänderung des indischen Mythos vom Paradies erinnern. Adima und Hewa erhielten von ihrem Gotte in der Herrlichkeit des Paradieses nur die einzige Warnung, ihre Sehnsucht nach fernen Ländern zu beherrschen und auf der ihnen geschenkten paradiesischen Insel zu bleiben. Als später aber Adima seiner Sehnsucht, ferne Länder zu erforschen, trotz jener Warnung folgte, verloren beide ihr herrliches Paradies. Was aber wurde von den Hebräern aus dieser schönen Sage — natürlich ohne Quellenangabe — gemacht? Unter dem Titel „Ein Tor wird bedroht" habe ich in Folge 12 unserer Zeitschrift von der Gotterkenntnis meiner Werke aus, den ungeheuer großen Abstieg belichtet, den dieser in die Bibel übernommene indische Mythos dort erfuhr. In der Bibel verbietet der Gott des Weltalls Adam und Eva ausdrücklich, von den Früchten des Baumes der Erkenntnis von Gut und Böse zu essen. Da Eva dies Verbot aber, verlockt von der Schlange, übertritt und dem Manne von den Früchten gibt, werden diese Menschen verflucht, zu Arbeit und Schmerzen verurteilt, und ihre Nachfahren werden „erbsündig" geboren. Ich wies in jener Betrachtung in unserer Zeitschrift darauf hin, daß gerade die immer klarer werdende Erkenntnis von Gut und Böse einem weit geöffneten Tore vergleichbar ist, durch welches der unvollkommen geborene Mensch in freier Wahl seinen Weg zum Gotteinklange hinschreiten kann. Möge dieses eine Beispiel hier genügen. Das Werk „Erlösung von Jesu Christo" bringt deren recht viele, die ein ähnliches geradezu erschütterndes Schicksal der in die Bibel gewanderten Gleichnisse anderer Religionen zeigen, das uns sehr ernst stimmen muß.

Es kann auch hier nur flüchtig daran erinnert werden, welch geringen Bruchteil der gesamten Bibel, die ja etwa 1300 Druckseiten umfaßt, die vier Evangelien des neuen Testamentes mit nur etwa 130 Seiten beanspruchen, wobei noch zu bedenken ist, daß die vier Evangelisten in jeweils abgeänderter Art über ganz das gleiche berichten, nämlich über Geburt, Leben, Lehren, Wunder, Leiden und Sterben und Auferstehen des Essäers Jesus von Nazareth. Vergeblich suchte ich nach klaren

moralischen Wertungen, die vor der Moral des Kampfes ums Dasein, der Moral der Minne und Moral des Lebens, abgeleitet aus dem erkannten göttlichen Sinn des menschlichen Lebens und den den Menschen erlebbaren Wesenszügen Gottes, wie sie in meinem Werke „Triumph des Unsterblichkeitwillens" gegeben sind, bestehen können. Mit der Apostelgeschichte ist es in dieser Hinsicht auch nicht besser bestellt. Die erschütterndste und folgenschwerste Tatsache aber war für mich die, daß Jesus von Nazareth in der Bibel trotz seiner geringfügigen Gesetzesreformen der Zeremonialgesetze ausdrücklich aussprach, daß das ganze jüdische Gesetz bis aufs letzte erfüllt werde:

Matth. 5, 17: „Ihr sollt nicht wähnen, daß ich gekommen bin, das Gesetz oder die Propheten aufzulösen; ich bin nicht gekommen aufzulösen, sondern zu erfüllen. 18: Denn ich sage euch wahrlich: Bis daß Himmel und Erde zergehen, wird nicht zergehen der kleinste Buchstabe noch ein Tüttel vom Gesetz, bis daß es alles geschehe."

Es wäre also im vollsten Widerspruch zu Jesu Christo selbst gewesen, wenn mein Werk nun nicht auch das in der Thora, den fünf Büchern Moses, gegebene jüdische Gesetz als maßgebend für die Christen anerkannt hätte. Durch die Ausrottung des heidnischen Blutes in der christlichen Taufe und durch den Glauben an die Erlösung durch den Kreuzestod Christi können sie nach der Bibel auf die ewige Seligkeit nach dem Tode im Himmel hoffen, und das soll sie nun über die biblischen Moralwertungen und Heilslehren trösten, die in meinem Werke belichtet wurden.

Das erschütternde Ergebnis der grundsätzlichen Verkennung der Zweckerhabenheit des Gutseins und die fortwährenden Drohungen mit der Hölle, die Jesus von Nazareth zugesprochen werden, und ferner die in meinem Werke belichteten moralischen Wertungen überhaupt ließen an sich schon den Titel „Erlösung von Jesu Christo" als so tief berechtigt erkennen, daß den Gegnern des Werkes gar nichts anderes übrig blieb, als den Versuch zu machen, von dem wesentlichen Gehalte, nämlich der Gegenüberstellung der Moral meiner Werke der Gotterkenntnis und diesen biblischen Morallehren, abzulenken!

Wenn wir heute die Auferstehung des Werkes als zur rechten Zeit bezeichnen, so ergibt sich diese Berechtigung hierzu einmal daraus, daß die Erlösung von Jesu Christo heute noch dringlicher ist als bei dem Ersterscheinen des Buches vor 25 Jahren. Zum anderen aber wird sich die Berechtigung dadurch erweisen, daß diese Erlösung heute weit erfolgreicher sein kann, als sie es vor 25 Jahren gewesen ist.

Die Erlösung heute noch dringlicher als vor 25 Jahren

Weil die Gegner mit großer Sorgfalt meine im Vorwort an die Leser gerichtete, so wesentliche Bitte verschwiegen haben, gebe ich dieses mein Geleitwort zur ersten Auflage hier im Wortlaut wieder:

„Allen denen, die sich vom Christentum lossagten, gebe ich dieses Werk. Ein volles Jahrzehnt ließ ich es nicht werden, um meinen Werken, die meine Gotterkenntnis enthalten, Zeit auf ihrem Wege in das deutsche Volk zu lassen. Hätten sie noch längere Zeit bedurft, so wäre auch dieses Werk erst später geworden; denn erst muß man geben, ehe man das Überwundene in so helles Licht stellt. Dies Überwundene ist derart, daß es, in das Licht unserer Erkenntnis gestellt, vernichtet ist.

Es ist mein Wunsch und meine herzliche Bitte, dieses Werk deshalb nicht in die Hände derer zu geben, die an Jesum Christum glauben, da der Wahrheitswille

die Worte dieses Werk befehlen mußte. Da ich auch die Worte der Evangelisten um der Christen willen weder beschönigen noch verbessern kann, so ist der Inhalt dieser vier Evangelisten des neuen Testamentes schuld, daß die gläubigen Christen nur erschrecken könnten. Ihr eigener Seelenzustand macht es ihnen andrerseits unmöglich, frei zu werden und den positiven Gehalt dieses Werkes aufzunehmen. Doch ehrlich gläubige Christen sind ein verschwindend kleines Häuflein der durch die Taufe als Säugling, also ohne ihre Einwilligung, in die Christengemeinde gezwungenen und im Christentum aufgezogenen Millionen Menschen.

Den Millionen, die das Dogma der Kirche nicht mehr glauben, aber dennoch meist in unseliger Halbheit, ja oft sogar Heuchelei verharren und unter den Folgen des Christentums seufzen, gilt die Hilfe. Osterafest 1931. Mathilde Ludendorff."

Auch in dem Abschnitte „Erschwernis der Einsicht" (Seite 11) betone ich noch einmal:

„Es kann gar nicht eindringlich genug betont werden, daß sich diese Schrift nicht an die frommgläubigen Christen wendet. Sollte durch irgendeinen Zufall oder infolge eines christlichen Dranges zu missionieren, der etwa noch in einem halb vom Christentum geheilten Menschen spukt, diese Schrift gegen meinen Wunsch in die Hand eines Frommgläubigen gekommen sein, so bitte ich ihn, sie entweder ungelesen wieder abzugeben, oder sie bei entsprechend vorhandenem jüdisch-christlichen Glaubensfanatismus zu vernichten."

Ausdrücklich hatte ich also betont, dieses Werk richte sich nur an Nicht-Christen und an jene Namenschristen, die gar nicht mehr an die christlichen Dogmen glauben, aber dennoch, einst als Säugling getauft, Mitglied einer christlichen Konfession blieben, um sich selbst und ihren Kindern keine beruflichen und wirtschaftlichen Nachteile durch Kirchenaustritt heraufzubeschwören.

Die Zahl dieser Namenschristen betrug vor 25 Jahren etwa 9/10 aller Christen, heute aber etwa 19/20. Da nun eine solche Heuchelei auf dem ernstesten und heiligsten Gebiete des Lebens zur seelischen Verwesung führt und überdies eine sehr breite Brücke zu dem gottleugnenden Materialismus schlägt, so ist das Werk „Erlösung von Jesu Christo" noch erheblich dringlicher geworden als vor 25 Jahren. Dies ist umso mehr der Fall, weil heute das gottleugnende „Diamat" (Dialektischer Materialismus) über 200 Millionen Russen, 600 Millionen Chinesen und 18 Millionen Deutsche usw. in totalitärer Staatsform herrscht. Ja, da der wirtschaftliche Aufstieg in den farbigen Völkern der Erde, in Südostasien und Afrika, die sich aus der Kolonialherrschaft befreiten, nicht durch die USA, sondern durch den Sowjet-Staat ermöglicht wurde, so kann die Ausbreitung des „Diamats" und neue Knechtschaft durch das Weltleihkapital nur durch den noch gesunden Freiheitswillen der farbigen Völker, die noch unter dem Schutz ihres artgemäßen Gotterlebens stehen, abgewehrt werden. Von den durch das Christentum entwurzelten Völkern ist solche Abwehr nicht mehr zu erwarten. Sie wurden, wie es in der Bibel heißt, „aus Volk, Stamm und Sprache herauserlöst". Sie sind ihrer eingeborenen Unvollkommenheit ausgeliefert, dabei aber des Schutzes beraubt, den sinnvolle Gesetze der ererbten Art ihres Gotterlebens ihnen bieten könnten. Ich habe diese vollkommenen Gesetze in meinem Werke „Die Volksseele und ihre Machtgestalter" erstmals enthüllt und dadurch auch nachweisen können, wie abwehrarm alle diese christlichen Völker dem planmäßigen Geheimwirken der überstaatlichen Mächte für das religiöse Fernziel des messianischen Reiches gegenüberstehen.

An dieser unerhörten seelischen Gefahr, daß die vollkommenen Gesetze des Rasseerbgutes durch die Entwurzelung durch das Christentum zertrümmert werden, können Völker genau so untergehen, wie alles Leben auf unserem Sterne durch die künstliche Atomzertrümmerung zugrundegehen kann, weil auch hier ein verbrecherischer Eingriff in Gottes vollkommene Gesetze des Weltalls gewagt wurde. Dringlicher noch als vor 25 Jahren wird also in unserer Zeit die Erlösung, von der mein Werk spricht.

Ich konnte vor 25 Jahren darauf hinweisen, daß ernste Hebräer, wie z. B. Prof. Klausner, in den christlichen Morallehren eine große Gefahr für das hebräische Volk erblickten, da es, wie sie sagten, ganz unmöglich sei, eine Nation mit solchen Morallehren stark zu erhalten. Darüber hinaus konnte ich in meinem Werke nachweisen, wie sehr auch einzelne christliche Morallehren es dem Volke der Hebräer, das da glaubt, von Gott zur Herrschaft über die Erde auserwählt zu sein, erleichtert haben, sein messianisches Weltreich zu errichten. Sehr mit Recht konnte sich der hebräische Geheimorden „B'nai B'rith" rühmen, daß der Hebräer die Welt mit dem „Dekalog" (das sind die 10 Gebote Moses) in der einen und dem Kreuz Christi in der anderen Hand erobert hat. Wieviel leichter das heute erreichte Fernziel, die Hochfinanz voll in Händen zu haben — ob gewollt oder ungewollt — durch einzelne moralische Lehren des Christentums erreicht werden konnte, dafür habe ich in meinem Buche erschütternde Beispiele angeführt, die aus den eingehenden Betrachtungen des Werkes selbst entnommen werden müssen.

Fürwahr, es ist nicht zuviel gesagt, wenn ich die Neuauflage des Werkes „Erlösung von Jesu Christo" eine Auferstehung zur rechten Zeit genannt habe.

Die Erlösung kann heute erfolgreicher sein als vor 25 Jahren

Etwa zweitausend Jahre, also eine ganz kurze Spanne der sechshunderttausend Jahre, seitdem Menschen auf unserem Sterne leben, hat man für das religiöse Fernziel gewirkt: die Völker der Erde vor den Sinai zu stellen, um sie ganz dem für unantastbare Gottoffenbarung erachteten Jacob-Segen zu unterstellen, nämlich sie dem hebräischen Volke im messianischen Reiche mit Hilfe von Geheimorden, die zu absolutem Gehorsam und Verschwiegenheit vereidigt waren, dienstbar zu machen. Die Verwirklichung war schon so nahe herangerückt, daß hebräische Führer sich im Jahre 1953 vor allen Völker der Herrschaft ihrer Hochfinanz und der politischen Herrschaft über die Völker rühmten. Sie hatten es uns also selbst bestätigt, daß das Joch Jacobs (des Hebräers) in zwiefacher Weise, als finanzielles und politisches Joch, auf Esau, will sagen, auf den nichtjüdischen Völkern, lastet. Wenn uns unsere eigene Forschung dies auch schon Jahre zuvor klar als Tatsache hatte erkennen lassen, so hatten die hebräischen Führer doch nun selbst durch die genannten öffentlichen Aussagen die Lage geschaffen, daß sie, ihrem eigenen Glauben entsprechend, dem Esau, will sagen, den nichtjüdischen Völkern, die Schlußworte des Segens, den Isaak dem Esau gab, als unantastbares Recht zuerkennen müssen. Ihrem Glauben nach ist auch dieser Segen eine wörtliche Offenbarung des Willens ihres Gottes Jahweh. Diese Schlußworte lauten: „Und es wird geschehen, daß du auch ein Herr sein und sein Joch (des Jacobs Joch) von deinem Halse reißen wirst." (1. Moses 27, 40.)

Jahrelang hatte der Feldherr Ludendorff darauf gewartet, daß sich die Hebräer

öffentlich der finanziellen und der politischen Weltherrschaft rühmten. Da wir in all den Jahren unseres Ringens die Freiheit aller Völker, „das Auch-Herr-sein", wollten und scharf davor warnten, irgendeinem Hebräer um der Zugehörigkeit zu seinem Volke willen ein Unrecht zu tun, so kann der g l ä u b i g e Hebräer nur dem Willen seines eigenen Gottes zuwider handeln, wenn er u n s bedrängt. Im Jahre 1953 war die Weltherrschaft der Hebräer öffentlich ausgesprochen worden. Damals hatte ich, wie sie sagten, „den Esau-Segen mobilisiert". Es wird kommenden Geschlechtern immer eine interessante Tatsache bleiben, wie bald nach der „Mobilisierung" die Zeichen der Weltenwende sichtbar wurden.

Vor allem war die Befreiung der eine Milliarde und vierhundert Millionen farbigen Völker, die von den Bibelgläubigen als „Kolonial-Völker" beherrscht worden waren, Wirklichkeit geworden. Kaum als mir vor 2 Jahren die Knebelung durch die Spruchkammer genommen war, konnte ich in unserer Zeitschrift die Bandung-Konferenz der farbigen Völker als ein Zeichen der Weltenwende begrüßen, das nie überschätzt, nur unterschätzt werden könne. (Siehe Folge 12/55.)

Danach aber wurden die Zeichen der Weltenwende immer noch eindringlicher, und es ist zur Stunde noch gar nicht abzusehen, wie sich die Verstaatlichung des Suez-Kanals auf die farbigen Völker auswirken wird und welche Einflüsse das starre Festhalten an früheren Machtstellungen die Weltenwende beschleunigen wird. (Siehe meine Abhandlung: „Suez – ein Zeichen der Weltenwende", Folge 16/56.) Wenn wir die Worte führender Persönlichkeiten der farbigen Völker verfolgen, so bewegt es uns tief, wie sehr doch die Aufklärung des Feldherrn über das geheime Wirken der überstaatlichen Mächte und sein Ringen für die Freiheit a l l e r Völker und die Erhaltung ihres arteigenen Gotterlebens zu diesen Völkern der Erde hingedrungen ist. Obwohl man so sicher geglaubt hatte, durch unausgesetztes Verlästern und Verhöhnen seiner Ziele und meiner Werke der Gotterkenntnis unsere Bewegung vernichtet zu haben, so erweist sich heute schon, wie sehr man irrte. Weise wählte der Feldherr die Länder und die Menschen aus, denen er Einblick in unsere Ziele und unsere Werke gewährte. Nach außen hin aber ahnten unsere Gegner nicht, wer alles mittelbar durch Botschafter oder auch unmittelbar gründlich aufgeklärt worden war. Der Feldherr legte großen Wert darauf, daß all dieses Wirken im stillen geschah und unsere Erfolge von unseren Gegnern stets unterschätzt wurden. Heute aber wird es immer klarer offenbar, daß da und dort die heilige Saat aufging und die Völker ahnen, daß außer ihrer Freiheit ihnen auch die Erbeigenart ihres Gotterlebens, ihr Gottlied, gehütet werden soll! Da dem aber so ist, erfolgt die Auferstehung des Werkes „Erlösung von Jesu Christo" zur rechten Zeit; denn der Erfolg ist ihm heute wahrlich weit leichter als vor 25 Jahren.

Erlösung von Jesu Christo

von

Mathilde Ludendorff
Dr. von Kemnitz

München 1931
Ludendorffs Volkswarte-Verlag G. m. b. H.

Druck von Hempel & Co. G.m.b.H., Berlin SW 68

Inhalt



Zeitschrift für Geistesfreiheit

Erscheinungsort München | Postversandort München

Inhalt: Seite

Indonesische Staatskunst

Von Dr. Werner Preisinger

Folge 23 | 9. 12. 1956 | 8. Jahr

Kolonialherren und Pfarrherren

Von Walter Löhde

Während der berüchtigte Spanier Francisco Pizarro – eine merkwürdige Mischung von Held und Scheusal – durch seine abenteuerliche Conquista das Inkareich in Südamerika mit List, Grausamkeit und christlichem Fanatismus eroberte, wurde in Spanien der Dichter Alonzo de Ercilla y Zuniga (1533 – 1595)

geboren. Er hat als junger Mann an den späteren Kämpfen der Spanier mit den tapferen Araukanern in der gebirgigen Landschaft des heutigen Chile teilgenommen. In der Dichtung „La Araucana" – die zwar mehr ein historisches Referat als eine Dichtung ist – hat er seine Erlebnisse bei diesen kolonialen Kämpfen dargestellt. Er schildert die Eroberung jenes Landes. Obgleich er als Spanier auf die Taten seiner Landsleute stolz ist, läßt er den Eingeborenen Gerechtigkeit widerfahren. Er schildert ihren Helden- und Edelmut, er rügt die spanische Habsucht und christliche Missionswut, und er hat auch die moral- und volkszerstörenden Wirkungen der Kolonisationsmethoden erkannt. Der Spanier sagt in jener Dichtung von den araukanischen Eingeborenen und dem verderblichen Einfluß der spanischen Kolonisatoren auf die Sittlichkeit und Moral dieses Volkes:

„Die ungeschminkte Lieb' und Freundlichkeit,
Mit der dies Volk sich gegen uns benommen,
Gab uns die volle Sicherheit,
Daß schnöder Geiz noch nicht dahingekommen!
Noch hatt' nicht List, Raub, Ungerechtigkeit,
Wodurch so mancher Krieg entglommen,
Den Lauf nach jenem Land gerichtet
Und das Naturgesetz verdränget und vernichtet.

Doch wir zerstörten, was wir Schönes hier
In diesem Land der Unschuld angetroffen,
Und ließen bald unedler Habbegier
Den Zügel schießen und den Zutritt offen.
Als Zucht und Sitte so nach kurzem Zeitverlauf
Von jener Flur verscheucht, pflanzt dorten
Die Habsucht ihre Fahnen auf
Und wuchert üppiger als an andern Orten."

Vielleicht ist dieser Spanier der erste Europäer gewesen, der die unheilvollen Folgen der Kolonialherrschaft und der sie begleitenden Verchristlichung der Eingeborenen erlebt, erkannt und gerügt hat. Somit könnte man diese Strophen seiner Dichtung zur Kennzeichnung aller Kolonisationsmethoden jeder Betrachtung voranstellen. Denn was sich dort in Araukanien begab, wiederholte sich in Ozeanien und allen anderen Erdteilen, wo jene Kolonialherren ihre Macht über sog. „Wilde" errichteten. Unser deutscher Dichter Joh. Gottfr. Seume – der ähnliche Zustände in Nordamerika antraf – schließt sein anklagendes Gedicht „Der Wilde" mit den bezeichnenden Worten des Indianers:

„Seht, ihr fremden, klugen, weißen Leute,
Seht, wir Wilden sind doch beßre Menschen!"

Beginn der Kolonisation

Die Spanier begannen mit der Kolonisation in der sog. „Neuen Welt", dem heutigen Mittelamerika. Kolumbus hatte jene neue Welt zwar nicht entdeckt, sondern nur wiedergefunden, nachdem dieser Erdteil bereits um das Jahr 1000 von dem Isländer Leif Erikson entdeckt worden war.

Während die Spanier nur im Westen wirkten, drangen die Portugiesen im Osten – nach Afrika und Asien – vor. Denn der Papst Alexander VI. (1492 bis

1503). — von dem sein Zeitgenosse, der päpstliche Sekretär Guiccardini (1482 bis 1540) in seiner „Istoria d'Italia" schreibt, er habe „keine Ehrlichkeit, keine Scham, keine Wahrheit, keine Treue, keine Religion gekannt" — hatte es in der Bulle „Inter caetera divinae" vom 4. 5. 1493 so bestimmt*). Zweifellos war dieser unehrliche, schamlose, unwahrhaftige, treu- und religionslose Papst der geeignete Vertreter Christi, um jene Kolonisationsmethoden zu weihen, die von den Spaniern und Portugiesen jetzt angewandt wurden. Denn die Bedingung für die Entdeckung und Eroberung jener den Kolonisatoren vom Papst willkürlich geschenkten Länder war die Bekehrung der Bewohner dieser Länder zum Christentum. Die Spanier erfüllten diesen frommen Auftrag des „Heiligen Vaters" so vorbildlich, daß der Bischof Las Casas (1474—1566) als Augenzeuge schreiben konnte: „Allein in den zwölf Jahren von 1519—1530 sind in Neu-Spanien (Mexiko) mit Feuer und Schwert über vier Millionen Menschen vernichtet worden." Voltaire schrieb — diese Rechnung im Jahre 1767 abschließend — es seien „zwölf Millionen unschuldige Bewohner einer neuen Hemisphäre geschlachtet wie Parkwild, unter dem Vorwande, daß sie nicht Christen werden wollten".

Während sich die Spanier im Westen christlich betätigten, wandten sich die Portugiesen gen Osten. Nachdem Vasco da Gama, Afrika umschiffend, Indien erreicht hatte, setzten sich die Portugiesen in den Jahren 1505—1515 in Goa, Diu, Bombay, Malakka, Ceylon, Java und auf den Molukken fest. Bald schon folgten ihnen die Holländer und Franzosen, später auch die Engländer. Wir Deutschen waren an diesen Kolonisationen nicht beteiligt. Denn die deutschen Soldaten, die im 18. Jahrhundert durch ihre „Landesväter" an die Kolonisationsmächte verkauft wurden, damit diese Fürsten ihre Mätressen mit Juwelen behängen konnten, sind an den Untaten unschuldig. Sie waren selbst Opfer der Kolonialherren.

Ein neuer Abschnitt der Kolonisation

Der Dichter Friedrich Hardenberg, gen. Novalis (1772—1801), schrieb über den Jesuitenorden:

„Noch war keine solche Gesellschaft in der Weltgeschichte anzutreffen gewesen. Mit größerer Sicherheit des Erfolges hatte selbst der römische Senat nicht Pläne zur Welteroberung entworfen... Was in Europa (infolge der Reformation) verloren war, suchten sie (die Jesuiten) in anderen Weltteilen, in dem fernsten Abend und Morgen vielfach wieder zu gewinnen." („Die Christenheit oder Europa", 1799.)

Bereits Ignatius von Loyola — der Begründer des Jesuitenordens — verfolgte den Plan eines großen Flottenbaus, um nach dem Osten vorzustoßen. Heinrich Böhmer schrieb darüber:

„Während er (Loyola) in Rom Türkenknaben zu Missionaren zu erziehen suchte, um den Islam mit geistlichen Waffen ins Herz zu treffen, entwarf er gleichzeitig ein großes Projekt, um die Macht der Ungläubigen im Mittelmeere militärisch zu vernichten. Als alter Soldat erkannte er klar, daß dazu vor allem eine große Flotte nötig sei. Demgemäß entwickelte er 1554 dem spanischen Vizekönig von Sizilien einen umfassenden Flottenplan.

*) Noch in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts berief sich die spanische Regierung bei den im Jahre 1885 beginnenden Streitfragen über die Besetzung der Karolineninseln durch das Deutsche Reich auf diese Bulle Alexanders VI.

Wenigstens 200—300 Kriegsschiffe, berechnete er, müsse die spanische Regierung aufbringen. Wegen der Kosten ließ er sich keine grauen Haare wachsen. Unbedenklich schlug er vor, die Geistlichkeit und die reichen Orden zu belasten. Seien dieselben dazu nicht geneigt, so müsse der Papst sie einfach zwingen." (H. Böhmer: „Die Jesuiten", Leipzig 1913, Seite 101 f.)

Hier liegt der Ursprung der späteren Feindschaft zwischen den geschäftstüchtigen Jesuiten und den übrigen Orden bei der Missionierung und Kolonisierung in Indien und China.

Es überrascht also nicht, daß ein vertrauter Genosse des Ignatius von Loyola, Franz Xavier (Javier) (1506—1552), die jesuitische Mission nach dem Osten trug. Am 6. 5. 1542 betrat Xavier in Goa indischen Boden. Er blieb nicht lange dort und wandte sich nach Japan. Die erste japanische Stadt, die er besuchte um zu missionieren, war Hiroschima. Ein recht merkwürdiger Umstand. Denn diese Stadt, wo der Jesuit im Jahre 1551 zuerst das Christentum zu verbreiten suchte, wurde im Jahre 1945 durch die ersten, von Christen geworfenen Atombomben grausam vernichtet. Bekanntlich wurde der Gedanke eines Bombenflugzeuges zuerst von dem Jesuiten Francesco de Lana-Terzi im 17. Jahrhundert gefaßt.

Die Bekehrungen in Indien vollzogen sich zunächst in der üblichen Weise. Prof. Peter Philipp Wolf schreibt in seiner umfangreichen Geschichte der Jesuiten:

„Da die Methode, der sie sich gleich nach dem Entstehen ihrer Gesellschaft bei Bekehrungen bedienten, ziemlich tumultarisch, grausam und inquisitorisch war, so errichteten sie in dieser Stadt (Goa) auch ein so mörderisches Ketzertribunal, dergleichen in ganz Spanien keines gefunden ward. Sie bedienten sich in dem ganzen Lande der gewaltsamen Strenge, und mußten ihnen alle portugiesischen Gouverneure mit Feuer und Schwert zu Gebote stehen. Sie vertrieben die reichsten Brahmanen, deren Güter sie sich allenthalben zum Vorteil ihres Ordens bemächtigten. Die Übermacht der Europäer in Goa, und die Weichlichkeit, eine Folge des reichen und ausgebreiteten Handels, machte die Einwohner zu feige, als daß sie es hätten wagen dürfen, ihren Henkern Widerstand zu leisten. Sie ließen sich taufen, um nicht am langsamen Feuer lebendig gebraten zu werden, oder in den Gefängnissen der heiligen Inquisition zu verfaulen." (Peter Philipp Wolf: „Allg. Geschichte der Jesuiten usw.", Lissabon (Deckort) 1792, 2. Band, Seite 54/5; Anonym: „Versuch einer neuen Geschichte des Jesuitenordens usw.", Berlin u. Halle 1769/70, 2. Band, 3. Buch, Seite 382; Joh. Chr. Harenberg: „Pragmatische Geschichte des Ordens der Jesuiten usw.", Halle 1760.)

Eine andere Methode

Die Jesuiten mußten aber bald erkennen, daß mit diesen Gewaltmethoden in Indien wenig zu erreichen war. Dennoch waren im Jahre 1560 im Jesuitenkolleg zu Goa 100 Schneider damit beschäftigt, für die indischen Neu- — oder besser Namenschristen — Taufhemden zu nähen. Aber — so sagt Heinrich Böhmer sehr richtig —

„das Christentum dieser Neubekehrten war beinahe noch weniger wert als das Christentum der Perlenfischer Javiers. Anziehend auf die heidnischen Stämme des Innern konnte es jedenfalls nicht wirken." (a. a. O., Seite 94 ff.)

Javier verstand die Tamil-Sprache der Bevölkerung nicht, und gab sich auch keine Mühe sie zu erlernen. Außerdem besaßen die Inder eine Religion, die dem Christentum in manchen Lehren weit überlegen war. Buddhistisch-brahmaistische Legenden und Lehren waren ja in der Entstehungszeit des viel jüngeren Christentums verzerrt, verändert und abgewandelt in die Evangelien gelangt. Unter diesen

Umständen verfiel der italienische Jesuit Roberto de Nobili — „lo spirito santo non intende altro ch' Italiano" (Der heilige Geist versteht nur einen Italiener) — auf eine ganz neue, selbst den Papst Gregor XV. überraschende, aber dann gebilligte Methode.

Er erlernte die Sprache und wandte sich als Brahmane verkleidet an die höheren Stände in Indien. H. Böhmer schreibt darüber:

„Er verschaffte sich die feuerrote Mütze, den Schleier, das rotgelbe Musselinkleid, die hölzernen Büßerschuhe der Saniassa. Danach rasierte er sich den Kopf, schmückte die Ohren mit gewaltigen Ohrringen, bemalte sich die Stirne mit dem gelben Teige aus Sandelholz, das die Brahmanen als Abzeichen gebrauchen, und zog sich in eine Hütte aus Rasenstücken zurück, in der er einsam jahrelang nur von Wasser und Pflanzen lebte. Durch all das erreichte er, daß die Brahmanen auf ihn aufmerksam wurden und endlich ihn aufsuchten. Da er ihnen nun auch noch eidlich versicherte, daß die römischen Brahmanen von uraltem Adel seien, so gelang die Täuschung vollkommen: unter dem Namen Tatuva-Podapar-Suami, d. i. Meister in den 96 Eigenschaften des wahren Weisen, erkannten sie ihn förmlich als ihresgleichen an und nahmen ihn feierlich in ihren Stand auf. Aber auch jetzt hielt er sich noch sehr zurück, machte niemals Besuche und empfing solche nur so selten wie möglich und dann immer, indem er selber auf einem Throne Platz nahm, kurz, er versäumte nichts, um seine Person, wie seine Lehre mit dem unwiderstehlichen Reize des Geheimnisses zu umgeben. Kein Wunder, daß man immer lebhafter in ihn drang eine Schule zu eröffnen. Er entschloß sich endlich dazu, aber hütete sich auch jetzt wohl, den Schleier des Geheimnisses ganz zu lüften: er sprach ganz wie ein Brahmane, schuf Schriften in Tamul, in denen das Christentum in seltsamer Vermischung mit indischer Weisheit und darum als etwas Urindisches erschien, dichtete Lieder, die sich in Form und Inhalt nur für ein ganz scharfes Auge von den alten Götterliedern unterschieden." (H. Böhmer a. a. O., Seite 94 ff.; „Historiae Societatis Jesu", Romae 1710, pars V, tom II, lib. XVIII, § IX, n. 49; Fr. Norbert: „Mémoires hist. sur les Missions des Pères Jesuites aux Indes Orientales", Luques 1744, tom I, liv. 1, pag. 6, sq.; Leopold v. Ranke: „Die römischen Päpste", München 1938, 1. Bd., S. 321; P. Ph. Wolf a. a. O., S. 57.)

„Man sagt: Christentum, und meint: Kattun"

Dieses im 19. Jahrhundert geprägte Wort hatte bereits lange Zeit vorher praktische Bedeutung. Der Jesuit Nobili hatte bei seiner Missionsmethode den biblischen Auftrag des legendären Jesus von Nazareth wörtlich befolgt. Denn dieser hatte seinen Jüngern bei der Aussendung empfohlen: „Seid klug wie die Schlangen" (Matth. 10, 16). Nobili hatte also — wie die Jesuiten stets — als folgerichtiger Christ gehandelt. Aus diesem Grunde brachen auch alle gegen ihn in Rom wegen seiner Handlungsweise erhobenen Anklagen zusammen und mußten verstummen. Er konnte seinen Gegnern — unter ihnen sein Onkel, der Kardinal Bellarmin — mit den Worten des Rabbiners Schaul, der nach seinem Verkehrsunfall vor Damaskus als Paulus der erfolgreichste Missionar des Christentums geworden war, erwidern: „Denn so die Wahrheit Gottes durch meine Lüge herrlicher wird zu seinem Preis, warum sollte ich denn noch als ein Sünder gerichtet werden?" (Römer 3, 7.) Wer sich als Christ über die vielen Untaten der Jesuiten entrüstet — und das taten viele Christen, sogar Katholiken — möge bedenken, daß die Jesuiten durchaus nach den biblischen Morallehren gehandelt haben und handeln. Jene Christen formen sich eben ihr vermeintlich richtiges Christentum nach ihrem Gutdünken, Bedürfnis und angeborenen Charakter um, während die Jesuiten durch Erziehung und Ordens-

satzung — „perinde ac cadaver", d. h. willenlos wie ein Leichnam — ihren Oberen gehorchen und gehorchen müssen.

Die Missionen wurden von den Kolonialherren nicht nur aus machtpolitischen, sondern auch aus handelspolitischen Erwägungen gefördert. Die Kolonialvölker sollten nicht nur zur demütigen Unterwerfung erzogen werden, um für ihre Herren — oft als Sklaven — zu arbeiten, sie sollten außerdem ihre wertvollen Landesprodukte gegen wertlose europäische Waren tauschen, die ihnen in ihrer Einfalt und wegen der Fremdartigkeit begehrenswert erschienen.

Allgemein betätigten sich die Missionare in den Kolonien als Pfarrherren. Dabei liegt der Ton natürlich auf „Herr"! So wurde z. B. aus Surinam berichtet:

„Die Kolonie besoldet aus eigenen Mitteln zwei holländische und einen französischen Prediger, wovon jeder jährlich sechshundert Thaler, freie Wohnung und drei Sklaven zur Bedienung erhält. Ihre Witwen haben auch eine Pension von zweihundert Thalern." („Neuester Zustand von Surinam" in „Historisches Portefeuille", 2. Jahrg., Band 2, Wien u. Hamburg 1783, S. 201.)

Unter solchen Bedingungen und Umständen konnte ein solcher Herr — bei Berücksichtigung des höheren Geldwertes — ein ganz behagliches Dasein führen. Außerdem betrieben diese frommen Herren sogar noch gelegentlich und zuweilen einen recht einträglichen Handel mit Sklaven.

Während nun die Missionare anderer Orden sich mit ihrer gehobenen Stellung als Pfarrherren begnügten und sich auf die Missionstätigkeit beschränkten, begannen die Jesuiten Großhandel zu treiben, um ihren Orden zu bereichern. Es entstand ein Wettbewerb zwischen Kaufleuten und Jesuiten. Dabei nutzten die Jesuiten die ihnen zugestandenen Privilegien für sich gewinnbringend aus.

Der Generalgouverneur und Vorsteher der französischen Handelsgesellschaft von Pondichery (Indien), Monsieur Martin, berichtete:

„Außer den Holländern treiben die Jesuiten den ausgebreitetsten und reichsten Handel in Indien. Er übertrifft bei weitem noch den Handel der Briten, der Dänen und anderer Völker. Ich gestehe es sehr gerne, daß einige Jesuiten im wahren Geiste des Evangeliums nach dem Osten gekommen; und diese sind es auch eigentlich, welchen ihre Gesellschaft das Bekehrungsgeschäft anvertraut. Allein ihre Anzahl ist sehr unbedeutend, und sie sind sicher nicht diejenigen, welche eine Wissenschaft von den Geheimnissen ihres Ordens haben. Letztere sind in Wahrheit weltliche Jesuiten, die es nicht zu sein scheinen, weil sie keinen Jesuitenrock tragen, und zu Surat, zu Goa, zu Agra, und allenthalben, wo sie sich festgesetzt haben, für das gehalten werden, was der Augenschein zeigt, nämlich für Kaufleute... Diese verkleideten Jesuiten mischen sich in alles, und sie wissen genau, bei welchem Kaufmanne oder Bankier von dieser oder jener Ware die besten Produkte zu finden sind. Die geheime Korrespondenz, welche sie ununterbrochen führen, unterrichtet sie wechselseitig genau, welche Waren und bei welcher Nation sie kaufen müssen, um davon den besten Vorteil zu ziehen. Diese verborgenen Jesuiten verschaffen ihrer Gesellschaft einen unermeßlichen Gewinn." („Journal d'un voyage aux Indes Orientale, par Mr. Du Quesne, Chef d'Escadre en 1690, tom. III, pag. 114, seq.; Harenberg a. a. O., 2. Band, S. 543 ff.; P. Ph. Wolf a. a. O., S. 75/77.)

Martin erklärt die Erfolge der Jesuiten dadurch, daß sie

„... besondere Vorschriften erhalten, welche von den verkleideten Jesuiten befolgt werden müssen. Das geschieht denn auch mit großer Pünktlichkeit, weil diese Jesuiten außer dem Gelübde eines blinden Gehorsams sich auch noch eidlich verpflichten, das Geheimnis zu verschweigen, und alle ihre Kräfte zur Aufnahme und zum zeitlichen Vorteil der Gesell-

schaft zu verwenden. Diese verkleideten und in alle Welt zerstreuten Jesuiten, die sich an gewissen Zeichen kennen, handeln nach einem gemeinschaftlichen Plane, und nur bei ihnen allein hat jenes Sprichwort nicht statt: So viele Köpfe, so viele Sinne! Der Geist der Jesuiten ist immer der nämliche und keiner Veränderung, vorzüglich was den Kaufhandel betrifft, unterworfen." (Ebendaselbst.)

Der französische Gouverneur berichtet nun manche Einzelheiten über die Handelsgepflogenheiten und die ungeheuren Gewinne, welche die Jesuiten bei diesen Handelsgeschäften erzielten. Da hier ein Beamter spricht, der diese Methoden in Indien beobachtet hat und kein unbedingter Gegner der Jesuiten gewesen ist, haben wir keinen Grund, seine Aufzeichnungen zu bezweifeln. In den Kolonien anderer Erdteile wurde in entsprechender Weise vorgegangen.

Das Jahr 1600 leitete für die missions- und handelspolitische Lage der Jesuiten in Indien eine Wende ein. Am 31. 12. 1600 hatte die Königin Elisabeth I. der englischen „Ostindischen Kompagnie" das Monopol für den Indienhandel ausgestellt. Die Königin war handelspolitisch sehr interessiert. Sie hatte bereits im Jahre 1562 dem Sir John Hawkins (1520—1595) das gewinnbringende Monopol des Sklavenfanges und -handels verliehen. Hawkins war ein frommer Christ, der mit List und Gewalt Neger fing, mit seinem Schiff „Jesus" — ein bezeichnender Name — verfrachtete und in den Kolonien verkaufte. Die Königin war an diesem grausamen Handel beteiligt. (Vergl. Georg Friederici: „Der Charakter der Entdeckung und Eroberung Amerikas durch die Europäer", Stuttgart u. Gotha 1925 f.; Manfred Sell: „Die schwarze Völkerwanderung", Wien 1940, S. 101/4.)

Bereits zwei Jahre später waren die Engländer nach Indien vorgedrungen. Sie schlugen die Portugiesen zur See. Der Großmogul Akbar genehmigte die Errichtung einer englischen Faktorei in Surat, dem bisherigen Sitz der Jesuiten.

Während der indischen Kriege zwischen den Hindus und Mohammedanern (1658—1707) und dem damit zusammenhängenden Zerfall des Mogulreiches gelang es der Ostindischen Kompagnie — die bei diesen Kriegen natürlich ihre Hand im Spiel hatte —, ihren Einflußbereich in Indien auszudehnen. Es folgte der englisch-französische Krieg in Indien (1746—1763), der mit dem Sieg der Engländer unter Robert Clive endete. Jetzt eroberten die Briten allmählich ganz Indien, und im Jahre 1818 war die englische Herrschaft dort fest begründet.

Mit der Verdrängung der katholischen Mächte Portugal und Frankreich — es verblieben ihnen nur noch kleine Gebiete wie Goa und Pondicherry — hatten die Jesuiten ihre Stütze verloren. Engländer und Holländer waren Protestanten und ihre heftigsten Gegner. In England war im Jahre 1717 die erste Freimaurer-Loge gegründet worden. Die sich sehr schnell über Europa ausbreitende Freimaurerei — von den Päpsten verflucht und bekämpft — wandte sich gegen den fast allmächtig gewordenen Jesuitenorden und dessen Vertreter. Es ist unbezweifelbar, daß bei dem Wirken und Vordringen der Freimaurerei die Kolonialinteressen Englands — und damit die persönlichen Interessen der einzelnen Freimaurer — eine wesentliche Rolle gespielt haben. Das erklärt die schnelle Verbreitung der Freimaurerei in Indien.

Konkurs des Jesuitenordens

Bereits im Jahre 1727 — also zehn Jahre nach der Eröffnung der ersten Loge zu London — bereitete man die erste Logengründung in Indien vor und eröffnete

eine solche im Jahre 1730 zu Kalkutta. Mit dem weiteren Vordringen der Engländer erfolgten auch weitere Logengründungen. Nachdem im Jahre 1758 eine Loge in Surat — dem Sitz der Jesuiten — eröffnet war, erfolgte im Jahre 1773 die Auflösung des Ordens durch Papst Clemens XIV. Die finanziellen Verpflichtungen des Ordens waren durch den sich verschlechternden Handel ins Unermeßliche gewachsen. Der jesuitisch erzogene französische Schriftsteller Jacques Cazotte (1720 bis 1792) verlor — ein Fall unter vielen — sein ganzes Vermögen. Franz Blei schrieb über diesen zweifellos sehr aufschlußreichen Fall in der Einleitung zu seiner Übersetzung von Cazottes Erzählung „Biondetta":

„. . . er besaß aus der Mitgift seiner Frau ein gutes Vermögen, von dem man hätte leben können, wenn die Jesuiten nicht gewesen wären. Deren westindischem Superior hatte Cazotte sein Geld gegen zwei Wechsel anvertraut, aber er bekommt sie erst nach Jahren Schreibens und Prozessierens zur Hälfte eingelöst. Es sind da einige sehr amüsante Briefe erhalten, die der bald letzte Jesuitengeneral Ricci an den Geprellten schrieb, der endlich und trotz seiner Jesuitenerziehung und seiner Frömmigkeit die Geduld verlor in einer kleinen Schrift gegen die Praktiken der Gesellschaft, die nicht ohne Wirkung auf die Sistierung des Ordens geblieben sein dürfte. Cazotte weist an seinem und anderen Fällen ganz sachlich nach, daß der Gesellschaft (Jesu) die Religion völlig egal, wichtig aber das Geschäft geworden sei. Der Superior in Martinique hatte, ging er auf Reisen, zwei Stellvertreter: der eine war ein Jude und hieß Cohen, der andere hieß Gautier und war ein Protestant. Eine Spezialität der Jesuitenniederlassungen, reiner Handels- und Bankunternehmungen, waren schwindelhafte Konkurse." (Cazotte: „Biondetta, der verliebte Teufel", Berlin [Propyläen-Verlag] o. J., S. 6/7.)

Diese schwindelhaften Geschäfte des Jesuiten Lavalette und seiner beiden Komplizen führten u. a. auch zum Bankerott der Marseiller Firma Lioncy & Gouffre. Die gegen den Jesuitenorden eingeleiteten Prozesse verursachten einen wachsenden Skandal. Der Orden konnte seinen ungeheuren Verpflichtungen in Portugal und Frankreich nicht mehr nachkommen. Die Regierungen stellten sich auf die Seite der Gläubiger. Der Zorn und der Unwille gegen die Jesuiten wuchs. Unter solchen Verhältnissen und Schwierigkeiten erschien die Auflösung des Ordens eine gute Gelegenheit, sich der erdrückenden Verschuldung — der finanziellen, politischen und moralischen — zu entledigen. Das Verbot machte — das mußte doch jeder einsehen! — die Zahlungen unmöglich. Die Gläubiger waren — wie Cazotte — betrogen. Nun, dieser Konkurs hat sein historisches Vorbild in dem schwindelhaften Konkurs des Bankiers Kallistus zu Rom, der danach Bischof wurde und als Papst Calixt I. (217—222) den „Stuhl Petri" bestieg. Er ist heute als der „heilige Calixt" bekannt. (Vergl. S. Hippolyti refutationes omnium haeresium IX. 11—13.)

Die Ausbeutung Indiens

Nachdem Robert Clive — den „himmelsgeborenen General" nannte ihn der englische Premierminister Fox — erfolgreich gewesen war, galt Indien als das gelobte Land. Die Gewinne der Aktionäre der Ostindischen Kompagnie und ihrer Angestellten wuchsen gewaltig. Jeder Engländer strebte nach Indien, um sich schnell und mühelos zu bereichern. Jeder im Dienste der Gesellschaft stehende Offizier und Beamte war berechtigt, nach eigenem Ermessen Handel zu treiben. Jede Art von Korruption, jede Erpressung und Bestechung, jede Ausbeutung und Grausamkeit

wurde gegen die indische Bevölkerung begangen. Im Jahre 1765 schloß Clive einen Vertrag mit dem Mogul von Bengalen. Dieser erschlichene Vertrag sicherte ihm die Herrschaft über dieses Gebiet mit einer Bevölkerung von 15 Millionen Menschen und verschaffte ihm eine Einnahme von jährlich 4 Millionen Lstrl. Er schrieb darüber an das Direktorium der Ostindischen Kompagnie:

„Die Macht, die früher dem Soubah dieser Provinzen gehörte, ist in Wahrheit an die Ostindische Kompagnie übergegangen, ihm bleibt nichts mehr als der Name und der Schatten der Autorität. Aber es ist unumgänglich notwendig, diesem Namen wenigstens dem Anschein nach Ehrfurcht zu beweisen."

Als Clive im Jahre 1773 Indien endgültig verließ, wurde er wegen seiner Verdacht erregenden Verwaltung vom Parlament vor Gericht gestellt. Es kam zwar zu keiner Verurteilung, aber Clive endete am 22. 11. 1774 durch Selbstmord.

Sein Nachfolger war der später ebenfalls angeklagte Warren Hastings. Dieser residierte von 1772–1785 in Bengalen. Seine Regierungsmethode bestand in Grausamkeit, Erpressung und vollendeter Tyrannei gegenüber der indischen Bevölkerung. Er ließ den unabhängigen Stamm der Rohillas gegen eine Bestechungssumme von 4 00 000 Lstrl., die er von dem Herrscher von Oudh erhielt, durch englische Soldaten buchstäblich ausrotten. Die Tapferkeit und Freiheitsliebe der Rohillas war den Engländern unbequem geworden. Als ihn der Brahmane Nuncomar der Korruption beschuldigt hatte, ließ er ihn kurzerhand aufhängen. Hastings führte mehrere Kriege gegen Hyder Ali von Mysore und dessen Sohn Tippo Sahib. Er begann mit der allerdings erst später fortgeführten Ausrottung der Mahratten-Stämme. Seine Förderung der Erforschung der Sanskrit-Literatur vermag seine Tyrannei nicht ungeschehen zu machen. Es ist völlig unmöglich, die teilweise entsetzlichen Greueltaten der Engländer in Indien hier darzustellen. Die kolonialen Untaten sind deshalb noch besonders widerwärtig, weil sie von Menschen begangen wurden, welche als Christen oder Freimaurer vorgaben, Menschenliebe und Menschenveredelung fördern und betätigen zu wollen. In seiner Anklagerede gegen den Gouverneur Warren Hastings erklärte der Engländer Edmund Burke (1730–97) diese Methoden der Kolonialherren, indem er u. a. ausführte:

„Es ist die Natur der Tyrannei und Habgier, daß sie durch den schlechten Erfolg ihrer ersten Bedrückung nie Mäßigung lernen; im Gegenteil schreiben alle Bedrücker, alle Menschen, welche die durch ihren Charakter bedingte Methode hoch halten, die Täuschung ihrer Wünsche ihrer ungenügenden Strenge zu. Dann verdoppeln sie die Anstrengungen ihrer ohnmächtigen Grausamkeit. Da diese – wie es natürlich sein muß – neue Enttäuschungen hervorbringen, werden sie über die Opfer ihrer Habgier erzürnt und dann, indem Wut, Raserei und Bosheit ihrem Geiz zu Hilfe kommen und ihn verstärken, sind ihre Laster nicht länger mehr menschlich. Aus grausamen Menschen werden sie zu wilden Tieren verwandelt, ohne daß andere Anzeichen der Vernunft übrig bleiben, als sie dazu dienen, die Erfindungen und Verfeinerungen wilder Spitzfindigkeiten zu Zwecken zu fördern, deren Tiere unfähig sind, und über welche Teufel erröten würden." („Speech in the impeachment of Warren Hastings", 1786.)

So kennzeichnete dieser englische Schriftsteller als Vertreter des Parlaments die Kolonisationsmethoden des Gouverneurs der Ostindischen Kompagnie. Die Anklage lautete auf Erpressung, Unterdrückung der Fürsten und Völker Indiens und Schändung des englischen Namens durch Ungerechtigkeit und Grausamkeit.

Man könnte diese Anklagen – mutatis mutandis – als Anklagen gegen jeden

Kolonialismus auffassen und überall die gleichen Wirkungen feststellen, die Burke geschildert hat. Allerdings kann man diese Wirkungen heute auch in den Gewaltstaaten beobachten, die uns durch Ideologien beschert wurden, die vorgaben, den Völkern die Freiheit zu bringen. Das wurde kürzlich wieder einmal in Ungarn erwiesen, wo der russische Militarismus — herrlich wie am ersten Tag, zur Zeit der Zaren — in Erscheinung trat!

Der Quell

Zeitschrift für Geistesfreiheit

Erscheinungsort München — Postversandort München

Folge 4 — 23. 2. 1957 — 9. Jahr

Das Wesen der Wahlen

Von Oberst a. D. Walter Leon

Kanonisches Recht für Deutschland?

Von Walter Löhde

In der folgenden Abhandlung von Rechtsanwalt Prothmann erfährt der Leser näheres über eine ungewöhnliche arbeitsrechtliche Entscheidung, die unter Heranziehung des „Kanonischen Rechtes", des „Corpus juris canonici", kurz: des „Jus canonicum" getroffen wurde. Es wird in jener juristischen Abhandlung sehr richtig auf die Fragwürdigkeit dieser Urteilsbegründung hingewiesen und die religiös-politische Seite dieser Entscheidung erwähnt. Zweifellos ist eine solche überraschende Anwendung des Jus canonicum in einem deutschen Gerichtsverfahren eine Neuerung bzw. ein Rückfall in das von der sog. „Abendländischen Akademie" erstrebte Mittelalter, was unter Umständen weittragende Folgen für die künftige Rechtsprechung in Deutschland zeitigen kann. Zum Verständnis jenes nachstehenden Urteils und zur richtigen Würdigung dieses Vorfalles, bringen wir zunächst eine kurze Darstellung und Betrachtung des „Kanonischen Rechtes".

Das „Kanonische Recht" – das „Jus canonicum" – betrifft nämlich nicht etwa nur kirchliche Angelegenheiten, wenn es auch bisher nur auf diese Anwendung fand. Das „Corpus juris canonici" enthält sehr viele Bestimmungen und Vorschriften straf-, zivil- und staatsrechtlicher Art. Es handelt sich dabei um Gebiete, die seit langer Zeit bereits den Staatsgesetzen und der bürgerlichen Gesetzgebung vorbehalten sind. Als das Kanonische Recht einst in Deutschland aufgenommen wurde, geschah dies auf Grund der mittelalterlichen Autorität der Kirche. Es beruht auf sehr anfechtbaren Konzilsbeschlüssen, auf willkürlichen päpstlichen Bestimmungen, ja sogar auf gefälschten Urkunden, wie jener berüchtigten Sammlung des Isidorus Mercator bzw. Peccator, die sog. „Pseudo-Isidorischen Dekretalien".

Aber die längst erwiesene Tatsache dieser Fälschung – sie ist bereits im 15. Jahrhundert nachgewiesen worden und seitdem erhärtet – beeindruckt

die Kirche nicht weiter. Der katholische Dogmatiker Schreben verstieg sich sogar — in die Enge getrieben — zu der kaum glaublichen Erklärung, daß selbst unechten Dokumenten, wie den pseudo-isidorischen Dekretalen, „übernatürliche Authentie" zukomme, sobald sie einmal von der Kirche angenommen seien! (M. Schreben: „Handbuch der kath. Dogmatik", Freiburg 1873, 1. Bd., Nr. 356.)

Die Entstehung des Jus canonicum

Bis zur Mitte des 12. Jahrhunderts war das Kanonische Recht nur ein besonderer Teil der Theologie. Es verdankt seine Selbständigkeit und Festlegung dem Benediktinermönch Gratian. Dieser veranstaltete in den Jahren 1140—1150 eine Sammlung von sehr fragwürdigen Kirchengesetzen. Diese „Concordantia discordantium decretorum" enthielt zwar gefälschte und unterschobene Urkunden, aber die Sammlung wurde beifällig aufgenommen, da die päpstliche Autorität dadurch gestärkt und die Macht des Papsttums vermehrt wurde. Das sog. „Decretum Gratiani" besteht aus drei Teilen. Der erste Teil handelt von den Kirchenpersonen, der zweite von den Kirchengerichten und der dritte von der Consecratio (der Weihe). Alle Teile enthalten entsprechende Causae (Fälle) mit Quästionen (Fragen) und Distinctionen (Unterscheidungen). Dieses Werk bildet den ersten Teil des Corpus juris canonici.

Die Wirkung dieses Gesetzbuches war die Errichtung von Lehrstühlen an den Universitäten zu Bologna und Paris. Es entstand für die Rechtskundigen dieses jetzt neben dem Staatsgesetz geltenden Rechtes der Titel „Doctor juris utriusque" (Doktor beider Rechte), nämlich des römischen und des kanonischen Rechtes. Durch dieses Recht wurden die Rechte der Diözesanen, der Bischöfe und Erzbischöfe fühlbar geschmälert. Da der Papst nach dem Jus canonicum die höchste Instanz in allen irgendwelchen Streitigkeiten über die Auslegung der Gesetze war, konnten die Päpste alles, was ihrem Machtstreben diente, für „Recht" erklären. Außerdem wurden die in der Sammlung aufgenommenen, für „Recht" erklärten Dekrete von den Päpsten — zumal von Alexander III. (1159—1181) und Innocenz III. (1198—1216) — durch zahlreiche neue Dekretalen erweitert.

Geist und Zweck dieser Gesetze

Papst Innocenz III. wird als der „Sonnenpapst" bezeichnet, weil mit ihm das Papsttum die größte Macht erreichte. Er hat die „Ketzer"-Verfolgungen zuerst in ein richtiges System gebracht. Seine Auffassungen gehen aus den im letzten Jahr seiner Regierung erlassenen Weisungen des 4. Lateran-Konzils des Jahres 1215 hervor. Es heißt darin:

„Alle von den Inquisitoren verurteilten Ketzer sind von den weltlichen Obrigkeiten mit der gebührenden Strafe (animadversione debita) zu bestrafen, ihre Güter sind zu beschlagnahmen ... Alle weltlichen Obrigkeiten sollen eidlich geloben, alle von der Kirche ihnen bezeichneten Ketzer (haereticos ab ecclesia denotatos) nach Kräften auszurotten (exterminare). Wer das nicht tut, soll exkommuniziert

werden; bleibt er ein Jahr im Banne, so ist er dem Papst anzuzeigen, damit dieser die Untertanen vom Treueide entbinde und das Land zur Besetzung den Katholischen überlasse. Wer gegen die Ketzer die Waffen ergreift, um sie zu vertilgen (ad haereticorum exterminium se accinxerint), genießt die Ablässe und Privilegien der Kreuzfahrer. Wer die Ketzerei begünstigt, soll exkommuniziert werden, bleibt er ein Jahr lang im Banne, so ist er infam und für alle Ämter unfähig; er kann weder ein Testament machen, noch erben; er kann niemand wegen irgendwelcher Sache vor Gericht fordern, wohl aber kann er selbst von jedem vorgefordert werden; ist er Richter, so sind seine Urteile, ist er Anwalt oder Notar, so sind seine Rechtshandlungen nichtig." (Mansi: „Sacrorum Conciliorum amplissima Collectio", Florentiae 1759; XXII, 988.)

Weiter ordnete der Papst an:

„Euch Advokaten und Notaren verbieten Wir streng, den Ketzern und ihren Begünstigern irgendwelche Hilfe, Rat oder Gunst zu gewähren oder bei Prozessen zur Seite zu stehen oder Urkunden für sie auszustellen. Wer dagegen handelt, ist seines Amtes entlassen und für immer infam" (c. 11 Si adversus X de haeret, V, 7).

„In den Ländern, die Unserer Herrschaft unterworfen sind, sollen die Besitztümer der Ketzer versteigert werden, und in den anderen Ländern soll dies durch die weltlichen Gewalten und Fürsten geschehen; sollten diese darin säumig sein, so wollen und befehlen Wir, daß sie durch kirchliche Strafmittel dazu gezwungen werden."

Selbst rechtgläubige Kinder von Ketzern — als „Ketzer" gelten alle Christen, die nicht römisch-katholisch sind — fallen unter diese Bestimmungen. Es heißt ausdrücklich:

„Keine sogenannte Barmherzigkeit (praetextus cujusdam miserationis) soll diese Enterbung der Kinder hindern, denn oft werden nach göttlichem Gericht die Söhne für die Väter bestraft, und gemäß den kanonischen Satzungen trifft die Ahndung der Verbrechen nicht nur ihre Urheber, sondern auch die Nachkommenschaft" (c. 10 Vergentis X de haeret. V, 7).

Diese päpstliche Verfügung erinnert an die bekannte, von ganz bestimmter Seite erhobene Forderung nach einer „Kollektivschuld" des deutschen Volkes für die dem Volk als solchem ganz unbekannten Vorkommnisse im letzten Krieg.*)

Aus diesen Verfügungen jenes Papstes erkennt man den Geist, aus dem heraus das Jus canonicum geschaffen und „vervollkommnet" wurde. Daher ist auch folgender Brief Innocenz III. an den Kaiser in das Jus canonicum übernommen worden. Der Brief lautet in deutscher Übersetzung:

---

*) Im sog. „Osten" verfährt man indessen ganz genau gemäß jener päpstlichen Rechtsauffassung und beweist damit, daß in allen Gewaltstaaten — einerlei ob nach christlicher oder marxistischer Ideologie aufgebaut — die gleichen Methoden angewandt werden. Dpa meldete aus Wien:

„Nach Berichten aus Sofia hat an den bulgarischen Universitäten eine neue ‚Säuberungswelle' eingesetzt. Vor allem Studenten aus Familien des früheren Mittelstands sollen von ihr betroffen sein. Außerdem sind zahlreiche Studenten aus bäuerlichen Familien exmatrikuliert worden, deren Eltern sich einer Zwangskollektivierung widersetzt haben." („Münchner Merkur" vom 21. 1. 57.)

„Weißt du nicht, daß, wie Gott zwei große Lichter an das Firmament gesetzt hat, ein großes und ein kleines, die Sonne und den Mond, so hat er auch am Firmament der Kirche zwei Lichter geschaffen oder zwei Würden eingesetzt, die päpstliche Autorität und die königliche Macht; die erstere aber, welche die geistige ist (spiritualis) ist die höhere; die andere, die irdische (carnalis), die geringere. So groß nun der Unterschied zwischen Sonne und Mond, so groß ist der Abstand zwischen Papst und Kaiser."

Im Jus canonicum befindet sich dieser Gedankengang wörtlich im I. Buch, gewissermaßen als Präambel. Die Stelle lautet:

„Nosse debueras, quod fecit Deus duo magna luminaria in firmamento coeli, et luminare majus, ut praeesset diei, et luminare minus, ut praeesset nocti: utrumque magnum sed alterum majus. Ad firmamentum igitur coeli, hoc est, universalis Ecclesiae, fecit Deus duo magna luminaria, id est, duas instituit dignitates, quae sunt Pontificalis auctoritas, et Regalis Potestas. Sed illa quae praeest diebus, id est spiritualis, major est; quae vero carnalis, minor: ut quanta inter Solem et Lunam, tanta inter Pontificem et Reges differentia cognoscatur." (Jus canonicum, Lib. I. Decr. Tit. 33. cap. 6. De Majoritate et obedienta.)

Würde Innocenz III. auf die Zucht seiner Priester ebenso geachtet haben, wie er auf die Mehrung der päpstlichen Macht über die Fürsten bedacht war, hätte er keinen Anlaß gehabt, in einem seiner Briefe über die Sittenlosigkeit der Geistlichen zu schreiben:

„... Noctu filium Veneris agitant in cobilibus et mane filium Virginis offerunt altari." (Nachts im Bette haben sie mit dem Sohne der Venus zu schaffen, und am Morgen bringen sie am Altare den Sohn der Jungfrau zum Opfer dar. – Mit dem „Sohne der Venus" meint der Papst Amor, den Gott der Liebe; mit dem „Sohn der Jungfrau" den im Meßopfer dargebrachten Christus.)

Ausbau des Jus canonicum

Papst Gregor IX. (1227–1241) ließ die inzwischen erlassenen neuen Dekretalen systematisch ordnen und als Gesetzbuch zum kanonischen Recht (Decretum Gregorii P. IX. lib. V. 1234) erscheinen. Ein weiteres Buch (Liber sextus) wurde von dem durch die Bulle „Unam sanctam" berühmt gewordenen Papst Bonifaz VIII. hinzugefügt. Von ihm stammt der Satz im Jus canonicum:

„Omni humanae creaturae est necessarium ad salutam, subesse Papae." (Aller menschlichen Kreatur ist es zu ihrem Seelenheil notwendig, sich dem Papst zu unterwerfen.) (Extravag. commun. L. I. tit. 8. c 1; Jus canonicum universum, t. I. lib. I. tit. II.)

Bekanntlich findet sich dieser Satz in erweiterter Form in der genannten Bulle. Auf diesen Satz stützte sich Papst Pius IX., als er am 7. 8. 1873 an den protestantischen deutschen Kaiser Wilhelm I. schrieb:

„Denn jeder, welcher die Taufe empfangen hat, gehört in irgend einer Beziehung oder auf irgend eine Weise, welche hier näher darzulegen nicht am Orte ist, gehört, sage ich, dem Papste an."

Anscheinend scheute sich dieser sonst so angriffslustige Papst damals doch

noch, sich auf jenen Titel des „Kanonischen Rechtes" zu berufen. Aber schon 35 Jahre später erklärte der im Jahre 1914 gestorbene Jesuitengeneral Franz Xaver Wernz als höchste Instanz:

„Papst Bonifaz VIII. hat in seiner Konstitution Unam sanctam am 18. November 1302, dessen Schlußsatz eine dogmatische Definition (d. h. einen Glaubenssatz) enthält, **das richtige Verhältnis zwischen Kirche und Staat für ewige Zeiten feierlich vorgezeichnet.**" („Jus Decretalium", Prati 1907, I. 15 u. 16.)

Dieser Schlußsatz, der hier als „dogmatische Definition" proklamiert wird, lautet in deutscher Übersetzung: „Wir erklären, sagen und bestimmen, daß es eine Heilsnotwendigkeit ist, daß jedes Geschöpf dem römischen Papste unterworfen sei." (Subesse Romano Pontifici omni humanae creaturae declaramus, definimus et pronunciamus omnino esse de necessitate salutis.)

Andere maßgebende jesuitische Professoren haben diese Auffassung später immer wieder neu bestätigt. Infolgedessen erhob Papst Pius XI. (1922 bis 1939) – der Vorgänger des heutigen Papstes – ganz in diesem Sinne die gleichen Ansprüche in der Enzyklika „Quas primas" vom 11. 12. 1925 (näheres über diese Enzyklika und Auszüge des Textes brachten wir in Folge 8/56, S. 357/8). Und heute – heute begründet ein Richter in Deutschland seine Entscheidung mit dem „Kanonischen Recht" – Cave Romanistae! – Hütet euch vor den Römlingen!

Papst Clemens V. (1305 – 1314) fügte die Clementinae lib. V., Johann XXII. (1316 – 1334) die sog. „Extravagantes" und Sixtus IV. (1471 – 1484) die „Extravagantes communes" hinzu. Alle diese Urkunden, Dekretalen und ihre noch später aufgenommenen Zusätze und Ergänzungen wurden im Jahre 1918 zu dem „Codex juris canonici" zusammengefaßt, und dieses „Corpus juris canonici" ist das von der Kirche benutzte Werk, in dem der gesamte Rechtsstoff formuliert ist.

Einige Grundsätze

Diese Darstellung will keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Es sollte nur die Linie, die von dem „Decretum Gratiani" bis zu dem heute gebräuchlichen „Corpus juris canonici" führt, gezeigt und dessen Entstehung erläutert werden. In gleicher Absicht lassen wir einige tituli dieses anspruchsvollen Gesetzbuches folgen.

Ein Satz, der sehr merkwürdig in der Praxis des sog. Spruchkammergesetzes zum Ausdruck kam, lautet: „Qui tacet, consentire videtur" (Wer schweigt, gilt als Zustimmender).

Dieser Satz aus dem 6. Buch der Dekretalen des kanonischen Rechts (L. 5., tit. 12, Reg. 43) war ein Grundsatz des Papstes Bonifaz VIII. Er wurde zuweilen auch im „Entnazifizierungsverfahren" angewandt. Gelang es nicht dem Angeklagten – „Betroffener" war nur ein umschreibender Ausdruck –, eine aktive Beteiligung an irgendwelchen inkriminierten Handlungen nachzuweisen, dann beschuldigte man ihn, durch sein Schweigen „zugestimmt"

zu haben. Eine solche „Zustimmung" konnte — nach kanonischem Recht — als „Unterstützung des Nationalsozialismus" belastend gewertet werden.

Übrigens — es ist angebracht darauf hinzuweisen — hat der bekannte Heidelberger Rechtslehrer Karl Zachariae v. Lingenthal (1769—1843) bereits im Voraus auf die ganze Unmöglichkeit jener „Entnazifizierungsgesetze" hingewiesen, indem er im Sinne des Satzes „nulla poena sine lege" schrieb:

„Ein Gesetz, welchem rückwirkende Kraft beigelegt wird, fordert von den Untertanen das Unmögliche. Denn es fordert von allen Untertanen, daß ihnen ein Gesetz hätte bekannt sein *sollen*, das ihnen nicht bekannt sein *konnte*." („Vierzig Bücher vom Staate", Heidelberg 1820—1832.)

Andere Sätze des kanonischen Rechtes — welche die Macht des Papsttums stärken sollten — lauten:

„Romanus Pontifex jura omnia in scrino pectoris sui censetur habere" (Der römische Papst hat alle Rechte in seinem Brustkasten [wörtlich!] verschlossen). (Jus canonicum universum, t. I. Prooemium.)

„Papa habet supremam potestatem pro bono statu Ecclesiae judicandi et disponendi de bonis temporalibus omnium Christnanorum" (t. I. lib. I. tit .II.) (Der Papst hat die Macht, über die zeitlichen Güter aller Christen zu Gunsten der Kirche zu verfügen.)

„Papa habet plenariam dispositionem super Beneficiis totius mundi" (t. III. lib. III. tit. V). (Der Papst hat unbeschränktes Verfügungsrecht über die Benefizien der ganzen Welt.)

„Papa omnem suam potestatem, sive jurisdictionem, recipit ab ibsomet Deo, neque in terris Superiorem recognoscit" (t. I. lib. I. tit. II). (Der Papst erhält alle seine Macht und Jurisdiktion von Gott selbst, und erkennt auf Erden keinen Höheren über sich.)

Diese Zitate sind entnommen aus dem Jus Canonicum universum. Ed. Reiffenstuel, Antwerpen 1755, pag. 33, 76, 88 u. 76.

Der Jurist Baldus de Ubaldis (1327—1400) hat diese Sätze erläutert, indem er schrieb:

„Papa est supra jus, contra jus et extra jus — Deus in terris — causa causarum et primae causae nulla causa" (Der Papst ist über dem Recht, wider das Recht und außerhalb des Rechtes — Gott auf Erden — die Ursache aller Dinge, und der ersten Ursache voraussetzungsloses Dasein.)

Widerstand gegen dieses „Recht"

Mit der beginnenden Reformationszeit regte sich auch der Widerstand gegen dieses kanonische Recht. Ulrich von Hutten war dessen größter Gegner. Nach der Aussöhnung mit dem Vater hatte er sich bewegen lassen, Jura zu studieren. Die Universität Bologna, an der Hutten zeitweise studierte, war die Hochburg des kanonischen Rechtes. Der junge Feuergeist, dem die deutsche Nation über alles ging, konnte sich mit diesem fremden Recht — auch das römische Recht stieß ihn ab — nicht befreunden. In seiner an Crotus Rubianus gerichteten Zuschrift zur zweiten Bearbeitung des „Nemo" wendet er sich scharf gegen die Juristen und deren Wissenschaft. Es hätte — so schreibt er —

„besser um Deutschland gestanden, eh diese Menschen hochkamen mit ihren vielen Bücherbänden; damals, als hier (nach Tacitus) gute Sitten noch mehr galten als anderswo geschriebene Gesetze. Oder ob nicht jedes Gemeinwesen um so besser verwaltet würde, je weiter diese Glossatoren (Erklärer) davon sind. Da sehe nur einer jene Sachsen am baltischen Meere, wie sie ohne Aufschub und ohne Schwierigkeit Recht sprechen, indem sie nicht die genannten Gesetzkrämer, aber die althergebrachten heimischen Bräuche befragen: während hier eine Sache 20 Jahre zwischen 36 Doktoren hängen kann!"

Darum teilt er Crotus mit — und diese Stelle scheint nach seinem Studium zu Bologna eingefügt worden zu sein — er werde auf den Titel „Doctor juris utriusque" verzichten, „von dem sich die Menge so gerne verblenden läßt". Denn — so schreibt er —

„... Menschen von unbefangenem und wahrhaft freiem Geist müssen es in dieser Zeit dahin bringen, daß sie lieber alles andere tun, als dem Urteil des Pöbels huldigen ... Ich bin fest entschlossen, denen nicht zu folgen, die einen Doktor aus mir machen wollen ... Ich stehe also jenen nicht im Wege, die mir wegen ihrer mit Geld erkauften Titel vorgezogen werden." („Nemo", Ad Crotum Rubianum, 1518.)

Aber nicht nur so revolutionär denkende Jünglinge wie Ulrich von Hutten, auch ein bedächtiger Gelehrter, der mystische und sonderbare Agrippa von Nettesheim (1486—1535) schrieb über das Jus canonicum:

„Sacrosanctissimum videri posset, tam ingenioseavaritiae ac raptus formulas pietatis specie adumbrat; paucissima ad religionem spectantia, nonnulla verbo Dei contraria — hic Proteus, Chamaeleon, et Gordius nodus, reddidit Christi leve ac suave jugum omnium gravissimum. ‚Dat veniam corvis, vexat censura columbas'." (Agrippae ab Nettesheym: „De Incertitudine et Vanitate Scientiarum, Coloniae 1598, cap. 93, de jure canonico.)

(Eine saubere Arbeit, die die Formeln der Habsucht und des Raubes mit dem Glorienschein der Frömmigkeit umgibt, von Gottes Wort so gut wie Nichts enthält; ein unentwirrbarer gordischer Knoten von Falschheit und Tücke, der die großen Diebe laufen läßt, die Kleinen fängt, und aus Christi Lehre eine unerträgliche Last gemacht hat.)

Daher entstand der Vers: „Magnus Canonista, magnus Asinista!" (Ein großer Canonist — ein großer Esel ist!).

So dachte und schrieb man vor rund 400 Jahren über das kanonische Recht, auf das sich heute ein deutscher Richter bezieht! Carl Julius Weber — der bekannte Verfasser des „Demokritos" — schrieb dazu:

„Die Juristen hingen so fest daran, daß sie es sich selbst zur Reformationszeit nicht nehmen ließen, und Luther, der solches verbrannte, war kein Jurist! Sie hätten aufhören müssen Doctores utriusque juris (des rechten und unrechten Rechts) zu sein, und so klebten sie fest am alten Kot, wie so manche Juristen unserer Zeit, die sich über ihrem positiven, einmal einstudierten Schnickschnack, namentlich in jure publico, im öffentlichen Recht, nichts um die Lehren der Philosophie und und gesunden Staatsweisheit kümmerten." (Carl Julius Weber: „Das Papsttum und die Päpste", 1. Bd., 1. Teil, „Das Jus Canonicum, deutsch: Papst-Recht", S. 398, Stuttgart 1834.)

Ursachen, Folgen und Folgerungen

Die Münchener Professoren Huber und Döllinger urteilten in ihrem gemeinsam herausgegebenen Buch „Der Papst und das Concil" über diese Gestaltung des Kirchenrechts:

„Aus der Jurisprudenz, nämlich aus dem verdorbenen, zu einem Werkzeuge des geistlichen Despotismus verkehrten Kirchenrechte und aus dem Papsttum leitete man allgemein das Elend, den tiefen sittlichen und religiösen Verfall der abendländischen Christenheit ab. Aus diesen zwei zusammenfließenden Quellen – denn beide waren (bis 1305) italienisch, und die eine, die Bolognesische Rechtschule, diente der anderen, der Curie – werde, sagte man, die ganze Welt vergiftet.

Die Juristen sind es, läßt Roger Bacon (1214–1292) (Opus tertium, ed. Brewer. p. 84, London 1859) sich vernehmen, welche jetzt die Kirche regieren und die Christen mit lange hinausgezogenen Prozessen quälen und verwirren." („Der Papst und das Concil" von Janus, Leipzig 1869, S. 221/2.)

Der einstige Referendar am Reichskammergericht zu Wetzlar, Johann Wolfgang v. Goethe, hat nach seiner von der Universität Straßburg als ungenügend zurückgewiesenen Doktorarbeit – er wurde ebenso wenig „Doktor" wie Hutten und Schiller, und „Ehrendoktorate" gab es damals nicht – von der Rechtswissenschaft gesagt:

„Ich weiß, wie es um diese Lehre steht:
Es erben sich Gesetz' und Rechte
Wie eine ew'ge Krankheit fort,
Sie schleppen von Geschlecht sich zum Geschlechte
Und rücken sacht von Ort zu Ort.
Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage;
Weh' dir, daß du ein Enkel bist!
Vom Rechte, das mit uns geboren ist,
Von dem ist leider! nie die Frage."

„Nie!" – sagt Goethe. Und seine spöttische Kritik bezieht sich sowohl auf das römische als auch auf das kanonische Recht, also – auf jedes fremde Recht. Wie kommt das? Nun, die Antwort ist ebenso einfach wie kurz: weil unsere Volkseinheit zerstört wurde! Denn – so sagte Goethes Freund, der Theologe und Dichter Joh. Gottfr. Herder – wenn ein deutscher König „sich der katholischen Kirche bequemte, sogleich bekommen auch die Gesetze des Reiches, in der Versammlung der Bischöfe gegeben, den Bischofs- und Mönchscharakter ... noch mehr aber wird ein Geist des Ketzergerichts in ihnen sichtbar, lange vorher, ehe man den Namen einer Inquisition kannte". Dieser Geist des Ketzergerichts herrscht auch in dem „Kanonischen Recht". Es ist derselbe Geist, den wir in der sog. Spruchkammergesetzgebung und in allen politischen Prozessen der Gegenwart – mögen sie nun im „Westen" oder im „Osten" geführt worden sein – verspürt haben.

Wir sahen, daß bereits Ulrich von Hutten auf das durch das römische und kanonische Recht verdrängte alte deutsche Recht hinwies, das bis dahin im deutschen Volk geherrscht hatte. Das eingedrungene Christentum, im Zusammenwirken mit dem fremden Recht, zerstörte die ursprüngliche Einheit

von Rasseerbgut, Glaube, Kultur, Recht und Wirtschaft – so kennzeichnete Erich Ludendorff den Begriff „Volk" in unübertrefflicher Weise. Diese Einheit müssen wir zurückgewinnen. Dann wird auch jenes „Recht, das mit uns geboren ist", das Goethe unter den genannten Rechten vermißte, wieder zur Geltung gebracht werden können. Dieses Anrecht wird mit jedem deutschen Kinde immer wieder neu geboren, die Pflicht dafür zu streben hat jeder Deutsche, und die Aufgabe ein deutsches Recht zu gestalten, ist einer deutschen Rechtswissenschaft gestellt, die sich allerdings – wie Carl Julius Weber schon forderte – „um die Lehren der Philosophie und gesunden Staatsweisheit" bekümmern muß.



Folge 14 — München, 23. 7. 1958 — 10. Jahr

Der Zionismus bedroht sich selbst

Von Dr. Mathilde Ludendorff

Zeitschrift für Geistesfreiheit

Der Papst, oberster Gerichtsherr der Bundesrepublik

Eine Betrachtung zum Reichskonkordat

Von Dr. Hermann Kaben

> „Ist Konkordat und Kirchenplan
> Nicht glücklich durchgeführt?"
> Ja, fangt einmal mit Rom nur an,
> Da seid ihr angeführt.
>
> Goethe (Zahme Xenien VI)

Am 20. Juli jährte sich zum 25. Male der Tag, an dem im Jahre 1933 das Reichskonkordat zwischen dem Vatikan und der nationalsozialistischen Regierung abgeschlossen wurde. Die Ratifizierung des Konkordates, das heißt die förmliche Genehmigung durch das Staatsoberhaupt bzw. durch den Papst erfolgte am 10. September 1933. Mit diesem Tage trat das Konkordat in Kraft (siehe Art. 34). Amtlich verkündet wurde es im Reichsgesetzblatt vom 18. September 1933, Teil II, Nr. 38, S. 679–690, und von kirchlicher Seite in den „Acta Apostolicae Sedis" („Amtsblatt des Apostolischen Stuhles") vom 10. September 1933, Bd. 25, Nr. 14, S. 389–414. Mit der Verkündigung als Reichsgesetz wurde das Konkordat innerdeutsches Recht.

Das RK wurde der Anlaß zu einem Streit zwischen der Bundesregierung und dem Land Niedersachsen wegen des Schulgesetzes, das am 1. Oktober 1954 in Kraft getreten war. Die Bundesregierung war der Ansicht, daß verschiedene Paragraphen des niedersächsischen Schulgesetzes mit dem RK nicht zu vereinbaren seien. Sie stellte daher am 12. März 1955 beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe folgenden Antrag:

„Das Bundesverfassungsgericht möge feststellen,

1. das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933 ist in der Bundesrepublik Deutschland unverändert fortgeltendes Recht;
2. das Land Niedersachsen hat durch Erlaß der §§ 2, 3, 5, 6, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, und 15 des Gesetzes über das öffentliche Schulwesen in Niedersachsen vom 14. September 1954 ... gegen das in Reichsrecht transformierte Reichskonkordat verstoßen und damit das Recht des Bundes auf Respektierung der für ihn verbindlichen internationalen Verträge verletzt (Art. 20 Abs. 3, 32, 25, 123 Grundgesetz)."

In diesem Konkordatsstreit wurde am 26. März 1957 das Urteil verkündet. Da „die Bundesrepublik Deutschland identisch" ist „mit dem Deutschen Reich ... ergibt sich, daß die Bundesrepublik Deutschland an die vom Deutschen Reich abgeschlossenen Staatsverträge gebunden ist". Das RK ist also geltendes Recht für die Bundesrepublik, mit einer Einschränkung:

Das Gericht stellte fest, daß für die Schulbestimmungen des Konkordates die Länder nicht Vertragspartner des Heiligen Stuhles geworden sind. Bei

der gegenwärtigen Struktur der Bundesrepublik können die Schulbestimmungen des RK nur von den Ländern durchgeführt werden; denn die Schulgesetzgebung ist ausschließlich Sache der Länder. Die Frage, ob die Bundesregierung in der Lage sei, von den Ländern die Durchführung der Bestimmungen zu verlangen, wurde von dem Gericht eindeutig verneint.

So können wir also sagen: Das Reichskonkordat ist gültig, aber es bindet die Länder nicht, soweit es Fragen betrifft, die ausschließlich von den Ländern geregelt werden.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes befriedigte die katholische Kirche nicht. Prof. von der Heydte schrieb in der katholischen Zeitschrift „Wort und Wahrheit" (Heft 5/1957):

> „Nur die erste Runde im Konkordatsstreit ist mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 26. März beendet. Der Kampf geht in den Ländern — und mit den Ländern — weiter." (Hervorh. von mir.)

Aber man hat noch ein zweites Eisen im Feuer. Am 5. Dezember 1957 legte die Bundestagsfraktion der DP einen ganz harmlos erscheinenden **„Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Artikels 74 Nr. 13 des GG"** vor.

Worum handelt es sich bei dem Artikel 74 des Grundgesetzes? Art. 74 regelt in 23 Punkten die „konkurrierende Gesetzgebung", d. h. es werden diejenigen Punkte aufgezählt, bei denen auch die Länder Mitwirkungsmöglichkeit haben. Punkt 13 des Art. 74 lautet:

> „Die konkurrierende Gesetzgebung erstreckt sich auf ...
> 13. die Förderung der wissenschaftlichen Forschung."

Dieser Punkt 13 soll nach dem Antrag der DP folgenden Wortlaut erhalten:

> „Die konkurrierende Gesetzgebung erstreckt sich auf ...
> 13. die Förderung der wissenschaftlichen Forschung und die **einheitliche Regelung des Unterrichts- und Erziehungswesens.**" (Hervorh. von mir.)

Ein weiterer Antrag der DP (ebenfalls vom 5. 12. 1957) fordert die Schaffung eines Bundesministeriums für Wissenschaft, Unterricht und Erziehung!

Mit Recht schreibt Alfred Miller, der das große Verdienst hat, in seinem ausgezeichneten „Informationsdienst zur Zeitgeschichte" (Nr. 1/1958) auf diese Dinge hingewiesen zu haben:

> „Würde das durchgehen, dann hätte man es geschafft. Dann würde den Ländern vom Bund her jene Regelung auferlegt, die im Reichskonkordat für das Schulgebiet festgelegt ist und die bisher an der ausschließlichen Länderhoheit in Unterrichts- und Erziehungsfragen scheiterte. Klug eingefädelt ist das alles! Und man schickt von der CDU die DP-Satelliten vor, um dem Ganzen einen möglichst harmlosen Anstrich zu geben, damit man selber nicht in den Verdacht kommt, klerikale Politik zu treiben."

Zu einer Grundgesetzänderung ist eine Zweidrittelmehrheit nötig. In dem Augenblick, wo der Bundestag — also mit den Stimmen der Opposition — diese Verfassungsänderung beschließen sollte, ist es dann mit einfacher Mehrheit des Bundestages möglich, durch Bundesgesetz die Länder an das

RK zu binden, ohne daß eine Möglichkeit besteht, etwas dagegen zu unternehmen.

Die Entscheidung darüber, ob die Schulbestimmungen des RK durchgeführt werden sollen, liegt also einmal bei den Länderparlamenten, zum andern beim Bundestag. Jeder verantwortungsbewußte Staatsbürger sollte sich mit dem RK auseinandersetzen, zumal im Hinblick auf kommende Landtagswahlen!

Welche Bedeutung dem RK von der katholischen Kirche beigemessen wird, mögen einige Urteile über das RK beweisen:

1. Das führende Blatt der franz. Katholiken „La Croix" bezeichnete das RK als das größte kirchenpolitische Ereignis seit der Reformation.

2. Die bedeutende katholische Wochenschrift in Österreich „Schönere Zukunft" schrieb in ihrer Ausgabe vom 13. August 1933:
„Die religiöse Tragweite des ... Reichskonkordats ist gewaltig, wenn man bedenkt, daß bis zu Papst Eugen IV., das heißt ein Jahrhundert vor der Reformation zurückgegangen werden muß, um ein solches Konkordat zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl zu finden. Das Ereignis ist daher von weltgeschichtlicher Bedeutung."
Und weiter heißt es:
„In der Tat ist ... der Inhalt des Konkordats ... eine vollständige Abkehr von der Geistesrichtung, deren Programm in der Trennung von Staat und Kirche gipfelt, und es ist ein ganz großes Ereignis, wenn der Staat, dessen Philosophen durch Generationen die Lehrmeister und leider auch Irreführer der Völker gewesen sind, nun mit dem Konkordat eine vollständige Kursänderung vornimmt und ein feierliches Bekenntnis zum Grundsatz nicht der Trennung, sondern des Zusammenwirkens von Staat und Kirche ablegt. Man spürt das Atmen der Geschichte. Nun ist der Liberalismus auch von Amts wegen überwunden und abgetan ... Es fängt ein neues Zeitalter an. *Das neue Zeitalter, das anfängt, ist kein anderes als das der Katholischen Aktion* in jenem säkularen Sinn, den Pius XI. seit Beginn seines Pontifikates nicht müde wird zu verkünden."
Besonders wichtig erscheint mir noch folgender Hinweis:
„So ist im Konkordat *die Anerkennung einer säkularen Mission des deutschen Volkes für das christliche Abendland* eingeschlossen ..."

3. Der Jesuit Ivo Zeiger bezeichnete das RK als ein Meisterwerk. „Es trägt seinen Namen, weil es mit dem Reiche geschlossen wurde. Es setzt also das Dasein des Reiches voraus, und es wird – so merkwürdig es klingen mag – in einem gewissen Sinne das kommende Reich mitschaffen." („Stimmen der Zeit", Bd. 126, Seite 7.)

4. Und endlich noch eine Stimme aus dem Jahre 1956!
Herbert Groppe, Verfasser einer Schrift „Das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933 – Eine Studie zur staats- und völkerrechtlichen Bedeutung dieses Vertrages für die Bundesrepublik Deutschland", erschienen im Verlag J. P. Bachem in Köln, schreibt (a. a. O., Seite 101):
„Die Bestimmungen des Reichskonkordats gehen allen Gesetzen des Bundes und der Länder und auch den Bestimmungen des Grundgesetzes uneingeschränkt voran." (Hervorh. von mir!)

Diese Äußerungen, meine ich, sollten jeden Deutschen nachdenklich stimmen und ihn veranlassen, das RK ganz gründlich zu studieren, damit er weiß, wie das Gesetz aussieht, das nach dem Willen des Papstes und führender Staatsmänner der Bundesrepublik oberstes Gesetz bei uns werden soll bzw. schon geworden ist.

Was ist nun ein Konkordat?

Wir wollen uns diese Frage von Kardinal Ottaviani beantworten lassen. Ottaviani leitet die Behörde, die für alle Fragen der Lehre und der Moral sowie der Bücherverbote zuständig ist. Er hat ein Lehrbuch über das Kirchenrecht geschrieben, in dem es heißt:

„Konkordate sind Konventionen, eingegangen zwischen dem Hl. Stuhl und den höchsten Lenkern von Staaten, in welchen die Pflichten des Staates sowie die Vorrechte und die Rechte der Kirche über bestimmte Dinge zum Wohl beider Sozietäten definiert und durch die Feierlichkeit von Verträgen bekräftigt werden ...

Der Gegenstand der Konkordate sind auf der einen Seite Privilegien, die von der Kirche gewährt werden, auf der anderen Seite aber Verpflichtungen, die vom Staat anerkannt oder neu übernommen werden. Ziel der Konkordate ist der Friede und die Eintracht zwischen den beiden Sozietäten, d. h. die Pflege der Freundschaft, die Vermeidung von Streitigkeiten und die Förderung sowohl des religiösen als auch des bürgerlichen Bereiches zum Wohl der Untertanen, sei es der Kirche oder sei es des Staates.

Die Konkordate haben die Beschaffenheit eines ... Vertrages besonderer Art, weil in diesen Konventionen ... abgesehen wird von der Parität der Kontrahenten und weil sie nach besonderen Normen gehandhabt werden, die in der Praxis ihre Wirkung zeigen, vor allem, wo es um die Auslegung und Auflösung der Konkordate geht." (Zitiert nach: M. Ziegler, „Gültigkeit und Zweckmäßigkeit des Reichskonkordates"; Verlag „Stimme der Gemeinde", Darmstadt.)

Was entnehmen wir diesen Feststellungen?

Ein Konkordat ist ein Vertrag besonderer Art, weil in ihm bewußt auf die Gleichberechtigung der Vertragschließenden verzichtet wird. Konkordate im Sinne zweiseitiger Verträge, die den Staat und die Kirche binden, gibt es für Rom nicht. Ganz deutlich hat dies Kardinal Tarquini ausgesprochen, wenn er schreibt:

„Die Konkordate sind den Privilegien zuzuzählen; ein Konkordat ist somit: ein kirchliches Sondergesetz, erlassen aus der Machtvollkommenheit des Papstes für irgend einen Staat auf das Ersuchen des betreffenden Staatsoberhauptes, dies kirchliche Sondergesetz auf immer zu beobachten. Die Konkordate gehören zu den gänzlich freigebigen Privilegien ... Sache der Kirche ist es, über den wahren Sinn der Konkordate zu urteilen und die von ihr gemachten Zugeständnisse zurückzunehmen, wenn dies das ewige Seelenheil verlangt. Denn es ist Sache des Oberhauptes, Privilegien, die es einem Untertan gewährt hat, zu deuten und, wenn eine gerechte Ursache vorliegt, sie zurückzunehmen. Nun aber sind die Konkordate Privilegien, und bei ihrem Abschluß steht die Kirche als Oberhaupt, die weltliche Staatsgewalt als Untertan da."

Genau das sagt auch Ottaviani, wenn er von den Pflichten des Staates und den Rechten und Vorrechten der Kirche spricht. Wenn wir diese Feststellungen Tarquinis verstehen wollen, müssen wir uns kurz mit der Lehre der katholischen Kirche beschäftigen; nur dann können wir die Stellung der katholischen Kirche zum Staat verstehen.

Im Gesetzbuch der katholischen Kirche, dem Codex Juris Canonici, heißt es in Kanon 1322 § 2:

„Die Kirche hat das Recht und die Pflicht, unabhängig von jeder weltlichen Gewalt allen Völkern das Evangelium zu verkünden. Durch göttliches Gesetz sind wiederum alle Menschen verpflichtet, das Evangelium gläubig anzunehmen und der Kirche Gottes beizutreten."

Die Kirche leitet dieses Recht und diese Pflicht aus dem Missionsbefehl ab, den Christus Matth. 28, 19 gegeben hat:

„Mir ist gegeben alle Gewalt im Himmel und auf Erden. Darum gehet hin und lehret alle Völker und taufet sie im Namen des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes und lehret sie halten alles, was ich euch befohlen habe."

Im Kommentar zu § 2 des Kanon 1322 heißt es:

„Daß die Kirche dieses Recht unabhängig von jeder weltlichen Gewalt hat, ergibt sich aus der Tatsache, daß die Kirche vom Heiland als vollkommene Gesellschaft gegründet ist und demnach den Menschen die christlichen Wahrheiten verkünden darf, wenn es auch der Staat verbietet."

In unübertrefflicher Klarheit hat Papst Bonifazius VIII. diesen Gedanken zum Ausdruck gebracht, wenn er in der Bulle „Unam Sanctam" aus dem Jahre 1302 sagt:

„Dem römischen Pontifex unterworfen zu sein, ist für jegliches Geschöpf zum Heile notwendig."

Aus Matth. 16, 18—19, wo es heißt:

„Du bist Petrus, und auf diesen Felsen will ich meine Gemeinde bauen, und die Pforten der Hölle sollen sie nicht überwältigen. Ich will dir die Schlüssel des Reichs der Himmel geben, und was du bindest auf der Erde, soll in den Himmeln gebunden sein, und was du lösest auf der Erde, soll in den Himmeln gelöst sein",

leitet die katholische Kirche den Anspruch ab, die einzige, wahre, allein seligmachende Kirche zu sein. In den „Decreten des Vaticanischen Concils" (1870) heißt es in dem Kapitel „Von der Einsetzung des apostolischen Primates in dem hl. Petrus":

„Und einzig dem Simon Petrus übertrug Jesus nach seiner Auferstehung die oberste Hirten- und Führergewalt über seinen ganzen Schafstall mit den Worten: ‚Weide meine Lämmer. Weide meine Schafe' (Joh. 21, 15—17)."

Nach katholischer Lehre war Petrus der erste Bischof von Rom, und die Päpste betrachten sich als Nachfolger des Petrus und als Vollstrecker des nach ihrer Ansicht von Christus an Petrus gegebenen Auftrags, „die Schafe zu weiden".

So wundert es uns nicht, wenn wir im Kanon 196 des Codex lesen:

„Die Kirche besitzt kraft göttlicher Anordnung die Jurisdiktionsgewalt."

Was heißt „die Kirche besitzt die Jurisdiktionsgewalt"? Im Kommentar zu diesem Satz heißt es:

„Unter Jurisdiktionsgewalt im Rechtsbereich versteht man die öffentliche Gewalt, die Getauften zu lenken und zu leiten in allen Dingen, die sich auf die Erlangung ihres ewigen Heils beziehen ... Die göttliche Anordnung ist darin enthalten, daß Christus die Kirche nach der Lehre der Apologeten als öffentliches, vollkommenes Gemeinwesen gründete. Ein vollkommenes Gemeinwesen muß nämlich alle Mittel, die es zur Erreichung seines Zweckes notwendig hat, in sich selbst haben, es darf dabei nicht von dem guten Willen anderer abhängig sein. Ein vollkommenes Gemeinwesen muß daher auch die Gewalt haben, seine Angehörigen dem Ziele der Gesellschaft entsprechend leiten zu können; es muß also öffentliche Gewalt haben. Tatsächlich hat auch Christus, wie sich aus der Heiligen Schrift beweisen läßt, der von ihm gestifteten Kirche die entsprechende Gewalt verliehen."

Aus den angeführten Stellen des Codex ergibt sich:

1. Auch gegen den Willen des Staates hat die Kirche das Recht und die Pflicht, das Evangelium zu verkünden.
2. Es ist göttliches Gesetz, daß alle Menschen verpflichtet sind, sich zum katholischen Christentum zu bekehren und der römischen Kirche beizutreten, weil sie die einzige, wahre, von Christus eingesetzte Kirche ist.
3. Die Kirche hat die öffentliche Gewalt, die Getauften zu lenken und zu leiten in allen Dingen, die sich auf die Erlangung des ewigen Heils beziehen, d. h. die Kirche fordert den „totalen Herrschaftsanspruch über die Seelen" (s. Ziegler, a. a. O.).

Es ist hier die Rede davon, daß die Kirche das Recht für sich beansprucht, „die Getauften zu lenken und zu leiten".

Wer sind die Getauften nach katholischer Lehre?

Ottaviana lehrt:

„Im christlichen nichtkatholischen Staat sind Häretiker" (d. h. alle evangelischen Christen) „und Schismatiker" (d. h. alle orthodoxen Christen) „von vorneherein dadurch, daß sie getauft sind, den Gesetzen der Kirche unterworfen." (Zitiert nach Ziegler, a. a. O.)

Wir wollen uns diese Frage aber auch von einem Papst beantworten lassen, und zwar von Pius IX. Dieser schrieb am 7. August 1873 an den deutschen Kaiser Wilhelm I. einen Brief, in dem es heißt:

„Ich spreche mit Freimut, denn die Wahrheit ist mein Panier, und ich spreche, um einer meiner Pflichten in erschöpftem Maße nachzukommen, die mir auferlegt, allen das Wahre zu sagen, und auch dem, der nicht Katholik ist; denn jeder, welcher die Taufe empfangen hat, gehört in irgendeiner Art und in irgendeiner Weise ..., gehört, sage ich, dem Papste an."

Wenn also die römische Kirche die Jurisdiktionsgewalt über die Getauften beansprucht, so meint sie damit die öffentliche Gewalt über a l l e Christen überhaupt, ja, auch diejenigen, die aus der Kirche ausgetreten sind.

Das Verhältnis von Kirche und Staat

Das rechte Verhältnis von Staat und Kirche besteht nach Ottaviani in der „indirekten Unterordnung des Staates unter die Kirche". Er sagt:

„Kirche und Staat sind zwei in ihrem jeweiligen Bereich höchste und unabhängige Sozietäten, überragender und hinsichtlich ihres Bereiches überlegener und höher ist jedoch die Kirche ... Diese Wahrheit folgt aus der Betrachtung des Zieles beider Sozietäten: Die Kirche hat das übernatürliche Wohl der Gläubigen im Auge, da ihr Ziel der Kultus des höchsten Gottes, die Heiligung der Seelen und die himmlische Seligkeit der Gläubigen ist. Der Staat dagegen fördert die natürlichen Güter, d. h. den Schutz der Rechte, den Unterhalt des natürlichen Lebens und eine irgendwie geartete irdische Seligkeit. Die Kirche verfolgt das überlegenere Ziel ...

So ist die indirekte Unterordnung der zeitlichen Gewalt unter die geistliche Gewalt ein unmittelbarer und logischer Folgesatz aus dem juristischen Verhältnis der indirekten Unterordnung des zeitlichen Ziels (des Staates) unter das geistliche Ziel (der Kirche). Denn Sozietäten sind wie ihre Ziele ...

So wie das Ziel, nach dem die Kirche strebt, bei weitem das vornehmste ist, so ist auch ihre Gewalt die allerüberlegenste; und so wie der finis socialis des Staates indirekt dem Ziel der Kirche untergeord'net ist, so ist es auch mit seiner Gewalt." (Zitiert nach Ziegler, a. a. O.)

Daraus ergibt sich als Pflicht des Staates,

„daß die niedrigere, d. h. unabhängige Sozietät die höhere, d. h. überlegenere Sozietät nicht behindere; vielmehr daß sie der höheren helfe, soweit diese zur vollkommeneren Verfolgung ihres Zieles der Hilfe der anderen Sozietät bedarf". (Zitiert nach Ziegler, a. a. O.)

Man spricht heute nicht mehr von der direkten Unterordnung des Staates unter die Kirche, man vermeidet heute auch nach Möglichkeit den Ausdruck „indirekte Gewalt der Kirche über den Staat", nein, heute spielt der Begriff „Subsidiarität" eine große Rolle. „Subsidiarität" heißt „Hilfeleistung", „Hilfestellung". Der Staat ist verpflichtet, der Kirche zu helfen, damit sie die ihr von Gott gestellte Aufgabe erfüllen kann. Es muß für den Staat eine Ehre sein, der Kirche helfen zu dürfen! Ja, ein Staat, der sich dieser „Ehre" bewußt ist, „Untertan der Kirche" zu sein, wird es auch als eine ganz selbstverständliche Pflicht ansehen, seine Gesetze den Gesetzen der Kirche anzupassen. Ottaviani sagt nämlich:

„Die bürgerliche Gesetzgebung ist so einzurichten und zu gestalten, daß sie nicht im Widerspruch steht zur kanonischen Gesetzgebung ... Im Konfliktsfall zwischen bürgerlichem und kirchlichem Recht muß dieses den Vorrang haben." (Zitiert nach Ziegler, a. a. O.)

Die staatliche Gesetzgebung ist den Kirchen anzupassen! Das verlangt die katholische Kirche von einem Staat, dem sie das „Privileg" gewährt, ihr „helfen" zu dürfen!! Die Ansicht führender Katholiken in der Bundesrepublik gibt Herbert Groppe wieder, wenn er sagt:

„Die Bestimmungen des Reichskonkordates gehen allen Gesetzen des Bundes und der Länder und auch den Bestimmungen des Grundgesetzes uneingeschränkt voran."

Für uns erhebt sich nun die Frage: **Hat der deutsche Staat mit Abschluß des Konkordats das Kanonische Recht anerkannt?**

Hören wir zunächst die Ansicht Roms! Der „Osservatore Romano" vom 26. 7. 1933 schreibt:

„Vor allem ist daran zu erinnern, daß das kanonische Recht die fundamentale Grundlage, die wesentliche juristische Voraussetzung des Konkordats bildet und dessen einzelne Bestimmungen Schritt für Schritt begleitet. Noch mehr, ein ausdrücklicher Satz — der Artikel 33 — bestimmt, daß die auf kirchliche Personen oder kirchliche Dinge bezüglichen Materien, die in dem Konkordat nicht behandelt worden sind, ‚für den kirchlichen Bereich dem geltenden kanonischen Recht gemäß geregelt' werden. Das bedeutet nicht nur die offizielle Anerkennung des kirchlichen Gesetzbuches, sondern auch die Aufnahme vieler Punkte eben dieser Gesetzgebung und den Schutz für das kirchenrechtliche Erbgut." (Zit. nach „Informationsdienst zur Zeitgeschichte" Nr. 6/55.)

Roms Standpunkt läßt an Klarheit nichts zu wünschen übrig: mit Abschluß des Konkordates hat das Deutsche Reich das kanonische Recht offiziell anerkannt.

Ist diese Ansicht richtig? Der vom „Osservatore Romano" angeführte Satz aus dem Artikel 33 lautet:

„Die auf kirchliche Personen oder kirchliche Dinge bezüglichen Materien, welche in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, werden für den kirchlichen Bereich dem geltenden kanonischen Recht gemäß geregelt."

Drei Begriffe sind zu klären: 1. Kirchliche Personen, 2. Kirchliche Dinge, 3. Kirchlicher Bereich.

Was sind „kirchliche Personen"?

Die Antwort gibt uns Kanon 87 des Codex:

„Was die Entstehung einer physischen Person anbelangt, so ist zu bemerken, daß jemand in der von Christus gestifteten Kirche durch die Taufe eine Person wird mit allen Rechten und Pflichten eines Christen."

Dieser Satz wird in dem darauf folgenden Kommentar näher erläutert; es heißt darin:

„Unter Person versteht man hier ein Wesen, dem die Fähigkeit zukommt, Träger von Rechten und Pflichten zu sein.

Die von Christus gestiftete Kirche ist, wie die Apologeten beweisen, die römisch-katholische Kirche. Zu ihr gehört jeder, der gültig getauft ist."

„Die Taufe, von der hier die Rede ist, ist die Wassertaufe, da nach dem positiven Willen Christi die Rechte eines Christen nur durch die Wassertaufe vermittelt werden. — Dabei ist nicht gefordert, daß die Taufe würdig empfangen wird (daß sie also die heiligmachende Gnade verleiht); es genügt, daß sie gültig empfangen wird, daß sie also einen unauslöschlichen Charakter einprägt. Demnach wird auch nicht verlangt, daß jemand in der katholischen Kirche getauft wird."

Im Kommentar heißt es weiter:

„Die Rechte, die jemand dadurch erhält, daß er eine Person in der Kirche wird, sind z. B. das Recht auf die der Kirche anvertrauten Gnadenmittel, auf Teilnahme an den Sakramenten, auf Teilnahme am Gottesdienst, auf Unterricht im Glauben, auf ein kirchliches Begräbnis, auf Rechtsschutz usw.

Die Pflichten sind hauptsächlich eingeschlossen in der Pflicht, den Gesetzen und Geboten der Kirche gehorsam zu sein und ihre Lehren gläubig anzunehmen...

Jeder Getaufte behält ein besonderes Anrecht auf die mütterliche Sorge der

Kirche. Deshalb kann auch niemand seine kirchliche Persönlichkeit jemals vollständig verlieren."

Wir können also sagen: **Eine „kirchliche Person" ist nach katholischer Lehre jeder Getaufte. Jeder Getaufte ist verpflichtet, der Kirche in allem zu gehorchen und ihre Lehren anzunehmen.** (Vergl. Ottaviani und Papst Pius IX!)

Was sind „kirchliche Dinge"?

Die Antwort auf diese Frage finden wir im Kanon 726. Er lautet:

„Unter Sachen versteht man die Mittel, die zur Erreichung des Zweckes dienen, den die Kirche hat."

Im Kommentar zu diesem Satz heißt es:

„Der Zweck, den Jesus der von ihm gegründeten Kirche gab, besteht darin, sein Erlösungswerk fortzusetzen und zu vollenden und so die Menschen zu heiligen und zum ewigen Leben zu führen. – In der Erreichung dieses von Gott gesetzten Zweckes darf die Kirche von keiner menschlichen Macht behindert werden. Deshalb kann ihr auch der Staat die Mittel nicht nehmen, die zur Erreichung ihres Zweckes notwendig oder nützlich sind. Er darf sie auch in der Anwendung dieser Mittel nicht behindern."

Aus Kanon 726 und dem Kommentar ergibt sich also: Alles, was die Kirche für notwendig hält, um den ihr von Christus erteilten Auftrag (siehe oben Kanon 1322!) zu erfüllen, fällt unter den Begriff „kirchliche Dinge oder Sachen".

Was heißt „kirchlicher Bereich"?

Am 9. November 1903 erklärte Papst Pius X. in einer Ansprache:

„Unseres Amtes ist es, jeden einzelnen, nicht nur die Gehorchenden, sondern auch die Herrschenden, da sie alle von einem Vater stammen, im privaten wie im öffentlichen Leben, in sozialer wie in politischer Beziehung der Norm und Regel der Sittlichkeit entsprechend zu leiten.

Wir verstehen, daß es einigen zum Anstoß gereichen wird, wenn wir sagen, es sei unsere Pflicht, auch die Politik uns angelegen sein zu lassen; aber jeder billig Denkende erkennt, daß der römische Papst von dem Lehramte, das er in Bezug auf Glauben und Sitten besitzt, das Gebiet der Politik keineswegs trennen kann."

Mit anderen Worten: zum „kirchlichen Bereich" gehört

1. die Leitung des privaten und öffentlichen Lebens aller Staatsmänner und Staatsbürger;
2. alles, was mit Sitte und Moral zu tun hat;
3. alles, was mit Politik und sozialen Fragen zu tun hat;
4. alles, was mit Glaubensfragen zu tun hat.

Es gibt überhaupt nichts, was nicht zum „kirchlichen Bereich" gehört!

Nun wissen wir, was wir unter den Begriffen „kirchliche Personen", „kirchliche Dinge" und „kirchlicher Bereich" zu verstehen haben. Und das alles steht in dem schlichten Satz: „Die auf kirchliche Personen oder kirchliche

Dinge bezüglichen Materien, welche in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, werden für den kirchlichen Bereich dem geltenden kanonischen Recht gemäß geregelt." Im allgemeinen interpretiert man diesen Satz dahin, er beziehe sich nur auf interne kirchliche Angelegenheiten!

Das Reichskonkordat wurde auf deutscher Seite von dem Vizekanzler und päpstlichen Geheimkämmerer v. Papen unterzeichnet. Man fragt sich gerade in Verbindung mit Artikel 33 –, ob Herr v. Papen bei den Verhandlungen in seiner Eigenschaft als Vizekanzler des D e u t s c h e n Reiches die Interessen a l l e r Deutschen wahrgenommen hat oder ob er als päpstlicher Geheimkämmerer in erster Linie an das Wohl der katholischen Kirche gedacht hat. Die Antwort auf diese Frage entnehmen wir der Rede, die Herr v. Papen am 22. Juli 1933, unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Rom, auf einer Tagung des Katholischen Akademikerverbandes über das Konkordat gehalten hat. In dieser Rede heißt es u. a.:

„Ich habe in allen Stadien der Verhandlungen den Standpunkt vertreten, daß es völlig unerheblich sei, ob man bei dieser Gelegenheit der Kirche etwas mehr oder etwas weniger gebe ..."

„Das Jahrhundert der Aufklärung und der Überschätzung des Individualismus liegt jetzt hinter uns. Die säkulare Wende dieser Zeit könnte nicht besser gekennzeichnet werden als durch den Vertrag, den wir soeben geschlossen, und in dem der Kirche alles Recht garantiert wird, dessen sie zur Erfüllung ihrer göttlichen Mission bedarf." (Zitiert nach „Materialdienst des Konfessionskundlichen Instituts", Nr. 2/3, 1955.)

Herr v. Papen war sich also völlig darüber klar, daß er als Vertreter des Deutschen Reiches der Kirche a l l e s Recht garantiert hat, dessen die „zur Erfüllung ihrer göttlichen Mission bedarf". Das Recht aber, dessen die Kirche bedarf, ist kanonisches Recht. Herr v. Papen hat also in dem Augenblick, da er als Vizekanzler seine Unterschrift unter das Vertragswerk setzte, im Namen des deutschen Volkes das kanonische Recht anerkannt, eine Tat, für die ihm die Bundesregierung dankbar sein dürfte!

Dieser Artikel 33, das kann gar nicht genug betont werden, ist der wichtigste und folgenschwerste des ganzen Konkordates; denn mit Hilfe dieses Artikels, also auf dem Umwege über das Konkordat, das seit dem 10. September 1933 deutsches Staatsgesetz ist, was vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe am 26. März 1957 bestätigt wurde, ist das kanonische Recht oberstes Gesetz bei uns geworden. Wo aber das kanonische Recht oberstes Gesetz ist, ist der Papst oberster Herrscher, der Papst, der nach Kanon 1556 als „höchste Instanz in der ganzen Kirche von keiner menschlichen Gewalt vor Gericht gezogen werden kann", dem nach Kanon 1557 § 1 n. 1 „reserviert ist ... zunächst die Rechtsprechung über Staatsoberhäupter, deren Söhne und Töchter, sowie über diejenigen, die das Anrecht haben, ihnen unmittelbar in der Regierung nachzufolgen".

Die Souveränität der Bundesrepublik ist also nur eine Scheinsouveränität; denn die letzte Entscheidung hat im Westen Deutschlands auf Grund des Konkordates der Vatikan. Die Bundesrepublik hat das „Privileg", das

ausführen zu dürfen, was Rom befiehlt. Damit ist, wie Alfred Miller einmal sagte, „der Sieg Roms vollständig". Im Westen Deutschlands ist das verwirklicht, was Papst Pius XI. am 23. Dezember 1929 als den Sinn eines Konkordates erklärte: Bei einem Konkordat handelt es sich darum, „die Herrschaft der katholischen Kirche gesetzlich bei Völkern festzulegen, die ihrer Mehrheit nach nicht katholisch sind".

Und damit ist der Papst unser oberster Gerichtsherr!

Die augenblickliche Ruhe im Kampf um das Reichskonkordat darf nicht täuschen. Es ist die Ruhe vor dem Sturm. Der Kampf um die endgültige Durchsetzung der Schulbestimmungen des Konkordates in den Ländern dürfte in Kürze beginnen. Bereits im Mai 1957 schrieb die katholische Monatsschrift „Wort und Wahrheit":

„Das Gericht hat gesprochen: Der Politiker hat jetzt das Wort. Nicht vor den Schranken eines Gerichtes, sondern in der Arena des politischen Kampfes wird die letzte Entscheidung im Konkordatsstreit fallen."

Jawohl, das Gericht hat gesprochen! Es hat erklärt:

„Das Grundgesetz hat ... es den Ländern überlassen, in eigener Verantwortung und freier Entscheidung darüber zu befinden, wie sie in Anbetracht der völkerrechtlichen Bindung der Bundesrepublik Deutschland an das Reichskonkordat ihr Schulrecht gestalten wollen."

Ob die Deutschen, vor allem die Evangelischen, die Protestanten, die Anhänger Luthers, endlich begreifen werden, worum es geht? Erkennen sie, daß sie auf Grund des Gerichtsurteils noch die Möglichkeit haben, „in eigener Verantwortung und freier Entscheidung" die deutsche Schule vor dem Zugriff Roms zu retten? Erkennen sie, daß die maßgebenden Regierungsparteien nur mit ihrer Hilfe in der Lage sein werden, auch die deutsche Schule dem kanonischen Recht zu unterwerfen? Denken sie daran, daß Luther am 10. Dezember 1520 das kanonische Rechtsbuch verbrannte, das nun im Mutterland der Reformation das Gesetz geworden ist, mit dem alle bestehenden Gesetze in Einklang gebracht werden sollen? Begreifen sie, weshalb die französische katholische Zeitung „La Croix" das Reichskonkordat „das größte kirchenpolitische Ereignis seit der Reformation" genannt hat? — Weil das Reichskonkordat die Tat Luthers ausgelöscht hat! —

Deshalb handelt „in eigener Verantwortung und freier Entscheidung"! Nutzt die letzte Möglichkeit, die durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes noch gegeben ist:

Rettet die deutsche Schule!

Der Quell

Zeitschrift für Geistesfreiheit

Erscheinungsort München | Postversandort München

Folge 9 | 9. 5. 1957 | 9. Jahr

Die Atomgefahr

Von Karl von Unruh

Weicht der Staat der Kirche?

Der Kampf um den § 67 des Personenstandsgesetzes

Das deutsche Personenstandsgesetz, geschaffen in der Bismarck'schen Zeit (1875[1]), bedroht in seinem § 67 einen Pfarrer, der die religiöse Feierlichkeit einer Eheschließung, also eine kirchliche Trauung, vor der standesamtlichen Eheschließung vornimmt, mit Strafe.

Diese Bestimmung galt, wenig geändert, bisher noch in der Bundesrepublik. Ab 1. 1. 1900 blieben die Fälle ausgenommen, bei denen lebensgefährliche Erkrankung eines Verlobten vorlag (= Abs. 2 des § 67, eingeführt mit dem deutschen Bürgerlichen Gesetzbuch); durch Art. 26 des Reichskonkordats von 1933 sollten auch die Fälle straflos bleiben, in denen ein

---

[1]) RGBl. S. 23.

sogenannter sittlicher Notstand vorlag, wobei man besonders an ausländische Arbeiter dachte, welchen es nicht gelang, ihre Heiratspapiere aus dem Ausland rechtzeitig zu beschaffen.

Als Strafe war ursprünglich vorgesehen Geldstrafe bis zu 300 Mark oder Gefängnis bis zu drei Monaten. Durch eine Verordnung vom Jahre 1924 über Vermögensstrafen[2]) wurde die Geldstrafe auf 3 bis 10 000 Mark bestimmt. Bei der Neufassung des gesamten Personenstandsgesetzes vom 3. 11. 1937[3]) wurde der § 67 stilistisch verbessert, durch die kurze Bezeichnung „Geldstrafe oder Gefängnis" waren aber nunmehr bis zu 10 000 DM oder Gefängnis bis zu 5 Jahren angedroht.

Etwa bis zum Jahre 1950, also ein 3/4 Jahrhundert lang, waren nur ganz vereinzelt Fälle einer Zuwiderhandlung vorgekommen, weshalb auch die Erhöhung des Strafrahmens eine rein theoretische Angelegenheit blieb. Die protestantische Kirche, die um 1875 dieser Bestimmung auch widersprochen hatte, hatte längst nichts mehr dagegen einzuwenden, da sie die standesamtliche Eheschließung und deren Vorrang vor der kirchlichen Trauung anerkannte und sich in der Ausübung ihrer Religion keineswegs mehr beschwert fühlte. Die römisch-katholische Kirche freilich hat die Zivilehe und erst recht die obligatorische Zivilehe niemals anerkannt, obwohl auch sie in der Ausübung ihrer Religion dadurch nicht gestört war; noch im Reichskonkordat kommt der Widerspruch deutlich zum Ausdruck.

Im Jahre 1955 änderte sich die Situation: Es wurde bekannt, daß der römisch-katholische Pfarrer Neun in Tann in Niederbayern zwei Personen kirchlich getraut hatte, die nicht etwa bloß die standesamtliche Eheschließung „noch nicht" hatten vornehmen können, sondern die überhaupt nicht die Absicht hatten, eine staatliche gültige Ehe zu schließen (weil dadurch die Frau eine Rente verloren hätte). Pfarrer Neun wurde angeklagt und verurteilt, von der kirchlichen Behörde aber wegen dieses Verstoßes gegen staatliches Recht nicht gemaßregelt, sondern — wenn die Zeitungsmeldungen zutreffen: sogar vom Papst selbst! — zum Stadtpfarrer von Zwiesel befördert.

Der Fall erregte Aufsehen und wurde im deutschen Bundestag in Anfragen behandelt. Dabei stellte sich heraus, daß etwa seit 1950 eine ganze Reihe von ähnlichen Fällen — stets von katholischen Geistlichen — vorgekommen waren und daß durchaus nicht immer das sogenannte Rentenkonkubinat vorlag, sondern daß aus den verschiedensten Gründen die Geistlichen das Gesetz mißachteten.

Etwa gleichzeitig stellten die Länder Tirol und Vorarlberg im österreichischen Bundesstaat den Antrag, den § 67 — der zur Zeit des Großdeutschen Reiches in Österreich übernommen und Gesetz geworden war — für verfassungswidrig zu erklären, weil er gegen den Grundsatz der freien Religionsausübung verstoße. Der österreichische Verfassungsgerichtshof hat am 19. 12. 1955 gemäß diesem Antrag entschieden. Seine Begründung über-

---

[2]) RGBl. I S. 44.

[3]) RGBl. I S. 1146.

zeugt so wenig, daß ein entsprechender Antrag wegen Verfassungswidrigkeit in der Bundesrepublik Deutschland n i c h t gestellt wurde, obgleich auch für diesen Staat in der Fachliteratur und Presse immer wieder Verfassungswidrigkeit (wegen Verstoß gegen Art. 4 Abs. 2 des Bonner Grundgesetzes: freie Religionsausübung) behauptet wurde.

Dafür versuchte und versucht man jetzt in Deutschland auf dem Weg der Gesetzesänderung den § 67 zu beseitigen.

Es muß eingeräumt werden, daß nach dem letzten Krieg eine sachliche Notwendigkeit vorliegt, das Personenstandswesen gesetzlich wieder zu ordnen und vor allem zu vereinheitlichen, nachdem die Abweichungen in den verschiedenen Ländern bereits ein erhebliches Ausmaß angenommen haben. Keine Notwendigkeit aber besteht dafür, den § 67 aufzuheben, welcher seit nunmehr über 30 Jahren die Religionsausübung nicht behindert, wohl aber durch klare Abgrenzung des staatlichen und kirchlichen Bereichs dem religiösen Frieden gedient hat. Trotzdem hat die Bundesregierung in ihrem ersten Entwurf[4]) die Streichung des § 67 vorgeschlagen, u. a. mit der Begründung, daß er der heutigen Auffassung über Gewissensfreiheit und ungestörte Religionsausübung nicht mehr entspreche. Vielleicht beeindruckt durch den nicht erwarteten Widerstand gegen diese Streichung ließ die Bundesregierung in der Sitzung vom 10. 11. 55 durch den Bundesinnenminister erklären, daß sie nur für eine Herabsetzung des Strafrahmens sei, dagegen zusammen mit dem Bundesrat die weitere Aufrechterhaltung der Strafbestimmung als solcher für geboten halte. Das hinderte nicht, daß gerade die größte Regierungspartei die Abschaffung des § 67 eifrig weiter betrieb und daß sie dieses Ziel jetzt bereits in der 3. Lesung teilweise erreichte.

Fällt der § 67 weg, so ist nicht etwa nur eine Strafbestimmung beseitigt, sondern es fehlt dann an jeglicher gesetzlichen Bestimmung, die den Vorrang der zivilen Eheschließung vor der kirchlichen Trauung verbürgt. Die katholische Kirche wird dann — getreu ihrer Vorstellung von „Toleranz", die sie immer nur für sich allein fordert, aber Nichtkatholiken nie zugestehen will — nicht ruhen, bis sie die bürgerlich-rechtlichen Begriffe von Ehe und Eheschließung ganz beseitigt und durch kirchliche Begriffe und Vorschriften ersetzt hat. Die ungestörte Religionsausübung des Art. 4 des Grundgesetzes, die man jetzt fälschlich gegen den § 67 ins Feld führt, wird dann allerdings auch bald für alle Nichtkatholiken illusorisch sein.

Bleibt jedoch der § 67 bestehen und können sich die Geistlichen zur Beachtung staatlicher Gesetze entschließen, so leidet weder irgendeine der Kirchen noch wird dadurch die freie Religionsausübung beeinträchtigt. Es bleibt nur derjenige Rechtszustand aufrechterhalten, der seit nunmehr über 80 Jahren in Deutschland besteht und sich bewährt hat. Daß die Grenze zwischen staatlichem und kirchlichem Bereich beim deutschen Eherecht durch eine Strafe gesichert wird, hat mindestens in Deutschland, wo die Geschichte Jahrhunderte lang durch den Gegensatz Kaiser — Papst und später Protestantismus —

---

[4]) Bundestags-Drucksache Nr. 848.

Katholizismus geprägt wurde, seine historische Berechtigung. Das galt zunächst für die Zeit von 1875, als die obligatorische Zivilehe eingeführt wurde. Daß aber diese Strafsicherung auch heute noch ganz unentbehrlich ist, das lehrt uns die römisch-katholische Kirche eindringlich, sowohl durch ihre allgemeine Linie der letzten Jahrzehnte (Unfehlbarkeitsdogma von 1870, Antimodernisteneid u. a.) wie auch durch die Trauung des Pfarrers Neun in Tann und die anderen Vorkommnisse der jüngsten Zeit. gr.



Zeitschrift für Geistesfreiheit

Erscheinungsort München | Postversandort München

Inhalt: Seite

Suez und das „Joch Jacobs"

Von Dr. Mathilde Ludendorff

Folge 24 | 23. 12. 1956 | 8. Jahr

Entlarvter demokratischer Kommunismus

Von Alexander Pieber

„Es gibt keine Festung, die die Bolschewiki nicht erstürmen können." — Dieser Satz steht auf der Stalin-Büste in der Karl-Liebknecht-Schule in Moskau — auch heute noch! Im Zeichen dieser These werden die Kinder deutscher kommunistischer Funktionäre und die aus sämtlichen Oberschulen der sogenannten DDR ausgewählten linientreuen Abiturienten auf Schulen in Rußland gedrillt, um ein zuverlässiges bolschewistisches Führungs-Funktionärkorps zu bilden. Die historischen Erkenntnisse der deutschen Vergangenheit erhärten die bittere Tatsache, daß viele „Festungen" der westlichen Welt von den Kommunisten bereits im Sturm genommen und bis auf die Grundmauern geschleift wurden. Kein Fehlschlag, keine Niederlage entmutigt die Soldaten der Roten Weltrevolution. Unter dem fünfeckigen flammenden Sowjetstern, diesem kabbalistischen Zeichen, welches das Licht darstellen soll, das dem Hohenpriester „durch die Eingangstür nach dem ‚Allerheiligsten' entgegenstrahlt, wenn er aus diesem durch die beiseite gerafften Vorhänge in das Heilige zurückkehrt", setzen sie ihren Angriff auf das gesteckte Ziel fort, bis die „bürgerlichen" Barrikaden genommen und in Flammen aufgegangen sind. Dieser fünfzackige Sowjetstern, das leuchtende Symbol der „Diktatur des Proletariats", das Flammen-Zeichen der kommunistischen Weltrevolution, versinnbildlicht — wie General Ludendorff unwiderlegbar erwiesen hat — die Vorstufe zur überstaatlichen Weltherrschaft und ist — freimaurerischen Ursprungs . . .

Was die Bolschewisten darunter verstehen und wie sie ihre volksverderblichen Ziele und Pläne verwirklichen wollen, erklärt uns der „Prophet des bewaffneten Aufstandes", L e n i n :

„Man muß zu allen möglichen Kniffen, Listen, illegalen Methoden, zur Verschweigung, Verheimlichung der Wahrheit bereit sein, um nur in die Gewerkschaften hineinzukommen, in ihnen zu bleiben und in ihnen um jeden Preis kommunistische Arbeit zu leisten."

Welche „Arbeit" Lenin meint, erläutert Stalin, den Hunger, Lüge und blutiger Terror an die Macht gespült haben, wie folgt:

„Die Diktatur des Proletariats ist **keine Demokratie für alle.** Sie muß ein Staat sein, auf neue Art demokratisch — für die Proletarier — und auf neue Art diktatorisch — gegen die Bourgeoisie." Weiter: „Die Diktatur des Proletariats kann nicht entstehen als Resultat der friedlichen Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft und der bürgerlichen Demokratie, **sie kann nur entstehen im Gefolge der Zertrümmerung der bürgerlichen Staatsmaschine, der bürgerlichen Armee, des bürgerlichen Beamtenapparates, der bürgerlichen Polizei . . . Das Gesetz von der Zertrümmerung der bürgerlichen Staatsmaschine als Vorbedingung dieser Revolution** ist ein unumgängliches Gesetz der revolutionären Bewegung . . ."

Mit heiligem Ernst schreiben daher die wenigen verantwortungsbewußten Zeitungen und Zeitschriften in der Bundesrepublik, welche die drohende Gefahr, die im Osten sich umzugruppieren beginnt, in ihrer verhängnisvollen, unheilschwangeren Tiefe richtig erkannt haben und bereit sind, das immer noch reichlich verblendete deutsche Volk aufzuklären:

„Lenin, Stalin und Chruschtschow haben ihre Theorien für den kommunistischen Bürgerkrieg als Führer der kommunistischen Internationale gegeben. Nach ihren Grundsätzen

handeln alle Kommunisten in der ganzen Welt, auch wenn der Name Stalin dabei nicht mehr erwähnt wird."

Lenin hat die kommunistischen Welteroberungspläne gepredigt und schriftstellerisch behandelt, Stalin immer daran gedacht und dem fünfzackigen flammenden Sowjetstern bis weit nach Deutschland göttliche Verehrung verschafft, und Chruschtschow hat die Verschiebung der sowjetischen Grenzen bis zum Rhein im Auge, wenn er von der Wiedervereinigung unter Wahrung der kommunistischen „Errungenschaften" in der Sowjetzone spricht.

Was sind das für „Errungenschaften", die auch in Westdeutschland verwirklicht werden sollen? Es sind die „sozialistischen Errungenschaften" des berüchtigten Ernst Wollwebers, der im November 1955 zum Leiter des SSD (Staatssicherheitsdienst) in der DDR ernannt wurde. Dieser skrupellose Mann bietet ein fürchterliches Beispiel dafür, daß erfahrene und brutale Spezialisten der bolschewistischen Zersetzungstaktik in die einflußreichste Position der sowjetrussischen DDR gestellt werden, um von dort aus, mit dem Gewicht einer staatlichen Funktion und versehen mit staatlichen Vollmachten, den unerbittlich-rücksichtslosen Kampf gegen die westliche Welt organisieren und realisieren zu können. Nach Pressemeldungen des „Antikommunistischen Volksbundes für Frieden und Freiheit e. V." (Bonn) ist der bisherige Lebenslauf dieses Despoten und Schüler Stalins eindeutig: 1918 Führer der Meuterei auf dem Kreuzer „Helgoland" in Kiel, 1920 zur Ausbildung für Militärspionage, Sabotage und Verbrechen in Rußland, 1932 kommunistischer Reichstagsabgeordneter, während des zweiten Weltkrieges „der beste Saboteur, den die Welt je gesehen hat".

Ihm brüderlich verbunden steht der „Lenin aus Sachsen", Oberst der Roten Armee, Staatsbürger der Sowjetunion, Leiter der Kommunistischen Partei Deutschlands und jetzt Partei-Chef der SED: Genosse Walter Ulbricht, Stalins Musterschüler. Neben diesem Totengräber deutscher Geistesfreiheit wirkt Wilhelm Pieck, der „Präsident" der sowjetischen sogenannten Deutschen Demokratischen Republik, der oft den wohlwollenden Kinderfreund spielt und gern FDJ-Lager aufsucht, um dort seine Gedanken in die Herzen einer deutschen Jugend herabzusenken, die sich mit Abscheu von diesem „Arbeiterführer" abwenden würde, wenn sie wüßte, welche düstere Vergangenheit hinter diesem maskenhaft lächelnden Manne liegt.

Terror, Gewalt, Unrecht

Der Kommunismus benutzt jede Tarnung. Jede Maske ist ihm recht. Was dahinter immer gleich bleibt, sind Terror, Gewalt, Unrecht. Die Armee heimlicher kommunistischer Kämpfer ist im Vormarsch auf die westliche Welt begriffen. Um die aufmarschierenden Roten Frontkämpfer erkennen zu können, bedarf es einer Beleuchtung gewisser Hilfstruppen, die in der Bundesrepublik zum Schaden des deutschen Volkes leben und gedeihen. Nach Angaben gut unterrichteter Kreise spannt sich ein Netz von Tarnorganisationen und Hilfsgliederungen über Westdeutschland, die von der offiziellen KPD unmittelbar oder mittelbar kontrolliert werden. Dazu sollen lt. dokumentarischer Belege der Zeitschrift „Entlarvter Kommunismus", Jahrgang 1956, u. a. gehören: „Arbeitsgemeinschaft westdeutscher Ärzte", „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes", „Arbeitsgemeinschaft

demokratischer Juristen", „Deutsche Bewegung Helgoland", „Deutsche Gemeinschaft zum Schutz der Kinder", „Gesamtdeutscher Arbeitskreis für Land- und Forstwirtschaft" ...

Alle Mittel sind recht, die zum Ziele führen. Alles ist erlaubt, was die Partei der Weltrevolution nicht schädigt. Betrug und Diebstahl, Lüge und Gewalt, Aufreitzung und Verhetzung, Spionage und Landesverrat, Überfall und Mord sind ebenso gangbare Mittel wie andererseits Varité und Kaffeekränzchen, Kinderklubs und Demonstrationen, roter Sport und Studium der Schriften Lenins und Stalins. Unverrückbar bleibt das Ziel: Diktatur des Proletariats, d. h. des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale!

Nach der erreichten geistigen Vernebelung der Volksmassen folgt dann programmäßig der bewaffnete Aufstand, der in der deutschen Geschichte bereits eine erschütternde Rolle spielte. Jede einzelne Unternehmung der KPD und ihrer zahllosen Nebenorganisationen erhält ihren letzten Sinn und Wert ausschließlich dadurch, daß sie als Vorbereitung zum bewaffneten Aufstand dienlich sein könnte. Nach bolschewistischer Auffassung ist der bewaffnete Aufstand die höchste Form des politischen Kampfes des Proletariats.

Die Vorbereitung zum bewaffneten Aufstand ist auch heute nicht erloschen, obschon Chruschtschow vorerst die Weltherrschaft auf einem anderen Wege erreichen will. Aber klar und eindeutig bestätigen die Kommunisten selbst, was das Endziel der Bolschewisten ist:

„Der bewaffnete Aufstand ist die entschiedenste, schärfste und höchste Form des Klassenkampfes, die das Proletariat in jedem Lande anwenden muß, um die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen und die Macht in die eigenen Hände zu nehmen. Der bewaffnete Aufstand fällt nicht vom Himmel, er ist kein von dem übrigen Klassenkampf isolierter Akt, sondern die schärfste Form, die höchste Stufe eines sich verschärfenden und steigernden Klassenkampfes. Er ist nur ein besonderes Glied in der Kette der Kämpfe, die sich bis zum allgemeinen bewaffneten Kampf zugespitzt haben. Er wird durch die verschiedenen Teilkämpfe und Vorkämpfe nicht gestört, sondern vorbereitet. Die bewaffneten Kräfte der Revolution werden nicht nur durch irgendein Wunder und durch einen Parteibefehl aus dem Boden gestampft, sondern werden gerade in diesen Kämpfen zusammengefaßt und abgehärtet."

Chruschtschow, der engste Mitarbeiter Stalins

Die Züricher „Tat" schrieb vor einigen Wochen:

„Die alte Einsicht, daß Rußlands Geschichte sich aus einer Folge von Unerhörtem und Unbegreiflichem zusammensetze, und daß in diesem Land, wenn in einem, alles möglich sei, ist durch die neueste Entwicklung in einer Weise bestätigt worden, die einen frieren machen könnte. Es ist nicht leicht, angesichts des Blitzes, der die Augen brennt und blendet, Umrisse und Nuancen zu erkennen. Nur Fragmente können im Augenblick erkannt und im Augenblick ihrer wirbelnden Bewegung identifiziert werden."

Ergänzend fährt die Wochenzeitschrift „Der Spiegel", Hamburg, fort:

„Es ist am Montag, den 15. Juli 1956, und der 178. Tag des Prozesses gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg. Rechtsanwalt Dr. Dix, der Verteidiger des ehemaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Hjalmar Schacht, versuchte, dem Tribunal der Sieger das irrationale Wesen der Diktatur zu erklären und den schmalen Raum der Freiheit abzugrenzen, über den in einem solchen Staat der einzelne Bürger verfügt."

Herr Dix in seiner Eigenschaft als Verteidiger führte ein Zitat von Goethe an, das dessen Eindruck bei der Begegnung mit dem Diktator Napoleon im Jahre 1808 wiedergibt:

„Am furchtbarsten erscheint das Dämonische, wenn es in irgendeinem Menschen überwiegend hervortritt. Es sind nicht immer die vorzüglichsten Menschen, weder an Geist noch an Talenten, selten durch Herzensgüte sich empfehlend; aber eine ungeheure Kraft geht von ihnen aus, und sie üben eine unglaubliche Gewalt über alle Geschöpfe, ja sogar über die Elemente. Alle vereinten sittlichen Kräfte vermögen nichts gegen sie."

Der „Spiegel" fährt in diesem Sinne fort:

„Mehrere Angeklagte und Zeugen deuteten das Unfaßbare, Dämonische an Hitler einfacher. Sie erklärten rundweg, Hitler sei wahnsinnig gewesen. Der Zeuge Generalfeldmarschall Milch sagte vor dem Gericht aus, er habe den Eindruck gehabt, daß Hitler in den letzten Jahren geistig nicht normal gewesen sei. Selbst Göring gestand dem ehemaligen Reichskanzler von Papen im Nürnberger Gefängnis, ‚er – Göring – habe Hitler während der letzten Kriegsjahre für unzurechnungsfähig gehalten, aber er habe ja nichts machen können'. Die unausgesprochene Frage, warum sie alle nichts gegen die Herrschaft des Wahnsinns unternommen hatten, erklärte der westfälische Katholik Franz von Papen in seinem Schlußwort vor Gericht: ‚Die Kraft des Bösen war stärker als die des Guten.'"

Chruschtschow spielte heute in der Sowjetunion die beklagenswerte Rolle eines Hermann Görings: „Aber ich habe ja gegen Stalin nichts machen können!" Angeblich soll der heute allmächtige Parteichef im Verlaufe seiner Rede vor dem XX. Parteikongreß viermal in Tränen ausgebrochen sein, und darüber hinaus mußten 30 Delegierte von den 1350 anwesenden Spitzenfunktionären ohnmächtig aus dem Saale getragen werden. Auf die stürmischen Fragen der völlig überraschten Genossen: „Warum habt ihr ihn denn nicht getötet?", antwortete leise weinend Chruschtschow wie Hermann Göring im Sitzungssaal des Nürnberger Militärtribunals:

„Was konnten wir tun! Das war damals eine Terrorherrschaft. Man brauchte ihn nur einmal falsch anzusehen, und am nächsten Tag konnte man einen Kopf kürzer gemacht werden!"

Nun, Chruschtschow hat seinen Herrn und Meister, „der die militärischen Operationen des letzten Krieges auf einem Schulglobus verfolgte und nicht wußte, was eine anständige Generalstabskarte war", nie falsch angesehen; denn er besitzt ja noch seinen Kopf! Ja, richtig, Stalin, dieser „weise, gerechte und menschenliebende Führer der kommunistischen Weltrevolution", hat Chruschtschow einmal anläßlich eines Ausländerbesuches im Kreml angeschrien: „He, Chacholl, tanze den Copak!" Und Cruschtschow, der blind dem georgischen Schustersohn Josef Wissarionowitsch Dschugaschwili, genannt Stalin – der Stählerne –, auch genannt Koba – der Unbezähmbare – ergeben war, tanzte wie ein Clown, sprang umher wie ein Affe und lächelte wie ein gehorsames Kind, wenn es von der Tante ein Stück Kuchen bekommt ...

Und Walter Ulbricht ...

Die sowjethörige Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in der sogenannten DDR ist nur ein vorgeschobener Arm im taktischen Spiel Moskaus, das jetzt über die Weltgeschichtsbühne geht. Wenn Ulbricht sich heute vor der Volkskammer demo-

kratisch gebärdet und nationale Lieder singt, so sagt das nichts; denn morgen schon kann es wieder anders sein. Sein Leitziel ist einzig und allein der Dienst für die Interessen Moskaus, die in der Weltrevolution zusammenlaufen. Nachweisbar ist gerade Ulbricht den Befehlen Moskaus auch da gefolgt, wo diese sich gegen die lebenswichtigen Belange des deutschen Volkes gerichtet haben. Ulbricht ist es gewesen, der während des Hitlerreiches viele Querverbindungen zwischen Sowjetstern und Hakenkreuz herstellte und aufrechterhielt. Dazu schreibt Erich Wollenberg in seiner Enthüllungsschrift „Der Apparat", Seite 17, folgendes:

„Ulbricht hatte (1934) die Anweisung gegeben, Trotzkisten und andere oppositionelle Kommunisten, die in Deutschland geblieben waren, durch Denunziation an die Gestapo ‚unschädlich' zu machen. Kipperberger weigerte sich, diesen Befehl weiterzuleiten. Er wurde von Ulbricht seiner Funktion enthoben und ‚zur Berichterstattung' nach Moskau gesandt ... Kipperberger wurde 1936 von der GPU verhaftet und ist später auf Veranlassung von Wilhelm Pieck ... durch Genickschuß liquidiert worden ...

Die Nachfolger Kipperbergers führten als Kreaturen Ulbrichts dessen Befehle getreulich aus. In Berlin, in Breslau und in anderen deutschen Städten fabrizierten sie ‚Rundbriefe', in denen vor der ‚zersetzenden Tätigkeit' namentlich aufgeführter Trotzkisten, ehemaliger Kommunisten und antistalinistischer Sozialisten gewarnt wurde, mit genauer Angabe über Wohnungen, heimliche Quartiere und politische Aktivität. Diese ‚Rundbriefe' fielen dann wunschgemäß in die Hände der Gestapo. Auf diese Weise hat der Apparat im Sinne Ulbrichts mit Hilfe der Gestapo antifaschistische Gruppen, die in der Opposition zur KPD-Zentrale standen, liquidieren können ..."

Und heute ist es keineswegs anders. Der Justizminister der DDR, Hilde Benjamin, erläuterte in einem Gespräch mit dem Vertreter des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland" den Entwurf zur Ergänzung des Strafgesetzbuches der Sowjetzone, vor allem die Änderungen des Artikels 6 der Verfassung, der unter anderem „Boykotthetze, Sabotage und Diversionen" ahndet. Nach dem unverrückbaren Willen Ulbrichts ist das schwerste Verbrechen gegen den Sowjetzonenstaat der sogenannte „Staatsverrat", d. h. der Versuch, die kommunistische Gesellschaftsordnung der DDR „durch gewaltsamen Umsturz oder planmäßige Untergrabung" zu beseitigen. Dazu gehören nach westdeutschen Pressemeldungen die „gewaltsame Behinderung der verfassungsmäßigen Tätigkeit des Präsidenten, der Volks- und Länderkammer oder des Ministerrates oder Angriffe auf das Gebiet der DDR". In dem Gesetzentwurf, der in Kürze der Sowjetzonen-Kammer zugeleitet werden soll, sind auch besondere Strafbestimmungen gegen die sogenannten „Anwerber" vorgesehen. Nach einer eindeutigen Bestimmung Ulbrichts wird in Zukunft jeder mit Zuchthaus bestraft, „der einen anderen zum gesetzwidrigen Verlassen der DDR verleitet".

Das ist die wahre Freiheit der sogenannten DDR: Terror und Gewalt! Damit Ulbricht seine volksverderblichen Gesetze auch beachtet sieht, ließ er bewaffnete Streitkräfte aufstellen, die nach vorliegenden zuverlässigen Informationen eine Angriffsarmee darstellen, die aus folgenden Einheiten besteht (Stichtag 1. 10. 1955): 93 000 Mann aktive Offiziere und Soldaten, die sich in zwei Armeekorps aufgliedern. Nord: Stabsquartier in Pasewalk; Süd: Stabsquartier in Leipzig. Die Verbände werden bis in die Regimentsstäbe von sowjetischen Offizieren kontrolliert und setzen sich zusammen aus: Infanterie, Artillerie, Panzerverbänden, Panzerspähverbänden, Pionierverbänden, Nachrichtenverbänden. Waffenstand: 1000

Panzer und Sturmgeschütze, 950 Schützen-Panzerfahrzeuge, über 1000 Kanonen und Haubitzen verschiedener Kaliber, 350 Pakgeschütze (57 und 45 mm), 250 Flakgeschütze mit 2 cm-, 3,7 cm- und 8,5 cm-Kanonen, 800 Granatwerfer im Kaliber zwischen 8 und 12,2 cm. Kriegsmarine: 10 000 Mann, 60 Seefahrzeuge, darunter Minenleger, Minenräumboote, Küstensicherungs- und Schnellboote. Luftwaffe: 8000 bis 9000 Mann, bestehend aus drei Luftdivisionen. Stabsquartiere: Cottbus, Drewitz und Bautzen. Sie besitzt vorerst etwa 60 taktische Kampfflugzeuge, 120 Jagdflugzeuge vom Typ „Yak 18" und 180 vom Typ „Yak 11".

Dazu kommen: 50 000 Mann ausgebildete Reserven und — 82 000 Volkspolizisten, 31 000 Grenzpolizisten, 11 000 Transportpolizisten, 14 500 SSD-Truppen, 9500 Geheimpolizisten und etwa 25 000 Spitzel oder Agenten.

Das ist die Armee, die Walter Ulbricht für den „Tag X" — bewaffneter Aufstand — zur Verfügung steht. Der Generalinspektor der Kasernierten Volkspolizei, Heinz Hoffmann, erklärte vor Offizieren des Stabes der „Hauptverwaltung Ausbildung" in Berlin: „Wir sind keine Polizei, sondern Soldaten. Wenn es zum Einsatz kommt, werden wir an der Seite der Roten Armee kämpfen."

„Ein Diplomat muß die Nerven haben, eine solche Zeit durchzustehen."

Wer das sagte? Bonns Botschafter Herr Haas in Moskau! — Über korrekte, aber belanglose Höflichkeitsbesuche ist der westdeutsche diplomatische Vertreter in der Sowjetunion noch nicht hinausgekommen. Das ist sehr wahr, bitter wahr sogar.

Als Botschafter Haas im Monat März 1956 im Kreml stand, um Staatspräsident Woroschilow sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen, wechselten beide Männer Reden, deren Worte mit den tatsächlichen Verhältnissen, die sich inzwischen ergeben haben, nur noch sehr schwer in Einklang zu bringen sind.

Botschafter Haas:

„... In Ihrem Briefwechsel vom 13. September 1955 haben der deutsche Bundeskanzler und Seine Exzellenz, der Vorsitzende des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken übereinstimmend ihrer Überzeugung Ausdruck verliehen, daß die Herstellung diplomatischer Beziehungen zur Lösung des nationalen Hauptproblems des gesamtdeutschen Volkes — der Wiederherstellung der Einheit eines deutschen demokratischen Staates — verhelfen wird. Ich möchte meiner Zuversicht Ausdruck geben, daß diese Erwartung in Erfüllung gehen und der nunmehr vollzogene Austausch diplomatischer Vertreter im Range Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter sich in der Tat als ein Schritt auf diesem Wege erweisen wird. Im Sinne dieses hohen Zieles, Herr Vorsitzender, werde ich mich nach besten Kräften für eine fruchtbringende Gestaltung der deutsch-sowjetischen Beziehungen einsetzen. Hierzu wird in erster Linie die Herstellung eines besseren gegenseitigen Kennens und Verstehens zwischen unseren Völkern beitragen. Es wird deshalb mein vornehmliches Bestreben sein, dieses gegenseitige Verständnis zu fördern ..."

Präsident Woroschilow:

„... Unserer Ansicht nach sind jetzt alle Voraussetzungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik gegeben. Wir sind überzeugt, daß eine gute Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern sowohl für das sowjetische als auch für das deutsche Volk nützlich und notwendig ist. Ich glaube, Herr Botschafter, auch Sie sind der Ansicht, daß eine solche Zusammenarbeit auch eine große Bedeutung für die mit uns benachbarten Staaten hat, für die Erhaltung des Friedens und die Sicherheit Europas als Ganzes.

Es ist unbestreitbar, daß zunehmendes gegenseitiges Verständnis und Vertrauen in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland in vieler Hinsicht zur Lösung der noch offenen internationalen Probleme beitragen werden. Ich teile voll und ganz Ihre Überzeugung, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen unseren Staaten zur Lösung des nationalen Hauptanliegens des gesamten deutschen Volkes — zur Wiederherstellung der Einheit eines deutschen demokratischen Staates — beitragen wird ..."

Fast ein Jahr ist vergangen, seitdem Bundeskanzler Adenauer auf dem sowjetischen Flugplatz Wnukowo winkend und händeschüttelnd Abschied nahm von seinem Kollegen Bulganin — „Auf Wiedersehen!" ...

Pankow — und die Wiedervereinigung in Freiheit

Wer die Zustände in der Sowjetzone erlebt hat, der muß unzweifelhaft die Tatsache bejahen, daß der SED als Staatspartei jedes Merkmal einer demokratischen Partei fehlt, die bereit wäre, freien Wahlen zuzustimmen, geschweige Geistesfreiheit zu gewähren. Die SED ist nicht mehr und nicht weniger als eine sowjetische Fremdenlegion, eine Söldnertruppe, die den Freiheitswillen von 18 Millionen Deutschen zu fesseln hat.

Hören wir Grotewohl, dem Ministerpräsidenten der DDR, der offen und deutlich seine Genossen auffordert, den Westen zu zersetzen:

„Die Nationale Front tritt in eine neue Periode ihres Kampfes ein, sie erhebt sich zum nationalen Widerstand. Der nationale Widerstand muß auf der ganzen Linie mit allen bereiten Kräften entfacht werden."

Lesen wir statt „Widerstand" lieber „Angriff"; denn das meinte Grotewohl ...

Ganz in dem gleichen Sinne ruft auch Walter Ulbricht, Generalsekretär und Einpeitscher der SED, Oberst der Roten Armee, zum Kampf gegen die Bundesrepublik auf:

„Es ist das nationale und demokratische Recht des deutschen Volkes, die Gesetze und Verordnungen der Bonner Regierung zu mißachten."

Der Generalstabsoffizier der roten Weltrevolution, Sowjetbürger Walter Ulbricht, ist sich wie alle führenden Spitzenfunktionäre vollkommen bewußt, daß zwischen den verbindlichen Reden des Genossen Bulganin und der vorhandenen Wirklichkeit ein unüberbrückbarer Abgrund klafft, nämlich das Ziel des fünfzackigen flammenden Sowjetsternes: die proletarische Weltrevolution! Noch lebt dieses Ziel Moskaus, obschon Pankow heute einige Tausend eingekerkerte SPD-Mitglieder aus den überfüllten Zuchthäusern als menschliche Wracks entlassen hat:

„Der Kampf um den kommunistischen Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen, und die proletarische Revolution muß sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstzeug bereiten, sie muß lernen, es zu gebrauchen — zu kämpfen und zu siegen."

Staatspräsident der sogenannten DDR, Sowjetoffizier und Sowjetbürger Wilhelm Pieck ergänzte die Ausführung seines Generalstabschefs Ulbricht wie folgt:

„Der nationale Widerstand macht es allen Deutschen zur selbstverständlichen Pflicht, die Friedenskämpfer und alle deutschen Patrioten gegen Polizei und Justizorgane der Bonner Marionettenregierung zu unterstützen und zu stützen."

Diese Worte sind klar genug. Sie machen es deutlich, um was es geht: um die

Bolschewisierung Westdeutschlands! Was haben wir einer solchen Kriegserklärung gegenüber zu stellen? –

Erinnern wir uns täglich, ja stündlich daran, welch kostbares Gut der Freiheit jene Menschen verloren haben, die jenseits des „Eisernen Vorhangs" leben müssen und auf uns alle – auf dich und mich – warten, daß wir nicht müde werden, mit der Waffe des Geistes, mit der Kraft des Rechtes, mit der Leidenschaft des sozialen Gewissens für ihre Befreiung aus jener und jeder Kerkerhaft zu kämpfen.



Zeitschrift für Geistesfreiheit

Erscheinungsort München Postversandort München

Inhalt: Seite

Eine „vollkommene" Gesellschaftsordnung widerlegt sich selbst

Von Dr. Mathilde Ludendorff

Folge 1 9. 1. 1956 8. Jahr

„Errungenschaften“

Von Fritz Steinbeck

Werden die Regierenden in Berlin-Pankow an die Wiedervereinigung Deutschlands gemahnt, dann weichen sie aus und reden von „Errungenschaften“. Was darunter zu verstehen ist, hat der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, am 7. 10. 55 zu fünf Punkten zusammengefaßt. Sie sollen hier einmal nicht unter dem einseitigen Blickwinkel der „proletarischen Parteilichkeit“ gesehen werden.

„1. Mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik wurde der erste wahrhaft demokratische Staat in der deutschen Geschichte geschaffen. Die Arbeiter und Bauern nahmen die Staatsmacht in ihre eigenen Hände und übernahmen die Führung des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens.“

Herrn Ulbricht ist entgangen, daß am Anfang der deutschen Geschichte vor der römisch-christlichen Überfremdung bereits „wahrhafte“ Demokratien bestanden. Um den Verdacht kritikloser Germanenverehrung auszuschließen, sei dazu die Meinung Friedrich Engels genannt: „Die wirkliche Macht lag bei der Volksversammlung. Der König oder Stammesvorsteher präsidiert, das Volk entscheidet . . . Auch in den Gentes[1]) richtet das Volk unter Vorsitz des Vorstehers, der, wie in allem deutschen ursprünglichen Gericht, nur Leiter der Verhandlung und Fragesteller gewesen sein kann; Urteilsfinder war von jeher und überall bei Deutschen die Gesamtheit.“ (Fr. Engels: „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“.) Wo kann von dem Staat, der sich als „wahrhaft demokratisch“ den ersten Platz in der deutschen Geschichte anmaßt, gesagt werden „das Volk entscheidet“? Die Wahlen, das einzige legale Mittel, durch das die Völker in den modernen Demokratien ihren Willen ausdrücken könnten, wurden in der DDR zum Zerrbild einer Entscheidung. Nach der Verfassung vom 7. 10. 49 sollen sie gleich, allgemein, unmittelbar und geheim sein. In Wirklichkeit besteht weder „Wahlfreiheit“ noch „Wahlgeheimnis“. Dieser „wahrhaft demokratische Staat“ gewinnt durch Verfassungsbruch seine „Legitimation“ und erhält sich durch die Angst seiner Bürger, eine Angst, die sich in Wahlergebnissen von über 98 % aller Wählerstimmen für die Regierung deutlich genug äußert.

Walter Ulbricht sprach davon, daß in der DDR die Arbeiter und Bauern die Staatsmacht in die eigenen Hände nahmen. Aber gibt die Tatsache, daß die Tischlergesellen Pieck und Ulbricht Staatspräsident bzw. Stellvertreter des Ministerpräsidenten und der Setzer Grotewohl Regierungsoberhaupt wurden, die Gewähr, daß die Werktätigen in ihrer Gesamtheit „die Führung des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens“ innehaben?

„2. Der zweite Erfolg ist die Tatsache, daß die Deutsche Demokratische Republik zur Bastion des Friedens geworden ist.“ Walter Ulbricht will das mit der Enteignung der „Rüstungsmillionäre“ und „militaristischen Junker“ beweisen. Wir aber fragen: Ist in dem absoluten Parteistaat DDR der Mißbrauch wirtschaftlicher

---

[1]) Engels bezeichnet die germanischen Stämme Mitteleuropas allgemein als Deutsche. – Nach marxistischer Auffassung ist die Gentilverfassung kein Staat, weil sie keinen Klassenkampf kennt.

Macht, die ja überall eine wesentliche Stütze politischer Stärke ist, ausgeschlossen? Hat hier nicht der Staat das „Volkseigentum" zu seinem Eigentum gemacht? Ist es nicht der Staat, der durch Planung und Administration verfügt, was und wieviel produziert wird, der das gesamte wirtschaftliche Leben nach seinem Bedarf und Ermessen ausrichtet? Ist die Konzentration wirtschaftlicher Macht in wenigen Händen im Kapitalismus zu einem bedrohlichen Maß angewachsen, so ist hier die straffe Zusammenfassung vollendet. Denn neben dem wirtschaftlichen Potential dient dieser Gruppe mit grenzenlosen Machtbefugnissen ausgestatteter Berufsrevolutionäre – sie ist der Staat – Gesetzgebung und Justiz, Staatssicherheitsdienst und Wehrmacht, Theater und Schule.

„3. Der dritte Erfolg der Arbeiterklasse und der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik besteht darin, daß sie in der Großindustrie die kapitalistische Ausbeutung beseitigt haben . . . Die geknechteten Landarbeiter von gestern, die werktätigen Bauern, die vom Finanzkapital ausgesogen wurden, sie sind heute die führenden Kräfte in der Landwirtschaft." Walter Ulbricht vergißt zu schnell! Erst zweieinhalb Jahre sind vergangen, seit die Bauarbeiter der Berliner Stalinallee durch ihre Demonstration den Anstoß zum großen Juniaufstand gaben. Was sie ursprünglich forderten, war eine Herabsetzung der staatlich festgesetzten Arbeitsnormen! Erst später kam der Ruf nach freien Wahlen und dem Rücktritt der Regierung. Es mag symbolhaft sein, daß die „Erbauer der ersten sozialistischen Straße Berlins" es waren, die sich gegen Ausbeutung, eben die kommunistische, empörten. Das war das erste und letzte Mal, daß die deutsche Arbeiterschaft im sowjetischen Besatzungsgebiet das Streikrecht gebrauchte. Inzwischen hat es der „Arbeiter- und Bauernstaat" sicherheitshalber abgeschafft!

In jenem so verhängnisvollen Frühjahr 1953 war es, als der gleiche Ulbricht, der heute der Landbevölkerung Errungenschaften vorrechnet, den Bauern, die ihr Ablieferungssoll nicht erfüllen konnten, in einer Rundfunkrede die Aussicht gab, in Waldheim darüber nachzudenken. Waldheim zählt zu den gefürchtetsten Zuchthäusern der DDR. Diese Drohung und die verstärkte Kollektivierung lösten die große Bauernflucht aus, die manche Dörfer entvölkerte. Und im Herbst dieses Jahres schlossen z. B. die Humboldt-Universität zu Berlin und die Karl-Marx-Universität in Leipzig für eine Woche den Vorlesungsbetrieb, weil die Studenten zur Kartoffelernte ins Oderbruch bzw. in die Börde zogen.

Es soll nicht übersehen werden, daß viele Gedanken des sozialistischen Systems bei richtiger Anwendung durchaus zu einer Gesundung auf manchen Gebieten unseres Lebens beitragen könnten. Das erklärt die weitgehend sozialistische Einstellung der Mehrzahl der Deutschen zwischen Oder und Elbe. „Sozialistisch" faßt man hier wohl besser als Gemeinsinn, nicht als Bekenntnis zu einer politischen Partei auf.

„4. Die Arbeiterklasse und die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik haben alle Mittel in der Hand, um ihre Errungenschaften zu schützen. Die Werktätigen sind im Besitz der Waffen, um die Sache des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus zu schützen."

Die von W. Ulbricht gebrauchten demagogischen Umschreibungen können nicht verbergen, daß bei der augenblicklichen Staatsauffassung in der DDR eine Sicherheit vor dem Mißbrauch der Streitkräfte nicht besteht. Diese Truppen marschieren

nicht nur im Paradeschritt zum Yorkschen Marsch über den Marx-Engels-Platz in Berlin. Das haben die Werktätigen in der DDR selbst erfahren müssen. Arbeiter schießen auf Arbeiter und Bauern auf Bauern, wenn der Staat es befiehlt.

Schließlich zählte Ulbricht das Verhältnis der DDR zur Sowjetunion und den „Volksdemokratien" zu den „grundlegenden Errungenschaften".

„5. Die Deutsche Demokratische Republik ist in unverbrüchlicher Freundschaft verbunden mit den Völkern der Sowjetunion und den Völkern der Volksdemokratien wie mit den friedliebenden Kräften in den kapitalistischen Ländern.

Die Deutsche Demokratische Republik gehört zum großen Lager des Sozialismus und der Demokratie, dem heute schon etwa eine Milliarde Menschen angehören, und mit Freude können wir feststellen, daß schon die Hälfte der Bevölkerung in Europa an der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus arbeitet.

Von Korea bis zur bayerischen Grenze reicht heute schon das Lager der Demokratie und des Sozialismus."

Nach diesen triumphierenden Worten sprach der Parteisekretär Ulbricht aus, was wir lange gefürchtet haben und was unsere Hoffnung auf Deutschlands Wiedervereinigung dennoch nie für möglich hielt: „Das Vaterland der Werktätigen, die Deutsche Demokratische Republik, ist deshalb unser Vaterland, weil die Werktätigen bestimmen...

Deshalb ist das erste Gesetz für jeden Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, alles zu tun, um sein Vaterland, die Deutsche Demokratische Republik, durch neue Produktionserfolge zu stärken, die wirtschaftliche Kraft und den Wohlstand unseres Volkes weiter zu heben."

So weit ist es mit Deutschland gekommen. Ein Land, dessen Volk durch Rasseerbgut, Sprache und Geschichte zu einer Einheit wurde, soll in zwei Vaterländer zerrissen sein, weil durch Rache und Nachlässigkeit auf seinem Boden zwei Staaten entstanden. An uns ist jetzt die Reihe, endlich handelnd zu beweisen, daß das Vaterland nicht eine bloße Definitionssache ist. Es gibt nur ein deutsches Volk und nur ein deutsches Vaterland!



Zeitschrift für Geistesfreiheit

Erscheinungsort München | Postversandort München

Folge 6 | 23. 3. 1957 | 9. Jahr

Volkserhaltung

Von Dr. Mathilde Ludendorff

Zeitschrift für **Der Quell** Geistesfreiheit

Folge 6 23. 3. 1957 9. Jahr

Volkserhaltung

Von Dr. Mathilde Ludendorff

In dem Werke „Erlösung von Jesu Christo", das lange Jahre vergriffen war, nun aber im 60. Tausend im Verlag Hohe Warte jetzt wieder erscheint, habe ich im dritten Hauptteil die indische, in den Evangelien der Bibel verzerrte Lehre Jesu der Morallehre meiner Werke gegenübergestellt. Aus dieser Gegenüberstellung ist deutlich erkennbar, daß nicht nur die unheilvolle Entwurzelung aus dem Rasseerbgut die Volkserhaltung bedrohen muß, sondern daß auch der Inhalt der dort gebotenen Morallehren — im Gegensatz zu denen der Hebräer für ihr Volk — die Volkserhaltung der Christen schwer bedroht. Daher hat denn auch der jüdische Professor Klausner in seinem Werke „Jesus von Nazareth" die Christenlehre für das jüdische Volk selbst als ungeeignet erachtet, da sich kein Volk mit solcher Morallehre als Nation erhalten könne.

In den Tagen des Wiedererscheinens meines ausdrücklich nur an jene Menschen gerichteten Werkes, die nicht mehr an die Christenlehre glauben, lasse ich die Kritik an der Morallehre der Evangelien — soweit die Volkserhaltung berührt wird — in dieser Zeitschrift in Fortsetzungen erscheinen.

Die Volkserhaltung umfaßt ein so unerhört weites Gebiet des Sittengesetzes, daß es völlig irrleitend ist, wenn man den wenigen Punkten, die hier angedeutet werden müssen, um Lehren Jesu von Nazareth auf ihren Gehalt hin zu prüfen, diese Überschrift gibt. Doch haben wir ja auch auf den anderen Gebieten der Morallehre und besonders des Sittengesetzes nur einiges angedeutet. So werden wir denn hoffentlich nicht ganz mißverstanden werden.

Die Grunderkenntnis, von der aus das Sittengesetz seine Forderungen für die Volkserhaltung stellte, ist etwa die gleiche, von der die Erbinstinkte bei den Staaten bildenden Tieren, zum Beispiel Bienen oder Ameisen, ausgehen. Das Volk ist eine Schicksalsgemeinschaft auf Gedeih und Verderb, so wissen es diese Instinkte und danach gliedern sie den einzelnen ein. Da aber die unterbewußten Tiere ihre Aufgabe für das Volksganze überhaupt nur leisten können, wenn der Instinkt bis ins einzelne für die Selbsterhaltung, Sippenerhaltung und Volkserhaltung alles unter Triebzwang vorschreibt, so bleibt die freiwillige Leistung nur für einige völlige Nebensächlichkeiten. Nur mit grausamer Rücksichtslosigkeit gegen irgendeinen Sonderwillen des Einzel-

wesens kann bei diesen Tieren, die noch kein Bewußtsein haben, die Leistung für die Volkserhaltung gesichert sein. Ob dabei die einen, zum Beispiel die Arbeitsbienen, alle Last der Volkserhaltung auf sich nehmen und zu Sklaven für die anderen werden, und unter all diesen Frauen nur eine, die Königin, sich der Fortpflanzungsaufgabe und der Herrschaft widmet, ob Männer dieses Staates nur die Bedeutung haben, das Volk durch Fortpflanzung zu erhalten, sich an der Arbeit für das Volk nicht beteiligen und deshalb nach geleisteter Pflicht von den Arbeitsbienen umgebracht werden, das darf hier keine Rolle spielen. Wenn ein Volk der Insekten sich erhalten soll, so kann es nur unter diesem größten Maße des Zwanges und dem Ersticken jedes Eigenlebens geschehen.

Die Schicksalsgemeinschaft der bewußten Lebewesen, der Menschen, aber kann nicht nur ganz anders geartet sein, sondern sie muß es auch. Das vernunftbegabte Wesen mit den göttlichen Wünschen in seiner Seele und dem Gottesstolz, deren Wesen heilige Freiwilligkeit ist, will anderes und kann mit seiner Vernunft die Notwendigkeit der Volksgemeinschaft und die Notwendigkeit der Sittengesetzforderung schon als Kind im kleinen Kreise der Familie und erst recht als Erwachsener einsehen. Der Mensch kann sich aber auch, wenn er sie als notwendig eingesehen hat, eben wegen der göttlichen Wünsche nun völlig freiwillig einordnen, so daß Zwang und Strafe für die Unterlassung — wo immer das Sittengesetz (hier Strafgesetz) des Volkes tatsächlich sittlich, das heißt der Moral des Lebens untergeordnet ist — nur die minderwertigen Glieder der Volksgemeinschaft treffen. Daher ist es möglich — und das nannten wir ja die hohe Aufgabe des Sittengesetzes — die Volkserhaltung durch ein Mindestmaß der Beschränkung der persönlichen Freiheit zu erreichen. Jeder, der sich den Sittengesetzforderungen einordnet, ist im übrigen frei. Der Auswirkung seiner Anlagen steht nichts hemmend im Wege, im Gegenteil, die Volksgemeinschaft begrüßt die Höchstentfaltung seiner Kräfte. Die Höchstentfaltung im Volke kann dann um so besser erreicht werden, je stärker in den einzelnen die göttlichen Wünsche und der Gottesstolz zu Worte kommen. In meinen Werken habe ich eingehend darauf hingewiesen, daß dann in der Menschenseele eine heilige Freude an der Leistung lebendig ist und die Zucht zur Pflichtleistung so erheblich erleichtert. So brauchen nur die Minderwertigen sich durch das Sittengesetz bedroht zu fühlen. Sie werden verhindert, Schädlinge der Volkserhaltung und Schädlinge an der Gotterhaltung im einzelnen und in den Sippen zu sein. Sie werden, falls sie sich nicht unterordnen, zeitweise unter Freiheitsberaubung von dem Volke ferngehalten, bis sie zur Einsicht kommen, sich dem Sittengesetze unterzuordnen und ihre Selbsterhaltung ohne Volksschädigung zu tätigen. Durch diese Möglichkeit ist ein Menschenvolk, das durch solche Grundsätze erhalten wird, hoch erhaben über einen Bienen- oder Ameisenstaat. Es ist auch nur auf diese Weise fähig, die Selbstschöpfung der Vollkommenheit in einzelnen Menschen nicht zu erschweren und die Gotterhaltung im Volke zu hüten.

Aber nicht nur im Hinblick auf die Gotterhaltung, sondern auch auf die hohe Leistung ist unsere Forderung hier die einzig sinnvolle. Was bei den

nicht bewußten Tieren durch den Instinktzwang eine Höchstleistung sichert, nämlich den Raub jeder Selbständigkeit des Einzelwesens, die Verwandlung der Einzelwesen in ein Glied einer Sklavenherde, erreicht bei den Menschen das Gegenteil. Verwandelt man sie aus selbständigen Geschöpfen durch Gewaltherrschaft, unter welcher Maskerade sie auch auftrete, zu Sklaven, zur bestimmten Arbeit befohlenen Arbeitstieren, zu Schafen einer Herde, zu „Kollektivmenschen", nimmt man ihnen die Selbständigkeit, den freien Entscheid über die Art der Leistung bis hin zu den Grenzen der Sittengesetzforderung, erschwert man ihnen die freiwillige Höchstleistung nach Begabung durch Gleichmacherei nach Art der zur gleichen Arbeit durch Erbinstinkte gezwungenen Arbeitsbienen, so mordet man nicht nur das Gotterleben, vor allem den Gottesstolz, in den Seelen der meisten, sondern man erreicht auch überdies nur das Mindestmaß der Leistung für die Gotterhaltung. Dies traurige Ergebnis gilt vor allen Dingen auf dem Gebiet der Volksversorgung im wirtschaftlichen Leben und in der Volksverteidigung.

Die Gewaltherrschaft ist nur eine vergängliche Sache, wenn ein Volk noch gesund genug ist, sie abzuwerfen; aber sie währt lange an, wenn alle Schutzwälle eingerissen wurden, die seine Freiheit hüten. Aus jenen Zeiten vergänglicher Gewaltherrschaft, in denen alle Schutzwälle im Volke noch erhalten waren, stammt auch das Volkssprüchlein: „Strenge Herren regieren nicht lange."

Die Schutzwälle eines Volkes gegenüber volksmörderischer Gewaltherrschaft sind: Selbstversorgung und Selbsthilfe jedes einzelnen in seiner Selbsterhaltung, volle Verantwortung für sein Tun vor dem Sittengesetz, freie Bahn für freiwillige Höchstleistung und die Pflicht der Volksleitung, diesem freien Menschen Arbeit und Arbeitsertrag zu sichern. Sie sind ferner innige Verwebung jedes einzelnen mit seiner Sippe, mit den Geschlechtern der Vergangenheit und Zukunft und dem mitlebenden Volke, sowie treueste Erfüllung aller Pflichten für die Sippenerhaltung, deren Fortpflanzungsaufgabe durch gegenseitige Liebe geweiht und durch Selbstbeherrschung geadelt ist. Diese Schutzwälle sichern die Forderungen, die das Sittengesetz an die Volkserhaltung stellt. Sie umfassen ganz wie bei der Selbst- und Sippenerhaltung die Volksversorgung durch die herrschende Wirtschaftsmoral und die Fürsorge für die Hilflosen, ferner die Verteidigung des Volkes nach innen und außen und das gesamte Gebiet der Hütung der Gotterhaltung im Volke.

Wie schon bei der Selbsterhaltung hervorgehoben wurde, macht das Sittengesetz es der Volksleitung zur Pflicht, Arbeitsrecht und Arbeitsertrag niemandem zu schmälern. Es ahndet streng jeden unehrlichen Erwerb und jeden Betrug an Volksgenossen. So fließt in diesem Volke ein fortwährender Strom der Entwicklung. Besitzlose, aber tüchtige Arbeitende werden zu Besitzenden. Nur die Minderwertigen, Faulen erleben diese Entwicklung nicht. Eine Klasse von Arbeitstieren, denen jeder Aufstieg zum Besitz abgesperrt ist, gibt es ebensowenig in einem solchen Volke wie Drohnen, Hamster und Raubvögel. Der Besitzer seinerseits ist nicht ein aus der Schicksalsgemeinschaft des Volkes ausgestoßenes Einzelwesen, sondern er ist dem

Sittengesetz verantwortlich für Erwerb, Verwaltung und Verwertung seines Besitzes. Er darf weder die Volkserhaltung noch die Gotterhaltung im Volke durch diese schädigen und ebensowenig den Besitz zur Versklavung freier, arbeitender Menschen oder zum Absaugen des Arbeitsertrages verwerten. Um der Volkserhaltung und um der Gotterhaltung im Volke willen sind nur Menschen mit dem Arbeitsrecht ausgezeichnet, nicht aber Geld! Das Geld darf nicht „arbeiten", d. h. durch Wucher, durch alljährliche hohe Leihgebühren, vervielfacht werden. Dieses Verfahren ist Raub und steht unter dem Sittengesetz, das den Diebstahl verbietet. Es ist deshalb Raub, weil auf ehrliche Weise nur die Arbeitsleistung den Besitz vermehren kann und diese Vervielfachung des Geldes durch jährliche hohe Leihgebühren entweder unmittelbar oder mittelbar durch Raub am Arbeitsertrag verwirklicht wird, und sei dies auch auf dem Umwege der Verschuldung der Volksleitung, die aus Steuerabgaben von seiten der Arbeitenden diese Leihgebühren zahlt. Alle Einzelbestimmungen der gesamten Wirtschaftsmoral müssen der Moral des Lebens untergeordnet sein und die Selbständigkeit, Freiheit, Verantwortung und Leistung, die wir gefordert haben, niemals schmälern. Ein solches Volk kennt freilich auch durch Krankheit und außergewöhnliche Schicksalsschläge verursachte Hilflosigkeit der einzelnen Glieder des Volkes. So gibt es auch hier für die Betätigung des Mitgefühls ein reiches Feld. Aber es kennt noch viel mehr Glück und Wohlstand, und deshalb braucht sich das Mitgefühl nicht überall damit zu befassen, mit den anderen Mitleid zu haben, sondern es gibt in einem solchen gesunden Volkswesen häufiger Gelegenheit zur Mitfreude. Diese Kraftquelle der Volksgemeinschaft setzt freilich ein Freisein der Seele von Neid und Mißgunst in dem, der sie erlebt, voraus. Aber niemals gibt es in einem solchen gesunden sittlichen Volkswesen ein Angewiesensein der Hilflosen, auch der Alten, auf das Erwachen des Mitleids und die „Barmherzigkeit" der Mitmenschen. Ja, in solch einem sittlichen Volkswesen sind auch die nichtbewußten, aber dennoch beseelten Lebewesen, die Tiere, ganz selbstverständlich eingeschlossen in das Mitgefühl, insofern als herzloses Quälen und Notbereiten vom Sittengesetz verhindert wird. Noch nicht einmal auf die „Barmherzigkeit" einzelner sind sie angewiesen.

Das gewaltige Gebiet des Sittengesetzes zur Gotterhaltung im Volke, das wir eingangs andeuteten, kann hier nicht behandelt werden. Die Welterlöser haben sich hierum auch gar nicht gekümmert, es sei denn, daß einige Anweisungen gegeben wurden, auf die wir deshalb auch mit einigen Worten eingehen.

Wir erwähnten schon bei der Moral des Lebens, daß der Wunsch zum Wahren dort in das Sittengesetz hineinragt, wo er sich als Wahrhaftigkeit den Mitmenschen gegenüber äußert. Soll die Gotterhaltung in einzelnen und im Volke nicht gefährdet sein, so wird sich das Sittengesetz natürlich nicht darauf beschränken dürfen, die Verleumdungen der Menschen über ihre Mitmenschen zu ahnden, sondern es wird die Freiheit des Wortes in Versammlung und in allen öffentlich in Druck erscheinenden Äußerungen von der Forderung der Wahrhaftigkeit begrenzen lassen. Die Christen wollen ent-

weder nur eine Gewaltherrschaft über alle Geistesäußerung der Menschen, die ihnen feindlich sind, oder aber eine unsittliche Freiheit, die nicht eisern von dem Gebote der Wahrhaftigkeit begrenzt wird. Eine solche Freiheit ist sittliche Anarchie und bietet allen Volkszerstörern freies Feld zur Tätigkeit. Doch Wahrhaftigkeit verlangt das Sittengesetz nicht nur dem Mitmenschen gegenüber, nicht nur bei aller Volksbelehrung und im Geisteskampf, sondern auch auf allen übrigen Gebieten des öffentlichen Lebens, so auch im Wirtschaftsleben. List und unehrliche Täuschungsversuche werden vom Gesetze bestraft. Hierdurch wird den Ehrlichen der Aufstieg, den Listigen der Abstieg gesichert, ein Verfahren, das allein der Volkserhaltung Sicherheit gewährt. Auch auf dem Gebiet des Rechtes gilt die Forderung der Wahrhaftigkeit. Unwahre Anschuldigungen und Angaben der im Rechtsstreit Stehenden werden ebenso bestraft wie „öffentliche Beleidigungen"*). Wir werden sehen, daß selbst die einzige Forderung, die Jesus im Sinne unserer Moral des Lebens stellt: die Wahrhaftigkeit, von ihm nur auf einem der vielen Gebiete des öffentlichen Lebens gefordert ist.

Eingehender sind die Aussprüche, die die Volksverteidigung betreffen im neuen Testament, und deshalb gehen wir auf dies Gebiet näher ein. Das Sittengesetz schützt jeden Menschen der Volksgemeinschaft vor dem Mordwillen irgendeines Volksgenossen, und zwar vor allen Dingen dadurch, daß es jede andere geheime Gerichtsbarkeit als Unterwühlung der Grundlagen der Volkserhaltung untersagt und mit strengsten Strafen ahndet und hierdurch das Morden von seiten der Geheimorganisationen mit geheimer Gerichtsbarkeit ebenso verhütet wie das weit seltenere Morden, das einzelne in Habgier oder Rachgier oder aus irgendwelchen anderen Beweggründen verüben. Mit derselben Selbstverständlichkeit, wie es das Leben jedes einzelnen schützt, mit derselben Selbstverständlichkeit erwartet es die Verteidigung der Freiheit des Volkes mit der Waffe im Kriege. Die Kriege werden auf der Erde um so mehr das Gepräge der sittlichen Verteidigung von Freiheit und Leben tragen, je mehr Völker nach den genannten Grundsätzen ihr Dasein erhalten, denn nur ein Volk, das eine solche Schicksalsgemeinschaft freier und selbständiger Menschen auf Gedeih und Verderb ist, kann sich des völkermörderischen Gewürmes gewissenloser, kriegshetzerischer Geheimorganisationen erwehren. Es duldet auch nicht eine Entartung des Lebens- und Freiheitswillens eines Volkes zu Gewalt- und Mordgier an anderen Völkern. Die heldischen Tugenden des Mannes blühen unter den Wertungen eines solchen Sittengesetzes im ganzen Volke und sind ein sittliches Ideal beider Geschlechter, ganz wie die mütterliche Milde und Hilfsbereitschaft die heldischen Tugenden des Mannes leuchtend verklärt.

Auf die Bedeutung der ergänzenden Begabungen der Geschlechter kann hier gewiß nicht eingegangen werden (s. Das Weib und seine Bestimmung). Die unterschiedliche Aufgabe für die Erhaltung der Art bedingt ein Über-

---

*) Diesen Restbestand der Sittlichkeit soll sich, wie ich erfahre, das schwedische Volk erhalten haben.

wiegen einer Gruppe von Charaktereigenschaften (die „heldischen") beim männlichen Geschlecht, die die Mütterlichkeit im Weibe nur ergänzend bereichern, und umgekehrt. Die Familie im engeren Sinne und die große Familie, das Volk, sehen ihre Selbsterhaltung und Gotterhaltung nur dann gesichert, wenn die Eigenschaften der Mütterlichkeit des Weibes ebenso sehr als Ideal beiden Geschlechtern im Volke vorschweben wie die heldischen Eigenschaften des Mannes. Stärkt jedes Geschlecht nur seine Tugenden, so verkümmert es in Einseitigkeit. Pflegt man in beiden Geschlechtern nur die Tugenden des einen Geschlechts, so geht ein Volk zugrunde.

Es sei ohne weiteres zugegeben, daß bei den Völkern, bei denen die Verteidigung des nackten Lebens noch stark vorwaltete (wie z. B. auch bei unseren Ahnen und den Indern der Krischnazeit), die Gefahr bestand, daß sie die Tugenden, die bei dem männlichen Geschlecht als dem Kämpfer für die Verteidigung der Sippe vorwiegen, fast ausschließlich pflegten, während die Tugenden, die das Weib zur Mutterschaftsaufgabe befähigen und deshalb bei ihr überwiegen, in ihrer Bedeutung für beide Geschlechter und das Volk eher unterschätzt wurden. So lag es denn für den Welterlöser Krischna nahe, die „Erlösung der Menschheit" darin zu sehen, daß diese weiblichen Tugenden überbetont und an Bedeutung im Verhältnis zu den heldischen Tugenden des Mannes überschätzt wurden. Das mußte nun wieder zum Unheil führen, denn die Eigenschaften beider sind alle in ihrer Gesamtheit von Bedeutung für die Erhaltung des Volkes (s. Moral des Lebens). Zum Untergang eines Volkes aber mußte es hinlocken, wenn die Tugenden, die im männlichen Geschlechte überwiegen, von der Morallehre fast verächtlich gemacht werden, denn sie sind es, die der Selbsterhaltung eines Volkes erst die Unterlage schaffen. Es ist aber sehr lehrreich zu sehen und wird uns bei der Philosophie der Weltgeschichte noch mehr beschäftigen, daß beide Geschlechter entarten an dem einseitig weiblichen Ideal, ganz eben so sicher wie in einem Volke, das nur die männlichen Tugenden pflegt. Merkwürdigerweise entarten an einseitigem weiblichen Tugendideal auch die Frauen. Da sie die Eigenschaften der Mütterlichkeit nun nicht mehr als innig mit ihrem Mutteramt in Sippe und Volk verwoben kennen lernen, sondern sie als „Ideal" aller Menschenseelen anzusehen lernten, so verkümmern sie in ihrer Mutterschaftsfreudigkeit, so wie der heldische Sinn des Mannes am gepredigten Ideal verkümmert. Weibische Männer und unmütterliche Frauen sind das Ergebnis. Ein der Moral des Lebens untergeordnetes Sittengesetz kennt aber den hohen Wert, auch die hohe Bedeutung der Auswirkungen der Sonderbegabungen von Mann und Weib auf das gesamte Volk und weiß Pflichten für beide, die außerhalb der Sippenfürsorge liegen (siehe: Das Weib und seine Bestimmung). Die Volksverteidigung nach außen, das heilige Amt des Mannes: der Freiheitskampf für das Volk, erlebt in dem Volksbewußtsein die Höchstwertung. Jeder Kampf mit der Waffe gegen das eigene Blut außerhalb und innerhalb der Sippen, besonders jeder Glaubenskampf dagegen ist als der verächlichste aller Morde erkannt, der die Volkserhaltung aufs tiefste gefährdet, ja, in einem sittlichen und gesunden Volkswesen überhaupt ausgeschlossen ist, weil ein

solches Volk in echtem niemals durch Suggestion aufgezwungenen lebendigen mit dem Erbcharakter in Einklang stehenden Gotterleben verharrt und auf diesem Gebiete der heiligsten Freiwilligkeit am allerwenigsten einen Zwang duldet. Das Sittengesetz ahndet streng jede Gefährdung der Volkserhaltung, auch wenn sie von irgendeiner Glaubensüberzeugung ausgeht, aber nur, weil sie eine Gefährdung der Volkserhaltung ist, in diesem Fall also, obgleich sie von einer Glaubensüberzeugung ausgeht. (Fortsetzung folgt)



Zeitschrift für Geistesfreiheit

Erscheinungsort München | Postversandort München

Folge 7 | 9. 4. 1957 | 9. Jahr

Außenpolitische Verwirrung

Von Karl von Unruh

Volkserhaltung

Von Dr. Mathilde Ludendorff

Aus dem Buche: „Erlösung von Jesu Christo"
Neue Auflage, Verlag Hohe Warte, Pähl b. Weilheim/Obby., Preis DM 18.–
(Fortsetzung)

Was sagt zu diesem allen die indische Verfallszeit Krischnas und Buddhas, und was sagt Jesus von Nazareth?

Wir haben unsere ernsten Gründe, diese Frage dadurch zu beantworten, daß wir zuerst ansehen, was die Inder der Verfallszeit und Jesus von Nazareth über das Volksbewußtsein wissen, dann erst, wie sie sich das Verhalten der Gläubigen untereinander denken, darnach das, was sie über die Gotterhaltung im Volke als Anleitung geben, wie sie sich gegenüber den Andersgläubigen und zum Freiheitskampf der Blutsgenossen einstellen und dann endlich, welche Wirtschaftsmoral sie vertreten.

Daß ein Volk gleichen Blutes eine Schicksalsgemeinschaft auf Gedeih und Verderb sei, dem sich der einzelne freudig und bewußt und freiwillig einordnet, davon hören wir bei diesen Welterlösern kein einziges Wort. Ganz im Gegenteil ist hier der einzelne Mensch voll Eifer aus den engsten Banden der Sippe losgelöst, bei Jesus von Nazareth sogar unter der Verpflichtung zum Haß, sonst kann man Jesu Jünger nicht sein. So ist denn von einem Volksbewußtsein bei Jesus nur im Sinne des jüdischen Rassedünkels oft etwas zu vernehmen, während er niemals ein Wort des Mitgefühls ausspricht mit seinem Volke in Anbetracht des Schicksals, daß es unter römischer Herrschaft stand. Besonders betonen möchte ich freilich, daß man sein Wort über die Zinspflicht an den römischen Kaiser nicht in diesem Sinne deuten darf.

Matthäus 22: 15. Da gingen die Pharisäer hin und hielten einen Rat, wie sie ihn fingen in seiner Rede. 16. Und sandten zu ihm ihre Jünger samt des Herodes Dienern, und sie sprachen: Meister, wir wissen, daß du wahrhaftig bist und lehrest den Weg Gottes recht, und du fragest nach niemand; denn du achtest nicht das Ansehen der Menschen. 17. Darum sage uns, was dünkt dich: Ist's recht, daß man dem Kaiser Zins gebe, oder nicht? 18. Da nun Jesus merkte ihre Schalkheit, sprach er: Ihr Heuchler, was versuchet ihr mich? 19. Weiset mir die Zinsmünze! Und sie reichten ihm einen Groschen dar. 20. Und er sprach zu ihnen: Wes ist das Bild und die Überschrift? 21. Sie sprachen zu ihm: Des Kaisers. Da sprach er zu ihnen: So gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist. 22. Da sie das hörten, verwunderten sie sich und ließen ihn und gingen davon.

Klar ist durch den Zusammenhang erwiesen, daß Jesus hier, wie immer in seinen Geisteskämpfen, besonders im Tempel zu Jerusalem wußte, daß die gegnerische jüdische Sekte ihn aushorchen wollte, und hier wie überall die List anwandte, aber ganz wie bei der Bitte des Pharisäers um ein Wunder (siehe Leben) keineswegs seine Anschauungen unverblümt sagte.

Das Fehlen des „National"bewußtseins und des Dranges nach Freiheit von römischer Herrschaft nennen die Juden von heute, so zum Beispiel Pro-

fessor Klausner, ganz offen einen der Hauptgründe, weshalb die Lehre Jesu eine Gefahr für den Bestand jedes Volkes ist, das diese Lehre annimmt, und daher auch als Grund, weshalb die Juden selbst für ihr Volk diese Lehre nicht wollen (siehe Klausner, Jesus von Nazareth). Die Juden von heute wissen also, was die Juden taten, die die jüdischen Evangelien für alle nichtjüdischen Völker schrieben. Vielleicht wissen sie auch sogar, daß jene jüdischen Evangelisten schon wußten, was sie taten?

An Stelle des Bewußtseins, daß das Volk eine Schicksalsgemeinschaft auf Gedeih und Verderb ist, gibt nun Jesus allen diesen Menschen, die er aus dem organischen lebendigen Zusammenhang des Volkes und erst recht aus den engsten Banden der Sippe reißt und sie zu entwurzelten, losgerissenen Einzelzellen macht, einen neuen künstlichen Organismus, denn er sagte:

Johannes 10: 16. ... Und es wird eine Herde und ein Hirte werden.

Unbekümmert um die Rassen, unbekümmert um die Volksgemeinschaft und die Sippen, aus denen er die Einzelwesen gerissen hat, ballt er dieses bunte Gemisch von Zellen zu einem großen Klumpen, zu der Christenherde, zusammen. Nachdem er alle gottgewollte, Lebenskraft spendende Sippenliebe und Blutsgemeinschaft ausgetilgt, ja in Haß verwandelt hat, will er nun diesen künstlichen Organismus, dieses Rassengemisch losgelöster Einzelwesen auch wieder durch Liebe verbinden, und zwar durch wahllose, alles verzeihende, alles duldende, nirgends durch ernste Forderungen der Moral des Lebens begrenzte Liebe (s. Lieben und Hassen). Diesen zum Haß gegen die Sippe, ja zum Mordwillen gegen die nächsten andersgläubigen Angehörigen und somit erst recht gegen andersgläubige Volksgenossen stets bereiten Christen verheißt er nun untereinander Frieden.

Johannes 14: 27. Den Frieden lasse ich euch, meinen Frieden gebe ich euch, nicht gebe ich euch, wie die Welt gibt ...

Johannes 13: 35. Dabei wird jedermann erkennen, daß ihr meine Jünger seid, so ihr Liebe untereinander habt.

Die Feindesliebe, das Segnen über den Fluchenden, das Ertragen alles dessen, was zugefügt wird, bezieht sich nur auf die Zellen dieses buntgemischten Zellklumpens, dieses künstlichen Organismus, Christenheit genannt, untereinander. Wie sollte sich ein solches künstliches Gebilde auch so weise in der Lebenshaltung verhalten können wie ein lebendiges Volksganzes? Hier unter den Christen, den Gleichgläubigen, gilt auch das Wort

Matthäus 5: 38. Ihr habt gehört, daß da gesagt ist: Auge um Auge, Zahn um Zahn. 39. Ich aber sage euch, daß ihr nicht widerstreben sollt dem Übel, sondern so dir jemand einen Streich gibt auf deinen rechten Backen, so reiche ihm den andern dar.

Die Christen nennen das stolz die „Verinnerlichung" des alten Testamentes. Wie sollte es in diesen künstlichen Zellen des buntgemischten, künstlichen Organismus der Christenheit auch bewußt bleiben, wie eine „Verinnerlichung" des Judengebotes hätte lauten müssen? Diese Lehre aber tritt den Gottesstolz im Menschen mit Füßen durch das Anraten würdelosen Sichschlagenlassens, ja noch zum neuen Schlag Aufforderns, statt Erfüllung des

hohen sittlichen Amtes der Menschen: heilige Abwehr des Übels, zu fordern! Diese Gemeinschaft der Christenheit soll so nach außen hin, d. h. den Andersgläubigen gegenüber, unter denen sie, in allen Völkern zerstreut und in den „Christenvölkern" als Mehrheit, lebt, eine mit äußerstem Mordwillen und Haß gewappnete Schar sein, die in jedem Augenblick bereit ist, alle Andersgläubigen mit der Mordwaffe zu vernichten, wenn sie die Gebote ihres Erlösers ernst nimmt und sie deshalb, ganz unbekümmert um die Erhaltung des Volkes, dem sie dem Blute nach angehört, erfüllt (s. Lieben und Hassen und s. Leben).

Etwas Erfreulicheres können wir über die Forderungen der Wahrhaftigkeit innerhalb dieser Christenheit melden. Sie wird von Jesus im Sinne der Gebote des Inders Manu, soweit sie in die Bücher Mose übergegangen sind, Mitmenschen gegenüber verlangt. Leider wird unsere Freude gleich getrübt, weil die Juden Jesus durch sein Vorbild das Gegenteil lehren lassen. Er ist unwahr seinem Bruder gegenüber und führt den Geisteskampf mit seinen Gegnern mit Hilfe der List und der Täuschung über seine Weltanschauung (s. Leben); das stört die Christen merkwürdig wenig. Dagegen sind sie stolz darauf, daß Jesus sie die Forderung des jüdischen Geheimordens der Essäer, nicht zu schwören, gelehrt hat. Im Matthäus 23, 16—22 wiederholt er noch in orthodox-jüdischer Weise dieses Gebot, das er in der Bergpredigt gibt:

Matthäus 5: 33. Ihr habt weiter gehört, daß zu den Alten gesagt ist: Du sollst keinen falschen Eid tun und sollst Gott deinen Eid halten. 34. Ich aber sage euch, daß ihr aller Dinge nicht schwören sollt, weder bei dem Himmel, denn er ist Gottes Stuhl, 35. noch bei der Erde, denn sie ist seiner Füße Schemel, noch bei Jerusalem, denn sie ist des großen Königs Stadt. 36. Auch sollst du nicht bei deinem Haupt schwören; denn du vermagst nicht, ein einziges Haar weiß oder schwarz zu machen. 37. Eure Rede aber sei: Ja, ja, nein, nein. Was darüber ist, das ist vom Übel.

Das Verbot des Meineides, das Jesus hier anführt, ist eine selbstverständliche Forderung des Sittengesetzes. Jesus verbietet dagegen jeden Eid, verbietet die feierliche Form der Wahrheitsversicherung, zum Teil aus Ehrfurcht vor dem großen Judenkönig Salomo von Jerusalem. Wenn schon die Christen dieses Verbot einer äußeren Form eine „Verinnerlichung" des altjüdischen Gesetzes zu nennen wagen, dann ist die Tatsache doch recht erstaunlich, daß die Christen trotzdem vor Gericht schwören.

In der Christenheit herrscht nicht nur, wie in einem gesunden Volksleben, der Schutz durch das Sittengesetz, der Schutz des Lebens jedes einzelnen und die Strafe verleumderischer Beleidigungen, sondern jede Scheltwortanrede, ganz unbegründet darum, ob sie im Einzelfalle verdient ist oder nicht, wird mit ewigen Höllenstrafen beantwortet, während andererseits, wie wir schon sahen, in der Christenheit ein von der Moral des Lebens keineswegs sittlich begrenztes fortwährendes Verzeihen, Vergeben und Vergessen befohlen ist. Alles Anweisungen, die schon durch die angedrohten Höllenstrafen keineswegs Moral des Lebens und ebensowenig Sittengesetz sind, die wir aber trotzdem hier anführen, weil die Christen so verworren sind, daß sie auf diese Anweisung eine „Verinnerlichung" des Gebotes des alten Testamentes nennen:

Matthäus 5: 21. Ihr habt gehört, daß zu den Alten gesagt ist: Du sollst nicht töten; wer aber tötet, der soll des Gerichts schuldig sein. 22. Ich aber sage euch: Wer mit seinem Bruder zürnet, der ist des Gerichts schuldig; wer aber zu seinem Bruder sagt: Racha, der ist des Rats schuldig; wer aber sagt: Du Narr, der ist des höllischen Feuers schuldig. 23. Darum, wenn du deine Gabe auf dem Altar opferst und wirst allda eingedenk, daß dein Bruder etwas wider dich habe, 24. so laß allda vor dem Altar deine Gabe, und gehe zuvor hin und versöhne dich mit deinem Bruder; und alsdann komm und opfere deine Gabe. 25. Sei willfertig deinem Widersacher bald, dieweil du noch bei ihm auf dem Weg bist, auf daß dich der Widersacher nicht dermaleinst überantworte dem Richter und der Richter überantworte dich dem Diener, und werdest in den Kerker geworfen. 26. Ich sage dir: Wahrlich, du wirst nicht von dannen herauskommen, bis du auch den letzten Heller bezahlest.

Wenn nun auch das Unterlassen aller Scheltworte unter den Christen durch die Androhung mit ewigen Höllenstrafen erreicht und deshalb ohne jeden moralischen Wert ist, so schafft es an sich einen Zustand, der uns willkommen sein könnte, wenn nicht solchem Scheltverbote innerhalb der Gleichgläubigen das Beispiel Jesu des wortreichen Scheltens und Verdammens Andersgläubiger und noch dazu hinter deren Rücken zur Seite stünde (s. Leben). Dies Vorbild hat sich bei der Christenheit so ausgewirkt, daß die, ach, so sanften, den gleichgläubigen „Feind" liebenden Christen auf das Ungehemmteste alle Andersdenkenden und Andersgläubigen mit Schelt- und Fluchworten bedenken, und zwar meist auch hinter dem Rücken! Das ganze öffentliche Leben, besonders das politische Leben, der Christenvölker hallt wider von den Geifern und Fluchen der Christen, ohne daß ihnen ihre Verwahrlosung je zum Bewußtsein käme. Sie sind hier vollständig Juden, stehen aber trotzdem tief unter diesen, weil diese sich nie vor den Ohren der Andersblütigen gegenseitig herabsetzen.

Wie steht es nun um das Recht auf Freiheit der Christen? Die von Sippe und Volk losgerissenen einzelnen Zellen des künstlichen Organismus Christenheit haben an sich schon keine Möglichkeit mehr, sich einer Gewaltherrschaft leicht zu erwehren. Nur auf ihr eigenes Seelenheil selbstisch bedacht, einander aus selbstischen Gründen wahllos liebend, jeder Selbständigkeit beraubt, sind sie als „Schafherde" gerade in ihrer Hörigkeit besonders zufrieden. Gefährliche Gegner einer Gewaltherrschaft können sie kaum mehr sein, und doch trifft sie noch ein folgenschweres Gebot des Paulus, das die Evangelisten nicht aufgenommen haben:

Römer 13: 1. Ein jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat, denn es ist keine Obrigkeit ohne von Gott, wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott verordnet. 2. Wer sich nun wider die Obrigkeit setzet, der widerstrebet Gottes Ordnung. Die aber widerstreben, werden ein Urteil über sich empfangen.

Unter strenger Strafandrohung mit ewiger Verdammnis verbietet der Rabbiner Paulus den Christen jede Auflehnung gegen Gewaltherrschaft, ganz gleichgültig, wie unsittlich diese die Lebens- und Freiheitsrechte eines Volkes mit Füßen tritt, und ganz gleichgültig, ob ein Andersblütiger die Gewaltherrschaft ausübt. Diese Lehre ergeht aus dem Munde eines jüdischen Rabbiners, der die Ziele Jahwehs, die dereinstige Judenherrschaft über die

ganze Welt, keineswegs als furchtbares Unrecht an den übrigen Völkern geißelt! Durch innere Zersetzung aller gesunder, lebendiger Sippen- und Blutszusammenhänge und die kommunistische Wirtschaftsmoral unfähig zur Erhaltung der Volksfreiheit gemacht, wird also dieser Christenheit nun seit tausend Jahren jede Abwehr der Gewaltherrschaft bei strenger, ewiger Strafe verboten.

Dieses Gebot des Unterordnens unter jede Gewaltherrschaft, unbekümmert darum, ob es sich um bluteigene Volksleitung oder um fremde Eindringlinge handelt, wird dadurch, man wäre versucht zu sagen, sinnvoll ergänzt, daß die im Volke Hochgestellten, ganz unbekümmert um ihr sittliches Verhalten und unbekümmert darum, ob sie diese Stellung rechtmäßig erwarben und sich ihrer Verantwortung voll bewußt sind, vor der Christenheit samt und sonders durch ein Wort Jesu verächtlich gemacht werden.

Lukas 16: 15. Denn was hoch ist unter den Menschen, das ist ein Greuel vor Gott.

In dieser Christenheit herrscht also nicht nur Rassemischung, Völkerbrei, sondern völlige Gleichmacherei ohne irgendeine sittliche Begrenzung.

Solche Lehre Jesu erleichterte die Revolutionen in den Völkern gar sehr! Wir sehen, mit diesen beiden Anordnungen im neuen Testament läßt sich jedenfalls für Volksfeinde, die Weltherrschaftsziele im Auge haben, das für die Stunde Notwendige heranziehen. Will man freie, rassebewußte Volksführer stürzen, so holt man das Lukaswort hervor, will man die eigene Gewaltherrschaft erhalten, so erinnert man an das genannte Wort des Rabbinerzöglings Paulus. Fürwahr, seltsame Zufälle!

Diese Christenheit wird, wenn sie fromm ist, Vater und Mutter hassen, und falls diese andersgläubig sind, zum Mord an ihnen bereit sein. Wir erinnern in diesem Zusammenhang noch besonders an die denkwürdige Art, mit der der Jesus des Matthäus den Elternmord bezeichnet:

Matthäus 10: 21. Es wird aber ein Bruder den andern zum Tode überantworten, und der Vater den Sohn; und die Kinder werden sich empören wider ihre Eltern und ihnen zum Tode helfen.

Erst recht ist solche Christenheit bereit zu jenem Kreuzzuge gegen Andersgläubige, Völker oder Volksteile. Von einer Pflicht zur Verteidigung der Volksfreiheit hören wir bei Jesus ebensowenig wie bei Krischna. Für sie durfte eigentlich nur das Wort Jesu gelten:

Matthäus 26: 52. Denn wer das Schwert nimmt, soll durch das Schwert umkommen.

So darf diese Christenheit nur dann noch Volksverteidigung üben, wenn diese zufällig einmal im Einklang mit den Weltherrschaftsplänen des Christentums steht. In Wirklichkeit ist dies noch nicht voll durchführbar, weil die christlichen Völker als Nationen noch nicht völlig vernichtet sind.

(Fortsetzung in der nächsten Folge)



Zeitschrift für Geistesfreiheit

Erscheinungsort München Postversandort München

Folge 8 23. 4. 1956 9. Jahr

„Heller als tausend Sonnen"

Die gewaltsame Atomumwandlung im Lichte der Gotterkenntnis (L)

Von Friedrich Fuchs

Volkserhaltung

Von Dr. Mathilde Ludendorff

(Fortsetzung und Schluß)

Aus dem Buche: „Erlösung von Jesu Christo"

Neue Auflage, Verlag Hohe Warte, Pähl b. Weilheim/Obby., Preis DM 18.—

Wir sehen, diese Christenheit, die da in allen Völkern die einzelnen aus Sippe und Volk herauslöst und sie zu einem künstlichen, rassegemischten Organismus zusammenballt, gleicht in gar vieler Beziehung dem in allen Völkern zerstreut lebenden jüdischen Volke. Auch hier Liebe untereinander und fanatische Abneigung gegen Andersgläubige. Aber tief steht diese Christenheit unter der Judenheit, der das Schicksal ihres Volkes über alles gehen muß. Tief steht sie darunter trotz der furchtbar unmoralischen Wege der Judenheit zum Weltmachtsziel: der Kriegshetze und des Völkermordens, der wirtschaftlichen Ausplünderung und schauerlichen List. Hier wird das Blutsband, die Sippengemeinschaft und die Ahnenehrung gepflegt, also all das, was die Juden durch das Christentum den anderen Völkern weglisteten. So liegt über all den furchtbaren Verbrechen, die sie an den Völkern der Erde noch reichlicher als die Christen begingen, dennoch der Schimmer eines sittlichen Verhaltens ihrem Volke gegenüber: eines Blutzusammengehörigkeitsgefühls und der Erfüllung der Volkserhaltungspflichten. Aber leicht ist auch zu erkennen, wieviel lebenskräftiger hierdurch das Judentum trotz all seiner unmoralischen Handlungen den christlichen Völkern gegenüber ist als diese die heiligen Naturgesetze mit Füßen tretende rassegemischte Christenheit. Während es den Juden unmöglich war, gesunde, in Rassereinheit und artgemäßem Glauben lebende Völker zu „fressen", gelang es ihnen der Christenheit gegenüber innerhalb tausend Jahren.

Hilfreich stand dem Juden vor allem hier die christliche Wirtschaftsmoral zur Seite, die erst in den letzten Jahrhunderten, besonders nach dem 1. Weltkriege, in den christlichen Völkern besser durchgeführt zu werden vermochte, da die letzten Schutzwälle einer lebendigen, gesunden Volkswirtschaft eingerissen

werden konnten. Wie aber sind die Wirtschaftswertungen, die aus der indischen Verfallszeit in das neue Testament wanderten und durch jüdisch-orthodoxe Vorstellungen sinnreich ergänzt sind? Nun, wir können getrost sagen: sie sind ungefähr das Gegenteil der von uns oben kurz angedeuteten Ziele eines der Moral des Lebens untergeordneten Sittengesetzes. Wenn die Selbstversorgung und die Sippenversorgung nach den Grundsätzen Jesu, die wir schon kennengelernt haben, getätigt wird, so gibt es in einem Volke eine große Zahl Arbeitsloser und unter diesen fast nur Arbeitsscheue und dementsprechend sehr viel „Hilfsbedürftigkeit". Nach dem Vorbilde von Krischna und Buddha erhebt Jesus von Nazareth die Barmherzigkeit zur Tugend. Von Arbeitsrecht weiß er ebensowenig wie von Arbeitspflicht und noch viel weniger von einer Pflicht der Volksleitung, die Hilflosen im Volke nicht auf die Gnade einzelner angewiesen sein zu lassen.

Krischna, als der noch gesündere Welterlöser, kennt noch eine Pflichtarbeit im Volke (s. Gleichnisse) und sagt:

„Wer es verschmäht, der Ordnung dieser Welt durch seine Werke beizusteh'n, und nur an seinen Vorteil denkt, der lebt umsonst."

B. G., 3. Sang, nach R. Garbe.

Aber er weiß nichts mehr davon, daß die Hilfsbereitschaft allen Völkern der Erde gegenüber unter der ungeheuer ernsten sittlichen Forderung des Sittengesetzes steht, daß die Hilfsbereitschaft in erster Linie der Sippe und dem Volke gleichen Blutes gelten muß, und erst, wenn diese gesichert ist, Menschen anderer Völker gelten darf, sofern diese Hilfe das eigene Volk nicht gefährdet, in jedem anderen Falle aber Verbrechen am eigenen Volke ist. So sagt er:

„Janaka und noch andere Helden
kamen durch gute Werke zur Vollkommenheit.
Der Menschheit halfen sie, so hilf auch du
aus Liebe für der ganzen Menschheit Wohl." B. G., 3. Sang.

Buddha stellt die Barmherzigkeit ohne Umgrenzung durch Pflichten an Sippe und Volk neben Liebe gegen jedermann als höchste Tugend hin.

Auch die frommen Christen, die Vater und Mutter und Bruder und Schwester hassen sollen, die zum Mordwillen gegenüber Andersgläubigen immer bereit sein müssen, sollen einander nicht nur lieben, sondern ganz wie Krischna und Buddha es lehren, Werke der Barmherzigkeit üben.

Matthäus 12: 7. Wenn ihr aber wüßtet, was das sei: ich habe Wohlgefallen an der Barmherzigkeit und nicht am Opfer.

Lukas 6: 36. Darum seid barmherzig, wie euer Vater barmherzig ist.

Alle diese Barmherzigkeitsforderungen sind den indischen Quellen entnommen. Hierfür sei ein Beispiel gegeben. Krischna sagt zu den beiden armen Tschandalafrauen (s. Mythos):

„Das Wenige, das von Herzen gegeben wird, gilt mehr als alle Reichtümer, die auffällig dargeboten werden." Nach Plange.

Dies erinnert an die Kupferstücke eines armen Mädchens in Asvaghosa's Sutralamkara und an:

Markus 12: 41. Und Jesus setzte sich gegen den Gotteskasten und schaute, wie das Volk einlegte in den Gotteskasten; und viele Reiche legten viel ein. 42. Und es kam eine arme Witwe und legte zwei Scherflein ein; die machten einen Heller. 43. Und er rief seine Jünger zu sich und sprach zu ihnen: Wahrlich, ich sage euch: diese arme Witwe hat mehr in den Gotteskasten gelegt denn alle, die eingelegt haben. 44. Denn sie haben alle von ihrem übrigen eingelegt; diese aber hat von ihrer Armut alles, was sie hat, ihre ganze Nahrung, eingelegt.

Ganz wie Krischna sagt, daß die Werke der Nächstenliebe den Ausschlag beim Totengericht geben, hören wir auch Jesus mitteilen, daß er am jüngsten Gericht (s. jüngstes Gericht) sein Urteil über die Menschen einzig und allein danach fällt, ob sie Barmherzigkeit übten oder nicht. Er tat vielleicht auch wohl daran, denn die Wirtschaftsmoral, die er aufstellt, muß zwangsläufig dazu führen, daß mit Ausnahme einer ganz kleinen Gruppe alle Christen der Christenheit zu notleidenden, der Barmherzigkeit bedürftigen Menschen werden. Die Barmherzigkeit zur Tugend zu erheben ist unheilvoll. Ich sagte in dem Buche „Deutscher Gottglaube“:

„Deutsches Gutsein will nichts wissen von Menschen entwürdigenden Brosamen, Arbeit ist ihm ein Recht auf Versorgung, und so steht es zusammen mit den Notleidenden und fordert ihr Recht ... Barmherzigkeit nimmt der Volksleitung den Blick für die Schamlosigkeit ihrer Versäumnis. Barmherzigkeit deckt mit gleißendem Mantel verbrecherische Grausamkeit zu und erhält sie am Leben. Barmherzigkeit ist Verbrechen am Stolze des Empfangenden, Verbrechen aber auch an dem Seelenadel des Gebenden. Der Deutsche kennt ... nur das Verhindern der Not, nur das Verhüten des Bettlerloses“

durch das Sittengesetz, dem sich die Volksleitung einordnet.

Weshalb über führt die Wirtschaftsmoral Jesu von Nazareth die Christenheit, je mehr sie verwirklicht werden kann, um so mehr in die tiefste Not? Jesus vereint jüdische Moral mit einigen Aussprüchen indischer Verfallszeit, die in ihrer Verquickung Versklavung und Not zur Folge haben. Krischna kannte noch die Heiligung durch die Arbeit, gesellte ihr die Forderung äußerster Einfachheit und warnte davor, daß der Reichtum nicht zur Gefahr der Seele werden dürfe. Er sagt in Krischnasya ukti vidsane vane:

„Man muß dem Reichtum und dem Vergnügen entsagen, wenn sie im Widerspruch mit dem Gewissen stehen.“

„Sein Haus, seine Nahrung und seine Kleidung sollen stets einfach sein.“

„Er soll die Reichtümer dieser Welt verachten und die Ehren dieser Welt wie Gift fliehen.“

Aber auch bei ihm schon finden wir den Irrwahn, als ob nur der Reichtum die Seele vor dem Tode morden könnte, nicht etwa auch die Armut ihre ungeheuren Gefahren für die Seele der Menschen habe. Er sagt an gleicher Stelle:

„Die Armen sind die Erwählten des Herrn.“

Noch viel weiter gehen die Forderungen Buddhas in die Irre. Er rät das Abgeben allen Besitzes an. Wird die Armut als Weg zur himmlischen Seligkeit gepriesen, so wird eine solche Religion sich um so rascher ausbreiten, je

entarteter schon ein Volkswesen ist, je mehr Notleidende es im Volke gibt. Eine solche Lehre wird weiter zur Folge haben, daß die Besitzenden nicht die Art und Weise der Erwerbung, Verwaltung und Verwertung ihres Besitzes als Entscheid darüber erkennen, ob er ihre Seele vergiften wird oder nicht, sondern sie lassen sich zu der Irrlehre verleiten, als sei der Besitz selbst Pest für ihre Seele. So werden die Ernsten, die die beste Gewähr leisten für eine sittliche Verwaltung und Verwertung ihres Besitzes, für das kommunistische Wirtschaftsideal Buddhas reif gemacht; Gewissenlose bleiben Besitzer.

Ich habe diesem Irrwahn in meinem Werke „Selbstschöpfung" die Tatsache entgegengestellt, daß unter der Schar der plappernden Toten (d. h. der Menschen, die ihre Seele schon vor dem natürlichen Tode morden) ebenso Reiche wie Arme sind. Ich schilderte die Art ihres Seelenselbstmordes und nannte die einen die „Im-Reichtum-Verhungerten" und die anderen die „Von-Not-Erdrosselten", und gab in „Die Volksseele und ihre Machtgestalter" neue Wertungen.

Bedenklicher als die Verkennung der Tatsache, daß auch Armut und Not Seelengefahr werden können, ist bei Buddha das Fehlen der Unterscheidung ehrlich erworbenen und sittlich verwerteten Besitzes von unsittlich erworbenem und verwertetem Reichtum.

Was sagt nun Jesus von Nazareth? Er reißt überdies die aus der Sippe und dem Volk losgelösten Menschen auch noch von dem sittlichen Besitz und hiermit auch von der Heimatscholle los und gibt zu dieser Lehre seine jüdischen Wertungen. Jesus kennt nur ein „Schätzesammeln", ein Hamstern, und daneben arme Notleidende, die auf die Barmherzigkeit und milde Gaben angewiesen sind. Endlich kennt er noch die Vervielfältigung des Geldes durch Wucher. Das Wuchern (s. Gleichnisse) heißt er im Gleichnis loben und belohnen, das Unterlassen des Wucherns läßt er als Pflichtversäumnis und Faulheit bestrafen. Im übrigen ist Reichtum an sich Grund genug zur Höllenverdammnis (s. Gleichnisse), Armut Grund genug für Himmelsfähigkeit und ewige Seligkeit. Dementsprechend rät er das Abgeben allen Besitzes, unbekümmert darum, wie er erworben war und verwaltet wird. Einen durch Arbeitsleistung erworbenen ehrlichen Besitz, der die Volkserhaltung fördert durch sittliche Verwaltung und keinen Arbeitenden ausbeutet oder knechtet und niemandem den Arbeitsertrag schmälert, nimmt er, ebensowenig wie dies Buddha tat, von diesen Auswirkungen aus. So sagt er:

Lukas 6: 20. Und er hob seine Augen auf über seine Jünger und sprach: Selig seid ihr Armen; denn das Reich Gottes ist euer. 21. Selig seid ihr, die ihr hier hungert; denn ihr sollt satt werden. Selig seid ihr, die ihr weinet; denn ihr werdet lachen ... 25. Wehe euch, die ihr voll seid, denn euch wird hungern. Wehe euch, die ihr hier lachet; denn ihr werdet weinen und heulen.

Matthäus 6: 19. Ihr sollt euch nicht Schätze sammeln auf Erden, da sie die Motten und der Rost fressen und da die Diebe nachgraben und stehlen. 20. Sammelt euch aber Schätze im Himmel, da sie weder Rost noch Motten fressen und da die Diebe nicht nachgraben noch stehlen, 21. denn wo euer Schatz ist, da ist euer Herz.

Matthäus 10: 9. Ihr sollt nicht Gold, noch Silber, noch Erz in euren Gürteln

haben, 10. und auch keine Tasche zur Wegfahrt, auch nicht zween Röcke, keine Schuhe, auch keinen Stecken. Denn ein Arbeiter ist seiner Speise wert.

Matthäus 5: 40. So jemand mit dir rechten will und deinen Rock nehmen, dem laß auch den Mantel ... 42. Gib dem, der dich bittet; und wende dich nicht von dem, der dir abborgen will.

Matthäus 19: 21. Jesus sprach zu ihm: Willst du vollkommen sein, so gehe hin, verkaufe, was du hast, und gib es den Armen, so wirst du deinen Schatz im Himmel haben, und komm und folge mir nach. 22. Da der Jüngling das Wort hörte, ging er betrübt von ihm; denn er hatte viel Güter. 23. Jesus aber sprach zu seinen Jüngern: Wahrlich, ich sage euch: Ein Reicher wird schwer ins Himmelreich kommen. 24. Und weiter sage ich euch: Es ist leichter, daß ein Kamel durch ein Nadelöhr gehe, denn daß ein Reicher ins Reich Gottes komme. 25. Da das seine Jünger hörten, entsetzten sie sich sehr und sprachen: Je! Wer kann denn selig werden? 26. Jesus aber sahe sie an und sprach zu ihnen: Bei den Menschen ist es unmöglich, aber bei Gott sind alle Dinge möglich.

Jesus fordert dementsprechend die völlige Enteignung als Voraussetzung der Jüngerschaft:

Lukas 14: 33. Also auch ein jeglicher unter euch, der nicht absagt allem, das er hat, kann mein Jünger nicht sein.

Es sei hier endlich noch erinnert, daß Jesus einmal das Vernachlässigen des Seelenheils über dem Anhäufen und Mehren des Besitzes in einem Gleichnis ganz richtig tadelt, aber durch die Androhung der Höllenverdammnis sein Gleichnis wieder moralisch völlig entwertet (s. Gleichnisse), und endlich daran, daß Jesus seinen armen Jüngern rät, sich mit dem ungerechten Mammon Freunde zu machen, die ihnen dafür Herberge geben, — nachdem er ihnen erzählt hat, wie sich ein Betrüger dies auf betrügerischem Wege sicherte (s. Gleichnisse).

Was nun das Vorbild der Wirtschaftsmoral angeht das Jesus mit seinen Jüngern gab, so haben wir es schon sattsam kennengelernt. Jeder ist besitzlos, und alle wandern heimatlos von Ort zu Ort, sich die Herberge erbittend und die Speise dazu, was beides, wie wir sahen, von Jesu mit Arbeitslohn verglichen wird. Nur einmal vermutet er bei einigen der Jünger noch einen Beutel und Geld zum Schwertkauf (Lukas 22, 36). Aber über dieses Bettlerideal hinaus, das alle Bettelorden unter den Christen dem Vorbild Jesu und seiner Jünger nachahmten, gab er mit ihnen auch das Vorbild des kommunistischen Gemeinschaftslebens, wie es in dem jüdischen Geheimorden der Essäer Vorschrift war. Wir erfahren im Matthäus 10 (s. Mythos), daß der einzelne Jünger kein Geld haben soll, erfahren aber in Johannes 4, 8, daß die Jünger Speise kauften, also doch Geld da war.

Johannes 4: 8. Denn seine Jünger waren in die Stadt gegangen, daß sie Speise kauften.

Johannes erklärt uns diesen scheinbaren Widerspruch an anderer Stelle; er erzählt von Judas Ischariot anläßlich dessen Murren über die Salbenverschwendung Marias:

Johannes 12: 4. Da sprach seiner Jünger einer, Judas, Simonis Sohn, Ischariothes, der ihn danach verriet: 5. Warum ist diese Salbe nicht verkauft um

dreihundert Groschen, und den Armen gegeben? 6. Das sagte er aber nicht, daß er nach den Armen fragte; sondern er war ein Dieb, und hatte den Beutel, und trug, was gegeben ward.

Hieraus geht klar hervor, daß Jesus und seine Jünger wie die Essäer nur einen gemeinsamen Beutel kannten, in dem die erbettelten Almosen gesammelt wurden. Der Kassierer aber war ein notorischer Dieb! Da er selbst ja besitzlos bleiben mußte, so kann er also nur für die gemeinsame Kasse gestohlen haben! Derselbe Johannes erzählt uns anderwärts, daß Jesus ein hellsehender Gottessohn war, der demselben Judas sogar die in der Zukunft liegende Absicht des Verrates lange Zeit voraus anmerkte. Der Jude Johannes bedenkt nicht oder erachtet es als unbedenklich, daß Jesus Judas Diebstähle ansehen konnte und ihn dennoch in dem Amte des Kassenverwalters beließ. Johannes macht aber auch noch besonders darauf aufmerksam, daß Judas in seiner Eigenschaft als Kassierer der kommunistischen „Gemeinde", ohne an die Armen zu denken, nur an den Gemeinde-Beutel denkend, den Vorwurf macht, daß Maria nicht lieber dreihundert Groschen in den Beutel gestiftet hat. Da Jesus dieses Verhalten des Judas nicht an sich grundsätzlich tadelt, sondern nur das Salben als ihm zukommend bezeichnet, so hat sich auch diese Bibelstelle gar sehr auswirken können. Es wird für die Armen Geld gesammelt, sehr viel Geld und immer mehr Geld, und die Summen wandern in den gemeinsamen Beutel der Christengemeinde, in treuer Anlehnung an Johannes 12, 6. Zugute kommen sie dann den als besonders fromm und hörig Erprobten!

So also sieht das wirtschaftliche Vorbild aus, das die kleine Gemeinde Jesu und seiner Jünger der Christenheit gegeben hat, nach den Evangelien selbst, deren Worte nach Christenglauben vom heiligen Geiste eingegeben sind.

Wie muß sich nun solche Wirtschaftsmoral, abgesehen von der letzten Enthüllung, auswirken? Sicher nicht nur wie auf die Anhänger Buddhas, die, herausgezerrt aus Volk und Sippe und Pflicht zur Selbsterhaltung, für den Kommunismus begeistert werden.

Bei den indischen Irrlehren sahen wir zunächst als einzige Auswirkung, daß die Armen freudig ihre Not tragen und sich von den Reichen durch Gaben der Barmherzigkeit bei gesteigerter Notlage da und dort helfen lassen, während von den Reichen gerade die ernsten, die ihren Besitz sittlich verwalten, zur freiwilligen Enteignung schreiten. Die Lehre Jesu hat über dies hinaus noch ganz andere Wirkung, denn hier werten Weltherrschaftspläne die Lage aus! Das Schätzesammeln und der Wucher werden nicht von einem strengen Sittengesetz verboten, sondern ruhig geduldet, so daß jeder in der Christenheit, dem die ewige Verdammnis gleichgültig ist, sich hiermit eifrig befassen und den geduldigen, das Joch tragenden Christen als den Arbeitstieren den Arbeitsertrag absaugen, den „Schafen" der Herde die Wolle abscheren kann.

Vorausgesetzt nun, daß unter der Christenheit — wie dies tatsächlich der Fall ist — das jüdische Volk in der Zerstreuung lebt, das die Worte, die in derselben Bibel, auf die sich Jesus von Nazareth immer wieder bezieht, von Jahweh verkündet werden, im treuen Gehorsam zu Jahweh erfüllt, so ist die

Auswirkung noch eine ganz andere. Jahweh gebietet diesem Volk in den Büchern Mose, die anderen Völker zu „fressen", d. h. sie zu Arbeitssklaven, sie zinspflichtig zu machen. Jesus hat für diese Wucherer, da sie reich sind, die Drohung der ewigen Höllenverdammnis, die die Juden aber unbesorgt anhören können, da sie ja selbst einen ganz anderen Glauben über das Fortleben nach dem Tode haben. Sie selbst glauben, daß ein treues Befolgen des von Jahweh gesteckten Zieles ihnen niemals Strafe nach dem Tode einträgt, dagegen Ungehorsam ihnen nur einen vorübergehenden Aufenthalt in der Hölle, in der die Nichtjuden auf ewig qualvoll leiden, einbringen könnte (s. Weltanschauung). Ein geeigneterer Ackerboden für die Erfüllung des Jahwehzieles als das gesamte Sittengesetz, das die jüdischen Evangelisten Jesus in den Mund legen, könnte also niemals ersonnen werden.

Jahrhundertelanges, ungeheures Blutvergießen der Christen gegen die Andersgläubigen und fast immerwährende Kriegshetze durch die Geheimorganisationen unter den Christen waren notwendig, um die Völker so zu schwächen, daß diese Wirtschaftsmoral sich allgemein verwirklichen konnte und tatsächlich die Gewaltherrschaft des Wucherkapitals, des Weltleihkapitals, über den Christenvölkern errichtet ist. Viel verhalf zu diesem Ziel die in Rom errichtete Priesterkirche, die ganz der Priesterherrschaft des Mithraskultes nachgeahmt war und dann mehr und mehr der tibetischen Priesterherrschaft unter dem Dalai Lama, dem Stellvertreter Gottes auf Erden, nachgebildet wurde. Die Absicht des Juden Paulus und der jüdischen Evangelisten war dies nicht und durfte es nicht sein. Ich erinnere an das Verbot Jesu, daß irgend jemand sich Vater nenne und irgendeiner eine Gewaltherrschaft unter den Gläubigen errichte. Der Jude kann nur eine jüdisch-orthodoxe Priesterschaft als berechtigt anerkennen, niemals eine der Gojim! Als sie aber eingerichtet war, lernten die Juden diese römische Priesterherrschaft schätzen als Anlaß zu unzählig vielem Blutvergießen an Romgegnern unter den nichtjüdischen Völkern und als gewaltiges Mittel zur Beseitigung des Rasse- und Volksbewußtseins, der Sippenanhänglichkeit, kurz all der Kräfte, die in einem Volke die Gewaltherrschaft des Wucherkapitals leicht abschütteln könnten. Heute ringen Rom und Juda um die reifen Früchte der Lehre der jüdischen Evangelisten, um die Weltherrschaft über kollektivierte Sklaven.

Die Juden von heute wissen jedenfalls, was das Christentum bedeutet. Der Jude Mordechai, Karl Marx, der Arbeiterführer, sagt:

„Nur unter der Herrschaft des Christentums, welches alle nationalen, natürlichen, sittlichen, theoretischen Verhältnisse des Menschen äußerlich macht, konnte die bürgerliche Gesellschaft sich vollständig vom Staatswesen trennen, alle Gattungsbande des Menschen zerreißen, den Egoismus ... an Stelle dieser Gattungsbande setzen, die Menschenwelt in eine Welt atomistischer, feindlich sich gegenüberstehender Individuen auflösen. Das Christentum ist aus dem Judentum entsprungen, es hat sich wieder in das Judentum aufgelöst ... Das Christentum hat das reale Judentum nur zum Scheine überwunden. Das Christentum ist der gemeine Gedanke des Judentums, das Judentum ist die gemeine Nutzanwendung des Christentums; aber diese Nutzanwendung konnte erst zu einer allgemeinen werden, nachdem das Christentum die Selbstentfremdung des Menschen von sich und der Natur theoretisch vollendet

hatte" (s. „Deutsch-französische Jahrbücher von Arnold Ruge und Karl Marx", Paris 1844, S. 213.)

Die Juden von heute wissen also, was der Rabbiner Paulus und die jüdischen Evangelisten taten, als sie den nichtjüdischen Völkern das Christentum predigten. Sie wissen auch, ob jene damals wußten, was sie taten!

Wir möchten den engstirnigen Evangelisten, deren Verständnislosigkeit wir in dieser Betrachtung so oft mit Erschrecken feststellen mußten, nicht so viel Vorausschau zutrauen. Sie leitete wohl sicherer Instinkt, mit dem ihre Blutsgenossen in der Gefangenschaft unter den arischen Völkern in Babylon die klaren Rassegesetze, den Sippenzusammenhalt und das Volksbewußtsein als deren sichere Kraftquellen vor Augen sahen und für sich zusammenrafften, was nur immer ihnen zugänglich wurde, und ohne es im tiefsten Sinn zu verstehen, in ihren Schriften wiedergaben. Mit dem gleichen sicheren Instinkt redeten sie den anderen Völkern aber durch das Christentum Volksbewußtsein und Sippenzusammengehörigkeit aus, als sie selbst unter römische Herrschaft gekommen waren. Das ferne messianische Ziel, die Gewaltherrschaft der Juden über alle Völker, hatten sie dabei vor Augen. Paulus dagegen schreibt bewußt für das religiöse Ziel des alten Testamentes, das er durch den Glauben an Christus gesichert sieht.

Die letzten Auswirkungen der Morallehre des Jesus der Evangelien beginnen die Völker heute zu erkennen, wo sie zu Millionen unter dem Joche der Gewaltherrschaft des Weltkapitalismus und im Kollektiv des Christentums oder des jüdisch-atheistischen Kommunismus, des Bolschewismus, seufzen. Alle Schutzwälle gegenüber der Gewaltherrschaft, die ich oben nannte, sind längst vom Christentum durch alle die christlichen Sittengesetzlehren, die wir betrachtet haben, eingerissen. „Der strenge Herr", der Weltkapitalismus unter jüdischer Leitung, hofft „lange zu regieren", denn er hat aus Rasse, Volk und Sippe herausgerissene und daher widerstandslose und hilflose Christen vor sich!

Der Quell

Folge 21 München, 9. 11. 1958 10. Jahr

Weltenwende der Wirtschaft

Von Dr. Mathilde Ludendorff

Zeitschrift für Geistesfreiheit

Vaterland und Heldentum, veraltete Ideale?

Von Edgar Holzgräfe

Was vaterländisches Denken in seiner ganzen Tiefe und Bedeutung ist, soll uns später beschäftigen. Einstweilen begnügen wir uns mit der Feststellung, daß vaterländisches Denken und Fühlen in höherer oder geringerer Bewußtheit in jedem Menschen vorhanden ist und geweckt werden kann, der noch nicht völlig entwurzelt, bindungs- und heimatlos in der Welt steht.

Diese völlige Bindungslosigkeit und Entwurzelung ist freilich heutzutage ein gar nicht so seltener Zustand. Menschen leben zu Hunderttausenden zusammengepfercht in seelenmordenden Großstädten, sind verurteilt, in nüchternen Zweckbauten ihren ständigen Aufenthaltsort zu wählen. Ein eigenes Grundstück besitzen sie nicht. Solche Menschen verlieren leicht die Verbindung mit der Natur und die einem Bauern selbstverständliche Bindung an die Scholle. Bei ihnen können sich am leichtesten zersetzende Gedanken ausbreiten, die von bestimmten Kräften gern ausgestreut werden, um die Menschen aus Volk, Stamm und Sprache „herauszuerlösen".

Wenn solch bedauernswerte Menschen vaterländische Gesinnung höhnisch verlachen und behaupten, das Wort Vaterland habe für sie keinen Sinn und Inhalt, so sprechen sie in Hinsicht ihrer eigenen Person oft eine bittere Wahrheit aus. Wir werden uns jedoch davor hüten, dergleichen persönliche Bekenntnisse als allgemein gültig, durchaus normal und völlig in der Ordnung anzunehmen. Vielmehr wird es unsere Aufgabe sein, den vaterländischen Gedanken hochzuhalten und als ganz natürliches, in der Ordnung der Schöpfung begründetes Verhalten zu kennzeichnen.

Das Wort Vaterland hat für alle, die noch im Vaterland einen absoluten Wert erblicken, größere Bedeutung als ein bloßer Vernunftbegriff. Für die Frage, ob jemand ein Vaterland hat oder nicht, gilt das eigentlich auf jeden „Wert" im höheren Sinne anwendbare Goethewort:

„Wenn ihr nicht fühlt, ihr werdet's nicht erjagen!"

Die Jugend und das Vaterland

So lautete das Thema eines Aufsatzes in der „Deutschen Universitäts-Zeitung" (DUZ Nr. 23 von 1953) und erschien erneut in verkürzter Form

in der „Liberalen Studentenzeitung" vom Mai dieses Jahres. Dieser Aufsatz eines Dr. Klaus Scholder will das Verhältnis der heutigen Jugend zum vaterländischen Gedanken erhellen. Das kann uns nicht gleichgültig sein; denn von der Gesinnung der Jugend hängt ja die künftige Gestaltung unsrer Verhältnisse in Deutschland und unserer Beziehungen zu auswärtigen Mächten ab. Wir sind jedoch nicht allein auf den genannten Aufsatz angewiesen, um zu erfahren, wie die Jugend, im besonderen die akademische Jugend, heute über das Vaterland denkt. Ich möchte mich zunächst darauf beschränken, ohne weiteren Kommentar einige Beispiele anzuführen, um denen, die „so etwas" noch nicht für möglich halten, die Binde von den Augen zu reißen.

Im Jahre 1953 mußten fünfzehn westdeutsche Primaner, zwölf Jungen und drei Mädchen, zu der Frage Stellung nehmen: „Glaubst du, daß es etwas gibt, was den Einsatz deines Lebens wert ist?" Alle Antworten ließen sich in dem Satz zusammenfassen: das Vaterland ist für mich kein erlebbarer Begriff.

Im Anschluß an eine Rede Gerhard Ritters in Heidelberg ließ sich ein Student zu den Worten hinreißen: Begriffe wie Heldentum und Vaterland interessieren uns einen Dreck. Gerhard Ritter soll selbst über diese Wirkung seiner eigenen Rede erschrocken gewesen sein.

An einer anderen Universität, deren Name mir entfallen ist, gipfelte der Text eines vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) angebrachten Anschlages in den Worten, es sei besser, das Vaterland dreimal zu verraten als einmal dafür zu sterben. Wer es anders wünsche, möge zu Wagner und seinen Wartbürgern gehen.

Münchner Studenten haben den Vers des Horaz: „dulce et decorum est pro patria mori" als für sie nicht mehr gültig und verbindlich abgelehnt.

Ich habe selbst eine Studentin sagen hören, sie höre ungern einen bestimmten Professor, weil er immer so „nationalistische" Reden halte. Dabei ahmte sie mit ironischer Betonung nach, wie er Attinghausens Worte in Schillers Tell zitierte: „Ans Vaterland, ans teure, schließ' dich an . . ." (Wilhelm Tell, 2. Aufzug, 1. Szene).

Verstehen, nicht verurteilen!

So sehr die angeführten Zeugnisse besonders älteren Lesern den Atem verschlagen und sie geneigt machen mögen, ein verdammendes Kollektivurteil über die heranwachsende Generation zu fällen, sowenig dürfen sie unterlassen, nach den Ursachen zu fragen, um das Übel in der Wurzel zu erkennen und zu einer gerechten Beurteilung zu gelangen. Wie ist es möglich, daß die Studentenschaft, die im 19. Jahrhundert der deutschen Nationalbewegung so kräftige Impulse gab, heute nichts mehr von Vaterlandsliebe zu kennen scheint?

Wir erinnern uns, daß der Aufschwung, den das nach Einheit und Geschlossenheit verlangende Deutschland in den Freiheitskriegen gegen Napoleon bekommen hatte, in der nachfolgenden Ära der Restauration, der Zeit Metter-

nichs, gerade in den deutschen Studenten weiterlebte. In der Verfassungsurkunde der am 12. Juni 1815 gegründeten Urburschenschaft stand der Satz:

„Nur solche Verbindungen, die auf den Geist gegründet sind, auf welchem überhaupt nur Verbindungen gegründet sein sollten, auf den Geist, der uns das sichern kann, was uns nächst Gott das Heiligste und Höchste sein soll, nämlich Freiheit und Selbständigkeit des Vaterlandes, nur solche Verbindungen sollten auf Universitäten geduldet werden ..." (Zit. nach „Liberale Deutsche Studentenzeitung", Mai 1958.)

Ist die „Vaterlandslosigkeit" heutiger Studenten ein Zeichen dafür, daß sie „schlechter" und „wertloser" seien als früher? Ich meine: nein. Wir müssen die Ursachen solcher Gleichgültigkeit und solchen Mißtrauens gegen den vaterländischen Gedanken in den Verhältnissen suchen, in die sie hineingeboren sind. Dabei brauchen wir nicht einmal vergleichsweise ins 19. Jahrhundert zurückzugehen.

Es ist schon ein Unterschied, ob jemand im wilhelmischen Deutschland groß geworden ist oder das „Dritte Reich" noch miterlebt hat und im Nachkriegsdeutschland heranwächst. Damals war die vaterländische Idee noch ein unbestrittener Wert, den außer jenen, die ihn immer bekämpfen werden, niemand anzuzweifeln sich einfallen ließ. Heute besitzt die vaterländische Idee zwar objektiv dieselbe Gleichgültigkeit wie damals, weil sie eigentlich eine unhistorische, zeitlose Idee ist, aber der Mißbrauch dieser Idee durch das nationalsozialistische Regime hat sie im Bewußtsein vieler Zeitgenossen verdächtig gemacht, und die überstaatliche Propaganda tut das Ihrige, um die Gunst der Stunde für ihre Zwecke auszunutzen. Eine Welle von Humanitätsphrasen und radikalem Pazifismus ergießt sich über junge Gemüter, die nur von wenigen „Außenseitern" und „Zurückgebliebenen" eines Besseren belehrt werden.

Wer pflegt denn heute noch vaterländische Gesinnung? Etwa der Staat? Dem stehen die Verfassung der Bundesrepublik und die Grundrechte des Menschen höher als Menschen, die sich mit Begeisterung für ihr Vaterland einsetzen. Wenn der Bundespräsident in Berlin anläßlich eines Sportfestes vor Jugendlichen die Worte sprach, sie möchten vor jeglichem „Fanatismus" bewahrt bleiben, so kann ich mich nicht des Eindrucks erwehren, daß er vaterländische Begeisterung auch als eine Art „Fanatismus" ablehnt.

Wohin soll aber eine früh ernüchterte Jugend kommen, der man keine Ideale gibt? Alfred de Vigny, der französische Dichter, enttäuschte Patriot und verkannte Zeitgenosse Victor Hugos, hat diese Problematik in folgenden Sätzen umrissen:

„Bei dem allgemeinen Schiffbruch des Glaubens, welches sind da die Trümmer, an die sich hochherzige Hände noch klammern können? Außer der Liebe zum Wohlleben und zu den Eintagsgenüssen des Luxus sieht man nichts oberhalb der Untiefe. Man möchte meinen, die Selbstsucht habe alles überflutet; selbst die, welche die Seele zu retten suchen und tapfer tauchen, fühlen sich nahe daran, verschlungen zu werden."
(Alfred de Vigny: Glanz und Elend des Militärs. Frz. Titel: Servitude et grandeur militaires. Übersetzung erschienen in der Reihe Rowohlts Klassiker.)

Wer die vaterländische Idee nur in ihrem Mißbrauch kennengelernt und

den zurückgelassenen Trümmerhaufen erlebt hat, ist von vornherein mißtrauisch gegen diese Idee und verfällt leicht dem Irrtum, vaterländische Idee und imperialistischen Größenwahn gleichzusetzen und identisch zu erklären. Er ist auch geneigt, das der nordischen Rasse eigentümliche heldische Ideal zu verleugnen. Das Leben wird als bloßes Fortexistieren zum absoluten Wert erhöht, besonders dann, wenn wie in jüngster Zeit verantwortungslose Politiker unter Umgehung des Volkswillens die Voraussetzungen für einen wahnwitzigen Krieg mit nie zuvor gekannten Massenvernichtungsmitteln beschleunigt vorantreiben.

So finde ich in der angeblich unabhängigen Studentenzeitung „konkret" vom 2. Juni folgenden radikal pazifistischen Satz:

„In den letzten Monaten haben sich an fast allen Hochschulen der Bundesrepublik Zehntausende von Studenten gegen das Liliencronsche Motto verwahrt, demzufolge das Totsein dem Sklavensein vorzuziehen sei."

Das ist erfreulicherweise nicht wahr, sondern die Einbildung derer, die dies schrieben und vielleicht gern haben möchten. Die Zehntausende von Studenten, die in Schweigemärschen mit vollem Recht gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr protestierten, taten dies nicht, um den Sinn des Spruches „Lieber tot als Sklav" in sein Gegenteil zu verkehren. Aber es ist schon bedenklich genug, daß so eine Meinung überhaupt geäußert werden kann, die in vollem Widerspruch zu dem Rasseerbgut jedes nordischen Menschen und damit auch jedes Deutschen steht, in dessen Adern noch nicht zu viel artfremdes Blut kreist.

Gottesstolz und Selbsterhaltung

In dem Kapitel „Das Ich als Bewußtsein" in ihrem Werke „Des Menschen Seele" hat Mathilde Ludendorff auf Grund ihrer Kenntnis der Seelengesetze ausführen können, wie der Gottesstolz, der in jedem Vertreter der nordischen Rasse stark erlebt wird, durchaus die Preisgabe eines menschenunwürdiges Lebens befehlen kann. In der Auflage von 1932 heißt es auf Seite 189:

„Nur ein Leben in Würde und Freiheit dünkt dem vom Gottesstolze erfüllten Ich als lebenswert, der Tod ist ihm lieber als Sklavendasein. Diese innere Wandlung ist eine gewaltige Befreiung von dem jämmerlich am Dasein hängenden, unvollkommenen Selbsterhaltungswillen, und sie erweckt in der Menschenseele eine ganze Schar heldischer Eigenschaften. Wir hatten schon wiederholt Gelegenheit darauf hinzuweisen, wie ausgeprägt diese heldischen Tugenden als selbstverständliche Kinder eines starken Gottesstolzes bei beiden Geschlechtern der nordischen Rasse entwickelt sind, und welch wichtigen Bestandteil des Rasseerbgutes im Unterbewußtsein sie bei allen Menschen dieses Blutes bilden. Das Gefühl der Würde, Ehrgefühl, kühner Todesmut, Tapferkeit, Freiheitswille, volles Vertrauen auf die eigene Kraft, Treue zu sich selbst und den als ebenbürtig erkannten Genossen, das alles sind Kinder, die dem starken Erleben des Gottesstolzes ihr Erwachen danken. „Lieber tot als Sklave" ist der Befehl dieses Ichs an den Selbsterhaltungswillen,

der nun in vielen Fällen der Lust entsagen und Leid nicht scheuen darf; ja der zum Tode für den Gottesstolz bereit sein muß. Hierdurch aber ist eine gewaltige Stufe zur Selbstschöpfung erreicht, die bei jedem nordischen Menschen von einem sehr starken Mitschwingen des Rasseerbgutes begleitet ist und deshalb dies Verhalten so selbstverständlich und „ureingeboren" erscheinen läßt."

Wir werden noch in einer späteren Folge die philosophische Begründung der vaterländischen Idee in Johann Gottlieb Fichtes „Reden an die deutsche Nation" in Erinnerung rufen. –

Der Quell

Folge 13 München, 9. Juli 1959 11. Jahr

Der heilige Rock

Von Walter Löhde

Zeitschrift für Geistesfreiheit

Die vaterländische Idee in Fichtes „Reden an die deutsche Nation"

Von Edgar Holzgräfe

Es ist kein Geheimnis mehr, daß das deutsche Volk, soweit es seine in der Bundesrepublik lebende Mehrheit angeht, heutzutage unglaublich gleichgültig ansieht, was mit ihm geschieht. Ein tiefes Unbehagen mit seinem gegenwärtigen Zustand oder gar eine schöpferische Unruhe, die auf Überwindung einer als unerträglich empfundenen Gegenwart drängt, ist leider nur bei verschwindend wenigen zu spüren. Neben verschiedenen Gründen, aus denen sich diese Gleichgültigkeit erklärt, ist der Mangel an Vaterlandsliebe ein Grundübel unserer Zeit, dessen wir uns als Deutsche mehr zu schämen hätten als der in der Vergangenheit vom Nationalsozialismus begangenen Verbrechen, für die nicht einmal das deutsche Volk in seiner Gesamtheit verantwortlich zu machen ist.

Ich führte in dem Aufsatz „Vaterland und Heldentum veraltete Ideale?" (Folge 21/58, Seite 965) Zeugnisse für das Mißtrauen an, das in der Studentenschaft gegen den vaterländischen Gedanken herrscht. Dies Mißtrauen ist, wie ich ausführte, durch die Verhältnisse bedingt, in welche die Nachkriegsgeneration hineingeboren ist. Ein gründlicheres Erfassen dessen, was Vaterlandsliebe und vaterländisches Denken ist, müßte jedoch zu der Erkenntnis führen, daß im Vaterland ein Wert steckt, den zu verlieren für jeden Menschen einen Schaden bedeutet, schwerer und folgenreicher für seine Entfaltung oder eher: Verkümmerung als Mensch, als ein Verlust von äußerlichen Besitzen an Hab und Gut.

Eine Rückbesinnung auf den Philosophen, der das Schönste und Tiefste zum Ausdruck brachte, was je über Vaterlandsliebe gesagt worden ist, kann uns zu solch gründlicherem Erfassen des vaterländischen Gedankens führen. Ich meine Johann Gottlieb Fichte und seine „Reden an die Deutsche Nation".

Diese Reden, obwohl „an alle Deutschen schlechtweg" gerichtet, unter dem Eindruck einer tödlichen Bedrohung von einem unserer Besten und Verehrungswürdigsten gehalten, finden in größeren Kreisen heute noch weniger als früher die Beachtung, die sie verdienen. Den Höhepunkt der Reden, die Eduard Spranger als das Grundbuch des deutschen Nationalbewußtseins bezeichnet hat, bildet die berühmte achte Rede mit ihrer Fragestellung: „Was ein Volk sei, in der höheren Bedeutung des Worts, und was Vaterlandsliebe".

Ich werde versuchen, den Inhalt dieser Rede gekürzt wiederzugeben, weil sie die Werte behandelt, die heuzutage in unserem Volke so sehr bedroht sind und auf Wunsch weltmachtgieriger überstaatlicher Mächte vergessen und über Bord geworfen werden sollen. Dabei bin ich mir der Gefahr bewußt, die darin liegt, ein Einzelteil aus einem geschlossenen Zusammenhang herauszulösen, und das obendrein in Unkenntnis des gesamten Systems der Fichteschen Philosophie. Glücklicherweise hat Eduard Spranger in einem Vorwort zur Auf-

lage von 1943 die Hauptschwierigkeiten zum Verständnis der Reden beseitigt, so daß sie auch für sich alleinstehend erfaßt werden können. Um die Möglichkeit irriger und sinnentstellender Formulierungen weitestgehend zu begrenzen, gebrauche ich Fichtes Worte auch da, wo ich ihn nicht wörtlich zitiere. Wer meiner gekürzten Wiedergabe mißtraut, was eher zu wünschen als übelzunehmen ist, mag die Reden selbst lesen! — —

Achte Rede: **„Was ein Volk sei, in der höheren Bedeutung des Worts, und was Vaterlandsliebe."**

Es ist durchaus möglich, daß eine Religion die Menschen über das irdische Leben hinwegsetzt, indem sie diese an ein besseres Leben im Jenseits verweist. Die ersten Christen sind hierfür ein Beispiel. So möglich eine Abkehr vom irdischen Leben auch ist, so ist dies doch nicht der natürliche Zustand. Es ist ein verkehrter Gebrauch der Religion, der auch sehr häufig vom Christentum gemacht worden ist, die Zurückziehung von den Angelegenheiten des Staates und der Nation als wahre religiöse Gesinnung zu empfehlen. Dadurch verliert das zeitliche Leben alle Selbstbeständigkeit. Es wird zu einem Vorhofe des wahren Lebens und nur als schwere Prüfung aus Ergebung in den Willen Gottes ertragen.

Gewiß ist die Religion Trost des widerrechtlich zerdrückten Sklaven. Vor allem ist aber dies religiöser Sinn, daß man sich gegen die Sklaverei stemmt und die Religion nicht zum bloßen Trost der Gefangenen herabsinken läßt. „Dem Tyrannen steht es wohl an, religiöse Ergebung zu predigen, und die, denen er auf Erden kein Plätzchen verstatten will, an den Himmel zu verweisen; wir anderen müssen weniger eilen, diese von ihm empfohlne Ansicht der Religion uns anzuzeigen, und . . verhindern, daß man die Erde zur Hölle mache, um eine desto größere Sehnsucht nach dem Himmel zu erregen."

„Der natürliche, nur im wahren Falle der Not aufzugebende Trieb des Menschen ist der, den Himmel schon auf dieser Erde zu finden und **ewig Dauerndes** zu verflößen in sein irdisches Tagewerk; **das Unvergängliche** im Zeitlichen selbst zu pflanzen . . ."

Jeder Edeldenkende hat den Wunsch, durch Tun oder Denken etwas Neues, vorher nie Dagewesenes in die Zeit zu werfen, das in ihr bleibe und Quelle neuer Schöpfungen werde. Was kann dem Wunsche und Glauben des Edeldenkenden an die Unvergänglichkeit seines Werkes Gewähr verschaffen? Eine Ordnung, die er selbst ewig und für fähig, Ewiges in sich aufzunehmen, anerkennen kann. Eine solche Ordnung ist „die besondere geistige Natur der menschlichen Umgebung", aus der er selbst mit all seinem Denken und Tun hervorgegangen ist: das Volk, von dem er abstammt und in dem er gebildet wurde.

Ein Werk, das ewig bestehen soll, kann nicht der bloße Erfolg des „geistigen Naturgesetzes" der Nation sein, welcher der Schaffende angehört. (Wir können für geistiges Naturgesetz der Nation völkische Eigenart oder

Volkscharakter sagen.) Ein solches seinen Schöpfer überdauerndes Werk ist „ein Mehreres", es strömt „unmittelbar aus dem ursprünglichen und **göttlichen Leben.**"[1])

Ein Werk gewinnt seinen dauerhaften Wert noch nicht dadurch, daß die geistig-seelische Eigenart des Volkes in es hineinfließt. Aber es ist ebenso wahr, daß jenes „Mehrere", das Göttliche, sich sogleich bei seiner ersten Gestaltung zu einer sichtbaren Erscheinung unter jenes „besondere geistige Naturgesetz" fügt und nur nach ihm sich seinen sinnlichen Ausdruck bildet. „Es ist Göttliches in ihm (dem Volke) erschienen und das Ursprüngliche hat dasselbe gewürdigt, es zu seiner Hülle, und zu seinem unmittelbaren Verflößungsmittel in die Welt zu machen." Das Göttliche lebt verhüllt im Volke und tritt den Werken seiner schöpferischen und tätigen Menschen nach außen hin in Erscheinung. Das Göttliche ist vor jeder Ausführung eines Werkes in die Eigenart des Volkes eingeordnet und kann nicht ohne ihre prägende Kraft Erscheinung werden.

Der sterbliche Mensch, der etwas ihn Überdauerndes schafft, wirkt durch solches Tun weiter am geistigen Naturgesetz seines Volkes. Die Wirksamkeit des Schaffenden ist ein „stehender Bestandteil" des Gesetzes geworden. Alles künftige Schaffen wird sich hier anschließen müssen. Dadurch ist der Schaffende sicher, daß die durch ihn errungene Ausbildung in seinem Volke bleibt, solange dieses selbst bleibt, und aller weiteren Entwicklung seines Volkes fortdauernder Bestimmungsgrund wird.

„Dies nun ist in höherer, vom Standpunkte der Ansicht einer geistigen Welt überhaupt genommener Bedeutung des Worts, ein **Volk: das Ganze der in Gesellschaft miteinander fortlebenden und sich aus sich selbst im-**

---

[1]) Das Ewige und Unzerstörbare eines Volkes, von dem Fichte spricht, bleibt ohne eine gewisse Kenntnis seiner spekulativen Philosophie unverständlich. Die spekulative Philosophie erblickt in der Welt eine „Auslegung" des göttlichen Lebens und hält es für möglich, den großen Gedanken der Schöpfung in Gott noch einmal zu denken. Gott ist danach als „Wissen" aus dem stummen Sein in das belebte Sein übergetreten. Alles, was von dieser Schau her abgeleitet wird, so auch der Gedanke von der Unvergänglichkeit eines Volkes, beansprucht, Offenbarung des Metaphysischen, Teilhabe des Menschen am göttlichen „Wissen" zu sein. Ein Volk in der höheren Bedeutung des Worts ist für Fichte eine *Idee des göttlichen Lebens, die in das erscheinende, das sich „wissende" Leben übergetreten* ist.

Ich habe diese Erläuterung von Eduard Spranger übernommen. Sie ist nicht das Ergebnis eigener Nachforschungen. Soweit man ihr vertrauen kann, läßt sich aber feststellen, daß Fichte schon Bahnen beschreitet, die bei Mathilde Ludendorff später zur Erkenntnis geführt haben. Der Glaube, daß es möglich sei, die Schöpfung in Gott, vom Wesen der Erscheinung aus noch einmal zu denken, hat sich heute bewahrheitet. Wir müssen jedoch vor das Wort „denken" noch das Wort erleben setzen und gerade auf das Erleben die Betonung legen. In der Vorstellung, Gott sei als Wissen aus dem stummen Sein in das belebte Sein übergetreten, kann man eine Vorahnung dessen erblicken, was Mathilde Ludendorff als Wille Gottes zur Bewußtheit und Aufstieg zu immer höherer Bewußtheit bezeichnet hat. –

merfort natürlich und geistig erzeugenden Menschen, das insgesamt unter einem gewissen besonderen Gesetze der Entwicklung des Göttlichen aus ihm steht. Die Gemeinsamkeit dieses besonderen Gesetzes ist es, was . . . diese Menge zu einem natürlichen und von sich selbst durchdrungenen Ganzen verbindet." Jenes Gesetz bestimmt und vollendet, was man den Nationalcharakter eines Volkes nennt.

Der Glaube des edlen Menschen an die ewige Fortdauer seiner Wirksamkeit auf dieser Erde gründet sich auf die ewige Fortdauer seines Volkes und seiner Eigentümlichkeit nach jenem verborgenen Gesetze; ohne Einmischung und Verderbung durch irgendein Fremdes. Die Eigentümlichkeit seines Volkes ist das Ewige, dem der Edeldenkende die Ewigkeit seiner selbst und seines Fortwirkens anvertraut. Dies ist seine Liebe zu seinem Volke. Das Leben, bloß als Leben, hat für ihn nie Wert gehabt. Er hat es nur gewollt als Quelle des Dauernden. Diese Dauer verspricht ihm nur die Dauer seiner Nation. **Um diese zu retten, muß er sogar sterben wollen, damit diese lebe.**

Fichte hat seine Doppelfrage: was ein Volk sei und was Vaterlandsliebe, zur Hälfte beantwortet und wendet sich nun dem Vaterlandsbegriff zu.

Wahrhaftige Liebe, die nicht bloß eine vorübergehende Begehrlichkeit ist, haftet nie auf Vergänglichem, sondern erwacht, entzündet sich und ruht allein im Ewigen. Nicht einmal sich selbst vermag der Mensch zu lieben, wenn er sich nicht als Ewiges erfaßt. Wer nicht zuerst sich selbst ewig erblickt, der hat überhaupt keine Liebe und kann auch nicht ein Vaterland lieben. Dieses gibt es für ihn gar nicht. Denn auch das Vaterland wird nur unter dem Bilde der sichtbaren, versinnlichten Ewigkeit erblickt.

So ist es von jeher gewesen. Was begeisterte die Edlen unter den Römern zu Mühen und Aufopferungen, zum Dulden und Tragen fürs Vaterland? Ihr fester Glaube an die ewige Fortdauer ihrer Roma und ihre zuversichtliche Aussicht, **in dieser Ewigkeit selber ewig mit fortzuleben im Strome der Zeit.**[2]) Dieser Glaube hat sie nicht getäuscht. Bis auf diesen Tag lebt in unsrer Mitte fort, was wirklich ewig in ihrer ewigen Roma war und sie mit ihm. Und so wird es bleiben bis ans Ende der Tage.

---

[2]) Die von Fichte gemeinte Unsterblichkeitssehnsucht ist der — wie Mathilde Ludendorff nachweist — in der Menschenseele auftauchende göttliche Wille, in der Erscheinung zu verweilen. In dem Werke „Selbstschöpfung" zeigt Mathilde Ludendorff, daß die im Ich der Menschenseele auftauchenden göttlichen Wünsche und der Gottesstolz Anlaß werden, daß das Ich all jene Willensoffenbarungen erlebt, die einst im Weltall erschienen und sich auch in den Einzelwesen enthüllten. Das allmähliche Enthüllen dieser Willensäußerungen bewirkt den Höhenflug des Menschen in Richtung auf die Vollkommenheit.

Die erste Entfaltung des Ichs als Wille ist das Auftauchen des Willens, in Erscheinung zu treten, der beim Werden des Weltalls den Urnebel schuf und sich in der Menschenseele als Freude an der wertvollen Leistung äußert.

Der zweite Wille des Ichs ist der Wille, in Erscheinung zu verweilen. Durch ihn

Volk und Vaterland sind Träger und Unterpfand der irdischen Ewigkeit. Sie ermöglichen es dem einzelnen Menschen, Ewiges im Zeitlichen zu pflanzen und sich dadurch über seine Vergänglichkeit zu erheben.

Volk und Vaterlandsliebe gehen in ihrer Bedeutung weit hinaus über den Staat und die gesellschaftliche Ordnung. Recht, innerer Frieden und die Möglichkeit, daß jeder durch Fleiß seinen Unterhalt findet, sind lediglich der Zweck des Staates. Damit ist der Staat jedoch nur Mittel, Bedingung und Gerüst dessen, was die Vaterlandsliebe eigentlich will. Vaterlandsliebe will „das Aufblühen des Ewigen und Göttlichen in der Welt, immer reiner, vollkommener und getroffener im unendlichen Fortgange." Darum muß die Vaterlandsliebe den Staat selbst als „oberste Behörde" regieren.

Sie tut dies auf zweierlei Weise, zunächst darin, daß sie den Staat in der Wahl seiner Mittel für seinen nächsten Zweck beschränkt, den Zweck der Erhaltung des inneren Friedens. Für diesen Zweck muß die individuelle Freiheit des Menschen beschränkt werden. Würden die Mittel zur Erhaltung des inneren Friedens nur in Rücksicht auf diesen inneren Frieden und nicht als Voraussetzung für das Höhere, das Aufblühen des Ewigen und Göttlichen angewandt, so könnte man die individuelle Freiheit möglichst eng eingrenzen. Aber die höhere Ansicht des Menschengeschlechts und der Völker verbietet eine solche Strenge. „Freiheit, auch in den Regungen des äußerlichen Lebens, ist der Boden, in welchem die höhere Bildung keimt." Eine Gesetzgebung, die dies berücksichtigt, wird der Freiheit „einen möglichst ausgebreiteten Kreis lassen, selber auf die Gefahr hin, daß ein geringerer Grad der einförmigen Ruhe und Stille erfolge, und daß das Regieren ein wenig schwerer und mühsamer werde."

Ein „ursprüngliches" Volk bedarf der Freiheit. Sie ist Unterpfand seines Beharrens als ursprünglich.[3]) Einmal um dieser Freiheit willen muß die Vaterlandsliebe den Staat selbst regieren.

Sodann muß die Vaterlandsliebe den Staat regieren, indem sie ihm einen höheren Zweck setzt als den der Erhaltung des inneren Friedens. Vaterlandsliebe, die Volk und Vaterland als Hülle des Ewigen ansieht, setzt dem

---

wird ein Mensch zu Werken und Taten angefeuert, die sein Eigenleben überdauern und in Jahrhunderten nicht untergehen. Helden der Geschichte waren oft von dem Willen durchdrungen, durch unsterbliche Taten in der Nachwelt fortzuleben. (Siehe „Die Volksseele und ihre Machtgestalter", Kapitel: „Das gotterfüllte Ich als Kraftquelle der Geschichte".)

[3]) Was versteht Fichte unter einem ursprünglichen Volk? Jedes Volk, das seinem ursprünglichen, gottdurchdrungenen, eigentümlichen Wesen gemäß lebt, gilt als ursprünglich. Ein Volk kann seine Ursprünglichkeit durch Überfremdung verlieren. Die westlichen Nachbarn unserer germanischen Vorfahren, die Gallier, haben ihre Eigentümlichkeit verloren, wurden völlig romanisiert. Die Franzosen sind deshalb für Fichte kein ursprüngliches Volk. Die Tat des Arminius im Jahre 9 hat uns vor dem gleichen Schicksal bewahrt.

Staat die Aufgabe, den *Fortbestand des Ewigen im eigenen Volke zu sichern.* Für diesen höheren Zweck allein bringt der Staat eine bewaffnete Macht zusammen.

„In der Erhaltung der hergebrachten Verfassung, der Gesetze, des bürgerlichen Wohlstandes ist gar kein eigentliches Leben und kein ursprünglicher Entschluß. Umstände und Lage, längst vielleicht verstorbene Gesetzgeber haben diese erschaffen." Die folgenden Generationen, die in diesen ausgefahrenen Geleisen fortfahren, leben „nicht ein eigenes öffentliches Leben, sondern sie wiederholen nur ein ehemaliges Leben." In solchen Zeiten bedarf es keiner eigentlichen Regierung. Sobald aber dieser gleichmäßige Fortgang in Gefahr gerät und es gilt, über neue, nie dagewesene Fälle zu entscheiden, bedarf es eines Lebens, das aus sich selber lebt.

Der Fortbestand des Ewigen im eigenen Volke ist bedroht, und zu seiner Rettung muß man bereit sein, alle Zwecke des Staates im bloßen Begriffe: Eigentum, persönliche Freiheit, Leben, Wohlsein, ja die Fortdauer des Staates aufs Spiel zu setzen. An dieser Stelle, in diesem Augenblick der äußeren Bedrohung treten ein „die wahren Majestätsrechte der Regierung, gleich Gott um höheren Lebens willen das niedere Leben daran zu wagen".

In einer solchen Lage darf sich nicht der Geist der ruhigen bürgerlichen Liebe und Verfassung und der Gesetze ans Ruder stellen, sondern **„die verzehrende Flamme der *höheren Vaterlandsliebe*, die die Nation als Hülle des Ewigen umfaßt,** für welche der Edle mit Freuden sich opfert, und der Unedle, der nur um des ersten willen da ist, sich eben opfern soll".

Wer nur Leben und Unterhalt gesichert wissen will, ist sogar bereit, eine erträgliche Sklaverei hinzunehmen. Wozu sollte er kämpfen? Ruhe geht ihm über alles. Sie würde durch fortdauernden Kampf nur gestört. Die *Verheißung ewigen Lebens im Diesseits* allein begeistert bis zum Tode fürs Vaterland.

So ist es bisher stets gewesen. Wo immer wirklich regiert worden ist, wo ernsthafte Kämpfe bestanden wurden, war es jene Verheißung ewigen Lebens, die regierte, kämpfte und siegte. Fichte gibt hierfür zwei geschicht-Beispiele an. In den Religionskämpfen des dreißigjährigen Krieges erblickt er eine Verteidigung der geistigen Erneuerung, die durch Luther in Deutschland errungen wurde. Das Festhalten an dieser Errungenschaft in ihrer alle Zeit überdauernden Bedeutung, ihre Verteidigung gegen die geplante gewaltsame Rückkehr in die alte geistige Bevormundung war letztlich der Sinn jener blutigen Kämpfe.[4])

Wofür haben die Germanen mehrere Menschenalter hindurch gekämpft? Hatten sie keinen Sinn für die Vorzüge römischer Bildung, z. B. für die

---

[4]) Dies Beispiel ist vielleicht etwas unglücklich gewählt. Je weiter sich jener verheerende Krieg in die Länge schleppte, um so mehr verlor er den von Fichte zugrundegelegten Sinn. Vordergründigere staatlich-egoistische Interessengegensätze wurden ausgetragen. Einleuchtender ist der Hinweis auf die Tat des Arminius, seine Abwehr des römischen Eroberungsversuchs.

bessere Einrichtung ihrer Heere? Sie sahen sehr wohl diese Vorzüge. Arminius verschmähte es nicht, bei den Römern das Kriegshandwerk zu erlernen. Dennoch ordneten sie sich nicht freiwillig in den römischen Staat ein, weil sie frei bleiben wollten. Die Segnungen der Römer hätten sie nur in Sklaverei genießen können. Sie wollten fortfahren, ihre Angelegenheiten selbständig und **ursprünglich**, ihrem eignen Geiste gemäß zu entscheiden und diesem gemäß in ihrer Fortbildung vorwärtszurücken. Diese Selbständigkeit wollten sie auch auf ihre Nachkommenschaft fortpflanzen. „Ihnen verdanken wir, die nächsten Erben ihres Bodens, ihrer Sprache und ihrer Gesinnung, daß wir noch Deutsche sind, daß der Strom ursprünglichen und selbständigen Lebens uns noch trägt. Ihnen verdanken wir alles, was wir seitdem als Nation gewesen sind, . . . ihnen werden wir verdanken alles, was wir noch ferner sein werden."

Armins Sieg über die Römer war, wie alle Siege im Gange der Weltgeschichte um ihre Freiheit ringender Völker, ein Sieg der Begeisterung für das Ewige. „Diese und alle andern in der Weltgeschichte, die ihres Sinnes waren, haben gesiegt, weil das Ewige sie begeisterte, und so siegt immer und notwendig diese Begeisterung über den, der nicht begeistert ist. Nicht die Gewalt der Armee, sondern die Kraft des Gemüts ist es, welche Siege erkämpft." Wer sich ein begrenztes Ziel seiner Aufopferungen setzt, sich nur bis zu einem gewissen Punkte wagen mag, gibt den Widerstand auf, sobald die Gefahr an diesen Punkt kommt. Wer aber alles, ja das Leben daransetzt, gibt den Widerstand nie auf und siegt ohne Zweifel über einen Gegner, der ein begrenztes Ziel hat. Ein Volk, das fähig ist, auch nur in seinen höchsten Stellvertretern und Anführern Selbständigkeit zu erstreben und zu lieben, siegt gewiß über ein anderes, das zur Unterjochung anderer Völker gebraucht wird. Denn das erstere hat alles zu verlieren, das letztere bloß einiges zu gewinnen. „Über die Denkart aber, die den Krieg als ein Glücksspiel ansieht, um zeitlichen Gewinn oder Verlust, und bei der schon, ehe sie das Spiel anfängt, feststeht, bis zu welcher Summe sie auf die Karten setzen wolle, siegt sogar eine Grille."[5])

Die vorangegangenen Darlegungen haben gezeigt, daß ein Staat kein Selbstzweck ist, sondern „das Mittel für den höheren Zweck der ewig gleichmäßig fortgehenden Ausbildung des rein

---

[5]) Die sehr idealistische Auffassung, Begeisterung siege immer und notwendig über den, der nicht begeistert ist, können wir nicht teilen. Sie entspricht nicht der Wirklichkeit. Ohne „die Kraft der Arme" kann „die Kraft des Gemüts" nicht immer und notwendig siegen. Friedrich der Große hat diese Tatsache in dem realistischen Satze ausgedrückt: „Gott ist mit den stärksten Bataillonen." Wäre es anders, so hätten die Russen nicht den ungarischen Aufstand niederschlagen können.

Damit ist Fichtes idealistische Auffassung jedoch nicht völlig ihres Wahrheitsgehaltes beraubt. Die Begeisterung für die Freiheit ist eine unwägbare Kraft, die sich nicht in Zahlen begreifen läßt und dem begeisterten Kämpfer ein Übergewicht über den gibt, der nur nüchtern seine Pflicht erfüllt. Wir erleben heute die Kraft der Begeisterung in der ungeheuren Dynamik des arabischen Nationalismus.

Menschlichen in dieser Nation". Die Lebe dieser ewigen Fortbildung soll immerfort die höhere Aufsicht über die Staatsverwaltung führen und die Selbständigkeit des Volkes retten, wenn sie in Gefahr ist.

Die nun folgenden Ausführungen Fichtes mit ihrem flammenden Aufruf am Schluß der Rede sind deutlich von der Not der Zeit und der Sorge um Deutschlands Zukunft diktiert und gewinnen dadurch gegenwartsnahe Bedeutung; denn unsere heutige Stiuation ist nicht nur ähnlich der in den Jahren nach 1806/07, sondern um ein Vielfaches trostloser und niederdrükkender. Fichte hielt seine „Reden an die Deutsche Nation" im Winter 1807/1808 an der im Sinne Wilhelm von Humboldts neugegründeten Berliner Universität, während die Trommeln der französischen Besatzung durch die Straßen wirbelten.

Die Deutschen haben schon immer Vaterlandsliebe besessen. Wie bei den alten Griechen war bei ihnen sogar Staat und Nation voneinander gesondert. Politisch war das deutsche Reich eine Vielzahl von Fürstentümern. Die Nation stellte sich dar im Reichsverbande, galt unsichtbar nicht zufolge eines niedergeschriebenen, aber eines in allen Gemütern lebenden Rechtes und lebte in einer Menge von Gewohnheiten und Einrichtungen. Infolge der Vielzahl deutscher Staaten innerhalb des deutschen Vaterlandes war es jedem möglich, sich an irgendeinem Orte diejenige Bildung anzueignen, die seinem eigenen Geiste am meisten entgegenkam. Eine Wahrheit, die an einem Orte nicht gesagt werden durfte, durfte es an einem anderen. Bei allen Einseitigkeiten und Engherzigkeiten der besonderen Staaten fand in Deutschland als Ganzem doch die höchste Freiheit der Forschung und Mitteilung statt, die jemals ein Volk besessen hat. Die höhere Bildung, die sich dem ganzen Volke, unabhängig von Staatsgrenzen, mitteilte, war der Erfolg der Wechselwirkung von Bürgern aller deutscher Staaten. Das deutsche Volk fuhr somit immer fort, „sich selber durch sich selbst im großen und ganzen zu erziehen". Das war das wesentliche Unterpfand der Fortdauer einer deutschen Nation.

Was muß aber erfolgen, wenn die Verwendung deutschen Gutes und Blutes unter fremde Botmäßigkeit kommen sollte? Mag die neue Gewalt allen Ernstes das höchste Glück und Wohlsein aller wollen. „Wird das höchste Wohlsein, das sie zu fassen vermag, auch deutsches Wohlsein sein?" Die neue Gewalt glaubt uns mit dem befriedigen zu können, was ihr selbst als Höchstes vorschwebt, das Menschen zu erstreben vermöchten. „Dasjenige aber, warum der Edlere unter uns allein leben mag, ist sodann ausgetilgt aus dem öffentlichen Leben, und das Volk, das für die Anregungen des Edleren sich stets empfänglich gezeigt hat, . . . ist . . . herabgesetzt unter seinen Rang, entwürdigt, ausgetilgt aus der Reihe der Dinge, indem es zusammenfließt mit dem von niederer Art."

Die Vernichtung jeder künftig unter uns ausbrechenden edleren Regung, die Herabsetzung unserer ganzen Nation muß durch das einzige noch übrigbleibende Mittel verhindert werden, nachdem andere versagt haben. Dieses letzte Mittel heißt: Erziehung zur Vaterlandsliebe.

Diese Reden „tragen Ihnen an die wahre und allmächtige

Vaterlandsliebe, in der *Erfassung unsers Volks als eines ewigen*, und als *Bürgen unsrer eigenen Ewigkeit*, durch die Erziehung in aller Gemüter recht tief und unauslöschlich zu begründen." –



Zeitschrift für Geistesfreiheit

Erscheinungsort München | Postversandort München

Inhalt: Seite

Einigkeit und Recht und Freiheit

Von Carsten Riggers

Folge 21 — 9. 11. 1956 — 8. Jahr

Zeitschrift für Der Quell Geistesfreiheit

Folge 21 9. 11. 1956 8. Jahr

Einigkeit und Recht und Freiheit

Von Carsten Riggers

1. Teil

Das Lied der Deutschen, das uns Hoffmann von Fallersleben vor 115 Jahren, im Spätsommer des Jahres 1841, zu Haydns Melodie in dichterischer Vorausschau der deutschen Einigung geschenkt hat, wird heute, in der Unheilszeit unseres Volkes, kaum noch gesungen. Aber es lebt fort in den Herzen aller Deutschen, denen es in besseren Tagen einmal zum frohen und stolzen Gemeinschaftserlebnis geworden ist. Auch heute noch besitzt es nicht nur seine volkstümlich-dichterische, sondern auch seine zielweisende, die Zeiten überdauernde Kraft. Der jüngst unternommene Versuch, aus „neuzeitlichen" Ideen eine neue Nationalhymne zu schaffen, mußte deshalb kläglich scheitern, und es werden sich in unserer Zeit so leicht keine Liedschöpfer finden, die uns volkstümlichere Gedanken, eine schönere Wortgestaltung und reinere Klänge für ein Lied der Deutschen bescheren könnten.

Die jungen Deutschen vor allem, die jene feierlich frohen Stunden, in denen das Deutschlandlied dereinst erklungen ist, nicht miterleben durften, sollten sich umso mehr Wort und Weise des Liedes tief einprägen und allen Widrigkeiten unserer Tage zum Trotz es zu einem Richt- und Mahnmal ihres Handelns werden lassen. Die dritte Strophe des Liedes ist es auch jetzt, die uns in all unserer Not, in der äußeren und inneren Zerrissenheit unseres Volkes wieder aufruft:

„**Einigkeit und Recht und Freiheit**
für das deutsche Vaterland,
danach laßt uns alle streben
brüderlich mit Herz und Hand.
Einigkeit und Recht und Freiheit
sind des Glückes Unterpfand.
Blüh im Glanze dieses Glückes,
blühe, deutsches Vaterland!"

Wen aber erreicht und begeistert heute noch dieser Ruf? Klingt er nicht wie aus fernen Tagen zu uns herüber? In einer Zeit, in der unser Volk mehr und mehr aus seinem Lebensgrund entwurzelt und in einander widerstreitende Interessengruppen aufgespalten zu werden droht, in der die Verbundenheit des einzelnen mit seinem Volke, fast verloren gegangen ist, und in der ein führender deutscher Staatsmann der deutschen Jugend zurufen kann, sie müsse wieder ein neues Ziel haben, und dieses Ziel sei „Europa" — in einer solchen Zeit gerät es bei vielen schon fast

in Vergessenheit, daß sie zuerst einmal Deutsche sind. Das erste und ewig junge politische Ziel unserer Jugend kann nicht „Europa", sondern Deutschland sein und bleiben, und zwar ein *rechtschaffenes*, *freies* und *friedliebendes* Deutschland, das ein gedeihliches Zusammenleben mit *allen* anderen Völkern der Erde aus ernster, völkischer Verantwortung und Achtung vor jeder anderen völkischen Wesensart erstrebt.

Einigkeit und Recht und Freiheit

— wo sind sie geblieben in unserer Zeit? Nach außen hin ohnmächtig und trotz aller Souveränitätsversicherungen abhängig von fremden, vor allem den übernationalen Mächten, im Innern zerrissen und nicht minder gebunden an jene Fremdmächte und ihre Ideen in den wichtigsten Lebensbereichen, im Glauben und in der Weltanschauung, in Kultur, Wirtschaft und Recht — so sehen wir unser geschlagenes Volk heute vor uns. Zweifel und Gleichgültigkeit gegenüber den gemeinsamen Geschicken, Eigensucht und gegenseitiges Mißtrauen haben in erschreckendem Maße um sich gegriffen und bestimmen das Handeln viel zu Vieler. So mag das Wort unserer germanischen Dichtung: „Der Mensch ist des Menschen Freude",auf einen Realisten unserer Zeit, der die Dinge so nennen will, wie er sie sieht, oft nur noch wie ein Wahn wirken, den er weltklug belächelt. Vielleicht erlebt er noch, daß im Bereich des persönlichen Zusammenlebens gute und edle Freundschaft und herzlicher Einklang walten. Im öffentlichen Leben aber erblickt er fast überall einen mehr oder minder rücksichtslosen Konkurrenzkampf der Interessengruppen und ihrer Vertreter, die nicht das allgemeine Wohl ihres Volkes und der Völker und Menschen überhaupt, sondern vor allem die Entfaltung ihrer Macht und ihr eigenes Wohlergehen sich zum Ziel gesetzt und zum Maßstab ihres Denkens und Handelns gemacht haben.

Wie aber soll hier Wandel geschaffen, aus einem solchen *völkischen* Zusammenbruch vor allem der völkische Wiederaufstieg hervorgehen und seine Kräfte frei entfalten können?

Was soll geschehen?

Die äußere Wiedervereinigung unseres Volkes, die wir mit allen Mitteln des Rechts solange anstreben müssen, bis sie erreicht ist, bildet nur ein Nahziel auf dem Wege zu einer viel tiefer wurzelnden deutschen Einheit. Um die Zukunft unseres Volkes zu sichern und ein wahrhaft blühendes, in Einigkeit und Recht und Freiheit fest gegründetes Deutschland zu schaffen, bedarf es einer neuen, grundlegenden Weltanschauung und einer auf ihr beruhenden neuen Volksschöpfung, zu der zum ersten Mal Erich Ludendorff und Frau Dr. Mathilde Ludendorff uns aus klaren Erkenntnissen über den Sinn des Menschen- und Völkerlebens den Weg gewiesen haben. Was beide erkannt und richtunggebend selbst geschaffen haben, ist für alle Zeiten und alle Völker der Erde gegeben; es kann als enthüllte Wahrheit und krafterfüllte Wirklichkeit auch von volks- und völkerzerstörenden Mächten nicht wieder zunichte gemacht werden. Ob sich die Menschen nach erkannter Wahrheit richten oder nicht, ist zwar ihr freier Wille. Aber daß und in welchem Umfange sie es tun, davon hängt jedenfalls die Erhaltung und das Gedeihen des Einzel- und Gemeinschaftslebens der Menschen und der Völker ab.

Eine der wichtigsten dieser Erkenntnisse besagt aber: Sinn unseres Daseins ist

es, Göttliches bewußt zu erleben. Das Leben des Einzelmenschen kann nur dann seelisch gesund gedeihen und diesen Daseinssinn erfüllen, wenn es in der Artgemeinschaft seines Volkes wurzelt. In ihr findet es zudem Schutz und Widerhall. Die Völker müssen also zur Sinnerfüllung menschlichen Daseins in ihrer volkstümlichen, im gemeinsamen Rasseerbgut wurzelnden Eigenart erhalten bleiben und die Freiheit besitzen, sich in dieser Eigenart immer von neuem zu entfalten. Deshalb muß der einzelne nicht nur seiner Selbsterhaltung, sondern auch der Erhaltung seines Volkes dienen.

Wer sich daher für die Erhaltung seiner arteigenen Umgebung, seiner Familie, seiner Sippe und seines Volkes einsetzen will, muß sich zunächst die hierfür notwendigen Grunderkenntnisse verschaffen. Nirgends sind sie aber klarer und erschöpfender gegeben, als in den richtungweisenden Werken Mathilde Ludendorffs: „Die Volksseele und ihre Machtgestalter — eine Philosophie der Geschichte" und „Das Gottlied der Völker — eine Philosophie der Kulturen". Angesichts der Todesnot unseres Volkes sollte daher kein Verantwortungsbewußter mehr säumen, unter den philosophischen Werken der Schöpferin der Gotterkenntnis auch diese beiden Werke zur Hand zu nehmen und sich mit ihrem Inhalt vertraut machen.

Die Bedeutung eines Volkes

Der Untergang eines Volkes — und damit auch der ihm eigenen Kultur — ist zugleich ein unersetzlicher Verlust der göttlichen Schöpfung. Das hat Mathilde Ludendorff im „Gottlied der Völker" in wundervoller Weise im einzelnen nachgewiesen. Danach ist das Gotterleben des Menschen, und die Gestaltung seiner Persönlichkeit aus solchem Erleben, wie sein gesamtes Kulturschaffen mit dem ihm angeborenen Rasseerbgut unlöslich verbunden. Der Rassecharakter eines Volkes aber, der seiner Kultur das Eigengepräge gibt, beruht vor allem auf der Artgleichheit der Volksgeschwister. Dementsprechend ist auch der Rassecharakter eines jeden Volkes von dem eines jeden anderen Volkes verschieden. Mit anderen Worten: jedes Volk ist eine einmalige eigenartige Rassepersönlichkeit in seinem eigenen kulturellen Dasein. Geben die Völker ihre mit dem Rasseerbgut verbundene Eigenart durch Vermischung mit anderen Völkern — namentlich mit solchen, deren Charakter durch verschiedene rassetümliche Erbanlagen bestimmt ist — bewußt oder unbewußt auf, so erlischt mit dieser Eigenart zwangsläufig auch ihre eigene, einmalige Kultur. Der Einzelne aber im Völkergemisch verliert nicht nur immer mehr seine und seiner Vorfahren kulturelle Heimat, sondern mit ihr zugleich auch eine der wichtigsten Grundlagen seiner seelischen Eigengestaltung. Seine Entfaltung zu einer einheitlichen und seelisch geschlossenen, den göttlichen Sinn ihres Daseins erfüllenden Persönlichkeit wird ihm durch den Verlust seiner Kulturheimat zum mindesten sehr erschwert, wenn nicht überhaupt unmöglich gemacht.

Es muß also zu allererst in einem Volke Einigkeit darüber herrschen, daß der Bestand des Volkes selbst lebenswichtig ist. So selbstverständlich diese Erkenntnis jedem noch völkisch Denkenden oder Empfindenden erscheinen mag, so ist sie doch heute keineswegs mehr Allgemeingut unseres Volkes. Während in aller Welt die unlängst noch unterdrückten, von ihren Kolonialherren abhängigen Kolonialvölker aus ihrem Sklavendasein, in das sie mit Gewalt oder Verängstigung, Täuschung oder Suggestion hineingeführt worden sind, zum Selbstbewußtsein erwachen und

mit ihrem Selbstbestimmungsrecht zugleich ihre völkische Freiheit Schritt für Schritt erkämpfen, sind die in allen äußeren Daseinsbedingungen hochentwickelten Völker auf dem besten Wege, die Grundlagen ihrer arteigenen Kultur, ihr völkisches Eigendasein, aufzugeben. Sie verwechseln dabei vielfach ihre Zivilisation, die lediglich der äußeren Daseinserleichterung dient, mit ihrer Kultur, d. h. dem Bereich alles zweckerhabenen, göttlichen Erlebens und Schaffens. Die gleichen Mittel, die sie vielfach angewendet haben, um sich andere Völker als Kolonialvölker zu unterwerfen, wenden seit jeher auch überstaatliche und übervölkische Mächte in Verfolg ihrer ideologischen Weltherrschaftsziele an, um die im zivilisatorischen Fortschritt kulturell ohnehin schon entarteten Völker aus ihrem Volkstum und ihrer völkischen Kultur vollends herauszulösen und in einem überstaatlich gelenkten Völkergemisch aufgehen zu lassen. Wirtschaftliche, politische und kulturelle „Gleichschaltung" der Völker, deren Entwurzelung hinreichend fortgeschritten ist und die zwangsläufig damit verbundene Rassenmischung bilden den sichersten Weg zu diesem Ziel.

Volk und Masse

Die leicht lenkbaren Massen der Völker aber und nicht minder die an verantwortlicher Stelle stehenden „führenden" Persönlichkeiten werden nach altbewährter Methode derart beeinflußt oder getäuscht, daß sie das Wirken der überstaatlichen Mächte, ihre wahren Ziele und die von dorther den Völkern ständig drohenden Gefahren entweder nicht erkennen oder aber ihnen gegenüber nicht mehr die notwendigen Abwehrkräfte aufbringen.

So ist es nur zu erklärlich, daß auch viele Deutsche, die sich noch „nationalgesinnt" nennen, die so notwendige Aufklärung über jene Mächte entweder geringschätzig belächeln oder aber als „nationalistisch" und „neofaschistisch" verwerfen. Schon das ketzerische und gefährliche Wort von den „überstaatlichen Mächten" gehöre – so heißt es oft – zu jener „utopischen Vorstellungswelt" des Generals Ludendorff, der zwar ein großer Soldat gewesen sei, dem man aber auf seinen späteren, politisch-weltanschaulichen Abwegen als vernünftiger Mensch nicht folgen könne. Bei den „überstaatlichen Mächten" insbesondere handle es sich nur um ein Hirngespinst. Wer erstrebe denn ernstlich die Entwurzelung oder gar Beseitigung der Völker? – Könnten nicht ihre kulturelle Eigenart, ihr heimatliches Eigenleben und ihr Volkstum durchaus erhalten bleiben, wenn die ihrem Zusammenleben nur hinderlichen wirtschaftlichen und politischen Grenzen endlich einmal fielen? Wäre damit nicht auch am ehesten die Kriegsgefahr unter den Völkern gebannt?

„Ja, wenn die Menschen alle Engel wären", so etwa sagte General Ludendorff einmal zu solchen Gedankengängen. Man sollte im übrigen seine auf gründlicher Forschung beruhenden und in klarer und wuchtiger Sprache geschriebenen Schriften erst einmal selbst eingehend studieren, bevor man über sie und ihren Verfasser ein Urteil fällt. Wer diesen Rat befolgt, wird dabei schon bald erkennen, daß Erich Ludendorff nicht nur der große Feldherr, sondern auch ein überragender Geschichtsforscher war. Im Forschen nach den Ursachen des ersten Weltkrieges, des bis dahin größten und verheerendsten aller Kriege, und weiter nach den Ursachen früherer Kriege und Erschütterungen des Lebens der Völker und endlich in dem verantwortungsbewußten Bestreben, seinem Volke und allen anderen Völkern der Erde

Friede und Freiheit sichern zu helfen, hat er das jahrtausende alte Wirken der völkerzerstörenden überstaatlichen Mächte zum ersten Male voll enthüllt.

„Überstaatliche Mächte" und „Europa-Idee"

Ein Blick in die Gegenwart bestätigt nur zu sehr des Feldherrn Erkenntnisse und Voraussagen über das Walten dieser Mächte. Überstaatlich oder „supranational" werden heute offen in amtlichen und nicht amtlichen Verlautbarungen, in Presse und Rundfunkberichten usw. jene Bestrebungen genannt, die zu einem „Paneuropa", einem europäischen Einheitsstaat mit einer zentralen, europäischen Regierung führen sollen. In deutscher Übersetzung hat der sich mit dem Deckmantel der Wissenschaftlichkeit umhüllende Begriff „supranational" keine andere Bedeutung als „überstaatlich", oder wenn man es noch genauer will, „übervölkisch" (Supra = oberhalb, über; natio = Volksstamm, Volk, Volksstaat).

Es geht also bei der heute herrschenden Europa-Idee und deren Zielsetzung nicht etwa um eine gedeihliche Zusammenarbeit, eine z w i s c h e n staatliche (internationale) Verständigung der Völker untereinander auf der einzig möglichen Grundlage gegenseitiger Achtung vor ihrem Eigenleben und der aufrichtigen Anerkennung ihres Selbstbestimmungsrechts, d. h. ihrer uneingeschränkten Souveränität. Eine solche Völkerverständigung wäre allerdings dringend notwendig nach den erschütternden Erfahrungen der letzten Jahrzehnte, vor allem der beiden Weltkriege mit ihren verheerenden Folgen. Sie war ein Erfordernis aller Zeiten und sie ist heute, in der immer zunehmenden Todesnot der Völker, mehr denn je geboten zur Wiederherstellung und Wahrung des Völkerfriedens und damit auch zum Schutze des Eigendaseins der Völker und jedes einzelnen Menschen. Die paneuropäische Idee aber will offensichtlich das Eigendasein der europäischen Völker wie überhaupt das eigenständige Leben der Völker nicht mehr als eine natürliche und sinnvolle Gegebenheit der Schöpfung betrachtet wissen. Sie will vielmehr die Völker aus ihrem Eigenleben herauslösen und ihre Selbständigkeit und ihr Selbstbestimmungsrecht nur noch solange und so weit anerkennen, als sie durch den noch widerstrebenden Freiheitswillen der Völker dazu gezwungen ist.

Wer das nicht glauben will, mag hierüber die Worte des Bundeskanzlers vernehmen, die er laut Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 12. 1. 1954 (Nr. 6, S. 41) an den Vertreter einer südafrikanischen Zeitung gerichtet hat. Dessen Frage lautete: „Welche Erwartungen hegen Sie bezüglich des Europarates?" Der Bundeskanzler antwortete:

„Der Europarat ist ja nur eine der europäischen Institutionen, die geschaffen wurden, um den Kontinent zu vereinen. Es gibt neben dem Europarat die Montanunion, deren Bedeutung als wirtschaftlicher Wegbereiter Europas in ständigem Zunehmen ist. Jetzt sind wir im Begriff, die Verfassung für eine Europäische Politische Gemeinschaft zu formulieren. **Natürlich darf man nicht erwarten, daß die Europäischen Staaten ihr Eigenleben von heute auf morgen aufgeben.** Aber Europa wird kommen als eine Gemeinschaft souveräner Staaten, die bestimmte übernationale Funktionen ausübt." (Hervorhebg. des Verfassers.)

Wenn man nicht erwarten kann, daß die europäischen Staaten ihr Eigenleben von heute auf morgen aufgeben, so ist damit jedenfalls unmißverständlich ausgedrückt, daß das Aufgeben des Eigenlebens das Endziel sein soll. Demgegenüber ist es bedeutungslos, daß zunächst eine Gemeinschaft „souveräner" Staaten angestrebt

wird, da die Souveränität der europäischen Staaten, namentlich Deutschlands, schon heute in vieler Hinsicht nur noch auf dem Papier steht. Außerdem kann man den Begriff der „übernationalen Funktionen" einer bereits vorgesehenen europäischen Regierung, wenn ihr einmal überstaatliche Machtbefugnisse eingeräumt sind, sehr weit ausdehnen.

Ereignisse, Tatsachen und Pläne

Wer noch immer zweifelt, daß solche supranationalen Ziele ernstlich und trotz mancher Rückschläge immer weiter verfolgt werden, der mag nur die Geschehnisse der letzten Jahre daraufhin einmal aufmerksam betrachten. Eines der besten Beispiele bietet uns Deutschen die Behandlung der Saarfrage. Die Eingliederung des rein deutschen Saargebietes in das französische Wirtschaftsgebiet, die auf einseitigen Machtansprüchen Frankreichs beruhte, ließ sich auf die Dauer ohne die Zustimmung und gegen die Wünsche der Saarbevölkerung völkerrechtlich nicht mehr halten. Statt nunmehr, zehn Jahre nach Kriegsende, entsprechend der zweifelsfreien völkischen Zugehörigkeit des Saargebietes zu Deutschland und dem schon nach dem ersten Weltkrieg abgelegten eindeutigen Bekenntnis der Saarbevölkerung zu ihrem Mutterland die Wiedereingliederung in das frühere deutsche Reichsgebiet zu beschließen, stellten die beteiligten Mächte die Saarbevölkerung vor die Wahl, ob sie an Stelle der Rückgliederung das sogenannte Saarstatut annehmen und damit, wenn auch unter dem Vorbehalt einer endgültigen Regelung im Friedensvertrag, sich internationalisieren, d. h. europäisieren lassen wolle. Die Annahme des darauf hinzielenden Saarstatuts wurde bekanntlich nicht nur von der französischen, sondern auch von der Regierung der deutschen Bundesrepublik empfohlen. Noch kurz vor der Wahl schaltete der Bundeskanzler sich persönlich in die Wahlpropaganda ein und machte seinen Einfluß in dieser Richtung geltend. Ihre deutsche Antwort auf die Wünsche der beteiligten Regierungen hat die Saarbevölkerung bei der Abstimmung über das Saarstatut gegeben. Bestehen bleibt aber die Tatsache, daß man heute schon ganzen Volksteilen zumutet, sich vom Mutter- und Vaterland trennen und internationalisieren, d. h. der Herrschaft fremder, überstaatlicher Mächte unterstellen zu lassen. Das Ziel dieser Mächte ist klar.

Die Völker sollen, wie das Beispiel des Saargebietes zeigt, Schritt für Schritt herausgelöst werden aus ihrem arteigenen Staatsverband, um ihr Eigenleben in einem großen Einheitsstaat – hier im Einheitsstaat Europa – aufzugeben. In einem solchen übernationalen Staatsgebilde lassen sich die aus ihrem heimatlich-völkischen Lebensgrund entwurzelten und ihres volksstaatlichen Schutzes beraubten Menschen leicht nach den von den überstaatlichen Machthabern vertretenen Ideologien lenken, namentlich dann, wenn man sie unter Ausnutzung der menschlichen Unvollkommenheit dahin geführt hat, daß sie hauptsächlich wirtschaftliche und zivilisatorisch-technische Gesichtspunkte für ihre Daseinsgestaltung maßgebend sein lassen. Nach Wunsch können sie dann auch aus konjunkturbedingten oder „globalen" wirtschaftlichen oder politischen Erwägungen aus ihrer angestammten Heimat in andere, ihrem Volkstum und ihrem Heimaterleben fremde Wohn- und Arbeitsgebiete umgesiedelt werden. Eine europäische Sachverständigengruppe ist laut „Bulletin" vom 26. 7. 56 (Nr. 137, S. 1347) in einem Bericht über das Ergebnis zweier Konferenzen führender europäischer Wirtschaftler, die im September 1955 und

Februar 1956 in Genf stattgefunden haben, zu dem Ergebnis gelangt, daß zur Einigung Europas u. a. auch eine größere Freizügigkeit, d. h. eine internationale Beweglichkeit von Arbeitskräften gehöre. Im gleichen Zusammenhang ist schon der diesjährige, wenn auch nur vorübergehende Einsatz von etwa 6000 — geplant 1300 — italienischen Arbeitern in der westdeutschen Landwirtschaft und Industrie zu betrachten.

Ein derartiger, je nach wirtschaftlichem Bedarf mehr oder weniger umfangreicher, schließlich mit Umsiedlung ganzer Familien verbundener internationaler Austausch von Arbeitskräften hat unabwendbar eine die völkischen Kulturen verdrängende, immer weiter fortschreitende Völker- und Rassenmischung zur Folge. Als Lockruf erklingt dazu das altbekannte Wort: „ubi bene ibi patria" — nicht dort, wo du nach deiner Abstammung, Sprache, deinem völkischen Sinnen und Trachten hingehörst, sondern dort, wo es dir gut, d. h. vor allem wirtschaftlich gut geht, dort ist dein Vaterland!

Wer an solche überstaatlichen Zukunftspläne gleichwohl noch nicht glaubt, der mag sich an einen aufschlußreichen Ausspruch des ersten Trägers des Karlspreises und ersten Präsidenten der nach dem letzten Kriege gegründeten Europa-Union, des in diesem Jahre bei der Verleihung des Karlspreises an Churchill wieder als „großer Europäer" gefeierten Grafen Coudenhove-Kalerghi erinnern lassen. Laut „Ludendorffs Volkswarte" vom 17. Januar 1932 hat Graf Coudenhove seinerzeit, als er seine auch an Schulen verteilte Propagandaschrift „Paneuropa-ABC" herausgab, über sein paneuropäisches Rasseideal sich wie folgt geäußert:

„Der kommende Mensch der Zukunft wird Mischling sein. Für Paneuropa wünsche ich mir eine eurasisch-negroide Zukunftsrasse, um ein Vielfach der Persönlichkeit herbeizuführen ..."*)

Wenn der Vertreter einer solchen Anschauung heute an die Spitze der Europabewegung gestellt und besonders gefeiert wird, so offenbart dadurch auch die europäische Bewegung selbst ihre Ideenrichtung. (Fortsetzung folgt)

---

*) Vergl. dazu den Bericht der Zeitung „Die Welt" vom 14. 6. 55; zit. und komm. in dem Aufsatz „Unwägbare Kräfte", Quell, Folge 19 vom 9. 10. 55, S. 869; ferner: „Pol. Streiflichter", Folge 16/55, S. 760.



Zeitschrift für Geistesfreiheit

Erscheinungsort München | Postversandort München

Inhalt: Seite

Suez und das „Joch Jacobs"

Von Dr. Mathilde Ludendorff

Folge 24 | 23. 12. 1956 | 8. Jahr

Einigkeit und Recht und Freiheit (2)

Von Carsten Riggers

2. Teil

Beispiele und Lehren und Ziele

Wir brauchen leider nicht lange nach Beispielen zu suchen, aus denen sich ergibt, daß in der heutigen Politik der Bestand der Völker und ihrer Staaten nicht mehr für wesentlich, ja sogar für recht hinderlich angesehen wird. Sie finden sich immer von neuem. So hat auch der Innenminister der Deutschen Bundesrepublik laut „Bulletin des Presse- und Informationsdienstes der Bundesregierung" vom 3. 7. 1956 in einer Gedenkrede zum 125. Todestag des Freiherrn vom Stein, in der er die Bedeutung der Steinschen Gemeindereform besonders würdigte, davon gesprochen, daß die Existenz der Länder und Staaten heute „problematisch" geworden sei.

Für alle bibelgläubigen Völker, vornehmlich also jene, die in Europa, im christlichen Abendland, beheimatet sind, bilden das alte und das neue Testament der Bibel als „Gottes Wort" die verpflichtende und zielweisende Grundlage solcher Anschauungen. Nach dem alten Testament sollen alle Völker — sofern sie sich weigern, sich „vor den Sinai zu stellen" —, ausgenommen das auserwählte Volk Israel, „zerstört", „vernichtet", „zertreten", „vertilgt" oder „gefressen" werden, damit Israel die ihm von Jehova verheißene Weltherrschaft dereinst antreten kann — so u. a. Haggaj 22; Psalmen 21/10 und folgende; Jeremias 30/11; 5. Buch Mosis 7/16, 26/18. Folgerichtig fordert auch das im alten Testament wurzelnde, es ergänzende neue Testament in der „Offenbarung des Johannes", daß die Menschen „herauserlöst werden aus aller Art Volk, Sprache und Stamm". Dabei ist bereits klar erkannt, daß die gemeinsame Abstammung, d. h. ein gemeinsames Rasseerbgut, wie auch die aus ihm geborene gemeinsame Sprache die stärksten Bürgen für den Fortbestand der Völker und die Gotterhaltung in ihnen sind. Rassenreinheit und Sprachverbundenheit gilt es danach vor allem zu beseitigen.

Auf Grund der atheistisch-materialistischen Weltanschauung eines Karl Marx (Mardochai) gelangt zu Beginn unseres Jahrhunders Lenin, der ideologische Vorkämpfer des marxistischen Kommunismus, zu ganz entsprechenden Auffassungen. In seiner im Jahre 1913 erschienenen Abhandlung „Zur nationalen Frage" fordert auch er die „Beseitigung der nationalen Grenzen, Niederreißung aller nationalen Schranken und Verwischung aller nationalen Unterschiede". Solche Unterschiede seien nur ein lästiges und überflüssiges Hindernis auf dem Wege des vor allem wichtigen wirtschaftlichen Fortschrittes der Menschheit und der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Vereinigung der Werktätigen in aller Welt. Schon die Trennung in Weißrussen und Ukrainer sei deshalb, wie alle Stammesunterscheidungen, etwas durchaus Rückständiges. Vorbildlich dagegen sei, weil dem wirtschaftlichen Fortschritt am wenigsten hinderlich, das Völkergemisch einer amerikanischen Großstadt, weil in der Gestaltung ihres Gemeinschaftslebens das wirtschaftliche Element vorherrsche. Mit aller Deutlichkeit wendet sich Lenin in der genannten Schrift besonders auch gegen jede Kulturautonomie, d. h. gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf dem Gebiete der Kultur. Klar tritt auch bei ihm, wie bei Karl Marx, auf dessen Lehre er sich stützt, das Ziel zutage: Entwurzelung der Völker aus ihrer Eigenart und ihre Auflösung in ein im Sinne der jeweils herrschenden Ideologie leicht lenkbares Völkergemisch!

Es wird also sowohl in den kommunistisch-marxistisch gesteuerten wie in der von Bibelgläubigen gelenkten „kapitalistischen" Staaten und überall dort, wo weltmachtstrebige Priesterkasten ihre Herrschaftsansprüche erheben, das gleiche Endziel verfolgt, wenn auch unter oft sehr verschiedenen Voraussetzungen und auf unterschiedlichen Wegen. Führen doch, wie das Sprichwort sagt, viele Wege nach Rom! Auch das Gebiet der Kultur muß dabei als besonders gut geeignetes Aufmarschgebiet der überstaatlichen Mächte herhalten.

Wirkungen der Praxis

Betrachten wir von diesem Gesichtspunkt aus, soweit dies im gegebenen Rahmen möglich ist, die Tätigkeit der UNESCO, einer Sonderorganisation des nach dem letzten Weltkrieg gegründeten Weltbundes der „Vereinten Nationen (UNO)", die für den gesamten Bereich der Erziehung, Wissenschaft und Kunst, also für den Kulturbereich zuständig ist. Über deren Hauptaufgaben und die Grundlagen der UNESCO-Arbeit in Deutschland hat die deutsche UNESCO-Kommission dem Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung laut „Bulletin" vom 29. 5. 1956, Seite 948, folgendes mitgeteilt:

„Vom 15. bis 16. Mai 1956 hielt die deutsche UNESCO-Kommission in Braunschweig ihre Hauptversammlung ab. In der Kommission sind neben den Spitzenverbänden des deutschen Kulturlebens und freikooptierten Persönlichkeiten auch das Auswärtige Amt, das Bundesministerium des Innern durch ihre Kulturabteilungen sowie die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder vertreten. Neben den zahlreichen Routineaufgaben standen dieses Mal die Grundlagen der UNESCO-Arbeit in Deutschland ausführlich zur Diskussion. Anlaß war die im Herbst in New Delhi stattfindende Generalkonferenz der UNESCO, auf der das Tätigkeitsprogramm der Weltorganisation für die Jahre 1957 und 1958 festgelegt werden soll. Die Bundesrepublik legt Wert darauf, daß ihre Stimme in diesen weltweiten Beratungen gehört wird. Damit die deutsche Delegation den Standpunkt der Bundesrepublik vertreten kann, muß der umfangreiche Programmvorschlag zuvor

durchgearbeitet werden, die Gesamtkonzeption und die Einzelheiten müssen darauf geprüft werden, ob sie wirklich die Gegensätze zwischen den Völkern abbauen und der Zusammenarbeit die Wege ebnen können. Bei zahlreichen Einzelfragen wird sich dabei die Notwendigkeit ergeben, Sachverständige zu hören, und es ist eine Aufgabe der Deutschen UNESCO-Kommission, als beratendes Organ der Bundesregierung die Vermittlung zu den Trägern des nichtstaatlichen Kulturlebens herzustellen." (Hervorh. v. Verf.)

Wer sich mit den überstaatlichen Mächten und ihrem Wirken einmal näher befaßt hat, erkennt sie schon an ihrer Sprache. „Weltweite Beratungen" und „nichtstaatliches Kulturleben" passen gut zu ihrer Begriffs- und Vorstellungswelt. Der Begriff des nichtstaatlichen Kulturlebens, zu dessen Trägern die deutsche Kommission die Vermittlung herstellen soll, kann im gegebenen Zusammenhang — schon im Hinblick auf die Gegenüberstellung zum deutschen Kulturleben — nicht anders verstanden werden als im Sinne einer nichtnationalen oder nichtvölkischen „Kultur". Die Trennung der Kulturen von ihrem völkischen Urgrund, d. h. dem durch das verschiedene Rasseerbgut bedingten, verschiedenartigen Gotterleben der Völker, hat aber von jeher nicht zur Entfaltung, sondern zum Verfall der Kulturen geführt. Mag man auch beim Vergleich der völkischen Kulturen zahlreiche Gemeinsamkeiten feststellen — nicht in diesen Gemeinsamkeiten zeigt sich ihr Wert, sondern gerade in ihren typischen, den göttlichen Willen zur Mannigfaltigkeit offenbarenden Eigenarten. Diese also gilt es zu erhalten und zu pflegen. Es bedeutet deshalb geistig-seelische Verarmung, wenn die Unterschiede zwischen den völkischen Kulturen, wie Lenin es will, verwischt und schließlich beseitigt, oder die Gegensätze zwischen den Völkern, die sich z. B. in der Unterschiedlichkeit ihrer Schönheits- und Rasseideale zeigen, wie die UNESCO es erstrebt, „abgebaut" werden.

Im einzelnen muß hierzu auf die Vergleiche der Kulturen und die Deutung ihres göttlichen Sinnes in dem kulturphilosophischen Werk Dr. Mathilde Ludendorffs „Das Gottlied der Völker" verwiesen werden.

Auch auf kulturellem Gebiet laufen also die Völker Gefahr, nicht nur mittelbar, sondern darüber hinaus auch unmittelbar aus ihrem Eigenleben herausgelöst zu werden. Wie weit die Bestrebungen der UNESCO hinsichtlich der Förderung der sogenannten nichtstaatlichen Kultur gehen, und daß dabei auch die „Überstaatlichen Organisationen" mitwirken, ergibt sich aus der Fortsetzung des Berichts der deutschen UNESCO-Kommission. Es heißt dort u. a.:

„Es sind vier Hauptvorhaben vorgeschlagen, an denen jeweils zahlreiche Länder und überstaatliche Organisationen beteiligt sind:

1. Kulturaustausch zwischen den Staaten des Orients und des Okzidents, 2. Erschließung der Wüstengebiete und Trockenzonen, 3. Lehrerbildung in Südamerika, 4. Lehr- und Lesestoff für Neuleser in Analphabetengebieten.

Die deutsche UNESCO-Kommission will vor allem die beiden ersten Arbeitsgebiete unterstützen. Dabei will sie die von ihr seit Jahren besonders geförderte Schulbuchverbesserung in das Hauptvorhaben 1 einbauen. Das Internationale Schulbuchinstitut in Braunschweig hat bereits in mehreren Arbeitstagungen mit asiatischen Pädagogen die Fruchtbarkeit dieser Bemühungen — gerade in der gegenwärtigen Entwicklung des Schulwesens in manchen asiatischen Ländern — erprobt."

Wem die Jugend gehört, dem gehört die Zukunft. Das wissen auch die überstaatlichen Mächte. Sie begeben sich deshalb mit Vorliebe auf das Gebiet der

Jugenderziehung. Die Arbeit ist ihnen dort auch in vieler Hinsicht erleichtert. Selbständige Denk- und Urteilskraft und der Freiheitswille gereifter Persönlichkeiten stehen ihrem Wirken sonst immer von neuem im Wege. Bei der Jugend dagegen sind das Urteilsvermögen, die Fähigkeit zur selbständigen Kritik und die charakterliche Selbständigkeit noch nicht entfaltet. Sie läßt sich deshalb auch verhältnismäßig leicht beeinflussen. Da sie außerdem später die Zukunft unseres Gemeinschaftserlebens bildet, können die in großen Zeiträumen denkenden überstaatlichen Mächte die Jugend auch in ihrem Sinne am erfolgreichsten lenken und ihr Endziel, die Menschen „aus aller Art Volk, Sprache und Stamm herauszuerlösen" und unter ihre Herrschaft zu bringen, am ehesten erreichen. Daher betreibt z. B. eine der größten überstaatlichen Organisationen, die katholische Kirche, in letzter Zeit wieder mit besonderem Nachdruck die Umwandlung deutscher Simultanschulen, in denen Jugend verschiedener Glaubensbekenntnisse unterrichtet wird, in katholische oder daneben auch — was kein zu großer Unterschied ist — in evangelische Konfessionsschulen, in denen die gesamte Schulerziehung nach einem einzigen, alle Unterrichtsfächer umfassenden christlichen Glaubensbekenntnis ausgerichtet ist. Wir wissen aber, daß in solchen Schulen statt des völkischen Gedankens, der noch dazu in unserer jüngsten Vergangenheit durch nationalistische Mißdeutungen und erschütternden Mißbrauch in Verruf gebracht worden ist, der übernationale Gedanke vorherrscht. Das folgt schon aus der christlichen Lehre und den Erfahrungen, die in nahezu 2000 Jahren über die Auswirkungen dieser Lehre gesammelt werden konnten. Natürlich muß auch als sehr wichtige, schirmende Verhüllung der Fernziele in den christlichen Konfessionsschulen noch Volkstümliches, nationale Geschichte und nationale Eigenart gelehrt und gepflegt werden, solange sie noch im Volke leben und die Eltern sowie die Volksvertretungen ihren Einfluß in dieser Richtung noch geltend machen. Aber wenn man sich darüber einig ist, daß die christliche Lehre in der Schule vorherrschen und den gesamten Unterricht durchdringen soll, muß man sich auch klar darüber sein, daß dann alles Völkische, dieser Lehre entsprechend, nur noch von untergeordneter Bedeutung ist und nur mit Vorbehalten und Einschränkungen gelehrt wird, die mit dessen Wesen nicht in Einklang stehen und seine Grundlagen zerstören.

„Deutschland wird völkisch sein, oder es wird nicht sein", sagte Erich Ludendorff in klarer Erkenntnis der Gefahren, die unserem Volke von den überstaatlichen Mächten drohen. Er wandte sich dabei aber auch mit der ganzen Kraft seiner Persönlichkeit gegen alle weltanschaulichen Unklarheiten und Halbheiten im Abwehrkampf. Möge auch das deutsche Volk, ehe es zu spät ist, erkennen, daß es nur einen Weg zu seiner Rettung gibt: Einig zu sein über die göttlichen Werte seines Volkstums, sie ohne Vorbehalte zu pflegen und gegen alle Angriffe zu schützen! Dazu ist es aber auch notwendig, daß wir uns ganz klar werden über Sinn und Inhalt unseres Deutschseins.

Das Wort „deutsch" wurde, wie wir es in dem wissenschaftlich anerkannten etymologischen Wörterbuch der deutschen Sprache von Friedrich Kluge, 12. und 13. Aufl., lesen, zuerst in der karolingischen Zeit von der Sprache gebraucht, die die deutschen Stämme bereits vor ihrer staatlichen Einigung verband. Es hat den Deutschen die Einheit als Volk ins Bewußtsein gehoben. Seine sprachliche Wurzel hat das Wort im althochdeutschen diutisk, mittelhochdeutsch tiu(t)sch, und es gehört

zu dem Stammwort diot (diet) = Volk. Danach ist es gleichbedeutend mit „völkisch". Deutsch sein heißt also nichts anderes, als völkisch, nämlich in deutscher Volks- und Stammesart verwurzelt sein.

Nur in diesem einzigen, völkischen Sinne können wir wahre Deutsche sein. Wie kann uns da ein Deutscher, der sich noch so genannt wissen will, zurufen, der völkische Gedanke sei tot, der Nationalstaat überlebt! Von einem anderen hören wir, es sei eine zwangsläufige geschichtliche Entwicklung, daß Deutschland, wie im 19. Jahrhundert die deutschen Länder im deutschen Reich, nunmehr im 20. Jahrhundert selbst in einem europäischen Einheitsstaat aufgehe! Nur dadurch werde auch der Nationalismus und Imperialismus der europäischen Länder überwunden.

Der gesunde nationale, d. h. der völkische Gedanke hat jedoch mit Nationalismus oder mit anderen Entartungserscheinungen des Völkerlebens nichts zu tun. Er steht zu ihnen vielmehr im schärfsten Gegensatz. Wer wahrhaft völkisch, d. h. für uns deutsch, fühlt und denkt, erkennt in der Vielfältigkeit der Völker und ihren Eigenarten göttlichen Willen, dabei aber auch ihre uneingeschränkte Gleichwertigkeit für die Erfüllung des Schöpfungszieles. Er wird also das Eigenleben anderer Völker ebenso hoch achten und unangetastet lassen, wie er dasjenige des eigenen Volkes geachtet wissen will. Gleichzeitig bewahrt eine wirklich völkische Erkenntnis, die auch die Schwächen des eigenen Rasseerbgutes nicht übersieht, vor Rassedünkel und Mißachtung anderer Völker und Rassen wie vor jeglichem Rassehaß als solchem. Es haßt der Gottwache nur das Schlechte an sich, wo immer er es findet.

Nur dann, wenn ein Volk in seinem Bestand angegriffen wird, muß es sich dieses Angriffs erwehren, soweit es zu seiner Selbsterhaltung und zur Erhaltung des Gotterlebens im Volke erforderlich ist. Ein dauerhafter Friede, nach dem sich die durch Kriege und Revolutionen und ihre Folgeerscheinungen immer von neuem gequälten Völker und Menschen mehr denn je sehnen, kann nur einkehren, wenn sich die Völker, wie es auch für das Zusammenleben der Einzelmenschen notwendig ist, gegenseitig achten und anerkennen, nicht aber, wenn angestrebt wird, sie aus ihrem Eigenleben „herauszuerlösen" und in einem Völkergemisch aufgehen zu lassen.

Auch ein Völkerrecht, das diesen Namen verdienen will, darf sich nicht übervölkischen und antivölkischen Bestrebungen hingeben. Seine Aufgabe ist es vielmehr, das Eigenleben der Völker zu schützen, und dazu ihre gegenseitigen Rechte und Pflichten zu bestimmen. Dabei ermangelt es dem Völkerrecht allerdings von jeher an der dem Recht sonst eigentümlichen, seiner Verwirklichung dienenden Erzwingbarkeit, d. h. einer Vollzugsmacht, die nur in einer übernationalen Organisation Gestalt finden könnte. Eine solche übernationale Machtorganisation aber, wie sie schon wiederholt geplant worden ist, würde niemals die Gewähr dafür bieten können, daß sie in unparteiischer Weise für das Recht der Völker eintritt und würde sich immer als große Gefahr für die Selbständigkeit jedes Volkes auswirken können. Umso notwendiger ist es, in allen Völkern die Erkenntnis zu wecken, daß nur eine wirklich völkische, mit hoher Achtung vor j e d e m völkischen Eigenleben verbundene Gesinnung den Völkerfrieden gewährleistet; denn nur dann kann erwartet werden, daß die Völker auch ohne Rechtszwang ihre gegenseitigen Pflichten erfüllen und sich aus aufrichtiger und freier Überzeugung aller Störungen des Rechtsfriedens enthalten. Die sicherste Grundlage hierfür bieten aber die Erkennt-

nisse Mathilde Ludendorffs über den göttlichen Sinn des Völker- und Einzellebens der Menschen und deren Lebensgesetze.

Die gleichen Erkenntnisse müssen auch das Leben innerhalb der Völker gestalten. Völkisches Recht, das hier wiederum der Daseinserhaltung des Volkes und der Gotterhaltung im Volke zu dienen hat, muß innerhalb eines Volkes notfalls mit Zwang von den dafür zuständigen Staatsorganen durchgesetzt werden. Dabei ist es aber von besonderer Bedeutung, daß dem einzelnen im Volke die größtmögliche Freiheit gewährt wird, den göttlichen Sinn seines Daseins zu erfüllen; denn nur in Freiheit kann er sich den in ihm lebenden göttlichen Wünschen zum Guten, Schönen und Wahren und allem göttlich gerichteten Fühlen hingeben, sein Leben von solchem Wünschen und Fühlen durchdringen lassen und damit Göttliches bewußt erleben. Wird ihm diese Freiheit nicht mehr gelassen, so führt das zu einem Zwangsstaat, in dem das arteigene völkische Leben wie das Leben des einzelnen verkümmert. Aufgabe der Staatsführung im völkischen Staate ist es daher vor allem, in ihrem gesamten Wirken stets die richtige Abgrenzung zwischen Freiheit und Zwang zu finden. Dabei darf in die Freiheit des einzelnen nur mit dem Mindestmaß an Zwang eingegriffen werden, das erforderlich ist, um die Erhaltung des völkischen Gemeinschaftslebens zu sichern.

Einigkeit muß also auch in unserem Volke nicht nur über die Notwendigkeit seiner Erhaltung, sondern auch über Wesen und Inhalt seines völkischen Rechtes und darüber bestehen, daß die innere und äußere Freiheit des Volkes im Hinblick auf die Sinnerfüllung seines Daseins sein höchstes, vom Rechte zu schützendes Gut ist.

Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland, danach laßt uns alle streben brüderlich mit Herz und Hand — so ruft uns Hoffmann von Fallersleben im Deutschlandlied auch heute wieder zu! Noch ist es nicht zu spät zur Rettung unseres Volkes. Sind es auch nur wenige, die sich trotz aller Not die Hoffnung auf einen völkischen Wiederaufstieg und eine neu und fest gegründete Zukunft unseres Volkes bewahrt haben — sie sind es, die allein eine solche Zukunft herbeiführen können, wenn sie sich nur ganz dieser Aufgabe widmen. Um eine gute Sache und eine große Erkenntnis haben sich noch immer tatkräftige Menschen geschart. Nicht deren Zahl, auch nicht die schnelle Verbreitung, sondern nur die Wahrheit und die Bedeutung der Erkenntnis selbst und der persönliche Einsatz der von ihr Überzeugten für sie entscheidet über ihre Zukunft. Die Erkenntnis aber, aus der die neue Volksschöpfung sich kräftig entfalten und eine neue, heller denn je leuchtende deutsche Zukunft wieder hervorgehen kann, besitzen wir: Die Gotterkenntnis Mathilde Ludendorffs.

Deshalb dürfen wir auch froh und im stolzen Bewußtsein unserer inneren Kraft die erste Strophe unseres Deutschlandliedes wieder singen:

> „Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt,
> wenn es stets zu Schutz und Trutze brüderlich zusammenhält . . ."

Wie konnte es jemals mißverstanden werden im Sinne einer deutschen Herrschaft über andere Völker der Erde? Nicht anders hat es Hoffmann von Fallersleben verstanden wissen wollen, als daß uns selbst unser Deutschland über alles geht! Und nicht anders können auch wir es jemals verstehen.

Quelle des folgenden Beitrags:

„**Der Quell** – Zeitschrift für Geistesfreiheit“ Nr. 19 vom 09.10. 1958.

Herausgegeben von Franz Frhr. Karg von Bebenburg, Verlag Hohe Warte, 8121 Pähl/Obb.

ist heute noch in allen autoritäten Staaten schlechte Sitte.

Die Enzyklika gegen China

In der Enzyklika über die Verhältnisse in China wird — lt. „Münchner Merkur" v. 9. 9. 58 — „besonders die sogenannte „patriotische Vereinigung" verurteilt, die „unter dem Schein der Vaterlandsliebe" beabsichtige, die chinesischen Katholiken schrittweise dazu zubringen, die Lehren des gottlosen Materialismus anzunehmen, „durch die Gott selbst geleugnet und die Grundlage der Religion abgelehnt werden". Unter dem Vorwand, den Frieden zu verteidigen, beschuldige die „patriotische Vereinigung" Priester, Bischöfe und **sogar den Apostolischen Stuhl, sie hegten imperialistische Pläne und beuteten das chinesische Volk aus.**"

Nun, die „imperialistischen Pläne" des „Apostolischen Stuhles" sind in mehreren Bullen, Allokutionen und Enzykliken „unfehlbarer" Päpste seit 1000 Jahren immer wieder, mehr oder weniger klar entwickelt. Wir brauchen hier nur auf die berühmte Bulle „Unam sanctam" des Papstes Bonifaz VIII. (1294—1303) hinzuweisen, in der es ausdrücklich heißt: „Subesse Romano Pontifici omni humanae creaturae declaramus, definimus et pronunciamus omnino esse de necessitate salutis." (Und so erklären wir, sagen Wir, entscheiden Wir: dem römischen Papst unterworfen zu sein, ist für **jegliches menschliche Geschöpf** zum Heile notwendig.). Man hat zwar vor einiger Zeit — völlig wahrheitswidrig — behauptet, es habe sich niemand jemals auf diese Bulle berufen. Dabei findet sich gerade dieser entscheidende Satz im „Jus canonicum" (Ed. Reiffenstuel, Antverpiae 1755, tom. I, lib. I, tit. II, n. 281, pag. 110). Er lautet dort: „Omni humanae creaturae est necessarium ad salutem, subesse Papae" (**Aller menschlichen Kreatur** ist es zu ihrem Seelenheil notwendig, **sich dem Papst unterzuordnen**). In einem Aufsatz verkündete das Jesuitenorgan „Civiltà cattolica" v. 10. 4. 1870, diese Bulle habe für alle Zeiten zu gelten. Der Jesuitengeneral Franz Xaver Wernz (gest. 1914) hat erklärt, der von uns zitierte Schlußsatz jener Bulle enthalte „eine dogmatische Definition", d. h. einen Glaubenssatz, der **„für ewige Zeiten feierlich vorgezeichnet"** sei. („Jus Decretalium", Prati 1913, I, 29).

Aber wir brauchen uns garnicht auf diese Bulle zu berufen. Das päpstliche Organ „Osservatore Romano" (Nr. 165, Jahrgang 1891 hat vom Papst behauptet: „Il Vicario di Gesu Christo è non solo Pontefice ma re di tutti i popoli della terra" (**Der Stellvertreter Christi ist nicht nur Papst, sondern König über alle Völker der Erde.**). In der Enzyklika „Quas primas", v. 11. 12. 1925 hat Papst Pius XI. — der Vorgänger des heutigen Papstes — ausdrücklich erklärt:

„Ein schwerer Irrtum wäre es jedoch, wollte jemand Christus, dem Gottmenschen, von vornherein die Herrschaft über alle bürgerlichen Angelegenheiten absprechen. Er hat vom Vater ein absolutes Recht über **alle Kreaturen** erhalten, sodaß **alles unter die Herrschaft seines Willens** gestellt ist . . . Mit Freuden führen wir hier die Worte Leos XIII., Unseres Vorgängers unsterblichen Angedenkens an: **‚Sein Reich erstreckt sich nämlich nicht nur über die katholischen Völker**, oder weiterhin nur über jene, die durch den Empfang der heiligen Taufe rechtlich zur Kirche gehören, obwohl irrige Meinungen sie auf Abwege geführt haben, oder Zwietracht das Band der Liebesgemeinschaft zerrissen hat, **sondern es umfaßt auch die große Zahl derer, die des christlichen Glaubens noch nicht teilhaftig geworden sind, so daß in Wahrheit das ganze Menschengeschlecht in der Gewalt Jesu Christi sich befindet'**. (Rundschreiben ‚Annum sacrum' vom 25. Mai 1899)." (Text u. Übersetzung von Prof. Dr. Meurers, 3. Aufl. S. 18, Trier 1933).

Da dieser Christus nun keine wirkliche Gestalt ist, stellten die ihm zugeschriebenen Ansprüche auf die Weltherrschaft, die Ansprüche seines „Stellvertreters" in der Wirklichkeit dar, d. h. des Papstes. Das Streben nach der Weltherrschaft, die Ausdehnung der Herrschaft über alle Völker der Erde, wird mit dem Wort Imperialismus bezeichnet. Also ist die Behauptung der Chinesen über die „imperialistischen Pläne" des „apostolischen Stuhles" richtig und deren Zurückweisung berechtigt.

Wenn die in der Enzyklika angegriffene „patriotische Vereinigung" die Chinesen vor dem Christentum bewahren möchte, um deren Volkstum zu erhalten, so ist das verständlich und ebenfalls berechtigt. Denn das Christentum ist nun einmal eine Fremdlehre. Es leugnet bekanntlich in letzter Folgerichtigkeit jedes Volkstum, außer dem des „auserwählten Volkes der Bibel", dem jüdischen Volk. Das Christentum will — lt. „Offenbarung Johannes", 5, 9, — die Menschen „aus" allen Stämmen, Sprachen, Völkern und Nationen ‚herauserlösen'." Aber auch der „dialektische Materialismus" ist eine — wenn auch anders geartete — Fremdlehre. Er hat seine Dogmen, seine Ketzergerichte und unfehlbaren Päpste. Sein Anspruch auf Alleingültigkeit ist ebenso ausgeprägt wie im Christentum. Die Chinesen besitzen nun aber eine bedeutende arteigene Kultur. Sie ist älter als das Christentum und wertvoller als der dialektische Materialismus. Sie brauchen nur die Lehren von Lao Tse (604 vor u. Ztr.), Kung Fu Tse (551—479 vor u. Ztr.), dessen Enkel Tse Sse und vieler anderer zu beachten.

Wenn jedoch bei dem Bestreben, das Volkstum durch die Abwehr des Christentums zu bewahren und der damit verbundenen Aufklärungsarbeit Gewalt und Terror angewandt werden, so ist das unter allen Umständen verwerflich. Diese Methoden bieten den christlichen Gegnern nur willkommenen Anlaß zur Gegenpropaganda, die bei den christlichen, den westlichen Nationen ein großes Echo findet. Auch die Gewaltmethoden des NS-Regimes haben das Christentum nur gefördert und den Juden jene überragende Stellung verschafft, die sie heute inne haben. Kung Fu Tse hat einmal gesagt:

„Des Weisen und des Toren Unterschiede
Sind viel, und einer dies: ein Tor ergrimmt
Ob gutem Rat, als ob Verrat man schmiede,
Indeß ein Weiser ihn zu Herzen nimmt."

Die Chinesen sollten diese Worte ihres großen Weisen auch in diesem Falle beherzigen! Denn in der Enzyklika wird — auf die Wirkung in der westlichen Welt berechnet — behauptet:

„Zu den verschiedenen Terrormitteln, die die „patriotische Vereinigung" anwendet, rechnet die Enzyklika Verlockungen, Drohungen, Täuschungen, Schulungskurse, psychische Vergewaltigung, erpreßte Bekenntnisse, Umschulungslager und Volksgerichte, „vor die in schändlicher Weise sogar verehrungswürdige Bischöfe geschleppt werden". Gegen diese Methoden, welche die Fundamentalrechte der menschlichen Person verletzten, und „die heilige Freiheit der Kinder Gottes mit Füßen treten", müßten alle Gläubigen auf der Erde, ja sogar alle Einsichtigen voll Abscheu ihre Stimme erheben."

Diese Vorwürfe und Klagen der päpstlichen Enzyklika machen auf den Kenner der Papst- und Kirchengeschichte allerdings einen recht merkwürdigen Eindruck. Denn die Päpste haben einst genau so gehandelt, um das Christentum einzuführen und zu verbreiten. Ja, der ehemalige Jesuit, Graf Paul v. Hoensbroech, stellte nach seinen Untersuchungen am Ende seines umfangreichen Werkes über das Papsttum fest:

„Es ist eine unbestreitbare geschichtliche Tatsache: die Päpste haben jahrhundertelang an der Spitze eines Mord-

und Blutsystems gestanden, das mehr Menschenleben geschlachtet, mehr kulturelle und soziale Verwüstungen angerichtet hat als irgend ein Krieg, als irgend eine Seuche. ‚Im Namen Gottes' und ‚im Namen Christi'!" (Graf von Hoensbroech: „Das Papsttum i. s. sozial-kulturellen Wirksamkeit", 1. Bd., S. 645, Leipz. 1905).

Und das damit verfolgte Ziel?

Freilich, man kann von diesen Ketzerverbrennungen und -verfolgungen, von diesen zahlreichen Religionskriegen und Kreuzzügen gegen Andersgläubige oder zur Bekehrung friedlicher Völker mit den Worten Schillers sagen: „Ein Schlachten war's, nicht eine Schlacht zu nennen!" Und warum das alles? — Nun, der Kardinal Baronius (1538—1607) — ein geschätzter Geschichtsschreiber der kath. Kirche — hat dem Papst Paul V. (1605—1621) bei dessen Inthronisation Sinn und Methode solchen Verhaltens in einer Rede auseinandergesetzt. Er sagte: „Heiliger Vater, Sankt Peters Amtsverrichtung ist eine zweifache, sie besteht im **Weiden** und im **Töten**, zufolge der Worte: **‚Weide meine Schafe!'** und **‚Schlachte und iß!' Denn hat der Papst mit Widerstrebenden zu tun, so hat er den Befehl, sie zu schlachten, zu töten und aufzuessen.**" (Karl v. Hase: „Handbuch d. protest. Polemik", 6. Aufl. S. 54, Leipz. 1894). Das „Aufessen" bezieht sich natürlich auf das Einziehen des Besitzes der „Geschlachteten". Man muß sagen: die Päpste haben entsprechend gehandelt!

Demgemäß hat Papst Pius IX. alle andersgläubigen Christen mit einem Rundschreiben vom 13. 9. 1868 gewarnt, in dem er sagte: „Die ganze Welt kann sich nicht des wahren Friedens erfreuen, bevor nicht **ein Schafstall** und **ein Hirte** sein wird." Der zwei Jahre später ausbrechende Krieg sollte der Errichtung dieses Schafstalles dienen. Dennn „daß der Krieg" — so sagte Bismarck am 5. 12. 1874 — „im Einverständnis mit der römischen (vatikanischen) Politik gegen uns begonnen worden ist", daß „die römisch-politischen, jesuitischen Einflüsse den eigentlichen Ausschlag für den kriegerischen Entschluß gaben . . . über das alles bin ich vollständig in der Lage Zeugnis ablegen zu können."

Als dieser Krieg den erwarteten Sieg für den Vatikan nicht brachte, versuchte man das Ziel auf andere Weise zu erreichen. „Die protestantischen Jesuiten arbeiten den katholischen, die von der kurzen Robe denen von der langen liebchristlich in die Hände. **Es wird rüstig überall an dem einen Schafstall gezimmert.**" Das schrieb der beobachtende Johannes Scherr i. J. 1871. Das können wir auch heute — wenn wir nur die Augen öffnen wollen — überall beobachten!

Das letzte Ziel dieser — bleiben wir bei dem päpstlichen Gleichnis — Schafzucht hat uns Heinrich Heine verraten. Er schrieb nämlich: „Ich denke, es wird vielleicht alsdann nur **einen Hirten** und **eine Herde** geben, ein freier Hirt mit einem eisernen Hirtenstabe und eine **gleichgeschorene, gleichblöckende Menschenherde!**"

Es fragt sich nur noch, ob dieser Hirte sein Amt von Rom oder von Jerusalem aus führen wird. Lö

Rassismus und Antisemitismus in den Werken von Marx und Engels

Aus PlusPedia
Wechseln zu: Navigation, Suche

Die Gründer des 'wissenschaftlichen Sozialismus' Karl Marx und Friedrich Engels waren keine Gutmenschen im heutigen Sinne. Ihr Schaffen war eher gekennzeichnet durch spießbürgerliche nationalistische Vorurteile (Deutsche und Ungarn als Träger des Fortschrittes), Bekundungen antisemitischer und rassistischer Animositäten (Slawen als reaktionärer 'Völkerabfall') bis hin zu offenem Rassismus gegen Schwarze. Hier eine Auswahl von solchen Zitaten.

- „Die Klassen und Rassen, die zu schwach sind, die neuen Lebenskonditionen zu meistern, müssen den Weg frei machen. Sie müssen in einem revolutionären Weltensturm untergehen." – Karl Marx, 1848 in der Rheinischen Zeitung

- „Man solle damit in einer sozialistischen Revolution beginnen, die primitiven Völkerabfälle wie etwa Basken, Bretonen, schottische Highlander, zu liquidieren." – Karl Marx, 1848 in der Rheinischen Zeitung

- „Der jüdische Nigger Lassalle, der glücklicherweise Ende dieser Woche abreist, hat glücklich wieder 5000 Taler in einer falschen Spekulation verloren… Es ist mir jetzt völlig klar, daß er, wie auch seine Kopfbildung und sein Haarwuchs beweist, von den Negern abstammt, die sich dem Zug des Moses aus Ägypten anschlossen (wenn nicht seine Mutter oder Großmutter von väterlicher Seite sich mit einem Nigger kreuzten). Nun, diese Verbindung von Judentum und Germanentum mit der negerhaften Grundsubstanz müssen ein sonderbares Produkt hervorbringen. Die Zudringlichkeit des Burschen ist auch niggerhaft." – Marx an Engels, 1862 (MEW 30, 257)

- „Wir erkennen also im Judentum ein allgemeines, gegenwärtiges, antisoziales Element." – Marx an Engels (MEW 1, 372)

- „Der zwischen **slawischen Barbaren** vorgeschobene deutsche Keil im Erzherzogtume Österreich und Steiermark bot dem ebenfalls zwischen **slawischen Barbaren** vorgeschobenen magyarischen Keil an der Leitha die Hand."
  - *Der magyarische Kampf* ["Neue Rheinische Zeitung" Nr. 194 vom 13. Januar 1849]

- „Unter allen den Nationen und Natiönchen Östreichs sind nur drei, die die Träger des Fortschritts waren, die aktiv in die Geschichte eingegriffen haben, die noch jetzt lebensfähig sind - die Deutschen, die Polen, die Magyaren. Daher sind sie jetzt revolutionär.
  Alle andern großen und kleinen Stämme und Völker haben zunächst die Mission, im revolutionären Weltsturm unterzugehen. Daher sind sie jetzt kontrerevolutionär."
  -ibid.

- „Es ist kein Land in Europa, das nicht in irgendeinem Winkel eine oder mehrere Völkerruinen besitzt, Überbleibsel einer früheren Bewohnerschaft, zurückgedrängt und unterjocht von der Nation, welche später Trägerin der geschichtlichen Entwicklung wurde. **Diese Reste einer von dem Gang der Geschichte, wie Hegel sagt, unbarmherzig zertretenen Nation, diese *Völkerabfälle* werden jedesmal und bleiben bis zu ihrer gänzlichen Vertilgung oder Entnationalisierung die fanatischen Träger der Kontrerevolution**, wie ihre ganze Existenz überhaupt schon ein Protest gegen eine große geschichtliche Revolution ist.
  So in Schottland die Gälen, die Stützen der Stuarts von 1640 bis 1745.
  So in Frankreich die Bretonen, die Stützen der Bourbonen von 1792 bis 1800.
  So in Spanien die Basken, die Stützen des Don Carlos.
  So in Östreich die panslawistischen Südslawen, die weiter nichts sind als der *Völkerabfall* einer höchst verworrenen *tausendjährigen Entwicklung*. Daß dieser ebenfalls höchst verworrene Völkerabfall sein Heil nur in der Umkehr der ganzen europäischen Bewegung sieht, die für ihn nicht von Westen nach Osten, sondern von Osten nach Westen gehen sollte, daß die befreiende Waffe, das Band der Einheit für ihn die russische *Knute* ist - das ist das Natürlichste von der Welt."
  - ibid.

- „Aber bei dem ersten siegreichen Aufstand des französischen Proletariats, den Louis-Napoleon mit aller Gewalt heraufzubeschwören bemüht ist, **werden die östreichischen Deutschen und Magyaren frei werden und an den slawischen Barbaren blutige Rache nehmen**. Der allgemeine Krieg, der dann ausbricht, wird diesen slawischen Sonderbund zersprengen und alle diese kleinen stierköpfigen Nationen bis auf ihren Namen vernichten.
  Der nächste Weltkrieg wird nicht nur reaktionäre Klassen und Dynastien, er wird auch ganze reaktionäre Völker vom Erdboden verschwinden machen. Und das ist auch ein Fortschritt."
  - ibid.

- „Die Vereinigten Staaten und Mexiko sind zwei Republiken; in beiden ist das Volk souverän.
  Wie kommt es, daß zwischen diesen beiden Republiken, die der moralischen Theorie gemäß "verbrüdert" und "föderiert" sein müßten, wegen Texas ein Krieg ausbrach, daß der "souveräne Wille" des amerikanischen Volks, gestützt auf die Tapferkeit der amerikanischen Freiwilligen, die von der Natur gezogenen Grenzen aus "geographischen, kommerziellen und strategischen Notwendigkeiten" um einige hundert Meilen weiter südlich verlegte? [...] **Oder ist es etwa ein Unglück, daß das herrliche Kalifornien den faulen Mexikanern entrissen ist, die nichts damit zu machen wußten?** daß die energischen Yankees durch die rasche Ausbeutung der dortigen Goldminen die Zirkulationsmittel vermehren, an der gelegensten Küste des stillen Meeres in wenig Jahren eine dichte Bevölkerung und einen ausgedehnten Handel konzentrieren, große Städte schaffen, Dampfschiffsverbindungen eröffnen, eine Eisenbahn von New York bis San Francisco anlegen, den Stillen Ozean erst eigentlich der Zivilisation eröffnen, und zum dritten Mal in der Geschichte dem Welthandel eine neue Richtung geben werden? **Die "Unabhängigkeit" einiger spanischen Kalifornier und Texaner mag darunter leiden, die "Gerechtigkeit" und andre moralische Grundsätze mögen hie und da verletzt sein; aber was gilt das gegen solche weltgeschichtliche Tatsachen?**"
  - *Der demokratische Panslawismus* ["Neue Rheinische Zeitung" Nr. 222 vom 15. Februar 1849]

- „Wir wiederholen es: Außer den Polen, den Russen und höchstens den Slawen der Türkei hat kein slawisches Volk eine Zukunft, aus dem einfachen Grunde, weil allen übrigen Slawen die ersten historischen, geographischen, politischen und industriellen Bedingungen der Selbständigkeit und Lebensfähigkeit fehlen.“
  - ibid.
- „Und das ist das Geschick der östreichischen Slawen gewesen. Die Tschechen, zu denen wir selbst die Mähren und Slowaken rechnen wollen, obwohl sie sprachlich und geschichtlich verschieden sind, hatten nie eine Geschichte.[...] Und diese geschichtlich gar nicht existierende "Nation" macht Ansprüche auf Unabhängigkeit?“
  - ibid.
- „Und wo es sich um die Existenz, um die freie Entfaltung aller Ressourcen großer Nationen handelt, da wird doch eine solche Sentimentalität wie die Rücksicht auf ein paar versprengte Deutsche oder Slawen nichts entscheiden!“
  - ibid.
- „In der Tat, die Stellung der Deutschen und Magyaren würde äußerst angenehm sein, wenn den östreichischen Slawen zu ihrem sogenannten "Rechte" verholfen würde! Zwischen Schlesien und Östreich ein unabhängiger böhmisch-mährischer Staat eingekeilt, Östreich und Steiermark durch die "südslawische Republik" von seinem natürlichen Debeuché <Handelsweg>, dem Adriatischen und Mittelmeere abgeschnitten, der Osten Deutschlands zerfetzt wie ein von Ratten abgenagtes Brot! **Und das alles zum Dank dafür, daß die Deutschen sich die Mühe gegeben, die eigensinnigen Tschechen und Slowenen zu zivilisieren, Handel, Industrie, erträglichen Ackerbau und Bildung bei ihnen einzuführen!**“
  - ibid.
- „Auf die sentimentalen Brüderschaftsphrasen, die uns hier im Namen der kontrerevolutionärsten Nationen Europas dargeboten werden, antworten wir, daß **der Russenhaß die erste revolutionäre Leidenschaft bei den Deutschen war und noch ist**; daß seit der Revolution der Tschechen- und Kroatenhaß hinzugekommen ist und daß wir, in Gemeinschaft mit Polen und Magyaren, nur durch den **entschiedensten Terrorismus gegen diese slawischen Völker die Revolution sicherstellen können.**“
  - ibid.
- „Dann Kampf, "unerbittlichen Kampf auf Leben und Tod" mit dem revolutionsverräterischen Slawentum; **Vernichtungskampf und rücksichtslosen Terrorismus - nicht im Interesse Deutschlands, sondern im Interesse der Revolution!**“
  - ibid.

Weblinks

- Unzensiertes von Marx und Engels (http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/kritik/1020057/)
- Karl Marx, der Visionär und Rassist (http://www.zeit.de/1998/23/Karl_Marx_der_Visionaer_und_Rassist)

Abgerufen von „http://de.pluspedia.org/w/index.php?title=Rassismus_und_Antisemitismus_in_den_Werken_von_Marx_und_Engels&oldid=500536“

Kategorien: Kommunismus | Rassismus

Navigationsmenü

Meine Werkzeuge

- Nicht angemeldet
- Diskussionsseite
- Beiträge
- Benutzerkonto erstellen
- Anmelden

Namensräume

- Artikel
- Diskussion

Varianten

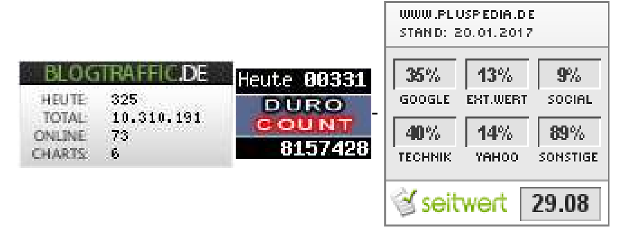
Ansichten

- Lesen
- Bearbeiten
- Versionsgeschichte

Mehr

Suche

Suchen | Suchen | Seite



- 

- Powered by MediaWiki

Literaturhinweise

Wilhelm Prothmann

Der Rechtsstaat Ludendorffs

Verlag Hohe Warte · Franz v. Bebenburg · Pähl

Erlösung von Jesu Christo

von

Mathilde Ludendorff
Dr. von Kemnitz

München 1931
Ludendorffs Volkswarte-Verlag G. m. b. H.

Druck von Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW 68

Inhalt

Verschüttete Volksseele

Nach Berichten aus Südwestafrika

von

Dr. Mathilde Ludendorff

11. u. 12. Heft der 1. Schriftenreihe

Ludendorffs Verlag G. m. b. H. / München 2 NW

Inhaltsverzeichnis

Aus der Gotterkenntnis meiner Werke

Von

Dr. Mathilde Ludendorff

(1. Auflage 1935)

21. – 23. Tausend

1936

Ludendorffs Verlag G.m.b.H. München 19

Inhalt

Die „Blaue Reihe"

umfaßt Abhandlungen und Sammlungen von Aufsätzen Frau Dr. Mathilde Ludendorffs, die in allgemein verständlicher Form einzelne Gebiete der Deutschen Gotterkenntnis behandeln

Band 1: Deutscher Gottglaube

80 Seiten, 46.—50. Tausend, 1938. kartoniert 1.50, Ganzleinen 2.— RM

Band 2: Aus der Gotterkenntnis meiner Werke

144 Seiten, 27.—31. Tausend, 1937, kartoniert 1.50, Ganzleinen 2.50 RM

Band 3: Sippenfeiern — Sippenleben

96 Seiten, 11.—13. Tausend, 1939, kartoniert 1.50, Ganzleinen 2.50 RM

Band 4: Für Feierstunden

128 Seiten, 1937, kartoniert 1.50 RM, Ganzleinen 2.50 RM

Band 5: Wahn und seine Wirkung

100 Seiten, 1938, kartoniert 1.50 RM, Ganzleinen 2.50 RM

Band 6: Von Wahrheit und Irrtum

104 Seiten, 1938, kartoniert 1.50 RM, Ganzleinen 2.50 RM

Band 7: Und Du, liebe Jugend!

104 Seiten, 6.—8. Tausend, 1939, kartoniert 1.50, Ganzleinen 2.50 RM

Band 8: Auf Wegen zur Erkenntnis

112 Seiten, 1940, kart. 1.50 RM

Band 9: Für Dein Nachsinnen

100 Seiten, kartoniert 1.50 RM

Ludendorffs Verlag GmbH. / München 19

Was weißt Du von Mathilde Ludendorff?

Zusammengestellt aus Besprechungen
und ergänzt von H. Dittmer

1934

Ludendorffs Verlag G. m. b. H. München

Zusammengestellt und herausgegeben von
Matthias Köpke

Von „Gott“ zu Gott

Das von Wahn überschattete Wort?

Eine Dokumentation zur Gotterkenntnis (Ludendorff).

1. Auflage
Eigenverlag, 2017

Im Internet kostenlos erhältlich unter www.archive.org, www.scribd.com oder anderen Quellen. Hier der Direktlink:

https://archive.org/details/KoepkeMatthiasVonGottZuGott1.Auflage2017

Zusammengestellt und herausgegeben von
Matthias Köpke

Mathilde Ludendorff.

(Dr. med. Mathilde von Kemnitz)

Eine Antwort auf Verleumdungen der Toten.

Eine Zusammenstellung aus verschiedenen Quellen zum Spruchkammerverfahren.

1. Auflage
Eigenverlag, 2017

Im Internet kostenlos erhältlich unter www.archive.org, www.scribd.com oder anderen Quellen. Hier der Direktlink:

https://archive.org/details/KoepkeMatthiasMathildeLudendorff.EineAntwortAufVerleumdungenDerToten2017

Zusammengestellt und herausgegeben von
Matthias Köpke

Die Ludendorff-Bewegung und der Nationalsozialismus

Eine Zusammenstellung aus originalen Zeitungsartikeln der Jahre 1929 bis 1933!

2. erweiterte Auflage, 69 Seiten.
Eigenverlag, 2017

Eine schöne Ergänzung zu der Schrift von M. Köpke **„Erich Ludendorff. Eine Antwort auf Verleumdungen des Toten“!** Im Internet digitalisiert und kostenlos als PDF-Datei unter **www.archive.org** oder anderen Quellen erhältlich.

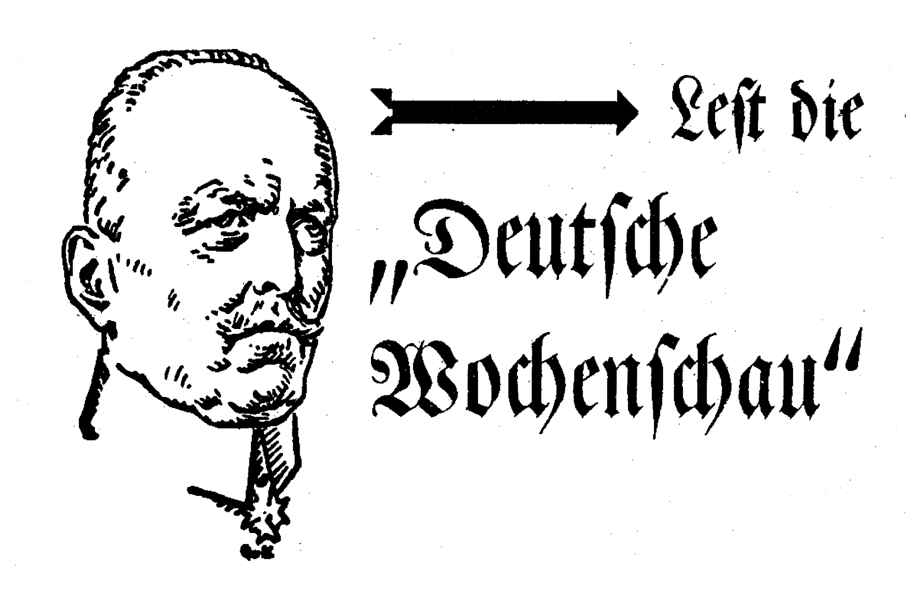
Zusammengestellt und herausgegeben
von Matthias Köpke

Schrifttumsverzeichnis von Erich Ludendorff und Dr. Mathilde Ludendorff.

Entnommen den Werken von Erich Ludendorff: „Vom Feldherrn zum Weltrevolutionär und Wegbereiter Deutscher Volksschöpfung – Meine Lebenserinnerungen“ Band II und III, (Verlag Hohe Warte, Stuttgart) sowie „Mathilde Ludendorff – Ihr Werk und Wirken“ (Ludendorffs Verlag GmbH München, 1938).

1. Auflage
Eigenverlag, 2014

Eine schöne Ergänzung zu der Schrift von M. Köpke **„Erich Ludendorff. Eine Antwort auf Verleumdungen des Toten“!** Im Internet digitalisiert und kostenlos als PDF-Datei unter **www.archive.org** oder anderen Quellen erhältlich.



Achtung freie Deutsche!

Die ständige Kampfwaffe Ludendorffs ist seine Wochenschrift:

Deutsche Wochenschau

Völkische Feldpost

Berlin SW 68, Zimmerstraße 7

Bezugspreis monatlich 1 Mark / Durch die Post zu beziehen

Jede Woche erscheint in dieser Wochenschrift als Ergänzung der Schriften des Generals Ludendorff neue und weitere wichtigste Kampfaufklärung über die Verbrechen der überstaatlichen Mächte in Vergangenheit und Gegenwart, die zu verbreiten, vor allem für das Deutsche Volk, aber auch für alle Völker der Erde lebensnotwendig ist. Aber darüber hinaus wird in der Deutschen Wochenschau dem Deutschen Volke und allen Völkern der Erde der Weg zur Arterhaltung und Freiheit und die schöpferische Gestaltung einer lebendigen, wehrwilligen Volkseinheit und der sie und ihre politische, kulturelle und wirtschaftliche Selbständigkeit sichernden Staatsform gezeigt.

Durch die Aufsätze des großen Feldherrn und Befreiers von den überstaatlichen Mächten General Ludendorff und der großen Philosophin Dr. Mathilde Ludendorff (von Kemnitz) hat die Wochenschrift weltgeschichtliche Bedeutung und die verflossenen Jahrgänge sind heute schon gesuchte, hochbewertete Dokumente.

Die Schriftleitung der Deutschen Wochenschau.

Jeder Deutsche liest die „Deutsche Wochenschau!“

Der Feldherr Erich Ludendorff und seine Frau Dr. Mathilde Ludendorff schrieben in den Jahren 1926 bis zum April 1929 Beiträge für die **„Deutsche Wochenschau“**. Ab Mai 1929 bis zum Verbot durch die Nationalsozialisten im Jahre 1933 veröffentlichten beide ihre Beiträge in der Wochenschrift **„Ludendorffs Volkswarte“** und deren Beilage **„Vor’m Volksgericht“**. Ab 1933 bis 1939 schrieben beide in **„Am Heiligen Quell Deutscher Kraft – Ludendorffs Halbmonatsschrift“**. Digitalisiert als Leseproben jeweils im Internet unter www.archive.org, www.scribd.com oder anderer Quellen erhältlich. Ansonsten digitalisiert im PDF-Format zu beziehen beim Verlag Hohe Warte (www.hohewarte.de, E-mail: vertrieb@hohewarte.de) oder unter www.booklooker.de.



Die, die soviel von „Auferstehung“ schwätzen,
die stemmen sich, solang 's nur geht,
mit aller Wucht dagegen in Entsetzen,
wenn wirklich einmal jemand aufersteht!

Wer Streifbandbezug wünscht, sende diese Karte an Ludendorffs Verlag G. m. b. H., München 19 mit dem Vermerk „Streifbandbezug“ (in Deutschland monatlich -.70 RM.)

An das Postamt des neuen Beziehers

Ich bestelle hiermit bei der Post die Halb-Monatsschrift

Am Heiligen Quell Deutscher Kraft

(Erscheint zweimal im Monat in München)

ab Monat .... bis auf Widerruf, monatlich -.60 RM. (zuzüglich 4 Pfg. Zustellgeld) und bitte, den Betrag einziehen zu lassen.

Vor- und Zuname: ....

Beruf: ....

Wohnort und Straße: ....

....

Zuständiges Postamt: ....

(in Orten mit mehreren, Nr. des Postamtes)

„Ludendorffs Halbmonatsschrift – Am Heiligen Quell Deutscher Kraft“ der Jahre 1929 bis 1939 jetzt in digitalisierter Form (PDF-Dateien) auf Datenträger im Verlag Hohe Warte erhältlich. Im Internet unter www.hohewarte.de oder e-mail: info@hohewarte.de . Ebenfalls unter www.booklooker.de oder anderer Bezugsquellen. Im gebundenen Nachdruck auch vom Verlag für ganzheitliche Forschung in Viöl erhältlich.

Zusammenstellungen von Matthias Köpke

als e-Bücher (PDF-Dateien) kostenlos im Internet unter www.archive.org, www.scribd.com oder anderen Quellen:

1. **„Das wahre Gesicht von Jakob dem Betrüger“**, 2014.
2. **„Das Buch der Kriege Jahwehs“**, 2014.
3. **„Kampf für Wahlenthaltung“**, 2013.
4. **„Kampfgift Alkohol“**, 2013.
5. **„Der Freiheitskampf des Hauses Ludendorff“**, 2014.
6. **„Der Papst, oberster Gerichtsherr der BR Deutschland“**, 2014.
7. **„Der jüdische Sinn von Beschneidung und Taufe“**, 2014.
8. **„Scheinwerfer-Leuchten“**, 2014.
9. **„Haus Ludendorff und Wort Gottes**“, 2014.
10. **„Jahweh, Esausegen und Jakobs Joch“**, 2014.
11. **„Es war vor einhundert Jahren“**, 2014.
12. **„Destruction of Freemasonry through Revelation of their Secrets“ von Erich Ludendorff;** Hrsg. von Matthias Köpke, 2014.
13. **„Schrifttumsverzeichnis von Erich Ludendorff und Dr. Mathilde Ludendorff“** Eine Übersicht, 2014.
14. **„Denkschrift: Mit brennender Sorge“**, Offener Brief, 2015.
15. **„Drei Irrtümer und ihre Folgen“,** Okkultismus, 2015.
16. **„Vom Wesen und Wirken des Bibelgottes Jahweh und seiner Kirche“,**
17. **„Warum sind meine Kinder nicht geimpft?“,** 2015.
18. **„Erich Ludendorff. Eine Antwort auf Verleumdungen des Toten“,**
19. **„Die Hochflut des Okkultismus“,** 2016.
20. **„Meine Klage bei den Kirchen- und Rabbinergerichten“,** 2016.
21. **„Die Ludendorff-Bewegung und der Nationalsozialismus“,** 2017.
22. **„Das offene Tor** – Der Esausegen und die überstaatlichen Mächte“, 2017.
23. **„Mathilde Ludendorff. Eine Antwort auf Verleumdungen der Toten“,**
24. **„Der Pensionsprozeß Ludendorff – Eine Dokumentation“,** 2017.
25. **„Am Heiligen Quell – Beilage zur Ludendorffs Volkswarte 1929-1931“,**
26. **„Mathilde Ludendorffs Bedeutung für die Frauen“,** 2017.
27. **„Die Spaltung der Ost- und Westkirche“,** 2017.
28. **„Von ‚Gott’ zu Gott – Das von Wahn überschattete Wort?“,** 2017.
29. **„Der ‚geschichtliche’ und der biblische Jesus“,** 2017.
30. **„Das päpstliche Rom gegen das deutsche Reich“,** 2017.
31. **„Wahrheit oder Lug und List“,** 2017.
32. **„Die Weite der Weltdeutung Mathilde Ludendorffs“,** 2017.
33. **„Eine ‚vollkommene’ Gesellschaftsordnung?“,** 2017.
34. **„Das Bank- und Geldwesen“**, 2017.

Besucht auch meinen Internetkanal bei Youtube:
www.youtube.com/user/Genesis2740Blessing
und schaut bei Videos und Playlists hinein.

Videos von Matthias Köpke auf www.youtube.com und www.archive.org :

1. Die Bibel, ein Handbuch der Völkervernichtung?
2. Lässt sich völkisches Deutschtum mit dem Kirchen-dogma vereinbaren?
3. **Was ist der „Esausegen"?**
4. Was bedeutet die Beschneidung im Judentum?
5. **Drei Irrtümer und ihre Folgen.**
6. „Ludendorffs Volkswarte"; 1929-1933.
7. „Am Heiligen Quell Deutscher Kraft";
8. Den Christen Jahweh, den Deutschen Gott.
9. Ist der Bibelgott Jahweh der Moloch?
10. Die Judenmacht, ihr Wesen und Ende.
11. Judengeständnis: Völkerzerstörung durch Christentum.
12. Der Papst und der Hohepriester.
13. **Denkschrift:** Mit brennender Sorge; Ein offener Brief von Matthias Köpke. 2015
14. Was bedeutet die Taufe im Christentum.
15. Der Papst, oberster Gerichtsherr der BRD.
16. Selbstzeugnisse des kirchlichen Weltmachtstrebens.
17. Die symbolische Beschneidung in der Freimaurerei.
18. **Der Esausegen bei Mathilde Ludendorff.**
19. Meine Klage vor den Kirchen- u. Rabbinergerichten.
20. Die Hochflut des Okkultismus.

Die Anzahl der Videos wird ständig erweitert!
Abonniert oder besucht deshalb meinen
Youtube-Kanal:
www.youtube.com/user/Genesis2740Blessing
Schaut auch bei Videos und Playlists hinein!